

Bachinger / Dornik / Lehnstaedt (Hg.)

Österreich-Ungarns imperiale Herausforderungen

Nationalismen und Rivalitäten im
Habsburgerreich um 1900





unipress

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Schriften aus der Max Weber Stiftung

Band 2

Herausgegeben von der
Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute
im Ausland

Max Weber
Stiftung

Deutsche
Geisteswissenschaftliche
Institute im Ausland

Bernhard Bachinger / Wolfram Dornik /
Stephan Lehnstaedt (Hg.)

Österreich-Ungarns imperiale Herausforderungen

Nationalismen und Rivalitäten im Habsburgerreich
um 1900

Mit 11 Abbildungen

V&R unipress

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Die Bände der Reihe „Schriften aus der Max Weber Stiftung“ dokumentieren die Ergebnisse der jährlich stattfindenden Stiftungskonferenzen der Max Weber Stiftung. Im Jahr 2016 fand die Stiftungskonferenz am Deutschen Historischen Institut Warschau statt.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen
Dieses Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“) unter dem DOI 10.14220/9783737010603 abzurufen. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: © Stadtarchiv Graz, Glasdiapositive des Grazer Stadtschulrates (Sign.: AT-STAR 4.1.1.2.0-193), Graz während des Sängerbundfestes, 1902.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2628-1910
ISBN 978-3-7370-1060-3

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen
ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Inhalt

Bernhard Bachinger / Wolfram Dornik / Stephan Lehnstaedt Einleitung: Österreich-Ungarns imperiale Herausforderungen	9
--	---

Teil I: Grundsätzliche Überlegungen

Hannes Leidinger War die Habsburgermonarchie ein Imperium? Aktuelle wissenschaftliche Betrachtungen und zeitgenössische Debatten von 1900 bis 1918	27
--	----

Miloš Rezník Die Habsburgermonarchie – ein Imperium ihrer Völker? Einführende Überlegungen zu ‚Österreichs Staatsidee‘	45
--	----

Clemens Ruthner (Post-)Kolonialismus in ‚Kakanien‘. Einige abschließende Überlegungen unter besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas, 1878–1918	67
---	----

Teil II: Krieg und Expansion als imperiale Herausforderung

Günther Kronenbitter Expansion – Zwangsvorstellung oder Kalkül?	87
--	----

Stephan Lehnstaedt Ein Ende mit Expansion. Österreich-Ungarns Eroberungen im Ersten Weltkrieg als imperiale Herausforderung	99
---	----

Heiko Brendel Der Drang nach Süden. Grenzen und Hindernisse habsburgischer Expansion im Adriaraum unter besonderer Berücksichtigung der Bucht von Kotor	117
--	-----

Borislav Chernev The Habsburg Mobilisation of Ethnicity and the Ukrainian Question during the Great War	139
Jan Lewandowski Das Militärgeneralgouvernement Lublin im Ersten Weltkrieg	157
Martin Gabriel ,Zivilisierungsmissionen‘ im globalen Vergleich. Gewalt, Rassismus und die Implementierung imperialer Herrschaft in Bosnien-Herzegowina und auf den Philippinen	171
Teil III: Intellektuelle und künstlerische Eliten	
Jens Boysen Mit oder gegen den ‚Pangermanismus‘: Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich als Projektionsräume polnischer Staatsbildungsbestrebungen vor und im Ersten Weltkrieg	191
Katharina Ute Mann Der polnische Historienmaler Jan Matejko und der österreichische Kaiser	211
Fritz Trümpi Herausfordernde Musiker/-innenorganisation. Der <i>Oesterreichisch-Ungarische Musiker-Verband</i> im imperialen Kontext . . .	235
Teil IV: Städte als Laboratorium imperialen Lebens	
Eszter Gantner (1971–2019) / Heidi Hein-Kircher Imperiale Herausforderung in Habsburgs Emerging Cities: Lemberg und Budapest zwischen Nationalisierung, Stadtentwicklung und Wissenstransfer	257
Catherine Horel Imperial Challenges in Austro-Hungarian Multicultural Cities	275
Péter Techet Verzahnung kirchen- und nationalpolitischer Frontlinien in Fiume/Rijeka: ‚Liberale‘ Ungarn und Italiener zur Zeit des ungarischen ,Kulturkampfes‘ (1894/1895)	295

Wolfram Dornik	
Vom abwesenden Imperium in einer peripheren Metropole. Hegemoniale Diskurse in Graz um 1900	313
Gábor Egry	
Regional Elites, Nationalist Politics, Local Accommodations. Center-Periphery Struggles in Late Dualist Hungary	333
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	355

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Einleitung: Österreich-Ungarns imperiale Herausforderungen

Imperialismus und Kolonialismus sind in der Geschichtswissenschaft zurzeit schwer en vogue. Wer sich mit Österreich-Ungarn beschäftigt, wird aber zunächst die Frage stellen müssen, inwiefern die Doppelmonarchie denn überhaupt ein Imperium war oder kolonial handelte. Pieter M. Judson, der wohl einflussreichste Habsburg-Forscher der letzten Jahre, hat sich 2008 dieses Themas angenommen.¹ Seine Bewertung ist eindeutig, aber dennoch differenziert: Für die Zeitgenossen gab es Anfang des 20. Jahrhunderts keinen Zweifel, dass Österreich-Ungarn ein Imperium war. Allerdings fiel ihnen – und auch schon im 19. Jahrhundert – eine Definition der genauen Natur des Habsburgerreichs schwer. Mindestens das gilt bis heute.

Aber gerade aus der damaligen Perspektive gibt es einige Gesichtspunkte, die für die imperiale Natur des Wiener Kaiserhofes sprechen, etwa das Selbstverständnis und die öffentliche Präsentation der Dynastie.² Die k. u. k.-Balkanpolitik schon weit vor dem Ersten Weltkrieg zielte nicht zuletzt darauf ab, Gebietsteile Südosteuropas direkt oder indirekt zu beherrschen. Vor allem der Kampf gegen das aufstrebende Italien, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Erzfeind hochstilisiert wurde, aber auch die Eindämmung der russischen Expansionsbestrebungen hatten dabei Priorität. Und gerade die Armee, befeuert insbesondere durch den k. u. k.-Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf, zog bei derartigen bellizistischen Gelüsten mit.³

1 Pieter M. Judson, *L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 63 (2008), S. 563–596.

2 Daniel L. Unowsky, *The Pomp and Politics of Patriotism. Imperial Celebrations in Habsburg Austria, 1848–1916* (Central European Studies), West Lafayette 2005. Siehe auch Lothar Höbelt, Franz Joseph I. *Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*, Wien 2009.

3 Wolfram Dornik, *Des Kaisers Falke. Wirken und Nach-Wirken von Franz Conrad von Hötzendorf. Mit einer Nachbetrachtung von Verena Moritz und Hannes Leidinger* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, 25), Innsbruck 2013; Günther Kronenbitter, „Krieg im Frieden“. *Die Führung der k. u. k.-Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914* (Studien zur internationalen Geschichte, 13), München 2003. Siehe auch Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des*

Aber Konzepte von Imperium und Nation erwiesen sich noch stets als Konstruktionen und Visionen kleiner Führungseliten. Doch diese Ideen des 19. Jahrhunderts sollte die heutige Forschung ernst nehmen. Natürlich passt Österreich-Ungarn nicht zum imperialen Modell, wie das andere Kontinental- und Kolonialimperien darstellten: Ungarn sollte ab 1867 zu einem sprachlich nationalhomogenen Staat umgebaut werden, während Verwaltung und Militär Cisleithaniens Österreich als institutionalisierten Pluralismus positionierten, in dem Deutsch lediglich die zentrale Verwaltungs- und Verkehrssprache sein sollte. Zudem war überseeischer Besitz nicht vorhanden,⁴ sieht man einmal von dem 1901 erworbenen chinesischen Konzessionsgebiet Tianjin ab. Deshalb gilt es wohl weniger, Österreich-Ungarn in die Kategorie weltumspannender Imperien wie Großbritannien, Russland, Frankreich, die Niederlande oder Spanien einzureihen, als vielmehr *Imperialismus* und *nationness* unter ihrem eigenen spezifischen Kontext zu dekonstruieren und Begriffe zu relativieren. Generell ist es problematisch, europäische Maßstäbe als Modell anzunehmen, anstatt Europa als Besonderheit zu sehen und es gewissermaßen zu provinzialisieren. In diesem Sinne ist die Donaumonarchie zuvorderst ein weiterer Fall, der *sui generis* betrachtet werden soll. Das schließt Vergleiche keinesfalls aus, ganz im Gegenteil schärfen sie den Blick sowohl für das Besondere wie das Allgemeine.

Ebenso ist auch der Aufbau des Bandes zu verstehen: Die Eröffnung stellen theoretische und grundsätzliche Überlegungen zu Österreich-Ungarn als Imperium beziehungsweise Kolonialmacht dar. Darauf folgen konkrete politische, militärische, wirtschaftliche und künstlerische Beispiele der imperialen Herrschaftspraxis, darunter auch der Versuch eines Vergleiches. Im dritten Abschnitt widmen sich die Beiträge Städten als Laboratorien gebauter, intellektueller und gesellschaftlicher Diskurse über imperiale und koloniale Vorstellungen. Diese Einleitung wiederum soll integrierte methodische Vorüberlegungen zu der Frage bündeln, wie ein Imperium überhaupt mit den andauernden Herausforderungen von innen und außen umgehen und seine eigene Existenz sichern kann. Die versammelten Aufsätze sind die Grundlage hierfür.

* * *

Hochimperialismus (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900), Frankfurt am Main 2001, S. 286f. und 305.

⁴ Siehe zu den damit verbundenen definitorischen Problemen: Anna Veronika Wendland, Imperiale, koloniale und postkoloniale Blicke auf die Peripherien des Habsburgerreiches, in: Claudia Kraft/Alf Lüdtke/Jürgen Martschukat (Hg.), Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen, Frankfurt am Main 2010, S. 211–235.

Der Status eines Imperiums verspricht Gleichrangigkeit mit anderen Großreichen und Vorrang gegenüber Staaten, die diese Stufe nicht erreicht haben. Freilich gab und gibt es keine eindeutigen Kriterien, anhand derer wie auf einer Checkliste diese Position festgestellt wird. Fremd- und Eigenwahrnehmungen waren deshalb von essentieller Bedeutung. Der dafür notwendige Blick auf andere wurde bis in die letzten Jahre des Habsburgerreichs gepflegt, wie Hannes Leidinger in seinem Beitrag zeigt. Die relative Stellung zu den Rivalen, gerade angesichts der eigenen Schwäche im Ersten Weltkrieg, trieb die Meinungsführer um. Sie betonten die Errungenschaften des Vielvölkerreichs und dessen Nationalitätenpolitik, die im Kontrast zu vielfacher Unterdrückung anderswo stünden. Und sie verglichen sich gerne mit den Römern, jenem ‚ewig neuen‘, klassischen Vorbild aller europäischen Imperien. Im Unterschied zum Militär lehnte aber die Arbeiterpresse die ‚kapitalistischen‘ Expansionsbestrebungen ab und empfahl eine friedliche internationalistische Ausrichtung hin zu einem übernationalen Großreich – eine neue Transformation als eine vierte Phase imperialer Entwicklung, die Österreich-Ungarn vor dem Untergang bewahren sollte.

Aus einer Perspektive nicht der Zentrale, sondern eher der Peripherie untersucht auch Miloš Řezník die Wünsche und Vorschläge für einen Umbau, ja eine Umgründung Österreich-Ungarns. Sein Blick reicht zurück bis ins 19. Jahrhundert und gilt neben tschechischen Politikern wie František Palacký und Wáclaw Wladiwoj Tomek auch solchen vom Balkan wie Josip Frank oder Leon Biliński aus Galizien. Sie trieb insbesondere die sogenannte ‚slawische Frage‘ um, die untrennbar mit dem Verhältnis zum russischen Imperium als der selbsterklärten Schutzmacht aller Slawen verbunden war. Hier könne, ja müsse die Donaumonarchie ein Gegengewicht bilden, Inklusion und Teilhabe voranbringen und gegebenenfalls sogar expandieren, um ein Ausgreifen des Rivalen zu verhindern. Derartige Ideen, bis hin zu Vorstellungen einer Föderation, sollten das eigene Imperium weiter prosperieren lassen – aber sie waren zugleich eine enorme Herausforderung für die Zentralen in Wien und insbesondere Budapest, die sich mit Machtansprüchen konfrontiert sahen, die letztlich auf verschiedene, insbesondere jedoch nationale Selbstbeschränkungen hinausgelaufen wären.

Eingedenk des übergreifenden historischen Konsenses geht dieser Sammelband affirmativ davon aus, dass die Habsburgermonarchie in der Tat ein Imperium war und damit auch analytisch in diesem Sinne zu greifen ist – denn theoretische Überlegungen bieten vielerlei Ausgangspunkte für lohnende Untersuchungsgegenstände. Statische Kriterien wie etwa die Dauer der Herrschaft oder deren geographische Ausdehnung, die vielfach angelegt werden,⁵ erschei-

5 Etwa: Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 23.

nen dabei nur bedingt relevant. Deutlich ertragreicher ist die von der Forschung schon seit längerem herauspräparierte Herrschaft der Differenz.⁶ Als imperiale Methode und Politik war sie stets umkämpft und selten stabil. Sie umfasste die Institutionalisierung von Methoden der Ausgrenzung und Unterordnung von Menschen, die über einen bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Raum sowohl festgelegt als auch reproduziert wurde. Frederick Cooper definiert – ganz breit – wie folgt: „Ein imperialer Staat ist eine Struktur, die Unterscheidungen zwischen Kollektiven reproduziert und sie dabei in unterschiedlichem Maß der Herrschaftsinstanz unterordnet.“⁷

Konkret heißt das, dass ein Imperium die Heterogenität und Unterschiede aller Art zwischen seinen Untertanen betont und eine Integration nur auf höchster Ebene stattfindet, wo die üblicherweise übernationalen, adeligen Eliten davon profitieren, die sich häufig durch kulturelle Gemeinsamkeiten auszeichnen beziehungsweise diese anstreben. Die Masse der Untertanen erhält weit geringere, abgestufte Partizipationsmöglichkeiten zugewiesen – weshalb die Macht nicht von der Basis her legitimiert ist.⁸ Ungeachtet dessen stellten Wahlen zum Reichsrat in Österreich-Ungarn ein wichtiges imperiales Ritual dar – mit teilweise erstaunlichen supranationalen Koalitionen auf lokaler Ebene –, weil sie zumindest den Eindruck einer Teilhabe am Imperium vermittelten. So machten sich die Untertanen das Reich zu Eigen und widersprachen gewissermaßen an der Wahlurne dem Propagandaschlagwort vom ‚Völkerkerker‘.⁹

Freilich: Längst nicht jede Stimme war gleich viel wert, denn neben einem sozioökonomisch determinierten Kurienwahlrecht gab es zahlreiche Vorbehalte in Form der Wahlbezirkseinteilungen oder ethnisch vorgegebener Sitzverteilungen in den Parlamenten. Aus Ungleichbehandlungen wie diesen entstehen in allen Imperien notwendigerweise Spannungen, die sich nicht selten gewaltsam äußern, bei stabilen Staatsgefügen aber eine Art Balance erreichen, in der Loyalität und Identifikation durch Zugeständnisse bedingt werden.¹⁰ Zentral sind dafür weniger die Realitäten als vielmehr die Vorstellungen vom Imperium – sie sind auch wichtiger als die von Nationalismen, die letztlich nur eine Positionierung gegenüber dem Imperium darstellen – nicht zuletzt deswegen, weil

6 Vgl. hierzu die grundlegende Studie von Partha Chatterjee, *The Nation and its Fragments. Colonial and Postcolonial Histories* (Princeton Studies in Culture, Power, History), Princeton 1993.

7 Frederick Cooper, *Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive* (Globalgeschichte, 2), [Übersetzung der engl. Originalausgabe 2007], Frankfurt am Main 2012, S. 58.

8 Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010, S. 607–610.

9 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016, S. 3f.

10 Cooper, *Kolonialismus denken* (wie Anm. 7), S. 256–258.

die bedeutsamste Forderung noch stets die nach Partizipation am Imperium ist.¹¹

Viele Studien haben dabei herausarbeiten können, dass die imperialen Imaginationen einem stetigen Wandel unterworfen waren, was gleichermaßen für die Reiche selbst gilt: Deren Charakter und Politik lassen sich im Grunde nur in Form von Transformationsprozessen beschreiben.¹² Imperial wird das Handeln dadurch, dass es sich auf ein pluralistisches Reich ausrichtet und damit im Gegensatz zum Nationalstaat steht, der ethnische Homogenität sucht. Und ein weiterer Punkt ist wichtig: Imperiales Handeln ist häufig verschränkt mit außenpolitischer Darstellung, denn die eigene Stellung als Großmacht erfordert eine ständige Anerkennung durch die gleichrangigen Rivalen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich die ‚imperialen Herausforderungen‘, die das zentrale Interesse dieses Buches bilden: Worauf muss ein Imperium reagieren, um seinen Status nicht zu verlieren? Seine Macht beruht im Wesentlichen auf vier Quellen, unterschiedlich ausgeprägt und sich gegenseitig bedingend: Militärische und ökonomische Überlegenheit sowie politische und ideologische Gestaltungskraft.¹³ Stets gilt es, sie zu erhalten und zielgerichtet einzusetzen. Beziehungsweise, aus einer Bottom-up-Perspektive heraus: Wie lassen sich diese Faktoren herausfordern? Letzteres geschieht häufig an der Peripherie, an den territorialen und gesellschaftlichen Rändern des Reiches. Einmal mehr zeigt sich hier, dass das Desiderat von deren stärkerer Berücksichtigung¹⁴ nach wie vor Berechtigung hat. Deshalb widmen sich eine Reihe von Beiträgen nicht den Eliten in Wien und Budapest, sondern den lokalen Akteuren, auch und gerade in Relation zur Zentrale.

Die daraus resultierenden Kategorien imperialen Handelns sind vielfach identifiziert worden und zielen fast immer auf eine horizontale wie eine vertikale Integration ab. Einerseits müssen also die verschiedenen Teile und Territorien des Reiches direkt angebunden werden und sich von der Zentrale aus steuern lassen. Andererseits muss der Einfluss auf die Peripherie auf einem sicheren Fundament stehen und dort Akzeptanz finden. Eine entscheidende Herrschaftstechnik ist freilich die radiale Anordnung aller Beziehungen zueinander –

11 Vgl. hierzu auch die einflussreiche Studie von Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983; dt. die erweiterte Ausgabe unter dem Titel: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main 1996.

12 Pieter M. Judson, *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria*, Cambridge 2006.

13 Münkler, *Imperien* (wie Anm. 5), S. 79f.

14 Münkler, *Imperien* (wie Anm. 5), S. 49.

sie müssen über die Zentrale laufen, es darf keinesfalls zu einer Verständigung der Untertanen untereinander kommen.¹⁵

Aus all dem entsteht eine imperiale Herrschaft, die uneinheitlich und erratisch ist, eben weil es keine Einheit geben kann. Tatsächlich ist es den wenigsten Reichen überhaupt gelungen, auch nur einzelne Territorien ökonomisch und politisch erfolgreich zu beherrschen – wobei in den letzten Jahren die Bewertung Österreich-Ungarns in dieser Hinsicht tendenziell positiver wurde,¹⁶ weil es hier wie anderswo zwar keinen monolithischen Imperialismus gab, aber eben doch eine relativ erfolgreiche reaktive Politik. Europaweit blieb allerdings die imperiale Vision, sich die Welt – oder zumindest den Teil, den man sich untertan machen konnte – nach eigenen Vorstellungen und eigenem Nutzen umzuformen, eine Illusion, denn die Kompromisse, die ein Imperium verlangte, waren und sind stärker als nationale Utopien.¹⁷ Und so zeigten sich die Großreiche oftmals hilflos¹⁸ – und gleichzeitig voller Beharrungskraft und Überlebensstärke. Gerade Österreich-Ungarn macht deutlich, warum Hilflosigkeit und Durchsetzungsfähigkeit kein Widerspruch sein müssen.

Die neue Forschung hat hier einiges an Differenzierung geleistet und durchaus die Zukunftsfähigkeit der Doppelmonarchie betont.¹⁹ Wenn sich global gar nicht so selten zeigt, dass Imperien hilflos waren, dann rührt das zuvorderst von deren zumindest theoretisch unbegrenztem Anspruch her. Die Historiographie hat das meist unter dem Paradigma von Scheitern oder Überdehnung untersucht, und gerade letzterer Begriff verkam dabei zu einer Floskel, der wenig empirische Fakten gegenüberstanden. Auf Österreich-Ungarn übertragen zeigen die asymmetrischen Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Imperium und – womöglich besetztem – Kleinstaat, aber nicht immer nur ein überfordertes Wien. Österreich-Ungarn war zwar häufig ein reaktives, aber oftmals auch ein kreatives Großreich, das zwischen den Mythen des schwachen und des modernen Imperiums zu verorten ist und durchaus handlungsfähig war.

* * *

Günther Kronenbitter weist in seinem Aufsatz darauf hin, dass es in Wien zwar regelrechte Expansionsspezialisten innerhalb der imperialen Eliten gab, die ein

15 Osterhammel, Die Verwandlung der Welt (wie Anm. 8), S. 610–614.

16 Judson, The Habsburg Empire (wie Anm. 9), S. 9.

17 Jane Burbank/Frederick Cooper, Imperien der Weltgeschichte. Das Repertoire der Macht vom alten Rom und China bis heute [Übersetzung der engl. Originalausgabe 2010], Frankfurt am Main 2012, S. 413.

18 Maurus Reinkowski/Gregor Thum (Hg.), Helpless Imperialists. Imperial Failure, Fear and Radicalization (Schriftenreihe der FRIAS School of History, 6), Göttingen 2013.

19 Vgl. etwa Judson, The Habsburg Empire (wie Anm. 9).

Ausgreifen auf dem Balkan und entlang der Adria befürworteten, das aber zugleich mit defensiven Notwendigkeiten der Verteidigung beziehungsweise des Reichserhalts begründeten. Diese Dichotomie im Grunde recht minimalistischer Vorstellungen basierte auf historischen, kulturanthropologischen, ökonomischen und strategischen Argumenten. Die Zwiespältigkeit angenommener imperialer Handlungsnotwendigkeiten spiegelte der Erste Weltkrieg prismatisch wider und unterschied sich damit deutlich von den bisherigen, ‚klassischen‘ Imperialkriegen.²⁰ Und wo man im 19. Jahrhundert noch vorwiegend an Einflussphären dachte – etwa wie beim Status von Bosnien-Herzegowina –, ging es nach 1914 um zumindest für die Kriegszeit andauernde Annexion, wobei in Einzelfällen auch schon darüber hinaus gedacht wurde. Letzteres auch deshalb, weil Wien für die Kriegführung Soldaten und materielle Ressourcen in den neuen Gebieten erschließen wollte. Dass dem aber sowohl die wirtschaftliche Inkompetenz der Militärs wie die weithin respektierten völkerrechtlichen Normen entgegenstanden, bedeutete neue, unlösbare Herausforderungen. Das Beispiel Serbien verdeutlicht die Irrwege kurzfristiger und provisorischer Politik.²¹

Doch Österreich-Ungarn eroberte auch südlich davon sowie in Rumänien und tief in russländischem Territorium Gebiete, insbesondere in Polen und der Ukraine. Stephan Lehnstaedt nimmt in seinem Beitrag diese letztendlich nur kurz besetzten Territorien vergleichend in den Blick und zeigt, dass die wirtschaftliche Nutzbarmachung angesichts des drückenden Kriegs die Okkupationspolitik zu einem hohen Maße bestimmte. Doch administrative Inkompetenz verhinderte eine effektive Ausbeutung, so dass sich das räumliche Ausgreifen als große Last erwies – aber zugleich notwendig war, um überhaupt an einen Sieg denken zu können. Die imperialen Herausforderungen blieben also an dieser Stelle eine Überforderung.

Doch nicht nur in den frisch eroberten Gebieten richtete sich das Verhältnis zwischen Zentren und Peripherie neu aus: Erstere waren in einem bisher unbekanntem Umfang auf die Unterstützung der letzteren angewiesen – in Form von Ressourcen und Soldaten. Für die Doppelmonarchie brachte der Weltkrieg eine – lange geforderte und gewünschte – Zentralisierung, weil das Militär wesentliche Aufgaben im Staate übernahm. Aber das untergrub auch die Loyalitäten, die auf der hergebrachten Vielvölker-Realität beruhten und funktionierten hatten. Das Militär hatte dieses System schon zuvor abgelehnt – und handelte

20 Tanja Bühner/Christian Stachelbeck/Dierk Walter (Hg.), *Imperialkriege von 1500 bis heute. Strukturen – Akteure – Lernprozesse*, Paderborn 2011.

21 Jonathan E. Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918* (Cambridge Military Histories), Cambridge 2009.

damit gegen die Logik des Habsburgerreiches. Der zentripetale Effekt des Krieges verpuffte insofern, als die zentrifugalen Kräfte gleichzeitig zunahmen.

Geradezu selbstzerstörerische Auswirkungen hatten die verschiedenen Besetzungen, denn sie schufen oftmals erst die strukturellen Bedingungen für die spätere Selbstständigkeit und eröffneten ein kaum kontrollierbares Konfliktfeld um territorialen und wirtschaftlichen Einfluss sowie Elitenhegemonien.²² Am Beispiel des Militärgeneralgouvernements Lublin wird das im Beitrag von Jan Lewandowski deutlich. Er zeigt die Partizipationsangebote, die den Polen gemacht wurden – und gemacht werden mussten, weil Österreich-Ungarn in direkter Konkurrenz zu Deutschland stand, das im Generalgouvernement Warschau ähnlich vorging und mit Wien um die langfristige Dominanz in Polen stritt. Darüber hinaus sorgten die sich wandelnden Kriegsziele für viele Irritationen, weil etwa der Friedensvertrag von Brest-Litowsk die Ukraine umwarb, aber die Polen vor den Kopf stieß. Weil zugleich die Lebensbedingungen kontinuierlich schlechter und die auferlegten Lasten drückender wurden, gelang es nicht, die Sympathien der neuen Untertanen zu gewinnen.

Jenseits dessen war bereits die gegen Russland gerichtete Nationalitätenpropaganda kontraproduktiv, weil sie in Polen dem dortigen Irredenta-Diskurs eine enorme Dynamik verlieh: Selbst die bisher loyalen Galizier forderten nun mit Vehemenz mehr Freiheiten von Wien.²³ Der Krieg eröffnete in dieser Hinsicht ganz neue Möglichkeiten. Jens Boysen analysiert diese Perspektive vergleichend für die Mittelmächte und kommt zu dem Ergebnis, dass grundsätzliche Loyalität gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn nicht im Gegensatz zu Unabhängigkeitsbestrebungen stand. Wurden keine Zugeständnisse gemacht, wuchs das Unruhepotential. Die Kategorie der Enttäuschung gehört daher untrennbar zum Imperium und seinen Subjekten.

In den eroberten Gebieten freilich war zudem so etwas wie eine – mindestens – semikoloniale Politik zu beobachten. Das gilt zuvorderst für das von Clemens Ruthner im ersten Abschnitt dieses Bandes analysierte Bosnien-Herzegowina, das sich seit 1878 im k. u. k.-Einflussbereich befand und auf vielfache Weise bereits zeitgenössisch als Kolonie kategorisiert wurde. Dort lief die Nationalitätenpolitik auf die Schaffung einer neuen bosnischen Identität hinaus, damit Muslime, Orthodoxe und Katholiken nicht mehr gegeneinander stan-

22 Für Polen: Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36), Osnabrück 2017.

23 Harald Binder, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik* (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 29), Wien 2005, S. 495–501.

den;²⁴ das Resultat dieser paternalistischen Vorgehensweise war allerdings kontraproduktiv und vertiefte die bestehenden Gräben. Jenseits dieses Befunds sollte allerdings die Frage gestellt werden, ob die Diagnose dieser konstruierten Differenzen nicht letztlich die imperiale Differenzierung selbst fortschreibt.

Ruthners Aufruf zur Selbstreflexion trifft auf ein inzwischen beeindruckendes methodisches und theoretisches Arsenal der Kolonialismusforschung: Zentral erscheint vor allem die Frage nach einer anthropologisch definierten inferioren Andersartigkeit der Untertanen: galten sie als geistig oder körperlich unterlegen, oder als kulturell weniger leistungsfähig? Auch hier freilich ist von einer rein statischen Bestandsaufnahme abzusehen, stattdessen müssen dynamische Entwicklungen eines Diskurses in Rechnung gestellt werden, der mit christlicher Überlegenheit gegenüber ‚Heiden‘ begann, über technische Minderkompetenz bei der Beherrschung der Natur und umwelt-deterministische Sichtweisen – weil ‚Wildheit‘ eine Beherrschung des Lebensumfelds verhinderte – bis hin zu biologistischem Rassismus führte. Zu verschiedenen Zeiten resultierte daraus ein jeweils anders gearteter Sendungsglaube, eine Vormundschafts- und Verantwortungspflicht in einem komplementären Verhältnis. In der Moderne trat dazu die Vorstellung, dass eine politikfreie, gewissermaßen nüchterne Verwaltung Chaos verhindern könne und erst die ersehnte Ordnung herstelle – jegliche Aushandlungsprozesse waren dafür überflüssig.²⁵

Das konkrete Handeln der Kolonisatoren unterschied sich von dieser Vorstellung durchaus, es bestand in der Androhung und Anwendung von Gewalt und in der Übernahme traditioneller Herrscherrollen und Symbole; in enger Überschneidung mit einem ‚normalen‘ Imperialismus trat die Kooperation mit den lokalen Eliten hinzu, denen mittels eines *divide et impera* Zugeständnisse gemacht wurden, damit Interessenkonvergenzen entstanden. Die jeweiligen Formen dieser Praktiken bestimmte außerdem die konkrete Machtausübung, die durchaus Unterschiede zur Inkorporation kannte und teilweise indirekt oder sogar nur über Einfluss-sphären erfolgte.²⁶

Viele dieser Gesichtspunkte lassen sich für Österreich-Ungarn beobachten, weshalb bereits seit einigen Jahren Überlegungen angestellt werden, ob und inwiefern es ein Kolonialreich gewesen ist.²⁷ Die Entwicklungen im Ersten

24 Clemens Ruthner, Habsburgs ‚Dark Continent‘. Postkoloniale Lektüren zur imperialen österreichischen Literatur und Kultur im langen 19. Jahrhundert (Kultur – Herrschaft – Differenz, 23), Tübingen 2018, S. 203–312.

25 Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 2009, S. 113ff.

26 Osterhammel, Kolonialismus (wie Anm. 25), S. 25f. und 71.

27 Vgl. etwa Moritz Csáky/Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch (Hg.), Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität, 2), Innsbruck 2003.

Weltkrieg machen solche Fragen noch bedeutsamer. Borislav Chernev hat diesen Versuch zur Formierung und Betonung ethnischer Differenz anhand der Ukraine untersucht, wo Kulturgefälle und Fremdheit als essentielle Kategorien zur Differenzierung einer ukrainischen Identität und damit auch einer ebenso begründeten Staatlichkeit gegenüber Polen und Russland Anwendung fanden. Wie dünn und gleichzeitig explosiv diese Basis war, zeigt der Umstand, dass die in Brest-Litowsk konzipierte Ordnung bereits mit der im September 1918 beginnenden Auflösung der militärischen Macht der Mittelmächte zu Zerfallen begann und eine ukrainische Staatlichkeit nur noch über den Umweg der plu-riethnischen bolschewistischen Ideologie wieder aktiviert werden konnte. Der Unterschied von kolonialen Überlegenheitsgefühlen und Modernisierungsprozessen beziehungsweise -diskursen war dabei oft nur gering, aber dennoch sollten die Ukraine, Albanien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina jeweils als Einzelfälle innerhalb eines Imperiums betrachtet werden, das sich der ‚Herrschaft der Differenz‘ bediente. Auch das zeigt die vielen Gesichter der Doppelmonarchie und die nach wie vor großen Forschungsdesiderate.

Bei all dem sollte allerdings der Erste Weltkrieg als Endpunkt des Habsburgerreichs nicht überbewertet werden, denn aus nationaler Perspektive war er zwar eine Zäsur, aber vor allem ein Katalysator, der verschiedene Evidenzen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts verdichtete. Die Frage nach Nationalismen und nationalen Identitäten stellt sich deshalb weiterhin. Für die Doppelmonarchie lässt sich der Wissenschaftsdiskurs der letzten Jahre dahingehend zusammenfassen, dass die Identitäten der einzelnen ethnischen Gruppen meist konstruiert, flüchtig und pluralistisch waren. Damit einhergehend ist jedoch zu konstatieren, dass der Begriff ‚Identität‘ an Trennschärfe verliert, entweder zu viel oder zu wenig – oder sogar überhaupt nichts mehr bedeutet.²⁸ In der Doppelmonarchie lag das auch daran, dass die Nationalbewegungen oft deutlich weniger Einfluss auf das Alltagsleben ausübten, als das die ältere Forschung behauptet hatte; stattdessen beschränkte sich ihr Wirkungskreis vielfach auf das Zelebrieren von Gedenktagen und heroischen Ahnherren.²⁹ Mindestens hier wird deutlich, wie sehr Politik auch Performanz war – aber das gilt für die Nationalbewegungen genauso wie für die Imperialisten.³⁰

Auf das Konzept der ‚Identität‘ sollte dennoch nicht verzichtet werden, denn hinter dem Begriff steckt viel mehr als beispielsweise die diskursive Konstruktion von Selbst- und Fremdwahrnehmung, Selbstverständnis oder Selbstbild. Gerade wegen dieser Multiperspektivität kann es aber gar nicht darum gehen,

28 Cooper, *Kolonialismus denken* (wie Anm. 7), S. 109.

29 Tara Zahra, *Imagined Noncommunities. National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69/1 (2010), S. 93–119.

30 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 9), S. 338f.

eine möglichst enge Auslegung von ‚Identität‘ vorzunehmen. Stattdessen sollten auch die zeitgenössischen Inhomogenitäten und retrospektive Korrekturen herausgearbeitet werden, die verschiedene Zugriffe auf oft nachträglich konzipierte Klitterungen und Auslassungen erlauben. Auf diese Weise bleibt der Begriff eng verwandt mit seinem Alltagsverständnis und vermeidet Konstruktivismus. Der Nachteil ist freilich, dass damit die Grenze zwischen einer Kategorie der Analyse und der Praxis verschwimmt.³¹

Aber die jeweiligen Zugehörigkeiten sowie die damit verbundenen sozialen Rollen bilden letztlich immer das Orientierungs- und Normgefüge sowohl für Einzelne als auch für Gruppen. Damit sich eine bloße Gruppenmitgliedschaft in eine kollektive Identität verwandelt, sind Erzählungen und Symbole notwendig, die Identifikation und Kategorisierung erlauben. Letzteres bedeutet eine Klassifizierung anderer innerhalb eines Systems und geht einher mit einem Perspektivenwechsel vom Ich zum Wir, vom Eigenen zum Fremden. Soziale Kategorisierung entspringt dem Streben nach einem Zugehörigkeitsgefühl und einem positiven Selbstbild. Soziale Identifikation heißt, die jeweilige Gruppe als eine gewisse Erweiterung des eigenen Ichs zu sehen, woraus eine veränderte Selbstdefinition resultiert mit der Folge, dass die Individuen an die Gruppe gebunden werden und ihre Charakteristika sowie Qualitäten annehmen.³² Durch Teilnahme und Teilhabe sowie die Anerkennung der anderen Mitglieder gewinnt das Individuum an Selbstwert, wobei ‚Prestigegruppen‘ mit einem höheren Selbstbewusstsein einhergehen als – notwendigerweise – stigmatisierte Gruppen,³³ was regelmäßig die Freund-Feind-Verhältnisse in Kriegen aber auch in konfliktträchtigen Auseinandersetzungen in Friedenszeiten charakterisiert. Nationalitätenpolitik bildet die praktische Anwendung dieser theoretischen Beobachtungen ab: Sie möchte Menschen in eine Gruppe einfügen und versucht deshalb, deren Selbstdefinition zu beeinflussen, wobei sie üblicherweise den ‚Wert‘ des eigenen Verbands betont und den anderer herabsetzt.

Angesichts der vielen Nationalbewegungen im Habsburgerreich ist die Frage zu stellen, wer denn die Doppelmonarchie tatsächlich trug und welche Partizipationsmöglichkeiten die einzelnen Ethnien des Vielvölkerstaats hatten. So war gerade die Außenpolitik in weiten Teilen abgekoppelt von der Innenpolitik – letztere fand in den Reichshälften und insbesondere in Cisleithanien bis zu einem gewissen Grad auch in den Kronländern statt. Vom Wiener Kaiserhof aus war Integrationspolitik insofern etwas selbstverständliches, weil es letztlich egal war, welcher Ethnie oder Nationalität sich ein Untertan zugehörig fühlte. Franz Joseph kaufte etwa bei deutschsprachigen, in Wien gut vernetzten Malern ge-

31 Cooper, *Kolonialismus denken* (wie Anm. 7), S. 125f.

32 Donelson F. Forsyth, *Group Dynamics*, Belmont 2006, S. 90.

33 Forsyth, *Group Dynamics* (wie Anm. 32), S. 94.

nauso ein, wie bei denen anderer nationaler Herkunft, was Katharina Mann am Beispiel von Jan Matejko zeigt. Dessen ursprünglich tschechische Familie hatte sich in Galizien bei der Verwaltungsarbeit für die Doppelmonarchie polonisiert, und Matejko wurde ein berühmter Historienmaler, dessen polnisch-patriotische Sujets bis heute hoch geschätzt werden. Und obwohl die Bilder keineswegs imperial-staatstragend waren, sondern ganz im Gegenteil die Stärke der polnischen Nation herausstellten, erhielt Matejko dennoch Preise und Auszeichnungen in Wien – und nahm diese Ehrungen nur zu gerne an. Es schloss sich nicht aus, polnischer Nationalist und habsburgischer Untertan zu sein.

Hier lässt sich wieder einer dieser scheinbaren Widersprüche erkennen, die aber gerade ein multinationales Imperium zur Selbstlegitimation zulassen muss. Dies wird insbesondere in den cisleithanischen Kronländern sichtbar. Dort wurden, je nach Grad der Akzeptanz der jeweiligen Bemühungen zur Betonung der nationalhegemonialen Herrschaftsverhältnisse innerhalb des imperialen Rahmens, die nationalen Identitätskonstruktionsbemühungen gefördert oder unterdrückt. Ebenso eindrucksvoll wie widersprüchlich zeigen das etwa die strikt nach Kronländern differenzierten Bände des *Kronprinzenwerkes*.³⁴

* * *

Es ist eine immer noch vorherrschende Tendenz, Imperialismusforschung gewissermaßen ‚imperial‘ zu betreiben und ausschließlich die Politik der Zentrale und ihre Sicht auf die Peripherie zu analysieren. Dieser Sammelband verfolgt explizit auch eine dezentrale Zugangsweise und will die Sichtweisen außerhalb des Imperiums einbinden. Die imperialen Herausforderungen Österreich-Ungarns lassen sich nur erfassen, wenn zugleich deren lebensweltliche Auswirkungen untersucht werden. Insbesondere multiethnische Städte der Donaumonarchie bieten sich hier für eine Mikroperspektive auf die Formierungen und Konjunkturen imperial-nationaler Diskurse an. Historiographisch-kulturwissenschaftliche Untersuchungen dazu reichen bereits bis in die 1990er Jahre zurück. Schon in diesen Arbeiten wurden Heterogenität, Pluralität und Differenz als wesentliche Faktoren der urbanen Diskurse wie auch der Lebensrealitäten betont.³⁵

Schon aufgrund der vorhandenen Forschungsinfrastruktur und des bis heute prägenden Hauptstadtcharakters standen Wien, Prag und Budapest im Zentrum

34 Peter Stachel, Die Harmonisierung national-politischer Gegensätze und die Anfänge der Ethnographie in Österreich, in: Karl Acham (Hg.), Geschichte der österreichischen Humanwissenschaften, Bd. 4: Geschichte und fremde Kulturen, Wien 2002, 323–368.

35 Allen voran seien an dieser Stelle die Arbeiten von Moritz Csáky hervorgehoben, synthetisiert in: Moritz Csáky, Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa, Wien 2010.

der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit, dicht gefolgt von Krakau, Lemberg, Sarajewo, Triest und Czernowitz. Eszter Gantner und Heidi Hein-Kircher bewegen sich mit ihrem Beitrag entlang dieses Forschungsdiskurses, indem sie Lemberg und Budapest einem Vergleich unterziehen, um Charakteristika von Nationalisierung, Stadtentwicklung und Wissenstransfer zwischen *Habsburgs Emerging Cities* herauszuarbeiten. Sie verstehen unter letzterem ein Konzept, mit dem sie die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an wirtschaftlicher, politischer, kultureller Bedeutung gewinnenden (Haupt-)Städte der Kronländer analysieren. Sie wurden in der Moderne zu Orten der Industrialisierung, der nationalen Diskurse, der wirtschaftlichen Dynamiken und erhielten mit den provisorischen Stadtstatuten seit 1850 beziehungsweise dem Reichsgemeindengesetz von 1862 auch einen rechtlichen Rahmen, der ihnen zu einer privilegierten Stellung innerhalb der regionalen Verwaltungseinheiten verhalf. Die Städte und ihre Eliten sollten zu Partnern des übernationalen Charakters der Monarchie werden, was die direkte Ernennung des Bürgermeisters durch den Kaiser symbolisch betonte. Aber insbesondere die boomenden Orte der neuen Wissensproduktion und -vermittlung – allen voran Universitäten, Museen, Opern, Theater, Schulen und zivilgesellschaftliche Vereine – waren letztlich die Projektionsflächen der jeweiligen nationalhegemonialen Machtverhältnisse, konterkariert oft nur durch Intervention aus Wien, um die imperiale Politik der Differenz auch weiterhin am Leben zu halten.

Cathrine Horel arbeitet diese vielfältigen Beziehungen anhand eines breiten Sets an Städten der Habsburgermonarchie heraus: Sie untersucht Lemberg, Preßburg, Triest, Temesvár, Brünn, Laibach, Czernowitz und Sarajewo auf ihre widerständig nationalen und konstruiert imperialen Evidenzen hin. Auch sie betont, dass die demonstrative Benennung der imperialen Zugehörigkeit nicht zwangsweise als Widerspruch zu nationalen Affirmationen verstanden werden musste. Auch wenn der Grad an Intoleranz gegenüber allem im jeweils ‚eigenen‘ Nationaldiskurs definierten ‚Fremden‘ im Verlauf der späten Habsburgermonarchie wuchs, so waren es gerade Städte, in denen Loyalitätsbekundungen gegenüber der Monarchie in ein und derselben gesellschaftlichen Gruppe oder sogar vom gleichen Individuum zum Ausdruck gebracht werden konnten. Dies verwundert auch nicht weiter, waren doch gerade Städte die Orte, in denen die Träger des imperialen Gedankens ihren Wohn- und Wirkungsort hatten: Beamte, Militärs, Adelige, Großindustrielle. Sie standen laufend vor der Herausforderung der ‚Loyalität gegenüber dem Dienstherrn‘ einerseits und der Akzeptanz durch die lokalen (klein)bürgerlichen, oft nationalisierten gesellschaftlichen Aufsteiger der Moderne.

Dem in der deutschsprachigen Historiographie immer wieder festzustellenden blinden Fleck Königreich Ungarn innerhalb der Habsburgermonarchie kann auch in diesem Band nur teilweise begegnet werden. Aber es gibt Aus-

führungen von Eszter Gantner zu Budapest sowie von Péter Techet zum in der Nähe von Rijeka liegenden Drenova und von Gábor Egry zu den ungarischen regionalen Zentren. Techet arbeitet an einem Kirchenstreit in einer Kleingemeinde im Umland der aufstrebenden, aber durch den Nationalitätenstreit zwischen Südslawen und Italienern gespaltenen und von den ungarischen Beamten imperial ausgeglichenen Küstenstadt Rijeka die Vielschichtigkeit des national-religiösen ‚Kulturkampfes‘ heraus. Spannend ist dabei, dass die sich ansonsten eher als übernationaler Vermittler positionierende katholische Kirche klar auf eine Seite der nationalen Gegensätze stellte. Damit sollte auch eine nationale Markierung vorgenommen werden, um die minoritäre italienischsprachige Bevölkerung weiterhin zu marginalisieren.

Auf eine ähnliche Perspektive verweist auch der Beitrag von Egry. Er arbeitet anhand der siebenbürgischen Städte Maramureş/Maramuresch, Braşov/Kronstadt und der siebenbürgischen Regionalpolitik die imperialen Differenzansätze in der ansonsten auf Homogenität zielenden Magyarisierungspolitik Budapests heraus. Entgegen dem Selbstverständnis der Verwaltungseliten Cisleithaniens waren in Transleithanien diese gerade die Träger ungarischer Majoritätsversuche. Die Beispiele zeigen aber die Spielräume und Kompromissfähigkeiten, welche insbesondere für imperiale Machtstrukturen so zentral sind.

Den größten Kontrast zu dieser Praxis der Differenz stellt eine national homogene Stadt in Cisleithanien dar, deren Mehrheitsbevölkerung noch dazu die Elite des Kronlandes und des imperialen Zentrums widerspiegelt: Graz. Wolfram Dornik zeigt anhand der Selbstverortung der Stadt seit den 1880er Jahren den deutschnationalen Charakter der inneren Auseinandersetzungen. Auch oder gerade weil die zweite große Nationalität des Kronlandes, die slowenischsprachige Bevölkerung in den ländlich geprägten untersteirischen Gebieten, im Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum der Steiermark unterrepräsentiert war, in den untersteirischen Städten aber mit Vehemenz die Akzeptanz ihrer wachsenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle einforderte, gab sich Graz ein antiimperiales Image. Demonstrativ wurde bei imperialen Feierlichkeiten nicht die Kaiser-Hymne, sondern deutschnationales Liedgut abgesungen. Gezielt wurde dies auch auf religiöse Diskurse ausgeweitet: insbesondere die übernationalen Bemühungen der katholischen Kirche wurden im politischen Diskurs offen und an den Universitäten mit Fäusten bekämpft; an letzteren wuchs auch die Ablehnung der an und für sich prosperierenden Jüdischen Gemeinde, was sich in wüstem Antisemitismus äußerte.

In diesem Sinne ist auch das Titelbild auf dem Cover dieses Bandes gewählt. Es steht als Symbol für das Spannungsverhältnis, in dem sich die gesellschaftlichen Diskurse der Habsburgermonarchie vorrangig bewegten, nämlich zwischen imperialen und nationalen Vorstellungen: Die Aufnahme zeigt die Franz-Karl-Brücke in Graz während des „Deutschen Sängerbundfestes“ im Jahr 1902. Die

wichtigste Verbindung zwischen ehemaliger Vorstadt am rechten und dem Verwaltungs- und Politikzentrum am linken Murofer wurde 1890 neu errichtet. Sie war nach Erzherzog Franz Karl, dem Vater von Kaiser Josef I., benannt und wurde mit imperialer Symbolik aufgeladen. Gleichsam wird dieses Symbol der späten Monarchie von den nationalen Fahnen der teilnehmenden Sängerschaften überformt. Dies geht durch die Schwarz-weiß-Ausführung der Fotografie zwar etwas verloren, bei einem näheren Blick dominiert jedoch Schwarz-Rot-Gold als Sinnbild für die gemeinsame Zugehörigkeit zum Deutschtum, also die Gegenerzählung zum übernationalen Imperium.

* * *

Natürlich hat auch dieser Sammelband eine Vorgeschichte. Neben den rein wissenschaftlichen Überlegungen stand am Anfang ein kleiner, intensiver Workshop am Deutschen Historischen Institut Warschau, der sich im Herbst 2015 Österreich-Ungarn als Besatzungsmacht widmete – und dabei nicht nur den Ersten Weltkrieg in den Blick nahm. Er war explizit als Vorüberlegung für die Frage gedacht, die auch diesen Band motiviert: Wie reagierte die Doppelmonarchie auf all die Herausforderungen, die die Existenz als Imperium mit sich brachte? War sie überhaupt ein Imperium, oder vielleicht sogar ein Kolonialreich? Dazu gehörte einerseits die Inkorporation neuer Nationalitäten und Territorien, die eingangs von Interesse war. Aber bei diesem Aspekt sollte es nicht bleiben, und daraus entstand die Idee zu einer Konferenz unter dem Titel *Österreich-Ungarn und die imperialen Herausforderungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Nationalismen und Rivalitäten im Habsburgerreich, in Europa und in der Welt*, die im Herbst 2016 abermals am DHI Warschau stattfand.

Der Rahmen war nun viel größer, weil die *Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland* sie in die Reihe ihrer Jahreskonferenzen aufnahm und eine überaus großzügige Finanzierung – auch dieses Bandes – gewährte. Unser Dank gilt daher zunächst Hans van Ess, Harald Rosenbach und Michael Kaiser von der Stiftung, die Tagung und Buch überaus wohlwollend begleiteten und in die Schriftenreihe der Stiftung aufnahmen; Judith Schulte und Fabian Schmitt kümmerten sich dort mit großer Sorgfalt um das Lektorat.

Am Ende sollte eine gute Aufnahme auch jenseits des Fachkreises aus Österreich-Ungarn-Spezialisten möglich sein – und Pieter Judson hat jüngst erklärt, dass zwar „Habsburg history has become known as a laboratory for creative innovation in historical studies, this news has also been slow to reach non specialists within and beyond the academy.“³⁶

36 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 9), S. 11.

Band und Konferenz wären ohne das DHI Warschau nicht zustande gekommen. Miloš Řezník und Ruth Leiserowitz gewährten uns alle denkbare Unterstützung. Das gilt ebenfalls für die institutionellen Partner der Konferenz, das Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz, das GrazMuseum sowie das Touro College Berlin, und namentlich insbesondere Stefan Karner und Otto Hochreiter. Unser Dank gilt außerdem all denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DHI Warschau, die sich um die konkrete Organisation gekümmert haben: Andrea Huterer, Kinga Wołoszyn-Kowanda, Grażyna Ślepowrońska, Dorota Zielińska und Krzysztof Zdanowski. Martin Dean und Brian Crawford lektorierten englische Texte, Peter Oliver Loew übersetzte aus dem Polnischen. Ohne all diese Helfer wären Konferenz und Band nie möglich gewesen.

Während der Fertigstellung des Bandes hat uns die traurige Nachricht vom plötzlichen Tod von Eszter Gantner erreicht. Wir waren tief erschüttert und werden eine immer neugierige, stets kritische und trotzdem so herzliche Kollegin und Freundin sehr vermissen.

Teil I: Grundsätzliche Überlegungen

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

War die Habsburgermonarchie ein Imperium? Aktuelle wissenschaftliche Betrachtungen und zeitgenössische Debatten von 1900 bis 1918

Unschärfen und Divergenzen

Das Verdikt von Herfried Münkler, dass gerade in der jüngsten Debatte der Terminus des Imperiums eher eine „beliebige, häufig denunziatorische Bedeutung“ angenommen habe¹, wurde wiederholt aufgegriffen. Bisweilen wirkten entsprechende Erklärungsversuche vor dem Hintergrund des endenden Kalten Krieges, des Zerfalls der Sowjetunion und der Beschreibung eines ‚wohlwollenden‘ US-amerikanischen Unilateralismus eher hilflos. Teilnehmer an einer themenrelevanten Konferenz im Jahr 1991 kamen zu dem wenig eindeutigen Schluss: „Das ‚Imperium‘ kann politisch, wirtschaftlich oder kulturell definiert sein; es kann auf Handelsstützpunkte konzentriert sein oder eine territoriale Einheit bilden; es kann eine ideologische Grundlage haben – muss aber nicht.“²

Die nachfolgenden Bemühungen um ein besseres Verständnis sowohl des Ausdrucks als auch des Phänomens mündeten in eine unübersichtliche Vielfalt sehr unterschiedlicher, teilweise sogar widersprüchlicher Definitionen des Untersuchungsgegenstandes und der angewendeten Methoden. Die Bewertung des Herrschaftsgebietes respektive der Herrschaftsgebiete der *Casa de Austria* fiel angesichts dessen wenig überraschend uneinheitlich aus.

Die Forschungspositionen hat Arno Strohmeyer luzide zusammengefasst: Während für die Frühe Neuzeit überhaupt beträchtliche Ungenauigkeiten und unreflektierte Begriffsverwendungen zu verzeichnen sind, wodurch meist kaum zwischen den Wörtern ‚Imperium‘, ‚Monarchie‘, ‚Reich‘ oder ‚Großreich‘ differenziert wird, divergieren die Resultate zum diesbezüglich intensiver beforschten langen 19. Jahrhundert auffallend.³ Jürgen Osterhammel tendiert

1 Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – Vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 15.

2 Zitat nach Ulrich Leitner, *Imperium – Ein politisches System*, Innsbruck 2010, S. 2.

3 Vgl. Kerstin S. Jobst/Julia Obertreis/Ricarda Vulpius, *Neuere Imperiumsforschung in der Osteuropäischen Geschichte. Die Habsburgermonarchie, das Russländische Reich und die*

dazu, von einem Imperium in der Mitte Europas zu sprechen, obwohl ein „Nationalstaat der Titularnation gefehlt habe, was den raschen Zerfall“ im Jahr 1918 erkläre.⁴

Machte unter solchen Gesichtspunkten – und mit Blick auf die Zukunft – die „Übertragung des Nationalstaates auf eine übernationale Ebene“ manchem Kommentator Angst, so betonten andere Experten, wie Dieter Langewiesche oder Pieter M. Judson, die nationale Pluralität, die Vielzahl der Einheiten mit mehr oder minder begrenzter Autonomie. Dabei, so ihre Ansicht, stellten die betreffenden Herrschaftsverbände politische Gebilde dar, die größer als ein Nationalstaat seien und durchaus der multiethnischen Donaumonarchie ähneln konnten.⁵

Abweichend davon meint Andrea Komlosy, angelehnt an Hans-Heinrich Nolte, die Habsburger hätten, ähnlich den Osmanen und dem British Empire, ein „Imperium zweiter Ordnung“ regiert, anders als jene „erster Ordnung“. Letztere wären nämlich, wie das Römische oder Chinesische Reich eine Welt für sich gewesen, während, so Komlosy, unter anderen die Territorien des ‚Erzhauses‘ in internationale politische und wirtschaftliche Systeme integriert waren und mit vergleichbaren Konkurrenten interagierten.⁶

Ein Verlaufsmodell mit differenzierten Ergebnissen präsentierte demgegenüber Peter Haslinger, als er anhand des Zeitraums von 1740 bis 1918 die Sprachenpolitik der Monarchie als Schlüssel zu Sicherung imperialer Ansprüche vorstellte. Denn, so seine Ansicht, dieses charakteristische Instrument sei im Laufe des 19. Jahrhunderts verloren gegangen.⁷

Mitunter kamen die Untersuchungen allerdings zu gar keinem eindeutigeren Ergebnis, wie etwa die Ausführungen von Münkler zeigen, der im Falle des

Sowjetunion, in: Peter Haslinger (Hg.), Ostmitteleuropa transnational, Leipzig 2008, S. 27–56, hier S. 32–38.

4 Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, S. 625f.; vgl. Arno Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit – ein Imperium? Ein Problemaufriss, in: Michael Gehler/Robert Rollinger (Hg.), Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, Teil 1: Imperien des Altertums, mittelalterliche und frühneuzeitliche Imperien, Wiesbaden 2014, S. 1027–1049, hier S. 1032.

5 Dieter Langewiesche, Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa. München 2008, S. 214–218; Judson, Pieter M., *L’Autriche-Hongrie était-elle un empire?* In: *Annales* 63 (2008) S. 563–596.

6 Andrea Komlosy, Habsburgermonarchie, Osmanisches Reich und Britisches Empire – Erweiterung, Zusammenhalt und Zerfall im Vergleich, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 9/2 (2008), S. 9–62, hier vor allem S. 15; vgl. Hans-Heinrich Nolte, 1., 2., 3. Reich? Zum Begriff Imperium, in: ders./Thoralf Klein (Hg.), *Imperien. Eine vergleichende Studie*, Schwalbach 2008, S. 5–18, hier S. 9–16.

7 Peter Haslinger, Sprachenpolitik, Sprachendynamik und imperiale Herrschaft in der Habsburgermonarchie 1740–1914, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 57 (2008) S. 81–111, hier vor allem S. 109f.

habsburgischen Herrschaftsbereiches aufgrund der begrenzten räumlichen Ausdehnung lieber von einem Großreich spricht, andererseits jedoch wegen der langen Dauer sowie der mittel- und südosteuropäischen Entwicklungen imperiale beziehungsweise „postimperiale Konstellationen“ erkennen kann.⁸

Langzeitperspektiven – aus der Sicht der Experten

Zuletzt hat Arno Strohmeyer versucht, Wege aus dem Deutungsdickicht zu weisen. Seiner Einschätzung nach bestehe zwischen den Annäherungen an das Thema bezüglich einiger Aspekte „weitgehende Übereinstimmung“, nämlich in Bezug darauf, dass die relevanten Gemeinwesen „großräumige, über längere Zeiträume bestehende und somit relativ stabile Machtakkumulationen“ darstellten. Häufig, ergänzte er, sei auch von „konfliktreichen internen Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie“ die Rede, ebenso wie von „unklaren Grenzen zu ‚Barbaren‘“, von „imperialen Ideologien“ sowie von einem „zivilisatorischen Gefälle zwischen Herrschenden und (diskriminierten) Beherrschten“.⁹

In Summe entschied sich Strohmeyer dann im Zuge seiner Analysen für vier repräsentative Aspekte:

Erstens betonte er daher, dass es dem ‚Erzhaus‘ immer schwerer fiel, expansiv zu bleiben. Ressourcenknappheit, kontinentale Rivalen und das Scheitern eines eigenen Überseekolonialismus waren hierfür signifikant.¹⁰

Zweitens ließ sich nicht ohne Weiteres eine ‚Zentrum-Peripherie-Struktur‘ feststellen. Auch wenn verschiedentlich speziell der Balkan und namentlich Bosnien-Herzegowina als Exempel für „quasi-koloniale Herrschaftskomplexe“ angeführt werden: In Summe – und trotz der Strahlkraft Wiens – könnten weder die seit Maria Theresias mit den Erbländen verbundenen böhmisch-mährischen Teile des Kernstaates noch ganz Galizien mit seinen privilegierten polnischen Eliten als Peripherien oder gar Kolonien gelten. In besonderer Weise traf dies außerdem auf die ihre Selbständigkeit und eigenen Traditionen betonenden Ungarn innerhalb des heterogenen habsburgischen Machtbereichs zu.¹¹

8 Münkler, Imperien (wie Anm. 1), S. 23; vgl. Christine Magerski, Falsche Gewichtung? Das Zentrum-Peripherie-Problem in Theorie und Literatur, in: Matthias Schmidt/Daniela Finzi/Milka Car/Wolfgang Müller-Funk/Marijan Bobinac (Hg.), Narrative im (post-)imperialen Kontext. Literarische Identitätsbildung als Potential im regionalen Spannungsfeld zwischen Habsburg und Hoher Pforte in Zentral- und Südosteuropa (Kultur – Herrschaft – Differenz, 21), Tübingen 2015, S. 120–138, hier S. 121 f.

9 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1033.

10 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1034–1039.

11 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1038–1041.

Drittens fehlte weitgehend die für Imperien typische Asymmetrie, vor allem in Form flexibler „Außenzonen“ zu vermeintlich barbarischen, inferioren Nachbarn.¹² Diplomatisches Zeremoniell und die Festlegung der Territorien inklusive der Umgestaltung einer bis ins 19. Jahrhundert bestehenden Militärgrenze verwiesen vielmehr selbst in den umkämpften südosteuropäischen Gebieten auf eine bis ins Detail dargestellte Symmetrie zwischen Habsburgern und Osmanen.¹³

Viertens und andererseits war jedoch gerade der Gegensatz zwischen Wien und der Pforte imperial aufgeladen, mit entsprechenden Kreuzzugsideen, gestützt von religiösem und dynastischem Denken, das bisweilen universale Ordnungsvorstellungen miteinschloss.¹⁴

Das Ende der Herrschaft über Spanien und sein maritimes Weltreich brachte hinsichtlich dessen allerdings Rückschläge mit sich, welche die *Casa de Austria* zunächst durch eine Stärkung ihres Einflusses im Donauraum und am Balkan kompensierte.

Hinzu kam die Führungsrolle im Heiligen Römischen Reich. Dessen Auflösung im Kampf gegen Napoleon nahm der habsburgischen Macht dann aber endgültig viel von ihrer imperialen Aura. Ein österreichisches Kaisertum mit schwacher Gesamtreichsidentität bot keinen Ersatz, umso mehr als es gegen Preußen und Italien letztlich unterlag und mit dem Rückzug aus Deutschland und der Apenninenhalbinsel auch territorial alte Ansprüche auf Größe und Einfluss aufgeben musste.¹⁵

Die k. u. k.-Balkanpolitik der folgenden Dekaden und ihre Auswirkungen auf den Ersten Weltkrieg treten solcherart als spät- und möglicherweise bereits postimperiales Konfliktfeld in Erscheinung. Sie verweisen zudem auf ein Spannungsfeld zwischen der aufrechterhaltenen Ideologie beziehungsweise Mentalität des Imperiums¹⁶, zumindest in Gestalt seiner Entscheidungsträger und teilweise seiner ‚staatstragenden Völker‘, einerseits und – andererseits – dem Verlust an imperialen Strukturen und Ressourcen einer Monarchie, die, wie Arno Strohmeyer resümiert, „kein vollwertiges Imperium war, jedoch imperiale Dimensionen aufwies“.¹⁷

12 Münkler, Imperien (wie Anm. 1), S. 16f.

13 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1041–1044.

14 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1044–1047.

15 Matthias Stickler, Reichsvorstellungen in Preußen-Deutschland und der Habsburgermonarchie in der Bismarckzeit, in: Franz Bosbach/Hermann Hiery (Hg.), Imperium – Empire – Reich. Ein Konzept politischer Herrschaft im deutsch-britischen Vergleich (Prinz-Albert-Studien, 16), München 1999, S. 133–154.

16 Zur imperialen Idee auch: Leitner, Imperium (wie Anm. 2), S. 223.

17 Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1049.

Wortmeldungen – um 1908

Außer Acht gelassen wurde in dieser kurzen Skizze hingegen eine andere Analysekategorie, die Strohmeyer berechtigterweise als „grundlegend“ beschrieb, nämlich die auch von Hans-Heinrich Nolte hervorgehobene Trennung „zwischen einem zeitgenössischen Verständnis und der Verwendung ex post als Analysemodell“, zwischen „quellenimmanenten“ und „historisch-systematischen beziehungsweise theoretischen Begriffsauslegungen“.¹⁸

Hinsichtlich dessen liegt es zunächst nahe, ausgehend vom begriffsprägenden antiken Ausdruck, der mit Imperium die Amtsgewalt, den Herrschaftsraum und letztlich die Weltherrschaft der ‚ewigen Stadt‘ meinte, das Imperium Romanum als Referenzmodell heranzuziehen.¹⁹ Dies geschah in den jüngsten, oft fragwürdigen Diskussionen über die Rolle der USA in der Epoche nach 1989/90²⁰ ebenso wie etwa Anfang des 20. Jahrhunderts. Signifikanter Weise galten derlei Bemühungen etwa den letzten k. u. k.-Expansionsbestrebungen, konkret im Zusammenhang mit der von einer schweren internationalen Krise begleiteten Annexion Bosnien-Herzegowinas durch die Habsburgermonarchie. Im *Prager Abendblatt* fanden sich am 29. Dezember 1908 demgemäß Auszüge eines Artikels des *Berliner Lokalanzeigers*, in dem es hieß: „Albions Stolz auf die eigenen kolonialisatorischen Erfolge muß in Demut sich vor jenen der Oesterreicher in Bosnien beugen. Seit Römertagen hat unsere Erde ähnliche Wunder nicht getragen. Auf Römerart konnten sie vollbracht werden, weil ein Imperium [...] seiner Zivilisation ein Heim in der Fremde schuf. Voran gingen die Legionen. [...] Dann lud das Imperium die Barbaren ein, im Burgfrieden der Kastelle zu wohnen und unter dem Schutz von Centurionen fortan unbelästigt von serbischen Räuberbanden oder türkischen Steuerbeamten die Früchte ihres Fleißes zu verzehren. Die Kinder der Scholle kamen und erwarben während eines Menschenalters Besitz, der uns bescheiden, aber Balkankindern als kaum in Träumen erhoffter Reichtum gilt.“²¹

Die schwülstige Wertschätzung der Donaumonarchie durch einen „reich-deutschen Beobachter“, der imperiale Zielsetzungen nicht bloß mit einem despektierlichen Blick auf „Einheimische“, sondern offen mit einer kolonialen

18 Nolte, 1., 2., 3. Reich? Zum Begriff Imperium (wie Anm. 6), S. 7–16; vgl. Strohmeyer, Die Habsburgermonarchie (wie Anm. 4), S. 1033.

19 Die oftmals festzustellende Orientierung am britischen Empire ist eher dem machtpolitischen Diskurs der ‚späten Neuzeit‘ inhärent. Man wird nicht fehlgehen, das Römische Reich als substanzielleres Referenzmodell höher einzuschätzen. Entsprechende Quellentexte – wie nachfolgend auch in diesem Text – können dafür als Beleg dienen. Dazu auch: Münkler, Imperien (wie Anm. 1), S. 13, 15 und 19f.; sowie: Franz Bosbach/Hermann Hiery, Einleitung, in: dies. (Hg.), Imperium – Empire – Reich (wie Anm. 15), S. 11.

20 Leitner, Imperium (wie Anm. 2), S. 11f.

21 Zitiert nach *Prager Abendblatt* 297 (29. 12. 1908), S. 1.

„Zivilisationsmission“ verknüpfte, diente dem *Lokalanzeiger* zugleich auch dazu, den „verbündeten Doppeladler“ möglichst vital und zukunftsfröhlich zu präsentieren, eine Sichtweise, die bekanntermaßen keineswegs selbstverständlich war. Die viel gelesene nordböhmische *Reichenberger Zeitung* blieb gewiss nicht allein, als sie am 1. Jänner 1901 in ihrer Vorschau auf das kommende Zentennium ein düsteres Zukunftsbild für das Habsburgerreich entwarf. Das Reich, hieß es, sei dabei, „wirtschaftlich zurückzufallen, unfähig, sich aus seiner Lethargie aufzuraffen und mit den umliegenden Staaten zu wetteifern“. Überall mehrten sich die „Zeichen“ von „Stagnation und Rückgang“, gäbe es für die „Bewohner des alten Kaiserstaates“ genug Grund, mit „berechtigtem Pessimismus des Vaterlandes weitere Entwicklung“ zu „erwarten“.²²

Neben den militärischen wie außenpolitischen Schläppen der Vergangenheit und der konfliktgeladenen ‚Ethnisierung‘ weiter Gesellschaftsbereiche trugen aktuelle internationale Krisen zur Verbreitung eines problematischen Sittenbildes der Monarchie bei.²³ Spannungszustände intensivierten nachrichtendienstliche Aktivitäten und die Suche nach fremden Agenten und ‚Verrätern in den eigenen Reihen‘. Die Presse berichtete gehäuft von Skandalen, Korruptionsaffären, einer ideenlosen Verwaltung, einem verrotteten Staatsgebilde im Zustand der Selbstzerfleischung, einem Reich „auf dem Kranken-“ und vielleicht schon „auf dem Totenbett“.²⁴

Allerdings ließen sich die Angriffe und ‚Enthüllungen‘, die Arbeit der Justizorgane, parlamentarische Anfragen und Artikel ‚neugieriger Reporter‘ auch als Entstehen einer ‚Öffentlichkeit‘ und einer fortgesetzten Demokratisierung verstehen. Jedenfalls war die Zeit um 1900 keineswegs bloß vom Abgesang auf die alte Ordnung geprägt. Widersprüchliche Zeitkommentare ließen durchaus Platz für Zuversicht inmitten offensichtlicher sozialer, politischer, kultureller und technisch-wissenschaftlicher Transformation.²⁵

Gerade das Jahr 1908, in dem auch das sechzigjährige Kronjubiläum von Kaiser Franz Josef gefeiert wurde, bot Gelegenheit zu differenzierteren Betrachtungen. Selbst die dem ‚allerhöchsten Hause‘ und den großbürgerlich-aristokratischen Eliten keineswegs (nur) wohlgesonnenen Sozialdemokraten hielten etwa in ihrem Parteiblatt, der *Arbeiter-Zeitung*, am 2. Dezember 1908

22 Zitiert nach Mark Cornwall, Einleitung, in: ders. (Hg.), *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts* [Übersetzung der englischen Ausgabe 2000], Wegberg 2004, S. 13–23, hier S. 13.

23 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016, S. 299–316; Hannes Leidinger/Verena Moritz, *Der Erste Weltkrieg*, Wien 2011, S. 24–28.

24 Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv, Militärkanzlei Franz Ferdinand 1913: 1424/1–16; *Danzer's Arme-Zeitung* (05.06.1913), S. 8.

25 Hannes Leidinger, *Skizzen einer Epoche*, in: Verena Moritz/ders. (Hg.), *Oberst Redl. Der Spionagefall – Der Skandal – Die Fakten*, St. Pölten 2012, S. 245–295, hier S. 264–269.

fest: „Franz Josefs geschichtliche Bedeutung ist unschwer zu bestimmen: mit ihm endet das Habsburgische Imperium und in seinen Geschicken ist es abgeschlossen; und seine Aufgabe war es, dem neuen Staate, dessen räumliche Grenzen wohl beschränkt, dessen innere Entwicklungsmöglichkeiten aber unbegrenzt sind, die Bahn zu eröffnen.“²⁶

Kommentare – von 1912 bis 1914

Hier wurde also das Ende des imperialen Charakters eines Reiches angesprochen, nicht aber ein Mangel an Gestaltungschancen im Donauraum, wofür gleichfalls Anschauungsmaterial existierte: Die wirtschaftlichen Entwicklungen, die kulturelle und soziale Dynamik, aber auch die Ausgleichsbemühungen zwischen den Nationalitäten in Zentraleuropa gaben keineswegs allein aus der Sicht von Hof- und Regierungskreisen Anlass zur Hoffnung.²⁷

Alle darauf Bezug nehmenden Konzepte mit ambitionierteren Zielsetzungen fanden innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung für gewöhnlich keine Billigung. Die parlamentarischen Debatten in der Habsburgermonarchie waren dafür ein gutes Beispiel. Der tschechische Sozialdemokrat Antonin Nemeč wendete beispielsweise im Zusammenhang mit Erwägungen über die Stärkung der k. u. k.-Marine ein: „Wir haben keine Kolonien, wir haben keinen nennenswerten Außenhandel; unser Außenhandel nach der Levante macht nicht einmal so viel aus, wie ein Kriegsschiff kostet. Was sollen unsere Kriegsschiffe nützen, wenn wir von allen Märkten, die wir früher beherrscht haben, verdrängt werden?“²⁸ Nemeč richtete sein Augenmerk auf eine „ökonomische Gesundheit“, während Gesinnungsgenosse Wilhelm Ellenbogen vor dem Hintergrund der Balkankriege noch einmal die langjährige Parteilinie betonte, eine innere Umgestaltung der Monarchie ohne imperiale Attitüden. Daher gelte es auch, anders wie in letzter Zeit, einen selbstschädigenden Handelskrieg mit Serbien als Folge der bilateralen Konfrontation zu beenden und freundschaftliche Wirtschaftsbeziehungen gerade in dieser Region zu forcieren. Ansonsten müsse man einsehen, „daß die Rolle Österreichs auf dem Balkan ausgespielt ist und daß wir mit verschränkten Armen, ohne uns einzumischen, zuzusehen haben, was sich da unten vollzieht.“²⁹

Es waren solcherart die Blätter der Linken, die, wie der *Böhmerwald-Volksbote*, das „neue Wort“ des „Imperialismus“ und das damit verbundene, „der

26 Arbeiter-Zeitung 332 (02. 12. 1908), S. 1.

27 Christopher Clark, *The Sleepwalkers. How Europe went to War in 1914*, London 2013, S. 73 und 83–87.

28 Delegation des Reichsrates, 7. Sitzung der 48. Session am 16. 12. 1913, S. 369.

29 Delegation des Reichsrates, 2. Sitzung der 48. Session am 10. 12. 1913, S. 26 und 31.

Sache nach nicht neue“ Phänomen vorstellten, das es seitens der „Proletarier aller Länder“ entschieden zu bekämpfen galt. Zuvorderst brandmarkte man damit hier die Weltherrschaftspläne Englands. Aber auch Frankreich, Italien, Russland und die Vereinigten Staaten standen in „antikapitalistischen Analysen“ ebenso am Pranger wie die Balkanpolitik Österreich-Ungarns.³⁰

Die Wahrnehmung vom Verblassen imperialer habsburgischer Machtentfaltung ging Hand in Hand mit einer zunehmend negativen Beurteilung des Imperiums begriffes und einer Intensivierung der Imperialismus-Debatten. Die Donaumonarchie geriet dabei immer wieder in den Fokus der Betrachtungen. „Die Fragen des Imperialismus“, erklärte der SPD-Theoretiker Eduard Bernstein im Rahmen eines Vortrages, den er 14. November 1912 in Wien hielt, „können nirgendwo besser verstanden werden als in diesem Lande. Schon in der Frühzeit meiner sozialdemokratischen Tätigkeit, also schon vor drei bis vier Jahrzehnten, ist es mir aufgefallen, wie gerade österreichische Arbeiter, die ich kennen lernte, ein besonderes Verständnis für die Fragen der großen Politik zeigten, wie es bei reichsdeutschen Arbeitern kaum zu finden ist. Dieses Interesse können wir als eine Rückwirkung des Imperiums dieses Reiches auf die Geister betrachten.“³¹

Mit den für das Publikum wohl auch schmeichelhaften Worten leitete der Redner dann zu terminologischen Fragen über, wobei er den „Imperialismus“ als „Wille zur Bildung von Staatswesen“ bezeichnete, „die aus mehr als einer [...] Völkerschaft bestehen“ und in denen dominante Nationalitäten herrschen, bisweilen aber auch „Dynastien“. Das „Vorhandensein eines Imperators“ sei hingegen nicht nötig. Frankreich etwa könne „heute in weit größerem Maße“ als Imperium angesehen werden „als zu der Zeit, da es Kaiserreich war“. Dabei entstehe, wie das Idealbild des „alten Rom“ zeige, auch eine Friedensordnung „auf breiterer Grundlage“, geprägt von der Überwindung eines begrenzten Horizontes zugunsten eines „Weltgeistes und -rechtes“ sowie einer „Weltwirtschaft“, einem Herrschafts- und Gesellschaftsgefüge, dem allerdings auch eine Tendenz zur Maßlosigkeit innewohne, zur Ausdehnung des Einflusses über „das Können seiner Verwaltungskraft“ hinaus.³²

Demokratisierung und Aufstieg der „Arbeiterklasse“ brächten dann aber einen Wandel mit sich, ebenso wie eine Tendenz zur Föderalisierung, beispielsweise in Form der Aufwertung der Dominions im britischen Empire. Letzteres sei solcherart „auf dem Wege zu einem Bunde von Reichsstaaten“. In Summe stelle sich der Imperialismus vor allem in räumlicher und mentaler Hinsicht, wie auch die Macht der Bourgeoisie und des Kapitalismus vor allem aus

30 Böhmerwald-Volksbote. Sozialdemokratisches Organ für Südböhmen 7 (17.12.1912), S. 1.

31 Arbeiter-Zeitung 314 (15.11.1912), S. 8.

32 Arbeiter-Zeitung 314 (15.11.1912), S. 8.

sozialer und ökonomischer Perspektive, als „Etappe auf dem Wege zur Erreichung eines Zieles“ dar: Der „Vergesellschaftung der Menschheit“.³³

Deren „Höherentwicklung“ lieferte also unter dem Gesichtspunkt eines „proletarischen Internationalismus“ und „historisch-materialistischen Evolutionismus“ hinsichtlich der Begriffe „Imperium“ und „Imperialismus“ ambivalente Befunde. Mindestens implizierten Bernsteins Analysen in Bezug auf die Donaumonarchie überdies, dass die Annäherung zwischen den Ethnien und Kronländern Österreich-Ungarns gleichfalls den Weg zu einem „Commonwealth englischen Zuschnitts“ zu ebnen imstande war.

Diesen Transformationskonzepten, mit deren Hilfe vorwiegend sozialistische ‚Vordenker‘ durchaus nicht immer im Einklang mit der Parteibasis gewissermaßen ‚imperiale Potenziale‘ kreativ umdeuteten, stand indes ein traditionelleres Herrschaftsverständnis gegenüber, das seinen epochenspezifischen Ausdruck in der Rede vom ‚Prestigeverlust‘ der k. u. k.-Monarchie fand. Das Gefühl, Stärke zeigen zu müssen, verbreitete sich speziell in den Wiener Regierungskanzleien und in fortgesetzten Diskussionen über den Ausbau der Flotte.³⁴ Bemerkenswert ist hinsichtlich dessen die tendenzielle Übereinstimmung mit Nationalitätenvertretern und Repräsentanten der Oppositionskräfte. Der Slowene Anton Korosec erblickte im „Trialismus“ – einer Zusammenfassung aller Südslawen „unter Habsburgs Zepter“ – etwa nicht bloß die Chance, die Donaumonarchie zu festigen, sondern sich auch einen „Einfluß am Balkan zu verschaffen“.³⁵ Ganz allgemein fiel auf, dass die streitenden Nationalitätenvertreter mit etwaigen innenpolitischen Lösungen Großmachtpläne verknüpften. Das *Prager Abendblatt* vom 27. Februar 1914 fragte demgemäß im Gefolge des „Ausgleiches“ in Budweis, der dortigen Übereinkunft zwischen „Deutsch-österreichern“ und Tschechen auf kommunaler Ebene, seine Leser: Eine „Kraft, welche Budweis aufgebracht hat [...], sollte sie nicht auch im Stande sein, den Friedensgedanken zur Herrschaft zu bringen, einem siechen Körper zur gesunden Konstitution zu verhelfen und hiemit unseren Staat zu einer führenden wirtschaftlichen Großmacht, technisch und finanziell gerüstet und gewappnet, mit einen über die ganze Erde sich erstreckenden Betrieb emporzuheben“?³⁶

33 Arbeiter-Zeitung 314 (15. 11. 1912), S. 8.

34 Delegation des Reichsrates. 7. Sitzung der 48. Session am 16. 12. 1913, S. 368 f.

35 Delegation des Reichsrates. 7. Sitzung der 48. Session am 16. 12. 1913, S. 20.

36 Prager Tagblatt 47 (27.02.1914), S. 1.

Koloniale Attitüden um 1900

Die ökonomischen Überlegungen basierten auf der Revitalisierung weiterreichender Projekte: Schulungsfahrten, Entdeckungs- und Abenteuerreisen hatte unter diesem Blickwinkel bereits stattgefunden, wobei sich die österreichisch-ungarische Kriegsmarine im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrmals besonders hervortat. Ägypten und der Sudan gerieten ins Visier von Expeditionen, eine durch Soldaten verstärkte Karawane bahnte sich ihren Weg in bislang unbekannte Regionen des heutigen Ruanda und Burundi. Ganz offiziell gingen staatliche Stellen daran, in den 1850er Jahren unter anderem – wie schon im späten 18. Jahrhundert – auf den Nikobaren Fuß zu fassen. Es folgten vergleichbare Unternehmen auf den Salomonen, in der Region Rio de Oro in Nordwestafrika während der 1890er Jahre und schließlich kurz vor dem Ersten Weltkrieg in Südostanatolien beziehungsweise – mit einem Landgewinn von sechs Quadratkilometern – im chinesischen Tientsin. Der später gerne kolportierte „Mythos vom freiwilligen Verzicht“ und von den ausschließlich kulturellen, vor allem musikalischen Großmachtträumen entsprach nicht der Realität. Es fehlte keineswegs an Plänen und Aktivitäten sogar zur ‚Ausdehnung‘ über Europa hinaus. Deren Erfolglosigkeit resultierte eher aus dem Mangel an Ressourcen und möglichen Entfaltungsbereichen. Die übrigen Großmächte setzen der anvisierte Expansion Grenzen, die „heimatlichen Industriebürger“ zeigten wenig Interesse am „überseeischen Engagement“.³⁷

Nach der Verdrängung aus Italien und Deutschland folgte damit der nächste Dämpfer. Umso zielstrebig ging man an die Festigung des Einflusses im Hauptinteressengebiet. Arthur Rosthorn, der schon das Tientsin-Unternehmen beobachtet hatte, zitierte in diesem Sinn 1902 einen seiner Freunde, der meinte: „Was wollen wir in China? Wir haben unser China zuhause.“ Gemeint waren vor allem „die südslawischen Provinzen und der ganze Balkan“. Auch Universitätsprofessoren rieten: Der „erste Weg“ muss „uns nach Südosten führen“, während k. u. k.-Finanzminister Benjamin von Kállay zwar den Mangel an „Colonialbesitz“ und einer „international konkurrenzfähigen Handelsflotte“ bedauerte, den Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften aber im März 1900 einschärfte: Von „umso größerem Werte würde mir daher erscheinen, jenes

37 Walter Sauer, *Jenseits der „Entdeckungsgeschichte“*. Forschungsergebnisse und Perspektiven, in: ders. (Hg.), *k. u. k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika*, Wien 2007, S. 7–15, hier S. 7, 10, 13f.; ders., *Schwarz-Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage*, in: ders. (Hg.), *K. u. k. kolonial*, S. 17–78, hier S. 17; Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900)*, Frankfurt am Main 2001, S. 82–97; Konrad Canis, *Die bedrängte Großmacht. Österreich-Ungarn und das europäische Mächtesystem 1866/67–1914*, Paderborn 2016, S. 292f.

Gebiet, welches schon infolge der geographischen Lage von altersher in erster Linie auf die Industrieerzeugnisse der österreichischen und ungarischen Monarchie hingewiesen ist, möglichst fest an die Monarchie zu binden ...“³⁸

Unter solchen Gesichtspunkten entsprachen die ‚Einverleibung‘ Bosniens und der Herzegowina ebenso wie das Interesse an Albanien als adriatische Bastion gegen Italien und als Keil zwischen Serbien und Montenegro Wünschen und lang gehegten Zielen insbesondere der österreichisch-ungarischen Eliten, die nach wie vor imperialistischen und teilweise auch kolonialistischen Prinzipien entsprachen. Zwar erhielt Bosnien-Herzegowina im Landesstatut von 1910 allgemeine Bürgerrechte und einen Landtag, dessen Abgeordnete zum größten Teil durch Wahl bestimmt wurden,³⁹ Justizsystem und öffentlicher Dienst orientierten sich aber nur partiell an den ‚Strukturen‘ des übrigen Reiches.⁴⁰ Schwerer noch wog hingegen die Despektierlichkeit des alten Zentrums gegenüber der neuen Peripherie. Die Außenposten am Balkan galten mindestens als rückständige Entwicklungsgebiete, wenn nicht als Sphären der ‚Missionstätigkeit‘. In Albanien beispielsweise bekamen „die in abhängigen Ländern übliche österreichische Arroganz“ selbst offiziell verbündete Italiener zu spüren.⁴¹

Zugleich mussten manche Nationalitätenvertreter und Parlamentsabgeordnete, die sich von innenpolitischen Übereinkünften eine neue Machtentfaltung der Donaumonarchie erhofften, resignierend erkennen, dass sich vornehmlich unter den ‚dominierenden Völkern‘, den Oberschichten, den ‚Etablierten‘ der Hauptstädte, den Hof- und Regierungskreisen nicht wenige fanden, die loyale Staatsbürger verschiedenster Sprachgruppen, Gesellschaftsmilieus und Religionsgemeinschaften unverändert als ‚unmündige Kinder‘ und ‚Untertanen‘ von oben herab behandelten. Nicht bloß der ethnische Streit sowie die permanenten Differenzen zwischen Cisleithanien und den ‚Ländern der Stephanskronen‘ trübten unter diesen Bedingungen das erwähnte Kronjubiläum Franz Josephs im Jahr 1908. Die damaligen Festzüge entfalteten einen „unechten Glanz“, meinte etwa eine Bildungselite, die von der „Anhöhe der Zivilisation“ auf „Völkerschaften“ herabblickte, welche, wie der Architekt Adolf Loos es formulierte, „selbst während der Völkerwanderung als rückständig empfunden worden wären“. Die Heterogenität der Donaumonarchie artikulierte sich auch im Hochmut der „Edelmenschen“ gegenüber den „Primitiven“. Elegante Hauptstädter und arrogante „Deutschtümpler“ schauten in der Manier von Kolonialherren auf „Provinzler“ aus entlegenen Kronländern herab, auf fremde „Ras-

38 Zitiert nach Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns (wie Anm. 37), S. 98.

39 Judson, The Habsburg Empire (wie Anm. 23), S. 483.

40 Judson, The Habsburg Empire (wie Anm. 23), S. 483.

41 Canis, Die bedrängte Großmacht (wie Anm. 37), S. 429; vgl. Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns (wie Anm. 37), S. 305.

telbinder, Schlawiner, Mausefallenhändler und Scherenschleifer“ mit ihren „wilden Tänzen“.⁴²

Hauptsächlich ‚der Osten‘ diente unter solchen Umständen als Hintergrundfolie für Überlegenheitsphantasien. Jenseits der eigenen Staatsgrenzen galt das in besonderer Weise für das Zarenreich, welches gerade auch in den Reihen der Arbeiterbewegung nicht bloß als „rückständig“, sondern vor allem auch als Inbegriff fragwürdiger Machtentfaltung und offener Despotie angesehen wurde. Signifikanter Weise verwendete die österreichisch-ungarische Presse für den Einflussbereich der Romanows konsequent den zunehmend verpönten Ausdruck „Imperium“, das – des Öfteren wurde darauf ausdrücklich Bezug genommen – der „größte Feind der Ukrainer“ sei.⁴³

Wortwahl und Intentionen – von 1914–1918

Die k. u. k.-Kriegspropaganda verstärkte diesen Trend und beschränkte sich bei ihren Imperialismus-Vorwürfen keineswegs auf den ‚Hauptgegner‘ Russland.⁴⁴ Bereits vor 1914 erkennbare antibritische Tendenzen⁴⁵ traten nun offener zu Tage: „England“, hieß es im *Bregenzer Tagblatt* vom 23. April 1915, „hat in allen Teilen der Welt, wo der Fuß eines Engländers hintrat, Haß gesät, der nun in die Halme schießt [...]. Die in England herrschende Klasse mußte aber all diesen Haß gegen sich säen, weil sie, zu klein und zu schwach, um durch eigene Kraft ihr Imperium aufzurichten und zu behaupten, zu immer verwerflicheren Mitteln der Heimtücke und Hinterlist greifen mußte.“⁴⁶

Vor dem Hintergrund der Revolution in Russland gerieten dann in den Zeitungsberichten ganz und gar die Westmächte ins Fadenkreuz der Kritik. Die „Sicherung und Festigung des englischen Weltreiches“ sei vornehmlich auf „Imperialismus“ eingestellt, befand die *Cetinjer Zeitung* am 3. Mai 1917. Parallel dazu spiegelte sich in ihrer Berichterstattung die offene Konfrontation Washingtons mit Berlin und die Vermehrung der antiamerikanischen Kommentare in Österreich-Ungarn: „Unter dem ideologischen Mäntelchen, das sich die

42 Zitiert nach Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1996, S. 147f.

43 Reichspost 570 (08.12.1912), S. 4; Salzburger Volksblatt 281 (09.12.1912), S. 3.

44 Als antirussische Beispiele in Verbindung mit dem Imperiumsbegriff unter anderem: Bukowinaer Post 3200 (13.08.1914), S. 1; Czernowitzer Allgemeine Zeitung 3527 (16.8.1914), S. 2; Wiener Zeitung 187 (17.08.1914), S. 5; Kuryer Lwowski 67 (23.02.1915), S. 1; Deutsches Nordmährerbblatt 97 (08.04.1915), S. 2.

45 Siehe zum Beispiel: Linzer Tages-Post 142 (25.06.1912), S. 1.

46 *Bregenzer Tagblatt* 91 (23.04.1915), S. 1. Weitere antibritische Beispiele unter Verwendung des Imperiumsbegriffes: Wiener Montagsblatt 43 (26.10.1914), S. 1 und 42 (28.10.1918), S. 3; Deutsche Presse 52 (04.03.1916), S. 3 und 205 (07.09.1916), S. 1.

Vereinigten Staaten für ihr Eingreifen in den europäischen Konflikt umgetan haben, liegen imperialistische Motive von einer Stärke verborgen, wie sie intensiver nicht der ärgste Welteroberer aufweisen kann.⁴⁷

Damit reagierte man im Bereich der Mittelmächte auch auf die Intention der Alliierten beziehungsweise der Entente, mit dem Sturz des Zaren ihr hauptsächlich gegen das Hohenzollern- und das Habsburgerreich gerichtetes Bündnis als „Feld- oder Kreuzzug der Demokratie“ und des Liberalismus zu idealisieren. Unter den spezifischen Bedingungen eines mittlerweile mehrjährigen bewaffneten Kräftemessens tauchten die Überlegungen Bernsteins bezüglich Frankreich in neuem Gewande wieder auf, wenn die *Centinjer Zeitung* etwa schrieb: „Eine unbefangene Betrachtung der Geschichte zeigt, daß der Imperialismus keineswegs die Ausgeburt einer bestimmten Staatsform ist, und es gibt unzählige Beispiele von früher wie von jetzt, daß seine Idee völlig unabhängig von der Verfassung des Staates ist, der eine Politik der Ausbreitung treibt.“⁴⁸

Wenig später stimulierte die Donaumonarchie an der Seite des Deutschen Reiches allerdings in besonderer Weise die gängigen Propagandaargumente des Gegners. Der Vorwurf stand im Raum, in beispielloser Weise dem „imperialistischen Expansionismus“ zu frönen. Denn obwohl Kaiser Karl und seine engsten Berater zumindest Annexionswünschen des Hohenzollernreiches Einhalt gebieten und der seit der Oktoberrevolution 1917 bestehenden russischen Sowjetregierung unter Lenin Konzessionsbereitschaft signalisieren wollten⁴⁹, geriet Österreich-Ungarn im Zuge der nachfolgenden Ereignisse vollends in das Fahrwasser des mächtigen Verbündeten. Deutsche und österreichisch-ungarischen Truppen begannen in der zweiten Februarhälfte mit neuen Operationen und marschierten bis Anfang Mai 1918 weit nach Osten, in die Ukraine, nach Rostow am Don, auf die Krim und später auch noch in den Kaukasus.⁵⁰

Der am 3. März 1918 mit dem ‚Oktoberregime‘ geschlossene Frieden von Brest-Litowsk und die Ausdehnung der militärischen Einflusszonen brachten teilweise höher entwickelte oder agrarisch wertvolle Randgebiete im Westen des untergegangenen Zarenreiches unter die Kontrolle der Habsburgermonarchie und des Hohenzollernreiches. Das mittlerweile nach Moskau übersiedelte KP-Führung verstand diese gewaltigen und innenpolitisch nur schwer zu vertretenden Einbußen wiederum als Preis für das Stillhalten des Gegners und somit als ‚Atempause‘ zur Konsolidierung der eigenen Herrschaft beziehungsweise als

47 Centinjer Zeitung 75 (03.05.1917), S. 1.

48 Centinjer Zeitung 75 (03.05.1917), S. 1.

49 Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz 1993, S. 527 und 537ff.

50 Wolfram Dornik, Besatzungswirklichkeit(en), in: Hannes Leidinger/Verena Moritz/Karin Moser/ders. (Hg.), Habsburgs schmutziger Krieg. Ermittlungen zur österreichisch-ungarischen Kriegsführung 1914–1918, St. Pölten 2014, S. 171–189, hier S. 183.

vorübergehenden Kompromiss mit den ‚Imperialisten‘. Der ideologisch verbrämte Begriff war im konkreten Fall keineswegs unpassend. Berlin und Wien betrachteten vor allem die ‚befreundete‘ Ukraine fast ausschließlich als Requirierungszone für Rohstoffe und Lebensmittel. Als sich die Rada, die Kiewer Führung, weder willens noch fähig erwies, diesen Wünschen zu entsprechen, entschieden sich Deutsche und Österreicher kurzerhand, die Souveränität des neuen Staates zu missachten und hier ein willfähiges Regime, das ‚Hetmanat‘ des früheren zarischen Generals Pavlo Skoropad’skyj, einzusetzen.⁵¹

Nicht bloß die hinzugewonnenen Territorien im Osten beflügelten indes neue Großmachtphantasien. Wien behielt sich etwa vor, Albanien in ein Protektorat des Habsburgerreiches zu verwandeln.⁵² Militärgouvernements am Balkan und in Polen veränderten ursprüngliche Konzeptionen. Der Umgang mit dem besiegten Serbien war hierfür exemplarisch. Abgesehen von einer ‚Strafaktion‘, gab es nämlich für diese Region zunächst nur vage Pläne. Das k. u. k.-Armeeoberkommando dachte sogar noch 1915 an eine Verständigung mit dem hartnäckigen Gegner. Eine Annexion, Zerstückelung oder auch nur eine Verkleinerung des feindlichen Staates stand nicht zu Debatte. Nun aber, mit der Schaffung von Besatzungsinstitutionen visierten führende Generäle die „Vereinigung aller südslawischen Gebiete in der Monarchie“ an.⁵³ Nach dem „Durchbruch“ bei Flitsch und Tolmein, nach der 12. Isonzoschlacht, sah Österreich-Ungarn mit dem Vormarsch zur Piave schließlich auch noch fasziniert auf die beträchtlichen Geländegewinne im Südwesten – die Provinzen Udine und Belluno sowie Teile von Venetien, Treviso und Vicenza. Und obwohl die militärischen Erfolge nur mit Hilfe der Verbündeten und vor dem Hintergrund einer wachsenden Versorgungskrise erfochten worden waren, stimulierten sie fast durchgehend imperiale Kriegszielpläne und Konzepte der kommenden Friedensordnung.⁵⁴ Nicht nur in der Armee stellte man entsprechende Überlegungen an. Honoratioren aus dem „Zivilleben“, Mitglieder von politischen Parteien und des Reichsrats, hohe Beamte, Industrielle, Bankdirektoren, Wissenschaftler, Journalisten und Schriftsteller, Angehörige des Adels, des Besitz- und Bildungsbürgertums legten ihre Vorstellungen in einzelnen Konzepten oder Memoranden nieder, trafen sich in Diskussionsrunden, um die Zukunft der Monarchie zu erörtern. Ganz offen

51 Felix Schnell, *Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905–1933*, Hamburg 2012, S. 173.

52 Dornik, *Besatzungswirklichkeit(en)* (wie Anm. 50), S. 182.

53 Manfred Rauchensteiner, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien 2013, S. 478–480, 491 und 504–506.

54 Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers* (wie Anm. 49), S. 509; Leidinger/Moritz (Hg.), *Der Erste Weltkrieg* (wie Anm. 23), S. 36 u. 38f.; Dornik, *Besatzungswirklichkeit(en)* (wie Anm. 50), S. 178f.; Verena Moritz, 1917. *Österreichische Stimmen zur Russischen Revolution*, Salzburg 2017, S. 113.

sprachen sie in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, die „Scheu vor dem Imperialismus“ ablegen und die „Seegeltung“ weiter ausgestalten zu müssen. Eine „historisch-christliche Mission“ gegen den „barbarischen Osten“ wurde als „Naturnotwendigkeit“ Österreich-Ungarns bezeichnet, ein „Platz an der Sonne“ eingemahnt, eine „Kolonial- und Orientpolitik“, wenigstens in der Levante und in wirtschaftlicher Hinsicht bis Persien oder „Innerasien“, vielleicht sogar global.⁵⁵

Innen- und Außenpolitik blieben dabei – wie auch in den Dekaden davor – eng miteinander verflochten. Denn was aus den Geländegewinnen und vorläufigen Besetzungszonen werden sollte, hatte direkte Auswirkung auf die staatsrechtlich-praktischen Folgen. Welche neue Gestalt dem habsburgischen Staat – etwa durch den Ausschluss Galiziens und der Bukowina bei gleichzeitiger Schaffung „austrophiler“ polnischer und ukrainischer Staatswesen oder durch eine k. u. k.-Dominanz in Rumänien, Serbien, Montenegro und Albanien – zu geben sei, blieb in diesen „Think-Tanks“ ebenso umstritten wie etwa auch unter den Diplomaten des k. u. k.-Außenministeriums am Ballhausplatz.⁵⁶

Sehr zum Missfallen vieler Genossen fand diesbezüglich Karl Renner die Idee attraktiv, der „übernationale Staat“ der Monarchie habe sich „im Feuer“ bewährt, den ethnischen Separatismus in die Schranken gewiesen und leiste nun der grenzüberschreitenden Kooperation Vorschub. „Mitteleuropa“, ein im „Kern deutscher Staatenverband beziehungsweise Föderationsplan“, als Keimzelle dieser Entwicklungen erschien Renners Kritikern angesichts der gegenwärtigen Hegemonialpläne Hindenburgs und Ludendorffs mit gutem Grund als „imperialistische Strategie“.⁵⁷

Bezeichnenderweise beklagten nur wenige unter jenen, die Zukunftsmodelle entwarfen, das „deutsch-österreichische Seigneurat“. Die „volle Konföderation gleichwertiger Völker“ erwies sich als Minderheitenprogramm.⁵⁸ Zahlreiche Verfasser von Entwürfen und Mitglieder von elitären Zirkeln verlangten explizit die Förderung des „Deutschtums“ in einem „starken Österreich“ und orientierten sich bei vielen Großmacht- und Kolonialvisionen an Berlin. Regierungskreise der Donaumonarchie zeigte sich allerdings in diesem Punkt reserviert. Sie fürchteten mit gutem Grund den endgültigen Verlust der Souveränität

55 Petronilla Ehrenpreis, *Kriegs- und Friedensziele im Diskurs. Regierung und deutschsprachige Öffentlichkeit Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs* (Wiener Schriften zur Geschichte der Neuzeit, 3), Innsbruck 2005, S. 127–129, 143f., 150, 153f., 184f.; zu den expansionistischen beziehungsweise imperialistischen Plänen der Monarchie auch: Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns* (wie Anm. 37), S. 307.

56 Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns* (wie Anm. 37), S. 157 und 183.

57 Richard Saage, *Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie*, Wien 2016, S. 92–95.

58 Ehrenpreis, *Kriegs- und Friedensziele im Diskurs* (wie Anm. 55), S. 165–168.

des k. u. k.-Doppelstaates. Österreichs und Ungarns Ministerpräsidenten standen etwa Zollunionsplänen distanziert gegenüber, die Gespräche mit dem Hohenzollernreich über eine wirtschaftliche Annäherung versandeten rasch. Im k. u. k.-Außenministerium und in regierungsnahen Zeitungen gab man sich bezüglich der „Mitteleuropa-Idee“ zugeknöpft.⁵⁹

Ungeachtet derartiger Einschränkungen, verwendete kurz danach, im Gefolge des Zerfalls des Habsburgerreiches, speziell die *Arbeiter-Zeitung* die Kampfbegriffe „Imperium“ und „Imperialismus“ vor allem dazu, die Herrschaft des „Hauses Österreich“ zu brandmarken. Nicht die Unterdrückung speziell der „slawischen Völker“ stand hierbei jedoch im Mittelpunkt der Ausführungen, sondern vielmehr das „Massenschlachten“ für die Dynastie, die sich, betonte die AZ am 18. Dezember 1918, „vom deutschen Blute genährt habe“.⁶⁰

Der vollständig pejorative Ausdruck diente nun gleichzeitig zur Veranschaulichung der Schwierigkeiten für die kommende Nachkriegsordnung in multiethnischen Regionen. Die *Grazer Mittags-Zeitung* informierte ihre Leser am 6. Dezember 1918 beispielsweise darüber, dass eine Delegation des „slowakischen Volkes als solches“ es ablehne, „unter ein tschechisches Imperium gestellt“ zu werden.⁶¹ Drei Wochen zuvor, exakt am 14. November, war es wiederum die *Arbeiter-Zeitung*, die ein „rumänisches Imperiums über Siebenbürgen“ bemäkelte.⁶²

Zusammenfassung und Ergänzung

Mit dem Terminus „Imperium“ in der Propagandaschlacht ab 1914 hob unter anderem die Presse der Donaumonarchie die Unterdrückung von verschiedenen Völkern in den Feindstaaten hervor, eine Definition, die dann auch in den Medien der entstehenden Alpenrepublik den Imperiums-Charakter der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns belegen sollte. In Summe stehen dieser, auch mittels kriegsbedingter Feindbildverstärkung verursachten Simplifizierung und Ausblendung von Defiziten der k. u. k.-Nationalitätenpolitik differenziertere Debatten vor 1914 gegenüber. Dabei erweist es sich als sinnvoll, den Terminus „Imperialismus“, trotz seiner ideologischen Färbungen und der dabei erkennbaren, aus Forschungsperspektiven hinderlichen Konzentration auf den Machtwillen eines Herrschaftszentrums, nicht zu sehr vom Ausdruck „Imperium“ loszulösen. Auch wenn im einen Fall das Normative-Wertende und im anderen

59 Ehrenpreis, Kriegs- und Friedensziele im Diskurs (wie Anm. 55), S. 114 und 177.

60 Arbeiter-Zeitung 345 (18. 12. 1918), S. 1.

61 Grazer Mittags-Zeitung 280 (06. 12. 1918), S. 4.

62 Arbeiter-Zeitung 311 (14. 11. 1918), S. 3; vgl. Illustriertes Österreichisches Journal 1369 (25. 11. 1918), S. 2.

Fall das Deskriptive-Analytische überwiegen mag: Die beiden Begriffe verweisen unausgesetzt aufeinander und sind durch eine Reihe von Aspekten – bisweilen unter Einbeziehung kolonialer Expansionsideen – mit einander zu sehr verflochten, um in themenrelevanten Studien trennscharf abgegrenzt werden zu können.⁶³ Wie Eduard Bernsteins Wortmeldungen belegen, ließ sich der „Imperialismus“ solcherart als Fortschritt in einem Geschichtsprozess verstehen, hin zu erweiterten Horizonten, in mentaler und kultureller ebenso wie in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Angesichts dessen kann hier neben dem Bezugspunkt des Imperium Romanum schon die hellenistische, (nach-)alexandrinische Welt als Beförderer universalistischer Tendenzen, von ökonomischen bis zu moralischen Aspekten, verstanden werden.

Die Orientierung an antiken Vorbildern findet, wie gezeigt werden konnte, nachweislich noch im Falle der späten Donaumonarchie statt, allerdings in einem sehr spezifischen Kontext, der hauptsächlich den Studien von Peter Haslinger und – allgemeiner – von Arno Strohmeyer Bedeutung verleiht: Nichts spricht dagegen, die Wesensmerkmale eines Imperiums der Habsburger in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu rücken. Allerdings verlieren manche schon früh an Anziehungskraft, bis schließlich das lang 19. Jahrhundert einen durchaus markanten Einschnitt vorbereitet. Analysen insbesondere der Sozialdemokratie im Umfeld der ‚Annexionskrise‘ von 1908 verweisen auf zweierlei Tendenzen: Die (mögliche) Wandlung des Imperiums in eine neue Form des Zusammenlebens im Donauraum einerseits und die spätimperialen Reflexe einer vom Reputations- und partiell auch vom Expansionsdenken insbesondere am Balkan gelenkten Elite.

Aus dem Blickwinkel einer Transformation der ‚alten Ordnung‘ in ein ‚revitalisiertes‘ Staatsgefüge, wie sie die *Arbeiter-Zeitung* beim sechzigjährigen Regierungsjubiläum Franz Josephs andeutete, tritt zudem die Sinnhaftigkeit einer Differenzierung zwischen Imperium und (Groß-)Reich hervor. Letzteres empfanden – im Zeichen der Reform und bei gleichzeitiger Ablehnung der bisherigen Machterweiterungs- beziehungsweise ‚Eroberungs‘-Pläne – Repräsentanten der organisierten Arbeiterschaft als geeigneten Rahmen für zielführende Umgestaltungen im Sinne internationalistischer Ideale.

Die Debatte berührte zugleich durchaus aktuelle Auseinandersetzungen über klassische dreistufige Kulturmodelle, also auch über Aufstieg, Höhepunkt und Verfall von Imperien. Wie schon Eduard Bernstein aufzeigte, ließ sich mit einer Befürwortung der Gleichwertigkeit aller ‚Reichsteile‘ bei Bewahrung gemeinsamer Identitätsmerkmale auch der Weg zu einer ‚vierten Phase‘, zu einer Transformation in einen (postimperialen) ‚Commonwealth‘, antreten.⁶⁴

63 Dazu auch: Münkler, Imperien (wie Anm. 1), S. 20f.

64 Vgl. Leitner, Imperium (wie Anm. 2), S. 7–9.

Die Realität sah anders aus: Im Rückblick relativiert sich die Vorstellung einstiger Größe zumindest tendenziell. Das Habsburgerreich war – konträr zu etwaigen hegemonialen Bestrebungen – nie wirklich im Besitz einer Vorrangstellung gegenüber den außenpolitischen Rivalen und insbesondere den europäischen Großmächten. Ab dem 19. Jahrhundert und im Ersten Weltkrieg (gegenüber Deutschland) galt es vielmehr zunehmend als ‚anlehnungsbedürftig‘. Nach innen hin aber liebäugelten aristokratisch-großbürgerliche Oberschichten, dominante Ungarn und ‚Deutschösterreicher‘ sehr wohl bis zuletzt mit der wenigstens partiellen Unterordnung der ‚Untertanen‘ und ‚braven Völker‘ unter die Reichsführung. Herrschaftsanspruch und Sendungsbewusstsein der Eliten reflektierten traditionelle Vorstellungen.⁶⁵ Die vierte Epoche der Umformung zum föderalen Bündnissystem beziehungsweise ‚Commonwealth‘ blieb aus, obwohl es vor und noch nach 1918 keineswegs an Elementen eines (postimperialen) habsburgischen ‚Geistes- oder Gestaltungsraumes‘ mangelte. Vielmehr kokettierten zuvorderst k. u. k.-Hof- und Regierungskreise – teilweise flankiert von Repräsentanten politischer Parteien und diverser Interessensgruppen bis hin zu tendenziell oppositionellen Kräften – mit spätimperialen, teilweise kolonialistisch verbrämten Prestige-Projekten. Eine fragwürdige Krisendiplomatie, militärische Zielsetzungen und deutsch-kontrollierte Machtsphären standen angedeuteten Alternativen und Zukunftsvisionen im Wege. Im Widerspruch offenbarte sich die größer und tiefer werdende Kluft zwischen imperialen Merkmalen und Ressourcen einerseits, Reichsideologie und imperialen Ansprüchen andererseits.

65 Der von Herfried Münkler betonte Unterschied zwischen Hegemonie und Imperium sollte hier ins Auge gefasst werden. In Bezug auf die Habsburgermonarchie wäre also – sowohl nach innen also auch nach außen hin – kaum von Hegemonie zu sprechen, versteht man darunter – wie Münkler festhält – die „Vorherrschaft innerhalb einer Gruppe formal gleichberechtigter politischer Akteure“; vgl. Münkler, Imperien (wie Anm. 1), S. 18.

Die Habsburgermonarchie – ein Imperium ihrer Völker? Einführende Überlegungen zu ‚Österreichs Staatsidee‘

Als sich die *Imperialen Herausforderungen Österreich-Ungarns* während des Jahres 2015 als das Thema der im November 2017 am Deutschen Historischen Institut Warschau zu organisierenden Stiftungskonferenz der Max Weber Stiftung herauskristallisiert haben,¹ wurde bald deutlich, dass es sich keineswegs um eine eng gefasste Geschichte des Habsburgerreiches handeln sollte. Es sollte auch nicht darum gehen, Österreich-Ungarn als Pars pro Toto der historischen Imperienforschung zu betrachten. Vielmehr sollte auf dem Wege der erprobten Perspektiven des Warschauer Instituts nach Verflechtungen von imperialen Staats- und Strukturbildungen, Diskursen und Handlungen in einer konkreten Phase der langen Imperiengeschichte gefragt werden, wobei das Habsburgerreich lediglich als perspektivischer Mittelpunkt – oder besser: als Ausgangspunkt dienen sollte. Nicht unbedingt das Imperiale des Habsburgerreiches, nicht die Strategien und die Lebenswelt seiner Eliten, nicht die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Implikationen aus der Wiener oder Wiener und Budapester Sicht sollten im Zentrum stehen, oder zumindest nicht nur diese. Zu fragen war, welche Probleme, Perspektiven, Implikationen sich aus dem imperialen Status und dem imperialen Handeln von Österreich-Ungarn für Akteure auch jenseits seiner Elitengruppen ergaben und welchen historischen Wandel sie in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und während des Ersten Weltkriegs durchliefen.

Denn nicht nur das Imperiengefüge und das Imperiengeflecht des Habsburgerreiches, Europas und der Welt unterlagen damals, im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts, einem Wandel. Stets und zunehmend dynamisch haben sich

1 Der vorliegende Beitrag stützt sich größtenteils auf den einführenden Festvortrag der Tagung und hat daher einen weitgehend essayistischen Charakter. Er versteht sich als ein ‚Perspektivenangebot‘ auf imperiale Implikationen der Habsburgermonarchie als Vielvölkerstaat mit zahlreichen fortgeschrittenen nationalen Massenbewegungen und Nationsbildungsprozessen unter den Bedingungen der breiten Öffentlichkeitsbildung und des Konstitutionalismus. Diese Konfiguration machte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Donaumonarchie zu einem einzigartigen Fall sowohl unter den ‚Imperien‘ als auch unter den ‚Vielvölkerstaaten‘.

auch Kategorien, Formen und Entitäten geändert, die dies umrahmten. Und so haben beispielsweise die technische Modernisierung, die wirtschaftliche Neustrukturierung, die damit zusammenhängende Re-Regionalisierung ebenso wie die Formierung moderner Nationen und Massengesellschaften den Status, die Handlungsweisen und Handlungspotentiale, das Gewicht und die Kohärenz von Imperien weitgehend mitgeprägt. Dies brachte bekanntlich in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende eine besondere Dynamik in die Entwicklung der Imperien im Einzelnen wie auch im Allgemeinen, was zu zahlreichen tiefgreifenden Umschichtungen, Gewichtsverschiebungen, Expansionspotentialen, aber auch politischen Verdrängungseffekten und den damit verbundenen gesellschaftlichen Bedrohungseffekten führte, zu einer Überhitzung des imperialen Systems mit der Juli-Krise, die sich im Ersten Weltkrieg – nicht geradlinig, nicht zwingend und nicht endgültig – entlud.

Die Wahl der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie ergab sich aus mehreren Gründen. Erstens – und trotzdem vielleicht am wenigsten entscheidend – war das Deutsche Historische Institut Warschau dabei, seinen wissenschaftsorganisatorischen und forschungsperspektivischen Aktionsradius und Fokus noch stärker in südlicher Richtung (es sei hier das geographische Neuwort des ‚südlichen Mitteleuropa‘ erlaubt) auszubauen, nicht ganz zuletzt in Hinsicht auf die Tatsache, dass die Länder der ehemaligen Habsburgermonarchie eine sprichwörtliche weiße Fläche zwischen den Gastländern der europäischen Institute der Max Weber Stiftung darstellen. Zweitens fügte sich das Thema in die Reihe von Veranstaltungen, die in der Max Weber Stiftung die aktuelle Erinnerung an den Ersten Weltkrieg beziehungsweise die betreffende Epoche begleiten – dies war teilweise bei den folgenden Stiftungskonferenzen 2017 in Moskau und insbesondere im Frühjahr 2018 in Washington der Fall.

Drittens dann – und dies erschien schließlich am Wichtigsten – hat das Habsburgerreich in der bisherigen historischen Imperienforschung eine Sonderposition inne: Es wurde in den letzten Jahrzehnten zum beliebten, wenn auch nicht allzu frequentierten Forschungsgegenstand einerseits bei den komparativen Betrachtungen,² andererseits mit Hinsicht auf eine *longue durée*-Perspektive des Werdens und des Untergangs,³ womit allerdings bereits einige narrative Pfade für die Position der Donaumonarchie in diesen Forschungskontexten

2 Als Beispiele nur aus dem Jahre 2015 siehe Stephan Wendehorst (Hg.), *Die Anatomie frühneuzeitlicher Imperien. Herrschaftsmanagement jenseits von Staat und Nation: Institutionen, Personal und Techniken* (Bibliothek altes Reich, 5), Berlin 2015; Martin Aust/Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Imperial Subjects. Autobiographische Praxis in den Vielvölkerreichen der Romanovs, Habsburger und Osmanen im 19. und frühen 20. Jahrhundert* (Imperial Subjects, 1), Köln 2015.

3 Vgl. z. B. Robert A. Kann, *Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918* (Forschungen zur Geschichte des Donaumaues, 4), [Übersetzung der engl. Originalausgabe 1974], Wien³ 1993.

trassiert wurden. Zudem scheint die Habsburgermonarchie einige charakteristische Züge in besonderer Weise entwickelt zu haben, die für die Imperienforschung relevant sind. Dazu gehört etwa das Spannungsverhältnis zwischen der äußeren Expansionsfähigkeit (nicht zwingend im territorialen Sinne) und dem inneren Zusammenhalt beziehungsweise der inneren Stabilität, aber auch der immer wieder betonte Vielvölkercharakter, der bei Österreich-Ungarn als besonders ausgeprägt gilt (und zugleich erinnerungskulturell vermarktet wird), jedoch bei Imperien für eines der allgemein gültigen, ja definitorischen Charaktermerkmale gehalten wird.

Vor diesem Hintergrund steht nicht nur der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen, sondern er bildete auch die zweite Herausforderung der Warschauer Konferenz. Bekanntlich durchlief die historische Imperienforschung in den letzten anderthalb Jahrzehnten eine überaus rasante Entwicklung, dies in einer semantischen Reihe und parallel zu anderen Forschungsbereichen wie Identität, Grenze, Raum, *postcolonial studies*.⁴ Manche wollen gar einen *imperial turn* diagnostizieren, um den Gegenstand ihres Interesses zu nobilitieren, denn die *turns* sind bekanntlich in den Geisteswissenschaften eine sehr vornehme Familie. Doch auf der anderen Seite zeigte sich die für derart dynamische, sehr breit kontextualisierte, in ihren methodischen Zugängen vielfältige Forschungsrichtungen typische Verschmelzung zwischen Konzept, Begriff und Metapher – in diesem Fall jene des Imperiums und des Imperialen. Die Schwierigkeit, eine Übereinstimmung bei der zentralen begrifflichen Ikone des Forschungsdiskurses zu erreichen, erscheint daher nicht überraschend. Wie allerdings viele andere Beispiele (Identität, Elite, Kultur, Konflikt...) zeigen, ist eine solche Situation trotz vieler Probleme für den Forschungsdiskurs nicht hinderlich, vielmehr kann sie sich stattdessen produktiv auswirken. Dazu gehört auch das nachhaltige Innovationspotential vieler konzeptueller Missverständnisse. Jedenfalls kann aus historiografischer Sicht aus derart offenen Begrifflichkeiten zumindest ein Vorteil gezogen werden, indem gefragt wird, was die historischen Akteure in verschiedenen Kontexten und historischen Perioden unter welchen Begriffen verstanden, wie sie also das Imperiale – ob *expressis verbis* oder nicht – definierten, wahrnahmen, beurteilten und erklärten. Einen zweiten Ausweg bietet ein Versuch, das „schrakenlose Wirrwarr“⁵ an expliziten

4 Im Kontext der Habsburgermonarchie des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts vgl. etwa Moritz Csáky/Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch (Hg.), *Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis* (Gedächtnis – Erinnerung – Identität, 2), Innsbruck 2003 (hier v. a. die Einführungsstudien von Johannes Feichtinger und Ursula Prutsch).

5 Diese Metapher ist entlehnt aus dem wissenschaftlichen Elitendiskurs: Urs Jaeggi, *Die gesellschaftliche Elite. Eine Studie zum Problem der sozialen Macht* (Berner Beiträge zur Soziologie, 3), Bern ²1967, S. 12.

Definitionen und impliziten Verständnisformen auf gemeinsame Nenner zu reduzieren und diese zum Ausgangspunkt weiterer Betrachtungen zu machen.

Tun wir diesen Schritt mit Bezug auf die politikwissenschaftliche und historische Imperienforschung, so zeigen sich diese gemeinsamen Nenner doch überraschend breit, auch wenn jeder von ihnen nicht immer und nicht in gleicher Breite und Intensität berücksichtigt wird oder auf gleichermaßen allgemeine Akzeptanz stößt. Hier seien vor allem folgende definitorische Punkte der historischen wie gegenwärtigen Imperien aus den Klassikern in *Statu Nascendi* der historiographischen Imperien-Debatte in Österreich und Deutschland – Jürgen Osterhammel (Konstanz), Hans-Heinrich Nolte (Hannover), Herfried Münkler (Berlin), Andrea Komlosy (Wien), Michael Gehler (Hildesheim/Wien) und Robert Rollinger (Innsbruck/Helsinki)⁶ zusammengefasst und anschließend jene etwas umfangreicher kommentiert, die für den zentralen Gegenstand der folgenden Überlegungen als besonders relevant erscheinen:

- (1.) Der überlokale, überregionale Charakter der imperialen Staats- beziehungsweise Herrschaftsbildung.
- (2.) Die faktische Multinationalität oder Multiethnizität und Multikulturalität der Territorien und teilweise auch sonstiger Strukturen des Imperiums.
- (3.) Der Aufbau von Strukturen nach innen. Ausgleich zwischen Integration und Ausdifferenzierung.
- (4.) Ausgleich zwischen Expansion und Ruhephasen, äußerer wie innerer Dynamik und Stabilität; Ausgleich zwischen Interessen von beteiligten Gruppen beziehungsweise Entitäten, zwischen Eliten und Untertanen.

Im Folgenden sollen zunächst zwei zentrale Punkte aufgegriffen werden, um in ihrem Kontext auch weitere Aspekte des Imperialen zu thematisieren. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Problematik der Kompatibilität der imperialen Agenda des Habsburgerreiches mit der Formierung moderner Nationen aus den nichtdominanten ethnischen Gruppen der Monarchie. Gefragt

6 Michael Gehler/Robert Rollinger, *Imperien und Reiche in der Weltgeschichte – Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche*, in: dies. (Hg.), *Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche*, 2 Bde., Wiesbaden 2014, hier Bd. 1, S. 1–31; vgl. in der gleichen Publikation weiter auch Simone Pittel, *Merkmale von Imperien. Kriterienkataloge im Vergleich*, S. 1453–1468; vgl. auch Jürgen Osterhammel, *Europamodelle und imperiale Kontexte*, in: *Journal of Modern European History* 2/2 (2004), S. 157–181; ders., *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2011, S. 610; Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 11–77; Hans-Heinrich Nolte, 1., 2., 3., *Reich? Zum Begriff Imperium*, in: ders. (Hg.), *Imperien. Eine vergleichende Studie*, Schwalbach am Taunus 2008, S. 5–16; Andrea Komlosy, *Habsburgermonarchie, Osmanisches Reich und Britisches Empire. Erweiterung, Zusammenhalt und Zerfall im Vergleich*, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 9/2 (2008), S. 9–62.

wird nach den Möglichkeiten einer nationalen programmatischen Instrumentalisierung, einer national-diskursiven Aneignung eines Imperiums in seiner multiethnischen, ‚multikulturellen‘ und transregionalen Dimension.⁷

(1.) Imperien sind territorial umfassende, oft nach innen strukturierte und zumindest in bestimmten Zeiten expandierende Herrschaftsgebilde von überregionaler Dimension. Diese Dimension und die Qualität des (Über-)Regionalen können je nach Raum und Zeit sehr unterschiedlich sein, vor allem jedoch unterliegen sie dem historischen Wandel. So können als imperial und transregional solche Herrschaftsgebiete und Entitäten bezeichnet werden, die den – grob formuliert – ihrer historischen Zeit grundlegenden, üblichen territorialen wie herrschaftsorganisatorischen Rahmen deutlich, langfristig und gezielt überschreiten: dies wären etwa in der griechischen Antike Herrschaftsgebilde, die über den lokalen Rahmen einer Polis hinaus expandierten, um dann mit den großen Imperien im Osten zusammenzustoßen. Im ‚feudalen Mittelalter‘ waren es jene größeren Herrschaftsgebilde, in denen ältere Herrschaftsstrukturen und Stammesgebiete integriert waren und/oder in denen mehrschichtige Lehnverhältnisse konfigurierten. Im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit sprechen wir über die klassischen Monarchien, in deren Rahmen verschiedene Landeseinheiten und historische Territorien vereinigt waren – ob durch militärische Expansion, Heiratspolitik oder nachträgliche Zementierung und Verstetigung der Herrschaft in den zusammengetragenen Wahlmonarchien, was alles gerade für das Habsburgerreich wohl in besonderer Weise gilt. In der europäischen Moderne würde man von einem Imperium dort sprechen können, wo die Staatsbildungsprozesse den territorialen Rahmen von Nationen und üblichen Nationalstaaten überschreiten.

Dies war genau der grundsätzliche Wandel, den die Österreichische Monarchie im 19. Jahrhundert durchlief: Die modernen Nationsbildungen führten dazu, dass der Gesamtstaat im wahrsten Sinne des Wortes eine supranationale Dimension erhielt und als solcher auch von allen Seiten wahrgenommen wurde, während seine Länderstruktur – politisch nach wie vor relevant – ‚image-mäßig‘ allmählich in den Hintergrund trat. In diesem Sinne erscheint es übrigens problematisch, die Habsburgermonarchie in ihrer ganzen Existenz seit der Frühneuzeit bis zu ihrem Zerfall als Vielvölkerreich zu beschreiben. Dies hat zwar für alle Etappen ihrer historischen Entwicklung eine Begründung, diese Begründung ist aber für jede Epoche eine andere: Sprechen wir vom frühneuzeitlichen Vielvölkerreich der Habsburger, so sind als ‚Völker‘ zeitgenössisch die Bevöl-

7 Vgl. hierzu zuletzt kursorisch Pieter Judson, Die Habsburgermonarchie. Neue Interpretationen, in: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Böhmisches Länder* 57/1 (2017), S. 3–11.

kerungen der einzelnen politischen Ländereinheiten der *composite monarchy*⁸ und vor allem ihre ständischen Repräsentationen zu verstehen, mit einer gewissen, aber nicht primären Bedeutung der ethnisch-kulturellen Merkmale, welche allerdings mehr territorial und politisch denn ethnisch-kulturell konnotiert wurden. Wird dagegen unreflektiert die Kontinuität des Vielvölkercharakters vorausgesetzt, geht man die Teleologie-Gefahr ein, das neue, ethnisch-kulturelle und liberale Verständnis von Volk in die frühneuzeitliche Geschichte zu projizieren: Dem Verständnis der Habsburgermonarchie als Vielvölkerstaat des 19. Jahrhunderts lag und liegt Volk als politischer Souverän oder zumindest politische Öffentlichkeit einerseits und ethnisch-kulturelle Gruppe im Sinne der modernen Nationsbildung in Mitteleuropa andererseits zugrunde.

(2.) Die Balance und das Spannungsverhältnis zwischen Expansion und innerer Stabilität scheinen einer der wichtigsten Antriebe der Entwicklung von Imperien gewesen zu sein. Nicht nur stellt sich hier das bekannte Problem der weiteren Expansion bei der Wahrung des inneren Zusammenhalts und der Sicherung der früheren Gewinne. Noch schwerwiegender erscheinen die Problematik der Elitenkohärenz innerhalb des Imperiums und die Frage, inwieweit eine imperiale Position und gegebenenfalls imperiale Expansion die Interessen von Elitengruppen befriedigt und diese in das imperiale Agieren einbindet. Dass dies nicht der Fall sein muss und sich daraus schwerwiegende Krisen von Imperien ergeben können, lässt sich an fast beliebig vielen Beispielen belegen, sei es im alten Rom, in der frühneuzeitlichen Rzeczpospolita, im Osmanischen Reich oder ebenso im Deutschen Reich der Jahrhundertwende und dem Russländischen Imperium der Gegenwart. Dabei muss eine Expansion nicht zwingend im Interesse von imperialen Eliten stehen, wenn sie ihnen mehr Kosten und Risiken als Gewinne zu versprechen scheint. Erinnern wir daran, dass im Polen-Litauen des späten 17. und des 18. Jahrhunderts sich die adlige Repräsentation vehement gegen die Expansionspläne ihrer Könige stellte, auch wenn diese in ihren Wahlkapitulationen die Rückeroberung der verlorenen Länder versprechen mussten.

Das Habsburgerreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erscheint in dieser Hinsicht besonders relevant, weil es mit dem Wiener Kongress, nach der Verstärkung des territorialen Zusammenhalts und Sicherung der Dominanz in Deutschland und in Italien, auf Expansion verzichtete, ohne sich auf eine defensive Position zurückzuziehen. Nach der Mitte des Jahrhunderts mussten jedoch die Erschütterungen seiner imperial-hegemonialen Stellung mit politi-

8 Helmut G. Koenigsberger, *Monarchies and Parliaments in Early Modern Europe. Dominium Regale or Dominium Politicum et Regale*, in: ders. (Hg.), *Politicians and Virtuosi. Essays in Early Modern History* (Studies presented to the International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions, 69), London 1986, S. 1–25; John H. Elliot, *A Europe of Composite Monarchies*, in: *Past and Present* 137 (1992), S. 48–71.

schen Konzessionen und Reformen erkaufte werden: So folgten der Niederlage im italienischen Krieg von 1859 das Ende des Neoabsolutismus und die Einführung der Konstitution sowie der gewählten Parlamente auf Reichs- und Länderebene. Dem Debakel in dem Krieg von 1866 folgte der dualistische Ausgleich, der langfristig die imperiale Position des Habsburgerreiches und seinen inneren Zusammenhalt unterminierte.

Bereits bei diesen zwei Punkten treten die Völker und die werdenden Nationen des Habsburgerreiches im 19. Jahrhundert als neue Größen, Entitäten und Akteure in den Vordergrund, die den Modus des imperialen Funktionierens der Donaumonarchie weitgehend mitprägten. Innerhalb von Jahrzehnten formierten sich neue Elitengruppen, welche neue Interessen – und Desinteressen –, aber auch Denkweisen und Handlungslogiken mit entsprechendem Geltungsanspruch formulierten. Es ist weitgehend bekannt, dass die außenpolitischen Misserfolge der Monarchie unter den liberalen und national-liberalen Führungsschichten eher Hoffnungen auf einen inneren Kurswechsel hervorriefen.⁹ Dies bedeutete allerdings nicht, dass sie den inneren Zusammenhalt und sogar den imperialen Status der Monarchie prinzipiell in Frage gestellt hätten. Wesentlich neu war die Tatsache, dass das imperiale Zentrum ungefähr seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr den ständischen Repräsentationen und Oppositionen einzelner Kronländer und Provinzen begegnete, sondern denen der sich weitgehend nationalisierenden Gesellschaften. Sie bestimmten zunehmend den politischen und gesellschaftlichen Diskurs, beherrschten allmählich die Medienlandschaft und erreichten bis zum Ende des Jahrhunderts eine beinahe konkurrenzlose Fähigkeit zur Massenmobilisierung von Menschen.

Die meisten der Nationalbewegungen erreichten um 1848 oder in den 1860er Jahren einen Punkt, in dem sie von einer ethnisch-nationalen Agitation zu einer politischen und kulturellen Massenbewegung übergingen. Dies betraf vor allem jene Bewegungen, die aus den nichtdominanten ethnischen Gruppen¹⁰ hervorgingen oder diese als ihre Adressaten sahen. Vor diesem Hintergrund unterschieden sie sich von den deutschsprachigen Gruppen, deren aktive Angehörige dann teilweise an der großdeutschen nationalliberalen Bewegung teilnahmen. Die deutschsprachigen Gruppen dominierten die Monarchie kulturell und

9 So z. B. Helmut Rumpler, *Österreichische Geschichte 1804–1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*, Wien 2005, S. 372–373.

10 Gerald Stourzh, *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918*, Wien 1985, S. 4–6, operationalisiert auch als die sog. „kleinen Völker“ (im typologischen, nicht statistischen Sinne). Weitgehend bereits bei Miroslav Hroch, *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen* (Acta Universitatis Carolinae, 24), Prag 1968, S. 16–17, anschließend auch in der weiteren Literatur der historischen Nationalismusforschung.

sprachlich und stellten den größten Teil des Elitenreservoirs dar. Auch die magyarisch-sprachigen Ungarn und die Polen in Galizien genossen zumindest in ihren Ländern eine semi-dominante Position gegenüber anderen ethnischen Gruppen, und beide nationalisierten Länderrepräsentationen beziehungsweise Nationaleliten gingen während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch stärker als die Deutschen in Cisleithanien dazu über, die nichtmagyarischen und nichtpolnischen Gruppen zu dominieren. Insbesondere im Ungarn nach dem Ausgleich kann von einem offenen Assimilationsdruck gegenüber Slawen und Rumänen gesprochen werden.¹¹

Zunehmend konfliktreich gestaltete sich die Lage nicht nur wegen der Ausbreitung und Vermassung von Nationalbewegungen der dominanten wie nichtdominanten ethnischen Gruppen. Gleichzeitig erweiterten auch die Repräsentationen nichtdominanter Gruppen ihre bisher eher sprachlichen und kulturellen Forderungen und Ziele um eine starke politische Programmkomponente. In der rumänischen, tschechischen, kroatischen, slowenischen, italienischen, ruthenischen oder slowakischen Bewegung gab es mehr oder weniger konkrete Vorstellungen über nationale Autonomie oder zumindest über eine derartige Gestaltung politischer und administrativer Verhältnisse, die aus der Sicht der jeweiligen Repräsentation eine Gleichberechtigung der Völker und somit ihre freie nationale Entwicklung in allen Bereichen garantieren würden.¹² Dabei ging es also nicht nur um die Herbeiführung einer formalen Gleichheit von Sprachen und Völkern auf der Landesebene und – im weiteren Horizont – auf der Ebene des Gesamtstaates, sondern auch um die Schutzfunktion der Monarchie gerade für jene ethnischen Gruppen, die sich im geopolitischen Sinne meist als ‚kleine‘ Völker sahen und positionierten (dies gilt übrigens auch für die politisch wie statistisch stärkste Bewegung unter den nichtdominanten Gruppen – die tschechische).

Hier war das Habsburgerreich als Gesamtstaat gefragt: mit der Schutzfunktion als Stabilitätsgarant erhielt es in den entsprechenden national formulierten, aber transnational übergreifenden Diskursen eine typisch imperiale ‚Mission‘, allerdings hier nicht nur mit Bezug auf das Gesamtreich, sondern auf seine einzelnen Teile. Die für die Moderne als typisch diagnostizierte Dialektik der „nationalisierten Imperien und imperialen Nationalismen“¹³ machte sich gerade

11 Vgl. u. a. Ludwig Gogolák, Ungarns Nationalitätengesetze und das Problem des magyarischen National- und Zentralstaates, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3, Die Völker des Reiches, Teilbd. 2, Wien 1980, S. 1207–1303.

12 Miroslav Hroch, In the National Interest. Demands and Goals of European National Movements of the Nineteenth Century. A Comparative Perspective, [Übersetzung der tschechischen Ausgabe 2000], Prag 2000.

13 Gehler/Rollinger, Imperien in der Weltgeschichte (wie Anm. 6), S. 14.

in der Donaumonarchie auf eine besondere Weise bemerkbar – hier mit Akzent auf die erstere Dimension, die im Plural zu denken war.

Mit Hinblick auf die Beziehung zum imperialen Status des Habsburgerreiches ist allerdings zwischen zwei Gruppen von Nationalbewegungen und politischen Nationalprogrammen zu unterscheiden. Zur ersten Gruppe gehörten jene Völker beziehungsweise Kulturnationen, die einen dominanten beziehungsweise semidominanten Status genossen und/oder die sich während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bereits auf einen nationalen ‚Mutterstaat‘ orientieren konnten. In diesen Fällen kann man in der Regel viel weniger von einem eigenen, der nationalen Programmatik immanenten Imperialprogramm für Österreich sprechen. Ihre Strategien erhielten deutliche irredentistische Züge, auch wenn mit sehr unterschiedlicher und wechselnden Intensität und Form: Es dominierten typisch irredentistische Tendenzen in der italienischen, serbischen und später teilweise auch rumänischen Bewegung. Die polnische Bewegung in Galizien, von einer konservativen polnisch-nationalen Elite repräsentiert und dominiert, basierte zwar auf einem Kompromiss, wenn nicht Bündnis mit dem Wiener Zentrum, und artikuliert sich in einer betonten Staatstreue nicht nur als Taktik, sondern auch als Strategie, insbesondere und gerade in den Jahrzehnten nach dem misslungenen Januaraufstand im benachbarten Königreich Polen,¹⁴ denn die ‚organische Arbeit‘ hatte mindestens für eine Generation die Oberhand gewonnen, und dies wohl nirgendwo mit solcher Eindeutigkeit, wie es in Galizien der Fall war. Zwar begann mit den neuen Generationen seit den 1880er Jahren die ‚konspirativ-aufständische‘ Linie der Bewegung wieder ihren Einfluss zu erobern, doch orientierten sich auch ihre Vertreter in Galizien auf eine Zusammenarbeit mit dem Habsburgerreich.

Dennoch: Das langfristige Ziel, obwohl für manche hinter dem Horizont der absehbaren Zeit verborgen, bestand in einer Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit, auch wenn dies im Bündnis mit Habsburg oder sogar als ein habsburgisch regiertes Land geschehen sollte – eine Strategie, die bis zu den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs nur langsam an Anziehungskraft und Relevanz verlor.¹⁵ Trotzdem stellte das Habsburgerreich nicht das Objekt und

14 Vgl. z. B. Stanisław Grodzisk, *Studia galicyjskie. Rozprawy i przyczynki do historii ustroju Galicji (Regiony, historia, kultura, 3)*, Krakau 2007, S. 291–307.

15 Jerzy Gaul, *The Austro-Hungarian Empire and Its Political Allies in the Polish Kingdom 1914–1918*, in: Andreas Gottsmann (Hg.), *Karl I. (VI.). Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie* (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom. Abhandlungen, 14), Wien 2007, S. 203–221; Tamara Scheer, *Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1915–1918)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58/4 (2009), S. 538–571; zuletzt insbesondere Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36), Osnabrück 2017.

vorgesehene Subjekt von polnischen Imperialprojekten dar, sondern einen potentiellen Beteiligten eines angestrebten gesamteuropäischen Konflikts, aus dem ein freies Polen ‚wieder‘ entstehen würde. Teilweise ähnlich war die nationalistisch-großdeutsche Bewegung in Österreich: Hier setzte man auf eine gesamtdeutsche Reichsgründung, in der sich Österreich als imperiale Entität faktisch auflösen würde – es war ein großdeutsches, nicht österreichisches Imperialprojekt. Und selbst die ruthenische Bewegung war doch, trotz einer anhaltenden Habsburgtreue und trotz des fehlenden Übergangs in eine Massenphase, nicht frei von irredentistischen Tendenzen – mit Bezug auf Russland oder aber eine gesamtukrainische Nationsbildung.¹⁶

Dagegen stehen die nationalen Programme und Visionen bei jenen nicht-dominanten Gruppen, denen keine irredentistische oder ähnliche Option zur Verfügung stand. Sehen wir auf ihre Programmatik für die Umsetzung einer politischen Autonomie, so einigten sich diese Programme bis zum Ersten Weltkrieg in der ‚selbstverständlichen‘, das heißt nicht rein taktisch begründeten Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie. Sie sollte aber nach einem mehr oder weniger föderalistischen Modell umgebaut werden. Allerdings differierten die Vorstellungen über die Subjekte und Teile dieser Föderation: die Tschechen, Kroaten und Rumänen hielten an der staatsrechtlichen Dogmatik fest und nutzten damit den Vorteil, dass ihre Ideen nicht mit der Länderstruktur des Imperiums kollidierten. Da den Slowaken, Slowenen oder Ruthenen diese Möglichkeit nicht zur Verfügung stand, beriefen sie sich vielmehr auf das Naturrecht der Ethnien und verlangten eine Neustrukturierung nach dem ethnischen Prinzip: Zum ersten Male wurde bei den Slowenen bereits 1848 ein solches Ziel als politisches Programm formuliert.¹⁷

Doch die Monarchie als Gesamtstaat sollte auch nicht geschwächt werden, teilweise kann man sogar das Gegenteil behaupten – was allerdings nicht im Widerspruch stand zur teilweise gewünschten Schwächung des gesamtstaatlichen Zentrums. Mit Ausnahme der Kroaten (und viel geringfügiger auch der Slowenen), denen sich immer auch eine illyristische beziehungsweise später jugoslawistische Alternative anbot,¹⁸ könnten wir sogar in der heutigen

16 Grundlegend Anna Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915* (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 27), Wien 2001.

17 Robert A. Kann, *Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918* (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, 4), Bd. 1: *Das Reich und die Völker*, Graz 1964, S. 304.

18 U. a. Jaroslav Šidak, *Studije iz hrvatske povijesti* (Rasprave i članci, 2), Zagreb 1973, S. 3–44, 95–111; Mirjana Gross, *Zur Frage der jugoslawischen Ideologie bei den Kroaten*, in: Adam Wandruszka/Richard G. Plaschka/Anna M. Drabek (Hg.), *Die Donaumonarchie und die südslawische Frage von 1848 bis 1918. Texte des ersten österreichisch-jugoslawischen His-*

Sprachmanier behaupten, der Erhalt eines starken Habsburgerreiches und die politische Zugehörigkeit zu ihm erschienen *alternativlos*. Seit 150 Jahren wird immer wieder die Schlussfolgerung des tschechischen Historikers und führenden Politikers František Palacký (1798–1876), der mit seinen Konzepten breiten Einfluss auf die tschechische, slowakische und südslawische Politik ausübte, in Erinnerung gerufen: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europa’s, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“¹⁹

Mit dieser etwas bonmotartig formulierten, aber mit tiefstem Ernst gemeinten Feststellung lehnte Palacký im April 1848 die Einladung zum Frankfurter Vorparlament als Vertreter Österreichs ab, weil er in dem politischen Unternehmen der großdeutschen Liberalen die Gefahr sah, „Österreich als selbständigen Kaiserstaat unheilbar zu schwächen, ja ihn unmöglich zu machen, – einen Staat, dessen Erhaltung, Integrität und Kräftigung eine hohe und wichtige Angelegenheit nicht meines Volkes allein, sondern ganz Europa’s, ja der Humanität und Civilisation selbst ist und sein muß.“²⁰ Hinter seiner Positionierung verbargen sich einige zentrale Grundsätze, die nicht nur den damaligen tschechischen Liberalen, sondern allgemein den politischen Programmen nichtdominanter Völker in der Monarchie des 19. Jahrhunderts gemeinsam waren. Aussagekräftig erscheint bereits die Tatsache, dass eine in den 1860er Jahren verfasste Schrift Palackýs, die für Jahrzehnte die Grundlage des tschechischen politischen Programms darstellte und die politischen Programme in anderen Teilen der Monarchie weit beeinflusste, den Titel *Österreichs Staatsidee* trug.²¹ Mit Bezug auf den Zusammenhalt der Monarchie wurde hier ähnlich wie in dem Frankfurter Schreiben für Österreich eine imperiale Mission formuliert, die den Lebensinteressen der im Habsburgerreich vereinten Völker entsprechen sollte.

Als Politiker und Historiker, der von der Romantik ebenso wie später vom Positivismus beeinflusst war, interpretierte Palacký die Formierung der Habsburgischen Monarchie als Ergebnis der Wirkung geistiger Kräfte und als Umsetzung einer natürlichen Integrationstendenz in Mitteleuropa. Historisch sei Österreich als Vielvölkerstaat entstanden, um günstige Bedingungen für die

torikertreffens (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs, 8), Gösing 1976, S. 19–39; Günter Schödl, *Kroatische Nationalpolitik und ‚Jugoslawenstvo‘. Studien zu nationaler Integration und regionaler Politik in Kroatien-Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts* (Südosteuropäische Arbeiten, 89), Berlin 1990; Carole Rogel, *The Slovenes and Yugoslavism 1890–1914* (East European Monographs, 24), Boulder 1977.

19 Zitiert aus: Eine Stimme über Österreichs Anschluß an Deutschland. An den Fünzigerausschuß zu Händen des Herren Präsidenten Soiron in Frankfurt am Main, in: Franz Palacký, *Oesterreichs Staatsidee*, Prag 1866, S. 79–86, hier S. 83.

20 Eine Stimme über Österreichs Anschluß an Deutschland (wie Anm. 19), S. 81.

21 Palacký, *Oesterreichs Staatsidee* (wie Anm. 19).

Entwicklung seiner Völker zu schaffen. Diese Funktion wurde weitgehend als Schutzrolle verstanden. So formierte sich die Habsburgermonarchie in der Frühneuzeit aus dem freiwilligen Zusammenschluss historischer Länder und Nationen, um die mitteleuropäischen Länder und ihre Bevölkerung vor der osmanischen Gefahr zu verteidigen, und diesen Schutz dann auf weitere Gebiete zu erweitern, von denen die Osmanen verdrängt worden wären. So geht die betonte Schutzfunktion bei Palacký und seinen Anhängern zumindest in dieser Richtung in eine imperiale Expansionsprogrammatik über. Damit erreichte Palacký nicht nur eine breite Akzeptanz im tschechischen und südslawischen Diskurs. Zudem wurden seine Ideen begleitet von der Entstehung paralleler, teils ähnlicher, teils divergierender Visionen eines Existenzsinns Österreichs und der daraus resultierenden politischen Organisation der Monarchie: An dieser Stelle sei nur an die Vorstellungen von Franjo Rački (1828–1894) in der kroatischen Bewegung erinnert – letzterer wie Palacký ein Historiker, zudem Agramer Domherr und Präsident der dortigen Südslawischen Akademie, bei dem die Idee eines aus dem historischen Geiste gewachsenen Jugoslawismus durchaus mit der Integration in der gesamtösterreichischen Föderation vereinbar war.²²

Schließlich erhielt dieses Thema in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts eine neue Brisanz aus nationaler Sicht. Die Wiener Regierungen standen vor allem in den Zeiten der Krisen auf dem Balkan unter starkem Druck der tschechischen, slowenischen und kroatischen Öffentlichkeit, hier zugunsten der slawischen Völker zu intervenieren und die dortigen Nationalbewegungen offen gegen das Osmanische Reich zu unterstützen. Die Brisanz einer solchen Vorstellung bestand in den Kongruenzen und Inkongruenzen mit der habsburgischen Politik auf dem Balkan. Sie war an einer Ausweitung der österreichischen Einflüsse und Dominanz in diesem Teil Europas interessiert, doch dies sollte aus Sicht des Wiener Ballhausplatzes vor allem die zunehmenden russischen Einflüsse eindämmen, wozu sich wiederum zumindest zeitweise (Krimkrieg, Balkankrieg Ende der 1870er Jahre) eine Konservierung der formalen Herrschaft des Osmanischen Reiches über weite Teile des Balkans als geeignete Strategie anbot.²³

Doch der Schutz Mitteleuropas gegen die Osmanen als die zentrale imperiale Idee Österreichs hatte sich spätestens seit dem 18. Jahrhundert auch für Palacký

22 Vgl. z. B. Kosta Milutinović, Die ersten föderalistischen Ideologen unter den Kroaten, in: *Südostforschungen* 26 (1967), S. 239–275.

23 Zur Balkanpolitik des Habsburgerreiches und dem Kontext der Nationalbewegungen auf dem Balkan bzw. im Süden der Monarchie vgl. u. a. Wandruszka/Plaschka/Drabek (Hg.), *Donaumonarchie* (wie Anm. 18); István Diószegi, *Die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1871–1877*, [Übersetzung aus dem Ungarischen], Wien 1985; am neuesten vielfach bei Konrad Canis, *Die bedrängte Großmacht. Österreich-Ungarn und das europäische Mächtesystem 1866/67–1914*, Paderborn 2016.

und andere slawischen Politiker erledigt. Die historische Mission, der Sinn, ja der Geist der Habsburgermonarchie, mithin ihre Legitimität bestanden nun darin, die kleinen mitteleuropäischen Völker in einem breiteren politischen Rahmen zu vereinigen, ihnen eine vollständige Gleichberechtigung und daher auch Eintracht zu gewährleisten und Schutz gegen die benachbarten expansiven Mächte zu sichern – womit nun unzweideutig einerseits Russland, andererseits Deutschland gemeint waren.

Nicht nur in Palackýs Überzeugungen spiegelt sich die zeitgenössisch charakteristische Denkweise über die internationalen Beziehungen in den Kategorien von Großmächten und Imperien als alleinige wirklich souverän agierende Entitäten wider, die sich nur den Regeln des Großmächtekonzernts zu fügen hatten. Mit anderen Worten erschien den Sprechern des slowenischen, kroatischen, tschechischen, slowakischen, aber teilweise auch des rumänischen und ruthenischen Nationalismus die eigene Nation als zu klein, um sich alleine gegen die Imperien zu wehren und somit zu überleben. Eine logische Konsequenz dieser Situation war ein Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Imperium. Sehen wir also auf den ersten Blick Ähnlichkeiten mit dem etwas späteren deutschen, Naumann'schen Mitteleuropa-Konzept, dann trägt dieser Eindruck: Hier ging es um keinen leeren Raum als Pufferzone oder Expansionsgebiet zwischen Ost und West, ganz im Gegenteil war dieser Raum gefüllt und besetzt von einer eigenständigen und politisch wie militärisch gleichgewichtigen Großmachtentität. Auf deren Schutz zu verzichten würde nicht nur in Palackýs Augen einen nationalen Selbstmord bedeutet haben.

Vor diesem Hintergrund erscheinen nun einige Konvergenzen zwischen nichtdominanten Nationalpolitiken und der Wiener Zentralperspektive besonders auffällig. Das Programm aus den 1860er Jahren war neu in seiner Aktualität, aber nicht in seinen Grundgedanken. Die Schicksalsgemeinschaft der kleinen Völker unter sich und mit dem Habsburgerreich gemeinsam hatten sich die Vertreter österreichisch-slawischer Bewegungen bereits im Frühling 1848 beim Prager Slawenkongress auf die Fahnen geschrieben, dessen Grunddokument, das *Manifest an die Europäischen Völker*, ohnehin größtenteils Palacký entworfen hatte. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts waren sich die Wiener Regierung und die Sprecher der nichtdominanten Nationalbewegungen einig darüber, dass die Monarchie eine historische Mission und Leitidee habe und dass sie keineswegs Ergebnis zufälliger Allianzen, Erbschaften oder Heiraten sei. Pfl egten diese Idee schon im Vormärz jene Autoren, die sich um eine integrative Geschichtsdarstellung der Monarchie bemühten (wie etwa Joseph Hormayr²⁴

24 Werner Telesko, *Geschichtsraum Österreich. Die Habsburger und ihre Geschichte in der bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts*, Wien 2006, S. 314–320.

oder der Grazer Geschichtspräsident Julius Schneller),²⁵ so wurde dies nun zum Grundsatz einer neuen habsburgischen Geschichtspolitik. Sie sollte die historisch-territorialen und ethnischen Individualitäten einzelner Kronländer mit der Idee eines supraethnischen Gesamtstaates in Einklang bringen. Es ist nur symptomatisch, dass die neoabsolutistische, durchaus zentralistische Wiener Regierung mit dieser Aufgabe einen konservativen, tschechisch-nationalen Historiker und Schüler von Palacký beauftragte: Wácslaw Wladiwoj Tomek (1818–1905), ein frisch ernannter Lehrstuhlinhaber für österreichische Geschichte an der Prager Universität, sollte im entsprechenden Sinne gemeinsame Geschichtslehrbücher für den Gebrauch in der ganzen Monarchie verfassen,²⁶ eine geeignete Methode für Geschichtsdarstellungen erarbeiten²⁷ und ein historisches Seminar konzipieren, das bis heute unter dem Namen des Instituts für Österreichische Geschichtsschreibung existiert.²⁸

Diese identitätsstiftende geschichtspolitische Agenda spiegelt bereits eine weitere Gemeinsamkeit als Referenzpunkt wider, die in den folgenden Jahrzehnten markanter wurde: Sowohl die Vertreter der nationalen Bewegungen in Politik, Kultur und Wissenschaft als auch die Wiener Zentrale stellten die kulturelle Vielfalt des Habsburgerreiches nicht nur aufgrund der Verschiedenheiten der Kronländer, sondern auch aufgrund der Verschiedenheiten von ethnischen und sprachlichen Kulturen zunehmend zur Schau. Grundlagen einer solchen Perspektive und Inszenierung wurden spätestens nach der Mitte des Jahrhunderts durch den aus Böhmen stammenden Statistiker Karl von Czoernig-Czernhausen (1804–1889) und dessen dreibändige *Ethnographie der österreichischen Monarchie* sowie *Österreichs Neugestaltung* gelegt.²⁹ Ersteres ein eth-

25 Julius Franz Schneller, Geist der Geschichtsschreiber des Kaiserthums Oesterreich, in: Hesperus (1818), S. 17–23, 27–29, worauf er dann sein Werk baute: ders., Staatengeschichte des Kaiserthums Oesterreich von der Christi Geburt bis zum Sturze Napoleon Bonaparte's, 7 Teile, Gratz 1817 (zweite Auflage Stuttgart 1837–1841); vgl. insbesondere die einführende Betrachtung „Hauptansicht“ im Teil 1, *Ungarn's Schicksal und Thatkraft vor dem Verein mit Böhmen, Oestreich und Steyermark. Zeitraum von 1 bis 1526*, Gratz 1817, S. V–XV.

26 Wenzel Wladiwoj Tomek, Geschichte des oesterreichischen Kaiserstaates. Zum Gebrauche an Gymnasien und Realschulen, Prag 1853.

27 Wenzel Wladiwoj Tomek, Über die Behandlung der oesterreichischen Gesamtgeschichte, in: Zeitschrift für Oesterreichische Gymnasien 4 (1853), S. 824–833; ders., O synchronické metodě při dějepise rakouském, in: Časopis Českého museum 28 (1854), S. 375–406.

28 Zu diesem Kontext siehe Miloš Rezník, Wácslaw Wladiwoj Tomek, das Ministerium für Cultus und Unterricht und die Einführung der historischen Seminare in Österreich. Die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft zwischen Staat, Nation und akademischer Neuorientierung, in: Christine Ottner/Klaus Ries (Hg.), Geschichtsforschung in Deutschland und Österreich im 19. Jahrhundert. Ideen – Akteure – Institutionen (Pallas Athene, 48), Stuttgart 2014, S. 139–157.

29 Karl von Czoernig, Ethnographie der Oesterreichischen Monarchie, Wien 1855–1857; ders., Oesterreich's Neugestaltung 1848–1858, Stuttgart 1858; vgl. dazu: Pieter M. Judson, Habs-

nologisches Pendant zu Tomeks historischer Agenda, Letzteres zu Palackýs ebenfalls historisch argumentierender *Österreichs Staatsidee*. Wie das berühmte *Kronprinzenwerk*³⁰ oder andere, im Ersten Weltkrieg im Regierungsauftrag erschienene Publikationen wie *Mein Österreich, mein Heimatland*³¹ zeigen, wurde die regionale und kulturelle Vielfalt geradezu zum Label, zu einem in der Identitäts- und der Imagepolitik positiv belegten Wahrzeichen der Monarchie, insbesondere der cisleithanischen Reichshälfte erkoren. Die für die imperialen Entitäten typische Grenzüberschreitung zwischen Kulturen und grundlegenden räumlichen Einheiten politischer Organisation wurde hier in der Selbstdarstellung und im Selbstverständnis mit einer für die europäische Geschichte einzigartigen Intensität gepflegt. Falls die moderne, nach dem österreichischen Beitritt zur EU im Jahre 1995 laut gewordene Behauptung von der Habsburgermonarchie als einem historischen Vorgänger der Union³² in einem Punkt stimmig erscheinen mag, dann ist das gerade hier: In der programmatischen und identitätsstiftenden Betonung der Vielfalt in der Einheit und der Einheit in der Vielfalt, die seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nicht nur verbalisiert, sondern noch intensiver visualisiert wurde.

Gewisse Gemeinsamkeiten zwischen der Wiener Zentrale und den Repräsentationen nicht-dominanter Gruppen haben sich spätestens seit 1848 immer wieder dort gezeigt, wo der Zusammenhalt der Monarchie und ihr imperialer Status bedroht zu sein schienen, denn in diesen Bedrohungen wurden nun auch die Gefahren für die nationale Entwicklung und Gleichberechtigung gesehen: Eine solche Gefahr stellten sowohl für die Monarchie als auch für die Repräsentationen der werdenden Kulturnationen die ungarische Revolution ebenso wie der großdeutsche Nationalliberalismus dar. Vor diesem Hintergrund haben sich übrigens zum ersten Male die deutsch-slowenischen, deutsch-tschechischen, polnisch-ruthenischen, ungarisch-slawischen und ungarisch-rumänischen nationalen Konfliktlinien gezeigt. Sie führten auch zum damaligen – und später latenten – Bündnis mit der Wiener Zentrale, woraus sich der aktive Ein-

burg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918, [Übersetzung der englischen Originalausgabe 2016], München 2017, S. 306–313.

30 Die österreichisch-ungarische Monarchie im Wort und Bild, Bd. 1–24, Wien 1886–1902; parallele, aber inhaltlich abweichende magyarischsprachige Version: *Az Osztrák-Magyar Monarchia írásban és képben*, Bd. 1–21, Budapest 1885–1902.

31 Siegmund Schneider/Benno Imendörffer (Hg.), *Mein Österreich, mein Heimatland*. Illustrierte Volks- und Vaterlandskunde des Österreichischen Kaiserstaates, Wien 1914.

32 Vgl. unter den österreichischen Historikern z. B. der frühere Lehrstuhlinhaber für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz Othmar Pickl (1927–2008), in: Othmar Pickl (Hg.), *Die Europapolitik Innerösterreichs um 1598 und die Europapolitik Österreichs 1998*. Referate des internationalen Symposiums *400 Jahre Europapolitik Innerösterreichs um 1598 und Österreichs zur Zeit seiner EU-Präsidentschaft 1998* vom 29./30. Oktober 1998 in Graz (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, 43), Graz 2003, S. XI–XII.

satz der Kroaten, Slowaken, Tschechen und Rumänen gegen die ungarische Revolution einerseits und das tschechische, als Dynastie- und Staatstreue artikulierte Engagement gegen Frankfurt andererseits erklären. Die damals zum Vorschein gekommenen Gegensätze konnten im Allgemeinen bis zum Ersten Weltkrieg trotz zahlreicher Ausgleichversuche nicht überwunden werden – die wichtigsten Konfliktlinien waren um 1900, *toutes proportions gardées*, im Kern nicht wesentlich anders als ein halbes Jahrhundert zuvor. Politische Opposition gegen einzelne Regierungskabinette und gelegentliche tiefe Konflikte mit der Zentrale ergaben sich dann seitens der nationalen Repräsentationen ‚kleiner Völker‘ nicht aus einer Ablehnung des Gesamtstaates, sondern aus diversen Vorstellungen über seine weitere Gestaltung und Organisation. So konnte auch weiter auf die Schutzfunktion der Donaumonarchie mit gewissen Expansionspotentialen in Krisenmomenten immer wieder rekurriert werden.

Die so genannte Balkanfrage wurde bereits erwähnt. Bis zum Ersten Weltkrieg sah ein Teil der kroatischen Politiker, geführt von Josip Frank (1844–1911), dem Chef einer der Rechtsparteien, die Aufgabe der Donaumonarchie darin, die Dominanz über dem Balkan auszubauen, hier eine Großmachtposition einzunehmen und die Balkanländer in den Gesamtstaatsverband einzugliedern, in dem die Kroaten über eine breite Autonomie verfügen würden.³³ Eine dergestalt expandierte habsburgische Herrschaft, die mit der Befreiung der Balkanslawen gleichgesetzt wurde, würde dann einen idealen Ausgangspunkt für die Vereinigung der kroatischen Länder im Rahmen der habsburgischen Föderation und für die Einführung der kroatischen Autonomie bilden. Sowohl Kroaten als auch vor allem Slowenen beriefen sich auf die imperiale Schutzfunktion und die Rolle Österreichs als Garant freier Entwicklung, als nach dem Kriegsverlust von 1866 die venezianischen Gebiete und damit auch ein Teil der slowenischen Sprachgebiete für Österreich verloren ging.³⁴ Aus ähnlichen Gründen reagierten die tschechischen Spitzenrepräsentanten während des Krieges äußerst ausweichend auf Bismarcks unkonkrete politische Angebote während der preußischen Besetzung Böhmens: Eine nationale Entwicklung sah man eben nur in einem starken Reich, dass gegen die deutsche imperiale Expansion schützen würde.³⁵

Um die Jahrhundertwende steigerten sich noch das Bedrohungsgefühl von der Seite des russischen und des deutschen Reiches und die Nachfrage nach der

33 Arnold Suppan, Die Kroaten, in: Wandruszka/Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 (wie Anm. 11), S. 723, unter Berufung auf Mirjana Gross, *Povijest pravaške ideologije* (Monografije, 4), Zagreb 1973, S. 435–440.

34 Janko Pleterski, Die Slowenen, in: Wandruszka/Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 (wie Anm. 11), Bd. 3/2, S. 801–838, hier S. 808.

35 Otto Urban, Die tschechische Gesellschaft 1848–1918 (Anton-Gindely-Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas, 2/1), [Übersetzung der tschechischen Originalausgabe 1982], Bd. 1, Wien 1994.

Organisations- und Schutzfunktion der Habsburgermonarchie. Im Osten etwa waren die russischen politischen Einflüsse in der Balkanpolitik eine Ursache, warum die rumänischen Repräsentanten in Siebenbürgen nicht zu einer offenen Irredenta übergingen und sich stets auf Wien orientierten – gegen die äußere Gefahr und gegen den inneren Magyarisierungsdruck.³⁶ Die Entstehung des Deutschen Reiches und seine Wirtschaftsexpansion auf dem Balkan, wo es sich gegen die Interessen seines österreichisch-ungarischen Verbündeten durchzusetzen begann, ermöglichten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Verpflanzung der tschechischen Akzente auf den Schutz gegen den deutschen Drang nach Osten – nun auch im südslawischen politischen Diskurs.³⁷

Doch gerade auf dem Balkan und im südslawischen Bereich zeigten sich verstärkt neue Ambivalenzen und Dilemmata. Hier wurde das austroslawistische Programm immer durch die alternative Strategie einer südslawischen Staatsbildung konterkariert. In der Frage von Bosnien und Herzegowina eröffneten sich zudem neue strategische Konfliktlinien zwischen verschiedenen nationalen Visionen der imperialen Gestaltung der Monarchie. Die Vertreter der slawischen Bewegungen unterstützten weitgehend die Okkupation und teilweise auch die Annexion, während die Ungarn diesem Schritt skeptisch gegenüber standen, weil er zur weiteren Verstärkung sowohl der slawischen Mehrheit in der Monarchie als auch der kroatischen und serbischen Kraft in Ungarn selbst führen konnte. Vor allem die großkroatischen Nationalaktivisten sahen in der Annexion einen Schritt zur Vereinigung aller von ihnen beanspruchten Gebiete im Rahmen der Donaumonarchie.³⁸ Doch auch bei den Tschechen und Slowaken wurden Befürchtungen von einer ungünstigen Gewichtverschiebung gegen Süden laut. Dies in den Jahrzehnten, in denen als eine Zwischenlösung eine Trialisierung des Reiches theoretisch ins Spiel gebracht wurde. In verschiedenen Konzepten wurde jedoch eher an die Formierung des dritten Gliedes im südslawischen Raum, der mit der Okkupation und Annexion von Bosnien und Herzegowina tatsächlich eine strategische Aufwertung, bevölkerungsstatistische Verstärkung und territoriale Abrundung erfuhr, gedacht.³⁹ So theoretisierte etwa der in Böhmen le-

36 Keith Hitchins, Die Rumänen, in: Wandruszka/Urbanitsch, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 (wie Anm. 11), Bd. 3/1, S. 585–625, hier S. 598–600.

37 Suppan, Die Kroaten (wie Anm. 11), S. 727, hier auch weitere Hinweise auf kroatische und tschechische Literatur.

38 Vgl. u. a. Mirjana Gross, Erzherzog Franz Ferdinand und die kroatische Frage, in: Österreichische Osthefte 8 (1966), S. 277–299; vgl. auch Arnold Suppan, Zur Frage eines österreichisch-ungarischen Imperialismus in Südosteuropa. Regierungspolitik und öffentliche Meinung um die Annexion Bosniens und der Herzegowina, in: Wandruszka/Plaschka/Drabek (Hg.), Donaumonarchie (wie Anm. 18), S. 103–131.

39 Zum Kontext vgl. Janez Cvirn, Das „Festungsdreieck“. Zur politischen Orientierung der Deutschen in der Untersteiermark (1861–1914) (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, 76), Wien 2016, S. 249–261.

bende Heinrich von Hanau-Hořovice (1842–1917), Sohn Friedrich Wilhelms I. von Hessen-Kassel und konservativ-föderalistischer politischer Schriftsteller, in seinen Trias-Karten aus den Jahren unmittelbar nach der Annexion von Bosnien und Herzegowina in diversen Varianten über einen trialistischen Umbau der bisherigen Doppelmonarchie, in denen immer die slawischsprachigen Gebiete in Kroatien, Dalmatien, Istrien, Slawonien, Bosnien und Herzegowina (sowie Untersteiermark, Südkärnten, Krain, Triest) das dritte politische und territoriale Subjekt darstellen sollten.⁴⁰ Sehr ähnliche Vorstellungen bezüglich der südslawischen Länder in einem trialisierten Habsburgerreich formulierte in gleicher Zeit (1910) beispielsweise der kroatische Jurist und Ethnograf Nikola Zvonimir Bjelovučić (1882–1952). Noch wichtiger erscheint, dass damals auch der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand d'Este eine Trialisierung überlegte und dabei an ein slawisches Subjekt eher im Süden dachte.⁴¹ Für den Erzherzog lag einer der Hauptzwecke in der angestrebten Schwächung Ungarns und der Überwindung des Dualismus,⁴² zugleich aber auch in der Schaffung eines Gegengewichts gegen den zunehmenden Einfluss des aggressiven serbischen Nationalismus im südslawischen Teil der Monarchie. Eine alternative, polnische Trialisierungsvision entstand nach Beginn des Ersten Weltkriegs direkt in Wien um den Finanzminister Leon Biliński: hier sollten Galizien und die von Russland zu trennenden polnischen Gebiete das dritte Glied des Staates bilden.⁴³

Doch in der nächsten Umgebung des Thronfolgers wurden auch Pläne einer plurilateralen Föderalisierung der Donaumonarchie formuliert, die prinzipiell den slowenischen oder kroatischen Interessen nicht widersprach und den tschechischen oder slowakischen Vorstellungen näher gestanden wäre, hätte man hier nicht die Eingliederung der mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete der böhmischen Länder ins ‚Deutsch-Österreich‘ und somit ihre Abtrennung von ‚Böhmen‘ vorgesehen, das wiederum auch die tschechischsprachigen Teile Mährens und Schlesiens mit einbezog. Doch von der Vorstellung einer Födera-

40 Heinrich von Hanau, Triaskarte der Habsburgermonarchie, Wien o.J. [1909]; ders., Drei Karten zur Ergänzung der Triaskarte, Wien o.J.; ders., Neue Triaskarte der Habsburger Monarchie mit einigen Umänderungen und Angabe der autonomen Kronländer innerhalb der drei Reiche, Wien o.J.; vgl. zum Autor Margret Lemberg/Hans Lemberg, Heinrich von Hanau. Ein Sohn des letzten Kurfürsten von Hessen. Sein Leben, seine politische Kampfschrift und seine Zukunftskarten (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen: Kleine Schriften, 7), Marburg 2003.

41 Vgl. Andrej Rahten, Prestolonaslednikova smrt. Po sledeh slovenskih interpretacij sarajevskega atentata, Ljubljana 2014, S. 47–60.

42 Bspw. Jean-Paul Bled, Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger, [Übersetzung der französischen Originalausgabe 2012], Wien 2013, S. 125.

43 Henryk Batowski, Trialismus, Subdualismus oder Personalunion. Zum Problem der österreichisch-polnischen Lösung (1914–1918), in: *Studia austro-polonica* 1 (1978), S. 7–19; ders., Die drei Trialismen, in: *Österreichische Osthefte* 7 (1965), S. 265–274.

lisierung nach rein ethnischem Prinzip hatte sich die tschechische nationale Politik bereits nach der Revolution von 1848/49 verabschiedet.

Gerade die Föderalisierungsideen im Umkreis von Franz Ferdinand gipfelten aber um 1906 in der Vision von den Vereinigten Staaten von Groß-Österreich, einem Bundesstaat, dessen Organisation Aurel Constantin Popovici (1863–1917) entwarf,⁴⁴ ein aus dem Banat stammender rumänischer Politiker, der schon früher Erfahrungen aus dem Kampf gegen die ungarische Magyarisierungspolitik sammelte und das Ziel einer Schwächung Ungarns uneingeschränkt teilte. Seine Vorstellungen fanden große Beachtung bei den Vertretern der nicht-magyarischen Völker Ungarns, insbesondere bei den Kroaten, wo auch der Führer der mittlerweile enorm populären Bauern-Partei Stjepan Radić (1871–1928) die Bildung eines „christlichen, europäischen und demokratischen“ Österreichs ohne jegliche nationale Dominanz postulierte.⁴⁵ Das Groß-Österreich-Projekt, dessen Wirkungskraft sich aus der Dualismus-Krise von 1905/1906, aus der zunehmenden Kritik an der ungarischen Repräsentation und aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina speiste, eröffnete also neue Perspektiven für die südslawische „Frage“.⁴⁶ Sprecher der Rechtspartei von Josip Frank (insbesondere Izidor Kršnjavi) sahen hier die Möglichkeit für die Schaffung eines Groß-Kroatiens im großösterreichischen Rahmen.⁴⁷

Die Ambivalenzen und Divergenzen verschiedener Programme und Vorstellungen nahmen allerdings in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg deutlich zu – entsprechend einer deutlichen Zuspitzung nationaler Konflikte in den südlichen Kronländern, in Ungarn, in Galizien und Böhmen. Hinzu kam als eine noch wichtigere Komponente die schnelle und sehr weite innere politische Ausdifferenzierung der einzelnen Nationalbewegungen. An die Stelle der früheren relativ einheitlichen und einheitlich agierenden Nationalparteien, die im politischen Bereich als Honoratioren mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung funktionierten, deren Zusammenhalt jedoch bereits seit den 1860er Jahren allmählich bröckelte und als deren Alternative sich im letzten Viertel des Jahrhunderts die Sozialdemokratien etablierten, trat seit den 1890er Jahren ein

44 Aurel Popovici, Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich. Politische Studien zur Lösung der nationalen Fragen und staatsrechtlichen Krisen in Österreich-Ungarn, Leipzig 1906.

45 Vgl. Ian Reifowitz, *Imagining an Austrian Nation. Joseph Samuel Bloch and the Search for a Multiethnic Austrian Identity, 1846–1919* (East European Monographs, 631), Boulder 2003, S. 225; Alan Sked, *The Decline and the Fall of the Habsburg Empire, 1815–1918*, London 1989.

46 Zum Projekt zuletzt ausführlich Rahten, *Prestolonaslednikova smrt* (wie Anm. 41), S. 31–46, hier auch weitere Literatur- und Quellenhinweise.

47 Gross, *Erzherzog Franz Ferdinand* (wie Anm. 38); vgl. auch Robert A. Kann, *Das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918* (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, 5), Bd. 2: *Ideen und Pläne zur Reichsreform*, Graz 1964, S. 183–208.

breites Spektrum an sich schnell umbildenden politischen und ideologischen Strömungen sowie Parteien mit sich verändernden Programmen und Strategien. Doch Vorstellungen über den Umbau der Monarchie, nach dem sich ihre historische Mission und der Sinn ihres Seins erfüllen würden, blieben nach wie vor meist viel stärker im Vordergrund als die Visionen separater nationaler Staatsgründungen.

Im Ersten Weltkrieg, noch bevor sein Ausgang für alle deutlich wurde, schien sich aber das endgültige Scheitern der Hoffnungen auf eine imperiale Mission der Monarchie im Sinne ihrer Kulturnationen abzuzeichnen. Während bei einer Niederlage die Desintegration – zumindest die endgültige Sezession Ungarns – als beinahe sicher erschien, machten die militärischen Eliten Österreich-Ungarns mit ihrem harten Durchgreifen nicht nur die situativen Kompromisse mit nationalen politischen Führungen unmöglich, sondern sie verbargen auch nicht ihr Interesse, aus Cisleithanien das zu machen, was es bisher nie war – ein deutschnational dominiertes Reich. Im Siegesfall würde somit auch die Unfähigkeit hinzukommen, die Völker gegen einen deutschen Expansionismus zu schützen, doch eben das war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine der Existenzberechtigungen des Habsburgerreiches aus Sicht der Sprecher der nicht-deutschen Nationen. So gingen die imperialen Implikationen und Visionen für die Monarchie noch etwas schneller unter als die Monarchie selbst.

Dennoch: Die im Hintergrund stehende Idee, dass die sogenannten kleinen Völker eine Form supranationaler Integration und Zusammenarbeit bräuchten, um sich frei zu entwickeln und gegen den Expansionismus der großen Nachbarn zu schützen, ging damit nicht unter. Davon zeugt etwa die Durchsetzung des Jugoslawismus-Programms und die Zusammenführung der westbalkanischen Slawen in einem Staat, die nach den kurz vor dem Krieg formulierten Plänen eines Teiles der kroatischen Führung sogar Bulgarien einbeziehen sollte – in einer losen Verbindung mit Habsburg oder als eine große südslawische Föderation für sich.⁴⁸ Für die galizischen Polen bot scheinbar ein aus allen Teilungsgebieten bestehender polnischer Nationalstaat, an dessen Großmachtpotentiale auch damals fest geglaubt wurde, einen sicheren Ausweg, ähnlich wie der erweiterte rumänische Nationalstaat für die Rumänen aus Siebenbürgen und anderen Teilen Ungarns oder die ukrainophilen beziehungsweise russophilen Optionen für die galizischen Ruthenen. Sogar die Tschechen suchten eine breitere Verankerung, und zwar weit über den Rahmen des Tschechoslowakismus hinaus: Der spätere Gründungspräsident Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937) entwarf noch während des Krieges (1915) das Projekt koordinierter Staatsbildungen der Tschechoslowaken und der Südslawen, deren Gebiete durch einen breiten territorialen Verbindungskorridor über Westungarn ermöglicht werden

48 Suppan, Die Kroaten (wie Anm. 33), S. 729.

sollte. Der sogenannte Tschechische Korridor in einer reduzierten Form, der die Tschechoslowakei mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen von Bratislava ungefähr durch das heutige Burgenland nach Maribor verbinden sollte, wurde dann tatsächlich bei den Pariser Friedensverhandlungen diskutiert – und verworfen.⁴⁹ Auch die wiederholten Projekte einer tschechoslowakisch-polnischen Konföderation aus der Zwischenkriegszeit und der Zeit des Zweiten Weltkriegs⁵⁰ machen deutlich: Die Monarchie war weg, aber es wurde nach neuen Entitäten gesucht, die ihre unerfüllte Mission übernehmen würden. Neben dem „notwendigen Schaffen Österreichs“ gibt es auch ein anderes Bonmot von Palacký, das zur Floskel wurde: „Wir [die Slawen] waren vor Österreich, wir werden auch nach ihm sein.“ Eine notwendige Suche nach dem „Wie“ hat Palacký in seine Äußerung sinngemäß einbezogen.⁵¹

Sehen wir auf die – sicher etwas inkohärente und fluide – Programmatik der Sprecher der nichtdominanten Kulturnationen bezüglich der Rolle und der Zukunft der Monarchie, lassen sich zusammenfassend starke Züge einer imperialen Staatsbildung konstatieren: Die Monarchie sollte über den Rahmen regionaler, historischer und nationaler Einheiten hinaus gehen und diese integrieren. Dazu wurde ihr auch eine gewisse Expansionskomponente zuerkannt. Diese Position war aber begleitet von der erkannten Notwendigkeit einer Ausbalancierung von verschiedenen Interessen nach außen und nach innen – es wäre ein Thema für sich, zu zeigen, wie stark in Österreich zwischen 1848 und 1914 die grundsätzlichen Fragen in den Kategorien des ‚Ausgleichs‘ behandelt und diskutiert wurden und wie sie in der politischen, kulturellen und sozialen Praxis nach 1918 weiterlebten.⁵² Zudem sollte die Monarchie nach wie vor einen multiethnischen, multikulturellen, vielsprachigen und multikonfessionellen Charakter haben und diesen noch verstärken. Durch den Umbau ihrer inneren Organisation sollten Strukturen nach innen geschaffen werden, die eine differenzierende und zugleich eine integrierende Funktion hätten. Einem solchen Imperium wurde eindeutig eine Mission, eine leitende Idee zugrunde gelegt. Österreich-Ungarn sollte zum Imperium seiner Völker werden.

Zuletzt, quasi als Epilog, noch eine Bemerkung: Die Imperien zeichnen sich meist durch eine lange anhaltende Wirkungsgeschichte aus,⁵³ sie werden zum

49 Vgl. z. B. Arnold Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld* (Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts, 14), Wien 1996, S. 563–564.

50 Zultzt Michał Przeperski, *Nieznośny ciężar braterstwa. Konflikty polsko-czeskie w XX wieku*, Krakau 2016, S. 337–355.

51 Palacký, *Österreichs Staatsidee* (wie Anm. 19), S. 77.

52 Einen inspirativen, aber provokativen Einstieg in solche Überlegungen bietet Jiří Gruša, *Beneš als Österreicher. Ein Essay*, Klagenfurt 2012.

53 Gehler/Rollinger, *Imperien und Reiche* (wie Anm. 6).

Referenzpunkt späterer Legitimationen und Idealisierungen. Dies schien das Habsburgerreich lange eher nicht zu betreffen, doch der Erinnerungsboom, der nach 1989 ausbrach und so gut wie alle Nachfolgestaaten und Regionen voll erfasste, hat die Situation geändert. In Abgrenzung zu den großen nationalen Konflikten der Moderne hat man nun das angeblich friedliche Zusammenleben in einem multikulturellen Umfeld idealisiert, als dessen urbanes Sinnbild Prager, Wiener, Triester, Czernowitzer oder Lemberger Kaffeehäuser und Konditoreien und die galizische Landschaft stilisiert wurden – aus dem ‚Völkerkerker‘ Österreich-Ungarn wurde ein wahres Kakanien-Arkadien, das sich zur literarischen Mythisierung ebenso wie zur touristischen Vermarktung anbot. Die erwähnte Entdeckung der Habsburgermonarchie als einer Vor-EU fiel nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn auf guten Nährboden. Der Zerfall Jugoslawiens und der Tschechoslowakei rief sogar die alten Gedanken über die Unmöglichkeit einer völlig selbständigen sicheren Existenz ohne Schutz gegen die äußeren Bedrohungen zurück – die Geschichte des 20. Jahrhunderts schien dies für manche im Rückblick zu bestätigen. Der Zerfall von Staaten, die sich einst gegen die Habsburgermonarchie legitimierten, öffnete für diese Überzeugung neuen Raum, sie bot sich daher auch als Legitimation für den NATO- und EU-Beitritt, und in der Ukraine immerhin für eine prowestliche Orientierung dieses Landes sowie für die ‚okzidentale‘ Identitätskultur im ukrainischen Teil des ehemaligen Galiziens an.⁵⁴ Lebt also die Habsburgermonarchie als eine Ur-Union in Mitteleuropa weiter – gerade in Hass und Liebe, die sich hier verbinden? „Aber das ist eine andere Geschichte und soll ein andermal erzählt werden“ (Michael Ende).

54 Mit interessanten Visualisierungen: Jacek Purchla (Hg.), Mit Galicji, [Katalog zu den Ausstellungen im Centrum Kultury w Krakowie, 09.10.2014–08.03.2015, und im Wien Museum, 25.03.–30.08.2015], Krakau 2014.

(Post-)Kolonialismus in ‚Kakanien‘. Einige abschließende Überlegungen unter besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas, 1878–1918

„While historians such as Oscar Jászi and Ferenc Eckhardt argued that the eastern and southeastern regions of the Habsburg Empire functioned as internal colonies for Austro-Germans and, in part, for Hungarians, postcolonial critics have rarely considered Austria-Hungary as a case of colonialism. [...] While the paradigms developed for the British and French Empires might not be applicable to the Habsburg Empire, they are defined in terms of the East-versus-West distinction that was also at the core of the Habsburg expansion to the East. Just like the British and the French colonizers, the Habsburgs had a *mission civilatrice* in the ‚barbaric‘ East. [...] Unlike the British and French rule in Africa, Asia, and Latin America, however, the Habsburgs’ rule was not characterized by terror and massacre, nor was the conflict colonizer-versus-colonized always spelled out in racial terms.“¹

Auch hinter kritischen Bestimmungen der k. u. k.-Monarchie auf der Landkarte des internationalen Kolonialismus um 1900 wie dieser hier schimmert immer wieder nolens volens schemenhaft der „habsburgische Mythos“ (Claudio Magris) durch. Zu lange ist das Credo einer Habsburg-Historiografie der alten Schule immer wieder mantrahaft wiederholt worden: dass nämlich Österreich-Ungarn über andere (sanftere?) Herrschaftstechniken als die anderen großen Imperien um 1900 verfügte und als klassische Landmacht schon gar nicht Kolonien besaß. Doch ist letztere These tatsächlich immer noch aufrecht zu erhalten? Aus der oben zitierten Passage aus dem Jahr 2001 – erschienen zeitgleich mit den

1 Valentina Glajar, From ‚Halb-Asien‘ to Europe. Contrasting Representations of Austrian Bukovina, in: *Modern Austrian Literature* 34/1–2 (2001), S. 15–35. Die Autorin bezieht sich u. a. auf Oscar Jászi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Studies in the Making of Citizens), Chicago 1929; Ferenc Eckhardt, *A bécsi udvar gazdaságpolitikája Magyarországon 1780–1815*, Budapest 1958 [zuerst 1922], sowie Katherine Arens, *Central Europe and the Nationalist Paradigm*, in: *Working Papers of the Center for Austrian Studies* 96/1 (1996) URL: <<http://hdl.handle.net/11299/90604>> (zuletzt aufgerufen am 03.04.2019).

Gründungsakten unseres informellen Forschungsnetzwerks *Kakanien revisited*² – klingt zumindest Ambiguität durch.

In meinem 2018 erschienenen Buch *Habsburgs ‚Dark Continent‘. Postkoloniale Lektüren zur imperialen österreichischen Literatur und Kultur im langen 19. Jahrhundert*³ gehe ich davon aus, dass es auch unabhängig davon, wie man zu den Begrifflichkeiten steht, in diesem Textkorpus mal unterschwellig, mal explizit etwas gibt, das Sylvane Leprun „l’imaginaire coloniale“⁴ und Susanne Zantop „colonial fantasies“ genannt hat:⁵ Bilderwelten, die auch Ulrich Bach jüngst in seinem Buch *The Tropics of Vienna* anhand des utopischen Schrifttums der Jahrhundertwende (bei Leopold Sacher-Masoch, Theodor Herzl, Theodor Hertzka, Lazar von Hellenbach, aber auch Robert Müller und Joseph Roth) analysiert hat.⁶

In meiner Monografie wird nun die Existenz eines Krypto-Kolonialismus in der k. u. k.-Kultur von 1815–1914 anhand von vier Fallstudien verdeutlicht werden:

- (1.) Grillparzers Argonauten-Trilogie *Das Goldene Vließ* (1818–1820), die ich als quasi-koloniale Odyssee durch das alte Österreich und seine ethnischen Differenzen lese, wobei die Tagebücher als Vergleichsmenge des Autors herangezogen werden.
- (2.) Peter Altenbergs Skizzenbuch *Ashantee* (1897), das anlässlich einer sogenannten Völkerschau in Wien entstanden ist und antikoloniales Engagement mit unterschwelliger Erotik in eine merkwürdige wie auch unangenehme Spannung versetzt.
- (3.) Alfred Kubins fantastischen Abenteuerroman *Die Andere Seite* von 1909, den ich als Staatssatire auf Österreich-Ungarns mit stark kolonialen Zügen interpretiere.
- (4.) Meine letzte Fallstudie schließlich hebt auf das 40-jährige habsburgische Intermezzo in Bosnien-Herzegowina ab, das im Sommer und Herbst 1878 von k. u. k.-Truppen besetzt wurde.

2 Vgl. Wolfgang Müller-Funk/Peter Plener/Clemens Ruthner (Hg.), *Kakanien revisited. Das Fremde und das Eigene (in) der österreichisch-ungarischen Monarchie (Kultur, Herrschaft, Differenz, 1)*, Tübingen 2002.

3 Clemens Ruthner, *Habsburgs ‚Dark Continent‘. Postkoloniale Lektüren zur imperialen österreichischen Literatur und Kultur im langen 19. Jahrhundert (Kultur – Herrschaft – Differenz, 23)*, Tübingen 2018.

4 Sylvane Leprun, *Le théâtre des colonies. Scénographie, acteurs et discours de l’imaginaire dans les expositions, 1855–1937*, Paris 1986.

5 Susanne Zantop, *Colonial Fantasies. Conquest, Family, and Nation in Precolonial Germany, 1770–1870 (Post-Contemporary Interventions)*, Durham 1997, S. 2.

6 Ulrich E. Bach, *The Tropics of Vienna. Colonial Utopias of the Habsburg Empire (Austrian and Habsburg Studies, 19)*, New York 2016.

Die koloniale Klangfarbe dieser letzten Expansionsbewegung Österreich-Ungarns ist bereits im Zweiten Weltkrieg, als das Zeitalter der Dekolonisierung gerade noch nicht begonnen hatte, einem renommierten Historiker aus Cambridge, nämlich A. J. P. Taylor, aufgefallen; in seinem Klassiker *The Habsburg Monarchy 1809–1918* (Erstausgabe 1941) schreibt er:

„The two provinces were the ‚white man’s burden‘ [!] of Austria-Hungary. While other European Powers sought colonies in Africa for the purpose, the Habsburg Monarchy exported to Bosnia and Hercegovina its surplus intellectual production – administrators, road builders, archeologists, ethnographers, and even remittance-men. The two provinces received all benefits of Imperial rule: ponderous public buildings; model barracks for the army of occupation; banks, hotels, and cafés; a good water supply for the centres of administration and for the country resorts where the administrators and army officers recovered from the burden of Empire. The real achievement of Austria-Hungary was not on show: when the Empire fell in 1918, 88 per cent of the population was still illiterate.“⁷

Die Historiografie beider Jugoslawien hat in der Nachfolge des k. u. k.-Zeitzeugen Vladimir Čorović⁸ diesen polemischen Kolonialismus-Vorwurf öfters wiederholt; Robert A. Kann hingegen weist ihn 1976 entschieden zurück:

„The thesis put before us, namely that the administration of Bosnia-Herzegovina represented trends of colonialism, is highly problematical. We must first ask whether the concept of colonialism, commonly understood as the rule of European powers over native colored people on other continents, can be transferred to a master-subject relation within Europe, pointing to a system of colonial administration and exploitation of whites by whites.“⁹

Der prominente austro-amerikanische Historiker betätigt sich hier in einer zeitgenössischen Debatte um eine ‚innere‘ europäische Kolonisation in Anschluss an Michael Hechters Buch über den *Celtic Fringe* Großbritanniens (1975) als Apologet habsburgischer Politik.¹⁰ Für Kann konstituiert Kolonialismus „the unholy trinity of imperialism, capitalist exploitation, and oppression on racial grounds, all of them imposed by force“;¹¹ auf dieser Grundlage weist er die

7 A. J. P. Taylor, *The Habsburg Monarchy 1809–1918. A History of the Austrian Empire and Austria-Hungary*, Harmondsworth 1990 [zuerst 1941], S. 166.

8 Vladimir Čorović, *Bosna i Hercegovina* (Poučnik. Srpska Književna Zadruga, 1), Belgrad 1925.

9 Robert A. Kann, *Trends Towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878–1918. The Case of Bosnia-Herzegovina, 1878–1914*, in: Don Karl Rowney/G. Edward Orchard (Hg.), *Russian and Slavonic History*, Columbus 1977, S. 164–180, hier S. 164.

10 Vgl. Michael Hechter, *Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development, 1536–1966*, London 1975; zur Diskussion siehe etwa Hans Heinrich Nolte/Klaas Bähre (Hg.), *Innere Peripherien in Ost und West* (Historische Mitteilungen, Beiheft, 42), Stuttgart 2001.

11 Kann, *Trends Towards Colonialism in the Habsburg Empire* (wie Anm. 9), S. 164.

kritische Anwendung dieses Paradigmas auf Bosnien-Herzegowina zurück, auch wenn seine Argumente kaum geeignet sind, heutige Leser nach dem *postcolonial turn* in den Kulturwissenschaften zu überzeugen. Die These kolonialer Ersatzhandlungen Österreich-Ungarns auf dem Balkan scheint sich also durchgesetzt zu haben.

So formuliert Pieter Judson 2016 in seiner *New History* des Habsburgerreichs eine Passage, die rhetorische Züge wie den Hang zur Aufzählung durchaus mit Taylor teilt, nicht unbedingt aber deren Polemik – und dabei hinter der Kolonie das *Imperium* als Konzept nicht aus dem Auge verliert:

„At the end of the 1870s [...], Austria-Hungary became a colonial power by occupying a piece of Ottoman territory. The resulting thirty-year occupation of Bosnia-Herzegovina provided bureaucrats, ideologists, map makers, technicians of all kinds, teachers, and priests (among others) an unparalleled opportunity to realize Austria-Hungary's new civilizing mission in Europe. At the same time, Austria-Hungary's experience of occupying Bosnia-Herzegovina created a consensus around the liberal civilizational concepts of empire long after the liberal movement itself had faded into political obscurity.“¹²

In diesen (wenn auch wenig erfolgreichen?) k. u. k.-Interventionen – vor allem jener Fremdformatierung der bosnisch-herzegowinischen Menschen durch die habsburgische Verwaltung und anderen Maßnahmen – sehe auch ich einen österreichischen Quasi-Kolonialismus am Werk, der den internationalen Wettlauf um Kolonien nachholt, den Österreich-Ungarn als traditionelle Landmacht verschlafen hat, kurz bevor jener *Scramble for Africa* seinen vorläufigen Abschluss mit der Berliner Kongo-Konferenz von 1884 findet. Die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus-Begriff in Bezug auf Bosnien-Herzegowina findet sich ja auch bereits in zeitgenössischen Quellen¹³ und wird – wie eben skizziert wurde –, auch in der historiografischen Diskussion immer wieder aufgenommen.

Will man nun aus kritisch-heuristischen Gründen – das heißt über eine affirmative oder polemische Verwendung als Topos hinaus – Bosnien-Herzegowina als k. u. k.-Quasi-Kolonie verstehen, empfiehlt sich in Ergänzung zu den in einem früheren Aufsatz¹⁴ diskutierten Positionen eine Ausarbeitung spezifi-

12 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016, S. 329.

13 Vgl. etwa die Belege bei Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900), Frankfurt am Main 2001, S. 237f.

14 Vgl. Clemens Ruthner, ‚K. u. k. Kolonialismus‘ als Befund, Befindlichkeit und Metapher. Versuch einer weiteren Klärung, in: Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky (Hg.), *Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis* (Gedächtnis – Erinnerung – Identität, 2), Innsbruck 2003, S. 111–128, URL: <www.kakanien.ac.at/beitr/theorie/CRuthner3.pdf> (zuletzt aufgerufen am 12.01.2018).

scherer Bestimmungen des Kolonialismus als Dispositiv¹⁵ im Sinne Foucaults. Daraus können in einem zweiten Schritt Kategorien entwickelt werden, mit der sich die ‚koloniale Situation‘ auf dem Westbalkan 1878–1918 beschreiben lässt, um abschließend auf den nur scheinbaren Gegensatz von ‚Post/Kolonialismus‘ und ‚post/imperial‘ zurückzukommen. Meine programmatische Skizzenhaftigkeit ist dem Platzmangel geschuldet; trotzdem soll versucht werden, meine langjährigen Überlegungen zum Thema zu einem konklusiven Abschluss zu bringen.

Theoretische (Re-)Fokussierung des Kolonialismus-Begriffs

Schon 1951, zu jener Zeit also, als der europäische Kolonialismus gerade in Umbruch und Auflösung begriffen war, hat der französische Sozialanthropologe Georges Balandier in einem richtungsweisenden Aufsatz die „situation coloniale“¹⁶ wie folgt beschrieben:

- (1.) „the domination imposed by a foreign minority, racially (or ethnically) and culturally different, acting in the name of a racial (or ethnic) and cultural superiority dogmatically affirmed“;
- (2.) „this domination linking radically different civilisations into some form of relationship“: „a mechanized, industrialized society with a powerful society, a fast tempo of life, and a Christian background, imposing itself on a non-industrialized, ‚backward‘ society“;
- (3.) „the fundamentally antagonistic character of the relationship between the two societies“, das heißt der Kolonialmacht/dem Mutterland und den Untertanen in der Kolonie;
- (4.) „the need, in maintaining this domination, not only to resort to force, but also a system of pseudo-justification“, das heißt zum Beispiel die Supponierung rassistischer Ungleichheit und die *mission civilatrice*.¹⁷

15 Vgl. Michael Mann, Das Gewaltdispositiv des modernen Kolonialismus, in: Mihran Dabag/Horst Gründer/Uwe-K. Ketelsen (Hg.), Kolonialismus. Kolonialdiskurs und Genozid (Genozid und Gedächtnis), München 2004, S. 111–133, hier S. 116ff.; Michel Foucault, Dits et écrits 1954–1988 (Bibliothèque des sciences humaines), Bd. 3: 1976–1979, hg. von Daniel Defert/François Ewald, Paris 1994, S. 299ff.

16 Georges Balandier, The Colonial Situation. A Theoretical Approach, in: Immanuel Wallerstein (Hg.), Social Change. The Colonial Situation, New York 1966, S. 34–81, hier S. 38.

17 Balandier, The Colonial Situation (wie Anm. 16), S. 54f. Die eminent wichtige Rolle legitimatorischer Diskurse wie z. B. der ‚rassistischen‘ Ungleichheit und der *mission civilatrice* haben neben Balandier auch etliche andere Forscher/innen herausgestrichen, vgl. Harald Fischer-Tiné/Michael Mann, Colonialism as Civilizing Mission. Cultural Ideology in British India (Anthem South Asian Studies), London 2004; Boris Barth/Jürgen Osterhammel (Hg.), Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert (Historische Kulturwissenschaft, 6), Konstanz 2005.

D. K. Fieldhouse wiederum hat in seiner Studie zum internationalen Imperialismus als Kolonialismus von 1981, die sich als Alternative zu marxistischer Theoriebildung versteht, folgende Schwerpunkte herausgearbeitet, um das Phänomen zu fassen: die juristische Basis, die essentiellen inneren Widersprüche der Kolonialherrschaft, schließlich ihre Institutionen und national verschiedenen Herrschaftssysteme; sein Buch schließt mit einer Beschreibung der kolonialen Wirtschaft und ihres Erbes, die sie in den beherrschten Gebieten zurückgelassen hat.¹⁸

Diese Schwerpunkte lassen sich durchaus mit etlichen Detailbeobachtungen vernetzen, die sich in Balandiers Text – der sich auch als zeitgenössischer Forschungsbericht versteht – finden:¹⁹

- „the pacification [...] with respect to the [own] interests of the western powers“ (S. 36);
- „economic exploitation [...] based on the seizure of political power“ (S. 37);
- „the ideologies used to justify colonialism“ (S. 39);
- „the color line, political dependency, virtual non-existing ‚social‘ benefits, the lack of contact between natives and the ‚dominant caste‘“ (S. 38);
- „Colonial policy is the child of industrial policy“ (S. 40): „the quest for raw materials“ – deren Ausbeutung und Einfuhr-Ausfuhr weitgehend in den Händen der Kolonialmacht bleibt (S. 41);
- „property dispossession“ (S. 41);
- „proletarianization“ und „de-tribalization of the indigenous people“ (S. 42);
- „significant patterns of culture-change“ (S. 43);
- „the role of the judicial and administrative apparatus charged with maintaining this domination“ (S. 44);
- „the arbitrariness of the colonial boundaries and administrative divisions“ (S. 44);
- „juxtaposing incompatible or antagonistic ethnic groups“ (S. 45) und die Schaffung von „plural societies“ (S. 45), die „not perfectly homogenous“ sind (S. 48);²⁰
- „the European minority exercises its influence over the native population with a force disproportionate to its numbers“ (S. 45);

18 Vgl. David K. Fieldhouse, *Colonialism 1870–1945. An Introduction*, London 1981, S. 16. Die äußerst problematischen Schlussfolgerungen, die Fieldhouse als liberaler Apologet des Kolonialismus zog (vgl. Fieldhouse, *Colonialism 1870–1945*, S. 48ff.) – nämlich, dass dieser unumgänglich gewesen wäre und dass ohne diesen sich die Staaten der Dritten Welt sich noch schlechter entwickelt hätten – bleiben freilich dezidiert aus der folgenden Argumentation ausgeschlossen.

19 Vgl. Balandier, *The Colonial Situation* (wie Anm. 16), S. 51–108. Konkrete Seitennachweise erfolgen in der Auflistung.

20 Balandier spricht hier – in unseren Zusammenhang nicht uninteressant – von einer „Balkanization“ (Balandier, *The Colonial Situation* (wie Anm. 16), S. 48).

- eine „middle class“ entsandt in die Kolonien mit einer „notion of heroic character“ (S. 47);
- der „recourse to stereotypes“ (48) und die „racist foundation“ kolonialer Herrschaft (S. 50);
- „the spirit of *Divide et impera* as maxim of colonial rule“ (S. 50);
- „colonial societies being both traditionalist and modernist“ – „that particular state of ambiguity noted by several observers“ (S. 53) und
- „crises marking the stages of the so-called process of ‚evolution‘“ (S. 56).

Auf Zentraleuropa abhebend diskutierte auch der Sammelband *Eigene und andere Fremde* (2005), der im Dunstkreis unseres postkakanischen Netzwerks entstand, die Begrifflichkeit des Kolonialismus und seiner Ausprägungen. In Hinblick auf eine Anwendung jener Begrifflichkeit auf die Habsburger Monarchie vom 18. bis zum 20. Jahrhundert beziehungsweise die Sowjetunion und die sozialistischen Länder im 20. Jahrhundert sah die in Frankreich lebende kroatische Philosophin Rada Ivekovic etwa in einer Kolonie ein „brutal ausgebeutetes“, „nicht-souveränes Land“, dessen Bevölkerung von unterschiedlicher Herkunft und „hinsichtlich der Ordnung der Körper, der Staatsbürgerschaft, der Freiheit und Rechte untergeordnet“ sei; die Ausbeutung der kolonialen Peripherie trage zur Entwicklung des Kapitalismus im imperialen Zentrum bei.²¹ Wolfgang Müller-Funk und Birgit Wagner wiederum zählten in Anschluss an Hannah Arendts Imperialismus-Buch²² folgende auch für eine binneneuropäische Verwendung des Kolonialismus-Begriffs relevanten Kategorien auf: die „systematische und gewaltsame Landnahme“, die „weitgehende Rechtlosigkeit der verbliebenen“ autochthonen Bevölkerung, der „Import europäischer Menschen“, die „Einführung der eigenen Kultur“ („in Technik, Verwaltung, Sprache, Gesetzgebung, Schulsystem, Ökonomie“) sowie die „Ausbeutung des kolonialen Reichtums“.²³

21 Rada Ivekovic, Die Spaltung der Vernunft und der postkoloniale Gegenschlag, in: Wolfgang Müller-Funk/Birgit Wagner (Hg.), *Eigene und andere Fremde. ‚Postkoloniale‘ Konflikte im europäischen Kontext* (Kultur.Wissenschaften, 8.4), Wien 2005, S. 48–64, hier S. 57 f.

22 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, [englischsprachige Originalausgabe 1951], Frankfurt am Main 1955.

23 Wolfgang Müller-Funk/Birgit Wagner, Diskurse des Postkolonialen, in: dies. (Hg.), *Eigene und andere Fremde* (wie Anm. 21), S. 9–27, hier S. 11 f.

Koloniale Beschreibungskategorien für Bosnien-Herzegowina, 1878–1918

Aus der im vorangegangenen Abschnitt zusammengefassten Kurzphänomenologie des Kolonialismus heraus können neun Parameter formuliert werden, die es meines Erachtens zulassen, Bosnien-Herzegowina als das einzige unter den k. u. k.-Territorien anzusehen, das unpolemisch und ohne allzu viel begriffliche Überspanntheit als Kolonie bezeichnet werden kann (wobei freilich auch zu fragen wäre, ob nicht auch die osmanische Herrschaft schon gewisse koloniale Züge aufwies²⁴):

- (1.) Die militärische Landnahme nach einer Mandatzuweisung durch eine internationale Konferenz, nämlich den Berliner Kongress 1878, ist zweifellos eine wichtige Kategorie für eine historisch-sozialwissenschaftliche Einschätzung des Status von Bosnien-Herzegowina; der sogenannte „Occupationsfeldzug“ wird aufgrund seiner Gewalttätigkeit gerne aus dem Narrativ der „Friedens- und Kulturmission“ herausredigiert, mit der das Habsburger Reich gleichsam seine staatliche Idee exportiert.²⁵ Ähnliche Besetzungsmodi kennzeichnen aber auch die koloniale Erwerbung von ‚Schutzgebieten‘ durch die anderen europäischen Mächte etwa im Gefolge der Kongo-Konferenz von Berlin 1884/85.²⁶
- (2.) Der rechtliche Status des Gebiets: In seinen vier ‚kakanischen‘ Jahrzehnten wurde Bosnien-Herzegowina nie ein *Kronland* (wie die regulären Bestandteile des Reichs), sondern blieb *Reichsland(e)*²⁷ (vergleichbar mit dem Statut des 1871 annektierten Elsaß-Lothringen im deutschen Kaiserreich) – eine Art Appendix der Monarchie, der keiner der beiden Reichshälften zugeschlagen wurde, sondern in einer komplizierten Konstruktion via das Gemeinsame Finanzministerium zu beiden gehörte, was zur österreichisch-ungarischen Konkurrenzsituation beitrug und die weitere Ent-

24 Vgl. Monika Albrecht, *Comparative Postcolonial Studies. East-Central and Southeastern Europe as a Postcolonial Space* (Unveröffentlichter Vortrag, gehalten auf der Tagung *Memory and Postcolonial Studies: Synergies and New Directions* an der University of Nottingham (GB), 10.06.2016).

25 Vgl. Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 12), S. 330: „The effective transmission of a civilizing mission to Europe’s East, understood in economic, social, legal, and cultural terms, represented the culmination of a transformed Austrian imperial idea whose role now officially included the export of its work beyond its own borders.“

26 Vgl. Fieldhouse, *Colonialism 1870–1945* (wie Anm. 18), S. 16ff.

27 Dieser Terminus wird häufig in Bezug auf Bosnien-Herzegowina verwendet, etwa bei Moriz Graf Attems, *Bosnien einst und jetzt*, Wien 1913, S. 32; Rudolf Michel, *Fahrten in den Reichslanden. Bilder und Skizzen aus Bosnien und der Hercegovina*, Wien 1912.

wicklung behinderte.²⁸ Eine Folge davon war freilich auch, dass Bosnien-Herzegowina das einzige k. u. k.-Territorium war, das in keinem der beiden Parlamente in Wien und Budapest eine gewählte gesetzliche Vertretung hatte.²⁹ Ein regionaler Landtag (*Sabor*) ebenso wie eine Verfassung für die besetzten Gebiete wurde erst 1910 nach deren Annexion (1908) eingeführt;³⁰ im Parteienzwist wurde diese Volksvertretung jedoch rasch dysfunktional und im Zuge des Ausnahmezustands von 1914 wie auch die anderen k. u. k.-Parlamente wieder geschlossen.³¹

- (3.) *Indirect rule*: Ähnlich wie die britische³² Herrschaft über Indien stützte sich auch die österreichisch-ungarische Besatzungsmacht auf die Reformierbarkeit und Kollaboration existierender autochtoner Eliten, das heißt vornehmlich die Grundherren und andere muslimische Oberschichten.³³ (Dies verhinderte letztlich auch die Durchführung einer dringend nötigen

28 Vgl. Peter F. Sugar, *Industrialization of Bosnia-Herzegovina, 1878–1918*, Seattle 1963, S. 26; vgl. auch Stephan Graf Burián, *Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege*, Berlin 1923, S. 226; zu völkerrechtlichen Aspekten siehe Lothar Classen, *Der völkerrechtliche Status von Bosnien-Herzegowina nach dem Berliner Vertrag vom 13.7.1878* (Rechts- und sozialwissenschaftliche Reihe, 32), Frankfurt am Main 2004.

29 Vgl. Bojan Aleksov, *Habsburg's ‚Colonial Experiment‘ in Bosnia and Herzegovina Revisited*, in: Ulf Brunnbauer/Andreas Helmedach/Stefan Troebst (Hg.), *Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag* (Südosteuropäische Arbeiten, 133), München 2007, S. 201–216, hier S. 203; ein amerikanischer Historiker hat deshalb auch in Anlehnung an die Sowjetunion vorgeschlagen, von einer bosnischen „satrapy“ zu sprechen (William O. McCagg, *The Soviet Union and the Habsburg Empire. Problems of Comparison*, in: Richard L. Rudolph/David F. Good (Hg.), *Nationalism and Empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union*, New York 1992, S. 45–63, hier S. 50f.).

30 Vgl. Dževad Juzbašić, *Die Annexion von Bosnien-Herzegowina und die Probleme bei der Erlassung des Landesstatutes*, in: *Südost-Forschungen* 68 (2009), S. 247–297; zur Annexion vgl. auch Classen, *Der völkerrechtliche Status von Bosnien-Herzegowina* (wie Anm. 28), S. 264ff.

31 Vgl. Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 12), S. 379: „Yet under the new constitutional situation Bosnia existed in a kind of unacknowledged legal limbo“; vgl. auch Musafa Imamović, *Bosnia and Herzegovina. The evolution of its political and legal institutions* (Editio Iuristica), [Aus dem Bosnischen übersetzt], Sarajevo 2006.

32 Vgl. Robin Okey, *Taming Balkan Nationalism. The Habsburg ‚Civilizing Mission‘ in Bosnia, 1878–1914*, Oxford 2007, S. 26f. Es ist freilich davon auszugehen, dass Österreich-Ungarn ohne den Ersten Weltkrieg zu einer stärkeren Eingliederung der beiden Provinzen ins Reich übergegangen und damit eher dem Vorbild der französischen Herrschaft in Algerien gefolgt wäre. Zum Unterschied der britischen ‚indirect rule‘ und der französischen Direktherrschaft vgl. Fieldhouse, *Colonialism 1870–1945* (wie Anm. 18), S. 29ff. und 36ff.

33 So äußert sich etwa ein prominenter deutscher Sozialdemokrat retrospektiv äußerst kritisch: „Den [...] Oesterreichern lag vielleicht gar nichts daran, das Morgenland zurückzudrängen. Sie stützten sich ja, weil es am kommodsten war, auf die islamische Herrschicht der Begs“ (Hermann Wendel, *Von Belgrad bis Bucari. Eine unphilosophische Reise durch Westserbien, Bosnien, Hercegovina Montenegro und Dalmatien*, Frankfurt am Main 1922, S. 44); vgl. auch Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns* (wie Anm. 13), S. 240.

Landreform,³⁴ was zur Frustration der mehrheitlich christlichen Landbevölkerung beitrug, die gerade in dieser Frage ihre einschlägige Hoffnung in die neue k. u. k.-Herrschaft gesetzt hatte.)³⁵

- (4.) Administrative Bevormundung: Österreich-Ungarn setzte eine von außen kommende,³⁶ ausufernde und paternalistisch³⁷ agierende Zivilverwaltung ein, die auch in ihren unteren Rängen örtliche Bewerber diskriminierte, insbesondere, wenn es sich um Serben oder Muslime handelte.³⁸ Die mittlerweile teilweise edierten Akten der k. u. k.-Landesregierung lassen einen Einblick auf das gepflogene *micro-management* zu, das in alle Belange des gesellschaftlichen Lebens eingriff und sich Detailfragen widmete, ob beispielsweise der Name für einen örtlichen Amateurchor zulässig sei oder nicht. Diese zivilisatorischen Errungenschaften werden freilich durch wiederholte Korruptionsvorwürfe konterkariert, die vor allem in ausländischer diplomatischer Korrespondenz erhoben wurden und ein anderes Bild als das jener selbst zugeschriebenen „Kulturmission“ zeichnen.³⁹ Ähnliches gilt für die Beobachtung des Zeitzeugen Hermann Wendel über das finanzielle Missverhältnis zwischen Exekutivgewalt und *soft power*: Er moniert es als „k. und k. Beitrag zur Relativitätstheorie“, dass ein Schulleiter in Bosnien weniger verdiene als ein Gendarmerie-Wachtmeister und generell mehr Mittel für Polizei als für Bildung aufgewendet würden.⁴⁰ Für

34 Vgl. Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns (wie Anm. 13), S. 241f., und Aleksov, Habsburg's 'Colonial Experiment' in Bosnia and Herzegovina Revisited (wie Anm. 29), S. 209. Erst 1911 wurde die Kmetenfrage dahingehend – schleppend – gelöst, dass man den abhängigen Landpächtern ermöglichte, sich durch ein neues Bodenkreditsystem von ihren Grundherren freizukaufen (vgl. Burián, Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung (wie Anm. 28), S. 227); auf diese Weise hätte eine Neuordnung der Besitzverhältnisse allerdings etliche Jahrzehnte gedauert, wenn nicht diese Entwicklung ohnehin durch den Ersten Weltkrieg obsolet geworden wäre.

35 Vgl. etwa Sugar, Industrialization of Bosnia-Herzegovina (wie Anm. 28), S. 33ff.

36 Im Vergleich mit der osmanischen Zeit nahm die Anzahl der mit der Verwaltung betrauten Landesbeamten von 120 bis 1908 auf rund 9.500 zu (Mark Pinson, The Muslims of Bosnia-Herzegovina. Their Historic Development from the Middle Ages to the Dissolution of Yugoslavia (Harvard Middle Eastern Monographs, 28), Cambridge 1994, S. 119f; vgl. Sugar, Industrialization of Bosnia-Herzegovina (wie Anm. 28), S. 29).

37 Vgl. Fieldhouse, Colonialism 1870–1945 (wie Anm. 18), S. 43 (über die Zivilverwaltungen der europäischen Kolonialmächte): „most seem to have fallen back on a benevolently conservative paternalism“.

38 1904 waren nur 26,5 % aller in der Verwaltung Bosnien tätigen Beamten auch dort geboren, die Mehrheit davon katholisch, lediglich 3 % serbisch-orthodox bzw. 5 % muslimisch (vgl. Stevan K. Pavlowitch, A History of the Balkans, 1804–1945, London 1999, S. 117; Vladimir Dedijer, History of Yugoslavia, New York 1974, S. 449; Barbara Jelavich, History of the Balkans (The Joint Committee on Eastern Europe Publication Series, 12), 2 Bde., Cambridge 1983, S. 60).

39 Vgl. Sugar, Industrialization of Bosnia-Herzegovina (wie Anm. 28), S. 26, 30f.

40 Wendel, Von Belgrad bis Bucari (wie Anm. 33), S. 60.

die repressive Natur der österreichisch-ungarischen Präsenz und gegen das Narrativ eines „gelungenen Zusammenleben[s]“⁴¹ spricht auch der zunehmende politische Widerstand der autochthonen Bevölkerung gegen die k. u. k.-Herrschaft,⁴² die sich hier durchaus den Vergleich mit „colonial governmentality“⁴³ gefallen lassen muss.

- (5.) Aufbau eines Wissensregime: Typisch für Kolonialmächte auf der ganzen Welt ist im 19. Jahrhundert, dass sie sich auf Datensammlung beziehungsweise Wissensgenerierung über ihre neuen Territorien und Untertanen stützen; dies kreierte eine neue hegemoniale Episteme, die zugleich auch existierende native Diskurse entwertet, überschreibt, sie als altmodischen Aberglauben abstempelt, aber gleichzeitig auch antiquarisch sammelt.⁴⁴ So auch in Bosnien-Herzegowina, wo mit dem von Gouverneur/Finanzminister Benjámín von Kállay 1888 eröffneten Landesmuseum/*Zemaljski muzej* eine zentrale Institution zur Beschaffung von Herrschaftswissen in den Bereichen Natur- und Volkskunde (inklusive Geschichte und Archäologie) eingerichtet wurde;⁴⁵ Kállay versuchte zudem mit Hilfe seines Freundes Lajos von Thallóczy, eine bestimmte Version einer gemeinbosnischen Geschichte (die sich von jener der südslawischen Nachbarländer unterscheidet) zur Legitimation der österreichisch-ungarischen Präsenz in der Region durchzusetzen.⁴⁶ Dahinter lässt sich auch der koloniale Wille zum Wissen beziehungsweise zur kulturellen Beschreibung sehen, „which demonstrates an anxious impulse to insist that colonized people can indeed be rendered interpretable within the language of the colonizer“.⁴⁷
- (6.) (A) Othering of the Other: Während und nach der Invasion wurde die österreichisch-ungarische ‚Kulturmission‘ als diskursives Werkzeug ver-

41 Vgl. Valeria Heuberger/Heinz Illming, *Bosnien-Herzegowina 1878–1918. Alte Ansichten vom gelungenen Zusammenleben*, Wien 1994.

42 Vgl. Okey, *Taming Balkan Nationalism* (wie Anm. 32); Robert J. Donia, *The Proximate Colony. Bosnia-Herzegovina under Austro-Hungarian Rule*, in: Clemens Ruthner/Diana Reynolds-Cordileone/Ursula Reber/Raymond Detrez (Hg.), *Wechselwirkungen. Austria-Hungary, Bosnia-Herzegovina, and the Western Balkans, 1878–1918* (Austrian Culture, 41), New York 2015, S. 67–82; sowie Roberta Donia, *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Herzegovina, 1878–1918* (East European Monographs, 78), New York 1981.

43 Vgl. etwa Umamaheswaran Kalpagam, *Colonial Governmentality and the Public Sphere in India*, in: *Journal of Historical Sociology* 15 (2002), S. 35–58; in Bezug auf Bosnien Aleksov, *Habsburg’s ‚Colonial Experiment‘ in Bosnia Revisited* (wie Anm. 29), S. 205.

44 Vgl. Ann Laura Stoler/Frederick Cooper, *Between Metropole and Colony. Rethinking a Research Agenda*, in: dies. (Hg.), *Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World*, Berkeley 1997, S. 1–56, hier S. 15ff.

45 Vgl. Donia *The Proximate Colony* (wie Anm. 42), S. 77; Aleksov, *Habsburg’s ‚Colonial Experiment‘ in Bosnia Revisited* (wie Anm. 29), S. 202.

46 Vgl. etwa Donia, *The Proximate Colony* (wie Anm. 42), S. 75ff.

47 Sara Suleri, *The Rhetoric of English India*, Chicago 1992, S. 7.

wendet, um zu rechtfertigen, dass die Herrschaft weniger demokratisch war als im Mutterland (siehe oben) und die Bosnier/innen dadurch zu k. u. k.-Bürger/innen zweiter Klasse wurden. Um wiederum die österreichisch-ungarische *mission civilatrice* zu legitimieren, wurden die in Bosnien-Herzegowina lebenden Menschen im Rahmen eines Populär-Orientalismus⁴⁸ als das Fremde imaginiert, das der Zivilisierung bedarf – wobei man sie genauso gut auch als eine Erweiterung von bereits auf dem Gebiet der Monarchie lebenden Volksgruppen hätte ansehen können. Dies schafft eine kulturelle Hierarchie von Stereotypen – Ressourcen, die auch in zahlreichen literarischen und nicht-literarischen Texten bearbeitet werden: „Just as imperialists ‚administer‘ the resources of the conquered country, colonialist discourse ‚commodifies‘ the native into a stereotyped object and uses him as a ‚resource‘ for colonialist fiction“.⁴⁹

- (6.) (B) Identitätspolitik: In den fünfundzwanzig Jahren, die der Gemeinsame k. u. k.-Finanzminister Kállay den besetzten Gebieten vorstand, versuchte er ihnen eine aus der mittelalterlichen Geschichte (siehe oben) bezogene gemeinsame ‚bosnische Identität‘ (*Bošnjastvo*)⁵⁰ aufzuerlegen, um dadurch auf einer symbolischen Gemeinschaftsebene die politischen Partikularbewegungen der Muslime, Orthodoxen und Katholiken zu bekämpfen: *Identity Politics*, wie sie auch als Herrschaftsinstrument aus kolonialen Kontexten außerhalb Europas bekannt ist.⁵¹ Trotzdem arbeitete diese oppressive Herangehensweise eher in die Hände der Nationalisten und vertiefte die bestehenden kulturellen Differenzen zwischen den drei Bevölkerungsgruppen anstelle sie zum Verschwinden zu bringen; andererseits

48 Vgl. dazu die These eines doppelten bzw. ‚schizophrenen‘ österreichischen Orientalismus, der Bosnien als den (reformierbaren) ‚nahen Orient‘ und das Osmanische als wesensfremden, bedrohlichen, fernen Orient‘ imaginiert, bei Johann Heiss/Johannes Feichtinger, *Uses of Orientalism in the Late 19th-Century Austro-Hungarian Empire*, in: James Hodkinson/John Walker (Hg.), *Deploying Orientalism in Culture and History. From Germany to Central and Eastern Europe* (Studies in German Literature, Linguistics, and Culture), Rochester 2013, S. 148–165; vgl. auch Peter Stachel, *Der koloniale Blick auf Bosnien-Herzegowina in der ethnographischen Populärliteratur der Habsburger Monarchie*, in: Feichtinger/Prutsch/Csáky (Hg.), *Habsburg postcolonial* (wie Anm. 14), S. 259–288; Clemens Ruthner, *Habsburg’s Little Orient. A Post/Colonial Reading of Austrian and German Cultural Narratives on Bosnia-Herzegovina, 1878–1918*, in: *Kakanien revisited*. URL: <<http://www.kakanien-revisited.at/beitr/fallstudie/CRuthner5>> (zuletzt abgerufen am 12.01.2018).

49 Abdul R. JanMohamed, *The Economy of Manichean Allegory. The Function of Racial Difference in Colonialist Literature*, in: Henry Louis Gates Jr. (Hg.), „Race“, *Writing, and Difference*, Chicago 1985, S. 78–106, hier S. 83.

50 Vgl. etwa Aydin Babuna, *The Story of Bošnjastvo*, in: Ruthner/Reynolds-Cordileone/Reber/Detrez (Hg.), *Wechselwirkungen* (wie Anm. 42), S. 123–138.

51 „Empire messes with identity“ (Gayatri Spivak, zit. nach Suleri, *The Rhetoric of English India* (wie Anm. 47), S. 7).

stiftete sie eine taktische Gemeinsamheit im politischen Widerstand gegen den Kolonisator.⁵²

- (7.) Wirtschaftliche Erschließung:⁵³ Die offiziell durch die Monarchie auferlegte Beschränkung, dass Bosnien-Herzegowina einerseits durch eine allmächtige Bürokratie regiert wurde, sich andererseits aber aus den Provinzeinnahmen selbst finanzieren sollte, kennt etliche Präzedenzfälle auch bei Kolonialgebieten *sensu stricto*. Paradoxerweise verhinderte aber gerade dies – was gerne von Habsburg-Nostalgikern ins Feld geführt wird – eine kapitalistische Ausbeutung der besetzten Gebiete, bis in die letzten Jahre hinein, als privates Kapital in die Region floß und vor allem ungarische Banken eine zunehmende Präsenz als Investoren zeigten. Ebenso wird die infrastrukturelle Erschließung Bosniens (der Bau von rund 2.000 km Straße und 1.000 km Bahnlinien)⁵⁴ als Entlastungsmaterial angeführt – aber dies sind genau die ‚zivilisatorischen Errungenschaften‘, mit denen sich Kolonisatoren auch in anderen Teilen der Welt geschmückt haben. Die einseitige Entwicklung der besetzten Gebiete, die ihre Abhängigkeit zu einem ‚Mutterland‘ eher verstärkt,⁵⁵ sind ebenso typisch für koloniale Regimes dieser Zeit; Evelyn Kolm meint dazu:

„Ein Transfer von Geld und Gütern als Zinszahlung für gewährte Anleihen, Reparierung der Gewinne österr. und ungar. Firmen und Ersatz der Besatzungskosten lassen sich ebenso nachweisen, wie die forcierte Ausbeutung der Rohstoffe Bosniens und der Herzegowina und die damit verbundenen ungünstigen ‚terms of trade‘, die einseitige Ausrichtung des Außenhandels und die Verhinderung des Aufbaus bestimmter Wirtschaftszweige durch die schlagartige Inklusion im gemeinsamen Zollgebiet.“⁵⁶

- (8.) „Laboratory of Modernity“ vs. administrativer Konservatismus: Dient Bosnien-Herzegowina wie auch andere imperiale Peripherien als Experimentierfeld in technologischer wie sozialer Hinsicht (wie z. B. mit dem frühen elektrischen Tramway-System für Sarajevo seit 1885), so steht dieses Phänomen, zu dem sich Vergleichsmengen in anderen europäischen Ko-

52 Vgl. Sugar, *Industrialization of Bosnia-Herzegovina* (wie Anm. 28), S. 26, 30f.

53 Siehe insbes. Sugar, *Industrialization of Bosnia-Herzegovina* (wie Anm. 28); John Lampe/Marvin R. Jackson, *Balkan Economic History, 1550–1950. From Imperial Borderlands to Developing Nation* (Joint Committee on Eastern Europe Publication Series, 10), Bloomington 1982.

54 Vgl. Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 17.

55 Vgl. auch Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns* (wie Anm. 13), S. 247.

56 Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns* (wie Anm. 13), S. 251; vgl. Stoler/Cooper, *Between Metropole and Colony* (wie Anm. 44), S. 19.

lonien finden lassen,⁵⁷ in Widerspruch zum inhärenten Traditionalismus der österreichisch-ungarischen Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen zu bewahren und verbessern, aber nicht fundamental zu ändern (wobei sie dies letztlich dennoch tut): laut Robert Donia eine der zentralen Aporien der k. u. k.-Administration in den besetzten Gebieten.⁵⁸

- (9.) Militärische Ausbeutung: Ähnlich wie dies etwa bei den Gurkha-Einheiten der britischen Armee der Fall ist, begann das k. u. k.-Militär schon früh (1881), bosnisch-herzegowinische Männer für den Kriegsdienst zu rekrutieren; sie wurden in speziellen Infanterieregimentern zusammengefasst, die nie voll in die k. u. k.-Armee integriert, aber doch von und mit deren Offizieren geführt wurden. Auf diese Weise konnte die vermeintliche Grausamkeit des barbarischen Fremden, die angeblich durch die *mission civilatrice* gezähmt worden war, nach Belieben als *human resources* im Kriegsfall eingesetzt werden. Die ‚Bosniaken‘ wurden auf diese Weise ganz nach kolonialem Vorbild Elitetruppen, deren Effizienz sich vor allem an der italienischen Front im Ersten Weltkrieg gleichsam als *self-fulfilling prophecy* bewähren sollte.⁵⁹

Bei all diesen kolonialen Beschreibungskategorien darf freilich nicht außer Acht gelassen werden, dass das Verhältnis zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten wie das zwischen Kolonie und Mutterland ein dynamisches ist, das beide Seiten verändert – nicht nur die Peripherie, sondern auch das Zentrum. Ebenso ist im Rahmen der gesellschaftlichen Transformation in der Kolonie von einem Wechselspiel aus „external“ (allochthonen) und „internal“ (autochthonen) „factors“ „inherent in social structures and subjugated societies“ auszugehen, die das „crude sociological experiment“ namens Kolonialismus ausmachen.⁶⁰ Dieses nimmt notwendigerweise durchaus krisenhafte Züge an, wie Balandier

57 Vgl. Michael Mann, „Torchbearers Upon the Path of progress“. Britain’s Ideology of a „Moral and Material progress“ in India, in: Fischer-Tiné/Mann (Hg.), *Colonialism as Civilizing Mission* (wie Anm. 17), S. 1–26, hier S. 8; Stoler/Cooper, *Between Metropole and Colony* (wie Anm. 44), S. 5.

58 Donia, *The Proximate Colony* (wie Anm. 42), S. 68ff.; ähnlich auch Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jh.* (wie Anm. 54), S. 47, und Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 12), S. 330.

59 Zu diesem Thema vgl. die eher unkritische Monografie von Werner Schachinger, *Die Bosniaken kommen. Elitetruppen in der k. u. k.-Armee*, Graz 1994; des Weiteren Daniela Strigl, *Schneidige Husaren, brave Bosniaken, feige Tschechen. Nationale Mythen und Stereotypen in der k. u. k.-Armee*, in: Endre Hars/Wolfgang Müller-Funk/Ursula Reber/Clemens Ruthner (Hg.), *Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn, 1867–1918* (Kultur – Herrschaft – Differenz, 9), Tübingen 2006, S. 129–144; Zijad Šehić, *Das Militärwesen in Bosnien-Herzegowina 1878–1918*, in: Ruthner/Reynolds-Cordileone/Reber/Detrez (Hg.), *Wechselwirkungen* (wie Anm. 42), S. 139–153.

60 Balandier, *The Colonial Situation* (wie Anm. 16), S. 38.

ausgeführt hat⁶¹ – was vor allem im Kontext der sich zur Jahrhundertwende langsam zuspitzenden politischen Verhältnisse in der Quasi-Kolonie Bosnien-Herzegowina, die zu den Schüssen von Sarajevo 1914 führen sollten, von Bedeutung ist.

Was zusätzlich für die Kolonie-Hypothese spricht, die ich mit Raymond Detrez und Robert Donia teile,⁶² ist, dass ja auch die De-facto-Machtübernahme in anderen Rückzugsgebieten des Osmanischen Reichs wie Ägypten und Tunis durch England beziehungsweise Frankreich international völlig selbstverständlich im Rahmen eines westlichen Kolonialismus gesehen wird. Verschließt man sich dem aufgrund wackeliger und selten hinterfragter Kriterien, wonach Kolonie und Mutterland normalerweise durch eine „große Menge Salzwasser“⁶³ von einander getrennt sind, so hält einen paradoxerweise die eigene imaginäre Geografie, was denn nun Europa sei und was nicht – also letztlich Eurozentrismus! – davon ab, den Kolonialismus der Landmächte Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Osmanen ebenso wie britische Kolonien auf europäischem Boden (Stichwort: Irland) als das anzusehen, was sie letztlich sind.

(Post-)kolonial oder (post-)imperial? Ein Lösungsvorschlag

Parallel zum manifesten kakanischen Ersatzkolonialismus in Bosnien und der Herzegowina zwischen 1878 und 1918 sehen wir im kollektiven politischen Imaginären des habsburgischen Zentraleuropa quasikoloniale und postkoloniale Formen und Fantasien am Werk, die sich nicht nur bis zum heutigen Tag in der Literatur, sondern auch in diversen kulturellen Gebrauchstexten der k. u. k.-Zeit generell niederschlagen. Dies kommt nachgerade paradigmatisch in einem 1889 erschienenen ethnografischen Text eines deutschsprachigen Siebenbürgers mit polnischen Wurzeln, des Sprachwissenschaftlers, Volkskundlers und Tsiganologen Heinrich von Wlislöcki (1856–1907), zum Ausdruck:

„Ziehen wir neben diesem Kastenunterschied [!], der sich auch auf die Jugend erstreckt, noch einen gewissen Hang zum beschaulichen Leben, womöglich ohne Arbeit und Mühe, in Betracht, so dürfen wir uns nicht im geringsten darüber wundern, daß

61 Balandier, *The Colonial Situation* (wie Anm. 16), S. 57: „The history of colonial societies reveals periods during which conflicts are merely latent, when a temporary equilibrium or adjustment has been achieved, and periods during which conflicts rise to the surface.“

62 Vgl. Donia, *The Proximate Colony* (wie Anm. 42); Raymond Detrez, *Colonialism in the Balkans. Historic Realities and Contemporary Perceptions*, in: *Kakanien revisited*. URL: <<http://www.kakanien-revisited.at/beitr/theorie/RDetrez1.pdf>> (zuletzt abgerufen am 12.01.2018).

63 Vgl. Rupert Emerson, *Colonialism*, in: David L. Sills (Hg.), *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 3, New York 1968, S. 1–5, hier S. 1.

der transsilvanische Rumäne sich selten über die allerprimitivsten Lebensverhältnisse emporschwingt; denn wahr bleibt es immerhin, daß ihm der Wahlspruch gilt: Sitzen sei besser als Gehen, Liegen besser als Sitzen, Schlafen besser als Wachen, das Beste von allem aber ist das Essen! Auf diesen unleugbaren Umstand ist daher zurückzuführen die traurige Bemerkung mancher Philoromanen, daß der rumänische Bauer, trotz aller Gleichheit vor dem Gesetze, noch immer in einer ärmlichen Hütte, der magyarische Herr und der sächsische Bürger aber in einer bequemen Stadt- oder Landwohnung lebt. Dieser Hang zu einem beschaulichen Leben muß auch auf seine Intelligenz übertragen werden; er ist begriffstutzig und verhält sich abwehrend gegen jede neue Idee, die man ihm beibringen will.“⁶⁴

Ganz deutlich ist diese Beschreibung durch einen Privatgelehrten keineswegs neutral, sondern insinuiert eine ethnische Hierarchie, wobei den Siebenbürger Sachsen die ‚goldene (bürgerliche) Mitte‘ gegenüber den ‚unzivilisierten‘ rumänischen Bauern und der latent ‚verschwenderischen‘ ungarischen *gentry* zugewiesen wird. Versionen jenes zentralen Topos eines sturen und faulen nativen Primitivismus⁶⁵, der der zivilisierten ‚Anleitung‘ bedarf, finden sich nahezu weltweit – ob es sich nun um Afrikaner/innen, ‚Oriental/innen‘ oder um Finn/innen unter zaristischer Herrschaft handelt.

Zum einen dient dies der Legitimation einer wie auch immer gearteten *mission civilatrice*, die ihrerseits (siehe oben) einen der wirkmächtigsten diskursiven Vorwände für den europäischen Überseekolonialismus darstellte. Zum anderen lässt sich kaum leugnen, dass das Differenzmanagement der Imperien in ihren inneren Peripherien und äußeren Kolonien ähnliche Formen annimmt, ja sich verschränkt. Dient eine ‚koloniale‘ Sichtweise anderer Völker also nur als Vergleich(smenge), wie etwa bei Wlislocki, oder geht es hier um mehr?

Die vorgeschlagene Antwort müsste Ja lauten. Entlang der von Foucault postulierten westlichen Leitdifferenz von Normal/Abnormal⁶⁶ sind die inneren und äußeren Formen der Konstruktion von hierarchischer kultureller Differenz und der damit verbundenen Legitimation eines Herrschaftsgefälles als die beiden Seiten *einer* imperialen Medaille lesbar – oder mit Hans Bayerdörfer formuliert, als groß angelegtes „Erfassungsprojekt des Fremden im Äußern und Inneren der Staaten im 19. Jahrhundert [...] zu politischen, herrschaftstechni-

64 Heinrich von Wlislocki, Aus dem Leben der Siebenbürger Rumänen, in: Rudolf Virchow/Wilhelm Wattenbach (Hg.), Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge, Hamburg 1889/90, S. 579–619, hier S. 603; zu Wlislocki vgl. auch Iulia-Karin Patrut, Wlislocki's Transylvanian ‚Gypsies‘ and the Discourses on Aryanism around 1900, in: *Romani Studies* 17 (2007), S. 181–204.

65 Vgl. dazu das Standardwerk von Marianna Torgovnick, *Gone Primitive. Savage Intellectuals, Modern Lives*, Chicago 1990.

66 Vgl. Michel Foucault, *Abnormal. Lectures at the Collège de France, 1974–1975*, hg. von Valerio Marchetti/Antonella Salomini, [Übersetzung der französischen Originalausgabe 2003], London 2004.

schen und legitimatorischen Zwecken“.⁶⁷ Ebenso hat der Überseekolonialismus Europas im 18. und 19. Jahrhundert deutlich von den internen Kolonisationen auf dem Kontinent gelernt, also z. B. das britische Indien-Projekt von Irland und so weiter. Viel weiter geht indes noch Maria Mies, wenn sie schreibt:

„Europa ist das Ergebnis von Kolonisierungen. [...] es ist das Resultat eines aktiven wie auch passiven Kolonialismus. Diese Verhältnisse betreffen vor allem die Verhältnisse zwischen Mann und Frau, zwischen Stadt und Land, zwischen Mensch und Natur und zwischen Geist und Körper. Kolonialverhältnisse sind dadurch charakterisiert, dass sie hierarchisch und nicht-wechselseitig sind und dass sie letztendlich durch Gewalt aufrechterhalten werden. [...] Kolonialverhältnisse sind die verborgenen Tiefenstrukturen dessen, was wir ‚europäische Zivilisation‘ nennen.“⁶⁸

Ob nun diese Denunziation der Bemächtigungsstruktur in den hierarchischen Dichotomien dieser Identitätskonstruktionen den Begriff des Kolonialismus überdehnt, sei einer weiteren Diskussion überlassen. Wie auch immer diese Debatte ausgeht, bleibt dieser jedoch aus der Perspektive einer historischen Sozial- und Kulturwissenschaft doch eine spezielle Ausprägung imperialer Herrschaft, die damit weiterhin als Oberbegriff fungiert; ähnlich sehe ich auch das Verhältnis von Postkolonialismus und Postimperialismus, nämlich als Dialektik eines *Danach*, eines *Darüber-hinaus*, aber auch eines heimlichen *Fortwirkens*.

Im 19. und 20. Jahrhundert gibt es zwei Reaktionen auf die erwähnte Verschränkung von Differenzzeugung nach Innen und Außen: In nationalstaatlichen Homogenisierungsprojekten, die durchaus auch imperial beziehungsweise imperialistisch betrieben wurden, zum Beispiel im deutschen Kaiserreich und im Königreich Ungarn. Auf der anderen Seite der habsburgischen Gleichung steht das cisleithanische Österreich, das kaum minder zentralistisch allerdings auf Differenzmanagement in einer frühen Form des Multikulturalismus setzt. Beide politischen Lösungsversuche eines epistemisch selbst geschaffenen Problems finden in späteren Staatsprojekten ihre Fortsetzung, wobei die Nationalstaaten lediglich die inneren Differenzen nach außen zu projizieren versuchen – durch Feindbilder und Assimilierungsprojekte, oder im schlimmsten Fall durch Deportation und Völkermord; dies zur Erinnerung, das die meisten der Nationalstaaten in unserer Region keineswegs friedlich, sondern auf den Gräbern unzähliger Opfer errichtet wurden. Das zugrunde liegende Strukturmodell des Eigenen und des Fremden beziehungsweise des Anderen ist indes im Großen

67 Hans P. Bayerdörfer/Bettina Dietz/Frank Heidemann/Paul Hempel, Einleitung, in: dies. (Hg.), *Bilder des Fremden. Mediale Inszenierung von Alterität im 19. Jahrhundert* (Kulturgeschichtliche Perspektiven, 5), Berlin 2007, S. 7–16, hier S. 7.

68 Maria Mies, Über die Notwendigkeit, Europa zu entkolonisieren, in: Claudia von Werlhof/Veronika Bennholdt-Thomsen/Nicholas Faraclas (Hg.), *Subsistenz und Widerstand*, [Übersetzung der englischsprachigen Originalausgabe 2001], Wien 2003, S. 21–28, hier S. 23.

und Ganzen erhalten geblieben. Hinter der kulturellen Produktion von ‚ethnischen‘ beziehungsweise ‚rassischen‘ Differenzen zwischen dem ‚zivilisierten‘ Eigenen und dem latent ‚barbarischen‘ Anderen steckt also eine Rechtfertigungslogik für asymmetrische Machtbeziehungen zwischen Gruppen, die vielleicht besser sozial definiert werden sollten als ‚ethnisch‘ – diese kleine postmarxistische Pointe sei angebracht. Hier sollten wir aber auch selbstkritisch sein und fragen, inwieweit die theoretische Basis der *Cultural Studies*, nämlich Kulturen als eine Serie von zwar konstruierten, letztlich aber doch wirkungsmächtigen Differenzen zu beschreiben, *volens volens* die oben beschriebene imperiale Differenzerzeugung fortsetzt?

In diesem Sinn hat auch eine Gruppe von Forscher/innen rund um den indischen Germanisten Anil Bhatti zu einer kritischen, das heißt nicht-nivellierenden Wiederbelebung des Paradigmas der Ähnlichkeit – anstatt der Differenz – als Grundlage der Kulturwissenschaften aufgerufen; dies auch im Sinne einer philosophischen, ethischen und politischen Überwindung jener wuchernden Erzeugung und Heroisierung von Differenz/en, die in der Moderne die epistemologische Basis für Imperien, Nationalstaaten und Kolonien gleichermaßen ausmachen. Ähnlichkeit sei, wie Bhatti in Anlehnung an Wittgenstein formuliert, „eine ‚Figur des Kontinuierlichen‘, Übergänglichen. Sie bedarf zwar der Markierung von Differenzen, stellt aber nie einen Bruch oder Gegensatz dar.“⁶⁹ Ob in diesem liminalen Zustand sich ein Ausweg auftut – oder ob er als potenzielle Gleichmacherei anzusehen ist, der zu neuen Differenz-Wucherungen führt, soll dahingestellt bleiben, bis sich die Kolleg/innen näher erklärt haben. Beim jetzigen Stand der Dinge ist das Modell noch keine hinlänglich überzeugende Alternative, auf die wir auf unserer – vergeblichen? – Flucht vor dem Selbst und seinem Anderen zählen könnten.

69 Anil Bhatti/Dorothee Kimmich (Hg.), Einleitung, in: dies., *Ähnlichkeit. Ein kulturtheoretisches Paradigma*, Konstanz 2015, S. 7–31, hier S. 14.

Teil II: Krieg und Expansion als imperiale Herausforderung

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Expansion – Zwangsvorstellung oder Kalkül?

Die Debatte um den Kriegsausbruch von 1914, die insbesondere durch Christopher Clarks *Sleepwalkers* angestoßen wurde, hat gezeigt, dass die Bemühungen um eine stärkere Beachtung der Rolle Österreich-Ungarns in der Großmachtspolitik vor dem Ersten Weltkrieg zumindest bei den Historikern im deutschsprachigen Raum nicht gefruchtet haben.¹ Über die Ursachen dieser anhaltenden – wenn auch nur bedingt wohlwollenden – Vernachlässigung ließe sich lange diskutieren, sie erscheint aber nicht nur der germanozentrischen Tendenz der Debattenbeiträge von Kritikern wie Anhängern Clarkes geschuldet zu sein. Vielmehr dürfte sich darin auch eine recht geringe Bereitschaft spiegeln, die imperiale Dimension der Habsburgergeschichte ernst zu nehmen und intensiver zu untersuchen. Die intensive Erforschung von Prozessen der Konstruktion nationaler Identitäten und der damit einhergehenden politischen Instrumentalisierung hat daran nichts geändert. Immerhin sind seit knapp zwei Jahrzehnten die Dimensionen des Binnenkolonialismus beziehungsweise Kontinentalimperialismus gezielt aufgegriffen worden (*Kanien Revisited, Habsburg postcolonial*). Eine Verknüpfung dieser Ansätze mit Analysen internationaler Politik bleibt aber ein Desiderat, vielleicht auch deshalb, weil Außenpolitik und Machtstrukturen wohl, wie beispielsweise Michael Hochedlinger festgestellt hat, nicht zu den Zentralthemen der (österreichischen) Historiographie zählen.²

Für den Workshop, der im Herbst 2015 zur Vorbereitung der Tagung *Österreich-Ungarn und die imperialen Herausforderungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert* stattfand, sollte ich der Frage nach der Notwendigkeit der Expansion nachgehen. Der Workshop führte zu dem Ergebnis, dass angesichts der Forschungsentwicklung der letzten Jahrzehnte insbesondere die Zusammenhänge von Imperium und Formen der Teilhabe, Identitäten und Lebenswelten sich zur Reflexion der Herausforderungen eignen, vor die sich das Reich gestellt sah und

1 Christopher Clark, *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2012.

2 Michael Hochedlinger, „Bella gerant alii ...“? On the State of Early Modern Military History in Austria, in: *Austrian History Yearbook* 30 (1999), S. 237–277.

vor die es seine Bevölkerung stellte. Im Licht der Tagungsbeiträge habe ich mein Diskussionspapier von 2015 ergänzt. Wie ich für die Zwecke des Workshops das mir gestellte Thema auffasste, bedarf der Erläuterung. In erster Linie ging es mir darum, die Perspektive der Akteure herauszuarbeiten. Eine umfassendere Einordnung verlangt jedoch auch danach, die ex post formulierten Einschätzungen der Konzeptionen und Handlungsmuster zu berücksichtigen und zwar am besten unter Einschluss der Lernprozesse und Deutungsversuche der Zeitgenossen. Der Rückblick aus der Kriegszeit auf die Vorkriegszeit oder aus der Zwischenkriegszeit auf die Jahrzehnte zwischen 1867 und 1918 spielt daher grundsätzlich eine bedeutende Rolle. Bei aller gebotenen quellenkritischen Vorsicht, sind die Deutungsmuster der Zeit nach 1918 also grundsätzlich durchaus der Berücksichtigung wert.

Die vorgegebene Leitfrage nach der Notwendigkeit der Expansion könnte auch so verstanden werden, dass die Analyse der internationalen Konstellation und/oder der innen- und verfassungspolitischen Problemlagen den Maßstab für eine Evaluierung österreichisch-ungarischer Expansionspolitik seit dem Ausgleich liefern sollte. So ist die Themenstellung vermutlich nicht gemeint und wird von mir jedenfalls nicht so verstanden, aber tatsächlich bieten beispielsweise Paul W. Schroeders Arbeiten Ansatzpunkte einer solchen systembezogenen Bewertung, an die sich anknüpfen ließe, ohne (allzu) anachronistisch zu argumentieren.³ Zumindest sollte zur Diskussion gestellt werden, wie die Einschätzung der Expansionsabsichten nicht nur durch die Zeitgenossen innerhalb wie außerhalb Österreich-Ungarns, sondern auch in der historischen Bewertung ausfallen könnte.

Bei einer Betrachtung des Gesamtzeitraums von 1867 bis 1918 ist es mehr als naheliegend, die Überlegungen zur Expansion der Habsburgermonarchie in drei unterschiedliche Phasen zu gliedern: zunächst einmal im Vorfeld der Okkupation Bosnien-Herzegowinas, dann von 1878/79 bis zum Kriegsausbruch 1914 und schließlich für die Kriegszeit selbst. Der Stellenwert von Expansionspolitik ist dabei jeweils ein grundsätzlich anderer und daher kommen auch Begründungsstrategien und Realisierungsversuchen von Phase zu Phase sehr unterschiedliche Grade an politischer Relevanz zu, selbst wenn die zentralen Topoi der Legitimationsversuche über diese Einschnitte der machtpolitischen Konstellation hinweg weiter Verwendung finden. Weil im Beitrag von Stephan Lehnstaedt die Kriegszeit ausdrücklich in den Fokus gerückt wird, werde ich mich in diesem

3 Paul W. Schroeder, *Stealing Horses to Great Applause: Austria-Hungary's Decision in 1914 in Systemic Perspective*, in: Holger Afflerbach/David Stevenson (Hg.), *An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, New York 2007, S. 17–42; vgl. auch Paul W. Schroeder, *Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War*, in: ders., *Systems, Stability, and Statecraft. Essays on the International History of Modern Europe*, New York 2004, S. 157–191.

Paper auf die Vorkriegszeit konzentrieren, darf aber die arbeitspragmatische Begründung dafür betonen.

Es wäre zweifellos sehr reizvoll, die Entwicklung von expansionistischen Tendenzen in Langzeitperspektiven zu rücken. Gerade der Gedanke einer Erweiterung von Gebiet und/oder Einfluss der Habsburgermonarchie ist bereits weit vor 1867 deutlich vorgeformt. Der Topos vom ‚Weg nach Saloniki‘ verweist darauf, dass auch die Entwicklungen der ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts nicht übersehen werden sollten, wenn es darum geht, Muster der Selbstpositionierung der Eliten des Habsburgerreiches herauszuarbeiten, um sie einer vergleichenden Betrachtung mit den Tendenzen und Topoi bei anderen Großmächten zu unterziehen. Der machtpolitische Abstieg und die damit verknüpfte innere Neuordnung zwischen 1859 und 1867 (beziehungsweise, in Relation zu anderen Großmächten, 1871) sorgen sonst für eine Engführung, bei der die „Kultur der Niederlage“ (W. Schivelbusch) zum unhinterfragten Ausgangspunkt der Einschätzung wird.⁴ Erst die Öffnung für die Bewertung der österreichischen Machtpolitik in der Ära Metternich und im post-revolutionären Kaisertum Österreich bietet Raum für andere Erfahrungsinhalte, deren Nachwirken von Interesse ist.

Wie lässt sich die Frage nach den Wahrnehmungen der Zeitgenossen konkret beantworten? Wer spielte bei der Diskussion über die Notwendigkeit einer Expansion welche Rolle? In welchen situativen und medialen Kontexten wurde über Expansion diskutiert? Jede Auseinandersetzung mit der Thematik steht vor der Aufgabe der Eingrenzung: Es müssen entweder konkrete Einzelfälle oder ein spezifischer Handlungs- oder Deutungszusammenhang ins Zentrum der Untersuchung gerückt werden oder es gilt, Einzelsituationen und Akteursgruppen zu definieren, die näher betrachtet werden sollen. Für die rund zehn Jahre vor Kriegsausbruch, mit denen ich mich schwerpunktmäßig auseinandergesetzt habe, würde ich für den Zweck einer Exploration des Themenfeldes eine relative kleine (groß)machtpolitische Elite in den Mittelpunkt stellen, wohl wissend, dass über soziale Vernetzung und mediale Rückkopplung eine breitere Öffentlichkeit bei der Gestaltung von Diskussionen und Entscheidungsspielräumen wichtig war – in einem weit höheren Maß als noch im Vorfeld der Okkupation.

Hofburg und Belvedere, der Ballhausplatz und die Botschaften, die Militärführung, der ungarische Ministerpräsident István Tisza und sein wichtigster außenpolitischer Ratgeber István Burián waren auch noch im Vorfeld der Julikrise von herausgehobener Bedeutung. Mit ihnen verbundene Publizisten, Politiker und Gelehrte sollten in die Betrachtung einbezogen werden. Sie alle – das gilt meines Erachtens letztlich auch für Tisza – gehörten zu den „zentripetalen“

4 Wolfgang Schivelbusch, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918, Berlin 2001.

Kräften (O. Jaszi), bezogen aber ihre Hoffnungen und – vor allem – Ängste im Hinblick auf die „zentrifugalen“ Faktoren der Habsburgermonarchie mit ein. Diese Selbstbeschränkung macht auch die Berücksichtigung der Presse arbeitsökonomisch vertretbar. Für das Belvedere beispielsweise ergibt sich unter Nutzung der Archivbestände, gerade im Haus-, Hof- und Staatsarchiv wie auch im Kriegsarchiv, insbesondere die Notwendigkeit einer Einbeziehung der *Reichspost* und der *Österreichischen Rundschau* sowie von *Danzers Armeezeitung*. Darauf, wie sehr bei diesen machtpolitischen Eliten Programmatik und Selbstbild ineinander verwoben waren, sei hier nur knapp hingewiesen. Hannes Leidingers Beitrag führt die Relevanz dieses Themas vor Augen.

Die Arbeiten von John Leslie, seine wenigen, aber ausgesprochen dicht belegten Aufsätze und die Dissertation, haben dafür gesorgt, dass auch die Gemengelage von ‚Nationalitätenfrage(n)‘ und Machtpolitik im Hinblick auf den Nordosten der Habsburgermonarchie und die angrenzenden Territorien des Zarenreiches in der Forschung die verdiente Aufmerksamkeit gefunden haben.⁵ Zur Polnischen Frage im Ersten Weltkrieg wurde schon seit Fritz Fischer intensiv geforscht, aber durch die Untersuchungen von John Leslie, Stephan Lehnstaedt und Wolfram Dornik sind zu diesen stark auf Deutschland fokussierten Beiträgen auch Analysen der österreichisch-ungarischen Kriegsziel- und Besatzungspolitik getreten.⁶ Ob und in welcher Form sich neben den politisch wie militärstrategisch zumeist defensiv ausgerichteten Überlegungen zu einer Konfrontation mit Russland in den beiden letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts auch expansionistisches Gedankengut erkennen lässt, wäre eine genauere Untersuchung wert. Dabei wären nicht zuletzt auch Fragen der Russland-Expertise in Diplomatie und Militär einzubeziehen. Eine über längere Zeit hinweg eindeutige Tendenz zur intensiven Debatte und zur praktischen Umsetzung von

5 John Duncan Leslie, *Austria-Hungary's Eastern Policy in the First World War, August 1914 to August 1915*, PhD Thesis, Cambridge 1975; ders., Österreich-Ungarn vor dem Kriegsausbruch. Der Ballhausplatz in Wien im Juli 1914 aus der Sicht eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, in: Ralph Melville/Claus Scharf/Martin Vogt/Ulrich Wengenroth (Hg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag*, Halbbd. 2, Stuttgart 1988, S. 661–683; ders., *The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims. Politics and Policy-Makers in Vienna and Budapest before and during 1914*, in: Elisabeth Springer/Leopold Kammerhofe (Hg.), *Archiv und Forschung. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, 20)*, Wien 1993, S. 307–394.

6 Bspw.: Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36)*, Osnabrück 2017; Wolfram Dornik/Georgiy Kasianov/Hannes Leidinger/Peter Lieb/Aleksej Miller/Bogdan Musial (Hg.), *Die Ukraine. Zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband, 13)*, Graz 2011.

Expansionszielen im Nordosten der Habsburgermonarchie dürfte sich aber nur vergleichsweise schwer nachweisen lassen.

Das mit Abstand auffälligste Element raumbezogener Expansionsvorstellungen ist die Balkanhalbinsel. Es ist bezeichnend, dass sich Evelyn Kolm in ihrer Studie zu den *Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus* zwar auch mit den außereuropäischen Projekten – von China und der Südsee bis Kleinasien – beschäftigt, aber der Balkanraum dennoch als Exerzierfeld des einzig zur Praxisreife gediehenen imperialistischen Vorhabens die Darstellung dominiert.⁷ Hier, auf dem Balkan, spielte seit den 1860er-Jahren das Militär eine wichtige, in der Forschung auch immer wieder gewürdigte Rolle.⁸ Trotzdem erscheint es durchaus lohnenswert, die Genese und Bedeutung des Netzwerkes expansionistisch eingestellter Offiziere genauer zu untersuchen. Dabei kann das Verhältnis von Peripherie und imperialem Zentrum räumlich wie soziokulturell in die Überlegung einbezogen werden.

Dieser Aspekt, der eng mit der inneren Struktur des Offizierskorps verbunden ist, sollte auch für die auf 1878 folgenden Jahrzehnte Anwendung finden. Der Ort der südslawischen Gebiete in den individuellen wie kollektiven Erinnerungen der österreichisch-ungarischen Militärelite hätte eine genauere Betrachtung verdient, denn hier bietet sich eine Gelegenheit, abseits von Denkschriften und Publizistik den „Sitz im Leben“ (H. Gunkel) der Topoi expansionspolitischer Programme zu untersuchen. Analog dazu könnten auch für die Grenzräume im Nordosten wie im Südwesten der Habsburgermonarchie solche Verbindungen zwischen alltäglicher Praxis und weitreichenden Zielen untersucht werden.⁹ Zudem eröffnet sich damit eine Möglichkeit, ‚nationalitätenpolitische‘ Aspekte der Herrschaftspraxis in den Grenzregionen mit der Großmachtspolitik Österreich-Ungarns zu verknüpfen.

Von der Okkupation und späteren Annexion Bosniens und der Herzegowina abgesehen, blieb auch die konkrete Festlegung von Expansionszielen auf dem

7 Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900), Frankfurt am Main 2001.

8 Edmund von Glaise-Horstenau, Franz Josephs Weggefährte. Das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck. Nach seinen Aufzeichnungen und hinterlassenen Dokumenten, Zürich 1930, S. 179–192; Franz-Josef Kos, *Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/75–1878/79. Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung* (Dissertationen zur neueren Geschichte, 16), Köln 1984; Helmut Rumpler, *Die Dalmatienreise Kaiser Franz Josephs 1875 im Kontext der politischen Richtungsentscheidungen der Habsburgermonarchie am Vorabend der orientalischen Krise*, in: Lothar Höbel/Thomas G. Otte (Hg.), *A Living Anachronism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy*. Festschrift für Francis Roy Bridge zum 70. Geburtstag, Wien 2010, S. 157–176.

9 Günther Kronenbitter, *Last des Erfolges – Militär und Balkanpolitik Österreichs-Ungarns*, in: Flavio Eichmann/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hg.), *Globale Machtkonflikte und Kriege*. Festschrift für Stig Förster zum 65. Geburtstag, Paderborn 2016, S. 99–115.

Balkan widersprüchlich. So existierten noch bis in den Sommer 1914 hinein Pläne zur Einbindung Serbiens in ein zoll- und wirtschaftspolitisches Bündnis und Forderungen nach Präventivkrieg und Gebietserwerb nebeneinander – nicht selten in ein und denselben Köpfen. Daraus zu schließen, dass Expansion auf dem Balkan kein wesentlicher Programmpunkt österreichisch-ungarischer Machtpolitik gewesen sei, greift aber zu kurz. Das fortdauernde Interesse an diesbezüglichen Kriegszielen durch den Weltkrieg hindurch, zumindest bis 1917, hat Benjamin Fried in seiner Monographie stark betont.¹⁰ Auch wenn dort die innere Schlüssigkeit dieser Kriegszielpolitik vielleicht etwas zu sehr herausgestellt wird, so ist doch zweifellos klar, dass territoriale Expansionsziele auf Kosten Serbiens und Montenegros keineswegs so unerheblich waren, wie es der Vergleich mit außereuropäischen Aspirationen anderer Großmächte zunächst nahelegen scheint, ging es doch dabei stets um die dauerhaft Hegemonie auf dem westlichen Balkan, weit über den Lovcen und die Bucht von Kotor oder das nordwestliche Serbien, Belgrad und Umgebung hinaus. Gerade aus einer postkolonialen Sicht, so hat der Workshop gezeigt, wäre es lohnend, die Bewertung der Expansionspolitik auf dem Balkan zu vertiefen.

Gegenüber Italien stand nicht der Wunsch nach konkret benennbaren Gebietsgewinnen im Vordergrund, sondern die nachhaltige militärisch-machtpolitische Schwächung des Nachbarkönigreiches. Es ging um die Vorherrschaft im Adriaum, auf See und insbesondere auf dem westlichen Balkan. Die Absicht, in Albanien zu dominieren, bestand deutlich vor 1912/13, erhielt aber durch Italiens Ausgreifen 1911 und die Balkankriege erhöhte Dringlichkeit. Da der Kampf gegen Italien der eigentliche Wunschkrieg der gesamten Militärführung war, wäre es falsch, aus dem Fehlen konkret benennbarer Gebietserweiterungen eine grundsätzlich defensive Ausrichtung gegenüber dem südlichen Nachbarn zu folgern. Das Verhältnis von Gebietserwerb und Einflussweiterung, Besitzstandswahrung und Expansion ist komplizierter.

Expansion suggeriert initiatives Handeln, wenn nicht ein starkes Element der Aggression: Ausbreitung auf Kosten Anderer eben. Solche Tendenzen steckten auch hinter den Bestrebungen nach einem Ausgreifen der Habsburgermonarchie. Die Verbindung von defensiven und offensiven Elementen, von Verteidigung des Status quo und Angriff auf Nachbarn und Rivalen, erscheint bei näherer Betrachtung aber komplexer und eine Differenzierung zwischen beiden Aspekten ist nicht immer einfach. Motivation, Programm und Aktionsformen konnten in je unterschiedlichen Mischungsverhältnissen beide Elemente vereinen. In der Sprache der Zeit wurden hier ‚positive‘ expansionistische Ziele von ‚negativen‘, dem Selbsterhalt der Habsburgermonarchie geltenden Zielen un-

10 Marvin Benjamin Fried, *Austro-Hungarian War Aims in the Balkans during World War I*, New York 2014.

terschieden. Ganz eindeutig trennen ließen sich beide Absichten auch in den Augen der Zeitgenossen nicht immer.

Der österreichisch-ungarische Militärattaché in Athen Gabriel Tanczós schrieb wenige Tage nach dem Attentat von Sarajevo dazu:

„Das gegenwärtige Ziel der äußern Politik Österreich-Ungarns dürfte die Erhaltung des eigenen Besitzstandes, bei möglichster Wahrung des Friedens sein. Dafür spricht unsere diplomatische Geschichte der letzten Jahre, dafür das wiederholt von maßgebender Seite ausgesprochene Wort des ‚Saturiertseins‘. Schweren Herzens akzeptiert man diese, eines positiven Zieles entbehrende Verteidigungspolitik, die die gleichen Gefahren in sich birgt, wie die militärische Defensive. Es scheint aber, dass die Struktur der Monarchie eine Expansions-, Kolonial-, oder wirtschaftliche Eroberungspolitik tatsächlich sehr erschwert. Das Genie, das uns einen dieser Wege führen wird, ohne uns in eine abenteuerliche Situation zu verwickeln, lässt auf sich warten.“

Diese Überlegungen vom Beginn der Julikrise 1914 führten keineswegs dazu, auf Krieg zur Unterwerfung Serbiens zu verzichten. Tanczós fuhr fort: „Akzeptieren wir also für den Moment das bescheidene Ziel der Selbsterhaltung. Ist aber auch nicht da der Augenblick des Handelns gekommen?“ Seine Antwort war ein klares „Ja“. Verzicht auf weitläufige Expansionshoffnungen und Kriegsbereitschaft schlossen sich also offenkundig nicht aus.¹¹

Ambivalenzen charakterisieren auch andere Beispiele expansionspolitischen Handelns. Innerhalb des Zeitraums zwischen 1878 und 1914 markierte die Annexion Bosnien-Herzegowinas zwar keine expansionspolitische Zäsur, die sich mit der Okkupationspolitik oder dem Kriegsende im Gefolge des Attentats von Sarajevo vergleichen ließe, veränderte aber dennoch die machtpolitische Lage Österreich-Ungarns im regionalen wie im europäischen Rahmen nachhaltig. Das Aufgeben des Besatzungsrechts im Sandschak von Novi Pazar entsprach dezidierten Wünschen des Militärs, dessen Führung aber zumindest teilweise weiterhin vom ‚Weg nach Saloniki‘ fasziniert blieb. Das ganz pragmatisch-fachliche Kalkül, nach dem die österreichisch-ungarische Garnison im Sandschak im Ernstfall in einer Art operativer Falle saß und damit auch in einer strategischen Sackgasse steckte, wog schwerer als die Option, ein Sprungbrett weiterer Expansion zu sichern. Auch die Albanien-Politik seit 1912 sollte von solchen Widersprüchen gekennzeichnet sein.

Auch innenpolitische Erwägungen hatten hemmende wie fördernde Wirkungen. Ein Paradebeispiel dafür, wie sehr innen- und verfassungspolitische Problemlagen Expansionspolitik erschwerten, war die Frage der Annexion Bosniens-Herzegowinas. Sie war jahrzehntelang davon überschattet, dass die 1867 erreichte Stabilisierung nicht gefährdet werden sollte. Wie der damalige

11 Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv (künftig: ÖStA-KA), NL Conrad, B/1450, Bl. 105. Gabriel Tanczós an Franz Conrad von Hötzendorf, 03.07.1914.

gemeinsame Finanzminister Burián im Mai 1907 ausführte, erschien trotzdem die „stufenweise Autonomisierung Bosnien-Herzegowinas ein unausweichlicher Vorgang“¹² und im Hinblick auf den Entwicklungsstand des Okkupationsgebietes und die Haltung Serbiens sah er im April 1908 den Moment nahe gerückt, an dem die Eingliederung des Gebietes in die Habsburgermonarchie vorgenommen werden müsse, um Aspirationen Serbiens rechtzeitig den Boden zu entziehen.

„Es ist eine überraschende Tatsache, dass die öffentliche Meinung der Monarchie, abgesehen von den Südslaven, sich mit dem Schicksale des Okkupationsgebietes noch sehr wenig beschäftigt, jedenfalls sich noch kein klares Urteil darüber gebildet hat, was Bosnien-Herzegowina für Österreich-Ungarn schließlich zu bedeuten haben werde. Selbst alle Erörterungen über dieses Thema in unseren parlamentarischen Körperschaften haben sich meist darauf beschränkt, konkret auftretende einseitige Ansprüche auf die beiden Provinzen abzulehnen, oder zugebrachten politischen Klatsch abzuhandeln. Wenige Politiker haben den Kern der Sache berührt. Österreich-Ungarn war in der Frage des Okkupationsgebietes bisher so gut wie programmlos. Die Angelegenheit erschien in der Diskussion allemal wie ein Provisorium, an das nicht gerührt werden dürfe. Der einzige ins Gewicht fallende Unterschied zwischen der Stimmung im Jahre 1878 und der heutigen ist der, dass gegenwärtig wohl kaum ein in Betracht kommender Faktor der Monarchie mehr für ein Aufgeben von Bosnien-Herzegowina eintreten würde.“¹³

Der erste – im Grunde: der einzige – wesentliche Expansionsschritt zwischen 1867 und 1914, die Okkupation Bosnien-Herzegowinas, hatte insbesondere die Deutsch-Liberalen nachhaltig aufgebracht und damit die Innenpolitik Österreichs maßgeblich beeinflusst. Eine Lobby der Expansion bedurfte angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen nationalen und imperialen Prioritäten der entsprechenden Vermittlung. Hier setzte Burián auf die Einsicht in großmachtpolitische Zwangslagen, wenn er fortfuhr:

„Sobald sich nun die Monarchie vor die Notwendigkeit der Annexion der von ihr seit 30 Jahren verwalteten Provinzen gestellt sähe, würde wahrscheinlich ein Schauer der Beunruhigung durch die Gemüter fahren. Diese würden sich aber nicht lange der Einsicht verschließen können, dass die Regelung des jetzigen Zustandes ein unabweisliches Korollar des großen und weisen Entschlusses von 1878 bildet. Ich glaube nicht, dass in der Monarchie bei einiger Aufklärung über die Sachlage Argumente, außer solchen der Bequemlichkeit, gesucht und gefunden werden könnten, die es un-

12 Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (künftig: ÖStA-HHStA), Kabinettskanzlei, K. 239 Korr. A 1908. István Burián, II. Denkschrift über Bosnien und Herzegovina, Wien, April 1908: „Meine Denkschrift vom Mai des Jahres 1907 gelang zu der Konklusion, dass die stufenweise Autonomisierung Bosnien-Herzegowina's ein unausweichlicherer Vorgang [...] sei.“

13 ÖStA-HHStA, Kabinettskanzlei, K. 239 Korr. A 1908. István Burián, II. Denkschrift über Bosnien und Herzegovina (wie Anm. 12).

bedenklich und ratsamer erscheinen ließen mit der Annexion endlos zuzuwarten, bis die großserbische Propaganda noch grösser, die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina noch freiheitsbegehrlicher, Russland noch gekräftigter, Italien noch unternehmender, die Türkei noch einsichtsloser oder eigenwilliger sein würde.“¹⁴

Tatsächlich bildete sich, von den tagespolitischen Entwicklungen in der Krisensequenz seit 1908 begünstigt, immer stärker ein expansionspolitisches Expertentum heraus, dessen Debatten-Schwerpunkte die Verhältnisse auf dem Balkan und in der Adria bildeten. Politiker, Verwaltungsfachleute und Publizisten widmeten der Lage in dieser Region wachsende Aufmerksamkeit und erschlossen historische, kulturalanthropologische, ökonomische und strategische Argumente der Einflussnahme und Machterweiterung auf dem Balkan. Ohne die latente Gefährdung des Status quo durch regionale Akteure und deren Unterstützer unter den Großmächten, also ohne defensive Aspekte, kamen Österreich-Ungarns Expansionsbefürworter nicht aus. Es wäre zu fragen, ob dieser Zusammenhang ‚positiver‘ und ‚negativer‘ Ziele in der Habsburgermonarchie stärker ausgeprägt war als in anderen zeitgenössischen Imperien. Wie einzigartig war der vage beziehungsweise minimalistisch konzipierte imperiale Expansionismus Österreich-Ungarns tatsächlich?

Welche Folgerungen könnten sich aus dem Gesagten für Überlegungen zu den imperialen Herausforderungen Österreich-Ungarns im Spannungsfeld von Nationalismen und Großmachtrivalität ergeben? Mir schiene es wichtig, auch bei den konkreten Fallbeispielen Langfristperspektiven zu berücksichtigen. Die Frage nach den Beteiligten und den Formen der Debatte um Expansion und Wahrung des Besitzstandes könnte es leichter machen, Vergleiche zwischen den jeweiligen Beispielen zu ziehen. Von besonderem Interesse wäre nicht nur das jeweilige Verhältnis von öffentlicher und interner Diskussion sowie zwischen dynastischen, militärischen, diplomatischen, administrativen, politischen und publizistischen Eliten, sondern auch eine gezielte Analyse der Rolle von Experten (und der Grundlagen von Kompetenzzuschreibungen).

Zu den zentralen Aspekten sollten auch die Beziehung zwischen den Vorstellungen der Vorkriegs- und der Kriegszeit zählen. Die seit Kriegsbeginn veränderten Spielräume und Aktionsmuster dürften wohl selbstevident sein, aber umso mehr Beachtung verdienen Elemente der Kontinuität bei Personenkonstellationen oder Programmatik. Zu diskutieren wäre dann auch, auf welche Weise die Entwicklungen in genuinen Besatzungsregimen der Kriegszeit von den Problemlagen, Konzeptionen und Herrschaftspraktiken in Territorien abweichen, die bereits vor 1914 zur Habsburgermonarchie gehörten. Mit Blick auf die südslawischen Gebiete Österreichs und Ungarns wären daher Dalmatien und

14 ÖStA-HHStA, Kabinettskanzlei, K. 239 Korr. A 1908. István Burián, II. Denkschrift über Bosnien und Herzegowina (wie Anm. 12).

Kroatien eine genauere Betrachtung wert. Denkbar erschiene auch die Einbeziehung Rumäniens (und Siebenbürgens) in das Spektrum der Fallbeispiele.

Von einem Primat der Außenpolitik kann bei den Studien zur Geschichte der Doppelmonarchie kaum die Rede sein: Viel zu sehr hat das Auseinanderfallen des Habsburgerreichs Ende 1918 die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen und der Historiker auf sich gezogen, um nicht die Frage nach dem Zusammenleben der Nationen im Vielvölkerreich zum selbstverständlichen Ausgangspunkt der Geschichtserzählung zu machen. Die Vertreter nationalhistorischer Teleologien und die Anhänger des untergegangenen Reiches konnten sich gleichermaßen auf diesen Fixpunkt beziehen.

Das Bild der Habsburgermonarchie ist durch die Forschung der letzten Jahrzehnte ganz bewusst in Abgrenzung von älteren Deutungsansätze gemalt worden. Stand die Historiographie lange im Schatten der nationalpolitischen Imperative der Nachfolgerstaaten der Donaumonarchie, war von nationalgeschichtlichen Teleologien und der Debatte über die Überlebenschancen Österreich-Ungarns geprägt, so hat sich die Forschung, ohne Anflug von Ironie, der Perspektive genähert, die Robert Musil in seiner Skizze ‚Kakaniens‘ vorgezeichnet hat. Politische Krisen

„gab es viele in diesem Staat, und zu ihnen gehörten auch jene nationalen Kämpfe, die mit Recht die Neugierde Europas auf sich zogen und heute“, also in der Zwischenkriegszeit, „ganz falsch dargestellt werden. Sie waren so heftig, daß ihretwegen die Staatsmaschine mehrmals im Jahr stockte und stillstand, aber in den Zwischenzeiten und Staatspausen kam man ausgezeichnet miteinander aus und tat, als ob nichts gewesen wäre. Und es war auch nichts Wirkliches geschehen. Es hatte sich bloß die Abneigung jedes Menschen gegen die Bestrebungen jedes anderen Menschen, in der wir heute alle einig sind, in diesem Staat schon früh, und man kann sagen, zu einem sublimierten Zeremoniell ausgebildet, das noch große Folgen hätte haben können, wenn seine Entwicklung nicht durch eine Katastrophe vor der Zeit unterbrochen worden wäre.“¹⁵

Die Schule, deren Lehrmeinung sich darin zusammenfassen zu lassen schien, die Habsburgermonarchie als Vielvölkerreich sei im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zum Untergang verurteilt gewesen, ist inzwischen selbst Geschichte. Der neue Blick auf die Konstruktion nationaler Identitäten und auf komplexe Aushandlungsprozesse zwischen gesellschaftlichen Gruppen einerseits und institutionalisierter Staatlichkeit andererseits hat die Wahrnehmung Österreich-Ungarns in der Forschung in ganz andere Richtungen gelenkt. In vielen der Tagungsbeiträge schlägt sich dieser Großtrend der *Habsburg Studies* nieder und beweist, wie differenziert sich damit die soziale, politische und kulturelle Vielfalt der Habsburgermonarchie erfassen lässt. Die Aneignung des

15 Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*. Roman, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 34.

Imperiums durch die politisch aktiven Teile der Bevölkerung, die Synergien zwischen Wiener Zentrale und Nationalbewegungen, gerade im kommunalen und regionalen Bereich, auch die für das Habsburgerreich politisch nicht unwichtigen Ambivalenzen der Modernität, zumal Wien die Rolle als Labor der Moderne eben nicht wirklich überzeugend zu spielen vermochte – all diese Aspekte veranschaulichen die Erkenntnismöglichkeiten, die in der gewandelten Perspektive liegen.

Eine eindrucksvolle Synthese dieser Forschungsentwicklung bietet Pieter Judson in seiner jüngsten Monographie über das Habsburgerreich, das dementsprechend auch ganz zu Recht den Untertitel *A New History* trägt.¹⁶ Sehr bündig formuliert Judson, wie sehr und wieso sich sein Blick von dem der Historikerinnen und Historiker früherer Forschergenerationen unterscheidet:

„The existence of nationalist movements and nationalist conflicts in Austro-Hungarian politics did not weaken the state fatally, and they certainly did not cause its downfall in 1918. Within Austria-Hungary nationalist movements shaped their demands around the institutions and expectations created by empire.“¹⁷

Im Anschluss an seine Analyse der Entwicklung des Habsburgerreiches seit Mitte des 19. Jahrhunderts stellt er den älteren Deutungsmustern entgegen: „If anything, the tensions created by nationalist and imperial impulses engendered even greater creativity in imagining political.“¹⁸ Worauf sich das inzwischen obsolet gewordene Urteil gründete, ist Judson klar:

„Historians did not simply invent the idea of an anachronistic empire doomed to die well before the war, thanks supposedly to the weakness of its internal institutions or their inability to face the challenges of modernity. In the decades before 1914 an influential group of participant observers in the empire’s military, bureaucratic, and aristocratic elites also spread dire predictions about the inability of the empire to survive.“¹⁹

Viele Publikationen der letzten drei Jahrzehnte und auch die hier versammelten Tagungsbeiträge bestätigen Judsons Einschätzung weitgehend. Allerdings: Großmachtpolitik spielt in dieser Perspektive keine Rolle und die Eliten in Diplomatie sowie Militär bleiben am Rande der Betrachtung. Das ist angesichts der relativ ausdifferenzierten Forschung zu diesen Eliten grundsätzlich zu verschmerzen, aber für die Untersuchung der imperialen Herausforderungen Österreich-Ungarns stellt es dennoch ein Manko dar. Judson hat Recht, wenn er urteilt: „We historians can examine the state of the empire critically without endorsing the rump perspective of an increasingly anachronistic elite as the most

16 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016.

17 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 16), S. 381 f.

18 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 16), S. 382.

19 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 16), S. 382.

apt or even the only way to understand this period.⁴²⁰ Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es genau diese in mancherlei Hinsicht anachronistisch anmutende Elite war, die ganz wesentlich über die Großmachtspolitik der Habsburgermonarchie entschied und damit, im Sinne Musils, auch über die Entwicklungsmöglichkeiten ‚Kakaniens‘. Ihre Weltsicht kann nicht den Leitfaden der Beurteilung Österreich-Ungarns bilden, aber sie war ein wesentlicher Faktor der historischen Entwicklung.

Die Verbindung der komplexen Aushandlungsprozesse zwischen Imperium und Gesellschaft mit dem Status und den Handlungsoptionen der großmachtpolitischen Eliten sollte nicht mit wenigen Bemerkungen abgetan, sondern mit Forschungsstrategien untersucht werden, die das neue, differenzierte Bild der Habsburgermonarchie ergänzen. Um zu klären, wie sich beim Ringen um Expansion Zwangsvorstellungen und politisches Kalkül zueinander verhielten, wäre grundsätzlich im Vergleich mit anderen Großmächten der Epoche über die Position der ‚traditionellen‘ Eliten in der sich rasch wandelnden politischen Kultur nachzudenken. Die Bedeutung der Medien für den Austausch zwischen den vielen, lokal und regional oft so unterschiedlich strukturierten Öffentlichkeiten einerseits und dem Diskurs der Machteliten könnte Ansatzpunkte dafür bieten. Wie sich gerade am Beispiel der halbherzigen, aber letztlich äußerst wirkungsmächtigen Expansion Österreich-Ungarns zeigen lässt, bleibt das Imperium der Habsburger eine Herausforderung der Forschung. Wie schön.

20 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 16), S. 384.

Ein Ende mit Expansion. Österreich-Ungarns Eroberungen im Ersten Weltkrieg als imperiale Herausforderung

Dank der Forschungen von Günther Kronenbitter ist sehr genau bekannt,¹ wie das k. u. k.-Militär in der Zeit vor 1914 vom Krieg träumte und welche Vorstellungen und Hoffnungen es damit verband. Als dann der Erste Weltkrieg ausbrach, stellte sich schnell Ernüchterung ein: Erfolge auf dem Schlachtfeld blieben aus oder konnten nur gemeinsam mit dem deutschen Verbündeten erreicht werden; zugleich waren die Verluste an Menschen und Material hoch, so dass der Krieg keinesfalls die – nicht nur in Österreich-Ungarn – ersehnte Katharsis darstellte und auch keine Festigung des Imperiums mit sich brachte. Im Gegenteil, der anfängliche Burgfrieden erwies sich mit zunehmender Dauer als brüchig.

Aber im Kriegsverlauf erfolgten Annexionen und es gab ein territoriales Ausgreifen auf dem Balkan und in Osteuropa. Das schien endlich der ersehnte Beweis für die Lebens- und Leistungsfähigkeit des eigenen Imperiums zu sein, und diese Wahrnehmung der Eliten wurde natürlich nach außen getragen. 1915 hatte die Doppelmonarchie an allen Fronten Gebiete erobern können, was später ebenfalls in Italien gelang. Das Imperium erwies sich also bis unmittelbar vor seiner Implosion als expansiv – aber man muss wohl von Pyrrhussiegen sprechen, zumindest mit Blick auf die Niederlage 1918. Doch hier soll es weniger um eine ex-post-Analyse gehen, sondern vielmehr um die Frage, welche Ziele sich mit den Annexionen verbanden. Im Folgenden interessieren einerseits die konkreten Erwartungen an ein besetztes Gebiet, andererseits die dort tatsächlich erzielten Resultate einer ‚Nutzbarmachung‘ für die eigenen Zwecke und einer Integration in den Reichsverbund. Es sollen also Anspruch und Wirklichkeit kontrastiert, zugleich aber auch für eine übergreifende Perspektive die Frage gestellt werden, ob sich Expansion für das Habsburgerreich in irgendeiner

1 Günther Kronenbitter, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k.-Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 (Studien zur internationalen Geschichte, 13), München 2003.

Hinsicht gewissermaßen lohnte beziehungsweise ob sich die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllten.²

Das adressiert drei Aspekte moderner Imperialismusforschung: Erstens die der Herausforderung eines Krieges für ein Imperium. Die Okkupationen sollten in den Augen der Wiener Zentrale zunächst die wirtschaftliche Belastung lindern und die äußere Bedrohung weiter von den ursprünglichen Grenzen hinweg-schieben. Sie waren in dieser Hinsicht als stabilisierender Faktor für das Reich gedacht, aber dafür musste zunächst eine Durchdringung garantiert sein. Zweitens musste die Herrschaft der Differenz innerhalb von wenigen Monaten neu austariert werden, sowohl für die bereits zum Imperium gehörenden Völker als auch für die neu dazugekommenen: Wie umgehen mit den Besetzten, die teils als feindlich, teils als ‚befreit‘ galten? Und lief diese Umgestaltung der Macht-verhältnisse – drittens – auf eine Binnenkolonialisierung hinaus?

Die ersten beiden Aspekte waren zugleich die dringendsten Aufgaben, die sich unmittelbar stellten. Zeitlich über den Krieg hinausreichende Planungen erlauben zwar ebenfalls Aussagen zum imperialen Selbstverständnis, doch diese müssen vage bleiben, weil sie nicht mit der tatsächlichen Entwicklung kontrastiert werden können. Wenn hier exemplarisch die drei Fallbeispiele Serbien, Ukraine und Polen in den Blick kommen, dann ist deren Aussagekraft jedoch aus anderem Grund beschränkt: Die Besatzung blieb eine temporäre Entscheidung. Aber gerade in extremis offenbaren sich Dynamiken, die bei langfristigen Eingliederungsprozessen wie etwa in Galizien zwischen 1772 und 1914 geglättet wurden. Polemisch formuliert zeigt der Erste Weltkrieg – und das gilt nicht nur für die Okkupationen – die Radikalität, zu der Österreich-Ungarn in höchster Not fähig war: Nach 1914 belasteten Militarismus, Bürokratie und Autoritarismus die Menschen viel mehr. Und so brachte der Krieg den Untergang des verklärten Habsburgerreichs auch deshalb, weil die imperialen Herausforderungen eben nur im Frieden und auf friedlichem Wege beherrschbar waren.

In der Rückschau vergrößerten die drei Besatzungen in Serbien, Polen und der Ukraine die Schwierigkeiten der Wiener Zentrale bei der Lenkung des Reichs. Doch den Zeitgenossen schienen sie beinahe zwingend notwendig zu sein: Die Doppelmonarchie litt bereits nach wenigen Monaten an Auszehrung, und in Cisleithanien herrschte während der ganzen Kriegsjahre Mangelernährung.³ Gleichzeitig wuchs der Bedarf an Ressourcen für die Kriegführung, Rüstungsgüter aber auch Soldaten wurden händeringend gesucht. Hochfliegende imperialistische Ambitionen, wie sie etwa Leopold von Andrian im

2 Vgl. als rein ökonomische Perspektive ohne Berücksichtigung der Doppelmonarchie: Peter Liberman, *Does Conquest Pay? The Exploitation of Occupied Industrial Societies* (Princeton Studies in International History and Politics), Princeton 1996.

3 Felix Butschek, *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Wien 2011, S. 171–179.

Sommer 1914 in Bezug auf Polen vorlegte – zu einem Zeitpunkt, als in Galizien die russische Armee auf dem Vormarsch war – erwiesen sich schnell als wenig relevant,⁴ und zwar aus dem schlichten Grund, dass während der andauernden Kampfhandlungen nicht an abschließende territoriale oder ethnische Neuordnungen gegangen werden konnte. Man beschäftigte sich zwar, gerade in Auseinandersetzung mit Deutschland, durchaus damit – insbesondere die ‚polnische Frage‘ stellte einen permanenten Zankapfel dar –,⁵ aber für die unmittelbare Besatzungspraxis hatte das wenig Bedeutung. Das lag auch daran, dass das Außenministerium in allen eroberten Gebieten wenig einflussreich war und das Militär bei weitem der einflussreichste Akteur blieb; im Unterschied zu Deutschland etablierte Österreich-Ungarn nirgendwo Zivilverwaltungen, sondern setzte stets auf Militärgeneralgouvernements.⁶

Die Varianz in der k. u. k.-Besatzung von Polen, Ukraine und Serbien ist beträchtlich. Der Zeitpunkt der Okkupation, die Behandlung als Feindstaat beziehungsweise als befreiter potentieller Verbündeter oder die geteilte Herrschaft mit Deutschland stellten wesentliche Kriterien für das Verhalten gegenüber Land und Leuten dar – und die Unterschiede beschränken sich nicht auf diese drei Beispiele, sondern ließen sich etwa für Italien oder den südlichen Balkan weiter ausdifferenzieren. Deutlich geringer sind die Gemeinsamkeiten, doch für sich genommen beeinflussten sie die Politik vor Ort mindestens genauso: Alle drei Länder galten zu Beginn ihrer Besatzung als agrarische Überschussgebiete, so dass einerseits die Truppe aus dem Lande ernährt werden sollte, andererseits Lebensmittelexporte in die Heimat zu erfolgen hatten. In Polen und mit Einschränkungen auch in der Ukraine wollte man zusätzlich das Potential an Menschen nutzen, um Soldaten zu rekrutieren; für die feindlichen Serben galt das jedoch nicht. Diese wesentlichen Prioritäten waren die des Militärs, das sich als unbürokratischer und deshalb effizienter Verwalter und alleiniger Garant für eine erfolgreiche ‚Nutzbarmachung‘ inszenieren wollte.⁷ Die Parallelen zum deutschen ‚Land Ober Ost‘, aber auch die Unterschiede zu den

4 Wolfdieter Bihl, Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 16/4 (1968), S. 504–530.

5 Vgl. zuletzt etwa Piotr Mikietyński, *Niemiecka droga ku Mitteleuropie. Polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914–1916)* (*Studia z historii XX wieku*, 6), Krakau 2009; Achim Müller, *Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg*, Marburg 2001; aus der älteren Literatur: Jan Lewandowski, *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgrów. 1914–1918* (*Prace Wydziału Humanistycznego. Monografie*, 21), Warschau 1986.

6 Tamara Scheer, *Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg* (*Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte*, 2), Frankfurt am Main 2009.

7 Zur Inszenierung und Selbstwahrnehmung als ‚unpolitisch‘ durch Kolonialoffiziere und -beamte: Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*, München 2009, S. 113ff.

Zivilverwaltungen des Verbündeten etwa in Polen oder Belgien, verdienten eine eigene Untersuchung.⁸

Serbien

Wie anderswo ernannte der Kaiser für Serbien selbst den Militärgeneralgouverneur, während die in Belgrad amtierende Behörde der Quartiermeisterabteilung des Armeeoberkommandos unterstand. Das Außenministerium am Ballhausplatz, und noch weniger Institutionen der inneren Verwaltung, konnte kaum Einfluss nehmen.⁹ Den auf höchster Ebene gepflegten Vorstellungen eines reichen Bauernlandes, das der Vorgängerstaat zugrunde gerichtet hätte, stand in den Besatzungsverwaltungen auf regionaler Ebene schnell Ernüchterung entgegen. In Serbien herrschte direkt nach dem Einmarsch eine Hungersnot, die einerseits überwunden werden musste, andererseits aber etwa von Seiten Franz Graf Conrad von Hötzendorfs gar nicht als vordringliches Problem angesehen wurde, weil der Hass auf den Kriegsgegner so groß war. Stattdessen hoffte Conrad, dass ähnlich wie in Belgien eine internationale Hilfsaktion die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten könne. Das erwies sich als Wunschtraum, ebenso wie es kaum möglich war, die Besatzungsarmee aus dem Lande zu ernähren – ganz im Gegenteil mussten Lebensmittel aus der Monarchie importiert werden.¹⁰

Nachdem die anfängliche Hungersnot überwunden war, sollte Serbien endlich als Exporteur dienen; einen Umbau der dortigen Verwaltungsstrukturen strebte

8 Vgl. hierzu jetzt Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36), Osnabrück 2017; rein unter ökonomischen Aspekten: derselbe, *Fluctuating between ‚Utilisation‘ and Exploitation. Occupied East Central Europe during the First World War*, in: Jochen Böhrer/Włodzimierz Borodziej/Joachim von Puttkammer (Hg.), *Legacies of Violence. Eastern Europe’s First World War* (Europas Osten im 20. Jahrhundert, 3), München 2014, S. 89–112. Vergleiche der k. u. k.-Besatzungspolitik fehlen weitgehend. Exemplarisch für ausgewählte Aspekte deutscher Okkupation in Ost und West: Reinhold Zilch, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918*, Goldbach 1994; Jens Thiel/Christian Westerhoff, *Deutsche Zwangsarbeiterlager im Ersten Weltkrieg. Entstehung – Funktion – Lagerregimes*, in: Christoph Jahr/Jens Thiel (Hg.), *Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013, S. 117–139.

9 Tamara Scheer, *Besatzungsregime im Vergleich. Serbiens Wirtschaft unter österreichisch-ungarischer und bulgarischer Herrschaft (1915–1918)*, in: Carola Sachse (Hg.), *„Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, 4)*, Göttingen 2010, S. 315–339.

10 Jonathan E. Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia, 1914–1918* (Cambridge Military Histories), Cambridge 2009, S. 147–155.

das Militärgeneralgouvernement allerdings nicht an. Man setzte jedoch russische Kriegsgefangene ein, um überhaupt Felder zu bestellen. Selbst das blieb ein Tropfen auf den heißen Stein, eine effiziente Ausnutzung im angestrebten Sinne war nicht möglich. Erst im April 1916 trafen nichtmilitärische Fachleute ein, die die Landwirtschaft organisierten. Die Maßnahmen waren einfach: materielle Anreize und Gewaltandrohung. Die Erfolge bei der Ernte 1917 blieben dennoch denkbar schlecht, woraufhin erneut die Preise erhöht wurden – anstatt auf härtere Strafen zu setzen, obwohl es nach wie vor eine Ablieferungsquote gab. 350 Millionen Kronen flossen bis Anfang 1918 nach Serbien zum Zwecke des Lebensmittelankaufs. Der Erfolg war zwiespältig, denn es unterblieb zwar eine weitere Hungersnot, aber Profiteure waren vor allem die nun relativ gesehen gut gestellten Bauern, wohingegen der Export in die Monarchie gering blieb.

Erwähnenswert ist ferner, dass sich die Armee stets über die Heimat stellte und ihre eigene Versorgung als viel wichtiger ansah, selbst gegen andere Auffassungen in Wien.¹¹ Von einer Integration in den Gesamtverbund des Imperiums konnte bei diesem Vorgehen nicht die Rede sein; selbst unter Auspizien einer Politik der Differenz galt Serbien nicht als Teil des Reichs. Die Okkupation diente hier ganz alleine dem Zweck, einen Kriegsgegner auszuschalten und sich, solange die Besatzung erfolgte, ganz traditionell aus dem Land zu ernähren. Deshalb gab es auch keine Nationalitätenpolitik, sondern das genaue Gegenteil davon: Einen rückwärtsgewandten bürokratischen Absolutismus, wie ihn das Imperium der Habsburger seit dem 18. Jahrhundert kannte und wie er in den frühen Regierungsjahren von Franz Joseph eine Erneuerung gefunden hatte.¹² Die Armee gerierte sich also als Alleinherrscherin in ihrem Imperium – das die Doppelmonarchie in dieser Form gar nicht mehr darstellte.

Am Ende lief das alles auf eine doch recht basale Funktionalisierung des eroberten Landes als Lebensmittellieferant hinaus – die mit finanziellen Verlusten einherging. Sie steht außerdem der häufig postulierten, aber selten belegten Behauptung entgegen, wonach sich im Krieg quasi-koloniale Phantasien rassischer Überlegenheit Bahn brachen. Jonathan Gumz hat überzeugend argumentiert, dass der Referenzrahmen der k. u. k.-Armee nicht Kolonialismus war, und dass sie Serbien zwar grundsätzlich irgendwann ins – multinationale – Imperium eingliedern, es aber nicht umformen und in einen kolonialen Vasallenstaat verwandeln wollte. Die Besatzung sollte, wie der Krieg, auf eine be-

11 Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia* (wie Anm. 10), S. 160–170.

12 Vgl. zuletzt etwa den Überblick bei Hans-Hinrich Brandt (Hg.), *Der österreichische Neoabsolutismus als Verfassungs- und Verwaltungsproblem. Diskussionen über einen strittigen Epochenbegriff* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 108), Wien 2014; siehe außerdem Lothar Höbelt, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*, Wien 2009.

grenzte, von Eliten kontrollierte Weise stattfinden; die Armee wollte sich zuvorderst am Aufbau des Landes und den dort erzielten Ernten messen lassen. Rücksichtslose Massengewalt gegen Zivilisten fand sich nicht im damaligen Denkhorizont. Und so waren die Lebensmittelrationen für Selbstversorger in Serbien – obwohl zu niedrig – zumindest bei Fleisch und Fett sogar höher als diejenigen in Wien. Erst 1918 gab es ein gleiches Niveau. Der imperialen Herausforderung des Weltkriegs begegnete man auf traditionelle Art und Weise.¹³

Polen

Die letzte Feststellung für den Feindstaat Serbien galt in noch weit höherem Maße für das von Russland eroberte Kongresspolen beziehungsweise dessen Teil unter österreichisch-ungarischer Besetzung. Galizien, das durchaus treu zur Monarchie stand, diente lediglich ganz zu Anfang als Bezugspunkt: Man war als siegreicher ‚Befreier‘ gekommen, nicht als Gegner, und verstand sich als Freund der Polen. Entsprechend inszenierte man sich, und gerade in der Rivalität zu Deutschland versuchte man, sich als die bessere Alternative zu präsentieren. Freilich bestanden die tatsächlichen und wahrgenommenen Kriegsnotwendigkeiten fort, und das hieß erneut Nahrungsmangel in der Heimat. Es kam deshalb zu einer Entwicklung, die das Militärgeneralgouvernement Lublin immer weiter weg vom galizischen Vorbild hin in Richtung von Maßnahmen und Praktiken wie in Serbien rückte.

Die Ähnlichkeiten sind, selbst wenn Gewalt gegenüber Einheimischen eine rare Ausnahme blieb, frappierend. Auch in Polen träumte man von einer Kornkammer,¹⁴ und die Gouverneure in Lublin waren lange Zeit damit beschäftigt, Wien beziehungsweise Teschen und später Baden davon zu überzeugen, dass dem keinesfalls so sei. Das ist umso bemerkenswerter, als es durchaus gezielt angeforderte Expertise gab: Wien hatte im Frühjahr 1915 den galizischen Agrarökonom Prof. Kazimierz von Rogoyski ins besetzte Gebiet entsandt, um die lokalen Bedingungen zu untersuchen. Rogoyski berichtete ausführlich und

13 Gumz, *The Resurrection and Collapse of Empire in Habsburg Serbia* (wie Anm. 10), S. 234f., 244f. u. 174–176.

14 Bedeutende Industrie gab es nur im Kohlebecken von Dąbrowa, von dem ein Drittel zum Militärgeneralgouvernement Lublin und zwei Drittel zum deutschen Besatzungsgebiet gehörten. Die dortigen Zechen deckten 1915 immerhin 5 % des Kohlebedarfs der Doppelmonarchie; ein Jahr später war die Ziffer auf 4,5 % gefallen, aber das lag auch an den gesteigerten Importen vor allem aus Deutschland. Alleine im Dezember 1916 wurden auf k. u. k.-Seite 110.000 Tonnen Kohle gefördert. Vgl. Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 290–293; zum Traum von der ‚Kornkammer‘ Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 326–329.

publizierte seine Ergebnisse später,¹⁵ wobei er auf die enormen Verwüstungen in Folge der Kampfhandlungen hinwies. Zudem schrieb er über den großen Pferdebedarf in der Landwirtschaft, der allein für die Getreide- und Hackfruchternte auf mindestens 4.000 Tiere zu veranschlagen sei; über den auf unter 20 Prozent geschrumpften Bestand an Milchvieh – 400.000 statt einst fast 2,5 Millionen Tiere –; sowie über die schwierigen Transportbedingungen: Ein Teil der Ernte könne nicht verbraucht werden und drohe zu verfaulen, weshalb es sinnvoll sei, Destillieren zu errichten und insbesondere aus Kartoffeln Schnaps zu brennen.¹⁶ Nach einer zweiten Reise, auf der er die im Sommer 1915 eroberten Gebiete besuchte, fiel Rogoyskis Fazit noch drastischer aus. Er rechnete nun mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge, weil das Militär alles Zugvieh sowie die wenigen Maschinen beschlagnahmt hatte, kein Dünger vorhanden und die Bestellung der Felder angesichts der Schlachten nicht erfolgt war. Die beiden ersten Probleme sah er als strukturell an.¹⁷

Immerhin war das Lubliner Gebiet in Friedenszeiten – anders als das deutsche Generalgouvernement Warschau – durchaus in der Lage, sich selbst angemessen zu versorgen.¹⁸ Aber an eine nennenswerte Ausfuhr war schlicht nicht zu denken – zumal Pläne, die Bevölkerung durch internationale Hilfsaktionen versorgen zu lassen, sich erneut als nicht realistisch erwiesen. 1915 begannen die Besatzer dennoch mit einer vollständigen Beschlagnahme der Ernte, nahmen die Saatgutverteilung in ihre Hände und führten außerdem eine Kontingentierung der Lebensmittelversorgung in den wenigen Städten ihres Gebiets ein. Ihren Bewohnern wurden im März 1917 ganze 170 Gramm Mehl pro Tag zugestanden,¹⁹ weshalb es trotz der günstigen Ausgangslage zu Unterernährung kam. Das k. u. k.-Armeeoberkommando billigte Lublin immerhin Ende 1916 einen grundsätzlichen Bedarf an Zugtieren zu und brachte nach und nach 2.000 Ochsen aus dem okkupierten Serbien nach Polen.²⁰

15 Kazimierz von Rogoyski, Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915; ders., 2. Beitrag zur jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens. Bericht über die in der Zeit vom 19. bis 26. März im südlichen Teile des Königreichs Polen unternommene Reise, Krakau 1915.

16 Archiwum Główny Akt Dawnych Warschau (künftig: AGAD), 312/37. Bericht Rogoyskis, Abschlussempfehlungen, 12. 10. 1915. Vgl. auch Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, PA I, Liasse Krieg 11a/918. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 19.–26. März 1915.

17 AGAD, 312/216, Bl. 36–52. Bericht Rogoyskis über die Reise vom 23.11.–23.12. 1915.

18 Archiwum Państwowe Lublin (künftig: APL), 242/363, Bl. 11f. Kreiskommando Lublin an Militärgeneralgouvernement Lublin (MGGL), 23. 10. 1915.

19 APL, 242/363, Bl. 11f. (wie Anm. 38), Kreiskommando Lublin an Hauptsammelstelle Mühle Ehrlich, 29.03.1917.

20 APL, 312/231. AOK an MGGL, 29. 11. 1916.

Zeitgleich ging die k. u. k.-Besatzungsverwaltung angesichts des Nahrungsmangels von der Individual- zur Kollektivhaftung der Landwirte über. Explizit ließ die Doppelmonarchie damit die Rücksicht auf Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung fallen, der dergleichen verbot. Wien argumentierte, dass das besetzte Gebiet nach der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 kein besetztes Feindesgebiet, sondern ein unabhängiger Staat sei, für den die Charta nicht mehr zutrefte. Trotz der Warnungen Lublins, wo Militärgeneralgouverneur Stanisław Szeptycki ein politisches Debakel befürchtete, beharrte Wien auf diesem Vorgehen und ignorierte den Rat der Peripherie.²¹ Die entsprechenden Aufschreie der Bevölkerung ließen nicht lange auf sich warten,²² woraufhin sich Lublin mit großer Offenheit dahingehend rechtfertigte, dass man selbst nicht zufrieden sei, aber nichts machen könne, weil die Armee absoluten Vorrang habe.²³

Die Bauern, die angesichts der Ablieferungspflicht keine ökonomischen Anreize mehr zu einer gesteigerten Ernte sahen, wurden teilweise durch Zwang zur Arbeit auf dem Feld herangezogen. Insbesondere in ländlichen Gegenden war allerdings passiver Widerstand gegen Anordnungen der Besatzer immer wieder zu beobachten und durchaus erfolgreich. Im Juni 1917 meldete etwa das Kreiskommando in Włoszczowa Probleme mit Bauern. Diese weigerten sich mehrheitlich, Pferdegespanne zur Verfügung zu stellen, und flüchteten beim Herannahen der Gendarmerie in die Wälder. Ähnlich war es bei der Erstellung eines Verzeichnisses der Anbauflächen: Die Landbevölkerung gab schlicht keine Auskunft über die ihr gehörenden Grundstücke – weil danach die abzuliefernde Ernte bestimmt wurde –, und entsprechende Register waren nicht vorhanden.²⁴

Weder Deutsche noch Österreicher wollten indes gewaltsame Kollektivstrafen anwenden, zumal die Haager Landkriegsordnung sie explizit verbot. Vor allem aber waren sie – noch – nicht im Denkhorizont der Besatzer etabliert. Lublin reagierte deshalb auf die Aufsässigkeit der Bauern mit Einquartierungen in den betroffenen Dörfern, wo die Truppen dann beherbergt und verpflegt werden mussten. Dies geschah Ende Juli 1917 beispielsweise in den Weilern Żabno, Dragany, Giełczew und Tarnawa, wobei das zuständige Kreiskommando in

21 APL, 312/377. Aktenvermerk des MGGL, 17.02.1917; siehe auch APL, 312/377, Äußerung des Zivillandeskommissariats, 19.02.1917. Wenn es nicht um Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln oder Getreide ging, war das Vorgehen weniger hart und es durften z. B. einheimische Aufkäufer im Auftrag der Besatzer tätig werden: APL, 312/1833. Verordnung des MGGL über die Hirse- und Buchweizenaufbringung, 28.02.1917.

22 Exemplarisch: APL, 312/1833. Eingabe der Landwirtschaftlichen Gesellschaft im Kreis Piotrków, 13.03.1917. APL, 312/1833, MGGL an Kreiskommando Piotrków, 11.04.1917.

23 Ebd., MGGL an Kreiskommando Piotrków, 11.04.1917.

24 APL, 312/1601. Kreiskommando Włoszczowa an MGGL, 27.06.1917.

Krasnostaw über so wenig Soldaten verfügte, dass die Einquartierung in diesen Orten nacheinander stattfinden musste.²⁵

Die hohen Erwartungen an den Export erfüllten sich nicht. 1915 und 1916 konnte zusammen so viel in die Heimat geschickt und von den Einheiten vor Ort verbraucht werden, wie ursprünglich alleine für 1916 für die Ausfuhr vorgesehen war. Man setzte deshalb auf größere ökonomische Anreize und eine teilweise Kooperation mit den Einheimischen. Mit der Schaffung der Ernteverwertungszentrale kontrollierte und koordinierte ab Herbst 1916 in Lublin eine eigenständige Organisation – die freilich nach wie vor unter militärischer Leitung stand – den Kreislauf für die wichtigsten Agrarerzeugnisse. Um die laute Kritik an der fremdbestimmten Politik zu verringern, gründeten die Mittelmächte im Mai 1917 einen polnischen Landwirtschaftsrat, der im Juli auch formal die Ernteorganisation übernahm. Wirklich autonom war diese Organisation aber nicht, denn ein Regierungskommissar beaufsichtigte sie, und ihre einzige Aufgabe war der Getreideaufkauf. Im April 1918 übernahm Lublin wiederum die polnischen Ernte-Organisationen und deren Magazine. Die Polen leisteten gegen diesen Rückschritt auf dem Weg zu einer unabhängigen Selbstverwaltung teilweise starken Widerstand, sodass nicht selten Waffengewalt angewandt wurde, um das Vorgehen durchzusetzen.²⁶

Die Militärs in Lublin waren mit der Verwaltung Polens überfordert. Die hohen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, verführten sie zu einer ad-hoc-Vorgehensweise, die ein Hin und Her in der Kooperation mit den Einheimischen, aber auch in davon unabhängigen Politikfeldern zur Folge hatte.²⁷ Deshalb war der wirtschaftlichen Nutzbarmachung trotz enormer Anstrengungen und umfassenden Personaleinsatzes insgesamt nur wenig Erfolg beschieden.

Ganz ähnlich ist das auch für den anderen Bereich zu konstatieren, auf den beide Mittelmächte große Hoffnungen gesetzt hatten: Die Rekrutierung von Soldaten. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn hatte Józef Piłsudski auf galizischem Gebiet und mit Billigung des Wiener Armeeoberkommandos damit begonnen, eine Freiwilligenformation mit Polen aus dem russischen Teilungsgebiet aufzustellen, weil er so für die Unabhängigkeit seiner Heimat kämpfen wollte. Doch der militärische Wert dieser Truppe war gering – nicht nur wegen der vergleichsweise überschaubaren Anzahl an Soldaten, sondern auch wegen deren mangelhafter Ausrüstung und dem misstrauischen Armeeoberkommando. Vier Tage nach der Proklamation des Königreichs Polen vom 5. November 1916 erging deshalb ein Werbeauftrag für die nun ‚Polnische Wehrmacht‘, was

25 APL, 312/248. MGGL an Kreiskommando Krasnostaw, 22.07.1917.

26 Stephan Lehnstaedt, Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die ‚Nutzbarmachung‘ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 61 (2012), S. 1–26.

27 Ausführlich hierzu auch der Beitrag von Jan Lewandowski in diesem Band, S. 157–170.

eine bewusste Abgrenzung zu den Legionen darstellte. Im Militärgeneralgouvernement Lublin sollten so bis zu 100.000 Männer rekrutiert werden. Doch Erfolge blieben weitgehend aus, und als die Soldaten am 9. Juli 1917 den verlangten Eid auf die beiden Kaiser verweigerten, internierten die Mittelmächte 15.000 von ihnen.²⁸

Das vollkommene Scheitern aller Bemühungen um Soldaten aus Russisch-Polen brachten die Verhandlungen mit der Ukraine Anfang 1918. Sie sahen unter anderem eine Abtretung der bislang polnischen Kreise Chełm und Hrubieszów an den Nachbarstaat vor, und trafen deshalb auf scharfen Protest und riefen Streiks sowie in der Folge beinahe bürgerkriegsähnliche Zustände hervor.²⁹ Das hatte Auswirkungen bis nach Wien, wo die Galizier im Reichsrat die Regierung stürzten; die Okkupation hatte also auch in dieser Hinsicht Auswirkungen auf die Heimat.³⁰

Von dem Frieden mit der Ukraine blieben zudem die verbleibenden polnischen Truppen nicht unbeeinflusst. Am 15. Februar meuterten Soldaten unter dem Kommando Józef Hallers. Das 7. k. u. k.-Armeekommando setzte sie mit Waffengewalt und bei elf Toten fest, während die Angehörigen dreier Kompanien, unter ihnen Haller selbst, zu den Russen durchbrachen. Die anderen wurden entwaffnet, das Polnische Hilfskorps offiziell abgeschafft, 160 Offiziere und 4.700 Soldaten gingen in Gefangenschaft. Lediglich die Teile des polnischen Heeres im Generalgouvernement Warschau, die nicht an der Front standen, blieben von der Auflösung unberührt.³¹ Unter dem Kommando des polnischen Regenschaftsrats dienten ab Herbst 1918 nur 9.000 Mann.

28 Rudolf Hecht, *Heeresergänzung – Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, Wien 2010, S. 357–366.

29 AGAD, 312/460. Telegramm MGGL an AOK, 12.02.1918: „Infolge der durch den Friedensschluss mit der Ukraine geschaffenen Lage hat sich des ganzen Landes eine tiefgehende Erregung bemächtigt, welche zu ernstesten Ereignissen führen dürfte. Alle Parteien nehmen geeint Stellung gegen die Monarchie. Heutige lubliner Morgenblätter aller Parteirichtungen bringen mit Umgehung der Zensur fast gleichlautende Brandartikel gegen die Monarchie, welcher Verrat vorgeworfen wird. Die Artikel fordern zum tätlichen Widerstand gegen die Okkupationsregierung auf. In Lublin und Radom heute allgemeiner Generalstreik, welcher bezeichnenderweise von allen Parteien der Rechten arrangiert wird. Großer Demonstrationzug im Gange. Sicherheitsvorkehrungen getroffen.“ AGAD, 312/460. Telegramm MGGL an AOK, 13.02.1918. Siehe auch: Jarosław Cabaj, *Spółczesność guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej*, Siedlce (Monografie. Akademia Podlaska, 63) 2006, S. 160–183.

30 Harald Binder, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie, 29)*, Wien 2005, S. 500f.

31 Hecht, *Heeresergänzung* (wie Anm. 27), S. 247. Monographisch zu Auflösung der Legionen: Mateusz Staroń, *Likwidacja Polskiego Korpusu Posiłkowego w 1918 roku. Losy legionistów po traktacie brzeskim (Komisja Ścigania Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu, 90)*, Warschau 2013.

Die Hoffnungen der Mittelmächte auf mehrere hunderttausend Soldaten aus Russisch-Polen erfüllten sich nicht.³² Ganz im Gegenteil erwiesen sich ihre Bemühungen als fruchtlos, die wenigen tatsächlich aufgestellten Einheiten waren militärisch weitgehend bedeutungslos. Das ist umso bemerkenswerter, als die Bündnispartner sich in diesem Bereich, trotz kleinerer Differenzen, erfolgreich abstimmten, gemeinsam vorgingen und ihre Konkurrenz weitgehend überwand.³³ Indes verstellten ihnen ihre imperialen Ansprüche den Blick auf die Wünsche der Einheimischen. Die Proklamation des Königreichs Polen blieb vor allem ein Mittel, um völkerrechtliche Bedenken in Bezug auf die Rekrutierung von Soldaten auszuhebeln, weniger das ernsthafte Versprechen eines unabhängigen Staats. Die Instrumentalisierung nationaler Kategorien war so offensichtlich – etwa wenn reduzierte Fleischzuteilungen mit dem Bedarf der Legionen begründet wurden –³⁴ dass sie für die Bevölkerung nicht glaubwürdig war. Die Ignoranz sowohl von Deutschland wie von Österreich-Ungarn gegenüber den polnischen Wünschen brachte sie um die substantielleren Beiträge, die ein Verbündeter zum Krieg hätte leisten können.

Ukraine³⁵

Im Falle der Ukraine gab es mit der k. k.-Ukrainischen Legion (später dann Ukrainische Sitschower Schützen, *Ukrains'ki Sičovi Stril'ci*) ebenfalls seit 1914 eine Truppe aus Freiwilligen, die teils aus Galizien, teils aus dem russischen Reich stammten und für die Doppelmonarchie kämpften. Ähnlich wie in Polen war ihre Bedeutung vor allem politischer Natur im Sinne einer Revolutionierung des russischen Teils der Ukraine; militärisch blieben die Einheiten weitgehend bedeutungslos und hatten nie mehr als 5.000 Mann – eine Obergrenze, die allerdings Wien festlegte. 1916 wurde die Truppe in Gefechten stark dezimiert. Man gliederte sie einer unter dem Kommando des Erzherzogs Wilhelm stehenden ‚Kampfgruppe‘ an und setzte sie bis 1918 ein; eine 1917 geschaffene ukrainische

32 Kazimierz Władysław Kumaniecki, *Czasy lubelskie. Wspomnienia i dokumenty* (18. IV. 1916–02. XI. 1918), Krakau 1927, S. 110f.: Chef des Ersatzwesens an Außenministerium Wien, 24.03.1917; Heinz Lemke, *Besellers Denkschrift vom 23.07.1916*, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* 4 (1960), S. 390–400.

33 Exemplarisch: AGAD, 532/45. Auszug aus der „Zusammenstellung der Vereinbarungen zwischen der Deutschen Obersten Heeresleitung und dem k. u. k.-Armeeoberkommando über das Polnische Heer“, o. D. [Herbst 1916]; ÖStA, HHStA, PA I, Liasse Krieg 56a/3/1013. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin, 06.01.1917.

34 AGAD, 532/8.6. (8.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. Dezember 1916.

35 Siehe zur Ukraine auch den Beitrag von Borislav Chernev in diesem Band, S. 139–156.

Division bestand vorwiegend aus russischen Kriegsgefangenen, aber auch hier war die militärische Relevanz gering.³⁶

In den Herrschaftsbereich der Mittelmächte geriet die Ukraine erst seit Ende 1917. Im Zuge der russischen Revolutionen brachen sich in Kiew Unabhängigkeitsbestrebungen Bahn, was es ukrainischen Vertretern erlaubte, mit Deutschland und Österreich-Ungarn am 8./9. Februar 1918 einen Separatfrieden abzuschließen. Damit war dem Land vergönnt, was polnische Politiker vergeblich anstrebten: Die Anerkennung als eine Art selbständiges Subjekt – zwar nur von Gnaden der Mittelmächte und von diesen unabhängig, aber immerhin. Die Rada hatte das auch deshalb erreicht, weil sie riesige Mengen an Getreide zu liefern versprach.³⁷ Das war so verlockend, dass die beiden Verbündeten – wie oben erwähnt – ihr sogar einen Teil Kongresspolens zusprachen. Das wiederum zerstörte sämtliche bis dato gemachten politischen Fortschritte in den beiden Generalgouvernements Warschau und Lublin.

Deutlich zeigen sich darin die Erwartungen an eine Okkupation, die im letzten Kriegsjahr noch viel mehr als früher auf dringliche wirtschaftliche Bedürfnisse abzielten. Der Hunger in Deutschland und Cisleithanien war so groß, dass die frühere Politik ohne Bedenken über Bord geworfen wurde: Noch 1914 galten die Ukrainer in Galizien als eine Art fünfte Kolonne Russlands, und entsprechend grausam war das Vorgehen etwa wegen Spionageverdacht – wohlgermerkt gegen eigene Untertanen.³⁸ Und selbst wenn man später erfolglos versuchte, die Ruthenen im russischen Reich gegen den Zaren aufzuzehnen, dachte Wien zunächst keinesfalls an deren Eigenstaatlichkeit; einerseits aus Rücksichtnahme gegenüber den Polen, andererseits weil wie dort gänzlich ungeklärt war, wie sich ein ukrainischer Staat zu den Ruthenen in Galizien verhalten könnte.

Und so war es die deutsche Ostpolitik,³⁹ die sich im letzten Kriegsjahr als treibende Kraft erwies, auf die Österreich-Ungarn nur reagieren konnte. Nicht zuletzt stellte sich die Frage der Kooperation mit der Rada in Kiew – und Berlin

36 Timothy Snyder, *Der König der Ukraine. Die geheimen Leben des Wilhelm von Habsburg* [Übersetzung der englischsprachigen Originalausgabe 2008], Wien 2009, S. 128f. Siehe auch Ernst Rutkowski, *Die k. k. Ukrainische Legion 1914–1918* (Österreichische militärhistorische Forschungen, 9/10), Wien 2009 und Hecht, *Heeresergänzung* (wie Anm. 28), S. 366–372, zum Ende der Legion. Grundlegend demnächst der noch unveröffentlichte Aufsatz von Wolfram Dornik, *Zwischen Kaiser-Treue und dem Kampf um Unabhängigkeit. Ukrainer in österreichisch-ungarischen Militärformationen*.

37 Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, S. 323–326.

38 Hannes Leidinger, „Der Einzug des Galgens und des Mordes“. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914/15, in: *Zeitgeschichte* 33/5 (2006), S. 235–260.

39 Golczewski, *Deutsche und Ukrainer* (wie Anm. 37), S. 38f und 152–163. Immer noch nützlich ist Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen (Historische Studien, 416), Lübeck 1970.

setzte ganz klar auf weitere Expansion und direkte Beherrschung. Die dahinter stehenden Motive waren einmal mehr eindeutig wirtschaftlicher Art, man träumte von Korn und Kohle.⁴⁰ Dies aber war auch ein Ziel für Wien, und Kaiser Karl forderte Feldmarschall Eduard Freiherr von Böhm-Ermolli, den Kommandeur der 2. Armee, ganz direkt dazu auf, den Export von Lebensmitteln zu organisieren: „Die Requirierungen haben rücksichtslos, eventuell mit Gewalt zu erfolgen“.⁴¹ Aber erneut erwiesen sich die Vorstellungen als unrealistische Träume. Weder lieferte die Rada auch nur annähernd die versprochene Menge an Getreide, noch waren die eigenen Soldaten zu derart umfangreichen Beschlagnahmen personell in der Lage.⁴² Ihre Methoden bei der Requisition waren deutlich aggressiver als in Polen, aber nach wie vor wurden konfiszierte Güter grundsätzlich bezahlt. Wien berief am 16. Mai 1918 Böhm-Ermolli ab, weil man mit seinen wirtschaftlichen Ergebnissen nicht zufrieden war und drastischere Maßnahmen forderte.⁴³

Dennoch lag der Fokus im Besatzungsgebiet nach dieser Phase zwangsweiser Aufbringung auf Kooperation – freilich auf deutschen Druck hin und in deren Gebiet mehr als bei Österreich-Ungarn –, weil sich die Okkupanten von ökonomischen Anreizen größere Erfolge versprachen. Dieses hin und her, das Ausprobieren widersprüchlicher Konzepte innerhalb kurzer Zeiträume, war zuvor schon in Serbien und Polen zu beobachten gewesen. Es ist bezeichnend, dass nicht einmal aus mehr oder weniger zeitgleichen eigenen Erfahrungen beziehungsweise Misserfolgen gelernt wurde. Besetzung war nicht strukturiert und langfristig geplant, sondern entsprach ganz weitgehend dem Prinzip von trial and error – und brachte nirgendwo die erwünschten Resultate.

Es gab schlicht zu wenig kompetentes, kenntnisreiches Personal, das entsprechend auf die Gegebenheiten vor Ort vorbereitet gewesen wäre. Das hinderte Böhm-Ermollis Nachfolger Alfred Krauß allerdings nicht daran, im k. u. k.-Be-

40 Wolfram Dornik/Peter Lieb, Die Ukrainepolitik der Mittelmächte während des Ersten Weltkrieges, in: dies./Georgiy Kasianov/Hannes Leidinger/Aleksej Miller/Bogdan Musial (Hg.), Die Ukraine. Zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922, Graz 2011, S. 91–128, hier S. 116f.

41 Zitiert nach: Wolfram Dornik, Verwaltung der ‚Beute‘. Organisatorische Struktur und wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine durch die Mittelmächte 1918, in: ders./Johannes Gießauf/Walter M. Iber (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, Innsbruck 2010, S. 471–487, hier S. 475.

42 Die Anzahl der Besatzer belegt die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Indienstnahme des Landes. Wenn die Soldaten dennoch nicht ‚ausreichen‘, belegt dies einmal mehr den ständigen ‚Menschenmangel‘ der Mittelmächte im Krieg. Für Zahlenvergleiche mit anderen Besatzungen und zum theoretischen Hintergrund: Jürgen Osterhammel, Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 2009, S. 70f.

43 Dornik, Verwaltung der ‚Beute‘ (wie Anm. 41), S. 477. Siehe auch ders./Peter Lieb, Die wirtschaftliche Ausnutzung, in: dies./Kasianov/Leidinger/Miller/Musial (Hg.), Die Ukraine (wie Anm. 40), S. 281–323.

satzungsgebiet eine Politik zu betreiben, die sich von Deutschland bewusst absetzte und auf eine Zwei-Staaten-Lösung abzielte: Krauß verfolgte die Idee, die Ukraine zwischen den Mittelmächten aufzuteilen, um damit ungehinderten und alleinigen Zugriff wenigstens auf die südlichen Landesteile um Odessa zu haben. Explizit ging es ihm dabei nicht um einen (schein-)selbständigen Staat, sondern ein Gebiet unter direkter militärischer Kontrolle – unter Ausschaltung auch des Ballhausplatzes, um so der Armee alle Ressourcen zu sichern. Aber er konnte sich nicht durchsetzen.⁴⁴

Bei all diesen Zielkonflikten innerhalb der österreichisch-ungarischen Organe und zwischen den Mittelmächten ist es kaum überraschend, dass auch die wirtschaftliche Erschließung nicht vorankam und weder im Sinne einer Integration in den eigenen Machtbereich noch für Zwecke der Ausbeutung erfolgreich war: Das Eisenbahnwesen in der Ukraine war weitgehend privatwirtschaftlich organisiert, eine Einflussnahme gelang nicht. Von Kiew nach Odessa sollte zwar eine neue Strecke gebaut werden, mehr als Gedankenspiele waren indes nicht zu beobachten. Die Wiederinbetriebnahme der Schwerindustrie erwies sich ebenfalls als chaotisch, weil Rohstoffe nicht vorhanden waren und die Ausbeutung der Kohlengruben im Osten des Landes nicht funktionierte. Erneut war es an Deutschland, Kohle zu liefern, um überhaupt Getreide ausführen zu können.⁴⁵

Dazu kam als gravierendes Problem die Landfrage, also die Verteilung der zu einem hohen Anteil in den Händen von Großgrundbesitzern befindlichen Anbauflächen. Viele Kleinbauern waren mit ihren Höfen nicht einmal zur Subsistenzwirtschaft in der Lage, geschweige denn dazu, Überschüsse an die Mittelmächte zu liefern. Diesen sozialen Sprengstoff wollten die Besatzer aber nicht anrühren, weil sie einen wesentlichen Rückgang auch der Getreidelieferungen von den größeren Gütern befürchteten. Im Bestreben, den Status quo zu erhalten, verloren sie viele Sympathien, gewannen aber keine hinzu – und hatten zugleich nicht einmal nennenswerte wirtschaftliche Erfolge. Aber diese Situation erschien ihnen immer noch besser als das befürchtete Chaos.⁴⁶ Erneut muss die Politik also als rein situativ charakterisiert werden, ohne irgendwelche langfristige Perspektive.

44 Wolfram Dornik/Peter Lieb, Die Besatzungsverwaltung, in: dies./Kasianov/Leidinger/Miller/Musial (Hg.), Die Ukraine (wie Anm. 40), S. 249–280, hier S. 268f.

45 Golczewski, Deutsche und Ukrainer (wie Anm. 37), S. 324.

46 Dornik/Lieb, Die wirtschaftliche Ausnutzung (wie Anm. 43), S. 286–288.

Expansion wofür?

Der Generalstab Österreich-Ungarns hatte zwar vor 1914 Überlegungen zur Niederwerfung potentieller Gegner angestellt, aber wie auch das Deutsche Reich verfügte er nicht über Pläne für Okkupationen geschweige denn langfristige Eroberungen und Erweiterungen des eigenen Imperiums.⁴⁷ Schon das sagt viel aus über einen gezielten ‚Griff nach der Weltmacht‘ und die Konkretheit von Expansionsabsichten. Erst nach dem Einmarsch in die jeweiligen Gebiete gab es annexionistische Ideen voller Hybris, nicht selten ventiliert von Privatpersonen und Verbänden. Das galt etwa für den polnischen Fall oder die Ukraine. Diese imperialistischen Pläne hatten, wie etwa im Mitteleuropa-Konzept⁴⁸, vielfach einen Fokus auf ökonomische Aspekte.⁴⁹ Aber sie blieben nicht realisierte Vorstellungen, und tatsächlich scheuten die Mittelmächte endgültige Regelungen über die territoriale Gestalt oder die Verfasstheit der eroberten Gebiete, selbst wenn sie gerne Versprechungen machten. Die Proklamation des Königreichs Polen ist dafür das beste Beispiel – aber sie hatte ihre Ursache ausschließlich darin, dass sonst die geplante Rekrutierung von Soldaten gegen das Kriegsrecht verstoßen hätte, das dies in feindlichen Staaten verbot; in einem nicht feindlichen, weil ‚neuen‘ Staat hingegen war dergleichen erlaubt. Das sagt einiges über die Bedeutung des Kriegsrechts aus, über dessen ‚kreative‘ Auslegung, aber auch über die Ziele der Expansion: Es ging während des Kriegs stets nur um Ressourcen materieller und personeller Art, die Erweiterung des eigenen Imperiums beziehungsweise seines Einflussgebiets wurde dagegen auf die Zeit nach einem Frieden vertagt.

Andererseits lieferte bereits im August 1916 der Sektionsrat Friedrich von Boschan für das Wiener Außenministerium eine bestechend klare Analyse über das besetzte Polen ab. Noch anhand der Vorkriegszahlen belegte er die geringere landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes im Vergleich mit der Doppelmonarchie und kam zu einer eindeutigen Schlussfolgerung: „Ein wirklich namhafter Überschuss, von welchem wir oder Deutschland profitieren könnten, ist in Polen nur bezüglich der Kartoffeln und auch bezüglich dieser Fruchtgattung nur in einem relativ recht eingeschränkten Maße vorhanden.“⁵⁰ Er zog daraus die Schlussfolgerung, dass man bei künftigen Friedensverhandlungen

47 Vgl. Lehnstaedt, Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen (wie Anm. 8), S. 70–76.

48 Achim Müller, Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Österreich-Ungarn und die Diskussion um Mitteleuropa im Ersten Weltkrieg, Marburg 2001.

49 Siehe ganz plakativ: Arthur Dix, Der Weltwirtschaftskrieg. Seine Waffen und seine Ziele, Leipzig 1914, S. 39f.

50 Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Nl. Boschan/2. Materialien für die Friedensverhandlungen (Ackerbau, Viehzucht und Staatsdomänen in Russisch-Polen), von Sektionsrat Dr. Friedrich von Boschan, August 1916.

mit Russland nur wenig Kompensation für die Rückgabe des Landes fordern könne; dessen wirtschaftlicher Wert sei schlicht zu gering.

Dieses Fazit ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: Zum einen, weil Boshan auf das eroberte Gebiet nur in rein ökonomischer Hinsicht blickte. Zum anderen, weil er selbst nach zwei Jahren Krieg nicht davon ausging, es behalten zu können – oder auch nur zu wollen. Die Dominanz der Ökonomie steht so gegen die Entwicklungen des k. u. k.-Imperialismus nach 1908, der vor allem von militärstrategischen Vorstellungen geprägt war und die bis dato präsenste Wirtschaft mehr und mehr in den Hintergrund drängte.⁵¹ Aber die Resultate der Okkupationen blieben höchst enttäuschend und weit hinter den optimistischen Erwartungen zurück. Wirtschaftspolitik zeigte sich als eine Art trial and error, bei der gleiche Versuche und Fehler in verschiedenen Gebieten wiederholt wurden. Der Grund dafür war zunächst die übersteigerte, unrealistische Erwartungshaltung, die mit ‚Prinzip Hoffnung‘ treffend zu charakterisieren ist. Darüber hinaus waren die Militärs (und nur sie verantworteten die Besetzungen) mit einer effektiven Organisation überfordert – aber das gilt für Deutschlands Okkupationen genauso, und es gilt auch für die heimischen Ökonomien. Die Idee einer vollständigen Lenkung von Volkswirtschaften entstand zwar im Ersten Weltkrieg und erwies sich als enorm wirkmächtig,⁵² entbehrte aber empirischer Erfolge. Die Vorkriegsproduktion, die wohl der einzig sinnvolle Vergleichsmaßstab für ‚Effizienz‘ ist, wurde weder in der Heimat noch in den Okkupationsgebieten erreicht.

Selbstverständlich kann es keine ‚optimale‘ Okkupation geben, weil die Interessen der Besetzten und der Besatzer zuwiderlaufen und die Ausbalancierung immer einen Kompromiss bedeutet – was alleine vielleicht einem Optimum nahekäme. Tatsächlich aber gab es auch keine spezifische k. u. k.-Art der Besatzung, jedenfalls nicht, wenn man die Doppelmonarchie der Vorkriegszeit und ihren Umgang mit ihren verschiedenen Völkern zugrunde legt: Österreich-Ungarns Vorgehen nach 1914 ähnelte viel mehr dem der Deutschen. Langfristige imperiale Absichten standen in einem Konfliktverhältnis mit den kurzfristigen Kriegsnotwendigkeiten. Letztere wurden zudem durch das Völkerrecht begrenzt. Und weil der Denkhorizont ganz anders war als im Zweiten Weltkrieg, unterblieb exzessive Massengewalt gegen Zivilisten. Die Frage, ob Radikalität zu

51 Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 900), Frankfurt am Main 2001, S. 305.

52 Werner Plumpe, *Ökonomische Krisen und politische Stabilität in der Moderne*, in: Dariusz Adamczyk/Stephan Lehnstaedt (Hg.), *Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 33), Osnabrück 2015, S. 25–47, hier S. 31 f.

einer ‚effektiveren‘ Ausbeutung geführt hätte, bleibt daher kontrafaktisch; blickt man allerdings auf den Zweiten Weltkrieg, muss es stark bezweifelt werden.

Wenn also Expansion während des Ersten Weltkriegs vorwiegend ökonomischen Zielen dienen musste, diese aber nicht nur wegen der eigenen Inkompetenz,⁵³ sondern auch wegen der allgemeinen Rahmenbedingungen gar nicht erreichbar waren, wozu dann überhaupt erobern? Diese Frage stellten sich die Zeitgenossen – aus gutem Grund – nicht, denn für einen Sieg war natürlich die Niederringung des Feindes unerlässlich. Man musste dessen Territorium betreten und dabei die eigenen Kosten so niedrig wie möglich halten. Nur so konnte der Krieg überhaupt geführt werden. Und nebenbei betrachtet: er hatte riesige und vollkommen unvorhersehbare ökonomische Implikationen, aber diesbezügliche Überlegungen spielten nur eine sehr nachrangige Rolle.⁵⁴

Expansion ist also das zentrale Mittel zum Sieg und muss bis dahin die eigene wirtschaftliche Belastung reduzieren. In diesem Sinne bedeutet ‚wofür Expansion?‘, die Frage zu stellen, ob die Besetzungen den Besatzern tatsächlich einen ökonomischen Vorteil brachten oder nur noch mehr Kosten verursachten. Wirtschaft berührt mithin den Kern jedes Krieges der Moderne. Nur mit materiellen und personellen Ressourcen kann überhaupt ein Sieg erzielt werden, und wer diese nicht – wie die Mittelmächte – in den eigenen Territorien vorhanden hat, muss sie anderswo besorgen. Im Ersten Weltkrieg bedeutete das vielfach aber nichts anderes, als wie seit Urzeiten aus dem Lande zu leben.

Messbar im Sinne eines *impact factor* ist der ‚Wert‘ von Besetzung nicht; klar ist aber, dass die Erwartungen nicht annähernd erfüllt wurden und auch die absoluten Mengen gering blieben. Für die Mittelmächte wäre – wenn überhaupt – nur mit den vereinten (und vollständig mobilisierten personellen und materiellen) Ressourcen der eroberten Gebiete ein Sieg möglich gewesen. Diese standen aber aus den verschiedensten Gründen nur bruchstückhaft zur Verfügung. Nicht zuletzt in dieser Hinsicht wurde zwischen 1914 und 1918 kein ‚totaler Krieg‘ geführt. Die Expansion als zugleich notwendige und unlösbare Aufgabe hatte daher, so wie sie tatsächlich stattfand, im Grunde nur Nachteile für Österreich-Ungarn. Aber das gilt auch für den Ersten Weltkrieg als Solchen.

53 Zu dieser Interpretation das Fazit bei Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen* (wie Anm. 8), S. 464.

54 Selbst unter anderen Bedingungen als dem Ersten Weltkrieg war ein ‚Wirtschaftskrieg‘ eher eine theoretische Überlegung. Vgl. Sönke Neitzel, *Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege*, in: Dornik/Gießauf/Iber (Hg.), *Krieg und Wirtschaft* (wie Anm. 41), S. 49–66, hier S. 56.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Heiko Brendel

Der Drang nach Süden. Grenzen und Hindernisse habsburgischer Expansion im Adriaraum unter besonderer Berücksichtigung der Bucht von Kotor

Die Dynastie der Habsburger war Zeit ihres Bestehens expansiv. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der *longue durée* des habsburgischen Vordringens im Adriaraum. Mit der Schlacht bei Dürnkrut (1278) in Niederösterreich erwarben die Habsburger die Herzogtümer Steiermark und Österreich mitsamt Wien, nach den Gebietsverlusten durch die Schweizer Habsburgerkriege im 14. und 15. Jahrhundert verlagerte sich das Machtzentrum der Dynastie ins Ostalpengebiet. Das den habsburgischen Erblanden nächstgelegene Meer war damit nicht mehr das Ligurische Meer, sondern die Adria mit dem 350 Kilometer von Wien entfernten Golf von Triest (Trieste, Trst) und der Kvarner-Bucht. Die auf die Adria ausgerichtete Südexpansion des Habsburgerreiches kollidierte von Beginn an mit venezianischen, ab dem 15. Jahrhundert auch mit osmanischen, ab dem 18. Jahrhundert mit russischen und französischen und ab dem 19. Jahrhundert mit italienischen und serbischen Interessen. Der habsburgische ‚Drang nach Süden‘¹ fand seinen Höhe- und Schlusspunkt im Ersten Weltkrieg, als das k. u. k. 19. Korps 1916 bis fast zur albanischen Hafenstadt Vlora (Valona) vorstieß. Vlora an der Straße von Otranto – einer Meerenge, die Adria im Norden mit dem Ionischen Meer im Süden verbindet und an der schmalsten Stelle zwischen dem apulischen Otranto und dem Vlora nur gut 70 Kilometer breit ist – war seit 1913 Teil des unabhängigen Fürstentums Albanien. Zuvor hatte die Stadt mehr als vier Jahrhunderte zum Osmanischen Reich gehört.

Die Osmanen hatten den westlichen Balkan und damit den Adriaraum bereits Ende des 14. Jahrhunderts erreicht. Am östlichen Adriaufer gelang es einzig der Republik Venedig (Venezia), einen Teil ihrer Besitzungen dauerhaft gegen die osmanischen Angriffe zu verteidigen. Im Mittelpunkt stand dabei, neben Zadar

1 Analog dazu der deutsche ‚Drang nach Osten‘ und der von Andrej Mitrović so bezeichnete deutsche und österreichisch-ungarische ‚Drang auf den Balkan‘. Siehe dazu Wolfgang Wippermann, *Der ‚deutsche Drang nach Osten‘: Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes* (Impulse der Forschung, 35), Darmstadt 1981; Andrej Mitrović, *Prodor na Balkan: Srbija u planovima Austro-Ugarske i Nemačke 1908–1918* (Biblioteka istorija), Belgrad 1981.



Karte 1

(Zara) und Split (Spalato), „Venezianisch-Albanien“² mit der Bucht von Kotor (Cattaro) – einem der besten natürlichen Tiefwasserhäfen der Welt – und der gleichnamigen Stadt als administrativem und wirtschaftlichem Zentrum.

Die Adria war seit dem hohen Mittelalter ein venezianisches *mare clausum*, mit dem osmanischen Vorstoß im 15. Jahrhundert wurde das Randmeer zu einem zwischen dem Osmanischen Reich im Osten und den christlichen Mächten im Norden und Westen umstrittenen Grenzraum.³ Das Osmanische Reich kontrollierte die Lika, Bosnien, die Herzegowina und den größten Teil Albaniens. Einzig die Stadtrepublik Dubrovnik und das Fürstbistum Montenegro, zu dem auch das hoch über der Bucht von Kotor aufragende Lovćenmassiv gehörte, konnten – als Vasallen des osmanischen Sultans – eine Teilautonomie wahren. Im Schatten Venedigs, der damals größten und reichsten Stadt des christlichen Europa, und zugleich in Konkurrenz zur ‚Serenissima‘ rückten die Habsburger ab Mitte des 14. Jahrhunderts an die Adria vor: Das zur Grafschaft Görz gehörende San Giovanni di Duino am Golf von Triest nördlich der istrischen Halbinsel wurde 1366 habsburgisch, die Stadt Triest folgte im Jahre 1382.⁴ 1465 wurde Rijeka (Fiume) erworben, die Habsburger hatten damit einen Zugang zur Kvarner-Bucht (siehe Karte 1).

Das Osmanische Reich erreichte in der Regierungszeit Sultan Süleymans I. (1494–1566) den Gipfel seiner Macht, 1529 belagerten osmanische Truppen Wien. Auf den Langen Türkenkrieg (1593–1606) folgte dann eine fast sechzigjährige Friedensperiode zwischen den Osmanen und den Habsburgern, die in dieser Zeit ihren Fokus jeweils auf andere innen- und außenpolitische Gegner lenkten. Auch zwischen Venedig und dem Osmanischen Reich sollte es nach dem Ende des Vierten Osmanisch-Venezianischen Krieges (1570–1573), in dem die Venezianer Zypern verloren hatten, für siebzig Jahre zu keinen Kampfhandlungen kommen. Da es Venedig aber gelungen war, das südlich der Straße von Otranto gelegene Korfu gegen die Osmanen zu halten, blieb die Adria ein nahezu exklusives venezianisches Einflussgebiet. Die Republik ging auch weiterhin gegen jedweden Eindringling in ihren maritimen Herrschaftsbereich vor und

2 Zur spätmittelalterlichen Geschichte dieses Raumes siehe Oliver Jens Schmitt, *Das venezianische Albanien: 1392–1479* (Südosteuropäische Arbeiten, 110), München 2001.

3 Pamela Ballinger, *Liquid Borderland, Inelastic Sea? Mapping the Eastern Adriatic*, in: Omer Bartov/Eric D. Weitz (Hg.), *Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands*, Bloomington 2013, S. 423–437, hier S. 424–425.

4 Andreas Helmedach, *Das Verkehrssystem als Modernisierungsfaktor: Straßen, Post, Fuhrwesen und Reisen nach Triest und Fiume vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Eisenbahnzeitalter* (Südosteuropäische Arbeiten, 107), München 2000, S. 49.

war dadurch in langwierige, aber zumeist niederschwellige Konflikte mit allen Adriaanrainern verwickelt.⁵

In dieser relativ langen Friedensperiode verstetigten sich irreguläre Kriegsförmungen der einheimischen – albanisch- wie serbokroatischsprachigen – Bevölkerung. Die Kämpfer beider Seiten glichen sich in ihrer sozialen Stellung und ihrer Kampfweise.⁶ Und dies galt nicht nur zu Lande, sondern auch zur See, beispielsweise die im 16. und 17. Jahrhundert von Senj an der Kvarner-Bucht aus operierenden Uskokon.⁷ Doch die mit den Habsburgern verbündeten Uskokon überfielen nicht nur osmanische Schiffe, was schließlich zum Uskokenkrieg (1615–1618) zwischen Venedig und den Habsburgern eskalierte.⁸

In der Seekriegsführung hatte das Osmanische Reich den Zenit seiner Macht schon im 16. Jahrhundert überschritten: Während die Osmanen in der Seeschlacht von Preveza (1538) im Ionischen Meer noch gegen eine vereinigte christliche Flotte triumphiert hatten, unterlagen sie drei Jahrzehnte später in der Seeschlacht von Lepanto (1571). Doch auch der Sieg bei Lepanto konnte den langsamen Niedergang der strategisch überdehnten Stadtrepublik Venedig zugunsten des Osmanischen Reichs nicht aufhalten.⁹ So mussten die Venezianer im Jahr des größten Seesiegs ihrer Geschichte die zu ‚Venezianisch-Albanien‘ gehörenden Städte Bar (Antivari) und Ulcinj (Dulcigno) sowie Sutomore (Spizza) an die Osmanen abtreten. Mit der Niederlage im Kretakrieg (1645–1669) verlor die Republik ihre letzte bedeutende Besitzung im östlichen Mittelmeerraum.

Der Große Türkenkrieg (1683–1699) begann mit einer Gegenoffensive der habsburgisch dominierten kaiserlichen Truppen nach der gescheiterten zweiten osmanischen Belagerung Wiens und sollte die territorialen Verhältnisse in Südosteuropa neu ordnen. Venedig sah in diesem Konflikt vor allem die Gelegenheit, die in den vergangenen Kriegen erlittenen Verluste durch die Annexion osmanischer Gebiete zu kompensieren. So wurde der Moreakrieg (1684–1699)

5 Fernand Braudel, *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.*, Bd. 1, ⁴Frankfurt am Main 1992 [zuerst Paris 1949], S. 181–183.

6 Siehe dazu bspw. Géza Dávid/Pál Fodor (Hg.), *Ottomans, Hungarians, and Habsburgs in Central Europe. The Military Confines in the Era of Ottoman Conquest (The Ottoman Empire and its Heritage, 20)*, Leiden 2000; zur Situation speziell in Ungarn siehe Mark L. Stein, *Guarding the Frontier. Ottoman Border Forts and Garrisons in Europe (Library of Ottoman studies, 11)*, London 2010; zur Situation in Kroatien siehe Gunther Erich Rothenberg, *The Austrian Military Border in Croatia, 1522–1747 (Illinois Studies in the Social Sciences, 48)*, Urbana 1960.

7 Siehe Fikret Adanır, *Heiduckentum und osmanische Herrschaft. Sozialgeschichtliche Aspekte der Diskussion um das frühneuzeitliche Räuberwesen in Südosteuropa*, in: *Südost-Forschungen* 41 (1982), S. 43–116, hier S. 87–88 u. Catherine W. Bracewell, *The Uskoks of Senj. Piracy, Banditry, and Holy War in the Sixteenth Century Adriatic*, Ithaca 1992, S. 175–236.

8 Adanır, *Heiduckentum und osmanische Herrschaft* (wie Anm. 7), S. 88.

9 Robert E. Harkavy, *Strategic Basing and the Great Powers, 1200–2000 (Strategy and History, 24)*, Abington 2007, S. 38.

zu einem wichtigen Teilkonflikt des Großen Türkenkriegs.¹⁰ Den Venezianern gelang es in dessen Verlauf nicht nur, die seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten zum Osmanischen Reich gehörende Halbinsel Peloponnes zu besetzen, sondern auch in der Bucht von Kotor die osmanische Hafenfestung Herceg Novi (Castelnuovo) und die Stadt Risan (Risano) zu erobern, wodurch das Osmanische Reich einen herben marinestrategischen Rückschlag erlitt, verlor es doch seine bestgeschützten Adriaahäfen.

Nachdem sich das Kriegsglück mit der Zweiten Schlacht bei Mohács (1687) und dem Fall Belgrads (1688) auch im Norden gegen die Osmanen gewendet hatte, stießen kaiserliche Truppen tief in osmanisches Territorium vor. Über Niš rückten die Kaiserlichen im Hinterland weit nach Süden vor, bis nach Prishtina und Skopje. Auch Peja wurde eingenommen. Venezianische Truppen landeten derweil an der albanischen Küste und besetzten zudem bei nur geringem Widerstand Teile der Herzegowina.¹¹

Doch hatte sich die militärische Lage der Habsburger, der Venezianer und ihrer christlichen Verbündeten im Osmanischen Reich bereits kurz nach der Einnahme Belgrads 1688 erheblich verschlechtert: Keine drei Wochen nach dem Fall Belgrads waren französische Truppen im Heiligen Römischen Reich einmarschiert und eröffneten damit den Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697). Die Habsburger hatten nun einen Zweifrontenkrieg auszufechten. Als Mitte 1689 das Gros der kaiserlichen Armee aus Südosteuropa an den Rhein verlegt wurde, bot sich den Osmanen die Gelegenheit für eine umfassende Gegenoffensive. Belgrad wurde bereits 1690 zurückerobert. Die mit den Kaiserlichen verbündeten Südslawen und Albaner wurden Opfer massiver Übergriffe der osmanischen Truppen, die schließlich zu einer Massenflucht von vermutlich mehreren zehntausend Christen, vor allem orthodoxer Serben aus Metochien, ins Habsburgerreich führten.¹² Nach dem Ende des Pfälzischen Erbfolgekriegs 1697 ging die Initiative in Südosteuropa wieder an die Kaiserlichen über. In der Schlacht von Zenta (1697) erlitten die Osmanen die verheerendste militärische Niederlage ihrer Geschichte, die kaiserliche Armee drang bis nach Sarajevo vor, wo nichts als verbrannte Erde hinterlassen wurde.¹³ Doch zu einem erneuten Vorstoß habs-

10 „Morea“ ist die seit dem Mittelalter übliche romanische Bezeichnung der griechischen Halbinsel Peloponnes.

11 Siehe dazu Moriz von Angeli, Beiträge zur vaterländischen Geschichte: II. Die kaiserliche Armee unter dem Ober-Commando des Markgrafen Ludwig von Baden in den Feldzügen 1689–92 gegen die Türken, in: Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs 2 (1877), S. 136–292; Raimund Gerba, Die Kaiserlichen in Albanien 1689, in: Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs, Neue Folge 2 (1888), S. 115–178 u. Carl Peez, Mostar und sein Culturkreis: Ein Städtebild aus der Herzegovina, Leipzig 1891, S. 225.

12 Alexandru Madgearu, The Wars of the Balkan Peninsula: Their Medieval Origins, Lanham 2008, S. 24.

13 Marie-Janine Calic, Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region, München 2016.

burgischer Streitkräfte bis nach Makedonien und Albanien sollte es vor 1916 nicht kommen.

Aufgrund ihrer militärischen Niederlagen sahen sich die Osmanen gezwungen, den Frieden von Karlowitz (1699) zu schließen.¹⁴ Im westlichen Adriaum fiel die Lika an das Habsburgerreich, womit eine Landverbindung zwischen den habsburgischen Kroatien und dem venezianischen Dalmatien bestand. Das zwischen Dalmatien und Venezianisch-Albanien gelegene Dubrovnik sah sich durch den Friedensschluss bedroht und trat daher zwei schmale Landkorridore an das Osmanische Reich ab, die von da an als Puffer zwischen den Besitzungen der Stadtrepubliken Dubrovnik und Venedig dienten: im Norden die bosnische Küstenstadt Neum, im Süden die Sutorina am Nordufer der Bucht von Kotor.¹⁵

Einige Jahre später kam es zu erheblichen Spannungen zwischen dem Osmanischen Reich und der Republik Venedig aufgrund wechselseitiger Kaperungen von Handelsschiffen in der Adria, wo christliche Korsaren aus der Bucht von Kotor osmanische Schiffe aufbrachten und muslimische Korsaren aus Ulcinj Jagd auf venezianische Schiffe machten.¹⁶ Das Osmanische Reich begann einen Revanchekrieg gegen die Republik. Durch den Kriegseintritt des Habsburgerreiches weitete sich der Konflikt zum Venezianisch-Österreichischen Türkenkrieg (1714–1718) aus, was zu einer Serie von Niederlagen der Osmanen gegen die Kaiserlichen führte. Mit dem Frieden von Passarowitz (1718) mussten die Osmanen zum zweiten Mal in nur zwei Jahrzehnten weite Gebiete in Südosteuropa, unter anderem Nordserbien mit Belgrad und Teile Nordbosniens, an die Habsburger abtreten. Doch auch Venedig war ein Verlierer: Die Seerepublik musste ihre Ansprüche auf die erst dreißig Jahre zuvor eroberte Peloponnes aufgeben, die Halbinsel wurde wieder Teil des Osmanischen Reichs. Außerhalb der Adria behielten die Venezianer nur wenige Inseln und Festungen an der albanischen und griechischen Küste und schieden aus dem Kreis der europäischen Großmächte aus.¹⁷

14 Zum Frieden von Karlowitz siehe Monika Molnár, *Der Friede von Karlowitz und das Osmanische Reich*, in: Arno Strohmeyer/Robert Pech (Hg.), *Frieden und Konfliktmanagement in interkulturellen Räumen: Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit* (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 45), Stuttgart 2013, S. 197–220.

15 Siehe dazu Branko Sambrailo, *Izlaz Bosne na Jadran* (Klek-Sutorina, XVII i XVIII st.), in: *Pomorski zbornik – Društvo za proučavanje i unapređenje pomorstva Jugoslavije u Zadru 4* (1966), S. 403–418.

16 Kenneth Meyer Setton, *Venice, Austria, and the Turks in the Seventeenth Century* (Memoirs of the American Philosophical Society, 192), Philadelphia 1991, S. 426f.; siehe auch Gligor Stanojević/Milan Vasić, *Istorija Crne Gore: Knjiga treća: od početka XVI do kraja XVIII vijeka*; tom prvi, Titograd [Podgorica] 1975, S. 583.

17 Zu den Vereinbarungen des Frieden von Passarowitz mit einem Fokus auf den westlichen Balkan siehe Dragoljub R. Živojinović, *Požarevački mirovni ugovor u svetlosti političkih zbivanja u Evropi (1715–1720)*, in: *Zbornik istorijskog muzeja Srbije 7* (1970), S. 197–205.

Durch das gleichzeitige Ende von osmanischer Bedrohung und venezianischer Dominanz – die auch mit dem Niedergang der seit der Antike die Seekriegsführung im Mittelmeer dominierenden Galeerenflotten und der wachsenden Bedeutung von kampfstarken Segelschiffen einherging –¹⁸ gewannen die Adria Häfen Triest und Rijeka an strategischer und wirtschaftlicher Relevanz für das Habsburgerreich. Um den Handel zu fördern, wurde Triest 1719 zum Freihafen erklärt. In diese Zeit fielen auch die ersten Versuche, eine österreichische Marine aufzubauen.¹⁹

Dennoch sollte die Bedeutung der habsburgischen Adria Häfen im 18. Jahrhundert nicht überschätzt werden. So hatte die erste österreichische ostindische Handelskompanie, die von 1722 bis 1731 bestehende Ostender Kompanie, ihren Sitz nicht in Triest, sondern im mehr als 1.000 Kilometer von Wien entfernten Nordseehafen Ostende (Oostende) in den Österreichischen Niederlanden.²⁰ Und dies trotz der erheblichen strategischen Nachteile der habsburgischen Nordseehäfen: Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) als Exklave an die österreichische Linie des Hauses Habsburg gefallen, waren die Österreichischen Niederlande von den übrigen habsburgischen Ländern geografisch getrennt und im Kriegsfall – ob gegen Frankreich oder die Republik der Vereinigten Niederlande – kaum zu verteidigen. Dazu kam die fortwährende niederländische Blockade der Schelde, die die Nutzung Antwerpens, des mit Abstand besten Hafens des Landes, verhinderte.²¹

Durch die Erschließung des Semmering-Passes ab 1728 bestand zwischen Triest und dem nur 350 Kilometer entfernten Wien erstmals eine direkte Straßenverbindung. Durch die Verkehrsanbindung ans Ostalpengebiet nahm die wirtschaftliche Bedeutung Triests erheblich zu, und erst durch den Bau der Passstraße wurde der Freihafen zu einem ernsthaften Konkurrenten des nur gut 100 Kilometer entfernten Venedigs.²² Entscheidend für den Aufschwung war auch die lange Friedensperiode im Adria raum: Der Krieg von 1714 bis 1718 war der letzte zwischen dem Osmanischen Reich und der Republik Venedig gewesen. Die bis 1797 währende Friedensperiode sollte auch durch den Russisch-Öster-

18 Jan Glete, *Navies and Nations: Warships Navies and State Building in Europe and America 1500–1860*, Bd. 1 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Stockholm Studies in History, 48), Stockholm 1993, S. 305–309.

19 Siehe etwa Renate Basch-Ritter, *Österreich auf allen Meeren: Geschichte der k. (u.) k. Kriegsmarine von 1382–1918*, Graz 1987, S. 37f.

20 Siehe dazu Michael-W. Serruys, *The Port and City of Ostend and the Process of State Consolidation in the Southern Netherlands in the Seventeenth and Eighteenth Centuries. A Geopolitical Approach*, in: *International Journal of Maritime History* 19 (2007), S. 319–348.

21 Serruys, *The Port and City of Ostend* (wie Anm. 20), S. 321–326.

22 Siehe dazu Eva Faber, *Trieste and the Austrian Littoral 1700–1850*, in: Luc François/Ann Katherine Isaacs (Hg.), *The Sea in European History (CLIOH's Workshop, 1)*, Pisa 2001, S. 57–70, hier S. 57–58.

reichischen Türkenkrieg von 1735 bis 1739 nicht gestört werden, obwohl dieser für die Habsburger ungünstig verlief und zu erheblichen österreichischen Gebietsverlusten auf dem Balkan führte: Im Frieden von Belgrad (1739) mussten die Habsburger fast alle Gebietsgewinne des Friedens von Passarowitz, die Stadt Belgrad eingeschlossen, wieder aufgeben. Erst 1787 sollte es wieder zu einem Krieg zwischen der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich kommen.

Nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) rückte die Adria noch stärker in den Blick Wiens: Maria Theresia (1717–1780) leitete weitere umfassende Infrastrukturmaßnahmen in die Wege, um Triest „in ein wirkliches Ausfallstor der Donaumonarchie zum Mittelmeer zu verwandeln“.²³ Zusammen mit Marine-regularien und -gesetzen wurden ab den späten 1760er-Jahren die Grundlagen sowohl für die österreichische Handels- als auch Kriegsmarine gelegt. Dabei ist von einem umfassenden Wissens- und Techniktransfer von den Österreichischen Niederlanden nach Triest auszugehen. So wurden die beiden ersten habsburgischen Kriegsschiffe, die zum Schutz der Handelsflotte in Triest stationiert wurden, von Ostende in die Adria verlegt.²⁴ In den 1770er-Jahren wurden zur Durchsetzung der Handels- und Kolonialinteressen des Habsburgerreiches zwei neue österreichische Ostindienkompanien²⁵ geschaffen, die nun beide ihren Sitz in Triest und nicht mehr in den Österreichischen Niederlanden hatten.²⁶

Zu dieser Zeit wuchs auch das Interesse Wiens an Montenegro, das im unmittelbaren Hinterland der zu Venezianisch-Albanien gehörenden Bucht von Kotor lag und den die Bucht überschauenden Lovćen kontrollierte. Aber die Entscheidungsträger in Wien misstrauten den aufgrund der dortigen Stammesstrukturen unübersichtlichen politischen Zuständen in Montenegro und lehnten 1777 ihnen angebotene montenegrinische Hilfstruppen ab.²⁷ Gleichzeitig bemühten sich Wien und Sankt Petersburg um einen österreichisch-russischen Interessenausgleich, der zu einem Geheimvertrag der beiden Großmächte führte: Die beiden Kaiserreiche planten das Ende der osmanischen Herrschaft in Europa und die Aufteilung der europäischen Besitzungen des

23 Robert-Tarek Fischer, *Österreich im Nahen Osten. Die Großmachtpolitik der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633–1918*, Wien 2006, S. 39.

24 Paul Schmalenbach, *Kurze Geschichte der k. u. k.-Marine. Mit Ausnahme der Tätigkeit auf der Donau und den oberitalienischen Seen* (Koehlers kleine Seebücherei, 4), Herford 1970, S. 15.

25 Die *Société impériale asiatique de Trieste et Anvers* und die *Société asiatique de Trieste*.

26 Siehe zu diesen Handelskompanien: Franz von Pollack-Parnau, *Eine österreichisch-ostindische Handelscompagnie, 1775–1785. Beitrag zur österreichische Wirtschaftsgeschichte unter Maria Theresia und Joseph II* (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 12), Stuttgart 1927.

27 Barbara Jelavich, *History of the Balkans, Bd. 1: Eighteenth and Nineteenth Centuries*, Cambridge 1983, S. 86.

Sultans.²⁸ Im Rahmen von territorialen Arrondierungen sollten auch die venezianischen Gebiete auf dem westlichen Balkan – also Dalmatien und Venezianisch-Albanien – an Österreich fallen.²⁹ Auch das aus Gründen von Religion und Sprache eher Russland zugeneigte Montenegro wurde aus geografischen Erwägungen der Interessensphäre der Habsburger zugesprochen.³⁰

1787 erklärte das Osmanische Reich dem Russischen Reich den Krieg. Die Russen hatten den Konflikt provoziert, um das Osmanische Reich zusammen mit Österreich gemäß der Geheimabsprachen zu zerschlagen.³¹ Das Habsburgerreich trat in den Krieg ein, der zum Zweiten Russisch-Österreichischen Türkenkrieg (1787–1792) wurde. Wien entsandte einen kroatischstämmigen Offizier, Joseph Philipp Vukasović (1755–1809), mit einem Infanterieregiment nach Montenegro. Mit venezianischer Erlaubnis landete Vukasović, der Montenegro schon einige Jahre zuvor bereist hatte, in Budva (Budua) und zog von dort weiter ins formell zum Osmanischen Reich gehörende Hinterland. Sein Auftrag war es, die dortigen Würdenträger, vor allem den Sandschakbey von Skutari (Shkodra, Skadar), zu einem offenen Aufstand gegen die osmanische Herrschaft zu bewegen. Die Mission scheiterte, der Sandschakbey war nicht bereit, die Waffen gegen den Sultan zu erheben – und rüstete stattdessen gegen die montenegrinischen Stämme, die mit Vukasović zusammenarbeiteten.³² Vukasović unternahm mit verbündeten Montenegrinern und venezianischen Überläufern eine vergebliche militärische Aktion, um sich kurz darauf ins venezianische Kotor zurückzuziehen.³³ Auch die österreichischen Erfolge an anderen Fronten hielten sich in Grenzen: Belgrad konnte Ende 1789 nur mühsam eingenommen werden, während im Januar 1790 Preußen ein Offensivbündnis mit den Osmanen schloss

28 Edgar Hösch, Das sogenannte „griechische Projekt“ Katharinas II. Ideologie und Wirklichkeit der russischen Orientpolitik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge*, 12 (1964), S. 168–206, hier S. 190–195.

29 Hösch, Das sogenannte „griechische Projekt“ (wie Anm. 27), S. 199.

30 Đorđe Borozan, Montenegro vom 16. Jahrhundert bis 1918, in: Walter Lukan/Ljubinka Trgovčević/Dragan Vukčević (Hg.), *Serbien und Montenegro. Raum und Bevölkerung – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Recht* (Österreichische Osthefte, Sonderband 18), Münster 2007, S. 177–192, hier S. 182.

31 Siehe dazu Isabel de Madariaga, *The Secret Austro-Russian Treaty of 1781*, in: *The Slavonic and East European Review* 38/90 (1959), S. 114–145.

32 Colin J. Heywood, *Karâ Mahmûd Paşha*, in: Peri J. Bearman/Thierry Bianquis/Clifford E. Bosworth/ Emeri J. van Donzel/Wolfhart P. Heinrich (Hg.), *The Encyclopedia of Islam, New edition*, Bd. 4, Leiden 1997, S. 588f., hier S. 588; Stanojević/Vasić, *Istorija Crne Gore* (wie Anm. 16), S. 438.

33 Stanojević/Vasić, *Istorija Crne Gore* (wie Anm. 16), S. 439 u. 443, siehe zu Vukasovićs Mission auch Johann Franz Kempen von Fichtenstamm, *Die Sendung des österreichischen Hauptmanns Vukasovich nach Montenegro im Jahre 1788*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (1828), S. 170–193 bzw. 263–280.

und damit das Habsburgerreich zu einem Separatfrieden auf der Basis des *Status quo ante bellum* mit dem Sultan zwang.

Im Jahre 1797, im Rahmen des Italienfeldzugs Napoleon Bonapartes (1769–1821), wurde Venedig von französischen Truppen besetzt und die Republik Venedig aufgelöst. Mit dem Frieden von Campo Formio, der den Ersten Koalitionskrieg (1792–1797) beendete, fielen Venetien sowie die venezianischen Besitzungen in Istrien, Dalmatien, Istrien sowie Venezianisch-Albanien als ‚Herzogtum Venedig‘ an das Kaisertum Österreich. Die Habsburger traten das Erbe der Republik Venedig an: Sie kamen in den Besitz der vormals venezianischen Adriaufhäfen wie Zadar und Split in Dalmatien sowie Pula (Pola) in Istrien und übernahmen die venezianische Kriegs- und Handelsflotte. Die Bucht von Kotor, nun der südlichste und der Straße von Otranto nächstgelegene habsburgische Hafen, wurde kontinuierlich zu einem Flottenstützpunkt ausgebaut, um in der Adria auf den erwarteten Krieg gegen Frankreich vorbereitet zu sein.³⁴ Von Kotor aus konnten die Mittelmeerflotten der mit Österreich verbündeten Briten und Russen fast nach Belieben operieren.

Doch im Dritten Koalitionskrieg (1805) besiegte Napoleon die russisch-österreichische Armee in der Schlacht von Austerlitz, Österreich wurde zum Frieden von Pressburg gezwungen. Die venezianischen Gebiete, die mit dem Frieden von Campo Formio an die Habsburger gefallen waren, wurden nun dem napoleonischen Königreich Italien zugeschlagen, Dalmatien wurde von französischen Truppen besetzt. In der Bucht von Kotor kam es zu Unruhen, als der österreichische Kommandant verkündete, dass ‚Österreichisch-Albanien‘ vertragsgemäß an Frankreich übergeben werden sollte. Montenegrinische Stammeskrieger überschritten die Grenze und übernahmen, zusammen mit russischen Marinesoldaten, die Kontrolle der Bucht, französische Angriffe wurden abgewiesen.³⁵ Erst mit dem russisch-französischen Frieden von Tilsit 1807 konnten die Franzosen die Städte und Festungen Österreichisch-Albanien ohne jede Gegenwehr besetzen, die Bucht von Kotor wurde zum wichtigsten französischen Marinestützpunkt der Region.³⁶ 1810 wurde Kotor Teil der unmittelbar zum Kaiserreich Frankreich gehörenden Illyrischen Provinzen.

Die Lage destabilisierte sich, als Napoleons Russlandfeldzug Ende 1812 scheiterte und die sogenannten ‚Befreiungskriege‘ begannen. Artikel 93 der Schlussakte des Wiener Kongresses (1815) bestätigte die Zugehörigkeit der Bucht von Kotor zur Habsburgermonarchie. Dem Großen Titel des Kaisers von Österreich wurde der Zusatz ‚Herr von Cattaro‘ hinzugefügt, dem Großen Kai-

34 George J. Prpić, French Rule in Croatia, 1806–1813, in: *Balkan Studies* 5 (1964), S. 221–276, hier S. 226.

35 Nikolaj Velimirović, *Französisch-slavische Kämpfe in der Bocca di Cattaro, 1806–1814*, Bern 1910.

36 Prpić, *French Rule in Croatia* (wie Anm. 34), S. 252.

serlichen Wappen für Österreichisch-Albanien ein roter Löwe.³⁷ Für die Österreicher sollte das periphere Dalmatien, zu dem Kotor nun administrativ gehörte, bis 1918 eine ‚Randprovinz‘ von in erster Linie strategischem Wert bleiben. Konrad Clewing beschrieb diesen Wert mit Blick auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zutreffend als „passiv“: Wien hatte weder Ambitionen, seine Macht in das osmanische Hinterland Dalmatiens zu projizieren, noch stand eine umfassende maritime Aufrüstung auf der politischen Agenda. So war es letztlich relevant für Wien, Dalmatien mitsamt der Bucht von Kotor zu beherrschen, um dadurch zu verhindern, dass irgendeine andere Macht diesen Teil der Ostküste der Adria kontrollieren würde, denn dies würde die strategischen Interessen der Habsburgermonarchie im Adria-raum nachhaltig bedrohen.³⁸ Grundsätzlich galt diese strategische Logik auch für die Dalmatien benachbarten, formal osmanischen Gebiete Montenegro und Albanien.

Die Lage wurde durch die komplizierten Beziehungen Österreichs zum Fürstbistum Montenegro nicht vereinfacht. In den 1830er-Jahren konnte ein offener Krieg zwischen Österreich und Montenegro nur verhindert werden,³⁹ da der österreichische Außenminister Klemens Wenzel von Metternich (1773–1859) – der mit dem montenegrinischen Fürstbischof Peter II. Petrović-Njegoš (1813–1851; Episkopat 1830–1851) persönlich bekannt war – die Position vertrat, dass die Politik des Habsburgerreichs gegenüber dem Fürstbistum von zwei Faktoren bestimmt sein sollte: Erstens sollte Montenegro von Österreich nicht direkt politisch kontrolliert werden, zweitens sollte die österreichische Politik aber auf Maßnahmen abzielen, die Montenegriner zu zivilisieren, zu modernisieren und zu europäisieren.⁴⁰ 1841 wurde der Verlauf der österreichisch-montenegrinischen Grenze festgelegt, und sogleich begann das Habsburgerreich damit, Grenzbefestigungen zu errichten.⁴¹ Die Verteidigungswerke wurden nochmals ausgebaut, nachdem die gesamte Bucht von Kotor durch kaiserliches

37 Adolph Schmidl, *Das Kaiserthum Oesterreich*. In zwei Bänden, mit vielen artistischen Beigaben, Stuttgart 1842, S. 61.

38 Konrad Clewing, *Der begrenzte Wert strategischen Wertes. Dalmatien als habsburgische Randprovinz*, in: Hans-Christian Maner (Hg.): *Grenzregionen der Habsburgermonarchie im 18. und 19. Jahrhundert. Ihre Bedeutung und Funktion aus der Perspektive Wiens* (Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 1), Münster 2005, S. 217–234, hier S. 221.

39 Siehe zum Beinahe-Krieg von 1838 Semek, *Repressaliengefechte gegen die Montenegriner im Jahre 1838*, in: *Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs* (dritte Folge) (1906), S. 161–214.

40 Ulrike Tischler, *Die habsburgische Politik gegenüber Serben und Montenegrinern 1791–1822. Förderung oder Vereinnahmung?* (Südosteuropäische Arbeiten, 108), München 2000, S. 355–360 und 370.

41 Caspar Heer, *Territorialentwicklung und Grenzfragen von Montenegro in der Zeit seiner Staatswerdung (1830–1887)* (Geist und Werk der Zeiten, 61), Bern 1981, S. 46–51; *Dalmatien und seine Befestigung. Eine politisch-militärische Studien von einem Genie-Officier*, in: *Streffleur's Österreichische Militärische Zeitschrift* 11/4 (1870), S. 1–38, hier S. 10f.

Dekret am 6. Mai 1854 zum Kriegshafen erklärt worden war.⁴² Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewann das Habsburgerreich – aber auch das seit 1861 vereinigte Königreich Italien – deutlich an relativer maritimer Bedeutung, während das relative Gewicht des Osmanischen Reichs als Seemacht zurückging (siehe Abb. 1). Auch dieser Prozess ging mit Modernisierungen im Schiffbau – der Abkehr vom hölzernen Segelschiff – einher.⁴³

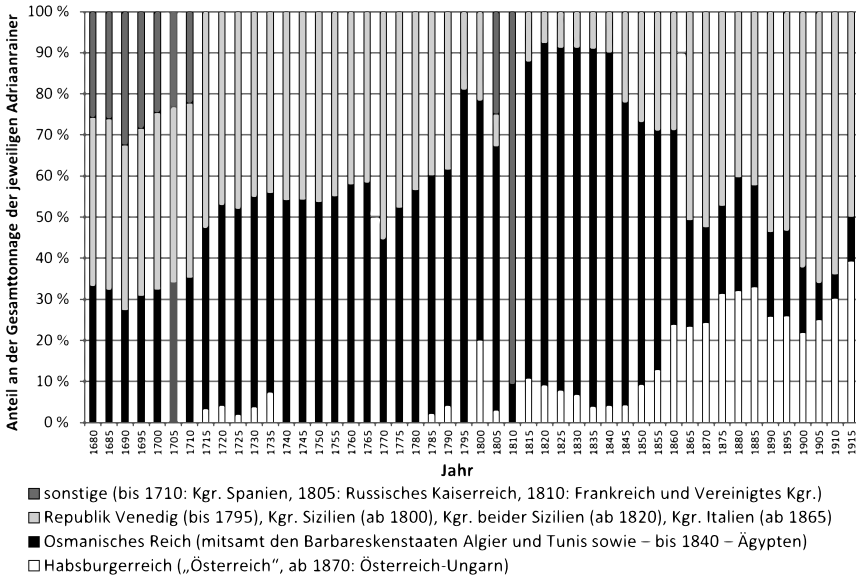


Abb. 1: Die relativen Flottenstärken der Adriaanrainer von 1720 bis 1915.⁴⁴

42 205. Circular-Verordnung des Armee-Ober-Commando vom 9. August 1854, in: Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich: Jahrgang 1854, Wien 1854, S. 837f.

43 Siehe dazu Glete, *Navies and Nations* (wie Anm. 18), S. 458–467.

44 Berücksichtigt wurden von 1680 bis 1795 Segelkriegsschiffe mit mindestens 300 Tonnen Wasserverdrängung sowie Kriegsgaleeren (Standardgaleeren und Flaggschiffgaleeren, ohne kleinere Galeerentypen), von 1800 bis 1860 Kriegsschiffe mit mindestens 500 Tonnen Wasserverdrängung, 1865 Kriegsschiffe mit mindestens 1000 Tonnen Wasserverdrängung, von 1870 bis 1875 Kriegsschiffe mit mindestens 2000 Tonnen Wasserverdrängung, von 1880 bis 1885 gepanzerte Kriegsschiffe mit mindestens 3000 Tonnen Wasserverdrängung, von 1890 bis 1915 gepanzerte Kriegsschiffe mit mindestens 4000 Tonnen Wasserverdrängung. Im Jahre 1915 werden keine Einheiten berücksichtigt, die vor 1906 gebaut wurden. Maßgeblich ist jeweils der 1. Januar des genannten Jahres. Siehe Glete, *Navies and Nations* (wie Anm. 18); Robert Gardiner (Hg.), *Conway's All the World's Fighting Ships: 1860–1905*, London 1979; ders., *Conway's All the World's Fighting Ships: 1906–1921*, London 1985; George Modelski/William R. Thompson, *Seapower in Global Politics: 1494–1993*, Basingstoke 1988; William R. Thompson (Hg.), *Great Power Rivalries (Studies in International Relations)*, Columbia 1999.

Als 1869 mutmaßlich von Montenegro unterstützte Unruhen in der zu Österreich-Ungarn gehörenden Krivošije in der unmittelbaren Nachbarschaft Kotors ausbrachen, fürchtete Wien den Verlust seines Kriegshafens an das benachbarte, nun säkularisierte Montenegro. Eine von Montenegro beherrschte Bucht von Kotor hätte vermutlich bedeutet, dass das Russische Reich den dortigen Hafen hätte militärisch nutzen können, was einer strategischen Katastrophe für das Habsburgerreich gleichgekommen wäre. Andere österreichisch-ungarische Entscheidungsträger vermuteten das Königreich Italien hinter den Unruhen, auch wenn es dafür keinerlei Beweise gab: Das grundsätzliche italienische Interesse am Ostufer der Adria und die wachsende italienische Kriegsflotte reichte für alle Verdächtigungen aus.⁴⁵ Schnell eskalierte die Lage. Verstärkungen konnten aber nur langsam herangeführt werden, denn eine Landverbindung zwischen der Bucht von Kotor und dem übrigen südlichen Dalmatien bestand nicht, da die Sutorina zum Osmanischen Reich gehörte. Zudem war Süddalmatien um Dubrovnik vom übrigen Österreich-Ungarn durch den osmanischen Landkorridor um Neum getrennt. Während die Armee des Habsburgerreiches also erhebliche Nachschubprobleme hatte, verfügten die Aufständischen über einen idealen Rückzugsraum: das benachbarte Montenegro.

In diesem Kontext trat nun der k. u. k.-Außenminister Gyula Andrassy (1823–1890) auf den Plan und stellte mit deutlichen Worten die Interessen der Habsburgermonarchie klar: „[...] das Ziel unserer Politik geht dahin, die westliche Hälfte des Balkans – ich will sie nicht erobern – dauernd unter unseren Einfluß zu bekommen.“⁴⁶ So erweiterte Österreich-Ungarn sein Gebiet nach den Aufständen und Kriegen auf dem Balkan seit 1875 und dem Russisch-Osmanischen Krieg (1877–1878) auf Kosten des Osmanischen Reichs erheblich: Die Berliner Kongressakte (1878) gestattete dem Habsburgerreich die ‚Okkupation‘ Bosniens und der Herzegowina. Dadurch fielen sowohl die Sutorina als auch das Gebiet von Neum an die Habsburgermonarchie, womit erstmals eine direkte Landverbindung des südlichsten Teils Dalmatiens und damit Kotors mit dem Rest der Habsburgermonarchie bestand. Auch annektierte Österreich-Ungarn die Ortschaft Sutomore nördlich von Bar, Sutomore blieb bis zum Ende der Habsburgermonarchie dessen südlichste Gemeinde. Durch diese Grenzkorrektur befand sich der wichtigste montenegrinische Hafen, Bar, in Reichweite der Küstenbatterien des Habsburgerreiches.⁴⁷ Zur gleichen Zeit befand sich der

45 Lawrence Sondhaus, *The Naval Policy of Austria-Hungary, 1867–1918. Navalism, Industrial Development, and the Politics of Dualism*, West Lafayette 1994, S. 13.

46 Theodor von Sosnosky, *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866*, Bd. 2, Stuttgart 1913–1914, S. 19.

47 Siehe John David Treadway, *The Falcon and the Eagle. Montenegro and Austria-Hungary, 1908–1914*, West Lafayette 1983, S. 32–63.

österreichisch-ungarische Kriegshafen in der Bucht von Kotor aber auch in der potenziellen Reichweite von Geschützen auf dem montenegrinischen Lovćen – ein Szenario, das durch die waffentechnischen Fortschritte im späten 19. Jahrhundert, in deren Folge die Artillerie deutlich an Reichweite, Durchschlagskraft und Treffsicherheit gewann, immer bedrohlicher wurde. Überlegungen Österreich-Ungarns, durch einen Gebietstausch mit Montenegro den Lovćen zu erwerben, scheiterten vor allem daran, dass der Status des Lovćen für Montenegro nicht verhandelbar war – unter anderem, weil der markante Berg ein montenegrinisches Nationalsymbol war. So befand sich in einer Kapelle auf dem Lovćen seit 1854 das Grabmal des schon zu seinen Lebzeiten legendären Fürstbischofs Peter II.⁴⁸

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte die beschleunigte Industrialisierung Österreich-Ungarns zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in Triest und Rijeka, die beiden Städte wurden 1857 beziehungsweise 1873 an das Eisenbahnnetz angeschlossen, es entstanden Raffinerien und Werften – während gleichzeitig die traditionellen Segelschiffbauer in der Bucht von Kotor in wirtschaftliche Not gerieten. Denn das südliche Dalmatien – ohnehin ökonomisch unterentwickelt – profitierte nicht von den Umbrüchen dieser Jahre, fehlte es der Region doch einerseits an Eisenerz- und Kohlevorkommen, andererseits wurde eine Eisenbahnanbindung durch die Topografie der Dinariden erschwert.⁴⁹ So blieb Kotor eine der am schlechtesten erreichbaren Bezirkshauptstädte im Habsburgerreich.⁵⁰ Erst 1901 wurde in Zelenika bei Herceg Novi ein Bahnhof errichtet: Im Rahmen eines ‚militärischen Eisenbahnprojekts‘ war die ‚Dalmatinerbahn‘ gebaut worden.⁵¹ Der ökonomische Effekt auf die Region war gering. Und selbst strategisch änderte sich wenig, konnte die Möglichkeit, Truppen per Bahn in die Bucht von Kotor zu verlegen, doch die militärische Bedrohung durch den Lovćen nicht kompensieren.

Vor diesem Hintergrund hatte der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, Franz Conrad von Hötzendorf (1852–1925), in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mehrfach und nachdrücklich die Beseitigung des ‚Lovćen-Problems‘ gefordert.⁵² Nach den Balkankriegen kam es zu einem Streit der

48 Ljubomir Durković-Jakšić, Njegoš i Lovćen: Povodom 120-godišnjice njegoševe smrti 1851–1971, (Biblioteka Pravoslavlja, Posebna izdanja, 5), Belgrad 1971, S 64.

49 Clewing, Der begrenzte Wert strategischen Wertes (wie Anm. 38), S. 222–223.

50 Siehe Helmut Rumpler/Martin Seger (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 9: Soziale Strukturen, Teilbd. 2: Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910, Wien 2010, S. 254f.

51 Helga Berdan, Die Machtpolitik Österreich-Ungarns und der Eisenbahnbau in Bosnien-Herzegowina 1872–1914, Wien 2008, S. 67f., URN: <urn:nbn:at:at-ubw:1-29453.37693.3746 53-9> (zuletzt abgerufen am 17.04.2019).

52 John Leslie, The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims. Policies and Policy-making in Vienna and Budapest before and during 1914, in: Elisabeth Springer/Leopold Kammerhofer

Großmächte um das die Bucht von Kotor umgebende Karstgebirge, das das Potenzial hatte, den Dreibund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien zu sprengen. Denn Österreich-Ungarn kündigte an, im Falle einer drohenden Vereinigung Serbiens mit Montenegro die montenegrinische Küstenlinie zu annektieren, um damit seinen Kriegshafen in der Bucht von Kotor zu schützen und gleichzeitig dem ‚Großserbien‘ des Hauses Karađorđević den Adriazugang zu verwehren. Das Königreich Italien – die Ehefrau des italienischen Königs war Elena von Montenegro (1873–1952), eine Tochter des montenegrinischen Königs Nikolaus I. Petrović-Njegoš (1841–1921) – wiederum ließ verlauten, einen österreichisch-ungarischen Lovćen und die Annexion der montenegrinischen Küste durch die Habsburgermonarchie aufgrund seiner eigenen Interesse am Ostufer der Adria nicht akzeptieren zu können. Die italienische Regierung war in dieser Frage aber durchaus verhandlungsbereit: Sie hätte einen österreichisch-ungarischen Lovćen akzeptiert, wenn dafür das Trentino – damals zu Tirol gehörend – an Italien abgetreten worden wäre. Dies wiederum war für Österreich-Ungarn nicht akzeptabel.⁵³ Verkompliziert wurde die Situation durch die Interessen Italiens in Albanien.

Die abstrakte Bedrohung, die vom Lovćen für den österreichisch-ungarischen Kriegshafen in der Bucht von Kotor bestand, wurde im Jahre 1914 gleich zweimal sehr konkret: Die Kampfhandlungen an der Adriaküste begannen am 8. August 1914, als die mit Serbien verbündeten Montenegriner von ihren Artilleriestellungen auf dem Lovćen österreichisch-ungarische Stellungen in der Bucht von Kotor beschossen. Doch die Reaktion der Streitkräfte des Habsburgerreichs zeigte zugleich, dass die Bedrohung durch den Lovćen militärisch weniger bedeutend als befürchtet war: Die Schiffsartillerie der veralteten Linienschiffe der k. u. k. V. Schwere Division – die im Seekrieg gegen moderne Dreadnoughts keinen Wert mehr hatten – erwiderte das Feuer und zerstörte die montenegrinischen Geschütze in kürzester Zeit. Österreichisch-ungarische Kriegsschiffe bombardierten als Vergeltung die montenegrinische Küstenstadt Bar, zerstörten die dortige Funkstation und beschädigten die Hafenanlagen. Begrenzte Vorstöße montenegrinischer Infanterie in die Bucht von Kotor scheiterten an den österreichisch-ungarischen Verteidigern und deren Befestigungsanlagen.

Einen guten Monat später sollte sich dieses Szenario wiederholen und die Artilleriestellungen auf dem Lovćen noch einmal in den Fokus des militärischen Interesses rücken: Am 18. September 1914 war ein französisches Detachement

(Hg.): Archiv und Forschung. Das Haus- Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, 20), Wien 1993, S. 307–394, hier S. 315 f.

53 Treadway, *The Falcon and the Eagle* (wie Anm. 47), S. 179.

von 140 Marinesoldaten mit acht Schiffsgeschützen in Bar gelandet. Die moderne Artillerie war für die Stellungen auf dem Lovćen bestimmt. Dies war letztlich Teil einer größer angelegten französischen Marine- und Landeoperation, mit der die Franzosen die Bucht von Kotor erobern wollten – ein Szenario, das das österreichisch-ungarische Armeekommando fürchtete.⁵⁴ Doch aufgrund des schwierigen Terrains, aber auch aufgrund der Gleichgültigkeit und Apathie der Montenegriner, über die sich der französische Kommandant bitter beschwerte, dauerte es vier Wochen, bis die in Einzelteile zerlegten Geschütze endlich auf dem Lovćen und wieder einsatzbereit waren. Am 19. Oktober eröffnete die französische Artillerie das Feuer auf den österreichisch-ungarischen Kriegshafen. Erneut erwiesen sich die Geschütze der veralteten Linienschiffe der k. u. k. V. Schwere Division als geeignet, das Feuer zu erwidern, als zusätzliche Vergeltung griffen diesmal österreichisch-ungarische Marineflieger die Hafenanlagen in Bar an. Als das österreichisch-ungarische Flottenkommando dann noch die Pre-Dreadnought *Radetzky* mit ihren 30,5-Zentimeter-Geschützen nach Kotor befahl, war die schwächere französische Artillerie auf dem Lovćen deutlich unterlegen. Die Franzosen räumten ihre Stellungen am 26. Oktober 1914. Zu den befürchteten französischen Landeoperationen sollte es bis Kriegsende nicht kommen.⁵⁵

An der Südspitze Dalmatiens wiederum, die für die Sicherheit des Kriegshafens in der Bucht von Kotor von untergeordneter Bedeutung war, hatte die österreichisch-ungarische Armee schon vor Kriegsbeginn damit begonnen, sich zurückzuziehen. Daher konnten montenegrinische Truppen kampfflos in Sutomore und Budva einmarschieren. 155 Quadratkilometer österreichisch-ungarisches Staatsgebiet mit 7.000 Einwohnern sollten bis zum 8. Januar 1916 montenegrinisch besetzt bleiben. Ein Achtungserfolg für Montenegro: Zuletzt war Budva 1813 von montenegrinischen Truppen besetzt worden. In Sutomore versenkten die Montenegriner in einem symbolischen Akt eine 1904 – zum 25. Gedenktag der Zugehörigkeit des Gebietes zu Österreich-Ungarn – aufgestellte Kaiserbüste in der Adria. Erst 1916, zum 86. Geburtstag Franz Josephs I., sollte die Büste an ihren Platz zurückkehren.⁵⁶

54 Franz Conrad von Hötzendorf, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, Bd. 4, Wien 1923, S. 385.

55 Österreichisches Staatsarchiv (ÖstA), Kriegsarchiv (KA), Manuskripte (MS), Technik im Weltkrieg (TiWk) 21, Op. Nr. 843 „Erfahrungen im Festungskampfe“ (10.12.1914); siehe auch Louis Cadars, La guerre d'Orient 1914–1918: Les Dardanelles et Salonique (Les cahiers de l'histoire, 45), Paris 1965, S. 123–125; Paul G. Halpern, The Naval War in the Mediterranean: 1914–1918, London 1987, S. 34–36; generell zur französisch-montenegrinischen Zusammenarbeit: Dimitrije Vujović: Ratna saradnja Crne Gore i Francuske : 1914–1916 (Posrebna izdanja/Odjeljenje društvenih nauka, 6), Podgorica 1994.

56 Kaiserbüste in Sutomore, in: Cetinjer Zeitung 1 (17.08.1916), S. 5.

Der Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 auf Seiten der Entente sollte die strategischen Rahmenbedingungen im Adriaraum ändern. Nun war es der britischen und der französischen Mittelmeerflotte möglich, die sogenannte ‚Otrantosperre‘ zu errichten, eine von Kriegsschiffen bewachte Minensperre, die in der Straße von Otranto einen Ausbruch österreichisch-ungarischer Schiffe aus der Adria ins offene Mittelmeer verhindern sollte. Die große Distanz zwischen dem Hauptkriegshafen der k. u. k.-Kriegsmarine in Pula und der Straße von Otranto machten die durch den Lovćen nach wie vor nur beschränkten Nutzungsmöglichkeiten des Kriegshafens in der Bucht von Kotor – der für Überraschungsangriffe auf die Otrantosperre deutlich günstiger lag – für die Seekriegsführung der Habsburgermonarchie zu einem Problem. Wenn Österreich-Ungarn seinen südlichsten Kriegshafen vollumfänglich nutzen wollte, musste es, dies hatten die Ereignisse im August und Oktober 1914 gezeigt, den Lovćen kontrollieren – und dies wiederum war, in Anbetracht der Bündniskonstellationen, nur durch die militärische Unterwerfung Montenegros möglich. Eine Verhandlungslösung war Ende 1915 schlicht nicht vorstellbar. Gleichzeitig hatte Italien damit begonnen, seinen bereits seit Oktober 1914 im albanischen Vlorë bestehenden Brückenkopf gen Norden auszuweiten. Eine italienische Armee im Norden Albanien wurde vom k. u. k.-Armeeoberkommando als unmittelbare Bedrohung Österreich-Ungarns betrachtet, könnte ein entschlossener italienischer Vorstoß auf den Süden des Königreichs Dalmatien – und damit die exponierte Bucht von Kotor – mit den dort zur Verfügung stehenden Kräften doch kaum aufgehalten werden. Ein paar Tausend Montenegriner war es 1914 nicht gelungen, die Bucht von Kotor ernsthaft zu bedrohen. Dem 100.000 Mann starken italienischen Expeditionskorps in Albanien wurde mehr zugetraut als der deutlich kleineren und schlecht ausgerüsteten Armee des Königreichs Montenegro.

So setzte sich Conrad über die deutschen Bedenken hinweg und ließ die österreichisch-ungarische Eroberung Montenegros und im Anschluss den weiteren Vorstoß gegen die Italiener in Albanien vorbereiten. Der österreichisch-ungarische Hauptangriff gegen Montenegro sollte – mitten im Winter 1916 – über die auch bei anerkannten militärischen Fachleuten als nahezu uneinnehmbar geltenden Lovćenstellungen geführt werden,⁵⁷ da dort nur relativ schwache montenegrinische Verbände standen. Gleichzeitig rückten österreichisch-ungarische Streitkräfte von Osten nach Montenegro vor. Die montenegrinische Armee kapitulierte, König Nikolaus I. floh über die Adria nach Italien. Auf montenegrinischem Boden begannen Friedensverhandlungen mit einer montenegrinischen

57 Peter Enne, Die österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro 1916 unter besonderer Berücksichtigung der Operation über den Lovćen und des Zusammenbruchs der montenegrinischen Armee, Wien 2008, S. 164.

Rumpfregierung. K. u. k.-Außenminister Stephan Burián von Rajecz (1851–1922) wollte Montenegro als Königreich fortbestehen lassen, jedoch nur in seinen ungefähren Grenzen von 1878 – das Küstengebiet, vor allem natürlich der Lovćen, und einige weitere militärische wichtige Gebiete sollten an Österreich-Ungarn abgetreten werden.⁵⁸ Nach den Vorstellungen des Armeekommandos war hingegen die vollständige Annexion des gesamten montenegrinischen Staatsgebiets die wünschenswerteste Lösung. Falls dies nicht durchsetzbar sei, so zumindest eine Annexion eines großen Teils des küstennahen, westlichen Montenegro. Im verbleibenden Rumpfmontenegro mit der Hauptstadt Podgorica sollte die österreichisch-ungarische Armee – „bei der militärischen Bedeutung, die Montenegro in Zukunft für uns haben wird“⁵⁹ – all das bauen und einrichten dürfen, was sie für notwendig halte. Letztlich verlangte das Armeekommando ein Protektorat über das besetzte Königreich:

„Wenn schon die allein rationelle Lösung durch Annexion nicht zur Durchführung gelangt, so muß doch Montenegro seine effektive Selbständigkeit verlieren, es darf ihm nurmehr eine nominelle, eine Scheinsouveränität belassen werden. [...]

Fügt sich Montenegro den vitalen Forderungen der Monarchie nicht, dann bleibt der Monarchie eben nichts übrig als die [...] radikale, sicherste und zweckmäßigste Lösung in Form der Annexion, die allein imstande wäre, eine jahrzehntelange Celle der Beunruhigung an unserer Balkangrenze und den Ursprung steter Verlegenheiten endlich aus der Welt zu schaffen.“⁶⁰

Dabei betonte das Armeekommando vor allem die strategische Bedeutung, die das Gebiet des Königreichs Montenegro für die Fortführung des Krieges gegen die italienischen Streitkräfte in Albanien hatte. Ohne die Kontrolle der durch Montenegro führenden Nachschubwege hätten die Kampfhandlungen in Albanien eingestellt werden müssen: „Eines der wesentlichen Interessen, deren Wahrung bei einem Friedensschluß mit Montenegro in Betracht kommt, ist unsere verlässliche, gesicherte Verbindung mit Albanien. [...]“⁶¹ Dabei spielte auch die große Rolle Albaniens in Buriáns Konzeptionen eine Rolle.⁶² Für Tisza wiederum – der gegenüber einem deutschen Diplomaten geäußert hatte, dass er „nicht immer gleicher Ansicht mit Burian“ sei – war Albanien bedeutungslos, der ungarische Ministerpräsident hatte aber eine „milde Behandlung Monte-

58 ÖstA, KA, Militärkanzlei Seiner Majestät (MKSM), Karton 1253, 69–13/19 ad ex 1916, Entwurf eines Erlasses an den k. u. k. Gesandten Eduard Otto (Januar 1916).

59 ÖstA, KA, MKSM, Karton 1253, 69–13/19 ex 1916, Brief Erzherzog Friedrich an Burián (22.01.1916).

60 Brief Erzherzog Friedrich an Burián (wie Anm. 59).

61 Brief Erzherzog Friedrich an Burián (wie Anm. 59).

62 Siehe dazu Marvin Benjamin Fried, *The Cornerstone of Balkan Power Projection. Austro-Hungarian War Aims and the Problem of Albanian Neutrality, 1914–1918*, in: *Diplomacy & Statecraft* 23 (2012), S. 425–445.

negros“ gefordert. Das Königreich sollte einzig den Hafen von Bar verlieren, „damit italien. Intriguen ein Riegel vorgeschoben werde“⁶³. Am 1. März 1916 ging alle Militär- und Zivilgewalt in Montenegro durch die *Allgemeinen Grundzüge für die k. u. k. Militärverwaltung in Montenegro* auf den k. u. k.-Militärgeneralgouverneur über – eine Einigung wurde bis Kriegsende nicht erreicht. Beispielsweise wurden im Gemeinsamen Ministerrat am 12. Januar 1917 die Kriegsziele Österreich-Ungarns debattiert. Das ‚Maximalprogramm‘ Kaiser Karls I./IV. (1887–1922) sah unter anderem die vollständige Annexion des k. u. k.-Militärgeneralgouvernements in Montenegro vor. Aber selbst im „Minimalprogramm“ forderte Karl I./IV., – neben der Bewahrung der territorialen Integrität Österreich-Ungarns und der Entmachtung der serbischen Königsfamilie Karađorđević – die Annexion des Lovćen.⁶⁴ Im Zusammenhang mit den österreichisch-ungarischen Plänen, den Lovćen dauerhaft in Besitz zu nehmen, stand auch die Umbettung der sterblichen Überreste Fürstbischof Peters II. im Jahre 1916.⁶⁵

Schon ein paar Tage vor der formellen Schaffung des k. u. k.-Militärgeneralgouvernements in Montenegro hatte die österreichisch-ungarische Marine damit begonnen, ihre Kreuzerflotte in die Bucht von Kotor zu verlegen.⁶⁶ Von dort aus waren die Otrantosperre, das italienische Brindisi und auch das seit Oktober 1914 italienisch besetzte Vlorë für österreichisch-ungarische Kreuzer und Zerstörer nur gut sechs Stunden entfernt.⁶⁷ Einige Tage später begann die deutsche Marine, den Kriegshafen in der Bucht von Kotor zu ihrem wichtigsten U-Boot-Stützpunkt im Mittelmeer auszubauen. Aufgrund seiner geografischen Lage – nur gut 200 Kilometer nördlich der Otrantosperre – war der österreichisch-ungarische Kriegshafen der für Feindfahrten im Mittelmeer am günstigsten gelegene Stützpunkt der Mittelmächte: Triest lag gut 600 Kilometer weiter nördlich, Pula 500 Kilometer und das Šibenik immerhin noch 300 Kilometer. Von Pula waren U-Boote einen ganzen Tag Überwasserfahrt weiter von der Straße von Otranto entfernt als von Kotor – und entsprechend verwundbar für italienische Marineflieger und MAS-Boote.⁶⁸ Im größeren Maßstab betrachtet nimmt die Bucht von Kotor eine zentrale Lage innerhalb des Mittelmeers ein: 2.700 Kilometer von der Straße von Gibraltar, 2.100 Kilometer von Marseille,

63 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA), Telegramm vom 23.01.1916 an das Auswärtige Amt.

64 Miklós Komjáthy (Hg.), *Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie: (1914–1918)* (Publicationes Archivi Nationalis Hungarici, 2, 10), Budapest 1966, S. 446.

65 Siehe dazu Đorđije-Đoko D. Pejović, *Zašto su Njegoševi posmrtni ostaci preneseni sa Lovćena na Cetinje 1916. godine*, in: *Istorijski Zapisi* 20 (1963), S. 498–501.

66 Sondhaus, *The Naval Policy of Austria-Hungary* (wie Anm. 45), S. 286.

67 Halpern, *The Naval War in the Mediterranean* (wie Anm. 55), S. 264–265.

68 Die italienische Abkürzung bezeichnet mit Torpedos bewaffnete Motorboote.

2.000 Kilometer vom Suezkanal und weniger als 1.000 Kilometer von Malta – damit waren Feindfahrten auf allen wichtigen Handelsschiffahrtsrouten der Entente im Mittelmeer möglich. Diese enorme Aufwertung Kotors war nur durch die österreichisch-ungarische Eroberung des Lovćen möglich geworden – und der damit einhergehenden Sicherheit, dass die machtvollen Geschützstellungen auf dem Berg auf absehbare Zeit nicht von einer feindlich gesinnten Macht kontrolliert werden würden.

Gleichzeitig wurde die in Zelenika endende Schmalspurbahn durch Bosnien und die Herzegowina sowie Dalmatien für den Nachschub der Besatzungstruppen in Montenegro und vor allem auch Albanien unerlässlich (siehe Abb. 2). Denn weiter im Süden hatten österreichisch-ungarische Truppen am 28. Februar 1916 Durrës (Durazzo) besetzt. Zwischen Durrës und dem 100 Kilometer weiter südlich gelegenen Vlora kam der Vormarsch des k. u. k. 19. Korps dann aufgrund nicht vorhandener Eisenbahnlinien, schlechter Straßenverhältnisse und ungünstiger Witterungsbedingungen ins Stocken, denn die Fronttruppen konnten aufgrund der immer länger werdenden Nachschubwege kaum noch versorgt werden. Zudem intensivierte sich beim Vorrücken auf Vlora der Widerstand der in Süditalien stehenden italienischen Kräfte. So kamen die offensiven Möglichkeiten der Habsburgermonarchie knapp 150 Kilometer südöstlich des Kriegshafens in der Bucht von Kotor zum Erliegen. Es sollte dem k. u. k. 19. Korps auch im weiteren Verlauf des Krieges nicht gelingen, den italienischen Brückenkopf in Vlora zu erobern.⁶⁹ Die Italiener in Südalbanien hatten gleichzeitig sehr ähnliche Versorgungsprobleme, sie waren sogar vollständig auf maritimen Nachschub angewiesen, der von Brindisi nach Vlora transportiert wurde. Diese auf beiden Seiten sehr ungünstigen logistischen Verhältnisse an der strategisch unbedeutenden Albanienfront trugen entscheidend dazu bei, dass sich Italien wie Österreich-Ungarn mit dem in der ersten Hälfte 1916 erreichten Status bis kurz vor dem Ende des Krieges weitgehend begnügten.⁷⁰ Damit hatte die Südausdehnung des Machtbereichs der Habsburgermonarchie im Adriaraum genau 550 Jahre nach der Inbesitznahme von San Giovanni di Duino am Golf von Triest ihren Höhepunkt erreicht.

69 Ob die k. u. k.-Armee trotz aller Schwierigkeiten doch in der Lage gewesen wäre, die Evakuierung der serbischen Armee nach Korfu zu unterbinden oder gar Vlora einzunehmen, ist umstritten. Siehe dazu Lothar Baumgartner, Österreich-Ungarns Dünkirchen? Eine Gegenüberstellung von Berichten zum Abtransport der serbischen Armee aus Albanien im Winter 1915/16, in: *Marine – Gestern, Heute* 9 (1982), S. 46–53, hier S. 53.

70 Wolfgang Etschmann/Erwin A. Schmidl, Albanien im Ersten Weltkrieg: Spielball von Machtinteressen, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 35 (1997), S. 545–554, hier S. 549; Edmund von Glaise Horstenau/Josef Brauner/Eduard Czegka/Jaromir Diakow/Friedrich Franek/Walther Heydendorff/Rudolf Kiszling/Franz Mühlhofer/Ernst Wisshaupt/Georg Zöbl, *Das Kriegsjahr 1916: Erster Teil: die Ereignisse von Jänner bis Ende Juli*, Wien 1933, S. 116.

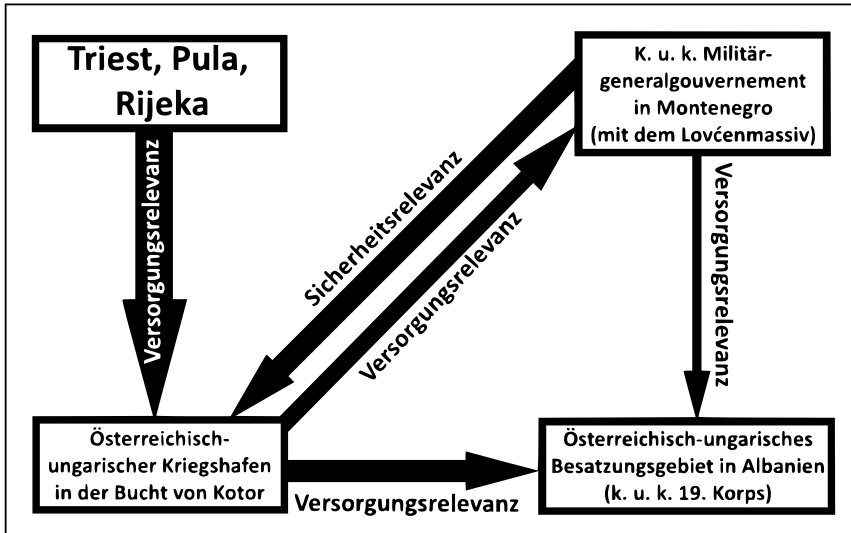


Abb. 2: Schematische Darstellung der Bedeutung des k. u. k.-Militärgeneralgouvernements in Montenegro (mitsamt Lovćen) für die Sicherheit des Kriegshafens in der Bucht von Kotor und der logistischen Bedeutung der Bucht von Kotor für die Versorgung der österreichisch-ungarischen Truppen in Albanien.

Da sich an diesen geografisch und transporttechnisch bedingten Rahmenbedingungen bis Kriegsende nichts änderte, musste das Königreich Montenegro auf Kriegsdauer zwingend unter der militärischen Kontrolle der Habsburgermonarchie verbleiben. Die politischen Konzeptionen in Wien und Budapest und auch die Geschehnisse im k. u. k.-Militärgeneralgouvernement in Montenegro selbst interessierten das Armeekommando vor diesem Hintergrund nur insofern, als dass sich an der Sicherheit der Bucht von Kotor und der Nachschubwege zum k. u. k. 19. Korps in Albanien nichts ändern dürfte. Nur von sekundärer Bedeutung war sogar das Vordringen montenegrinischer Guerillakämpfer auf österreichisch-ungarisches Gebiet – solange dies fernab der Bucht von Kotor, des Lovćen und der Nachschubwege nach Albanien geschah.⁷¹

Mit Blick auf das strategische Primat und insbesondere die Seekriegsführung der Mittelmächte muss die Besetzung Montenegros und die damit einhergehende Kontrolle des Lovćen von Januar 1916 bis November 1918 als Erfolg bezeichnet werden: Ein Memorandum der US-Flotte beschrieb die Adria im Jahre 1918 als „practically an Austrian lake“⁷², nennenswerte Marineoperationen der

71 Heiko Brendel, „Lieber als Kacke als an Hunger sterben“ : Besatzung und Widerstand im k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Montenegro (1916–1918) (Krieg und Frieden, 5) Frankfurt am Main 2019, S. 377f.

72 Zitiert nach Sondhaus, *The Naval Policy of Austria-Hungary* (wie Anm. 44), S. 329.

Entente waren dort nicht möglich. Aufgrund der Otrantosperre konnten jedoch auch österreichisch-ungarische Überwasserschiffe nicht ins offene Mittelmeer ausbrechen, so dass eine Art maritimes Patt entstand. Andererseits konnten aber auch die deutschen und österreichisch-ungarischen U-Boote nicht daran gehindert werden, vom Kriegshafen in Kotor aus auf Feindfahrt zu gehen. Erst am 30. Oktober 1918 verließen die letzten deutschen U-Boote ihren wichtigsten Stützpunkt im Mittelmeer.⁷³ Die Nachschubwege von Kotor nach Cetinje und nach Albanien sowie die montenegrinische Küste konnten bis zum militärischen Zusammenbruch des Habsburgerreichs gehalten werden. Noch am 6. November 1918, als Karl I./IV. die Demobilisierung seiner Armee befahl, standen österreichisch-ungarische Soldaten auf dem Lovćen. 200 Kilometer weiter südöstlich war es dem k. u. k. 19. Korps jedoch in zweieinhalb Jahren nicht gelungen, Vlora einzunehmen. Dort, gut 700 Kilometer südöstlich von San Giovanni di Duino, war die Expansion des Habsburgerreichs im Adriaraum an ihre Grenzen gestoßen, hatte der habsburgische ‚Drang nach Süden‘ sein Ende gefunden.

73 ÖStA, KA, AOK, Op.-Abt. (Evidenzgruppe Balkan), Karton 665, Tagesberichte vom 30. 10. 1918.

The Habsburg Mobilisation of Ethnicity and the Ukrainian Question during the Great War^{*}

The Habsburg Empire acquired most of its Ukrainian populated territories as a result of the first partition of Poland in 1772, organising them within the newly established Kingdom of Galicia and Lodomeria. Ukrainians also resided in Bukovina, annexed from the Ottoman Empire in 1775, as well as in a region of North-eastern Hungary known as Transcarpathian or Ugric Rus'. The majority of Ukrainians nevertheless lived in the Russian Empire, some twenty-two and a half million according to the census of 1897 and perhaps as many as thirty million by 1914. The Ukrainian Question gradually emerged as an issue in Habsburg politics as the challenge of nationalism came to East-Central Europe in the wake of the French Revolution. Over the course of the long nineteenth century, the partitioning powers of Austria, Russia, and Prussia-Germany largely refrained from playing the nationalist card in order to maintain stability in the region. This began to change as the Great Powers aligned in two hostile camps, with Austria-Hungary and Russia on opposite sides. In a geopolitical atmosphere of growing antagonism, especially manifest in East-Central Europe in the wake of the Bosnian Annexation Crisis of 1908–1909, East Galicia or Red Ruthenia (Chervonnaia Rus') became something of an obsession for Russian nationalists and also caught the eye of the Romanov establishment. In 1913 alone, the Russian Foreign Ministry funnelled 200,000 rubles to the Russophile faction in Galicia.¹ Prior to the outbreak of the Great War, however, these Imperial and nationalist challenges to Austria-Hungary bore little fruit.

This was to change dramatically once Ukrainian populated territories became one of the main combat zones on the Eastern Front. With Ukrainians fighting on both sides, the empires had to introduce innovative ways of securing the political loyalties of 'their' Ukrainians while simultaneously undermining their rival's home front. Furthermore, the war introduced the travails of foreign occupation

^{*} This article is dedicated to Mark von Hagen, whose work inspired my research.

¹ Aleksandra Iur'evna Bakhturina, *Okrainy Rossiiskoi imperii. Gosudarstvennoe upravlenie i natsional'naia politika v gody Pervoi mirovoi voiny (1914–1917 gg.)*, Moscow 2004, p. 122.

as well as escalating levels of violence to what had previously been primarily peaceful cultural activities on both sides of the Zbruch River, while challenging the territorial integrity of Austria-Hungary and Russia. Ultimately, it facilitated a process of accelerated nation- and state-building which culminated in the emergence of two independent Ukrainian states by January 1919.

This essay aims to examine this process by applying the concept of mobilisation of ethnicity, first developed by Mark von Hagen in a path-breaking article, to Austria-Hungary's Ukrainian policy during the Great War.² This view shifts the main focus away from the actions of émigré nationalist leaders to state and Imperial policies, suggesting that Imperial establishments became actively involved in nationalising processes which contributed, inadvertently, to their own demise. Such an approach may seem counterintuitive to the study of Austria-Hungary's involvement in the Great War, given the Habsburg aversion to nationalist politics and distrust of nationalism in general. However, the Great War witnessed a radical rethinking of nationality policy in all four dynastic empires along the entangled Eastern Front, and Austria-Hungary was no exception. By looking at how the Habsburg mobilisation of ethnicity impacted the nationality question in the multi-ethnic, multi-confessional borderlands of East-Central Europe in relation to similar policies enacted by the Hohenzollern and Romanov Empires, we can improve our understanding not just of the creation of nation-states but also, as von Hagen points out, of the reasons behind the proliferation of interethnic conflict and violence during the second half the decade long East-Central European continuum of violence between 1914 and 1923.

In applying the concept of mobilisation of ethnicity to the Habsburg Empire, it is important to take into account the more decentralised structure of the Dual Monarchy in comparison with the Russian and, to a somewhat lesser extent, German Empire. This essay will focus on policies initiated or actively supported by the joint Austro-Hungarian Foreign Office and the Austrian Government in Vienna as well as regional elites and individual actors. The Ukrainian policy of the Hungarian Government in Budapest was distinctive and does not fit easily within this framework, which is why it deserves separate treatment.

The Habsburg mobilisation of ethnicity was a two-stage process. During the first phase, between August 1914 and the February 1917 revolution in Russia, Austria-Hungary supported actively, if somewhat ambiguously, both domestic and émigré-Ukrainian organisations committed to the revolutionising of Dnieper Ukraine and its eventual separation from the Romanov Empire. Even though Germany quickly became the champion of this policy, Habsburg expe-

2 Mark von Hagen, *The Great War and the Mobilization of Ethnicity in the Russian Empire*, in: Barnett R. Rubin/Jack Snyder (ed.), *Post-Soviet Political Order: Conflict and State Building*, London 1998, p. 34–57.

rience in Ukrainian affairs meant that the Dual Monarchy played a leading part, especially early on. This involved positive as well as negative mobilisation of ethnicity in the empire's Ukrainian populated territories, the latter manifesting itself in the suppression of 'undesirable', especially Russophile, forms of national identity. In contrast, during the second phase, between February 1917 and November 1918, the Habsburg establishment became increasingly reluctant to mobilise Ukrainian nationalism, as it realised that Imperial collapse in the east might have grave repercussions at home. Nonetheless, this phase witnessed unprecedented Habsburg involvement in all-Ukrainian affairs, as the quarter-million strong Austro-Hungarian Ostarmee swept through Southern Ukraine and Archduke Wilhelm von Habsburg initiated a policy of Ukrainisation which made the popular young prince a claimant to the throne of what was by then a Ukrainian monarchy (Hetmanate). By the time of the late autumn collapse of the Central Powers, the Ukrainian Legion formerly under the archduke's command became actively involved in the creation of a West-Ukrainian People's Republic fighting bitterly with Polish forces over Lemberg.

Phase I: Mobilisation through Militarisation and Propaganda, August 1914–February 1917

The Ukrainian Legion

The one indispensable factor affecting war nationalism, Eric Lohr suggests, is the role of the army.³ Traditionally, the Habsburg army had eschewed the formation of military units on a purely national basis, relying instead on a multi-lingual *Habsburgtreu* officer corps which aimed to transcend the very notion of nationality.⁴ In a reversal of this policy, the Habsburg authorities established a precedent by allowing the creation of a Polish Legion under Józef Piłsudski in August 1914. Having conferred with Ukrainian political leaders in Lemberg, Count Emanuel Urbas, the local representative of the Austro-Hungarian Foreign Office, raised the possibility of a Ukrainian Legion as early as 6 August in conjunction with the potential future establishment of a Ukrainian state on territories conquered from Russia. While some of his sources suggested that the initiative would attract perhaps as many as 15,000 volunteers, Urbas reckoned a

3 Eric Lohr, War Nationalism, in: id./Vera Tolz/Alexander Semyonov/Mark von Hagen (ed.), *The Empire and Nationalism at War (Russia's Great War and Revolution, 1914–1922, 2)*, Bloomington 2014, p. 91–108, here p. 93–96.

4 István Deák, *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918*, New York 1990.

figure of 5,000 more accurate. The proposed banner of the new national unit would combine the Ukrainian national colours (blue and yellow) with the Austrian double-eagle alongside the Ukrainian lion and a black-gold campaign streamer hoisted on a black-gold flagpole.⁵

After the Army High Command approved the measure, a Ukrainian military detachment, which subsequently incorporated the so-called ‘Ukrainian Sich Sharpshooters’ (*Ukrainski Sichovi Striltsi*, USS) was duly created in early September 1914. The legion served in the Austrian Landwehr (territorials), attached to the 55th Infantry Division and the 129th and 130th Brigades. The USS also formed part of the 131st Brigade of the 8th Cavalry Division.⁶ In 1915 it came under the command of Wilhelm von Habsburg, a self-fashioned Ukrainophile whose penchant for wearing a blue-yellow embroidered shirt won him the alias Vasyl Vyshyvanyi and the heartfelt affection of his Ukrainian troops. The Ukrainian Legion engaged in heavy fighting throughout 1915 and 1916, suffering casualties of over 1,500 men during this period. By 30 September 1916, with only nine officers and 444 infantrymen remaining, the depleted USS was sent to the rear in order to reform.⁷ Far from sliding into obscurity, however, the legion would recover and play a leading role in the Habsburg involvement in Dnieper Ukraine in 1918.

The Union for the Liberation of Ukraine

The creation of the Ukrainian Legion had its parallel in the creation of a Ukrainian political organisation, the ‘Union for the Liberation of Ukraine’ (*Soiuz vizvolennia Ukraini*, ULU), by Ukrainian émigrés from Russia in cooperation with Galician Ukrainians in Lemberg on 4 August 1914. Albeit an independent Ukrainian institution, the ULU received financial support from the Austro-Hungarian (around 200,000 kronen in 1914) and, increasingly, the German Foreign Office. The Union described its main immediate objective as bringing together Russian Ukrainian émigrés for political and cultural work. In the autumn of 1914, it published a Manifesto on the Ukrainian Question in multiple

5 Urban an Hoyos: Über die Frage der Bildung einer ukrain. Legion und der Schaffung eines ukrain. Staates, 06.08.1914, in: Theophil Hornykiewicz (ed.), Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, vol. 1 (Publikationen des ost-europäischen Forschungsinstituts in Philadelphia, Serie I–IV, 1), Philadelphia 1966, p. 4–7, here p. 4–5.

6 Oksana Dudko, Sich Rifleman, in: 1914–1918 Online. International Encyclopedia of the First World War, URL: <http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/sich_rifleman> (last access January 26, 2018).

7 Dudko, Sich Rifleman (see note 6).

European languages whose aim was to promote and popularise its intention to establish a Ukrainian state independent from Russia. These appeals paved the way for further propaganda work, carried out through the German-language newspaper *Ukrainische Nachrichten* (Ukrainian News), brochures in German and other languages, and special emissaries in neutral countries. In addition to popularising the Ukrainian cause abroad, the ULU also released an appeal 'To the Ukrainian People' in Lemberg and began publishing the Ukrainian-language *Vistnyk Soiuzu vizvolennia Ukraini* (The Herald of the Union for the Liberation of Ukraine) twice monthly. Part of the 5,000 copies of each issue were to be smuggled into Russia by émigré Ukrainians making their way back via neutral countries, especially Bulgaria and Romania; the rest were distributed among Russian prisoners of war.⁸

As the Russian army approached Lemberg in late August 1914, the ULU relocated its headquarters to Vienna. Although the Austro-Hungarian Foreign Office continued to provide limited financial support to the Union and use its activists in POW camps, it gradually grew wary of offering it full-blown support. As long as the Russians occupied almost all of Galicia and Habsburg forces were on the defensive, there were few immediate prospects of fomenting revolution in Dnieper Ukraine. In the meantime, the Habsburg endorsement and mobilisation of Ukrainian nationalism had the potential to destabilise the intricate system of interethnic relations in the Dual Monarchy and, most alarmingly, antagonise the Poles. Consequently, Vienna began to press the ULU to move its headquarters to the capital of a neutral state or to Constantinople. Fearing marginalisation, the Union leadership resisted and chose instead to relocate to Berlin in the spring of 1915.⁹

The move of the ULU headquarters from Vienna to Berlin marked the growing ascendancy of German policy on the Ukrainian Question. Unlike Austria-Hungary and Russia, Germany did not have a Ukrainian population, which gave it a free hand in mobilising Ukrainian nationalism. It did so by becoming the primary sponsor of the ULU in 1915 and by setting up the Helsinki-based, émigré-run *Liga der Fremdvölker Russlands* (League of Russia's Minorities) in 1916, whose aim was to publicise Russia's alleged mistreatment of its subject nation-

8 Der Bund zur Befreiung der Ukraine an Urbas: Bericht über die organisatorische, literarisch-informative und aufklärende Tätigkeit des Bundes in Österreich und im Auslande für die Zeit September–Dezember 1914, Zusammenstellung der Kosten, 16. 12. 1914, in: Hornykiewicz (ed.), *Ereignisse in der Ukraine* (see note 5), vol. 1, p. 170–190, here p. 170–183.

9 Oleh S. Fedysbyn, *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917–1918*, New Brunswick 1971, p. 30–41.

alities, including Ukrainians.¹⁰ The German mobilisation of ethnicity was part of a larger strategy, championed by Undersecretary (Secretary from November 1916) of State for Foreign Affairs Arthur Zimmerman, of globalising the war by fomenting revolution in the British and Russian empires. “Was es gab”, writes Frank Golczewski, “war eine Option im Rahmen der Revolutionierungspolitik, die sich interessierte Beamte und Politiker offenhielten”¹¹. It was also accompanied by a lengthy discussion on Ukraine in the German public sphere.¹² This policy thus contributed to the further entangling of the Ukrainian Question, as Ukrainian nationalist leaders quickly realised they could play Berlin against Vienna in order to gain further concessions.

Internment, Refugee, and POW Camps

The Habsburg authorities used the opportunity provided by the war to crack down hard on Russophile Ukrainian activities. As they retreated westwards through Galicia in the autumn of 1914, Habsburg troops perpetrated atrocities against Ukrainians suspected of harbouring pro-Russian sympathies, anticipating the general descent into violence in the province.¹³ The sight of large numbers of people hanged for spying as a warning example became common on many a market square across Galician towns and villages.¹⁴ Often these executions were based on individual stories of dubious provenance, such as that of the Sokal Uniate priest’s communication with Russian troops through a system of flags. As Christoph Mick has argued persuasively, such stories often shaped the perceptions and interpretations of Austrian military units, many of which were unfamiliar with the complicated interethnic relations in East Galicia.¹⁵

Ukrainians considered Russophile who were not hanged on the spot were interned in a concentration camp at Thalerhof near Graz, one of the first such camps on European soil, whose construction began on 9 September 1914. On 11 November, the camp housed 6,680 prisoners; overall, more than 16,000 people

10 Seppo Zetterberg, *Die Liga der Fremdvölker Russlands 1916–1918. Ein Beitrag zu Deutschlands antirussischem Propagandakrieg unter den Fremdvölkern Russlands im Ersten Weltkrieg* (Studia historica, 8), Helsinki 1978.

11 Frank Golczewski, *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*, Paderborn 2010, p. 76–77.

12 Golczewski, *Deutsche und Ukrainer* (see note 11), p. 218–239.

13 Hannes Leidinger, “Der Einzug des Galgens und des Mordes”. Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien 1914/15, in: *Zeitgeschichte* 33/5 (2006), p. 235–260.

14 Manfred Rauchensteiner, *The First World War and the End of the Habsburg Monarchy, 1914–1918*, Vienna 2014, p. 266.

15 Christoph Mick, *Lemberg, Lwów, L’viv, 1914–1947. Violence and Ethnicity in a Contested City* (Central European Studies), West Lafayette 2016, p. 29.

passed through Thalerhof between 1914 and 1917. A second camp at Theresienstadt was also built. Some inmates were executed, while others were offered improved conditions if they signed up as Ukrainians and agreed to attend Ukrainian language courses. Those who refused to do so suffered daily privations in increasingly harsh conditions – 1,767 deaths were recorded between September 1914 and August 1917.¹⁶ The diary of one Lemko, Feofil Kurillo, described the trials of everyday life at Thalerhof in great detail over the course of almost a whole year. In a typical entry from 16 May 1915, he wrote: “They bake bread in Thalerhof, but it’s not the same [thing] any more, since potato peels and other impurities are added to the flour. Understandably many of us get seriously ill after consuming such indigestible food....”.¹⁷ This case of negative mobilisation of ethnicity took a heavy toll which continued to affect the course of interethnic relations in the region long after the end of the war.

The impending Russian occupation of Galicia between the autumn of 1914 and May 1915 promised to reverse this hierarchy of national identities, promoting Russophile Galicians while persecuting Ukrainophile activists. Aware of their harsh fate under Russian occupation, many of the latter fled the region along with the retreating Habsburg troops. In order to accommodate the large number of Galician refugees, the Austrian Government set up three refugee camps in 1914–1916. The first one, at Wolfsberg in Carinthia, was intended to hold as many as 10,000 refugees in the autumn of 1914, although the highest number reached was actually 7,635 on 7 January 1915. In the second camp, at Gmünd in Lower Austria, the Austrian Ministry of Education set up a six-year school for 850 girls and another one for 800 boys. The schools had twenty-six teachers. In 1915 330 Ukrainian activists organised literacy courses and built a Ukrainian church capable of accommodating 2,500 people. A third camp, at Grödig near Salzburg, opened in early 1916.¹⁸ Through these cultural activities in the refugee camps, located in non-Ukrainian populated territories, the Austrian Government helped create a sense of Ukrainian national identity in much the same way the self-help organisations set up by Lithuanian and Latvian refugees in Russia did.¹⁹

16 Georg Hoffmann/Nicole-Melanie Goll/Philipp Lesiak, *Thalerhof 1914–1936: Die Geschichte eines vergessenen Lagers und seiner Opfer* (Mitteleuropäische Studien, 4), Herne 2010, p. 29–138; the death toll is cited on p. 177.

17 *Dnevnik lemka iz Talergofa* (s 14-go sentiabria 1914 g. po 22-oe avgusta 1915 g.), in: *Talergofskii al'manakh*, URL: <http://www.zaistinu.ru/old/ukraine/church/almanah3-x.htm#almanah3_dnevnik> (last access January 26, 2018).

18 Serhii Popik, *Ukrainci v Avstrii 1914–1918: Avstriis'ka polityka v ukrains'komu pytanni periodu Velykoi viini*, Kiev 1999), p. 69–74.

19 Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking. Refugees in Russia during World War I* (Indiana-Michigan Series in Russian and East European Studies), Bloomington 1999, p. 141–170.

The separation of POWs by nationality accompanied by preferential treatment was common practice along the Eastern Front. Russian authorities singled out Habsburg Slav and Italian POWs, and German Alsatian POWs for favourable treatment. In turn, the Central Powers endeavoured to recruit some of the 400,000 Ukrainian POWs held in special camps with better living conditions at Rastatt and Salzwedel in Germany and Freistadt in Upper Austria. Galician teachers and ULU activists were brought in to offer courses in Ukrainian language, culture, and history. Libraries containing a large number of books in Ukrainian were set up. In an early activity report to the Foreign Office in Vienna from December 1914, the ULU noted that it had already found a few POWs who could “prove very useful for our action in Ukraine,” adding reassuringly that once cultural work was in full swing there were likely to be hundreds and even thousands.²⁰ Eventually, 40,000 or so POWs who were considered particularly receptive to cultural propaganda formed units of a future Ukrainian army and received additional military training from German and Austro-Hungarian officers. A Russian envoy who managed to visit the two German camps remarked that the results were “highly satisfactory” from the perspective of the Central Powers.²¹ Dr Vasyl Symovich, a leading ULU member who was in charge of cultural work at Freistadt from the autumn of 1914, also highlighted the growth of Ukrainian national consciousness.²²

In this manner, the policies and practices in internment, refugee, and POW camps pursued both positive and negative mobilisation of ethnicity. The Austrian Government attempted to regulate and promote a form of Ukrainian national identity loyal to the Habsburg throne while violently suppressing even the slightest hint of pro-Russian sympathies with harsh incarceration and, occasionally, executions. The Russian occupation of East Galicia presented a mirror image of this policy in a number of ways.

20 Der Bund zur Befreiung der Ukraine an Urbas: Bericht über die organisatorische, literarisch-informative und aufklärende Tätigkeit des Bundes in Österreich und im Auslande für die Zeit September–Dezember 1914, Zusammenstellung der Kosten, 16. 12. 1914, in: Hornykiewicz, *Ereignisse in der Ukraine* (see note 5), vol. 1, p. 170–190, here p. 184.

21 Alexei I. Miller, *The Romanov Empire and Nationalism. Essays in the Methodology of Historical Research*, Budapest 2008, p. 191.

22 Quoted in Mark von Hagen, *The Entangled Eastern Front in the First World War*, in: Lohr/Tolz/Semyonov/von Hagen (ed.), *The Empire and Nationalism at War* (see note 3), p. 9–48, here p. 38.

Mobilisation through Religion and the Russian Occupation of Galicia

Occupation played a key role in the making, unmaking, and remaking of national identities along the Eastern Front during the Great War and its immediate aftermath. This included the northern section, where the German Ober Ost administration prohibited the public use of Russian while promoting the development of a distinct Belarusian nationality and the use of the Belarusian, Lithuanian, and Latvian languages.²³ Further south, the subsequent Austro-German occupation of parts of Dnieper Ukraine made similar arrangements, so much so that Alexei Miller has recently suggested that we have to ask ourselves whether we can “claim that the Ukrainian and Belarusian nations are to a large extent the product of imperial competition during the Great War”.²⁴ The Russian occupation of East Galicia between September 1914 and May 1915 was an attempt to nip this dangerous development in the bud by rooting out Ukrainian nationalist activity in the region increasingly seen as Ukraine’s Piedmont and incorporating it into the Russian Empire. Russian occupation authorities in Galicia “supported the unconditional Russification of the region’s Ukrainian population,” argues one Russian specialist on the subject.²⁵ Accordingly, after some initial hesitation, the administration under Count Georgii Bobrinskii introduced the use of the Russian language in courts and in all levels of education, a measure which received the wide support of local Russophile circles. Count Bobrinskii allowed the publication of newspapers in four local dialects in addition to Russian and Polish but categorically forbade the use of Ukrainian, denouncing it as a language that was “bureaucratic, Austrian, and an invention of the Mazepists” (that is to say Ukrainian nationalist activists).²⁶

Another important policy of the occupation authorities was the active suppression of the dominant Greek Catholic or Uniate Church in Galicia and the forced conversion to Orthodoxy of many of its followers. The church was at the heart of the Galician Piedmont project and an important regional player in the Habsburg mobilisation of ethnicity at the outbreak of the war, highlighting the role of provincial elites. Metropolitan Andriy Sheptyts’kyi, its long-serving leader between 1901 and 1944, composed a detailed memorandum to the Austro-

23 Vejas G. Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I* (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare, 9), Cambridge 2000.

24 Alexei I. Miller, *The Role of the First World War in the Competition between Ukrainian and All-Russian Nationalism*, in: Lohr/Tolz/Semyonov/von Hagen (ed.), *The Empire and Nationalism at War* (see note 3), p. 73–89, here p. 89.

25 Bakhturina, *Okrainy Rossiiskoi imperii* (see note 1), p. 129.

26 Aleksandra Iur’evna Bakhturina, *Politika Rossiiskoi imperii v Vostochnoi Galitsii v gody Pervoi mirovoi voiny* (Serija Pervaja monografija), Moscow 2000, p. 95.

Hungarian Foreign Office in August 1914 on the organisation of military, socio-legal, and ecclesiastical matters in a future Ukrainian state separate from the Russian Empire and associated with Austria-Hungary. Military relations ought to be set-up along the lines of the traditions of the Zaporozhian Cossacks, which, the metropolitan claimed, were inherently Ukrainian and still alive; in contrast, the Russian institution of the Don Cossacks was a ‘degeneracy’ (*Entartung*) of true Cossackdom. The proclamation of the most distinguished Habsburg commander as ‘Hetman of Ukraine’ would represent a major victory for the Dual Monarchy. A Habsburg field marshal could be in charge of a military administration enjoying a broad degree of autonomy, which would begin assembling the officer corps of a future Ukrainian army. The Hetman would rule through the promulgation of a series of Universals to the army and population at large. Following the proclamation of basic laws including freedom and tolerance, the Austrian civil code (in as authentic a Ukrainian translation as possible) would replace Russian law. The ecclesiastical organisation ought to have the goal of separating the church in Ukraine from the Russian Orthodox Church. The Metropolitan of Halych (‘and all of Ukraine’) – presumably Sheptyts’kyi himself – would introduce a series of decrees on the separation of the church in Ukraine from the Holy Synod in Petrograd, the prohibition of prayers for the tsar, and the introduction of prayers for the Habsburg Kaiser. Ukrainian and Austrian bishops might also be brought in to replace recalcitrant Russian ones in certain places. The Orthodoxy of the church would not have to be tampered with, concluded the metropolitan, so long as it was purged of ‘Muscovite influences’.²⁷ In effect, this would have amounted to the extension of the jurisdiction of the Greek Catholic Church to all Ukrainian populated territories and its transformation from a regional to a Ukrainian national institution that would become the bedrock of Ukrainian national identity.

Sheptyts’kyi’s remarkable memorandum thus envisioned the war as an historic opportunity to resolve the Ukrainian Question through the separation of Dnieper Ukraine from the Russian Empire and the replacement of all artificial Russian political and cultural influences with allegedly authentic Ukrainian traditions and institutions like the Hetmanate and the Uniate Church. The resulting new state would be closely aligned with Austria-Hungary. While the heavy Austrian defeats and the loss of almost all of Galicia in the autumn of 1914 made the realisation of this project all but impossible in the short term, it would

27 Erzbischof Szeptycki an Urbas: Pro memoria über die Organisierung der Ukraine in militärischer, sozial-rechtlicher und kirchlicher Hinsicht mit dem Ziel ihrer Loslösung von Russland, 15.08.1914, in: Hornykiewicz (ed.), Ereignisse in der Ukraine (see note 5), vol. 1, p. 8–11.

briefly resurface in a somewhat modified form in the summer of 1918 under the auspices of Archduke Wilhelm von Habsburg.

The Russian authorities had kept an eye on the metropolitan's subversive activities for some time, and shortly after the outbreak of the war Chief of General Staff General Nikolai Ianushkevich pledged to deliver Sheptyts'kyi to the Ministry of Interior in Petrograd 'dead or alive'. Sheptyts'kyi refused to leave Lemberg with the Austrian administration, consciously preparing himself for a martyr's ordeal. Initially placed under house arrest by the Russian occupation authorities, he was later exiled in a monastery in Central Russia which was essentially a penal colony for heretics. Extraordinary appeals by Vienna and the Vatican failed to secure the metropolitan's release; it was only in March 1917 that the new Provisional Government allowed Sheptyts'kyi to make his way to Kiev. The metropolitan's absence from Galicia appeared to give his bitter adversary, the Orthodox Bishop Evlogii, a distinct advantage once the latter arrived in Lemberg in December 1914. However, far from eliminating the Greek Catholic Church as a powerful source of Ukrainian national identity, the bishop's forced conversions and heavy-handed measures quickly fanned anti-Russian sentiments among the East Slavic population of Galicia, while also alarming the Russian Foreign Ministry in Petrograd. His eager protestations notwithstanding, Evlogii was eventually recalled to Russia in a belated attempt at damage limitation.²⁸

The first Russian occupation of Galicia lasted just short of nine months. Following the breakthrough in the Battle of Gorlice-Tarnów, which began on 2 May 1915, the armies of the Central Powers liberated the region. Gratuitous violence often accompanied the recovery of Habsburg Ukrainian-populated territories. Fearing random retribution as well as more systematic institutionalised Austro-Hungarian persecution, many Russophile activists left the province alongside the departing Russian troops. By August 1915, there were perhaps as many as 100,000 Galician refugees in Central Russia, including males of military age who were forcibly evacuated as well as 'unreliable' elements (that is to say Ukrainian activists) taken as hostages.²⁹

Reflecting on their experience from home base, the leaders of the Russian occupation authorities considered their policy to have been a failure, as it had alienated the moderate Ukrainian majority with heavy-handed Russification efforts while further inflaming the anti-Russian sentiment of Ukrainian national activists. Following the success of the Brusilov Offensive in the summer of 1916,

28 Bakhturina, *Okrainy Rossiiskoi imperii* (see note 1), p. 167–80; Mark von Hagen, *War in a European Borderland: Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine, 1914–1918* (Donald W. Treadgold Studies on Russia, East Europe, and Central Asia), Seattle 2007, p. 37–42.

29 Bakhturina, *Politika Rossiiskoi imperii* (see note 26), p. 187–194.

the Russians once again occupied parts of East Galicia and tried not to repeat their previous mistakes. Consequently, in October 1916, the new Russian authorities removed the limitations on the use of Polish and Ukrainian in education while upholding the ban on the use of German or Yiddish, overruling the objections of the Foreign Ministry in Petrograd.³⁰ In spite of these concessions, which were upheld and extended by the Provisional Government in the wake of the February Revolution, the second Russian occupation of parts of East Galicia failed to make any appreciable progress in the quest to win the hearts and minds of the local East Slavic population.³¹

Phase II: Between Mobilisation and Retrenchment: The Dilemmas of Imperial Collapse, February 1917–November 1918

From the February Revolution to the Treaty of Brest-Litovsk

The February Revolution in Russia shattered the seemingly impregnable system of Imperial dynasticism and released powerful centrifugal forces which produced a ripple effect across East-Central Europe. Signing a separate peace with the new Provisional Government in Petrograd, which would take Russia out of the war and eliminate the Eastern Front, once again became top of the Central Powers' priority list. Since a more competent pursuit of the war effort had been a main factor behind liberal support for the overthrow of the monarchy, however, the Provisional Government did not have the slightest interest in peace talks. On 9 April 1917, the new foreign minister, Kadet (Constitutional Democrat) Pavel Miliukov, reaffirmed Russia's commitment to the war, highlighting national self-determination as Petrograd's main war aim.³² This gave the Special Political Section (*Osobyi Politicheskii Otdel*) of the Russian Foreign Ministry, set up in 1916 to study the problems of the East Slavic population of Austria-Hungary (among other things), a chance to re-interpret Russian policy on the Ukrainian Question along democratic lines while preserving the unity of the All-Russian idea in a meeting with Galician refugees in May 1917. The meeting's resolution, soon forwarded to the Chairman of the Provisional Government, Prince L'vov, emphasised that the unification of Galicia, Bukovina, and Transcarpathian Rus' with the new Russian revolutionary republic would be an act of national self-

30 Bakhturina, *Politika Rossiiskoi imperii* (see note 26), p. 223.

31 On the Russian occupation of Galicia, see also von Hagen, *War in a European Borderland* (see note 28), p. 19–53, 72–86; Alexander Victor Prusin, *Nationalizing a Borderland. War, Ethnicity, and Anti-Jewish Violence in East Galicia, 1914–1920* (Judaic Studies Series), Tuscaloosa 2005, p. 13–64.

32 Arno J. Mayer, *Political Origins of the New Diplomacy. 1917–1918*, New Haven 1959, p. 75.

determination rather than annexation. “As we can see,” writes Alexei Miller, “the concepts of self-determination and democracy replaced those of religious unity and loyalty to the tsars...”³³

Ukrainian political organisations welcomed the February Revolution and pledged allegiance to the new Provisional Government, emphasising the need to organise interethnic relations in the new Russian Republic on a new, equal footing. In a telegram from 3/16 March, the Union of Ukrainian Organisations in Kiev declared itself “convinced that the just requirements of the Ukrainian people and its democratic intelligentsia will be fulfilled in their entirety”. On the same day, the Ukrainians of Katerinodar/Ekaterinodar in the Kuban telegraphed Petrograd they were “confident that the Ukrainian nation, liberated from the oppression (*hnitu*) of the old regime along with the others, has earned a new right to a new free, autonomous existence alongside the other nations of Russia”.³⁴ Even as they reaffirmed their support for the new democratic order in Russia, Ukrainians consolidated their political maturation by creating a Central Rada (council) intended to serve as a local governing body on 5/18 March 1917. Over the next few months, the Rada grew increasingly independent of central control, proclaiming autonomy in the First Universal on 10 June, and establishing an autonomous Ukrainian People’s Republic within a hypothetical Russian Federative Republic in the Third Universal on 20 November.

The Austro-Hungarian Foreign Office followed closely the unfolding of events east of the Zbruch River. Reports from the summer of 1917 highlighted the emergence of a still somewhat loosely defined Ukrainian national space within the former Russian Empire, dominated by ethno-national developments often tied to the agrarian question.³⁵ During this period, Habsburg authorities became increasingly reluctant to play the nationalist card, fearing that ethnic tensions might spill over from Russia and imperil the delicate balance of nationalities in the Dual Monarchy. To make matters worse, there was growing evidence that the nationalist agitation in Dnieper Ukraine and the Habsburg mobilisation of ethnicity had whetted the appetite of Austria’s Ukrainians, who now began to clamour for greater autonomy within the Dual Monarchy. On 22 December 1917,

33 Miller, *The Romanov Empire and Nationalism* (see note 21), p. 194.

34 Vital’ni telehrami ta listi ukrains’kikh organizatsii Timchasovomu uriadu z vislovlenniam spodivan’ spravedliвого vyrshennia ukrain’skoho pytannia, no. 2 and 3, 05.03.1917, in: Vladyslav Fedorovyč Verstiuk (ed.), *Ukrains’kyi natsional’no-vizvol’nyi rukh: Berezyn’-listopad 1918. Dokumenty i materialy*, Kiev 2003, p. 37.

35 Széchényi an Czernin, *Übersendung eines Berichtes über die Machtbefugnisse der ukrain. Zentralrada und über die Agrarfrage*, 21.08.1917, in: Hornykiewicz (ed.), *Ereignisse in der Ukraine* (see note 5), vol. 1, p. 262–265, here p. 264–265. The peasant commune was not a prominent feature of Ukrainian agriculture, unlike in European Russia. On the other hand, most landlords in the area were either Polish or Russian, which reinforced the overlapping ethnic and class cleavages.

the Ukrainian Parliamentary Club in the Reichsrat sent a resolution for publication in the Swedish newspaper *Svenska Dagbladet*, which insisted that the successful implementation of the Austro-Polish Solution depended on the unification East Galicia, Bukovina, and, ideally, Transcarpathian Rus' in a Ukrainian crownland recreating the medieval Principality of Halych and Volyn.³⁶ The partitioning of Galicia was anathema to the Poles, who considered the province key to their own Piedmont project. It would prove impossible for Habsburg authorities to reconcile the competing claims of the Polish and Ukrainian national movements, which they courted simultaneously.

In contrast to its beleaguered partner, Germany became increasingly assertive in its engagement with nationalist mobilisation, aiming to detach Russia's western borderlands and set up a number of 'border states' (*Randstaaten*) dependent on Berlin for their long-term existence. Even among German governing circles, however, there were lingering doubts about the desirability of such an aggressive policy. As late as December 1917, on the eve of the Brest-Litovsk Peace Conference, the German Foreign Office cautioned against full-blown support for national revolution during what appeared to be a fluid transitional stage (*Zwischenstadium*) of the "new order of relations on the Russian western border." Immediate recognition of Ukrainian independence in particular would be premature and bring few if any benefits.³⁷

In the circumstances, events largely beyond their control forced the hand of the Central Powers into recognising Ukrainian independence during the Brest-Litovsk Peace Conference, which opened on 22 December 1917, and compelled them to prioritise their separate negotiations with the Ukrainian representatives. The Ukrainian delegation attempted to resolve the Ukrainian Question definitively by demanding the annexation of East Galicia. While the Central Powers rejected this outright, Austria-Hungary was eventually forced to acquiesce with the creation of a Ukrainian crownland combining all Ukrainian-populated territories in Austria (but not in Hungary) in a secret addendum to the first Treaty of

36 Storck to Czernin, no. 26131, Die österreichischen Ukrainer und die Friedensverhandlungen. Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (henceforth HHStA), Politisches Archiv I: Allgemeines, Karton 1041-2 Krieg 58: Angelegenheiten der Ukraine (January 1918–October 1918); The Austro-Polish Solution envisioned the unification of Congress Poland with Austrian Galicia and the transformation of Austria-Hungary into a tripartite Austro-Hungarian-Polish Monarchy. See Clifford F. Wargelin, *The Austro-Polish Solution. Diplomacy, Politics, and State Building in Wartime Austria-Hungary 1914–1918*, in: *East European Quarterly* 42/3 (2008), p. 253–273.

37 Übersicht über die Russische Fremdbevölkerung. Stand vom 12. Dezember 1917. National Archives and Records Administration (henceforth NARA), Record Group 242: Foreign Records Seized Collection, Microcopy no. T 120: Records of the German Foreign Office Received by the Department of State, roll 1792, D 818464–D 818471; Rosenberg to the Foreign Office, no. 96, 16. 12. 1917. NARA, roll 1792, D 818456–D 818457.

Brest-Litovsk, signed by the Central Powers and the Ukrainian People's Republic in the night of 9–10 February 1918.³⁸

The first Treaty of Brest-Litovsk was the high-water mark of the Imperial mobilisation of ethnicity during the Great War. The Habsburgs and the Romanovs (as well as the latter's immediate successors, the Provisional Government) had offered their Ukrainian populations a steadily increasing number of concessions, paired with the often violent suppression of undesirable forms of national identity, in order to consolidate domestic support for the war while destabilising the rival empire. Germany had contributed to this cumulative radicalisation through the pursuit of a policy geared towards revolutionising Russia. The emergence of an independent Ukrainian state followed almost inexorably from the collapse of the Imperial Russian centre in February 1917. The question was how viable this new Ukrainian state would be at a time of ongoing total war, revolutionary transformation, and societal collapse.

From the Treaty of Brest-Litovsk to the Autumn Collapse

From the early days of its existence in late November 1917, the Ukrainian People's Republic faced the rising hostility of Bolshevik Russia to the north. By the time of the signing of the peace in early February 1918, the Bolsheviks had dislodged the Central Rada from most of Central and Eastern Ukraine, confining it to a precarious shadow existence in the western city of Zhitomir. If the Central Powers wanted to receive the Ukrainian foodstuffs the Brest-Litovsk treaty had promised them, they would have to intervene militarily on behalf of the faltering Central Rada, thereby bolstering Ukrainian statehood in another aspect of the general pattern of the mobilisation of ethnicity. Although Emperor Karl was initially loath to join the German intervention, his resistance to military action quickly gave way once he realised that only the presence of Habsburg troops on the ground could guarantee much needed Ukrainian grain. By late March, the German army and the quarter-million strong Habsburg Ostarmee had cleared

38 On the Brest-Litovsk Peace Conference, see Borislav Chernev, *Twilight of Empire. The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East-Central Europe, 1917–1918*, Toronto 2017; Werner Hahlweg, *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die Bolschewistische Weltrevolution* (Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, 44), Münster 1960; Iurii Felshtinskii, *Krushenie mirovoi revoliutsii. Brestskii mir. Okriabr' 1917–Noiabr' 1918*, London 1991; on the Ukrainian negotiations and treaty in particular, see Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I. Ukraine's Treaty with the Central Powers of February 9, 1918* (East European Monographs, 236), Boulder 1988; Irina V. Mikhutina, *Ukrainskii Brestskii mir. Put' vykhoda Rossiii iz Pervoi mirovoi voiny i anatomiya konflikta mezhdru Sovnarkomom RSFSR i pravitel'stvom Ukrainskoi Tsentral'noi Rady* (Serija Evrovostok), Moscow 2007.

the territories claimed by the Ukrainian People's Republic from Bolshevik forces. For the next eight months, a virtual Austro-German condominium of Ukraine existed, wherein Austrian forces were responsible for the Podolia, Kherson, Ekaterinoslav, and southwestern Volynia provinces, with Odessa as general headquarters.

The Austro-German occupation of Ukraine in 1918 has been the subject of some excellent recent research focusing primarily on military and economic developments. These studies emphasise the haphazard and improvised nature of the occupation policy of the two powers, characterised by the absence of clearly defined goals.³⁹ In the final analysis, argues Wolfram Dornik, the occupation was a fiasco for everyone involved.⁴⁰ However, the occupation's impact on national identity formation, especially in the countryside, remains less clear. While the Germans had the upper hand for the duration of the occupation, it is worth pointing out that Austria-Hungary either initiated or anticipated certain policies relevant to the mobilisation of ethnicity which Germany later actively pursued. The first of these was the forced requisitioning of foodstuffs, which Habsburg troops began to carry out as early as mid-March in the face of the passive resistance offered by local Ukrainian functionaries; in contrast, German military authorities had strictly forbidden such behaviour in their zone.⁴¹ Since Ukrainian national identity was closely tied to the agrarian question during this period, this helped de-legitimise among the peasantry a Ukrainian People's Republic allied to the Central Powers. The second was the replacement of the socialist Rada with a more reliable, conservative government, mooted by Baron Mykola Vasyly'ko, deputy in the Viennese Reichsrat and influential Ukrainian politician from Bukovina, in conversation with the Austro-Hungarian ambassador in Kiev (who endorsed it) in late March.⁴² Infantry General Alfred Krauss, the Habsburg commander in Odessa, expressed a similar view when he described the Ukrainian People's Republic in a report to Army High Command around the same time as a 'phantom', a republic no one in the important Black Sea port recognised.⁴³ Following the German-backed coup in the last days of

39 Wolfram Dornik (ed.), *The Emergence of Ukraine. Self-Determination, Occupation, and War in Ukraine, 1917–1922*, Edmonton 2015; Wolfram Dornik/Stefan Karner (ed.), *Die Besetzung Der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgen-Forschung, 11), Graz 2008.

40 Wolfram Dornik, *Concluding Observations*, in: idem (ed.), *The Emergence of Ukraine* (see note 39), p. 399–406, here p. 399.

41 Forgách to the Foreign Office, no. 86/481, 29.03.1918. HHStA, PA X: Rußland, Karton 152: Russland, Liasse XI: Entwicklung des russischen Reiches zu einer Pluralität von Staaten (1917–1918).

42 Forgách to the Foreign Office, no. 78, 28.03.1918. HHStA, PA X, K 152.

43 Arz to Czernin, no.1329, 30.04.1918. HHStA, PA X, K 152.

April, Hetman Pavlo Skoropads'kyi would promote a conservative Ukrainian national identity which rejected the agrarian socialism championed by the Rada, triggering a number of large-scale peasant uprisings that would have to be put down by German and Habsburg troops. The Dual Monarchy's greater experience with nationalist politics in general and the Ukrainian national movement in particular thus enabled it to continue playing an important role in Dnieper Ukraine, even though it was clearly the junior partner in the occupation.

The remarkable activities of Archduke Wilhelm von Habsburg in Dnieper Ukraine in 1918 further demonstrate how Habsburg elites continued to engage in the mobilisation of ethnicity well into the final year of the war.⁴⁴ Vasyly Vyshyvanyi, as he quickly became known in Ukrainian circles, was dispatched beyond the Zbruch in March 1918 at the head of Battle Group Archduke Wilhelm, which included the Ukrainian Legion. He was under strict instructions from Emperor Karl to become his eyes and ears in Ukraine. First at Zaporizhia/Oleksandrivsk/Aleksandrovsk on the Dnieper and then at Kropyvnytskyi/Elizabethrad following his relocation by the Austro-Hungarian High Command, Wilhelm engaged in a series of Ukrainisation efforts which involved the opening of Ukrainian theatres and schools and the subsidising of Ukrainian newspapers and magazines. These cultural activities were intended to spread literacy and Ukrainian national consciousness among the local, often nationally-indifferent peasantry. The ultimate goal of this project – the creation of a Ukrainian state closely aligned with Austria-Hungary, with Wilhelm as Hetman – was not dissimilar from Metropolitan Sheptyts'kyi's plan for the reorganisation of Dnieper Ukraine (with himself as religious leader) in August 1914.

Wilhelm's Ukrainophile activities did not receive the support of the Foreign Ministry in Vienna or the Army High Command, which were wary of upsetting the apple cart and antagonising Berlin. The higher military authorities ultimately succeeded in sending the archduke and the USS back to Bukovina at the beginning of October. The Austro-Hungarian diplomatic corps in particular remained ambivalent about Habsburg support for independent nation-states in the western borderlands of the defunct Russian Empire until the very end, never tiring of pointing out the dangerous repercussions this policy had for the future territorial integrity of the Dual Monarchy. "I ask myself whether we have an interest in shoring up perpetually a Ukrainian state which has 'unredeemed brothers' in Austria," remarked Austro-Hungarian Ambassador in Berlin Prince

44 The following discussion is largely based on my article *Ukrainization and Its Contradictions in the Context of the Brest-Litovsk System*, in: Lohr/Tolz/Semyonov/von Hagen (ed.), *The Empire and Nationalism at War* (see note 3), p. 163–188; see also the two in-depth political biographies of Wilhelm: Timothy Snyder, *The Red Prince. The Secret Lives of a Habsburg Archduke*, New York 2008; Iurii Tereshchenko/Tetiana Ostashko, *Ukrains'kyi patriot z dynastii Habsburhiv*, Kiev 1999.

Gottfried zu Hohenlohe-Schilingsfürst in a telegram to Vienna on 25 March 1918.⁴⁵ In the event, such warnings came too late to help Habsburg authorities stall the sudden crystallisation of nation-ness engendered by the Imperial mobilisation of ethnicity and war nationalism across East-Central Europe. Emperor Karl's manifesto of 16 October, which proposed to reorganise the Austrian half of the empire into a federation of equal nationalities (including Ukrainians), merely precipitated the unilateral declarations of independence of nascent nation-states.

Conclusion

Like Imperial collapse in Russia in February 1917, the dissolution of the Habsburg Empire in October-November 1918 facilitated an explosion of interethnic violence. Free from the restraining influence of the Imperial state, the mobilised and militarised Polish and Ukrainian national movements embarked on a series of wars over the ownership of Galicia. Ukrainian forces, among which the Ukrainian Sich Sharpshooters played a prominent part, forced the issue by proclaiming the creation of a second Ukrainian state, the West Ukrainian People's Republic, in Lemberg on 19 October 1918. Polish forces, reinforced by additional military detachments from Kraków/Krakau and Przemyśl/Premissel, soon got the upper hand and expelled the Ukrainians. The former Galician capital became the stage of countless attacks and counterattacks over the next few years, as the two sides sought to regain the upper hand. The escalation of the latent Polish-Ukrainian conflict symbolised the transformation of the Great War from a clash of empires to a clash of competing nation-building projects that left little room for accommodating national and religious minorities.⁴⁶ The bacchanalia of interethnic violence, which the Imperial mobilisation of ethnicity had unwittingly facilitated, would go on to define the second half of the continuum of violence in East-Central Europe, until the dust finally settled and more or less stable borders emerged in 1922–1923.

45 Hohenlohe an Czernin, Österreichische Interessen in Bezug die Ukraine und die deutsche Politik gegenüber den östlichen Randstaaten, 02.03.1918, in: Hornykiewicz (ed.), *Ereignisse in der Ukraine* (see note 5), vol. 1, p. 328.

46 See Mick, *Lemberg, Lwów, L'viv, 1914–1947* (see note 15), p. 174–187.

Das Militärgeneralgouvernement Lublin im Ersten Weltkrieg

Voraussetzungen

Im Gegensatz zu den militärischen Plänen, in denen man mit Kampfhandlungen der k. u. k.-Armee im Süden des Königreichs Polen rechnete,¹ besaß die Donaumonarchie vor Kriegsausbruch keine genaueren politischen Konzeptionen bezüglich dieses Gebiets, und da man von einem kurzen Krieg ausging, gab es auch keine Pläne zur wirtschaftlichen Nutzung des Königreichs. Ähnlich stellte sich die Lage in Deutschland und Russland dar.²

Österreich-Ungarn war Unterzeichnerstaat der 4. Haager Konvention und der ihr beigefügten *Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs*, die unter anderem Bestimmungen über die *Militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete* regelte, also die Vorrechte der Besatzer. Diese Bestimmungen erlegten den Besatzungsbehörden wesentliche Einschränkungen und Verpflichtungen auf (unter anderem die Aufrechterhaltung der bestehenden staatlichen Zugehörigkeit der im eingenommenen Gebiet lebenden Bevölkerung und das sich daraus ableitende Verbot einer Zwangsrekrutierung von Soldaten für die Streitkräfte der Besatzer, oder auch das Verbot, Menschen dazu zu zwingen, Stellen im Verwaltungsapparat zu bekleiden). Der Besatzer wurde dazu verpflichtet, die bis dahin geltende Gesetzgebung zu erhalten (er durfte sie nur

1 Franz Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918*, Bd. 3, Wien 1923, S. 673; Edward Izdebski, *Bitwa pod Komarowem. 26 sierpnia–2 września 1914 roku* (Studja z Wojny Światowej 1914–18, 3), Warschau 1931, S. 20; Jerzy Pajęczkowski-Dydyński, *Plany operacyjne mocarstw centralnych przeciw Rosji*, Warschau 1932.

2 Leon Grosfeld, *Polityka państw centralnych wobec sprawy polskiej w latach pierwszej wojny światowej*, Warschau 1962, S. 17; Włodzimierz Suleja, *Orientacja austro-polska w latach I wojny światowej* (do aktu 5 listopada 1916 roku) (Acta Universitatis Wratislaviensis: Historia, 103), Breslau 1992, S. 27; Stephan Lehnstaedt, *Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die ‚Nutzbarmachung‘ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 61 (2012), S. 1–26, hier S. 2.

ändern, sofern ein zwingendes Hindernis bestand).³ Die Militärführung der Monarchie schenkte diesen Regeln große Beachtung, was sich etwa darin zeigt, dass sie dem Reglement des Etappendienstes beigefügt wurden, welcher das besetzte Gebiet des ‚Feindeslands‘ verwalten sollte.⁴ Auch die verschiedenen Fassungen der *Allgemeinen Grundzüge für die Regelung der k. u. k. Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Polens* bezogen sich darauf.⁵

Die Polenpolitik der Donaumonarchie war wenig konsistent. Ursache dafür waren innenpolitische Gründe, vor allem die schwierige Abstimmung zwischen den Regierungen in Wien und Budapest sowie zwischen den politischen und den militärischen Stellen, aber es gab auch außenpolitische Ursachen: Der Standpunkt des stärkeren deutschen Bündnispartners, der bis Sommer 1916 mit einem Separatfrieden mit Russland rechnete und dann seine eigenen Vorstellungen gegenüber dem Königreich Polen verwirklichen wollte, musste berücksichtigt werden. Dies schloss eine mehr oder weniger intensive deutsch-österreichische Rivalität in der Politik gegenüber dem Königreich Polen nicht aus.⁶

Die sich verändernde außen- und innenpolitische Lage der k. u. k.-Monarchie hatte deshalb erheblichen Einfluss auf die Politik, welche die Generalgouverneure im besetzten Gebiet betrieben. Auf das Fehlen einer stabilen politischen Linie weist etwa die Tatsache hin, dass in den 38 Monaten, die das k. u. k.-Militärgeneralgouvernement in Polen bestand, vier Generäle verschiedene Versionen von Polenpolitik betrieben. Der erste von ihnen, Generalmajor Erich von Diller (September 1915 bis April 1916), erhielt die Aufgabe, die Propaganda für einen Habsburger auf dem Thron des Königreichs Polen zu bekämpfen. Der dritte, Generalmajor Stanisław Szeptycki (Mai 1917 bis Februar 1918), wurde dagegen mit der Mission betraut – und erhielt dafür Sondervollmachten –, „die Polen für Österreich zu gewinnen“ und eine austropolnische Lösung mit einem Mitglied des „Hauses Österreich“ als polnischem Monarchen anzustreben. Dies führte zu grundlegenden Veränderungen im Besatzungsapparat, darunter in

3 Jan Lewandowski, *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką 1914–1918* (Lubelskie Towarzystwo Naukowe. Prace Wydziału Humanistycznego. Monografie, 11), Warschau 1980, S. 18–20.

4 E-57. Etappenvorschrift zu Abt. 5, Nr. 7800 Res. vom Jahre 1912.

5 Die erste gedruckte Fassung vom Februar 1915 (Op. Nr. 24.000) wurde vom Armeeeberkommando/Etappenoberkommando herausgegeben, die nächsten vom Juli 1916 (MV Nr. 37.000P) und November 1916 (M. V. Nr. 116.948/P – Veränderung der vorherigen) vom AOK. Diese Regeln enthielt auch die für den Dienstgebrauch gedruckte Sammlung der Verordnungen für die unter k. u. k.-Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Polens, Wien 1916, S. XXIII–XXV.

6 Grosfeld, *Polityka państw centralnych* (wie Anm. 2), S. 17; Damian Szymczak, *Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego*, Krakau 2009; Arthur Hausner, *Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges*, Wien 1935.

dem besonders wichtigen wirtschaftlichen Bereich. Häufige Wechsel gab es sowohl bei den Beamten des Generalgouvernements als auch beim Personal der Kreiskommandanturen.⁷

Von wesentlicher Bedeutung waren auch die Ereignisse des ersten Kriegsjahres, als vor allem in den links der Weichsel gelegenen Territorien die Front einzelne Ortschaften mehrfach überrollte und auch die k. u. k.-Armee für Plünderungen und die Zerstörung von Besitz der ansässigen Bevölkerung verantwortlich war. Kriegsverwüstungen und Bevölkerungsverluste waren ein wichtiges Element der Besatzungsrealität. Nicht ohne Bedeutung war auch, dass fast jede Familie außerdem Angehörige in der russischen Armee besaß, die mithin ebenfalls als eine Art eigene ‚Armee‘ galt.⁸

Beide Seiten, die Besatzungsbehörden und die polnischen politischen Eliten, waren sich des vorläufigen, vorübergehenden Charakters der Besatzung bewusst. Sichtbar war dies vor allem nach der Ausrufung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte am 5. November 1916, die zwar für beide Seiten eine Enttäuschung bedeutete, jedoch zugleich erheblichen Einfluss auf die ‚polnische Frage‘ besaß. Von diesem Zeitpunkt an galt die Entstehung eines polnischen Staates als ausgemacht, während seine territoriale Gestalt, seine Regierungsform und das Maß seiner Unabhängigkeit ebenso offen blieben wie der Zeitraum, in dem die Polen die vollständige Gewalt von den Besatzern übernehmen würden. Begünstigt wurde dieser Eindruck sowohl vom Vorgehen der Besatzungsbehörden wie von den Verhandlungen der polnischen Behörden mit den Besatzerstaaten: Man setzte Stadt- und Kreisverwaltungen ein, erlaubte die Gründung polnischer Organisationen mit staatlichem Charakter und installierte eine Regierung des Königreichs Polen in Warschau; es gab außerdem Praktika künftiger Beamter eines polnischen Staates in den Besatzungsinstitutionen, während zugleich galizische Beamte in den Staatsdienst des Königreichs Polen im Verein mit einem Wechsel der Staatszugehörigkeit übernommen wurden. So wuchs seit November 1916 der Kampf um die staatsrechtliche Ausgestaltung und die Macht in einem künftigen polnischen Staat, dessen Grundbestandteile seit Herbst 1917 existierten, auch wenn sie noch von den Besatzungsbehörden abhängig waren.⁹

7 Jan Lewandowski, *Lubelscy c. i k. generałowie gubernatorzy*, in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska*, sec. F, 68 (2013), S. 7–23.

8 Jan Lewandowski, *Królestwo Polskie wobec Austro Węgier (Lubelskie Towarzystwo Naukowe. Prace Wydziału Humanistycznego. Monografie, 21)*, Warschau 1986, S. 15–65.

9 Janusz Pajewski, *Odbudowa Państwa Polskiego 1914–1918*, Warschau 1978, S. 116–284.

Politik der Differenz?

Die Bevölkerung des Militärgeneralgouvernements bestand in ethnischer Hinsicht vor allem aus Polen, Juden und Ruthenen (Ukrainern), in konfessioneller Hinsicht aus Anhängern der römisch-katholischen und der orthodoxen Konfession sowie des Judentums. Andere, kleinere ethnische beziehungsweise konfessionelle Gruppen, wie etwa Huzulen, spielten keine wesentliche Rolle. Die Lage dieser drei Hauptgruppen in der Besatzungszeit unterschied sich, doch wäre es schwierig, in der Besatzungspolitik eine Linie zu erkennen, die eine dieser Gruppen favorisiert oder diskriminiert hätte.¹⁰ Manche Maßnahmen der Behörden kamen einer Gruppe zugute, andere diskriminierten sie oder wurden als feindselig aufgefasst. Man führte die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit ein und erkannte alle Religionsgemeinschaften an, die in der Habsburgermonarchie einen legalen Status besaßen. Die Mitglieder von rechtlich nicht anerkannten Gemeinschaften erhielten das Recht, ihre religiösen Praktiken frei zu Hause ausüben zu können.¹¹ Für die Arbeit der Behörden hatten wirtschaftliche Aspekte Priorität.

Für die Polen und die römisch-katholische Kirche bedeutete der Rückzug der russischen Verwaltung und Streitkräfte das Ende der diskriminierenden und russifizierenden zaristischen Politik, die seit mehr als einem halben Jahrhundert betrieben worden war. Die einzelnen Maßnahmen der Besatzungsbehörden schufen die Möglichkeit für eine sehr dynamische Entwicklung des polnischen nationalen, politischen und kulturellen Lebens in legaler Gestalt. Der Besuch öffentlicher Schulen stand allen Einwohnern ohne Rücksicht auf Staatsbürgerschaft oder Religion frei. Zur Unterrichtssprache in den öffentlichen Schulen wurde das Polnische bestimmt. Kirchen und Glaubensgemeinschaften erhielten die Möglichkeit, konfessionelle Schulen zu eröffnen, auch die Gründung von Privatschulen wurde erlaubt,¹² die für die Polen im russischen Teilungsgebiet ein Synonym für das polnische Schulwesen gewesen waren.

Zugleich machte sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage sehr bemerkbar. Die Demontage von Fabriken und deren Abtransport zusammen mit Leitungspersonal, Unterlagen und Geldmitteln, dazu die Deportation von Menschen und die Taktik der ‚verbrannten Erde‘, hatten katastrophal gewirkt. Zu diesen russische Maßnahmen kam die Politik der Besatzungsbehörden, weshalb

10 Anders argumentiert Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 36), Osnabrück 2017, S. 261 f. und 465.

11 *Rozporządzenie Naczelnego Wodza Armii z 7 marca 1915 r., dotyczące spraw wyznaniowych*, in: *Dziennik Rozporządzeń c. i k. Zarządu Wojskowego w Polsce*, Teil II, 11.03.1915.

12 *Rozporządzenie Naczelnego Wodza Armii z 7 marca 1915 r.* (wie Anm. 11), über Bildungsfragen, ebd.

es bereits im Januar 1916 in Lublin hieß, dass es „unter Zar Nikolaus Wurst und Eier gegeben hat, und unter Kaiser Franz gibt es nichts, um das Maul zu stopfen“.¹³ Dabei war unter der österreichisch-ungarischen Besatzung die wirtschaftliche Lage immer noch besser als im deutsch verwalteten Gebiet, vor allem in Ober Ost, und tatsächlich sogar besser als in Galizien.

Für die orthodoxe Bevölkerung, die größtenteils kein bestimmtes Gefühl nationaler Zugehörigkeit besaß, hatte der russische Rückzug im Sommer 1915 geradezu katastrophale Folgen. Vor allem wurden mehr als 90 Prozent ihrer Gläubigen ins Innere des Russländischen Reiches deportiert. Evakuiert wurde die gesamte orthodoxe Elite – Beamte, Geistlichkeit, Lehrer –, Zugewanderte ebenso wie Altansässige.¹⁴ Die orthodoxe Kirche verlor auch ihren bis dahin privilegierten Stellenwert als Staatsreligion, was gemeinsam mit dem Fehlen von Eliten das religiöse und kulturelle Leben absterben ließ. Es gab keine ukrainischen oder russischen politischen Parteien, auch keine gesellschaftlichen, kulturellen oder Wohlfahrtsorganisationen. Zusammen mit der russischen Taktik der ‚verbrannten Erde‘, wie sie in den Kreisen Cholm, Hrubieszów, Tomaszów, teils auch Krasnystaw, Zamość und Biłgoraj umgesetzt wurde, wo die orthodoxe Bevölkerung lebte, kam es dort zu den am stärksten zerstörten und entvölkerten Gebieten des Königreichs Polen.

Seit 1915 gab es eine polnisch-ukrainische Rivalität um das Cholmer Gebiet (Cholm ist die russische Bezeichnung für die heute im Osten Polens gelegene Stadt Chełm), für die Politiker aus Galizien verantwortlich waren, die ihren Einfluss in Wien und beim in Teschen stationierten k. u. k.-Armeeoberkommando nutzten.¹⁵ Es war ein Erfolg der polnischen Seite, dass die Verwaltungseinteilung wiederhergestellt wurde, wie sie vor der Bildung des russischen Gouvernements Cholm bestanden hatte,¹⁶ und dass die Kreise Cholm, Hrubieszów und Tomaszów im Juni 1916 dem Militärgeneralgouvernement angeschlossen wurden.¹⁷ Im Gegensatz zu den deutschen Besatzungsbehörden, die in Podlachien Politiker des Bundes zur Befreiung der Ukraine unterstützten,¹⁸

13 Jan Hupka, *Z czasów Wielkiej Wojny. Pamiętnik nie kombatanta*, Lwów 1937, S. 155.

14 Alicja Głaz, *Ewakuacja ludności cywilnej z Lubelszczyzny latem 1915 r.*, in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska*, sec. F, 56 (2001), S. 113–131; Jan Lewandowski, *Zmiany w strukturze narodowościowej i wyznaniowej ludności Lubelszczyzny w czasie I wojny światowej*, in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska*, sec. F, 46/47 (1991/1992), S. 257–266.

15 Jan Lewandowski, *Sprawa chełmska w czasie pierwszej wojny światowej*, in: Grzegorz Kuprianowicz (Hg.), *Mychajło Hruszewski i Jego mała ojczyzna – Chełmszczyzna w XIX i XX wieku* (Chełmsko-Podlaskie Studia Historyczne, 1), Chełm 2011, S. 189–204.

16 Andrzej Wrzyszczyk, *Gubernia chełmska. Zarys ustrojowy*, Lublin 1997.

17 Krzysztof Grzesiak, *Diecezja lubelska wobec prawosławia w latach 1918–1939*, Lublin 2010, S. 122–126.

18 Jerzy Cabaj, *Spółczesność guberni chełmskiej pod okupacją niemiecką i austriacką w latach I wojny światowej* (Monografie. Akademia Podlaska, 63), Siedlce 2006, S. 99–113.

untersagten es die k. u. k.-Besatzungsbehörden den ukrainischen Politikern und griechisch-katholischen Geistlichen in Galizien, in größerem Umfang öffentlich aktiv zu werden. Auch nach dem Frieden von Brest-Litowsk, in dem Podlachien und das Cholmer Land der Ukrainischen Volksrepublik zugesprochen wurden, veränderte sich das kaum. Dieser Vertrag galt als antipolnisch und rief auf polnischer Seite stürmische Proteste hervor, sowohl in Kongresspolen als auch in Galizien.¹⁹ Die k. u. k.-Monarchie zog sich allmählich von den Brest-Litowsker Bestimmungen zurück, unter anderem indem sie Vertretern der Ukrainischen Volksrepublik und der griechisch-katholischen Geistlichkeit aus Galizien untersagte, in das Cholmer Land zu reisen. Begründet wurde dies damit, die Lebensmittellieferungen aus dem besetzten Gebiet sicherstellen zu wollen, was angesichts der gegen die Brest-Litowsker Bestimmungen protestierenden Bevölkerung anders nicht möglich wäre.²⁰

Die jüdische Bevölkerung

Diese Gruppe gewann in politischer Hinsicht und machte große Schritte in Richtung einer Gleichberechtigung; ihre Vertreter wurden erstmals in die Stadt- und Kreisparlamente aufgenommen, wenn auch in der Regel nicht in einer Zahl, welche ihrem zahlenmäßigen Anteil entsprochen hätte. In über 30 kleineren Städten, wo sie oft mehr als 50 Prozent der Einwohner stellten und wo die ersten Stadtverwaltungen von den Besatzungsbehörden ernannt wurden, erhielten sie meist ein Viertel der Sitze.²¹ In größeren Städten, wo die Stadträte gewählt wurden (Lublin, Kielce, Radom und Piotrków), wirkte sich das vom Militärgeneralgouvernement eingeführte Kurienwahlrecht für sie negativ aus.

Aber es kam zu einer deutlichen Revitalisierung des kulturellen Lebens,²² und das sich dynamisch entfaltende politische Leben passte sich an die Gesetzeslage an. Die Besatzungsbehörden hatten Schwierigkeiten, die ihnen wenig bekannte Welt der Juden im russischen Teilungsgebiet in den Griff zu bekommen. Besorgnis löste der schlechte sanitäre Zustand der jüdischen Shtetl und Stadtteile in den größeren Städten aus, auch die sich hier ausbreitenden Epidemien riefen

19 Jerzy Z. Pająk, *Od autonomii do niepodległości. Kształtowanie się postaw politycznych i narodowych społeczeństwa Galicji w warunkach Wielkiej Wojny 1914–1918*, Kielce 2012, S. 201–237.

20 Hausner, *Die Polenpolitik* (wie Anm. 6), S. 235–240; Lewandowski, *Królestwo Polskie pod okupacją* (wie Anm. 3), S. 125–127.

21 Konrad Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej*, Lublin 2005, S. 258–277; Konrad Zieliński, *Żydzi Lubelszczyzny 1914–1918*, Lublin 1999.

22 Zieliński, *Żydzi Lubelszczyzny* (wie Anm. 21), S. 215–324.

Sorgen hervor. Man schickte eigene Referenten für jüdische Angelegenheiten aus Galizien in das Generalgouvernement, darunter den Historiker und Absolventen der Universität Lemberg, Majer Bałaban.²³

So wie im Falle der beiden anderen Gruppen verschlechterte sich auch die wirtschaftliche Lage der Juden. Die Reglementierung des Lebensmittelhandels und die Beschränkungen auf anderen Gebieten des Warenaustauschs – dies betraf insbesondere den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen – beraubten einen erheblichen Teil der jüdischen Bevölkerung ihrer bisherigen Unterhaltsquellen. Dafür entwickelte sich der illegale Lebensmittelhandel und Schmuggel, sowohl auf den alten Schmuggelwegen nach Galizien als auch auf neuen Wegen in das deutsch verwaltete Gebiet. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bremste den Geldfluss von den zahlreichen jüdischen Auswanderern und verschlechterte die wirtschaftliche Lage vieler Familien.²⁴

Die Integration der Gebiete in die Habsburgermonarchie

Staatsrechtlich gesehen sind nur schwer Bestrebungen der Besatzungsbehörden auf den verschiedenen Verwaltungsebenen zu sehen, deren Ziel es war, das besetzte Gebiet zum Teil oder ganz in die k. u. k.-Monarchie einzuverleiben, obwohl der österreichische Ministerpräsident Stürgkh im Herbst 1915 ein Dokument aufgesetzt hatte, in dem die Angliederung des Königreichs Polen an die österreichische Reichshälfte vorgeschlagen wurde.²⁵ Die während der Amtszeit von Generalgouverneur Stanisław Szeptycki forcierte „Gewinnung der Polen für Österreich“ oder auch für die „österreichische Lösung der Polenfrage“ in Gestalt einer Thronbesteigung der Habsburger im Königreich Polen – das mit Galizien vereint werden sollte – führten zu keinen konkreten Maßnahmen, sieht man einmal von einer breitangelegten Propaganda ab. Ein Hindernis waren die Annexionspläne Deutschlands.²⁶ Viele Schritte, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, führten hingegen zu einer Vereinheitlichung sowohl innerhalb des Militärgeneralgouvernements als auch des Königreichs Polen mit Österreich-Ungarn, dem Deutschen Reich oder gar Westeuropa.

23 Majer Bałaban, *Die Judenstadt von Lublin*, Berlin 1919; Majer Bałaban, *Raport o żydowskich instytucjach oświatowych i religijnych na terenach Królestwa Polskiego, okupowanych przez Austro-Węgry*, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 1 (2001), S. 35–72.

24 Jan Lewandowski, *Ludność żydowska na Lubelszczyźnie w latach I wojny światowej*, in: Jerzy Doroszewski/Tadeusz Radzik (Hg.), *Z dziejów społeczności żydowskiej na Lubelszczyźnie w latach 1918–1939*, Lublin 1992, S. 7–40; Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie* (wie Anm. 21), S. 206–221.

25 Grosfeld, *Polityka państw centralnych* (wie Anm. 2), S. 70–78.

26 Grosfeld, *Polityka państw centralnych* (wie Anm. 2), S. 233–259.

In den von den Besatzungsbehörden veröffentlichten Dokumenten wurden die Einwohner Kongresspolens anfangs als russische Untertanen bezeichnet, was jedoch bald in Untertanen des Königreichs Polen geändert wurde. Die bisherige Grenze zwischen Galizien und dem Königreich Polen, die zugleich die österreichisch-russische Grenze war, blieb bestehen. In vielen Fällen resultierten die Vereinheitlichungsbestrebungen aus technischen Gründen, hatten aber auch das Ziel, das besetzte Gebiet wirtschaftlich besser ausbeuten zu können. Im Fall des Militärgeneralgouvernements bedeuteten diese Schritte vor allem eine Integration nach Galizien, also jener österreichischen Provinz, in der die politische und gesellschaftliche Lage der Polen besser war als in den beiden anderen Teilungsgebieten. Dies führte dazu, dass die Unterschiede zwischen den altpolnischen Gebieten verwischten, die sich durch die Existenz unterschiedlicher Staatsorganismen entwickelt hatten. Auch die Polen trugen zu einem Teil dazu bei, indem sie Positionen in der Besatzungsverwaltung übernahmen, sowohl in den militärischen als auch in den zivilen Behörden.²⁷

Andere Maßnahmen wirken sich ebenfalls positiv aus. Dazu gehörten die Wiedereinführung der polnischen Sprache in der Selbstverwaltung, im Bildungswesen und in den Behördenkontakten der Besatzungsverwaltung mit der Bevölkerung und den polnischen Einrichtungen, die Einführung der mitteleuropäischen Zeit, des gregorianischen Kalenders, ein freies politisches Leben, die Entfernung des Russischen aus Ämtern und Schulen sowie die Beseitigung russischer Schilder und Aufschriften.²⁸ Da sich das polnische Schulwesen auf allen Ebenen stürmisch entfaltete, es aber vor Ort an qualifiziertem Lehrpersonal fehlte, wurden viele Lehrer aus galizischen Schulen in das Gebiet entsandt. Einige Versuche, galizische Vorbilder auf das Schulwesen des Königreichs Polen zu übertragen – etwa Deutschunterricht in den oberen Klassen der Volksschulen –, stießen auf den Widerstand des ansässigen Lehrkörpers, so dass die Besatzungsbehörden nicht auf deren Umsetzung bestanden.²⁹

Zur weitreichendsten Integration kam es im Bereich der Kommunikation. Das Bestreben, das besetzte Gebiet auszubeuten, erforderte den Ausbau der Verkehrswege: Zerstörte Land- und Wasserstraßen, Brücken und Bahnstrecken wurden wiederhergestellt, aber auch neue Eisenbahnverbindungen zwischen dem österreichischen Besatzungsgebiet und Galizien gebaut – zuvor hatte es nur eine Verbindung im Westen des Königreichs und Galiziens gegeben, die Warschau-Wiener Bahn. Sowohl die reparierten als auch die neugebauten Bahn-

27 Lewandowski, *Królestwo Polskie pod okupacją* (wie Anm. 3), S. 63.

28 Rozporządzenie Naczelnego Wodza Armii z 23 kwietnia 1915 r., dotyczące zaprowadzenia kalendarza gregoriańskiego i czasu średnioeuropejskiego, jako też zniesienia tak zwanych galówek in: *Dziennik Rozporządzeń c. i k. Zarządu Wojskowego w Polsce*, Teil III, 23.04.1915.

29 Lewandowski, *Królestwo Polskie pod okupacją* (wie Anm. 3), S. 63–65.

strecken erhielten die mitteleuropäische Spurweite (1435 mm). Zuvor hatten – abgesehen von der Linie Warschau-Wien – alle übrigen Gleisverbindungen im Königreich Breitspurgleise (1524 mm) besessen, genauso wie in Russland.³⁰ Anstelle der russischen Maße wurde das metrische System eingeführt.

Das kulturelle und politische Leben unter der Besetzung näherte sich dem galizischen beziehungsweise dem österreichischen Modell an, und teilweise wurde Lublin bereits ‚Klein-Wien‘ genannt.³¹ Im Theaterrepertoire, aber auch bei den Veröffentlichungen, wurden trotz Zensur Inhalte zugelassen, die unter russischer Verwaltung verboten gewesen waren und die polnische Geschichte und Tradition oder sogar die nationalen Befreiungskämpfe betrafen.³² Die Besatzungsbehörden gestatteten öffentliche, festliche Kundgebungen zu wichtigen Jahrestagen der polnischen Geschichte, etwa der Verfassung vom 3. Mai 1791, zu den Aufständen oder dem hundertsten Geburtstag von Tadeusz Kościuszko; an einigen dieser Feierlichkeiten nahmen Vertreter der Militärverwaltung teil.³³

Das Verhältnis der neuen Herrscher zu den Einwohnern des besetzten Gebiets

Das Verhältnis der Besatzungsbehörden zur Bevölkerung des besetzten Territoriums veränderte sich in Zeit und Raum, was aus dem bereits genannten Hin und Her der von Wien und dem ab 1916 in Baden stationierten Armeekommando betriebenen Polenpolitik resultierte. Die einzige Konstante war die wirtschaftliche Ausbeutung – etwa von Arbeitskräften – des eroberten Gebiets, obwohl erneut verschiedene Methoden zur Anwendung kamen, von Straßenrazzien über Zivilarbeiter-Abteilungen bis hin zur freiwilligen Anwerbung zur Arbeit in der Donaumonarchie.³⁴ Brutale Stärke, deren Folge Todesopfer und Verhaftungen waren, wurde bei der Beschlagnahme von Lebensmitteln und der Niederschlagung von Aufruhr nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk angewendet, obschon damals auch die Methode ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ verwendet wurde. Die räumliche Differenzierung bestand darin, dass angesichts der geringen Kompetenzen des Generalgouvernements die einzelnen Kreiskommandanten eine relativ eigenständige Politik betreiben konnten; Polen stellten unter ihnen nur einen kleinen Prozentsatz. Insgesamt wurde das besetzte Gebiet

30 Bis Anfang 1918 bauten die Besatzungsbehörden 249 km Bahnen mit Normalspur und 314 km mit Schmalspur: Hausner, *Die Polenpolitik* (wie Anm. 6), S. 362.

31 Maria Dąbrowska, *Dzienniki 1914–1965*, Bd. 1, 1914–1925, Warschau 2009, S. 68.

32 Stefan Kruk, *Życie teatralne w Lublinie 1872–1918*, Lublin 1982.

33 Hupka, *Z czasów Wielkiej Wojny* (wie Anm. 13), S. 59; Mieczysław Ryba, *Środowiska i ugrupowania polityczne na Lubelszczyźnie 1914–1918*, Lublin 2007, S. 103.

34 Lewandowski, *Królestwo polskie pod okupacją* (wie Anm. 3), S. 60, 90–93.

als Hinterland der Front behandelt, in dem für Sicherheit zu sorgen war, für die Verbindung mit der Feldarmee und mit der Monarchie. Es hatte die Kosten der Besatzungsverwaltung und der hier stationierten k. u. k.-Reserve-Einheiten, Linienbataillone und anderen bewaffneten Strukturen der Monarchie zu decken, vor allem aber für den Habsburgerstaat Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern. In der Wirtschaftspolitik beschränkte man sich nicht auf ‚Raubwirtschaft‘, sondern war auch bestrebt, neben dem Ausbau des Verkehrsnetzes die Anbaufläche zu vergrößern, die Ernteerträge zu verbessern, die verlassenen Güter zu bewirtschaften und die Förderung von Rohstoffen in Gang zu bringen, wozu eigens Fachleute (etwa Oberst Johann von Balzar im Revier von Dąbrowa) und Militäreinheiten (unter anderem als Erntekompanien) eingesetzt wurden.³⁵ Doch in der Auffassung der Polen aus der Besatzungsverwaltung hielt die Bevölkerung des Königreichs „... die derzeitige Herrschaft im Vergleich zur russischen für schwach und beginnt sie geringzuschätzen“.³⁶ Davon zeugte auch die verbreitete Bezeichnung der Österreicher als „Penner“.

Zu bedeutenden Veränderungen im Vergleich zur russischen Regierung kam es im Bereich der Politik. Die insgesamt legale Arbeit der Parteien und politischen Gruppierungen, Vereine, schulischen, paramilitärischen, Selbsthilfe- und Jugendorganisationen (Pfadfinder) ging einher mit einer geheimdienstlichen Durchdringung. Dies betraf auch illegale Formen politischer und militärischer Betätigung. Neuheiten waren neben dem erwähnten Einverständnis zur Feier nationaler Jahrestage und zu politischen Kundgebungen insbesondere Gespräche der Besatzungsbehörden mit deren Organisatoren, um sie in Konfliktsituationen ohne Gewaltanwendung auflösen zu können.³⁷ Zu breitangelegten Repressionen griff man erst nach den Massenprotesten gegen die Beschlüsse des Friedensvertrags von Brest-Litowsk, als Wien darauf verzichtete, Politiker des Königreichs Polen für eine dualistische Monarchie zu gewinnen. Der neue, letzte Generalgouverneur Anton Lipošćak stellte die Beziehungen zu den polnischen Behörden und Einrichtungen wieder her, die nach dem Brester Vertrag abgebrochen worden waren. Die Gespräche betrafen den Termin, zu dem die Besatzung aufgehoben werden sollte, und den Preis, den die polnische Seite für die Zurücklassung von Besitz und auch Mannschaften zu zahlen hatte – in Form von Lebensmittel- und Kohlelieferungen. Trotz des Fehlens einer letztendlichen Einigung berief Lipošćak am 2. November 1918 eine allgemeine Versammlung der Offiziere des Generalgouvernements ein, entließ sie aus dem dem Kaiser geschworenen Eid und übergab die Macht formal an den polnischen Regent-

35 Hausner, Die Polenpolitik (wie Anm. 6), S. 364–367.

36 Hupka, Z czasów Wielkiej Wojny (wie Anm. 13), S. 135.

37 Hausner, Die Polenpolitik (wie Anm. 6), S. 178.

schaftsrat.³⁸ Am Ende hatten die Jahre der österreichischen Besatzung nicht nur eine gewaltige Aktivierung des politischen Lebens bedeutet, sondern auch eine grundlegende Veränderung der Kulturpolitik, vor allem bei den Beziehungen zwischen Staat und politischen Parteien.

Gegenseitige Wahrnehmungen von Besatzern und Besetzten

Obwohl die Aufklärung der Korps von Krakau und Przemyśl sowie des Konsulats in Warschau das Gebiet Kongresspolens bereits vor Sommer 1914 gut durchdrungen hatten, war die Kenntnis der Realität im Königreich Polen, vor allem aber der Mentalität seiner Einwohner, gering, und das sowohl bei den Urhebern der k. u. k.-Polenpolitik als auch bei deren Ausführern. Dies zeigte sich bereits bei Kriegsbeginn, als man den Ausbruch eines antirussischen Aufstands erwartet hatte.³⁹ Wenig Wissen über die Lebenswirklichkeit im russischen Teilungsgebiet besaßen auch die galizischen Polen,⁴⁰ ganz zu schweigen von den Generälen und Offizieren der k. u. k.-Armee, von denen nur ein Teil Verwaltungserfahrung aus anderen Gebieten der Monarchie besaß, auch wenn sich diese unter den neuen Bedingungen des Kriegs nicht immer bewährten. Unter den Generalgouverneuren besaßen Verwaltungserfahrung Diller (Mähren) und Lipošćak (Bosnien und Herzegowina), des Polnischen mächtig war neben Szeptycki nur Diller. Die österreichisch-ungarische Militärverwaltung wurde von den Zeitgenossen viel schlechter bewertet als die deutsche Besatzungsverwaltung, in der zivile Fachleute eine erheblich größere Rolle spielten. Am besten war die Nachrichtenabteilung des Generalgouvernements mit den politischen Verhältnissen des besetzten Gebiets vertraut, doch scheint diese keinen Einfluss auf das Vorgehen der Behörden gehabt zu haben.⁴¹ Auch die Übertragung galizischer Vorbilder ins Königreich Polen, nach denen man im Cholmer Land national bewusste Ukrainer zu suchen begann, bewährte sich nicht.⁴² Selbst die jüdische

38 Jerzy Jampolski, *Wspomnienia z czasów okupacji austriackiej w Królestwie Kongresowem*, Krakau 1924, S. 43.

39 Lewandowski, *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier* (wie Anm. 5), S. 36.

40 Jan Lewandowski, *Galicjusz w Koronie w czasie Wielkiej Wojny*. Na podstawie dzienników August Krasickiego i Jana Hupki, in: Wiesław Caban/Stanisław Wiech (Hg.), *Międzyzaborowe kontakty ziemiaństwa*, Kielce 2010, S. 165–174.

41 Ab Frühjahr 1917 fertigten sie auf der Grundlage von Berichten aus den Kreisen politische Monatsberichte an (mit etwa je 20 Schreibmaschinenseiten), denen umfangreiche (bis 200 Seiten starke) Berichte über die legale, die illegale und die jüdische Presse beigefügt wurden. Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv, AOK, EOK, Militärverwaltung Polen 1917, Nr. 60/1–60/11, und Militärverwaltung Polen 1918, Nr. 108/1–108/7.

42 Hupka, *Z czasów Wielkiej Wojny* (wie Anm. 13), S. 186: „Aus Teschen wurde nach Cholm geschickt, um Amtsverordnungen zu plakatieren, die in zwei Sprachen verfasst waren, auf

Bevölkerung rief bei der neuen Verwaltung Verwunderung und Ratlosigkeit hervor.⁴³ Die von der k. u. k.-Verwaltung eingeführten politischen und kulturellen Freiheiten konnten das bisherige, bereits in den ersten Kriegsmonaten entstandene Misstrauen gegenüber der nächsten Besatzungsgewalt nicht durchbrechen.

Der Versuch einer institutionellen Zusammenarbeit der Besatzungsbehörden mit einem Teil der ansässigen politischen und wirtschaftlichen Eliten, etwa dem Landeswirtschaftsrat und dem Technischen Komitee des Militärgeneralgouvernements, die von Generalgouverneur Szeptycki veranlasst worden war, endete mit deren Aufkündigung nach dem Frieden von Brest-Litowsk. Die vor dem Krieg vorhandenen Sympathien eines Teils der Bevölkerung des Königreichs Polen zur k. u. k.-Monarchie wurden durch das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Truppen im ersten Kriegsjahr und die ausbleibende Stellungnahme zur polnischen Frage in erheblichem Maße konterkariert. Bereits im Dezember 1914 schrieb Waclaw Tokarz, ein Professor der Universität Lemberg und stellvertretender Chef der Militärabteilung des proösterreichischen Obersten Nationalkomitees (Naczelnny Komitet Narodowy, NKN): „Das Vorgehen der Österreicher hat ihnen anfangs keine Sympathien eingebracht, man meinte überall, dass ein österreichischer Soldat schlimmer aussieht als ein preußischer, dass er schlechter ernährt ist, stiehlt und etwas plündert. Die österreichischen Behörden haben hier eine Reihe von Fehlern begangen, sie haben z. B. ihre Proklamationen in drei Sprachen veröffentlicht (Deutsch, Polnisch und Russisch), während selbst die Deutschen kein Russisch verwendeten.“⁴⁴ Er erkannte damals auch schon die Charakteristika des späteren Vorgehens der k. u. k.-Behörden im Königreich: Fehlende Orientierung über die örtlichen Verhältnisse, Abhängigkeit von den Deutschen, wankelmütiges und uneinheitliches Vorgehen, Ratlosigkeit angesichts der komplizierten wirtschaftlichen Lage. Anderthalb Jahre später, im Juni 1916, schrieb ein anderer Anhänger einer austropolnischen Lösung und NKN-Aktivist, der bereits zitierte Jan Hupka, deutlich irritiert: „Im Wettstreit mit den Deutschen hat Österreich militärisch und politisch verloren [...] Man hat im Königreich so verrückte Dummheiten begangen, dass

Deutsche und auf Ruthenisch, die hier niemand versteht. Die militärischen Würdenträger aus Teschen befahlen, nachdem sie nach Cholm gekommen waren, dem Bezirkskommandanten, Oberst Żaba, den Ukrainern entgegenzukommen. Als dieser aber entgegnete, dass es in seinem Bezirk keine Ukrainer gebe, sagte an ihm, dass er welche finden müsse und dass ein anderer Bezirkskommandant sie sicherlich finden werde. Der irritierte Oberst Żaba gab ihnen schließlich ein Verzeichnis von Ukrainern, in das er die ukrainischen Offiziere und Staatsangestellten aufgenommen hatte, die ihm unterstanden und von Teschen hergeschickt worden waren.“

43 Hausner, Die Polenpolitik (wie Anm. 6), S. 134.

44 Archiwum Narodowe w Krakowie, Archiwum Naczelnego Komitetu Narodowego (1914–1921) / 94, Bl. 246f.

Österreichs Ansehen dort vollständig zusammengebrochen ist. Die Österreicher sind so blamiert und niemand gibt mehr einen Pfifferling auf sie. Von den beiden Übeln beginnt man im Königreich die Preußen vorzuziehen.“⁴⁵ Auch die spätere Polenpolitik stieß auf das Misstrauen der politischen Eliten wie auch breiterer gesellschaftlicher Kreise, da die Besatzungsverwaltung ihre bisherigen Vorrechte behielt.

Schlussfolgerungen

Eine k. u. k.-Militärverwaltung gab es sowohl im Süden des Königreichs Polen als auch anderswo. Doch die politische Lage im Militärgeneralgouvernement Lublin unterschied sich grundsätzlich von den Balkan-Territorien. Serben und Montenegriner besaßen eigene Staaten und ihre Streitkräfte kämpften gegen die Armeen Österreich-Ungarns. Wenn die Einwohner des südlichen Königreichs Polen gegen die k. u. k.-Armee kämpften, dann in den Uniformen einer anderen Teilungsmacht – Russlands. Die Niederlage des Zarentums bedeutete die Chance auf zumindest teilweise Verwirklichung der polnischen nationalen Bestrebungen, so wie dies zuvor in Galizien der Fall gewesen war. Diese Hoffnungen und Sympathien gegenüber der k. u. k.-Monarchie waren vor dem Krieg unter den Bildungsschichten und Politikern des Königreichs verbreitet gewesen. Schon die ersten Kriegsmonate bedeuteten eine tiefe Enttäuschung, denn in der Politik der österreichisch-ungarischen Behörden im besetzten Gebiet oder vielmehr im Königreich Polen überwogen kurzfristige Ziele, vor allem der Wunsch nach wirtschaftlicher Ausbeutung des feindlichen Landes. Auf der politischen und kulturellen Ebene berücksichtigten die Besatzungsbehörden in größerem Maße als die Russen die nationalen Bestrebungen der Polen, doch nicht so sehr, wie es sich deren Eliten oder auch die immer nationalbewussteren breiteren Kreise der Gesellschaft erhofft hatten. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker waren die Unabhängigkeitsbestrebungen, weshalb die k. u. k.-Monarchie wie eine Teilungsmacht behandelt wurde. Die Reste von Sympathien und Erwartungen machte der Friedensvertrag von Brest-Litowsk zunichte. Kundgebungen gegen die Besatzer nach dem Abschluss dieses Abkommens demonstrierten die Stärke der polnischen nationalen Bestrebungen sowie zugleich die Schwäche des Besatzungsapparats und seiner Grundlage, der k. u. k.-Armee.

Die Polenpolitik der Donaumonarchie, die vom Lubliner k. u. k.-Militärgeneralgouvernement in Polen umgesetzt wurde, bestand einerseits in einer weiteren Verschlechterung der Existenzbedingungen für eine Bevölkerungsmehrheit im besetzten Gebiet, andererseits waren die Bedingungen des politischen

45 Hupka, *Z czasów Wielkiej Wojny* (wie Anm. 13), S. 216.

und kulturellen Lebens erheblich besser als unter russischer Herrschaft; auch die Beziehungen zwischen den Behörden und den örtlichen politischen Gruppierungen waren von neuer Qualität. Im November 1916 begann der Aufbau von Elementen einer polnischen Eigenstaatlichkeit, wobei die dominierende Rolle der Besatzer bestehen blieb. Die österreichische Besatzungszeit im Königreich Polen war eine Zeit, in der sich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens belebten, es war eine Zeit des Übergangs von völliger Unfreiheit, von einer passiven Gesellschaft und einer starken Teilungsmacht 1914 hin zur Unabhängigkeit, zu einer aktiven, gut organisierten Gesellschaft bei gleichzeitig zerfallender Teilungsmacht im Herbst 1918.

Aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew

„Zivilisierungsmissionen“ im globalen Vergleich. Gewalt, Rassismus und die Implementierung imperialer Herrschaft in Bosnien-Herzegowina und auf den Philippinen

Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich anhand zweier Beispiele aus dem späten 19. beziehungsweise frühen 20. Jahrhundert mit der Thematik der Inbesitznahme ethnisch und kulturell stark diversifizierter Regionen durch die damaligen Großmächte Österreich-Ungarn und USA. Der Fokus liegt dabei weniger auf langfristigen strategischen Projekten – die damit natürlich auch verbunden waren –, sondern vor allem auf komparativen Betrachtungen zur Frühphase einer neuen Art von kulturellem Kontakt, den ihm zugrunde liegenden historischen und ideologischen Hintergründen sowie den aus ihm entstehenden Auseinandersetzungen.

Die Inbesitznahme Bosnien-Herzegowinas und der Philippinen

Bosnien-Herzegowina und die strategischen Interessen der Habsburgermonarchie

Die Wahrnehmung Bosniens und der Herzegowina als mögliches Expansionsgebiet, sicherlich aber als strategisch relevante Einflussosphäre, kann in der Habsburgermonarchie bis ins ausgehende 17. Jahrhundert zurück verfolgt werden. Im Zuge der sogenannten ‚Türkenkriege‘ kam es mehrfach zu Feldzügen nach Bosnien, so etwa 1688 unter Ludwig von Baden, dessen Truppen bis Banja Luka und Zvornik vordrangen.¹ Im Verlauf des 18. Jahrhunderts kann im Umgang der verschiedenen habsburgischen Herrscher mit der Thematik des Zentralbalkans eine gewisse Ambivalenz konstatiert werden, wobei aber zum Beispiel unter Joseph II. das Interesse an einer Ausdehnung im Südosten des Reiches deutlich spürbar war.² Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren einerseits durch kulturelle Kontakte zwischen der Habsburgermonarchie und den

1 Theodor von Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreichs seit 1866, Bd. 1, Stuttgart 1913, S. 127f.

2 Karl A. Roider, Austria's Eastern Question, 1700–1790, Princeton 1982, S. 137.

osmanisch kontrollierten Provinzen geprägt (man denke hier etwa an Familienverbände, deren Angehörige auf verschiedenen Seiten der Grenze lebten), andererseits herrschte quasi ein permanenter Kleinkrieg in der Region. Die ‚Räuberbanden‘, die in grenznahen Bezirken immer wieder Überfälle verübten, waren zugleich Ausdruck einer extrem angespannten sozialen Lage in den osmanischen Territorien des Balkan wie auch der Unfähigkeit (oder Unwilligkeit) der Behörden, entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen. 1803 ließ Erzherzog Karl durch den Internuntius in Konstantinopel die Forderung übermitteln, die Hohe Pforte solle für die Rodung von Grenzwäldern sorgen, um den illegalen Übertritt auf österreichisches Gebiet zu erschweren. Der Pascha von Bosnien wurde tatsächlich damit beauftragt, allerdings wurden die Anordnungen der Pforte einfach ignoriert und eine Umsetzung blieb aus.³

Nach der Ära der Napoleonischen Kriege intensivierte sich das Interesse vieler habsburgischer Politiker und Militärs am Zentralbalkan, nicht zuletzt deshalb, weil der Wiener Kongress 1814/15 Dalmatien unter österreichische Kontrolle gebracht hatte. Dieses Kronland sei, angesichts seiner speziellen Geografie, ohne das Hinterland – also Bosnien und die Herzegowina – im Falle eines Angriffs kaum zu verteidigen, so Feldmarschall Radetzky in einem Memorandum aus dem Jahr 1835.⁴ Letztgenannte Gebiete entglitten im 19. Jahrhundert der Zentralmacht in Konstantinopel immer weiter. Die überwiegend sehr konservativ orientierte Aristokratie Bosniens stellte sich vehement gegen die Modernisierungspolitik der Hohen Pforte, welche auf die als „Heilsamer Vorfall“ (*vaka-ı hayriye*) propagierte Zerschlagung des Janitscharenkorps (1826) folgte. Die seit 1839 von Sultan Abdulmejid I. forcierten Reformen des *Tanzimat* („Neuordnung“) sahen insbesondere die Abschaffung traditioneller muslimischer Privilegien und die Gleichstellung von Untertanen, ungeachtet ihrer Religion, vor und riefen bei dieser Gruppe ebenfalls regen Widerstand hervor.⁵ Viele Aristokraten waren Nachkommen christlicher Familien, die nach der osmanischen Eroberung Bosniens zum Islam übergetreten waren,⁶ Anhän-

3 Bertrand Michael Buchmann, *Militär – Diplomatie – Politik. Österreich und Europa von 1815 bis 1835* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 498), Frankfurt am Main 1991, S. 362.

4 Karl Gabriel, *Bosnien-Herzegowina 1878. Der Aufbau der Verwaltung unter FZM Herzog Wilhelm v. Württemberg und dessen Biographie* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 973), Frankfurt am Main 2004, S. 25.

5 Sabine Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*, Wiesbaden 2005, S. 53.

6 Als grundlegende Arbeit zum so genannten ‚Sonderfall Bosnien‘ sei hier exemplarisch genannt: Srećko M. Džaja, *Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der Herzegowina. Voremanzipatorische Phase 1463–1804* (Südosteuropäische Arbeiten, 80), München 1984.

ger der sunnitischen Religionstradition,⁷ und nach ihrem Eigenverständnis ein „Hort der Rechtgläubigkeit, Bewahrer der alten Ordnung und Verfechter einer weitgehenden Sonderstellung im Osmanischen Reich“.⁸ Ein großer Aufstand einheimischer Eliten in Bosnien wurde in den frühen 1850er Jahren von loyalen osmanischen Truppen blutig niedergeschlagen. 1857 folgten Erhebungen christlicher Bauern gegen Landbesitzer, die ihre Güter (*çiftlikler*) rücksichtslos erweiterten.⁹ Der Diplomat Carl Sax (1837–1918) vertrat 1863 in einem Aufsatz die Meinung, die bosnischen Muslime stünden „an Religionsfanatismus unter allen Bewohnern der europäischen Türkei obenan. Sie waren es, welche sich den civilisatorischen Reformen der letzten Sultane am längsten widersetzen, und sie tragen auch dadurch einen grossen Theil der Schuld, dass Bosnien trotz der Nachbarschaft Kroatiens und Dalmatiens fast aller Civilisation fremd blieb“¹⁰ – eine Ansicht, die in Österreich, aber auch in anderen europäischen Staaten durchaus verbreitet war.

Für Politiker und Militärs in der Habsburgermonarchie gewann der Balkan als potentieller Expansionsraum nach der Niederlage im so genannten ‚Deutschen Krieg‘ von 1866 stark an Bedeutung. Aus strategischer Sicht waren die dalmatinischen Häfen nach dem Verlust der Stützpunkte in Venetien deutlich wichtiger geworden, was etwa der populäre Admiral Tegetthoff betonte.¹¹ Die späten 1860er sowie die 1870er Jahre brachten demnach auch neue Überlegungen für den zukünftigen Umgang mit den osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina. Es gab etwa Pläne, in Absprache mit Russland diese Gebiete in Besitz zu nehmen, da das Ende des Osmanischen Reiches ohnehin kurz bevor stünde, oder sich das historische ‚Türkisch-Dalmatien‘ einzuverleiben, während der Rest Bosniens und der Herzegowina – unter weiterhin bestehender osmanischer Suzeränität – administrativ mit dem Fürstentum Serbien zusammen-

7 Bertold Spuler, Die Lage der Muslime in Jugoslawien, in: Die Welt des Islams N. F. 26 (1986), S. 124–140, hier S. 124.

8 Valeria Heuberger, Unter dem Doppeladler. Die Nationalitäten der Habsburger Monarchie 1848–1918, Wien 1997, S. 96. Okey zufolge ist auch zu berücksichtigen, dass ein sich zwischen Krieg und Frieden bewegendes Alltagsleben zur Entwicklung einer besonderen, von Existenzangst mitgeprägten Mentalität beitrug; siehe Robin Okey, Taming Balkan Nationalism. The Habsburg ‚Civilizing Mission‘ in Bosnia, 1878–1914, Oxford 2007, S. 5.

9 Josef Matuz, Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt 1985, S. 232f. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass natürlich nicht nur christliche Bauern unter derartigen Verhältnissen zu leiden hatten, sondern auch weite Teile der muslimischen Unterschichten.

10 Carl Sax, Skizzen über die Bewohner Bosniens, mit einer geographischen Einleitung, in: Mittheilungen der kaiserlich-königlichen Geographischen Gesellschaft 7 (1863), S. 93–107, hier S. 101.

11 Gisela Hünigen, Nikolaj Pavlovic Ignat’ev und die russische Balkanpolitik 1875–1878 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, 40), Göttingen 1968, S. 19.

geführt werden sollte.¹² Gyula Andrassy, 1878 einer der Hauptverantwortlichen für die Okkupation Bosniens und der Herzegowina, sah es als einen der Eckpunkte österreichisch-ungarischer Außenpolitik in der Balkanregion an, dass die beiden Provinzen an Serbien fallen sollten.¹³ Hohe Offiziere, so der Chef der Militärkanzlei, Freiherr von Beck-Rzikowsky, lehnten hingegen jede territoriale Erweiterung eines – vielleicht bald unabhängigen und eng mit Russland kooperierenden – Serbien oder Montenegro entschieden ab.¹⁴ Kurz nach einer Dalmatienreise Kaiser Franz Josephs begann Mitte 1875 in der Herzegowina ein Aufstand gegen die osmanische Oberherrschaft, der sich rasch ausbreitete und schließlich im russisch-türkischen Krieg von 1877/1878 kulminierte. Nach Massakern begann eine massive Fluchtbewegung in das Gebiet der habsburgischen Militärgrenze – 1878 befanden sich ca. 200.000 Flüchtlinge auf österreichischem Territorium¹⁵, was eine nicht unbedeutende organisatorische und finanzielle Herausforderung darstellte.

Die Okkupation

Der Krieg mit Russland endete für das Osmanische Reich mit einer schweren Niederlage und einem demütigenden Friedensschluss in Yeşilköy/San Stefano. Auf dem Berliner Kongress wurden Teile dieses Diktatfriedens jedoch revidiert, und Österreich-Ungarn erhielt in Artikel 25 des Vertragswerkes das Mandat der übrigen Großmächte, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen und zu verwalten: „Les provinces de Bosnie et d’Herzegovine seront occupées et administrées par l’Autriche-Hongrie“.¹⁶ Die immer wieder als Zeichen für besondere

12 Wolfgang Elz, Die europäischen Großmächte und der Kretische Aufstand 1866–1867 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 25), Stuttgart 1988, S. 119; József Galántai, Die Österreichisch-Ungarische Monarchie und der Weltkrieg, Budapest 1979, S. 19; Imre Ress, Versuch einer Nationenbildung um die Jahrhundertwende. Benjámín Kállays Konzeption der bosnischen Nation, in: Endre Kiss/Justin Stagl (Hg.), Nation und Nationenbildung in Österreich-Ungarn 1848–1938. Prinzipien und Methoden (Soziologie, Forschung und Wissenschaft, 21), Münster 2006, S. 59–72, hier S. 62.

13 István Diószegi, Der Platz Bosnien-Herzegowinas in Andrassys außenpolitischen Vorstellungen, in: Ulfried Burz/Michael Derndarsky/Werner Drobesh (Hg.), Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, Klagenfurt 2000, S. 377–384, hier S. 379f.

14 Edmund von Glaise-Horstenau, Franz Josephs Weggefährte. Das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck. Nach seinen Aufzeichnungen und hinterlassenen Dokumenten, Zürich 1930, S. 179.

15 Gabriel, Bosnien-Herzegowina 1878 (wie Anm. 4), S. 28.

16 Lothar Classen, Der völkerrechtliche Status von Bosnien-Herzegowina nach dem Berliner Vertrag vom 13.07.1878 (Rechts- und Sozialwissenschaftliche Reihe, 32), Frankfurt am Main 2004, S. 33.

Naivität gedeutete Aussage Außenminister Andrásy, wonach man für die Besetzung der Provinzen wenig mehr als eine Regimentskapelle benötigen würde, ist wohl eher unter dem Aspekt zu sehen, dass Andrásy jene Kreise besänftigen wollte, die der Vergrößerung des slawischen Bevölkerungssegments ablehnend gegenüber standen beziehungsweise auch auf die hohen Kosten einer Mobilisierung hinwiesen. Auch die Militärs rechneten kaum mit Problemen, Feldzeugmeister (FZM) Beck ging von einer friedlichen Inbesitznahme aus, FZM Philippovich – im Okkupationsfeldzug Befehlshaber des k. k. XIII. Armeekorps und später der 2. Armee – ging von der Einnahme Sarajevos innerhalb von zwei Wochen aus.¹⁷ Nur wenige höhere Offiziere warnten vor übertriebenem Optimismus, so etwa Oberst Leonidas Popp, der auf die Möglichkeit eines langwierigen Guerillakrieges einheimischer Muslime hinwies, der nur mit massivem Truppeneinsatz und aufwendigen Operationen in den Gebirgsgebieten Bosniens und der Herzegowina niedergeworfen werden könne.¹⁸ Die Nachrichten zur Lage, die Ende Juli beziehungsweise Anfang August in den Okkupationstruppen zirkulierten, waren widersprüchlich, ließen aber massiven Widerstand in manchen Regionen zumindest nicht unwahrscheinlich erscheinen.¹⁹

Noch bevor die Okkupation begann, war es in Sarajevo zu einem politischen Umsturz gekommen – eine provisorische Revolutionsregierung hatte die Macht in der Stadt übernommen und rief zum Widerstand gegen die k. k.-Armee auf.²⁰ Am 29. Juli 1878 begann der Einmarsch des XIII. Armeekorps (mit der 6., 7. und 20. Infanterietruppendivision) in Bosnien, während die unabhängig operierende 18. Infanterietruppendivision unter Feldmarschallleutnant (FML) Jovanović aus Dalmatien in die Herzegowina vordrang. Zwei Tage zuvor waren eine Proklamation Kaiser Franz Josephs sowie ein Korpsbefehl des FZM Philippovich veröffentlicht worden, in denen die Okkupation als eine Aktion zum Wohle der

17 István Diószegi, Bismarck und Andrásy. Ungarn in der deutschen Machtpolitik in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Budapest 1999, S. 420.

18 László Bencze, The Occupation of Bosnia and Hercegovina in 1878 (War and Society in East Central Europe, 39/Atlantic Studies on Society in Change, 126/East European Monographs, 680), Boulder 2005, S. 59.

19 Siehe dazu u. a. Kriegsarchiv Wien, Alte Feldakten, 1878 (künftig: KA AFA 1878), HR 2393, 18. Infanterietruppendivision (ITD), Fasz. 1878 VII 7 28, FZM Rodich an FML Jovanović vom 22. 07. 1878; KA AFA 1878, HR 2393, 18. ITD, Fasz. 1878 VII 7 107, 4. Kp./Feldjägerbataillon 7 an Kommando Feldjägerbataillon 7 vom 31. 07. 1878; HR 2394, 18. ITD, Fasz. 1878 VIII 8 11, Militär-/Landwehrkommando Zara an Kommando 18. ITD vom 01. 08. 1878. Während in der erstgenannten Nachricht generell äußerst positive Reaktionen auf den Einmarsch erwartet wurden, sprechen der zweite und dritte Bericht von Zivilisten, die gezwungen würden, sich dem Widerstand anzuschließen beziehungsweise von den Plänen, Mostar mit Waffengewalt gegen die österreichisch-ungarischen Truppen zu verteidigen.

20 Josef Koetschet, Aus Bosniens letzter Türkenzeit. Hinterlassene Aufzeichnungen von Med. Univ. Dr. Josef Koetschet (Zur Kunde der Balkanhalbinsel, 1. Reisen und Beobachtungen, 2), Wien 1905, S. 100 ff.

Bevölkerung und zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung charakterisiert wurde – „nicht zu einem Siegeszuge, zu harter Arbeit führe ich Euch, verrichtet im Dienste der Humanität und Civilisation!“, so Philippovich in seinem Befehl an die Truppen des XIII. Armeekorps.²¹ Die Mehrheit der insgesamt 72.000 Mann umfassenden Verbände ergänzte sich aus der ungarischen Reichshälfte. Es waren, so der spätere Kriegsminister Auffenberg, „schöne ungarische Truppen, doch von irgend einem Elan für die Sache war nicht die Spur. [...] sie gingen, weil sie gehen mußten; von einer kriegerischen Begeisterung war aber nicht die Spur vorhanden“.²² Wie viele irreguläre Kämpfer und osmanische Soldaten sich dem bewaffneten Widerstand gegen die k. k.-Truppen anschlossen, ist nicht genau festzustellen, da sich die betreffenden Gruppen ohne schriftliche Befehle zusammenfanden und zum Teil nach Ende einer spezifischen Bedrohung auch sofort wieder auflösten. Sie waren, wie es in der Presse der Habsburgermonarchie formuliert wurde, nicht „nach ihrer Anzahl und ihren Stellungen abzuschätzen, sie verschwinden nach einem gegen sie geführten glücklichen Schlage, sie wachsen gleichsam wieder aus der Erde, wenn sich ihnen eine Chance des Erfolges zeigt“²³. Das offizielle Generalstabswerk schätzte die Stärke irregulärer Verbände in Bosnien und der Herzegowina auf 79.000 Bewaffnete.²⁴ Während die Herzegowina von den Okkupationstruppen in kurzer Zeit mehr oder minder vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte, machte der Widerstand in weiten Teilen Bosniens den Einsatz zusätzlicher Verbände notwendig.²⁵ Sarajevo wurde am 19. August eingenommen, aber auch danach kam es noch zu schweren Gefechten, so zum Beispiel bei Bihać und Ključ, wo die k. k.-Truppen zwischen 6. und 8. September 1878 145 Gefallene und etwa 700 Verwundete zu verzeichnen hatten.²⁶ Erst mit der Einnahme der Bergfestung Kladaša am 20. Oktober konnte der Feldzug tatsächlich als abgeschlossen angesehen werden. Die Zahl der während der Kämpfe getöteten, hingerichteten oder durch indirekte Auswirkungen des Konflikts umgekommenen Zivilpersonen und ‚Insurgenten‘ ist nicht genau bekannt, sie dürfte aber wohl im hohen vierstelligen oder gar im fünfstelligen Bereich gelegen haben. Unter den k. k.-Truppen gab es etwa 3.300 Tote

21 Abgedruckt ist dieser Korpsbefehl u. a. in: Prager Tagblatt 208 (29.07.1878), S. 2.

22 Moritz von Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang. Eine Lebensschilderung, München 1921, S. 44.

23 Wiener Sonn- und Montagszeitung 64 (18.08.1878), S. 1.

24 Die Occupation Bosniens und der Hercegovina durch k. k.-Truppen im Jahre 1878, hg. von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des k. k.-Generalstabes [im Folgenden: Generalstabswerk], Wien 1879, S. 54.

25 Die 2. Armee umfasste schließlich elf Infanterietruppendivisionen, zwei Kavalleriebrigaden sowie Unterstützungseinheiten (Artillerie, Pioniere, Logistik etc.).

26 Generalstabswerk (wie Anm. 24), Beilage 12, VII.

(davon rund 2/3 durch Krankheiten, vor allem Darmtyphus und Ruhr), 6.700 Verwundete und 110.000 Fälle von Erkrankungen.²⁷

Die Philippinen als Expansionsfeld der Vereinigten Staaten

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erlebte das riesige spanische Kolonialreich eine Phase des Niedergangs, bedingt einerseits durch die Unabhängigkeitsbewegungen in Südamerika in den ersten beiden Dekaden des Jahrhunderts, und andererseits, an dessen Ende, durch militärische Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten. In den 1890er Jahren sahen diese „ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen vor allem in der Karibik gefährdet, zudem stießen die brutalen Repressionsmaßnahmen der Spanier gegen die kubanische Unabhängigkeitsbewegung (...) in der amerikanischen Öffentlichkeit auf Entrüstung.“²⁸ Die auf spanische Sabotage zurückgeführte Explosion des Schlachtschiffes USS Maine in Havanna (15. Februar 1898) ließ, angesichts des zunehmenden politischen Drucks, auch den bis dahin eher zurückhaltend agierenden Präsidenten William McKinley auf einen aggressiven Kurs gegen Spanien umschwenken.²⁹ Der am 19. April 1898 erklärte Krieg dauerte nur knapp vier Monate, zerstörte jedoch einen Großteil des jahrhundertealten spanischen Kolonialreiches.³⁰

Wie Österreich-Ungarn im Falle Bosniens und der Herzegowina, so kamen auch die Vereinigten Staaten im Falle der Philippinen de jure durch internationale Diplomatie, de facto aber erst nach gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Besitz neuer Territorien. Auf den Philippinen hatte es immer wieder Aufstände gegen die spanische Herrschaft gegeben; seit 1896 leistete die Bewegung der ‚Katipunan‘ bewaffneten Widerstand gegen die Kolonialmacht. Diese Organisation wurde seit Anfang 1897 vom jungen chinesisch-stämmigen Emilio Aguinaldo geführt.³¹ Seine Anhänger riefen die Republik von Biak-na-Bato als

27 István Deák, *Der k. (u.) k. Offizier 1848–1918*, Wien 1995, S. 81; Paul Myrdacz, *Sanitätsgeschichte und Statistik der Occupation Bosniens und der Hercegovina im Jahre 1878*, Wien 1882, S. 260.

28 Frank Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“. Der Kolonialkrieg der USA auf den Philippinen (1899–1913), in: Thoralf Klein/Frank Schumacher (Hg.), *Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus*, Hamburg 2006, S. 109–144, hier S. 109.

29 Frank L. Andrews, *The Philippine Insurrection (1899–1902). Development of the US Army's Counterinsurgency Policy*, Baton Rouge 2002, S. 1.

30 Zum Spanisch-Amerikanischen Krieg siehe u. a. Kenneth E. Hendrickson, *The Spanish-American War (Greenwood Guides to Historic Events, 1500–1900)*, Westport 2003; David F. Trask, *The War with Spain in 1898*, New York 1981.

31 Zu Aguinaldo siehe u. a. die grundlegenden Ausführungen bei Alfredo B. Saulo, Emilio Aguinaldo. Generalissimo and President of the First Philippine Republic – First Republic in Asia, Quezon City 1983.

einen unabhängigen Staat aus. „Aguinaldo now called for reforms that all Filipinos – or at least the elite – could agree on“, so Brian Linn, nämlich „the expulsion of the friars; representation in the Spanish Cortes; and an end to discriminatory laws. Escalating the political stakes, on 5 November, Aguinaldo declared the Philippines independent [...] Although sometimes cited as the birth of a sovereign Philippine nation, Aguinaldo’s grandiose pronouncements were in stark contrast to the realities of his situation, driven from his province, besieged in the mountains, and supported only by ragtag guerrillas ravaged by disease and hunger.“³² Nach Abkommen mit der spanischen Kolonialregierung stellte Aguinaldo den Kampf vorübergehend ein und ging ins Exil, kehrte jedoch schon im folgenden Jahr (an Bord eines US-Schiffs) auf die Philippinen zurück. Diese wurden, ebenso wie die Insel Guam, im Rahmen eines Friedensvertrages für 20 Millionen US-Dollar von Spanien an die USA abgetreten, was klarerweise einen schweren Rückschlag für die philippinischen Unabhängigkeitsbestrebungen darstellte.³³ Über die Frage, ob die Vereinigten Staaten an dieser Stelle der Geschichte eher zufällig in ihre Rolle als Kolonialmacht stolperten oder die Erwerbung neuer Territorien den Scheitelpunkt einer langfristigen Planung bildete, herrscht bis heute Uneinigkeit. Außer Frage steht aber ein Faktum, das angesichts der stark anti-imperialistisch ausgerichteten US-Politik etwas paradox wirkt – die Vereinigten Staaten hatten ein Kolonialreich gebildet und „definitely entered the class of nations holding and governing over-seas colonial possessions.“³⁴ Zum Zeitpunkt der Abtretung des philippinischen Archipels an die USA bestanden in Malolos (nahe Manila) bereits eine Regierung und eine Nationalversammlung, die Aguinaldo zum Präsidenten gewählt hatte.³⁵ „The first American forces arrived in late June 1898 and by August had increased to eleven thousand. With little more than token resistance from the Spanish, the Americans successfully stormed the city [Manila, Anm. d. A.] on August 13 and immediately turned their attention to keeping Emilio Aguinaldo’s nationalist army from entering Manila. Under McKinley’s directive to serve as agents of ‚benevolent assimilation‘, soldiers socially engineered the city, cleaning up sewers, rebuilding markets, opening schools, and otherwise establishing the foundations of colonial rule.“³⁶

32 Brian M. Linn, *The Philippine War 1899–1902* (Modern War Studies), Lawrence 2000, S. 18f.

33 Timothy K. Deady, *Lessons from a Successful Counterinsurgency. The Philippines, 1899–1902*, in: *Parameters* 35 (2005), S. 53–68, hier S. 54.

34 William F. Willoughby, *Territories and Dependencies of the United States* (The American State series), New York 1905, S. 7.

35 Andrews, *The Philippine Insurrection (1899–1902)* (wie Anm. 29), S. 34.

36 Brian M. Linn, *The Impact of the Philippine Wars (1898–1913) on the U.S. Army*, in: Alfred W. McCoy/Francisco A. Scarano (Hg.), *Colonial Crucible. Empire in the Making of the Modern American State*, Madison 2009, S. 460–472, hier S. 461.

Der Philippinisch-Amerikanische Krieg

Die Beziehungen zwischen den US-Expeditionstruppen und der Nationalregierung blieben gespannt, Verhandlungen im Januar 1899 verliefen ergebnislos, da die Filipinos keine Oberhoheit der Vereinigten Staaten, und die USA keine philippinische Regierung anerkennen wollten.³⁷ In der Nacht des 4. Februar 1899 erschossen US-amerikanische Vorposten drei Filipinos, worauf zahlreiche kleinere Schusswechsel folgten; am nächsten Tag griff die *American Philippine Expeditionary Force* die vor Manila liegenden Truppen der Philippinischen Befreiungsarmee (PAL) an, und schlug sie in der größten Schlacht des nun beginnenden Philippinisch-Amerikanischen Krieges in die Flucht.³⁸ In einer Reihe (konventionell geführter) Militäroperationen gelang es den US-Truppen, die PAL bis Jahresende 1899 als reguläre Streitmacht de facto auszuschalten. Allerdings konnten die Expeditionstruppen das offiziell von ihnen gehaltene Territorium nie vollständig kontrollieren – der US-Befehlshaber auf den Philippinen, General Elwell S. Otis, fasste dies in seinem Jahresbericht für 1899 so zusammen: „Little difficulty attends the act of taking possession and temporarily holding any section of the country. A column of 3,000 men could march through and successfully contend with any force which the insurgents could place in its route, but they would close in behind it and again prey upon the inhabitants.“³⁹

Die philippinische Führung hatte den Übergang vom konventionellen Konflikt zum Guerillakrieg lange hinausgezögert, da die handelnden Personen durch europäische Traditionen geprägt waren und fürchteten, in einem dezentralisierten irregulären Widerstandskampf ihre eigene Machtposition zu schwächen.⁴⁰ Der Fokus lag nunmehr nicht auf einem militärischen Sieg über die USA, sondern darauf, psychologische Erfolge zu erzielen sowie die öffentliche Meinung – und vielleicht sogar die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen – in den Vereinigten Staaten zu beeinflussen.⁴¹ Angesichts steigender Verluste forderten immer mehr US-Offiziere ein härteres Vorgehen gegen die Filipinos. Generalmajor Lloyd Wheaton, der Befehlshaber der Militärregion Nord-Luzon, meinte sarkastisch, man könne einen Aufstand nicht beenden, indem man mit Konfetti um sich werfe und Parfum versprühe.⁴² Die US-Armee verfolgte ab Anfang 1900

37 John M. Gates, *Schoolbooks and Krag's. The United States Army in the Philippines, 1898–1902* (Contributions in Military History, 3), Westport 1973, S. 10.

38 Linn, *The Philippine War 1899–1902* (wie Anm. 32), S. 46ff.

39 Zit. bei Gates, *Schoolbooks and Krag's* (wie Anm. 37), S. 102.

40 Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“ (wie Anm. 28), S. 111.

41 John M. Gates, *Indians and Insurrectos. The US Army's Experience with Insurgency*, in: *Parameters* 13 (1983), S. 59–68, hier S. 62; Gates, *Schoolbooks and Krag's* (wie Anm. 37), S. 171.

42 Linn, *The Philippine War 1899–1902* (wie Anm. 32), S. 256.

zunehmend eine Strategie von ‚Zuckerbrot und Peitsche‘: es wurden in großem Umfang Straßen, Krankenhäuser oder Telegrafienlinien gebaut, andererseits wandten die Expeditionstreitkräfte aber zum Teil Strategien der Verbrannten Erde an, und hunderttausende philippinische Zivilisten wurden zwangsweise in so genannte *concentration zones* umgesiedelt⁴³ – ein Vorgehen, das in den betroffenen Gebieten für hohe Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung verantwortlich war. Das ‚Wohlwollen‘ der USA, das Präsident McKinley propagiert hatte, hatte seinen Preis, denn es basierte letztlich auf der Schaffung einer neuen Ordnung durch die Anwendung von Gewalt.⁴⁴ Basierend auf dem während des Amerikanischen Bürgerkriegs zusammengestellten *Lieber Code* stellte der Nachfolger von General Otis als Befehlshaber auf den Philippinen, Arthur MacArthur, fest, dass Personen, die sich am bewaffneten Widerstand gegen die US-Truppen beteiligten, ohne Teil einer regulären Streitmacht zu sein, nicht als Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene behandelt würden⁴⁵, was bedeutete, dass diese als Banditen oder Straßenräuber eingestuft und standrechtlich hingerichtet werden konnten. Bis Mitte 1901 gelang es dem US-Expeditionskorps, den Widerstand in weiten Teilen der Philippinen zu zerschlagen und die meisten Anführer der Unabhängigkeitsbewegung (einschließlich Aguinaldo) gefangen zu nehmen.⁴⁶ Vor allem in der Provinz Batangas auf Luzon sowie auf der weiter südlich gelegenen Insel Samar kam es aber auch 1901/1902 zu schweren Kämpfen, die von beiden Seiten mit großer Brutalität geführt wurden. Der Befehlshaber auf Samar, Brigadegeneral Jacob Smith, wies einen Bataillonskommandeur des Marine Corps an, die Insel in *a howling wilderness* zu verwandeln und jeden zu töten, der in der Lage sei, eine Waffe gegen die amerikanischen Truppen zu erheben.⁴⁷ Am 4. Juli 1902 verkündete Theodore Roosevelt, der auf den ermordeten Präsidenten McKinley gefolgt war, das Ende der Kampfhandlungen und den Machttransfer von den Streitkräften auf eine Zivilverwaltung, wobei er die Niederwerfung des Widerstands als einen Triumph der Zivilisation charakterisierte, und die US-amerikanischen Truppen dezidiert gegen Vorwürfe

43 Anthony James Joes, *America and Guerrilla Warfare*, Lexington 2000, S. 123; Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“ (wie Anm. 28), S. 121, Anm. 46; die *concentration zones* sind – trotz der tragischen Auswirkungen ihrer Einrichtung – dabei aber nicht als Vorläufer nationalsozialistischer Konzentrationslager, sondern viel eher als Vorbild für die *strategic hamlets* des Vietnamkriegs zu sehen, und stehen selbst in der Tradition des spanischen *reconcentrado*-Programms zur Bekämpfung der Unabhängigkeitsbewegung auf Kuba.

44 Julian Go, *American Colonial Empire. The Limit of Power's Reach*, S. 22, URL: <<http://www.bu.edu/sociology/files/2010/04/jgo-amercolempire.pdf>> (zuletzt abgerufen am 20.06.2019).

45 Stuart C. Miller, *Benevolent Assimilation. The American Conquest of the Philippines, 1899–1903*, New Haven 1982, S. 163.

46 Linn, *The Impact of the Philippine Wars (1898–1913) on the U.S. Army* (wie Anm. 36), S. 462.

47 Miller, *Benevolent Assimilation* (wie Anm. 45), S. 220.

von ausgeführter Brutalität und Kriegsverbrechen verteidigte.⁴⁸ Speziell im Süden der Philippinen, auf Mindanao oder im Sulu-Archipel, kam es noch bis 1913 immer wieder zu Kämpfen, da sich radikale nationalistische Gruppen, religiöse Sekten wie die *pulahanes* oder die muslimische Bevölkerung (*moros*) weiterhin weigerten, die US-Kolonialherrschaft zu akzeptieren.⁴⁹ Der letzte Sultan von Jolo erkannte erst im Carpenter-Vertrag von 1915 die Oberhoheit der Vereinigten Staaten über sein Territorium an.⁵⁰ Zwischen Anfang 1899 und Juli 1902 starben laut einem Bericht des US Army War College 837 amerikanische Soldaten im Gefecht beziehungsweise an ihren Verwundungen, circa 3.000 weitere fielen Krankheiten oder Unfällen zum Opfer. Schätzungen zu im Kampf getöteten Filipinos bewegen sich zwischen 5.000 und 20.000 Personen, durch indirekte Kriegsfolgen kamen wohl zwischen 250.000 und 750.000 Menschen ums Leben.⁵¹

Deutung der Fallbeispiele im Kontext des Begriffs ,Zivilisierungsmission‘

Die Natur des Okkupationsfeldzugs in Bosnien-Herzegowina stand teilweise in krassem Gegensatz zu dem, was FZM Philippovich vor dem Einmarsch in seinem oben erwähnten Tagesbefehl festgestellt hatte. Der Anspruch, eine Art ,humanitäre Intervention‘ durchzuführen, wurde so nicht umgesetzt – die Notwendigkeit, mit militärischer Gewalt zu agieren und die verbreitete rassistische Verachtung gegenüber einheimischen Bevölkerungsgruppen – ganz im Sinne von Michael Hochgeschwenders „radikalisierte Dichotomie der Zivilisierten gegen die Barbaren“⁵² – gaben der Okkupation zeitweise den Beigeschmack eines

48 Paul A. Kramer, Race-Making and Colonial Violence in the US Empire. The Philippine-American War as Race War, in: *Diplomatic History* 30/2 (2006), S. 169–210, hier S. 172.

49 Patricio F. Abinales, The U.S. Army as an Occupying Force in Muslim Mindanao, 1899–1913, in: Alfred W. McCoy/Francisco A. Scarano (Hg.), *Colonial Crucible* (wie Anm. 36), S. 410–420, hier S. 414ff.; Peter G. Gowing, Muslim-American Relations in the Philippines, 1899–1920, in: *Asian Studies* 6 (1968), S. 372–382, hier S. 374f; Linn, *The Impact of the Philippine Wars (1898–1913) on the U.S. Army* (wie Anm. 36), S. 462f.

50 Brian M. Linn, *Guardians of Empire. The US Army and the Pacific, 1902–1940*, Chapel Hill 1997, S. 253.

51 Kramer, *Race-Making and Colonial Violence in the US Empire* (wie Anm. 48), S. 210, Anm. 140; Linn, *The Impact of the Philippine Wars (1898–1913) on the U.S. Army* (wie Anm. 36), S. 463; Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“ (wie Anm. 28), S. 114.

52 Michael Hochgeschwender, Kolonialkriege als Experimentierstätten des Vernichtungskrieges?, in: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hg.), *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart (Krieg in der Geschichte, 37)*, Paderborn 2007, S. 269–290, hier S. 285.

Kolonialkriege, auch wenn aus Sicht des Historikers starke Elemente hybrider Kriegführung⁵³ sowie von ‚Stabilisierungsoperationen‘ (z. B. Entwaffnung, Einsatz lokaler Sicherheitskräfte etc.) bemerkbar waren. Wenn man in Feldpostbriefen auf Aussagen wie die folgende stößt: „Wir führen einen Krieg, wo man auf Gnade nicht hoffen darf; wir finden keinen Pardon, geben aber auch keinen“,⁵⁴ ist dies sicherlich dem persönlichen Erleben des Feldzugsteilnehmers geschuldet und sollte nicht zwangsläufig in direktem Konnex mit dem strategischen Gesamtziel der Unternehmung gesehen werden; andererseits finden sich aber auch immer wieder Wortmeldungen, die darauf hindeuten, dass Raum und Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas in puncto Zivilisation oder Kriegsrecht zumindest als Grauzone wahrgenommen wurden. Stellvertretend sei hier ein weiterer Feldpostbrief genannt, in dem es heißt: „So viel ist gewiß, daß ein roheres, entmenschteres Volk, als die hiesigen Türken, kaum denkbar ist. Das ist wahr, kämpfen und muthig, ohne Furcht zu sterben wissen sie, die übrigen Bosniaken aber sind ein hinterlistiges Gesindel. Doch der Schrecken und der Zorn, welcher uns Alle überkam, als wir mit jedem neuen Tage erfuhren, auf welch’ unbegreiflich wilde Art die Türken mit unseren gefallenen Leidensgenossen, besonders aber mit unseren Verwundeten [...] verfahren, mag als Erklärung für die Gefühle dienen, welche uns jetzt erfüllen.“⁵⁵

Für die Etablierung der amerikanischen Herrschaft auf den Philippinen ist festzustellen, dass die Aufgabe der ‚Zivilisierung‘ (im Sinne der „Bürde des weißen Mannes“⁵⁶) für die protestantischen Führungsschichten der USA sicherlich eine gewisse Bedeutung hatte. Ein Vernichtungskrieg, wie ihn etwa das Deutsche Reich praktisch zeitgleich in Südwestafrika führte, passte – so zynisch das angesichts Hunderttausender toter Filipinos klingen mag – nicht in dieses Konzept. Senator Knute Nelson aus Minnesota nannte als größten Segen der US-amerikanischen Besetzung des philippinischen Archipels nicht Infrastrukturprojekte oder gerechtere Gesetze, sondern die Tatsache, dass man die ‚Rebellion Aguinaldos‘ niedergeworfen und somit die Filipinos vor der Tyrannei eines ihrer Landsleute bewahrt hätte.⁵⁷ Theodore Roosevelt sprach der Bevölkerung der

53 Ich beziehe mich hier auf eine moderne Definition von hybrider Kriegführung bei John J. McCuen, Hybrid Wars, in: *Military Review* March/April 2008, S. 107–113. McCuen deutet den hybriden Krieg hier als Kombination konventioneller und asymmetrischer Vorgehensweisen mit dem Hauptziel, ein Gebiet militärisch zu sichern, zu stabilisieren und die Unterstützung der Einwohnerschaft zu gewinnen.

54 Innsbrucker Nachrichten 204 (06.09.1878), S. 5.

55 Linzer Volksblatt 195 (25.08.1878), S. 2.

56 Der Begriff bezieht sich auf das 1899 von Rudyard Kipling verfasste Gedicht *The White Man’s Burden*, in dem die ‚Zivilisierung‘ angeblich rückständiger Ethnien als schwierige, aber notwendige Aufgabe der angelsächsischen Kulturen dargestellt wurde.

57 Norberto Barreto, *Imperial Thoughts. The US Congress and the Philippine Question, 1898–1934*, Stony Brook 2007, S. 208f.

Philippinen, die er im Übrigen keineswegs als einheitliche Gruppe ansah, nicht grundsätzlich aus rassistischen Gründen eine positive zukünftige Entwicklung ab, sondern machte dies von ‚korrektem Verhalten‘ (unter US-amerikanischer Anleitung) abhängig.⁵⁸ Andererseits spielte Rassismus insofern eine große Rolle, als alle US-Oberbefehlshaber und fast alle Generäle zuvor in den Kriegen gegen die amerikanischen Ureinwohner gekämpft hatten.⁵⁹ Das gut eingeführte Bild des ‚barbarischen Wilden‘ übertrug sich nun auf die Filipinos, die nicht nur als ‚Indianer‘, sondern auch als ‚schwarze Teufel‘ oder *gugos* bezeichnet wurden.⁶⁰ Generell diente der Krieg auf den Philippinen, an dem eine große Anzahl von Freiwilligen beteiligt war⁶¹, als Instrument zur Überwindung der Gräben des Amerikanischen Bürgerkrieges und als Möglichkeit, dem damals dominierenden Männlichkeitsideal zu entsprechen.⁶² Eine besondere Form des Rassismus betraf übrigens die Soldaten afroamerikanischer Regimenter, die – obwohl von vielen Kommandeuren hochgeschätzt – von ihren weißen ‚Kameraden‘ immer wieder angefeindet und herabgewürdigt wurden.⁶³ Eine weitere Facette des rassistischen Diskurses ist die Tatsache, dass es gerade anti-imperialistische Politiker in den USA waren, die sich gegen eine Präsenz auf den Philippinen aussprachen, da es, so etwa Senator Ben Tillman aus South Carolina, nicht zielführend sei, Millionen Angehörige einer anderen Rasse in die Vereinigten Staaten zu integrieren.⁶⁴

Auch wenn zwei Jahrzehnte zwischen den behandelten Ereignissen liegen, haben sie doch ähnliche Hintergründe. In beiden Fällen haben wir es nicht mit Gebieten zu tun, die selbständige politische Entitäten waren. Bosnien und die Herzegowina bildeten seit dem 15. Jahrhundert einen Teil des Osmanischen Reiches, die Philippinen waren seit dem späten 16. Jahrhundert (zumindest auf dem Papier) eine Kolonie Spaniens gewesen. Sowohl die österreichisch-unga-

58 Carol C. Chin, „Uplifting the Barbarian“, in: Serge Ricard (Hg.), *A Companion to Theodore Roosevelt* (Blackwell Companions to American History: Presidential Companions), Malden 2011, S. 417–434, hier S. 427.

59 Walter L. Williams, *United States Indian Policy and the Debate over Philippine Annexation. Implications for the Origins of American Imperialism*, in: *Journal of American History* 66/4 (1980), S. 810–831, hier S. 828.

60 Kramer, *Race-Making and Colonial Violence in the US Empire* (wie Anm. 48), S. 190. Die ursprünglich auf Bewohner der Philippinen gemünzte Bezeichnung *gugos* (oder *goo-goo*s) fand v. a. während des Vietnamkriegs als *gooks* (generell bezogen auf Menschen aus Südostasien) Eingang in den allgemeinen amerikanischen Sprachgebrauch.

61 Linn, *The Philippine War 1899–1902* (wie Anm. 32), S. 10ff.

62 Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“ (wie Anm. 28), S. 128.

63 Entsprechende Selbstzeugnisse afroamerikanischer Soldaten finden sich u. a. in: Willard B. Gatewood, Jr., „Smoked Yankees“ and the Struggle for Empire. *Letters from Negro-Soldiers, 1898–1902*, Urbana 1971.

64 John D. Blanco, *Race as Praxis in the Philippines at the Turn of the Twentieth Century*, in: *Southeast Asian Studies* 49 (2011), S. 356–394, hier S. 381.

rische Okkupation Bosniens und der Herzegowina wie auch die US-amerikanische Inbesitznahme der Philippinen hatten als unmittelbaren Hintergrund die Schwäche der bis dahin zuständigen Kolonial- beziehungsweise Zentralmacht. Sowohl der westpazifische Archipel wie auch die Region auf dem Zentralbalkan konnten als Gebiete bezeichnet werden, die an der Peripherie eines Imperiums beziehungsweise Kolonialreiches lagen, und wo keine wirkliche zentralstaatliche Durchdringung festgestellt werden kann. Eine weitere Parallele war die Tatsache, dass Österreich-Ungarn und die USA es nun mit Regionen zu tun hatten, die von multiethnischen und multireligiösen Gesellschaften geprägt waren.⁶⁵ In beiden Regionen gab es große muslimische Bevölkerungsgruppen, die nun unter die unmittelbare Herrschaft einer christlichen Macht gerieten – zwar waren die Philippinen seit dem 16. Jahrhundert spanisch gewesen, allerdings hatte dies für die islamischen Fürstenstaaten im Süden der Inselgruppe in der Realität kaum Auswirkungen gehabt.⁶⁶ Schließlich gab es in Bosnien-Herzegowina wie auf den Philippinen Gruppen, die eine Intervention als Chance sahen – zum einen vor allem Katholiken, zum anderen nationalistische Eliten, die auf philippinische Unabhängigkeit hofften. Allerdings wurden letztere bald zu vehementen Gegnern der US-Besetzung, was zeigt, dass nationalistische Bestrebungen nicht nur

65 Im Falle Bosniens und der Herzegowina war die Lage mit der Existenz großer muslimischer, kroatisch-katholischer und serbisch-orthodoxer Bevölkerungsgruppen sowie der kleinen jüdischen Gemeinde übersichtlicher als auf den Philippinen, wo bis heute eine extreme ethnische Vielfalt herrscht. Die philippinische Unabhängigkeitsbewegung wurde jedoch in erster Linie von ethnischen Tagalog getragen; siehe Charles Rosenberg, *Filipino Nationalist Army*, in: Spencer C. Tucker (Hg.), *The Encyclopedia of the Spanish-American and Philippine-American Wars. A Political, Social, and Military History*, Santa Barbara 2009, S. 215–217, hier S. 216. Im Widerstand gegen die österreichisch-ungarische Okkupation dominierten bekanntermaßen orthodoxe Serben und Muslime (sowohl Einwohner des Okkupationsgebiets wie auch osmanische Soldaten), während die katholische und jüdische Bevölkerung dem Einmarsch eher positiv oder zumindest neutral gegenüber stand; siehe Aydın Babuna, *Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime. Mit besonderer Berücksichtigung der österreichisch-ungarischen Periode* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, 294), Frankfurt am Main 1996, S. 44 sowie Robert J. Donia, *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Herzegovina, 1878–1914* (East European Monographs, 78), New York 1981, S. 31. Aus der katholischen, in geringem Umfang auch aus der orthodoxen Bevölkerung, rekrutierten sich Milizen, die auf Seiten der k. k.-Truppen kämpften, deren militärischer Wert aber äußerst unterschiedlich gewesen sein dürfte; siehe dazu u. a.: Bencze, *The Occupation of Bosnia and Hercegovina in 1878* (wie Anm. 18), S. 103f.; *Das Vaterland* 269 (01.10.1878), S. 2; *Die Presse* 260 (22.09.1878), S. 3.

66 Die muslimischen Sultanate hatten sich den Spaniern lange Zeit erfolgreich widersetzt, was auch das amerikanische Bild von den *moros* prägte, die meist als rückständig und gewalttätig charakterisiert wurden, wobei aber auch zu bedenken ist, dass die meisten US-Offiziere und Beamten sich nicht für den Islam interessierten. Anders als die spanische Kolonialmacht sahen die USA den Islam in den südlichen Philippinen auch nicht als ernsthafte Bedrohung an, und die Verwaltung forcierte eine klare Trennung von Politik und Religionsangelegenheiten; siehe Abinales, *The U.S. Army as an Occupying Force in Muslim Mindanao* (wie Anm. 49), S. 411f.

für Österreich-Ungarn von Beginn an ein Problem darstellten. Auch wenn beide Fallbeispiele das Problem eines verbreiteten Rassismus deutlich machen, sind die Auseinandersetzungen nicht als eine Art ‚Rassenkrieg‘ oder rassistisch motivierter Vernichtungskrieg zu charakterisieren.

Natürlich gab es auch Unterschiede zwischen der Okkupation Bosniens und der Herzegowina und der Inbesitznahme der Philippinen. Die Habsburgermonarchie erhielt ein Gebiet im Rahmen internationaler Abmachungen zugesprochen, während die USA auf den Philippinen durch Teilnahme an einem Krieg sowie dem darauf folgenden Friedensvertrag zur neuen Kolonialmacht wurden. Während Bosnien-Herzegowina in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich-Ungarn lag, sind die Philippinen Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten entfernt, und die kulturellen Beziehungen zwischen Nordamerika und dem Archipel waren schwach ausgeprägt.⁶⁷ Auf den Philippinen existierten, als Spanien den Archipel offiziell abtrat, anders als in Bosnien-Herzegowina tatsächlich bereits (quasi-)nationale Strukturen. Die Aktivitäten der USA auf den Philippinen waren Ausdruck einer eindeutig expansionistischen Phase und, basierend auf der spezifischen Idee des ‚manifest destiny‘, die Weiterführung der Inbesitznahme großer Teile des nordamerikanischen Kontinents⁶⁸, wogegen die Okkupation 1878 als Gebietserweiterung während der langen Regentschaft Kaiser Franz Josephs eine Ausnahme darstellte. Auch waren die militärischen Konflikte, die mit der jeweiligen Inbesitznahme verbunden waren, letztlich von unterschiedlicher Natur, Intensität und Dauer.⁶⁹

67 Ganz anders sah es hier in der Neuzeit in Bezug auf die Kontakte zwischen Lateinamerika und den Philippinen aus, die aufgrund der Stellung Manilas als Zwischenstation auf dem Transportweg amerikanischen Silbers nach China beziehungsweise von chinesischem Porzellan, Gold oder Seide nach Spanisch-Amerika von großer wirtschaftlicher Bedeutung gewesen waren, und tatsächlich als konstituierend für eine Globalwirtschaft der Frühneuzeit gesehen werden können; siehe dazu u. a. Katharine Bjork, *The Link That Kept the Philippines Spanish. Mexican Merchant Interests and the Manila Trade, 1571–1815*, in: *Journal of World History* 9/1 (1998), S. 25–50; Dennis O. Flynn/Arturo Giráldez, *Born with a ‚Silver Spoon‘. The Origin of World Trade in 1571*, in: *Journal of World History* 6/2 (1995), S. 201–221.

68 Tina Kühr, *On a Civilizing Mission: Die imperiale Zivilisierungspropaganda in den USA und im Deutschen Kaiserreich, 1889–1914*, Bonn 2006, S. 55, URN <urn:nbn:de:hbz:5-07681> (zuletzt abgerufen am 20.04.2019).

69 Die Dauer der Kampfhandlungen auf den Philippinen wird bis heute in der Fachwissenschaft unterschiedlich gedeutet – während es über den Beginn (1899) kaum Uneinigkeit gibt, wird das Ende größerer bewaffneter Auseinandersetzungen entweder mit 1902 oder 1913 angesetzt, wobei zu bedenken ist, dass es bis in die 1930er Jahre Widerstand gab, der aber primär von philippinischen Sicherheitskräften bekämpft wurde. Auch ist es, schon allein angesichts der Geografie der Philippinen, wenig überraschend, dass bei der Festlegung eines konkreten Zeitpunkts regionale Besonderheiten unberücksichtigt bleiben – die Niederwerfung von Macario Sakays *Republika ng Katagalugan* auf Luzon fällt z.B. etwa in die Mitte des als Endphase militärischer Auseinandersetzungen in Frage kommenden Zeitraums (1906/1907); dazu immer noch grundlegend: Antonio K. Abad, *General Macario L. Sakay. The Only President of the ‚Tagalog Republic‘. Was he a Bandit or a Patriot?*, Manila 1955.

Conclusio

Während zum Beispiel Rassismus sowohl im Fall des Okkupationsfeldzuges in Bosnien-Herzegowina wie auch im Philippinisch-Amerikanischen Krieg eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte⁷⁰, ist festzustellen, dass das Thema der Zivilisierung in den neu gewonnenen beziehungsweise zu gewinnenden Gebieten für die USA – auf gesamtstaatlicher und nationalideologischer Ebene – eine größere Rolle spielte als für Österreich-Ungarn.⁷¹ Hier stand diskursiv eher die plakative Idee im Vordergrund, humanitär zugunsten der christlichen Bevölkerungsgruppen Bosnien-Herzegowinas zu intervenieren oder auch die Flüchtlingsproblematik an der Südgrenze der Monarchie unter Kontrolle zu bringen, wobei die Zivilisierung bestimmter Gruppen (etwa von Christen, die durch die lange osmanische Herrschaft angeblich auf eine niedrigere soziale Stufe herabgesunken waren) eine sekundäre Rolle spielte. Speziell die landbesitzenden Muslime galten dabei aber als kulturell hochstehende Schicht⁷², wurden nach der Okkupation, die für sie mit einem Macht- und Prestigeverlust verbunden war, aus pragmatischen Gründen nicht weiter provoziert und vielfach zu einer wichtigen Stütze österreichisch-ungarischer Interessen.⁷³ Aus Sicht der

70 ‚Rassismus‘ konnte hier in verschiedenen Formen auftreten, die, das belegt eine ganze Reihe von autobiographischen Werken, Feldpostbriefen oder Tagebuchaufzeichnungen, von (biologistisch oder religiös motivierter) rassistischer Verachtung und paternalistischer Herablassung bis zur Anerkennung als Kultur, die angeblich durch Unterdrückung – seitens der katholischen Spanier beziehungsweise der muslimischen Osmanen – gezwungenermaßen auf eine niedrigere Stufe herabgesunken war, reichten. Im Fall Bosniens kann die Betonung eines Gegensatzes von einstiger zivilisatorischer Größe und späterer Unfähigkeit zur Modernisierung als typisch für die westliche Wahrnehmung von Orient und Islam gesehen werden; siehe Rudolph Peters, *The Mysteries of the Oriental Mind. Some Remarks on the Development of Western Stereotypes of Arabs*, in: Ibrahim El-Sheikh/C. Aart van de Koppel/Rudolph Peters (Hg.), *The Challenge of the Middle East. Middle Eastern Studies at the University of Amsterdam*, Amsterdam 1982, S. 73–91.

71 Ich beziehe mich hier auf die Bedeutung von Begriffen wie ‚Expansion‘, ‚Zivilisierungsmission‘ oder ‚Rasse‘, die für das Verständnis des US-amerikanischen Nationalmythos insgesamt und des gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Diskurses zur Philippinen-Frage im Speziellen m. E. wichtiger waren als für die Konstituierung einer österreichisch-ungarischen Identität oder die Positionierung zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina; ein an normativer ideologischer und realpolitischer Wirkungsmächtigkeit der Theorie vom ‚manifest destiny‘ gleichkommendes Konzept ist für die Habsburgermonarchie nicht nachweisbar.

72 Siehe dazu u. a. Ante Kadić, *The Occupation of Bosnia (1878), as Depicted in Literature*, in: *East European Quarterly* 28/3 (1994), S. 281–296.

73 Ernest Bauer, *Zwischen Halbmond und Doppeladler. 40 Jahre österreichische Verwaltung in Bosnien-Herzegowina*, Wien 1971, S. 46; Sanda Cudic, *Multikulturalität und Multikulturalismus in Bosnien-Herzegowina. Eine Fallstudie zu Herausbildung, Bedeutung und Regulierung kollektiver Identität in Bosnien-Herzegowina* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, 438), Frankfurt am Main 2001, S. 126f.; Marlene Kurz, *Europa*

USA gab es natürlich handfeste strategische Gründe für die Inbesitznahme der Philippinen, gleichzeitig war das Sendungsbewusstsein des von der Vorsehung angeblich mit einer besonderen globalen (und zivilisierenden) Rolle bedachten Amerika der ‚White Anglo-Saxon Protestants‘ (WASPs) im öffentlichen und politischen Diskurs aber zweifellos außerordentlich wirkungsmächtig, wobei hier vor allem die Metapher von den Filipinos als zu erziehenden Kindern oder die Deutung der US-Kolonialherrschaft als hygienische und auch moralisch reinigende Aktivität Erwähnung verdienen.⁷⁴

und der Islam auf dem Balkan, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 5 (2005), S. 3–6, hier S. 6.

- 74 Warwick Anderson, *Colonial Pathologies. American Tropical Medicine, Race, and Hygiene in the Philippines*, Durham 2006, S. 83 ff.; Blanco, *Race as Praxis in the Philippines at the Turn of the Twentieth Century* (wie Anm. 64), S. 384 f.; Go, *American Colonial Empire* (wie Anm. 44), S. 20 f.; Kühr, *On a Civilizing Mission* (wie Anm. 68), S. 59; Miller, *Benevolent Assimilation* (wie Anm. 45), S. 134.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Teil III: Intellektuelle und künstlerische Eliten

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Mit oder gegen den ‚Pangermanismus‘: Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich als Projektionsräume polnischer Staatsbildungsbestrebungen vor und im Ersten Weltkrieg

Einleitung

Vor und im Ersten Weltkrieg waren Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich zwei der drei Staaten, denen die Masse der ethnischen Polen als Staatsbürger angehörte. Die beiden Reiche bildeten für die (national-)politisch besonders aktive Minderheit unter den Polen einen zentralen Projektionsraum für politische Überlegungen mit dem Ziel einer nationalen Autonomie oder gar Unabhängigkeit. Damit sind Freund- und Feindbilder ebenso gemeint wie die Kooperationsnetzwerke, auf denen politisches Handeln aufbaute. Hierbei wird davon ausgegangen, dass damals wie heute ‚nationale‘ Sympathien keine völlig stabilen kollektiven Einstellungen widerspiegelten, sondern variabel und oft taktischer Natur waren, und dass vermeintlich ‚ewige‘ Freund- und Feindschaften auf spätere historische Legendenbildungen zurückgingen.

Für die kulturellen und politischen Beziehungen (nicht nur) zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen vor und im Ersten Weltkrieg waren mit dem Pangermanismus und dem Panslawismus zwei Konzepte beziehungsweise Schlagwörter relevant, die der Idee nach auf die Bildung kulturell basierter und miteinander inkompatibler politischer Großräume hinausliefen. Diese Konzepte bildeten in der politischen Publizistik vor dem Weltkrieg ein Gegensatzpaar, in dem sich die Wechselwirkung der dahinterstehenden Ideen und Interessen widerspiegelte. Dabei lässt sich feststellen, dass im Laufe des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts die Habsburgermonarchie zu einem wichtigen, womöglich dem wichtigsten Objekt beziehungsweise zum primären Projektionsraum der sich hier ideell und politisch befehdenden Parteien wurde. Daher soll nach einem Abriss der ideengeschichtlichen Grundlagen und der Karriere dieser Begriffe ihre Bedeutung für die politischen Konzepte wichtiger polnischer Meinungsführer am Vorabend sowie während des Ersten Weltkriegs beleuchtet werden. Danach werden die Pläne der Mittelmächte für Polen und Ostmitteleuropa mit den im besetzten Kongresspolen anzufindenden Haltungen verglichen und gefragt, ob und inwieweit die besagten Konzepte dafür relevant waren.

Hier lag eine doppelte ‚imperiale Herausforderung‘ vor: Während politische Akteure insbesondere in Deutschland und Russland verleitet sein konnten, pangermanische beziehungsweise panslawische Ideen machtpolitisch auszunutzen, stellten diese Konzepte zugleich eine Spaltungsgefahr für die bestehenden multiethnischen Großreiche dar. Betraf dies Deutschland – da mehr Nationalstaat als ‚echtes‘ Imperium – am wenigsten und konnte Russland sich theoretisch auf seinen russischen Kernraum zurückziehen, so konnte die Wirkung solcher Konzepte auf Österreich-Ungarn angesichts seiner Bevölkerungsverhältnisse und politischen Ordnung letztlich nur destruktiv sein. Mehr als alle anderen Mächte musste es daher bestrebt sein, seine Reichsidee in die Zukunft zu retten; wie man weiß, sollte es ihm nicht gelingen.

Pangermanismus und Panslawismus als politische Konzepte beziehungsweise Projektionen im 19. Jahrhundert

Beide Konzepte hatten ihre Wurzeln in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, entfalteten ihre eigentliche historische Wirkung allerdings erst nach der Revolution von 1848/49; dabei müssen sie von Beginn an nicht nur als Analogiebildungen, sondern als Zwillingssphänomen angesehen werden. Der originäre Panslawismus entstand seit circa 1820 auf österreichischem und osmanischem Gebiet als Versuch, auf philologische und sprachphilosophische Weise eine nationale Bewusstseinsbildung der dort – das heißt unter kulturell deutscher, ungarischer oder osmanischer Herrschaft – lebenden West- und Südslawen zu bewirken, die letztlich in ihre politische Emanzipation münden sollte. Neben der Schaffung von Grammatiken und Wörterbüchern für so noch nicht erfasste slawische Sprachen war ein wesentliches Element dieser Arbeit die Sammlung vorwiegend mündlich tradiert literarischer Inhalte wie Lieder, Sagen und Märchen.¹ Sowohl diese Methodik als auch die dahinterstehende Motivation zeigten den Einfluss der deutschen Romantik, die angesichts des nach 1815 von den deutschen Fürsten begrenzten politischen Einigungsprozesses die deutsche Nation auf den Gebieten der Philologie und der politischen Philosophie zu schaffen suchte, wobei sie freilich auf den Vorarbeiten des frühnationalen

1 Vgl. Lars Karl/Adamantios Skordos, Panslawismus, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. v. Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2013, URL: <<http://www.ieg-ego.eu/karl-skordosa-2013-de>> (zuletzt abgerufen am 29.06.2017). Als gut informierten Überblick aus einer Zeit intensiver deutsch-slawischer Konflikte siehe Elias Hurwicz, Die politischen Ideen des Slawentums. Ein Abriss, in: Zeitschrift für Politik 22 (1933), S. 600–608. Der Autor war russischer Jude und 1905 nach Deutschland eingewandert.

Denkens im späten 18. Jahrhundert aufbauen konnte.² Schon Johann Gottfried Herder hatte im bekannten *Slawenkapitel* seiner *Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit* von 1791 den slawischen Völkern einen moralischen Impetus gegeben, der vor allem auf der Überzeugung vom Eigenwert jedes Volksgeistes und dem daraus abgeleiteten Recht auf staatliche Verfasstheit beruhte, und überdies den Gedanken einer höheren, gleichsam supranationalen Einheit der Slawen angedeutet. Seine positiven Charakterzuschreibungen an die Slawen als „kunstsinnig“ und „friedfertig“ waren jedoch schematisch, nicht mit Belegen untermauert und dienten vor allem als politisches Mittel zur moralischen Belehrung der angeblich kriegerischen „Deutschen“ (womit Herder allerdings alle germanischen Völker meinte).³

Ungeachtet dessen lässt sich sagen, dass alle halbwegs relevanten im 19. Jahrhundert angestellten Pläne zur Einigung Deutschlands sich auf die ‚deutsche Sprachgemeinschaft‘ beschränkten, gegebenenfalls noch unter Einbeziehung der Niederländer, aber die anderen ‚germanischen‘ Völker ausklammerten. Bei diesen, also vor allem bei den Engländern und Skandinaviern, waren die Nationsbildungsprozesse teils weiter als bei den Deutschen gediehen, in jedem Fall aber unabhängig von ihnen. Von daher bestand die Möglichkeit einer tatsächlich ‚pangermanischen‘ Einigung selbst hypothetisch kaum und wurde auch von deutscher Seite niemals angestrebt. Tatsächlich war es der später aufkommende Begriff ‚allddeutsch‘, der mitunter seitens ‚slawischer‘ Autoren in diesem Sinne interpretiert wurde. Dieser Begriff von ‚Pangermanismus‘ war demnach tendenziell irreführend bzw. vor allem eine sprachliche und gedankliche Spiegelung des autostereotypen Panslawismusbegriffs.⁴

In der politischen Realität des Vormärz und dann der Revolution von 1848/49 wurde vielmehr die Alternative großdeutsch versus kleindeutsch maßgeblich, die einerseits auf dem deutschen Dualismus beruhte, andererseits auf dem großenteils nichtdeutschen Territorial- und Personalbestand Österreichs. Somit hatte dieses theoretisch interne Problem der deutschen Nationalbewegung an-

2 Siehe Wolfgang Frühwald, Die Idee kultureller Nationsbildung und die Entstehung der Literatursprache in Deutschland, in: Otto Dann (Hg.), Nationalismus in vorindustrieller Zeit, München 1986, S. 129–142.

3 Vgl. Peter Drews, Herder und die Slawen. Materialien zur Wirkungsgeschichte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1990. Die Verbindung jener ersten Wirkungsgeschichte mit der ‚Rückkehr der Geschichte‘ im postsozialistischen Europa nach 1989 stellen her Harald Homann/Clemens Albrecht, Die Wiederentdeckung Osteuropas. Herders Perspektiven und die Gegenwart, in: Zeitschrift für Politik N. F. 40 (1993), S. 79–97.

4 In seinem – bezüglich der späteren ‚rassischen‘ Tendenzen etwas zu deterministischen – Überblick über die Entstehung der alldutschen Idee bzw. des Mitteleuropakonzepts beschreibt Oskar Krejčí ein gedankliches Mehrebenensystem, das vom deutschen Volk im engeren Sinne über die germanische Völkergemeinschaft bis zur ‚arischen Rasse‘ fortschreitet. Vgl. Oskar Krejčí, Geopolitics of the Central European Region. The View from Prague and Bratislava, Bratislava 2005, S. 121–159, hier S. 121 f.

gesichts der Anwesenheit mehrerer nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen auf dem Boden des Deutschen Bundes grundlegende Bedeutung für die Gestaltung der Nachbarschaftsbeziehungen innerhalb wie auch außerhalb des anvisierten Deutschen Reiches. Hieran manifestierten sich zwei Grundprobleme der Nationsbildung in Mitteleuropa: zum einen dasjenige des Volksbegriffs und in der Folge der Definition der Staatsbürgerschaft, und zum anderen dasjenige der Festlegung der geographischen Grenzen der Nation. Der letztlich Entschluss der Paulskirchenmehrheit zur kleindeutschen Lösung reduzierte diese Probleme zwar, im Grundsatz blieben sie aber bestehen. Gegen aufständische und damit sowohl den parlamentarischen als auch den diplomatischen Lösungsweg verweigernde Minderheiten (Polen, Tschechen, Italiener) sowie gegen die dänische Krone in Schleswig-Holstein sah sich die Nationalversammlung zur Anwendung militärischer Gewalt gezwungen.⁵ Immerhin bot die Reichsverfassung von 1849 den im deutschen Nationalstaat verbleibenden Minderheiten eine weitreichende Kulturautonomie an und war damit deutlich weitblickender als die meisten der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staaten. Im großdeutschen Lager wurden schon damals – also lange vor dem Fürsten Schwarzenberg – Ideen „für ein umfassendes mitteleuropäisches Staaten- und Wirtschaftssystem mit dem Mittelpunkt Wien“ ventiliert.⁶

Vor diesem Hintergrund mussten sich die in deutschen Staaten lebenden slawischen Völker – in erster Linie Polen und Tschechen⁷ – gegenüber der deutschen Revolution positionieren. Dabei hatte noch vor Beginn der Beratungen in der Paulskirche der dazu eingeladenen intellektuelle Führer der tschechischen Nationalbewegung, der Historiker František Palacký, in seinem berühmt gewordenen Antwortbrief an den Fünfzigerausschuss seine Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, er fühle sich nicht als Deutscher; zudem lasse die historisch gewachsene Eigenständigkeit Böhmens trotz der langen Zugehörigkeit zum Reich beziehungsweise zu Habsburg ein Mitwirken an der Bildung eines deutschen Nationalstaats nicht zu. Damit plädierte er für eine sowohl landesrechtliche als auch ethnisch-kulturelle Abgrenzung von Deutschen und ‚Slawen‘

5 Vgl. Günter Wollstein, Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.

6 Manfred Botzenhart, Die österreichische Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Michael Gehler/Rainer. F. Schmidt/Harm-H. Brandt/Rolf Steininger (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 115–134, hier S. 119.

7 Andere, nach späterer Terminologie als ‚ethnische‘ Minderheiten zu bezeichnende Volksgruppen wie die Sorben oder Kaschuben hatten damals (noch) kein vergleichbar entwickeltes Selbstbewusstsein wie die auf eine eigene historische Staatlichkeit zurückblickenden Polen und Tschechen.

in Böhmen beziehungsweise allgemein.⁸ Schien somit angesichts der weitreichenden Germanisierungseffekte der habsburgischen Herrschaft in Böhmen anfangs eine Loslösung von der Monarchie im slawischen – und eben besonders im tschechischen – Interesse zu liegen, so forderte der im Juni 1848 in Prag tagende Slawenkongress zwar den Ausschluss Böhmens und anderer ‚slawischer‘ Gebiete aus dem Deutschen Bund, zielte aber auf den Erhalt Österreichs ab. Wesentlicher Hintergrund war die Befürchtung der österreichischen Slawen, bei einem vollen Erfolg der Revolution zwischen einem großdeutschen und einem magyrischen Machtblock eingeklemmt zu werden. Deshalb nahmen die Vertreter der slawischen Völker mehrheitlich eine antirevolutionäre Haltung ein und stellten sich auf die Seite der Monarchie. Palacký hieß in Umkehrung des großdeutschen Konzepts ausdrücklich einen Anschluss Deutschlands an Österreich gut, der das stark föderative Organisationsprinzip des Deutschen Bundes beibehalten und auf Mitteleuropa ausgedehnt hätte. Im Ergebnis wurde der Austroslawismus zu einer Variante des später vor allem aus Polen bekannten Positivismus, als evolutionärer Ansatz zur Entwicklung der eigenen Fähigkeiten im Schutze der habsburgischen Macht, mit dem Fernziel einer Gleichberechtigung der Slawen mit Deutschen und Ungarn innerhalb der Monarchie (Trialismus). Diese wurde also zum bestimmenden Projektionsraum der slawischen Emanzipation.⁹ Gleichwohl nahmen viele ‚slawische‘ Intellektuelle – gerade auch bei den Tschechen – eine distanzierte Haltung gegenüber der Idee einer übernationalen slawischen Gemeinschaft ein, zum einen wegen der offensichtlichen Unterschiede zwischen den hier taktisch-politisch kooperierenden Völkern, zum anderen angesichts der schon bald erkennbar werdenden Diskrepanz zwischen dem Unabhängigkeitsgedanken des originären Panslawismus und dem Hegemonialstreben Russlands.¹⁰ Auch Palacký hatte 1848 in seinem erwähnten Brief – in Analogie zu den 1815 zunichtegemachten Bestrebungen Napoleons – die Gefahr einer russischen ‚Universalmonarchie‘ beschworen.

Nicht zuletzt die damals in Prag anwesenden, wenn auch im Vergleich zu ihren galizischen Verwandten nicht allzu aktiven preußischen Polen hatten nach dem Scheitern ihres Aufstands im Mai 1848 notgedrungen an einem Wandel der Strategie hin zum Positivismus, das heißt zu geduldiger Aufbauarbeit und

8 Absagebrief Palackýs an die Frankfurter Paulskirche (1848) [Auszug], in: Hans Ester/Hans Hecker/Erika Poettgens (Hg.), Deutschland, aber wo liegt es? Deutschland und Mitteleuropa: Analysen und historische Dokumente, Amsterdam 1993, S. 87–93.

9 Vgl. Andreas Moritsch, Der Austroslawismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas, Wien 1996; Peter Bugge, Loyal in Word and Deed. The Czech National Movement and the Habsburg Monarchy in the Long Nineteenth Century, in: Jana Osterkamp/Martin Schulze Wessel (Hg.), Exploring Loyalty, Göttingen 2017, S. 137–155.

10 Vgl. Tzu-hsin Tu, Die Deutsche Ostsiedlung als Ideologie bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, Kassel 2009, S. 87.

langfristiger Planung, Anteil genommen.¹¹ Generell verfolgten Vertreter des geteilten Polen die panslawischen Bestrebungen während des 19. Jahrhunderts zwar mit Sympathie, nahmen aber nur begrenzt daran teil, da sie sich aufgrund ihrer langen Staatstradition und Literaturgeschichte nicht in eine Gruppe ‚geschichtsloser‘ junger Völker einzuordnen gedachten. Hieran zeigte sich der grundlegende Unterschied zwischen dem im Kern emanzipatorischen Nationalismus der West- und Südslawen und dem Restitutionsnationalismus der Polen. Hiermit eng verbunden war die polnische Ablehnung einer russischen Machtposition in Mitteleuropa, die vor allem im späteren 19. Jahrhundert von einigen Vertretern slawischer Völker als Gegengewicht zur Macht Österreichs beziehungsweise des Osmanischen Reiches ins Spiel gebracht wurde. Gegenüber den Ukrainern und Weißrussen wiederum war die polnische Position deswegen kaum anschlussfähig, weil praktisch alle Formen des polnischen Nationalismus nicht nur die nationale Unabhängigkeit, sondern eine eigene regionale Machtstellung anstrebten, die einen Vorherrschaftsanspruch über die genannten ostslawischen Völker einschloss.

Somit waren sowohl die russische als auch die polnische Staatsidee letztlich mit der panslawischen Idee unvereinbar, die auf dem Prinzip der Gleichberechtigung beruhte. Die polnischen Unabhängigkeitsaktivisten – damals noch ganz überwiegend adliger Abstammung – sahen sich trotz beziehungsweise jenseits eines nach 1815 etablierten Opferdiskurses vor allem als Konkurrenten der Deutschen und Russen. Diese Haltung wurde schließlich von deutscher Seite erwidert, als die sogenannte ‚Polendebatte‘ in der Frankfurter Nationalversammlung dazu führte, dass angesichts der Unmöglichkeit einer klaren ethnischen Grenzziehung in der preußischen Provinz (Großherzogtum) Posen sowie des polnischen Aufstandsversuchs auch die radikaldemokratische Linke und die Liberalen mehrheitlich ihre besonders seit 1830 gepflegte ‚Polenbegeisterung‘ aufgaben (die vor allem ein Ausdruck der sich auf Russland fokussierenden Feindschaft gegen die Restauration war und die Polen als ‚liberales Bollwerk‘ idealisierte, ohne deren politische Ziele sonderlich kritisch zu betrachten)¹² und stattdessen wie die anderen Völker das eigene nationale Interesse voranstellten: Im Zweifel sollten eher einige Polen unter deutscher Herrschaft leben – die überdies durch ein fortschrittliches verfassungsrechtliches und politisches System gekennzeichnet sein würde – als umgekehrt. Daher wurden im Juli 1848 die außerhalb des Deutschen Bundes gelegenen preußischen Ostprovinzen

11 Vgl. Maria Wawrykowa, Der Slavenkongress 1848 und die Polen, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* N. F. 27 (1979), S. 100–108.

12 Siehe als Überblick Gabriela Brudzyńska-Němec, Polenbegeisterung in Deutschland nach 1830, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010, URL: <<http://www.ieg-ego.eu/brudzynskanemecg-2010-de>> (zuletzt abgerufen am 30.06.2017).

(neben Posen auch West- und Ostpreußen) mitsamt dem dortigen polnischen Bevölkerungsteil in das prospektierte Reichsgebiet einbezogen. Neben diesen grundsätzlich nachvollziehbaren Schritt traten allerdings, angefacht durch den moralisierenden und ‚altruistischen‘ Charakter der Debatte auf Seiten der ‚Polenfreunde‘, Argumente kultureller beziehungsweise teils auch ‚rassischer‘ Überlegenheit, die einen deutschen Führungsanspruch rechtfertigen sollten.¹³ Dies konnte im Nachhinein als erstes Aufleuchten eines Standpunktes der späteren Alldeutschen erscheinen; durch das Scheitern der Revolution in Deutschland und im übrigen Europa blieb jedoch noch der in Berlin und Wien beheimatete dynastisch-etatistische Regierungsstil bestimmend.

Zwar blieb die politische Ordnung Mitteleuropas vorläufig unverändert, indem der Deutsche Bundestag 1850 seine Arbeit unter österreichischer Führung wieder aufnahm. Die Frage der deutschen Einheit und damit diejenige nach kleindeutscher oder großdeutscher Lösung bestand jedoch weiter und entwickelte sich – was der Sache erst ihre eigentliche realpolitische Dynamik verlieh – neben der öffentlichen Sphäre auch innerhalb der intergouvernementalen Beziehungen. Neben die reine machtpolitische Rivalität trat dabei die Auseinandersetzung eines durch „ein In- und Miteinander althergebrachter Ordnungen und Autoritätskreise“ gekennzeichneten „konservativ-katholizistische[n; sic] österreichische[n] Prinzip[s]“ mit einem sozusagen moderneren „preußische[n], straff zentralistische[n]“.¹⁴ Nach vielfältigen auf Gleichberechtigung zielenden und keineswegs inhärent österreichfeindlichen Ansätzen der Berliner Politik entschloss sich schließlich Bismarck, die konservative Allianz des Ostens in nicht risikoloser Weise für seine Zwecke umzufunktionieren und als ‚weißer Revolutionär‘ die staatlichen Machtmittel Preußens mit der Energie der bürgerlichen Nationalbewegung zu verbinden. Dabei leiteten ihn vielfältige Motive, am wenigsten jedoch – dies ist ungeachtet mancher ambivalenten Inhalte seiner späteren Rhetorik festzuhalten – als völkisch zu bezeichnende Gedanken. Auch im virtuosen Umgang mit der dynamischen Kraft des bürgerlichen Nationalismus und der Entschlossenheit zu eventuellem militärischem Handeln blieb er selbst ein Mann des aristokratischen Arrangements und ein konservativer Mitteleuropäer. Unverkennbar war der Erhalt Österreichs als europäische Macht in eher noch größerem Maße sein Ziel als dessen Ausschluss aus Deutschland.

13 Vgl. Niklas Lenhard-Schramm, *Konstrukteure der Nation. Geschichtswissenschaftler als politische Akteure in Vormärz und Revolution 1848/49*, Münster 2014, S. 246–258.

14 Thomas Brechenmacher, „Österreich steht außer Deutschland, aber es gehört zu Deutschland“. Aspekte der Bewertung des Faktors Österreich in der deutschen Historiographie, in: Gehler/Schmidt/Brandt/Steininger (Hg.), *Ungleiche Partner? (wie Anm. 6)*, S. 31–53, hier S. 36.

Insofern könnte man den Zweibund von 1879 als wohl nicht ideale, aber bestmögliche Umsetzung seiner Kernidee betrachten.¹⁵

Zu Bismarcks Erfolg in der Reichsgründungspolitik trug jedenfalls die durch seine Unterstützung des Zaren gegen den polnischen Januaraufstand von 1863/64 hergestellte preußisch-russische Interessengemeinschaft erheblich bei. Diese antipolnische Politik hatte nichts mit ‚antislawischen‘ beziehungsweise andererseits ‚pangermanischen‘ Positionen zu tun; sie war sprichwörtliche Realpolitik. Tatsächlich bestand bezüglich der nach 1866 durchgesetzten kleindeutschen Lösung zumindest für gewisse Zeit eine noch größere faktische Interessengemeinschaft: nämlich nicht nur von Preußen und Russland, sondern auch der Habsburgermonarchie selbst – die trotz der Niederlage im Kampf um die Führung in Deutschland als Großmacht erhalten blieb – und der Austroslawen. In der Tat hätte Österreich selbst für den Fall eines Sieges kein realisierbares Konzept für die gemeinsame Führung eines notwendig wiederum sehr dezentralen Gesamtblocks aus Deutschland und Österreich gehabt.

Allerdings währte diese Konstellation innerhalb der Donaumonarchie nicht lange, denn der durch die Niederlage bei Königgrätz indirekt verursachte Ausgleich von 1867 hatte äußerst ambivalente Auswirkungen auf die innerösterreichischen Verhältnisse: Die Etablierung des Dualismus diente der Sicherung der magyarischen Loyalität und war gegen den Panslawismus gerichtet, zugleich aber auch, in der recht illusorischen Sicht des Ministerpräsidenten Friedrich von Beust, auf die Sammlung von politischen Kräften (deutschösterreichische Liberale und Ungarn) für eine eventuelle Revanche gegen Preußen. Die Tschechen und anderen Slawen zeigten sich hingegen zutiefst enttäuscht durch diese der austroslawischen Idee direkt zuwiderlaufende Wendung und unternahmen in Reaktion darauf panslawische Manifestationen einschließlich demonstrativer prorussischer Akte wie der ‚Moskauer Pilgerfahrt‘ zum Slawenkongress von 1867. In Böhmen wurde der tschechische Besitz- und Führungsanspruch gegenüber den Deutschen immer schärfer; der neue politische Führer der Tschechen, Tomáš Garrigue Masaryk, prophezeite gar den Zerfall der Monarchie.¹⁶

Aus spezifisch polnischer Sicht stellte sich die Lage jedoch durchaus anders dar: Infolge der Dezentralisierung Cisleithaniens wurde die Position der überwiegend adligen polnischen Eliten im Kronland Galizien und Lodomerien massiv gestärkt; zudem war das bis zur Autopolonisierung reichende Verhalten

15 Vgl. Lothar Gall, *Bismarck – der weiße Revolutionär*, Frankfurt am Main 1983; Bascom Barry Hayes, *Bismarck and Mitteleuropa*, London 1994; Andreas Kaernbach, *Hegemonie oder Interessensphärenteilung? Bismarcks Handlungsalternativen mit Blick auf Österreich im Reichsgründungsjahrzehnt*, in: Gehler/Schmidt/Brandt/Steininger (Hg.), *Ungleiche Partner? (wie Anm. 6)*, S. 247–267.

16 Vgl. Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen. Symbiose – Katastrophe – Neue Wege*, Opladen 1995, S. 41–44.

der dort eingesetzten deutschsprachigen Beamten das Gegenteil jeder ‚alldeutschen‘ Politik.¹⁷ In der Folge war die Loyalität zum Kaiser stark entwickelt und hielten sich die konservativen galizischen Polen von panslawischen Tendenzen fern, die das aus ihrer Sicht ‚feste Gehäuse‘ Österreich-Ungarn zu unterminieren drohten. Daher fand hier vor 1914 trotz vieler grenzübergreifender ‚allpolnischer‘ (entsprechend dem polnischen *wszechpolskie*) Sympathiebekundungen keine direkte Korrelierung politischer Pläne mit den polnischen Aktivisten in Preußen und Russland statt.¹⁸ Erst mit Kriegsbeginn 1914 sollte eine neue ‚allpolnische‘ Aktivität einsetzen, die sich aber – als austropolnische Lösung – auf das Habsburgerreich stützte.

In die schwierigste Position gerieten durch das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland jedoch die bis dato mehrheitlich (national)liberalen österreichischen Deutschnationalen. Ihr Ausschluss aus dem deutschen Nationsbildungsprozess durch den eigentlich bewunderten Bismarck verunsicherte und belastete sie besonders in Böhmen; als Folge kam es zur schnellen Entwicklung deutschnationaler Verbände (Schutzvereine usw.). Zudem sahen sie sich mit der Herausforderung konfrontiert, dass durch den einsetzenden Reformprozess nicht nur die Ungarn, sondern langfristig auch die slawischen Völker der Monarchie aufsteigen würden. Daher wandte sich ein Teil der Deutschnationalen vom Liberalismus ab und formte die ethnozentrische (und teils antisemitische) alldeutsche Bewegung, die gespalten war zwischen dem Versuch, die deutsche Führungsrolle in der Donaumonarchie zu behaupten, und der Neigung, die Monarchie zu zerschlagen und die deutschsprachigen Landesteile dem Reich anzuschließen. Die zu letzterer Option neigende radikale Gruppe unter Georg von Schönerer fand jedoch niemals die Unterstützung der deutschen Reichsleitung, in deren unbedingtem strategischen Interesse die Erhaltung Österreichs lag.

Deutlich später als in Österreich entstand die alldeutsche Bewegung im Deutschen Reich, wo die Zufriedenheit über die Reichsgründung erst in den 1890er Jahren nachließ und der Forderung nach einer offensiven Weltpolitik wich. Ihr Verhältnis zum österreichischen Pendant war trotz ähnlicher An-

17 Vgl. Isabel Röskau-Rydel, *Zwischen Akkulturation und Assimilation. Karrieren und Lebenswelten deutsch-österreichischer Beamtenfamilien in Galizien (1772–1918)*, München 2015.

18 Zu dieser Entwicklung siehe auch Piotr Szlanta, *Der Januaraufstand in Russisch-Polen, die Autonomie in Österreichisch-Galizien und die Krise um Schleswig-Holstein. Die polnische Unabhängigkeitsbewegung im internationalen Kontext 1863–1864*, in: Oliver Auge/Ulrich Lappenküper/Ulf Morgenstern (Hg.), *Der Wiener Frieden 1864. Ein deutsches, europäisches und globales Ereignis*, Paderborn 2016, S. 307–318.

schauungen kompliziert, da die alldeutsche „nationale Opposition“¹⁹ zwar die Weltpolitik im Allgemeinen in einem antagonistischen Sinne anfachte, sich aber nicht in einen grundlegenden Gegensatz zur Reichsleitung begeben wollte. Auch daher wurde die Assimilation der nichtdeutschen Minderheiten im Reich, namentlich der Polen, zu einem zentralen Ziel der Alldeutschen, was im Unterschied zur Situation in Cisleithanien zumindest theoretisch möglich erschien. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung der verschärften deutschen Polenpolitik (besonders nach 1886) durch den Alldeutschen Verband und den 1894 gegründeten Deutschen Ostmarkenverein zu sehen.²⁰ Auch wenn man daher die Polenpolitik als ‚alldeutsch‘ im Sinne eines integralen Nationalismus – beziehungsweise gemäß dem polnischen Feindbild der „Hakatischen“²¹ – bezeichnen will, so entsprach ihr letztlich keine kulturell-ethnisch begründete Expansionsidee in der Außenpolitik. Die Reichspolitik folgte weder vor noch nach 1914 einem alldeutschen Konzept, selbst wenn sich nach 1900 bestimmte Schlagworte wie das vom schicksalhaften „germanisch-slawischen Rassenkampf“²² – in einer Wechselwirkung mit dem russischen Nationalismus²³ – in den zivilen und militärischen Eliten verbreiteten. Auch ein von einigen deutschbaltischen Alldeutschen gefordertes Engagement des Reiches im Baltikum erfolgte vor 1914 nicht.

Dennoch war es die alldeutsche Bewegung, die angesichts der deutsch-russischen Entfremdung seit 1890 wiederum von einer neuen panslawischen Konzeption als Feindbild genutzt werden konnte, welche von Sankt Petersburg ausging und eine russische Schutzfunktion für die angeblich vom ‚Pangermanismus‘ bedrohten slawischen Völker postulierte. Dabei wurde die Donaumonarchie als bloßes Instrument deutschen Großmachtstrebens betrachtet. Unter anderen war es der spätere tschechoslowakische Präsident Tomáš G.

19 Siehe das Hauptwerk des langjährigen Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, *Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932.

20 1891–1894 unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Verband.

21 Pejorative Abkürzung für den Ostmarkenverein (H-K-T) nach den Namen seiner Gründer Hansemann, Kennemann und Tiedemann; vgl. James Bjork, *Neither German nor Pole. Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland*, Ann Arbor 2008, S. 38f.

22 Der Begriff „Rassenkampf“ wurde vor allem von dem Soziologen Ludwig Gumplowicz eingeführt; vgl. ders., *Der Rassenkampf*, Innsbruck 1883. Die zitierte Formulierung folgt Otto Schmidt-Gibichenfels, *Der germanisch-slawische Völker- und Rassenkampf in Gegenwart und Zukunft*, in: *Politisch-Anthropologische Revue* 12 (1913/14), S. 57–71.

23 Vgl. Hubertus F. Jahn, *Die Germanen. Perzeptionen des Kriegsgegners in Russland zwischen Selbst- und Feindbild*, in: Gerhard P. Groß (Hg.), *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15*, Paderborn 2009, S. 165–177; Gerhard Schneider, *Barbaren, Boches, Hunnen – Bild- und Textpropaganda im Ersten Weltkrieg*, in: Saskia Handro/Bernd Schönemann (Hg.), *Visualität und Geschichte*, Berlin 2011, S. 135–196, hier S. 142–157.

Masaryk, der unter Verweis auf die älteren Konzepte etwa von Friedrich List, Paul de Lagarde und Constantin Frantz die Gefahr einer alldeutschen Expansion in Mitteleuropa und besonders im Donaauraum beschwor. Diese Sicht sollte dann während des Ersten Weltkriegs in die antideutsche (und antiösterreichische) tschechische Propaganda einfließen.²⁴ Nach der russischen Revolution von 1905 zielte diese damals von mehreren Autoren betriebene und als „Neoslawismus“ bekannte Richtung – die für Russland auch eine sozialimperialistische Funktion erfüllte – auf eine ‚slawische‘ Hegemonie innerhalb Österreich-Ungarns sowie eine außenpolitische Hinwendung zu Russland.²⁵

Polnische Positionen zu den Mittelmächten vor dem Ersten Weltkrieg

Nicht zuletzt war es der auf das Deutsche Reich zielende Gesichtspunkt dieser Konzeption, der den russischen Untertan und Führer der Nationaldemokraten Roman Dmowski nach 1904 zu seiner geradezu revolutionären Hinwendung zu Russland veranlasste. Beziehungsgeschichtlich betrachtet war Dmowskis Russlandpolitik eine Funktion seiner Feindschaft zu Deutschland, während es sich bei seinem Gegenspieler Józef Piłsudski umgekehrt verhielt. Für beide war mithin Österreich ein sekundärer Faktor beziehungsweise Schauplatz im Machtkampf zwischen Deutschland und Russland als der jeweiligen ‚germanischen‘ bzw. ‚slawischen‘ Vormacht. Dmowski wurde der Schöpfer der allpolnischen Bewegung, die als Form des integralen Nationalismus und somit als Äquivalent der alldeutschen Richtung anzusehen ist. Ihre Ziele waren: die politische Vereinigung aller ethnischen Polen, die Schaffung eines wirtschaftlich und strategisch starken Nationalstaats sowie die Assimilation beziehungsweise Verdrängung ethnischer Minderheiten, wobei die Juden als ‚fremdes Element‘ besondere exklusionistische Aufmerksamkeit erfuhren.²⁶ Aus der Idee ethnischer Homogenität leitete man überdies ein ständisches Gesellschaftsmodell ab.

24 Namentlich in Masaryks zunächst zur politischen Unterweisung der Soldaten der Tschechischen Legion gedachter Schrift *Das neue Europa. Der slawische Standpunkt*, Berlin 1922.

25 Siehe Caspar Ferenczi, *Nationalismus und Neoslawismus in Russland vor dem Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1984.

26 Vgl. die Ausführungen zur deutsch-russischen Konfrontation in Roman Dmowski, *Niemcy, Rosja i kwestia polska*, Lwów 1908 [Nachdruck Wrocław 2013], S. 68–80; allgemein zu Dmowskis Weltanschauung siehe Andreas Kossert, *Founding Father of Modern Poland and Nationalist Antisemite. Roman Dmowski*, in: Rebecca Haynes/Martyn Rady (Hg.), *In the Shadow of Hitler. Personalities of the Right in Central and Eastern Europe*, London 2013, S. 95–104.

Dmowski war niemals ein genuiner Panslawist; dies wäre mit seinem radikalen Nationalismus unvereinbar gewesen. Seine Option für Russland hatte pragmatischen Charakter, da er von ihr Vorteile für die polnische Nationsbildung erwartete und überdies – wegen der von ihm unterstellten kulturellen Überlegenheit der Polen – keine Gefahr einer Assimilation durch die Russen sah. Im Gegenzug beruhte seine antideutsche Ausrichtung wesentlich auf der Annahme einer solchen Gefahr infolge der von ihm konstatierten hohen zivilisatorischen Qualität des preußisch-deutschen Staates. Ausgehend von einem antideutschen Primat der Außenpolitik gelangten Dmowski und seine Bewegung 1904/05 zu einem – allerdings rein taktischen²⁷ – prorussischen Loyalismus, als die russische Niederlage gegen Japan und die daraus folgende erste russische Revolution von 1905 gerade in den nichtrussischen Randgebieten des Reiches, so auch in Kongresspolen, zu Aufständen führten, deren Urheber zwar auch national argumentierten, in denen aber vor allem ‚transnationale‘ soziale Spaltungstendenzen erkennbar wurden.

Dies war für die Nationaldemokraten unter gesellschaftspolitischem Blickwinkel ebenso wenig akzeptabel wie die dadurch drohende Schwächung Russlands nach außen, denn in Umkehr des eigenen in Sankt Petersburg verfolgten Verständigungskurses war Dmowski zugleich ein scharfer Kritiker der loyalistischen Haltung der galizischen Polen: Erstens schien diese die Teilung Polens zu verfestigen, und zweitens sah er in der Donaumonarchie vor allem ein Instrument reichsdeutscher Machtpolitik. So warf er im August 1914 den Österreichern (das heißt den galizischen Polen) vor, auf der falschen Seite zu stehen, weil sie den beginnenden Krieg nicht als Auseinandersetzung zwischen Slawentum und Germanentum erkannt hätten.²⁸ An seiner Haltung wird allerdings auch deutlich, dass das Schlagwort des ‚Pangermanismus‘ sich hier nicht auf groß- oder alldeutsche Nationsbildungsideen bezog, sondern schlicht auf einen in Dmowskis Augen bedrohlichen Machtzuwachs des Deutschen Reiches.

Dmowskis Weltbild und seine Argumentationsweise, insbesondere sein nationaler Egoismus, zeigten klare Herkunftslinien nicht nur vom französischen (Charles Maurras, Maurice Barrès), sondern – ironischerweise – auch vom deutschen Nationalismus her. Vermutlich unwissentlich übernahm er den – allerdings um 1900 allenthalben im Raum stehenden – Begriff des „(gesunden)

27 Vgl. Tatiana Khripachenko, Two Concepts of Loyalty in the Debates on the ‚Polish Question‘ in Late Imperial Russia, in: Osterkamp/Schulze/Wessel (Hg.), Exploring Loyalty (wie Anm. 9), S. 45–59.

28 Vgl. Keya Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer, Berlin 2014, S. 54f.

Volksegoismus²⁹ von Wilhelm Jordan, dem linksnationalen Abgeordneten der Paulskirche, der 1848 polnische Ansprüche auf die Provinz Posen vehement zurückgewiesen und die ‚Polenfreunde‘ politischer Naivität geziehen hatte.³⁰ Ein weiterer punktueller Referenzautor bezüglich des nationalen Prinzips – der jedoch nur zeitweise den Alldeutschen angehörte und im Ganzen ungleich differenzierter dachte als Dmowski – war Max Weber. Nachdem er in den 1890er Jahren die Zurückdrängung des Polentums im preußischen Osten unterstützt hatte, sah Weber nach 1905 gerade am russischen Beispiel das Integrationspotenzial einer weitreichenden Kulturautonomie für die Polen und propagierte sie gegenüber der preußischen Regierung. Ähnlich Dmowski sah er zugleich Russland als zwar kulturell unterlegene, aber mittels ihres militärischen Kraftpotenzials eventuell kriegsentscheidende Macht an.³¹

Józef Piłsudski, der seinerseits Dmowskis Haltung als der polnischen Freiheit abträglich ansah, schuf umgekehrt seine politische Strategie aus der Gegnerschaft zu Russland heraus, dessen Zurückdrängung aus Mitteleuropa und allgemeine Schwächung ihm als Voraussetzung für die staatliche Renaissance Polens erschien.³² Daher kollaborierte er 1904 mit dem japanischen Außenministerium und leitete 1905 als radikaler Angehöriger der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) Barrikadenkämpfe und Überfälle auf russische Behörden in Kongresspolen. Nach seiner Flucht nach Galizien 1908 begann er eine Zusammenarbeit mit dem österreichischen militärischen Geheimdienst und baute irreguläre polnische Verbände als Hilfstruppen im zukünftigen Krieg gegen Russland auf. Sein Verhältnis zu den Mittelmächten war dabei neutral und ausschließlich Nützlichkeitsabwägungen unterworfen; an der Diskussion um ‚pangermanische‘ Konzeptionen beteiligte er sich nicht. Vor allem nach 1918 verband sich sein Name mit der scheinbar egalitären Idee einer Föderation im Osten, die von der Tradition der *kresy* beeinflusst war, jener Länder des seit dem späten 14. Jahrhundert mit Polen verbunden gewesenen Großherzogtums Litauen, dessen Führungsschichten sich schrittweise polonisiert hatten (der kleinadlige Piłsudski bezeichnete sich selbst nach seiner Herkunftsregion als ‚Litauer‘³³).

29 Dieses Zitat aus seiner Rede vom 24. Juli 1848 findet sich z. B. bei Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963, S. 85.

30 Zu Dmowskis allpolnischer Ideologie und ihren transnationalen Bezügen ausführlich Roland Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus*, Marburg/Lahn 2001, S. 116–127.

31 Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, Tübingen³ 2004, S. 61–64.

32 Als Überblick siehe noch stets Jan Molenda, *Piłsudzczyca narodowi demokracji 1908–1918*, Warschau 1980.

33 Seit dem 19. Jahrhundert wurde dieser Zusammenhang im polnischen Sprachraum durch Adam Mickiewiczs Poem *Pan Tadeusz* vermittelt, das in Litauen spielt. Zum allgemeinen

Gleichwohl verfocht er wie sein Kontrahent Dmowski einen polnischen Führungsanspruch und das Ziel eines eigenen Herrschaftsraums zwischen Deutschland und Russland. Da er dabei trotz anderslautender Rhetorik den nichtpolnischen *kresy*-Völkern (Litauern, Weißrussen und Ukrainern) keine echte Gleichberechtigung zubilligte, war er ebenso wenig Panslawist wie Dmowski. Hingegen besaß er anders als dieser kein klares gesellschaftspolitisches Konzept; sein ‚Sozialismus‘ war, wie er später selbst zugab, lediglich ein Vehikel auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit.³⁴

Diese elitären und vor 1914 rein abstrakten Debatten sowie die angebliche Auseinandersetzung zwischen ‚Pangermanen‘ und ‚Panslawen‘ waren von der Lebenswirklichkeit der meisten einfachen Polen weit entfernt. Für sie waren auch die ‚germanischen‘ Staaten Deutsches Reich und Österreich-Ungarn durchaus nicht nur oder überwiegend negativ konnotiert. Auch wenn die Popularität Kaiser Franz Josephs I. bei ‚seinen‘ Polen deutlich größer war als diejenige Wilhelms II. und daher 1914 anders als in Galizien emphatische Bekundungen bei den preußischen Polen kaum vorkamen, so waren auch diese am Vorabend des Ersten Weltkriegs grundsätzlich loyal. In der Vorkriegszeit gab es besonders in Österreich, aber auch im Deutschen Reich (trotz der Polenpolitik) eine Reihe loyalitätsfördernder Faktoren, so etwa den allgemeinen Aufschwung von Wirtschaft und Kultur, an dem die Polen allen Beschwerden zum Trotz teilhatten. Ebenfalls förderlich waren die Prägung der allermeisten polnischen Wehrpflichtigen in der preußischen³⁵ beziehungsweise österreichischen Armee sowie – auch wenn dies bisher kaum erforscht ist – Erfahrungen in den deutschen und österreichisch-ungarischen Marinen. Ferner kann für die große Masse der Polen konstatiert werden, dass sie – anders als die politischen Pläneschmiede – den Krieg fürchteten, der ihre Heimat verwüsten würde und in dem sie auf ihre Verwandten in der Uniform des Feindes würden schießen müssen.³⁶

historischen Hintergrund siehe Mathias Niendorf, *Das Großfürstentum Litauen 1569–1795. Studien zur Nationsbildung in der Frühen Neuzeit*, Wiesbaden 2010.

34 Vgl. Małgorzata Morawiec, Antiliberale Europäisierung? Autoritäre Europakonzeptionen im Polen der Zwischenkriegszeit, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9 (2012), S. 409–427. Zur späteren Politik siehe Feliks Tych, Legitimationsideologien der Piłsudski-Herrschaft, in: Richard Saage (Hg.), *Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie*, Berlin 1995, S. 179–189.

35 Praktisch alle Polen dienten im preußischen Kontingent des deutschen Heeres.

36 Vgl. Jens Boysen, *Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914)*, Marburg 2008, S. 277–289; Piotr Szlanta, *Polacy poddani Wilhelma II wobec Weltpolitik 1888–1914*, in: *Przegląd Historyczny* 53 (2012), S. 81–94.

Kriegspläne der Mittelmächte für Ostmitteleuropa: ‚pangermanische‘ Ziele?

Das primäre Kriegsziel der Mittelmächte war 1914 die Erhaltung ihrer Stellung gegenüber der Entente – durch deren strategische Schwächung – sowie die Sicherung der als prekär wahrgenommenen Existenz Österreich-Ungarns. Im Idealfall sollte Deutschland (unter enger zumindest wirtschaftlicher Verbindung mit der Habsburgermonarchie) den Status eines Weltreichs neben Großbritannien, Russland und den USA erlangen.³⁷ Ein Weg hin zu dieser verbesserten Stellung im Mächtesystem war jenseits des Schlieffenplans – der eher ein Operationsplan als ein Strategiekonzept war – aber nicht überlegt worden; man kann daher vom weitgehenden Fehlen eines echten Strategieplans sprechen.³⁸ Den offensivsten Aspekt der Planungen auf Seiten der Mittelmächte bildete die Politik der k. u. k.-Militärführung unter Generalstabschef Conrad von Hötzendorf vor allem gegenüber Serbien, das überwiegend oder sogar ganz annektiert werden sollte, um seinen destabilisierenden Einfluss auf die Südslawen innerhalb der Monarchie zu eliminieren. Dies hätte allerdings auch eine bedeutende Vergrößerung des slawischen Bevölkerungsanteils bedeutet. Diese von Conrad und anderen beförderten Ideen waren demnach zwar expansionistisch, aber keinesfalls ‚pangermanisch‘; zugleich begab er sich damit in einen Gegensatz zur ungarischen Teilregierung.³⁹ Analog hierzu lassen sich auf deutscher Seite weder Bethmann Hollwegs Septemberprogramm noch später folgende amtliche oder regierungsnahen Neuordnungspläne wie Friedrich Naumanns ‚Mitteleuropa‘ als alldeutsch charakterisieren.⁴⁰ Auch fanden die praktisch vom ersten Kriegstag an unerbeten eingereichten annexionistischen Denkschriften der Alldeutschen, aber auch anderer Gruppen nur begrenzte Resonanz. Für die Reichsleitung hatte grundsätzlich die Schaffung einer verbesserten strategischen Position beziehungsweise einer Hegemonialstellung in Mitteleuropa Vorrang; direkte territoriale Forderungen spielten dabei allenfalls eine flankierende Rolle. Nach der unerwarteten Schwerpunktverlagerung nach Osten 1915 zeigte sich gerade bezüglich Polens, dass die militärische Kontrolle der Region noch keinen politi-

37 Vgl. Sönke Neitzel, *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn 2000, S. 117–188.

38 Dies scheint zumindest z. T. seinen Grund in einer fatalistischen Wahrnehmung der deutschen Mittellage gehabt zu haben, die die Möglichkeiten strategischer Planung a priori begrenzte. Vgl. Gerhard P. Groß, *Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d. Ä. bis Heusinger*, Paderborn 2012, S. 7–27.

39 Vgl. Günther Kronenbitter, *‚Krieg im Frieden‘. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003, S. 398–406.

40 Vgl. Jens Boysen, *War Aims and War Aims Discussions (East Central Europe)*, in: 1914–1918-online. *International Encyclopedia of the First World War*, DOI: <10.15463/ie1418.10275> (zuletzt abgerufen am 30.06.2017).

schen Gewinn mit sich brachte. Hinsichtlich der verschiedenen damals zwischen Berlin und Wien diskutierten Ansätze soll hier nur der Umstand erwähnt werden, dass jeder von ihnen erhebliche Nachteile für die Mittelmächte aufwies, weshalb auch bis Ende 1916 eine Rückgabe an Russland nicht ausgeschlossen wurde. Während eine komplette oder teilweise Annexion durch Deutschland die Zahl der Polen im Land drastisch erhöht hätte, was die preußische Regierung kategorisch ablehnte, stieß die unter galizischem Einfluss in Wien favorisierte austropolnische Lösung auf den Widerstand der Alldeutschen und der Ungarn, die keine Stärkung des slawischen Elements in der Donaumonarchie wünschten.⁴¹

Als letztlich entscheidende Frage all jener Neuordnungspläne erwies sich aber zunehmend diejenige nach der zukünftigen Stellung Österreich-Ungarns. Galt es schon vor dem Krieg als Juniorpartner des Reiches, so führte die Katastrophe in Galizien und besonders der Verlust des erprobten multinationalen Offizierskorps unerwartet schnell zur weitgehenden militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland, was in den Augen vieler Beobachter die Gefahr einer völligen Unterordnung beziehungsweise Mediatisierung der Habsburgermonarchie mit sich brachte.⁴² Im Falle eines Sieges der Mittelmächte und der Schaffung einer deutschen Hegemonie hätte daher womöglich bei den Polen ein erneuerter Austroslawismus im Zweifel den Vorrang vor der nationalen Einheitsidee erhalten, um Österreich als Puffer gegenüber der deutschen Macht zu erhalten.

Mit Blick auf die Frage nach ‚pangermanischen‘ Zügen der Besatzungspolitik in Kongresspolen kann mit gutem Grund das Gegenteil festgestellt werden: Da das Hauptmotiv der Reichsleitung die Einbindung eines zukünftigen Polen in eine mitteleuropäische strategische Stellung war, förderten die deutschen und österreichischen Behörden ungeachtet der – in Kriegszeiten gewissermaßen normalen und durch die britische Blockade zusätzlich begründeten – wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes von Beginn an eine kulturelle und letztlich auch politische Repolonisierung, die den nichtpolnischen Bevölkerungsteilen im zukünftigen Staat nur eine bedingte beziehungsweise nachgeordnete Stellung verhieß, wie sich dies nach 1918 auch vielfach zeigen sollte.⁴³ Diese propolnische

41 Vgl. Heinz Lemke, *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution)*, Köln 1977, S. 25–38 und 178–186.

42 Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg. Die Herabdrückung Österreich-Ungarns zum Vasallen der deutschen Politik*, in: Helmut Rumpler (Hg.), *Der ‚Zweibund‘ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie*, Wien 1996, S. 383–407.

43 Siehe hierzu etwa die Beiträge in Christhardt Henschel/Stephan Stach (Hg.), *Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939. Sonderheft der Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 62/2 (2013)*. Grundlegend zur Besatzungspolitik der Mittelmächte jetzt Stephan Lehnstaedt, *Imperiale Polenpolitik in den*

Politik im Generalgouvernement Warschau betraf auch die deutsche Bevölkerung in Kongresspolen, deren Erwartungen bezüglich einer bevorzugten Behandlung als Konationale durch das Reich grundlegend enttäuscht wurden.⁴⁴

Die Mittelmächte in der polnischen Wahrnehmung und Zukunftsplanung bis 1918

Auch auf polnischer Seite kam es während des vierjährigen Krieges zu fortwährenden Überlegungen über die eigene Positionierung gegenüber den Großmächten. Grundsätzlich bestand nicht nur die gesetzliche Pflicht zum Kriegseinsatz, sondern viele Polen empfanden durchaus genuine Loyalität für den jeweiligen Monarchen. Dennoch argumentierten polnische Parteienvertreter vor allem mit dem erwarteten Nutzen des Kriegseinsatzes für die polnische Sache, sofern sie nicht den Krieg primär als nationales Unglück betrachteten.

In Kongresspolen zeigte die neoslawische Propaganda im Sommer 1914 gewisse Effekte, indem zeitweise prorussische Sympathien aufkamen und die Mittelmächte als „Feinde des Slawentums“ bezeichnet wurden. Nicht zuletzt warben die Nationaldemokraten und andere Loyalisten damit, dass nur Russland *alle* historischen Teile Polens in einem autonomen Verband zusammenfassen könne. Hierdurch gerieten wiederum die galizischen Polen wegen ihrer angeblichen Kollaboration mit dem ‚Pangermanismus‘ in die massive Kritik vor allem der loyalistischen nationaldemokratischen und konservativen Kreise. Die so Kritisierten wiederum betonten, dass allein Österreich ein geeintes Polen herzustellen gewillt und imstande sei.⁴⁵ Typischerweise wurden eventuelle Sympathien für Österreich aber weder in Galizien noch in Kongresspolen auf das Deutsche Reich übertragen. Dieses galt, anders als die ‚weiche‘ Habsburgermonarchie, als harte, eigenständige Großmacht mit der Bereitschaft zu gegebenenfalls rücksichtslosem Vorgehen, der man echte Sympathien für die Polen nicht abnahm. Prorussische Haltungen waren gleichwohl in Galizien auf die Nationaldemokraten und andere rechte Parteien beschränkt und verloren sich weitgehend angesichts der russischen Besatzungspolitik von 1914/15. Aber auch in Kongresspolen war es mit der prorussischen Stimmung angesichts des russischen Rückzugs ab Mitte 1915 weitgehend vorbei. Praktische Bedeutung hatte der panslawische Gedanke noch am ehesten bei der Werbung von Soldaten für

Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland, Osna-brück 2017.

44 Als zeitgenössischen Ausdruck dieser Stimmung siehe Adolf Eichler, *Das Deutschtum in Kongresspolen*, Stuttgart 1921.

45 Vgl. Thakur-Smolarek, *Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage* (wie Anm. 28), S. 34f. u. 43.

die Entente unter den Gefangenen der Mittelmächte in Russland. Diese fand aber unter den preußischen und galizischen Polen vergleichsweise wenig Widerhall – anders als im Westen, wo Exilpolen zusammen mit der britischen und französischen Polonia ab 1917 viele deutsche Polen für die Blaue Armee gewannen. Für die dortige Tätigkeit des Polnischen Nationalkomitees unter der Leitung Roman Dmowskis wurde das aus Osteuropa stammende Feindbild des ‚Pangermanismus‘ an die ideologische Erwartungshaltung der Westmächte, besonders der USA, angepasst und mit dem postulierten Gegensatz von Demokratie und autoritärer Herrschaft verbunden.⁴⁶

Die nach 1915 mit den Mittelmächten kooperierenden Aktivisten waren mehrheitlich nicht von Sympathien für jene motiviert, sondern durch das Interesse an möglichst schnellen und weitreichenden Zugeständnissen polnischer Staatlichkeit. Diese rein pragmatisch agierende Gruppe umfasste bezeichnenderweise auch Piłsudski, der parallel zu den offiziellen Verhandlungen weiter seine geheime Polnische Militärorganisation (POW) aufbaute. Noch immer relativ wenig erforscht sind in diesem Zusammenhang die Positionen der sogenannten Verständigungspolitiker (*ugodowcy*) beziehungsweise Etatisten (*państwowcy*) um Władysław Studnicki, die häufig als germanophil bezeichnet werden. Hierbei handelte es sich um die einzige politische Gruppe, die nicht nur die russische Herrschaft ablehnte, sondern – was das eigentlich Besondere war – dezidiert auf Berlin statt Wien setzte und bereit war, für die Aufnahme eines polnischen Staates in ein als modern und zukunftsweisend angesehenes Hegemonialsystem unter deutscher Führung auf die Provinz Posen als die ‚Wiege Polens‘ zu verzichten.⁴⁷ In der Spätphase des Krieges 1917/18, die sich in operativer Hinsicht nochmals positiv für die Mittelmächte anzulassen schien, hatte jedoch die – nicht zuletzt mediale – Internationalisierung der ‚polnischen Frage‘ samt ihrer Nobilitierung als alliiertes Kriegsziel den politischen Spielraum der Besatzungsmächte in Kongresspolen bereits stark eingeschränkt. Dies zeigte sich etwa an der starken öffentlichen Aufregung um die Chełmer beziehungsweise Cholmer Frage: Dieses Gebiet am Ostrand Kongresspolens war zwischen Polen und Ukrainern umstritten. Im Rahmen des *Brotfriedens* mit der Ukrainischen Volksrepublik vom 9. Februar 1918, der den Mittelmächten umfangreiche Getreide- und Rohstofflieferungen sichern sollte, wurde es der Ukraine zugesprochen. Hierüber erhob sich unter den Polen heftiger Protest und trat der von den Mittelmächten eingesetzte Regentschaftsrat des Königreichs Polen zurück.

46 Vgl. James S. Pula, *Polish Americans. An Ethnic Community*, New York 1995, S. 54–61; Jens Boysen, *Imperial Service, Alienation, and an unlikely ‚National Rebirth‘. The Poles in the First World War*, in: Gearóid Barry/Enrico Dal Lago/Róisín Healy (Hg.), *Small Nations and Colonial Peripheries in World War I*, Leiden 2016, S. 157–176, hier S. 157–159.

47 Vgl. Rafał Lyson, *Program polityczny poznańskich ugodowców w okresie I wojny światowej*, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 25 (2004), S. 101–112.

Angesichts dieser Opposition wurde die territoriale Entscheidung zurückgenommen; dennoch schadete der Vorgang weiter der bereits angeschlagenen Reputation der Besatzungsmächte.⁴⁸

Im Deutschen Reich selbst zeigten die Polen insgesamt eine strenge Pflichterfüllung, jedoch ohne besonderen Enthusiasmus. Dies beruhte auf der schon vor dem Krieg eingetretenen inneren Distanzierung von der preußischen Regierung; ein prodeutscher Siegeswille ließ sich so kaum artikulieren. Jedoch reichte selbst diese kühle Haltung nicht einmal bei den Nationaldemokraten dazu aus, eine prorussische Haltung zu entwickeln. Niemand wollte, wiederum auch angesichts der galizischen Erfahrungen, die russische Armee in Preußen sehen. Mithin erschien Deutschland als zwar ungeliebter, aber doch grundsätzlich zivilisierter Staat, in dem die polnische Gemeinschaft notfalls würde weiterbestehen können. Bestimmte Hoffnungen richteten sich auf rechtliche Verbesserungen nach dem Kriege und auf den Einfluss Österreichs beziehungsweise der galizischen Polen. Ausschlaggebend für die Orientierung der preußischen Polen wurden jedoch die Effekte der propolnischen Kulturpolitik der Mittelmächte in Kongresspolen; diese ließen die bestehenden Beschränkungen im Reich immer weniger plausibel erscheinen. Am Ende des Krieges sollte die Haltung der preußischen Polen in erster Linie von der Machtstellung des Reiches abhängen.⁴⁹

Insgesamt betrachtet, lässt sich feststellen, dass die Habsburgermonarchie nach 1866/67 von verschiedenen Parteien, nicht zuletzt den Polen und anderen slawischen Völkern, aber auch zum Beispiel von den Alldeutschen, als Schutzraum beziehungsweise politischer Projektionsraum betrachtet und genutzt wurde. Hierdurch kam es allerdings tendenziell auch zu einem Verlust an Autorität und Kontrollmacht seitens der Habsburger, die im Inneren wie im Äußeren immer mehr vom Subjekt zum Objekt wurden. Dennoch banden sie das Deutsche Reich nach 1890 strategisch in solchem Maße, dass dieses zur Rettung seiner an die Donaumonarchie gebundenen Machtstellung in den Ersten Weltkrieg eintrat. Der Krieg verschaffte Österreich-Ungarn ein letztes Mal eine imperiale Rolle, nicht zuletzt als Hoffnungsträger der mehrheitlich germanophoben Polen. Seine militärische Abhängigkeit von Deutschland und andere strukturelle Schwächen hätten jedoch auch einen Sieg im Weltkrieg wohl zu

48 Vgl. Józef Chlebowczyk, *Między dyktatem, realiami a prawem do samostanowienia. Prawo do samookreślenia i problem granic we wschodniej Europie Środkowej w pierwszej wojnie światowej oraz po jej zakończeniu*, Warschau 1988, 394–401.

49 Vgl. Jens Boysen, *Zivil-militärische Beziehungen in den preußischen Ostprovinzen Posen und Westpreußen während des Ersten Weltkriegs*, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hg.), *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*, Essen 2013, S. 127–151, hier S. 132–139.

einem Pyrrhussieg gemacht; günstigstenfalls wäre es in einem deutschen Mitteleuropa aufgegangen, wie es nach 1938 ja auch kurzfristig geschah.

Der eingangs angesprochene Prozess der zeitlich gebundenen Definition beziehungsweise Konstruktion äußerer und innerer Feind- und Freundbilder im 20. Jahrhundert ließ sich nicht zuletzt im Polen der Zweiten Republik (1918–1938) beobachten. Dort entwickelten sich die betreffenden Bilder in einer negativen Wechselhaftigkeit mit der Weimarer Republik und im Spannungsfeld eines schwierigen Verhältnisses zwischen zunftmäßigen Historikern einerseits und den der immer dynamischer werdenden politischen Sphäre zuzurechnenden Propagandisten andererseits.⁵⁰ Die dahinterstehenden Motive waren auf beiden Seiten weniger normativer als machtpolitischer Natur. Eine ähnliche Konstellation ließ sich aber später auch in der in diesem Punkt an die Zwischenkriegszeit anknüpfenden Volksrepublik Polen feststellen, wo bis Ende der 1960er Jahre die Bundesrepublik Deutschland teils real, teils als Projektion den ideologischen Widerpart spielte.⁵¹ Während beider genannter Perioden war Polen bestrebt, den Reststaat (Deutsch-)Österreich von Deutschland zu trennen und so zu neutralisieren; aber erst nach 1945 nahm Österreich – im Zeichen des Ost-West-Konflikts sowie zum Zweck der Distanzierung vom Nationalsozialismus – eine entsprechende Haltung ein. Dadurch wurde es für ‚Volkspolen‘ zu einer nützlichen Brücke, die viele Vorzüge der Bundesrepublik teilte, ohne – jedenfalls scheinbar – durch das Vermächtnis der Weltkriegsära belastet zu sein.

50 Siehe dazu Rudolf Jaworski, *Deutsch-Polnische Feindbilder 1919–1932*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 6/2 (1984), S. 140–156, sowie mit gründlicher Erfassung der historischen Diskurse, aber teilweise debattierbaren Schlussfolgerungen Stefan Guth, *Mythen und Stereotypen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in der Zwischenkriegszeit*, in: Heidi Hein-Kircher/Hans-Henning Hahn (Hg.), *Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa*, Marburg 2006, S. 207–224.

51 Vgl. hierzu auch Pierre-Frédéric Weber, *Timor Teutonicorum. Angst vor Deutschland seit 1945. Eine europäische Emotion im Wandel*, Paderborn 2015.

Der polnische Historienmaler Jan Matejko und der österreichische Kaiser

Kurzer (kunst-)historischer und biographischer Kontext

Nach der ersten Teilung Polens 1772 ist Galizien dem österreichischen Kaiserhaus zugefallen. Im Gegensatz zu den anderen Teilungsgebieten bemühen sich in der Folge im 19. Jahrhundert die Besatzer, die polnische Bevölkerung in Galizien mit ihrem kulturellen Erbe in den Vielvölkerstaat zu integrieren. In dieser politischen Situation können sich die Künstler offen mit ihrer Geschichte und dem Verlust der Souveränität auseinandersetzen.

Die verlorenen Aufstände von 1794, 1830/31 und 1863/64 haben dabei einen enormen Einfluss auf die Themen der Bildenden Künste. Gleichzeitig wird in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Debatte über die Genese der polnischen Malerei und die Grundstruktur einer nationalen Kunst erörtert, sodass hier eine neue Identifikationsplattform außerhalb der Literatur und Musik entwickelt wird. Besonders beteiligen sich galizische Künstler an dieser Diskussion, die die Entstehung von nationalen Kunstbewegungen in anderen Ländern vor Ort studieren.

Der bekannteste von ihnen war Wojciech Stattler (1800–1875), der inmitten dieser Diskussion sein Werk „Makkabäer“ (Abb. 1) (1830–1842) fertigt, das das erste Gemälde eines polnischen Künstlers ist, welches im Jahre 1844 mit einer Goldmedaille auf dem Pariser Salon ausgezeichnet wird. Die Darstellung des jüdischen Freiheitskampfes ist dabei als Allegorie für das Schicksal des polnischen Volkes zu verstehen und stellt eine Visualisierung der vorherrschenden Trauerbewegung dar, so dass vor allem die mit Stattler befreundeten Dichter Adam Mickiewicz (1798–1855) und Juliusz Słowacki (1809–1849) mit diesem Bild große Hoffnungen in die Entwicklung einer Vaterlandskunst setzen.¹

Als späterer Direktor der Schule für Zeichnen und Malen in Krakau hat Stattler einen enormen Einfluss auf die darauffolgende Generation, wobei seine Neuerungen, wie zum Beispiel das Arbeiten am realen Modell, einen wichtigen

1 Stefan Kieniewicz, *Historia Polski* (1795–1918), Warschau 1975, S. 214.



Abb. 1: Wojciech Stattler, Machabeusze (Makkabäer), 1842, 262 x 371 cm, Nationalmuseum Krakau, Pracownia Fotograficzna Muzeum Narodowego w Krakowie.

künstlerischen Impuls für seine Schüler darstellen. Des Weiteren überträgt er auf seine Schüler dogmatisch-philosophische Ansichten über die Aufgaben einer nationalen Kunst. Nach Stattlers Überzeugungen besteht eine enge Verbindung zwischen Poesie und Malerei sowie eine absolute Ergebenheit zur Philosophie. Die Kunst müsse dabei, aus einer selbstreflektierenden Beobachtung heraus, ein höheres Ziel verfolgen und sich in den Dienst der Nation stellen.²

Diesem Vorbild folgend manifestiert sich auch die nationale Trauerbewegung in den Werken von Stattlers Schülern, die sich in einer Darstellung von individueller wie kollektiver Wehmut äußert und ab 1850 nach Adam Mickiewicz (1798–1855) Idee in den sogenannten polnischen Messianismus übergeht.³

Einer dieser Schüler ist Jan Matejko, der ab 1852 mehrere Jahre an der Schule für Zeichnen und Malen in Krakau studiert, zuerst unter Stattler und später bei dem Historienmaler Władysław Łuszczkiewicz (1828–1900). 1859 sowie 1860 verlässt er wegen eines Auslandsstipendium Krakau und fährt zuerst nach München, dann nach Wien, bricht jedoch beide Aufenthalte vorzeitig ab, da ihm die Lehrmethoden an den Akademien nicht zusagen. In diesem Zusammenhang

2 Józef Buszko, *Historia Polski 1864–1948*, Warschau 1988, S. 45, 72f., 191.

3 Alina Witkowska, *Literatura romantyczna*, Warschau 1986, S. 17.

ist ein Disput mit Christian Ruben (1805–1875) an der Wiener Akademie der Bildenden Künste belegt:

„[...] Ein Schüler zeigte dem zur Korrektur eingetretenen Professor eine eben fertiggestellte Composition, eine Scene aus der polnischen Geschichte, in welcher auch ein König als handelnde Person mitspielt. Der Professor, ein wohlwollender Mann und tüchtiger Meister, der offenbar von dem Schüler die beste Meinung hatte, nickte mehrmals beifällig, sagte aber schließlich: ‚Sehr gut, sehr ausdrucksvoll, aber sehen Sie, in dieser Situation müßte der König doch knien.‘ Da traf den Meister ein Flammenblick des Schülers, der mit lauter Stimme ausrief: ‚Ein polnischer König kniet nie!‘, und aus dem Atelier fortstürzte, um dasselbe nie mehr zu betreten. Dieser Schüler war Matejko!“⁴

Matejko kehrt daraufhin nach nur zwei Monaten wieder nach Krakau zurück und vollendet dort sein Gemälde *Jan Kazimierz auf Bielany*⁵ (1861).

Diese Anekdote spiegelt sehr eindrucksvoll seine Vorstellungen über polnische Historienmalerei wieder. Matejko versteht sich als polnischer Künstler, der ein glorreiches Bild der polnischen Geschichte entwirft. Trotz und gerade aufgrund dessen erfährt der Künstler durch seine nationalen Themen ein großes Ansehen in der Wiener Kunstgesellschaft. Dies belegen nicht nur die verschiedenen Ausstellungen in der Hauptstadt,⁶ sondern auch die zahlreichen Besprechungen in der Wiener Presse. Vor allem hier erlebt Matejko eine große Achtung, was nicht zuletzt aufgrund der Anerkennung seines Schaffens durch Kaiser Franz Joseph I. (1830–1916) erfolgt. Exemplarisch stellt ein Gemälde den Wendepunkt in seinem künstlerischen Werdegang dar, so dass der Bildinhalt erläutert werden soll.

Rejtan – Der Untergang Polens

Jan Matejko eröffnet im Gemälde *Rejtan* (Abb. 2) dem Betrachter einen Blick in den Sejm von 1773, der zwecks der Aufteilung Polens unter Russland, Österreich und Preußen ab dem 17. April in Warschau tagt. Hauptfigur ist der im Titel erwähnte Abgeordnete Tadeusz Rejtan (1742–1780), der sich zur Verhinderung der Abstimmung auf den Boden wirft, um die Tür zu blockieren. Dass dieses Unterfangen erfolglos sein wird, zeigt sich durch die geöffnete Tür, die den Blick auf russische Soldaten freigibt. Die Dominanz Russlands während des Sejms wird dabei nicht nur durch den Einmarsch der Soldaten, sondern ebenfalls durch

4 Emmerich Ranzoni, Jan Matejko, in: Neue Freie Presse 10490 (03.11.1893), S. 1.

5 Das Gemälde zeigt den polnischen König Jan Kazimierz, der während der sogenannten ‚Schwedischen Sintflut‘ beobachten muss, wie Krakau in Flammen steht (Krystyna Sroczyńska (Hg.), Matejko. Obrazy olejne. Katalog, Warschau 1993, S. 65).

6 Siehe Anhang.

das monumentale Bildnis Katharinas II. (1729–1796) im Hintergrund demonstriert, wie auch durch die Darstellung des russischen Botschafters Nikolai Wassiljewitsch Repnin (1731–1801), der in der Loge über dem Geschehen thront. Diese vermeintlich historische Darstellung der heldenhaften Tat Rejtans, der sich der Übermacht Russlands stellt, wird von Matejko durch Porträts polnischer Adliger relativiert, die, in der linken unteren Bildhälfte eingezwängt, weder Rejtan unterstützen noch das Eindringen der russischen Soldaten verhindern, sondern im Gegenteil den Abgeordneten des Saals verweisen. Dabei fügt der Künstler auch Figuren in die dargestellte Handlung ein, die nachweislich nicht am Sejm von 1773 teilnehmen, jedoch zu einem anderen historisch belegten Zeitpunkt einen Anteil an der Teilung Polens hatten. Damit kreierte Matejko ein allegorisches Bild vom Untergang Polens, indem er den polnischen Adel anprangert.



Abb. 2: Jan Matejko, *Rejtan*, 1866, 282 x 487 cm, Königsschloss Warschau.

Matejkos kritische Reflexion in *Rejtan* wird direkt nach der Fertigstellung des Gemäldes von galizischen Kunstkritikern stark angegriffen. So äußert sich beispielsweise Józef Ignacy Kraszewski (1812–1887) in der Zeitung *Rachunki*:

„Wenn überhaupt, dann dürfte man sich heute nicht damit einverstanden erklären, diese *nostra culpa* auf die europäische Ausstellung zu senden, [...] [da] könnten fremde Personen äußern... Ha! Sie sind selbst schuld, dass sie gefallen sind, weil sie des Lebens nicht würdig waren! [...] es mag möglicherweise ein wunderschönes Bild sein, aber eine schlechte Tat... [...] Was ist es sonst, wenn nicht eine vollzogene Ohrfeige gegen Polen. [...] Nach unserer Meinung ist dieses Gemälde, trotz technischer Vorzüge, bei

einem denkenden Künstler ein nicht entschuldbarer Fehler – Die Sünde seines Lebens.“⁷

Die drastische Rezension soll hier exemplarisch für all die vielen negativen Aussagen über das Gemälde angeführt werden, die ihren Höhepunkt darin finden, dass zu einer Vernichtung des Bildes ausgerufen wird.⁸

Ganz anders verhält es sich in Wien. Bereits als das Gemälde unter dem Titel *Der Reichstag in Warschau 1773* im Dezember 1866 der Wiener Kommission vorgelegt wird, damit es für den österreichischen Pavillon der Weltausstellung aufgenommen werden kann, wird es von den Kunsthistorikern sehr positiv bewertet. Vor allem Rudolf Eitelberger von Edelberg (1817–1885) ist so angetan von dem Werk, dass er Matejko das kaiserliche Stipendium organisiert, damit der Künstler nach Paris reisen kann. Der Kunsthistoriker gibt ihm darüber hinaus einen Brief an Richard Klemens Fürst von Metternich-Winneburg (1829–1895) mit, worin er den österreichischen Botschafter bittet, dem Kaiser bei seinem Rundgang durch die Weltausstellung auch Matejkos Gemälde zu zeigen. Diese Maßnahme stellt sich als sehr lohnenswert heraus, da Kaiser Franz Joseph I. das Bild für 50.000 Franken für den Belvedere ankauft.⁹ Fernerhin verleiht er dem Künstler das Franz Joseph Ritterkreuz.¹⁰

Das Gemälde wie auch Matejko werden damit schon berühmt, noch bevor das Werk dem Publikum in Wien öffentlich zugänglich gemacht wird. Richard Delphin teilt seinen Lesern am 20. Dezember 1867 in der Zeitung *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* als große Ankündigung mit, dass der Direktor des österreichischen Kunstvereins über Herzog August von Sachsen-Coburg-Gotha (1818–1881) das Anliegen an den Kaiser vorgebracht hat, das „berühmt gewordene Gemälde“ im Kunstverein ausstellen zu dürfen, was der Kaiser bewilligt.¹¹ Bereits Anfang Januar 1868 wird das Werk im Kunstverein ausgestellt und mehrfach in der Presse lobend besprochen. So erläutert Delphin neben einer ausführlichen Bildbeschreibung zu Beginn seines Artikels:

„Matejko's Bild ‚Der Reichstag von 1773‘ hat auf der Pariser Weltausstellung die lebhafteste Anerkennung aller Kunstkenner gefunden und wurde von der Jury mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Französische Organe haben – eine Sel-

7 Stanisław Witkiewicz, *Sztuka i krytyka u nas* (In eigener Übersetzung), Krakau 1971, S. 803, nach: Józef Ignacy Kraszewski: *Rachunki*. [Rok 1], Z roku 1866, Poznań 1867, S. 310–312.

8 Sroczyńska (Hg.), *Matejko* (wie Anm. 5), S. 90.

9 Marian Gorzkowski, *Jan Matejko. Epoka od r. 1861 do końca życia artysty z dziennika prowadzonego w ciągu lat siedemnastu*, Krakau 1993, S. 44f.

10 Das Bild wird zunächst im Belvedere ausgestellt und später ins Hofmuseum gebracht (Sroczyńska (Hg.), *Matejko* (wie Anm. 5), S. 90).

11 Richard Delphin, *Österreichischer Kunstverein*, in: *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* 339 (20. 12. 1867), S. 3.

tenheit – einstimmig das Gemälde als eine der bedeutendsten Produktionen im Gebiete der modernen Historienmalerei anerkannt und damit nur die Wahrheit gesprochen.“¹²

Ferner wird aus anderen Rezensionen über das Gemälde ersichtlich, dass sich viele österreichische Rezipienten mit den dargestellten Personen in Matejkos Gemälde identifizieren, obwohl es für sie ein wenig bekanntes Thema darstellt. Beispielsweise ist in *Zellner's Blätter für Theater, Musik und Bildende Kunst* zu lesen:

„Abgesehen von aller politischen Theilnahme, die jeden Vaterlandsfreund beim Anblicke eines Vorganges, der ein einst mächtiges Reich mit einem Federzuge vernichtete, ergreifen muß, gibt das Bild vom rein malerischen Standpunkte durch die in demselben vorzugsweise zu Tage tretenden physiognomischen Feinheiten, durch die Wärme und Lebendigkeit des Ausdrucks, mit welchem die stürmischen Leidenschaften der Vaterlandsiebe abwechselnd mit der grellsten Niederträchtigkeit eines feilen politischen Gleichmuths dargestellt sind, dem Beschauer Anhaltspunkte genug, um nicht nur dessen Interesse wachzurufen, sondern vielleicht sogar dessen Pulse, wenn er auch kein Pole ist, höhergehen zu machen. Und darin glauben wir, ist der Hauptwerth des Bildes, sowie dessen unwiderstehlicher Reiz zu suchen.“¹³

Dieses Phänomen des Mitfühlens mit dem polnischen Helden auf Matejkos Gemälde ist folglich den handwerklichen Fähigkeiten des Künstlers in der Figurengestaltung zu verdanken, in der jede dargestellte Person als eigenständiges Porträt zu verstehen ist. So summiert Robert Zimmermann in seinen Auslegungen zu Matejkos *Reichstag zu Warschau 1773*, die am 10. Januar 1868 in der *Neuen Freien Presse* erschienen sind:

„Die ungewöhnliche Gabe physiognomischer Charakterstil und die ungeachtet des auffällig ins Schwarze fallenden Colorits bewunderungswürdige Bravour der technischen Mache, welche das vorstehende Bild wie seine Vorgänger zur Schau stellt, machen den Schöpfer dieses Werkes zu einem Talent ersten Ranges.“¹⁴

Zimmermann versteht Matejko demnach als herausragenden Porträtisten, der einzelne Bildnisse zu einem Historiengemälde zusammenfügt. Mit Hilfe der ausdrucksvollen Köpfe, worin der Betrachter auf einen Blick den Charakter der Figur ablesen kann, erzeugt Matejko Empathie und erleichtert damit dem Rezipienten, sich mit der historischen Szene zu identifizieren. Diese künstlerische Besonderheit des Malers wird offenkundig von der Wiener Kunstgesellschaft im Jahre 1868 erkannt und geschätzt, dies mehr als bei den Krakauer Kritikern, da sie nicht vom dargestellten Thema abgelenkt sind.

12 Richard Delphin, *Matejko's Reichstag zu Warschau vom Jahre 1773*, in: *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* 30 (31.01.1868), S. 3.

13 *Zellner's Blätter für Theater, Musik und bildende Kunst* 5 (1868), S. 1.

14 Robert Zimmermann, *Matejko's Reichstag zu Warschau 1773*, in: *Neue Freie Presse* 1207 (09.01.1868), S. 2.

Die offizielle Ehrung seines künstlerischen Könnens erfolgt bereits am 18. April 1868, als Matejko zum offiziellen Mitglied der Akademie der Bildenden Künste in Wien berufen wird. Daraufhin stellt der polnische Künstler bis zu seinem Tode fast jedes Jahr wenigstens ein Gemälde in der Hauptstadt aus. Eine Präsentationsmöglichkeit im Jahre 1873 ist hierbei besonders hervorzuheben, so dass sie gesondert erörtert werden soll.

Weltausstellung in Wien, 1873

Das Jahr 1873 ist für Matejkos Biografie sehr bedeutsam. Bereits am 1. Februar wird er Mitglied der École des Beaux-Arts, sein Bruder Franciszek Matejko stirbt am 18. März in Wien¹⁵ und der Künstler erhält im April die Offerte, Direktor der Akademie der Schönen Künste in Prag zu werden. Dies lehnt er jedoch mit den Worten ab, dass er zwar herzlichste Freundschaft für Tschechien empfinde, jedoch seine Liebe Polen gelte.¹⁶ Zur selben Zeit fährt Jan Matejko in die Hauptstadt, da elf seiner Bilder für die dortige Weltausstellung ausgewählt sind, die am 1. Mai feierlich in Gegenwart von Kaiser Franz Joseph I. eröffnet wird.¹⁷

Matejko präsentiert auf der Weltausstellung in Wien vier Historiengemälde (*Predigt des Skarga*¹⁸ (Abb. 3), *Lubliner Union*¹⁹ (Abb. 4), *Stefan Batory*²⁰

15 Franciszek Matejko (1828–1873) ist nach dem frühen Tod der Mutter ein wichtiger Rückhalt für den Künstler. Als Dozent für historische Hilfswissenschaften und Mitarbeiter der Jagiellonen Bibliothek prägt der ältere Bruder das Schaffen Jan Matejkos nachhaltig, indem er ihm in seiner Jugend nicht nur Geschichten und Legenden aus der polnischen Historie erzählt, sondern auch Bücher mitbringt, deren Illustrationen Jan Matejko abzeichnet, vgl. Magdalena Czapska-Michalik, Jan Matejko (1838–1893), Warschau 2006, S.13; Marek Zgórnjak, Jan Matejko 1838–1893. Kalendarium życia i twórczości, Kraków 2004, S. 27f.

16 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 65. Der Vater des Künstlers, Franciszek Ksawery Matejko (1789–1869), stammt aus dem böhmischen Dorf Roudnice. Jan Matejko hat demnach durchaus ein persönliches Verhältnis zu Tschechien, vgl. Czapska-Michalik, Jan Matejko (wie Anm. 15), S. 11.

17 Stephanie Auer, Caterina Cornaro – „Die theuerste gemalte Königin“, in: Agnes Husslein-Arco/Alexander Klee (Hg.), Makart. Maler der Sinne. Ausstellung Belvedere, Wien 2011, S. 47.

18 Matejko stellt in seinem Gemälde den Jesuiten Piotr Skarga dar, der während einer Predigt diejenigen anprangert, die ihre eigenen Interessen über die des Vaterlandes stellen. Hierbei bezieht sich der Künstler nicht auf ein historisches Ereignis, sondern auf die Publikation des Jesuiten *Predigten für Sonntag und Feiertage für das ganze Jahr*, die 1597 herausgegeben wird. Diese enthält auch ein Kapitel über die *Liebe zum Vaterland und der ersten Krankheit des Staates, der Missgunst gegenüber dem Vaterland*, welches im 19. Jahrhundert, vor allem durch Adam Mickiewicz, als Prophezeiung für die Teilungen Polens gedeutet wird, vgl. Janusz Tazbir, Piotr Skarga, szermierz kontrreformacji, in: Elżbieta Olczak (Hg.), Polakó dzieje Malowane, Warschau 2007, S. 101.

19 Das Bild zeigt den letzten polnischen König der Jagiellonendynastie, Zygmunt II. August (1548–1572), mit Kreuz und Schwert, nach der Unterzeichnung der Unionsurkunde (1569)

(Abb. 5) ferner *Kopernikus*²¹) und sieben Portraits, darunter das seiner Frau im Hochzeitskleid sowie seiner Kinder. Abermals wird in den Rezensionen die Wiener Begeisterung für Matejkos Porträtkunst ersichtlich. So schreibt beispielsweise Carl von Lützwow in seiner Publikation über *Kunst und Kunstgewerbe auf der Wiener Weltausstellung 1873*:

„Dagegen war auf der Ausstellung eine ungewöhnliche Erscheinung vorhanden, in der sich, in Gesinnung und künstlerischer Erziehung, eine andere Nationalität mit voller Entschiedenheit ausspricht: der Pole Jan Matejko aus Krakau. Er erschien in diesen Räumen als fremdartige Natur [...], mit sechs Bildnissen und vier großen Geschichtsbildern.²² Diese beherrschten den Saal, in welchem sie hingen, vollständig, indem die deutsch-österreichischen Maler ihnen nichts an die Seite zu setzen hatten, was an Umfang und mächtiger Charakteristik auch nur entfernt heranreichte. Für meine Empfindung wirkten die Bildnisse am besten, ganz besonders das Porträt eines schwarz gekleideten Gelehrten von ausgesprochen slavischem Nationaltypus,²³ geistvoll, höchst individuell und von geschlossener malerischer Haltung.“²⁴

Hingegen kann sich von Lützwow für Matejkos Historienbilder auf der Weltausstellung weniger begeistern, die nach seiner Ansicht an das „berühmte Gemälde im Belvedere“²⁵ nicht herankommen. Insbesondere missfällt ihm *Kopernikus*²⁶, der von vielen Wiener Kritikern sehr negativ bewertet wird.

Eine andere Aburteilung von Matejkos *Kopernikus* formuliert Friedrich Pecht in seinem Buch *Kunst und Kunstindustrie auf der Wiener Weltausstellung 1873*, der es als dürres, hartes und reizloses Bild bezeichnet.²⁷ Als durchaus bedeu-

zwischen Polen und Litauen in Lubin. Der Krakauer Kastellan, Marcin Zborowski (1495–1565), der die Urkunde in seiner linken Hand hält, verweist mit seiner rechten auf das Evangelium der Auferstehung, sodass auch hier ein Rückbezug auf den Untergang Polens besteht, vgl. Agaton Giller, *Polska na wystawie Powszechniej w Wiedniu 1873r.*, Bd. 2, Lwiv 1873, S. 95.

- 20 Wie bereits in anderen Historienbildern malt Matejko hier keine historisch belegbare Szene, sondern eine Synthese des Krieges von König Stephan Báthory (1533–1586) mit Moskau. Hierfür zeigt der Künstler, wie russische Gesandte bei Pskow dem polnischen König Brot und Salz als Zeichen des Friedens darbieten, vgl. Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 115f.
- 21 Matejko visualisiert den Astronom Nikolaus Kopernikus (1473–1543), wie dieser auf der Terrasse der gotischen Kathedrale von Frombork seine heliozentrische Theorie entwickelt, vgl. Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 127.
- 22 Hier ist eine Diskrepanz zum Bericht von Agaton Giller aus dem Jahre 1873 festzustellen.
- 23 Porträt von Leonard Serafiński, 1870.
- 24 Carl von Lützwow, *Kunst und Kunstgewerbe auf der Wiener Weltausstellung 1873*, Leipzig 1875, S. 370.
- 25 von Lützwow, *Kunst und Kunstgewerbe* (wie Anm. 24), S. 370. Gemeint ist *Rejtan – Der Untergang Polens*, 1866.
- 26 von Lützwow, *Kunst und Kunstgewerbe* (wie Anm. 24), S. 370.
- 27 Friedrich Pecht, *Kunst und Kunstindustrie auf der Wiener Weltausstellung 1873*, Stuttgart 1873, S. 59.



Abb. 3: Jan Matejko, Kazanie Skargi (Predigt des Skarga), 1864, 224 x 397 cm, Königsschloss Warschau.



Abb. 4: Jan Matejko, Unia Lubelska (Lubliner Union), 1869, 298 x 512 cm Nationalmuseum Warschau (ausgestellt in Lublin).

tender sieht der Autor das Gemälde *Predigt des Skarga* an, das nach seiner Einschätzung

„eine höchst ergreifende Darstellung der Wirkung einer echten Seelenerschütterung auf vornehme, durch ihre Gaben oder ihre gesellschaftliche Stellung hervorragende Persönlichkeiten überhaupt ist [...] Man sieht so lebhaft, wie ihnen der blasse Pater ins Gewissen redet, wie ernsthaft die Einen werden, wie tief ins Herz getroffen, ja zer-



Abb. 5: Jan Matejko, Stefan Batory pod Pskowem (Stefan Batory bei Pskow), 1872, 322 x 545 cm, Königsschloss Warschau.

knirscht Andere, wie gerührt und begeistert die Edelsten, daß mans dabei unwillkürlich auch wird.“²⁸

Abermals wird in der Rezension ersichtlich, wie nachhaltig Matejkos ‚Charakterköpfe‘ auf seine Zeitgenossen wirken und wie sehr er sich von den anderen Künstlern auf der Weltausstellung abhebt. Diesbezüglich erläutert Pecht, dass Matejko hier wohl kaum diese Vormachtstellung haben würde, wenn Hans Makart (1840–1884) sein Gemälde *Venedig huldigt der Catharina Cornaro*²⁹ (Abb. 6) (1872/73) nicht im Künstlerhaus, sondern auf dem Prater ausstelle, wobei er hinzufügt, dass Matejkos Werke dennoch, „einen hohen Rang einnehmen [würden]. Würden sie es doch in der ganzen Welt!“³⁰

Pecht zeigt damit auf, dass der berühmte österreichische Maler Makart nicht auf der Weltausstellung vertreten ist, sondern sich bewusst dafür entscheidet,

28 Friedrich Pecht, Kunst und Kunstindustrie (wie Anm. 27), S. 63.

29 Makart visualisiert hier die Venezianerin Caterina Cornaro, die 1468 nach ihrer Heirat mit Jakob II. Lusigan Königin von Zypern wird (Auer, Caterina Cornaro (wie Anm. 17), S. 50). Der Künstler transferiert die historische Szene jedoch in seine Epoche. Zum einen erreicht er dies durch eine interpretative Historisierung der Renaissance, die das bürgerliche Selbstbild reflektiert (Stephanie Auer, Vorwort, in: Husslein-Arco/Klee (Hg.), Makart (wie Anm. 17), S. 9) und zum anderen erfolgt dieser Effekt durch das Kolorit und den Malstil, die an Paolo Veronese erinnern, vgl. Auer, Caterina Cornaro (wie Anm. 17), S. 51. Werner Hofmann erläutert, dass dieses Bild deswegen 1873 so populär wird, da es alle Fassetten der Weiblichkeit darstellt und so die anderen Werke „überstrahlen“ konnte, vgl. Werner Hofmann, Makart – ein Bahnbrecher?, in: Husslein-Arco/Klee (Hg.), Makart (wie Anm. 17), S. 11.

30 Pecht, Kunst und Kunstindustrie (wie Anm. 27), S. 59.



Abb. 6: Hans Makart, Venedig huldigt der Catharina Cornaro, 1873, 400 x 1060 cm, Oberes Belvedere Wien.

sein monumentales Gemälde an einem anderen Ort zu präsentieren. Zum einen macht die enorme Größe des Bildes von mehr als zehn Metern eine Ausstellung des Gemäldes in den österreichischen Sälen unmöglich, da ein angemessener Abstand zum Betrachten fehlt. Zum anderen will sich Makart gerade durch die Separierung seines Werkes von der Weltausstellung hervortun, indem sein Gemälde „zum Spitzenreiter des Ausstellungswettstreits“³¹ wird.

Durch den unterschiedlichen künstlerischen Fokus ist ein Vergleich der Werke der beiden Maler Matejko und Makart, wie Pecht ihn in seinem Buch zugunsten Makarts zieht, sehr schwierig, auch da sie zusammen mit Mihály von Munkácsy (1844–1900), die „drei großen Namen der österreichisch-ungarisch-polnischen Kunst“³² bilden. Die verschiedenen malerischen Konzepte werden in Makarts Gegenüberstellung deutlich, da der Maler mit *Venedig huldigt der Catharina Cornaro* ein harmonisches Gesamtbild im venezianischen Renaissancestil entwirft, während Matejko durch seine Porträts einen historischen Realismus kreiert. Festzuhalten ist somit, dass beide für ihre unterschiedlichen Stärken sehr geschätzt werden und in den verschiedenen Kritiken entweder Matejko oder Makart ein Vorrang bei diesem Bilderwettstreit zugesprochen wird.³³

Matejkos Werke werden zwar nicht zu solch einem kommerziellen Erfolg wie Makarts *Venedig huldigt der Catharina Cornaro*,³⁴ dafür erhält er vom österreichischen Kaiser eine besondere Anerkennung, die seinen weiteren Werdegang grundlegend verändert. Neben der Auszeichnung am 18. August auf der Weltausstellung mit einer Medaille wird der polnische Künstler am 30. August von

31 Hofmann, Makart (wie Anm. 17), in: Husslein-Arco/Klee (Hg.), Makart (wie Anm. 17), S. 11.

32 Markéta Theinhardt, „Sind sie Markartist oder Anti-Markartist?“. Hans Makart und die französischen Kritiker, in: Husslein-Arco/Klee (Hg.), Makart (wie Anm. 17), S. 136.

33 Giller, Polska (wie Anm. 19), S. 93; Pecht, Kunst und Kunstindustrie (wie Anm. 27), S. 59.

34 Auer, Caterina Cornaro (wie Anm. 17), S. 48.

Franz Josef I. „persönlich“³⁵ zum Direktor der neustrukturierten Hochschule der Schönen Künste in Krakau ernannt.³⁶ Im September erarbeitet dafür Matejko zusammen mit dem Maler Florian Stanisław Cynk (1838–1912) das neue Statut der Kunsthochschule und eröffnet sie bereits im Oktober.³⁷ Matejko löst damit seinen Lehrer Wojciech Stattler ab und wandelt die Schule für Zeichnen und Malen in eine Hochschule um. Damit ändert sich nicht nur sein Status in der k. u. k.-Monarchie, sondern auch in Krakau, wo Matejko 1875 als Zeichen der Anerkennung ein silbernes Zepter überreicht wird, welches ihn zum „Regenten der Stadt“³⁸ macht.

Besuch des Kaisers, 1880

Im Jahre 1880 gewährt Franz Josef I. dem polnischen Künstler eine weitere große Ehre, als er ihn am 2. September während seiner Galizien-Besichtigung in seinem Atelier in Krakau besucht. Die Kaiserfahrt ist in der Wiener Presse zwar umfassend besprochen, jedoch wird dieses Ereignis meist nur kurz vermerkt, so dass für eine genauere Darlegung des Treffens eine andere Quelle herangeführt werden soll. Die ausgiebigste Beschreibung der Zusammenkunft schildert der langjährige Sekretär der Hochschule für Bildende Künste in Krakau, Marian Gorzkowski (1830–1911), in seinen Erinnerungen.

Hierin überliefert Gorzkowski, dass im offiziellen Programm des Kaisers vermerkt ist, dass er das Atelier Matejkos besuchen werde. Darüber entbrennt eine große Diskussion, ob dem Kaiser das Atelier in der Hochschule der Schönen Künste oder das in seinem Privathaus gezeigt werden soll. Da Matejko zu dieser Zeit in der Kunsthochschule sein Historiengemälde *Huldigung der Preußen* (Abb. 7.) (1882) noch nicht vollendet hat und das dargestellte Thema als vermeintlich zu heikel angesehen wird, entscheidet der Künstler, den hohen Besuch zu sich nach Hause einzuladen. Um den Kaiser aber in seinem Privathaus in der Florianstrasse empfangen zu können, wird es grundlegend modifiziert. Dafür werden die Flure mit Antiquitäten bestückt und die Wände mit Gobelins verhängt. Im Salon, in dem Matejko dem Kaiser seine Werke präsentieren will,

35 Jan Gintel, Jan Matejko. Biografia w wypisach, Kraków 1966, S. 276.

36 Zgórnjak, Jan Matejko 1838–1893 (wie Anm. 15), S. 28.

37 Ebd.

38 Ralph Gleis, Phänomen Makart. Künstlerkult im 19. Jahrhundert, in: ders. (Hg.), Makart. Ein Künstler regiert die Stadt, Ausstellung Belvedere, Wien 2011, S. 29. Hierzu erläutert Ralph Gleis in seiner Analyse über Phänomen Makart. Künstlerkult im 19. Jahrhundert die Bedeutung dieses zeremoniellen Aktes: „In Zeiten politischer Ohnmacht wurde das Zepter gleichsam an die Kunst weitergereicht. Ihr fiel die Aufgabe zu, dem drohenden Identitätsverlust entgegenzuwirken und die Einheit des Volkes ohne eigenen Nationalstaat zu beschwören.“

werden ein reichverzierter Thron aufgestellt und Wandbehänge angebracht. Um 14.30 Uhr trifft der Kaiser mit seiner Delegation ein. Matejko begrüßt den Monarchen in altpolnischer Tradition mit Brot und Salz und Franz Josef I., der mit diesem Brauch vertraut ist, berührt das Arrangement mit seiner Hand, woraufhin beide in den Salon gehen. Während der genauen Begutachtung der Werke durch den Kaiser, die er sich erläutern lässt, fällt Franz Josef I. die Skizze zu *Huldigung der Preußen* ins Auge. Um nicht näher auf den Bildinhalt einzugehen, tat der Statthalter Graf Andrzej Kazimierz Potocki (1861–1908) das Bild schnell mit den Worten ab: „Das ist eine Skizze“³⁹, damit sich der Kaiser dem Bild *Zusammenkunft König Sigismund I. von Polen mit Kaiser Maximilian vor Wien*⁴⁰ (1879) zuwenden möge. Dieses Werk, das die polnisch-österreichische Vereinigung der Herrschergeschlechter der Jagiellonen und der Habsburger im 16. Jahrhundert darstellt, gefällt Franz Josef I. so gut, dass Matejko es ihm aus Dankbarkeit für seinen Besuch als Geschenk darbietet. Der österreichische Kaiser nimmt das Gemälde an und bedankt sich anschließend für die erfreuliche Zeit, die er beim Betrachten all des „Schönen“ gehabt habe.⁴¹

Gorzkowski's detaillierte Beschreibung vom Besuch des Kaisers bei Matejko belegt, dass Franz Josef I. sich dermaßen für die Gemälde des polnischen Künstlers interessiert hat, dass der Besuch im Atelier auf seiner Galizien-Reise fest eingeplant war. Ferner macht die Danksagung des Kaisers deutlich, dass er die ihm präsentierten Historienbilder als ästhetisch wertvoll und somit als „schön“ empfindet.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass selbst die scheinbar heiklen Bildthemen wie *Huldigung der Preußen* die Begeisterung des österreichischen Kaisers für Matejkos Schaffen nicht trübt, was die Ausstellung des Gemäldes 1882 in den Sälen der Gartenbau-Gesellschaft belegt. Um deutlich zu machen, warum die polnische Delegation Bedenken gehabt hat, Franz Josef I. selbst die Skizze zum Werk zu zeigen, muss zunächst verkürzt auf den Bildinhalt eingegangen werden.

39 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 212.

40 Im Gemälde wird, wie der detaillierte Titel beschreibt, die „Zusammenkunft König Sigismund I. von Polen mit Kaiser Maximilian vor Wien“ im Jahre 1515 dargelegt. Die beiden Monarchen treffen sich, um ein Bündnis der beiden Dynastien der Jagiellonen und der Habsburger durch zwei Hochzeiten zu besiegeln. (Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 170.)

41 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 210–212. Einen visuellen Impuls, wie der Besuch des Kaisers in Matejkos Atelier ausgesehen haben mag, zeigt ein Aquarell von Juliusz Kossak (1824–1899), das einen Teil des Zyklus *Inspektionsreise Kaiser Franz Josefs I. nach Galizien im September 1880* (1881) darstellt (vgl. Jacek Purchla/Wolfgang Kos (Hg.), *Mit Galicji*, Krakau 2014, S. 412), in dem die Kaiserreise nach Galizien in einem Band grafisch festgehalten wird, vgl. Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 213. Auch Matejko fertigt hierfür ein Aquarell an, worin Franz Josef I. gezeigt wird, wie dieser die Grabmäler der polnischen Könige besucht, vgl. *Österreichisch-ungarische Kunst-Chronik* 5/31 (1881), S. 3.



Abb. 7: Jan Matejko, *Hołd pruski* (Preußischer Lehnseid), 1882, 388 x 785 cm, Königsschloss Wawel, Krakau.

Huldigung der Preußen

Jan Matejko zeigt in seinem Werk *Huldigung der Preußen*, wie Albrecht von Hohenzollern (1490–1568), als erster Herzog von Preußen, am 10. April 1525 öffentlich vor den Tuchhallen in Krakau Sigismund I. von Polen (1467–1548) seinen Lehnseid schwört.⁴² Der Künstler demonstriert damit auf einer monumentalen Fläche von 388 x 785 cm, wie ein Vorfahr des deutschen Kaisers einst vor dem polnischen König gekniet hat.⁴³

Diese augenscheinliche Mahnung *Huldigung der Preußen* an das 1871 neugegründete deutsche Kaiserreich wird in der Hauptstadt,⁴⁴ trotz aller Befürchtungen Matejkos, zu einem enormen Erfolg. Die Wiener Presse sieht zwar, dass es

42 Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 182.

43 Das Historiengemälde, welches offenkundig die Bedeutung Polens zu Zeiten der Jagiellonen-Dynastie zelebriert, verweist aber auch auf die Teilungen Polens. Hierfür fügt der Künstler unterhalb des Thrones den polnischen ‚Morosophus Stańczyk‘ ein, einer bis heute effektivsten polnischen Erinnerungsorte (vgl. Katharina Mann, *Polonia. Eine Nationalallegorie als Erinnerungsort in der polnischen Malerei des 19. Jahrhunderts*, Köln 2013, S. 239), der in diesem Bild über die zukünftigen Konsequenzen dieses historischen Ereignisses nachdenkt. Dabei ist, neben dem Thema, das Kolorit im venezianischen Renaissancestil zu erwähnen, welches nicht nur an Paolo Veronese, sondern gleichzeitig an Makarts Erfolgsbild *Venedig huldigt der Catharina Cornaro* erinnert.

44 Dass die polnischen Rezipienten, wie auch Matejko selbst, das Gemälde *Huldigung der Preußen* durchaus als Provokation verstehen, zeigt bereits die Reaktion Potockis während des kaiserlichen Besuchs 1880.

sich hierbei um eine Weiterführung des Themas aus der *Schlacht von Grunwald*⁴⁵ (Abb. 8) (1878) handelt, betont aber neben dem Thema ausdrücklich das künstlerische Können Matejkos in Bezug auf Komposition und Farbe.⁴⁶ Somit wird der polnische Künstler erstmalig nicht nur als herausragender Porträtist charakterisiert, sondern auch die Ausgewogenheit dieses Werkes hervorgehoben.



Abb. 8: Jan Matejko, Bitwa pod Grunwaldem (Schlacht von Grunwald), 1878, 426 x 987 cm, Nationalmuseum Warschau.

Auch Franz Josef I. kündigt an, das Bild am 13. Oktober im Saal der Gartenbau-Gesellschaft betrachten zu wollen. Damit dem österreichischen Kaiser der Bildinhalt bei der Besichtigung dargelegt werden kann, ist Matejko darüber informiert worden, an diesem Tag zugegen zu sein. Da jedoch der Künstler erkrankt ist, fährt Marian Gorzkowski nach Wien und übernimmt diese Aufgabe.⁴⁷

Die Wiener Zeitungen beschreiben das Ereignis sehr ausführlich. So berichtet etwa *Die Neue Freie Presse* im Abendblatt, dass Franz Josef I. sich nach Matejko erkundigt hat und nachdem ihm Gorzkowski mitteilt, dass er krank in Krakau sei,

„erwiderte der Kaiser: ‚Das thut mir leid. Sagen Sie ihm Meine Grüße und daß Ich gehofft habe, ihm hier persönlich zu danken für das großmüthige Geschenk, das er dem Lande Galizien gemacht.‘ Der Kaiser betrachtete hierauf lange und eingehend das Bild, wobei Herr Morzkowski in französischer Sprache die Motive und Gestalten des Werkes erläuterte. Wiederholt rief der Kaiser ‚Magnifique! Superbe! Das ist das schönste Bild,

45 In diesem Werk zeigt Matejko die Schlacht von Grunwald (beziehungsweise Tannenberg) von 1410 und hält hier den Triumph des polnisch-litauischen Heeres gegen den Deutschen Ritterorden auf einer riesigen Leinwand von 423 x 987 cm fest, vgl. Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 151.

46 Allgemeine Kunst-Chronik 6/42 (1882), S. 1.

47 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 233.

das der Meister gemalt!‘ Auf die Frage des Monarchen, ob in der königlichen Burg Wawel Platz sei, um das Riesengemälde unterzubringen, erteilte der Secretär die Auskunft, daß für die Placierung des Bildes Umarbeiten in der Burg vorgenommen werden müssen.⁴⁸ Nach Besichtigung des Gemäldes wendete sich der Kaiser mit den Worten an Herrn Morzkowski: ‚Ich bin entzückt von dem großen Werke, überbringen Sie dem Künstler Meinen Dank für das Geschenk an das Land.‘ Hierauf verließ der Monarch die Blumensäule und fuhr nach der Hofburg.⁴⁹

Dieser Bericht soll beispielhaft angeführt werden, da andere Zeitungen ähnlich berichten, was auch für den Namensfehler, Morzkowski anstatt Gorzkowski, gilt. In diesem Artikel wird aber anhand der hier dargelegten wörtlichen Zitate von Franz Josef I. besonders deutlich, wie sehr der österreichische Kaiser sich für das Gemälde begeistert, es sogar als das beste Werk Matejkos ansieht und darüber hinaus auch seine persönliche Sympathie für den polnischen Künstler anklingen lässt. Diese Verbundenheit des österreichischen Kaisers mit Matejko kann auch bei anderen Gelegenheiten beobachtet werden, so dass diese zum Abschluss dargelegt werden sollen.

Sobieski bei Wien

Jan Matejko vollendet sein Gemälde *Sobieski bei Wien*⁵⁰ (Abb. 9) am 22. August 1883 und unterzeichnet es mit dem Beiwort „Polonus“, um seine polnische Herkunft zu betonen.⁵¹ Dieser Verweis ist für den Künstler hier überaus wichtig, da Matejko beschloss, das Werk Papst Leo XIII. (1810–1903) als Geschenk nach Rom zu senden. Davor jedoch wird es zunächst in den Tuchhallen in Krakau und anschließend in Wien ausgestellt.

Gorzkowski erläutert in seinen Erinnerungen, dass es Matejko sehr wichtig gewesen sei, dass das Bild in Wien ausgestellt wird, damit sich „die Deutschen“, wie er sie nennt, daran erinnern, wieviel sie Polen verdanken. Dennoch ist er sich nicht sicher, ob die Wiener das Gemälde aufgrund der Kennzeichnung des polnischen Königs als eigentlichem Sieger über die Osmanen in der Schlacht bei

48 Gorzkowski erläutert in seinen Erinnerungen, dass Matejko die *Huldigung der Preußen* Galizien schenkt, um die Restaurierung auf dem Wawel voranzutreiben, die noch während der Kaiserreise im Jahre 1880 versprochen gewesen ist, vgl. Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 231.

49 Neue Freie Presse 6514 (14. 10. 1882), S. 1.

50 Das Gemälde zeigt den polnischen König Jan III Sobieski (1629–1696) als siegreichen Heerführer mit seiner Hussaria, wie er nach dem Sieg im September 1683 über die Osmanen bei Wien Jan Kazimierz Denhoff, (1649–1679) einen Brief an Papst Innozenz XI. (1611–1689) überreicht, der ihn über den Triumph informieren soll, vgl. Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 218.

51 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 256.



Abb. 9: Jan Matejko, Jan III Sobieski wręcza kanonikowi Denhoffowi list do papieża z wiadomością o zwycięstwie nad Turkami pod Wiedniem w r. 1683 (Jan III Sobieski überreicht Denhoff einen Brief an den Papst) (Skizze), 1880, 58 x 100 cm, Dom Jana Matejki w Krakowie, Foto: Karol Kowalik.

Wien, überhaupt würden anschauen wollen. Daher beschließt der Künstler, das Werk unentgeltlich zu präsentieren und mietet zu diesem Zweck den Ausstellungssaal an. Nachdem in der Wiener Presse angekündigt worden ist, dass die Besichtigung des Gemäldes kostenlos sei, ist der Ansturm überwältigend.⁵²

Der Kaiser besucht gleichfalls die Ausstellung, wobei er abermals von Matejkos Sekretär empfangen wird. Gorzkowski schreibt, dass Franz Josef I. von *Sobieski bei Wien* sehr angetan gewesen sei und es mehrfach gelobt habe. Während der Ausführungen zum Werk unterbricht der Kaiser den Sekretär, um zu erfahren, wieso Matejko das Gemälde dem Papst schenken wolle. Gorzkowski, der nach eigenen Angaben nicht auf solch eine Frage vorbereitet ist, antwortet dem Kaiser, dass Matejkos Frau verrückt geworden sei und in einem Krakauer Hospital liege.⁵³ Der Künstler bitte mit diesem Geschenk so Gott um Erbarmen. Der Sekretär erläutert weiter, dass der Kaiser daraufhin sehr einfühlsam reagiert habe und ihn anwies, Matejko sehr freundlich von ihm zu grüßen.⁵⁴

52 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 257f.

53 Obwohl Teodora Matejko seit Februar des Jahres tatsächlich in einen Krakauer Hospital in psychologischer Behandlung ist (vgl. Zgórnjak, Jan Matejko 1838–1893 (wie Anm. 15), S. 37), muss angenommen werden, dass Gorzkowski dieses Thema als Ablenkung von den eigentlichen Beweggründen des Künstlers anführt.

54 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 259f.

Auch diese von Gorzkowski niedergeschriebene Anekdote macht deutlich, dass der österreichische Kaiser nicht nur Matejkos künstlerische Fähigkeiten sehr schätzt, sondern dem Künstler als Person Mitgefühl entgegenbringt.

Besuch beim Kaiser, 1888

Die letzte Begegnung von Franz Josef I. und Jan Matejko erfolgt am 4. Juni 1888. Matejko ist aus zweierlei Gründen in Wien. Zum einen wegen der kaiserlichen Jubiläumsausstellung, auf der er mit zwei Werken (*Porträt der Tochter des Künstlers, Helena, mit Sperber* und *Das Lied*) vertreten ist,⁵⁵ und zum anderen, um sich persönlich beim österreichischen Kaiser zu bedanken, dass er ihm ein Jahr zuvor das Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft verliehen hat.⁵⁶ Der Orden *Litteris et artibus* wird am 18. August 1887 von Franz Josef I. offiziell angekündigt und dient als „Anerkennung hervorragender Verdienste auf den Gebieten der Wissenschaft und der Kunst“.⁵⁷ Jan Matejko ist damit einer der ersten von 14 Personen, dem diese Ehre zuteilwird.

Gorzkowski begleitet den Künstler zur Audienz in die Hofburg, so dass auch hier seine Erinnerungen bei diesem Treffen als Quelle angeführt werden. Der Sekretär beschreibt, wie beide ab 10 Uhr morgens zusammen mit Botschaftern, Ministern und Generälen darauf warten, von Franz Josef I. empfangen zu werden. Die Atmosphäre ist sehr angespannt und der polnische Künstler wird immer blasser. Da sich Gorzkowski über Matejkos Gesundheitszustand Sorgen macht, beschließt er, den kaiserlichen Adjutanten anzusprechen. Als dieser vom Sekretär die Bestätigung erhält, dass Matejko persönlich anwesend sei, verspricht er, dass sie sogleich vorgelassen werden. Der polnische Künstler ist über so viel Zuvorkommenheit dermaßen ergriffen, dass er darüber noch bleicher wird. Kurze Zeit später weist ihnen der Adjutant mit einer Handgeste die Tür, die zum Kabinett des Kaisers führt. Der Sekretär erläutert, dass er zuvor beobachtet hat, dass jeder, der zum Kaiser will, diese Tür selbst öffnen muss, sodass er sie für Matejko aufmacht und hinter ihnen beiden wieder schließt. Als sie den Raum betreten, sitzt Franz Josef I. an seinem Schreibtisch über einige Papiere gebeugt. Diese legt er jedoch sofort zur Seite, als er den polnischen Künstler erblickt, und formuliert seine Freude darüber, dass er Matejko in Wien sieht, woraufhin der Künstler sich tief verbeugt. Matejko verweist mit seiner Hand auf Gorzkowski,

55 Neben dem allegorischen Bild *Das Lied* und dem Porträt seiner Tochter, das Matejko selbst als sein bestes Werk ansieht, soll auch noch sein Historien Gemälde *Kościuszko bei Racławice* ausgestellt werden, jedoch schafft es der Künstler nicht, es bis dato zu vollenden, vgl. Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 344–348.

56 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 351.

57 Allgemeine Kunst-Chronik 11/35 (1887), S. 1.

der, wie abgesprochen, die Dankbarkeit des Künstlers über diese Ehrung auf Französisch zum Ausdruck bringt. Der Kaiser erkundigt sich erneut über Matejkos Befinden und als ihm der Sekretär antwortet, dass er sehr leide, soll Franz Josef I. gesagt haben: „Der Herr Gott gibt’s, es wird ihm besser gehen.“⁵⁸ Zum Abschluss äußert der Kaiser, dass er sich darüber freue, mit dem Orden Matejko eine Freude gemacht zu haben, und damit ist die Audienz beendet. Beide treffen sich zeitlebens nicht mehr.

Matejko stirbt am 1. November 1893. Viele Wiener Zeitungen berichten darüber. Exemplarisch soll hier die *Neue Freie Presse* verkürzt zitiert werden:

„Mit Matejko verliert die Gegenwart einen der bedeutendsten Geschichtsmaler; ein glühender Patriot, kannte er die Geschichte seines Vaterlandes wie Wenige und hat wichtige Geschehnisse aus derselben mit ergreifender Wahrheit und augenerfreuender Farbenpracht dargestellt. Er war einer der prägnantesten Charakteristiker aller Zeiten“.⁵⁹

Matejkos ‚glühender‘ Patriotismus zeigt sich dabei vor allem in ‚antiimperialistischen‘ Gemälden, worin der Künstler die k. u. k.-Monarchie zwar nicht öffentlich brüskiert, aber die historische Gleichwertigkeit zwischen Österreich und Polen betont. Folglich dienen ihm die Ausstellungen in Wien dazu, neben der Darlegung seines Könnens auch Polens Bedeutung für die Geschichte Europas hervorzuheben, was insbesondere die Präsentation seines Gemäldes *Sobieski bei Wien* in der Hauptstadt deutlich macht. Matejkos Unsicherheit darüber, ob das Gemälde hier akzeptiert wird, belegt, dass der Künstler sich der Kontroversen bewusst ist, die sein Bild hervorrufen kann. Dennoch ist es Matejko wichtig, die Wiener mit seinem monumentalen Werk daran zu erinnern, welche Nation ihnen in Zeiten der Not beistand.

Im Gegenzug zeigt auch Matejko, obwohl er sich als Verfechter des Polentums versteht, seine persönliche Verbundenheit zu Franz Josef I., was sein Verhalten während der Begegnungen mit dem österreichischen Kaiser belegt. Ähnliches lässt sich auch für die Bewohner der Hauptstadt erkennen, wo er beispielsweise eine kleine Version seines Gemäldes *Sobieski bei Wien* „der Stadt Wien gespendet [hat], mit der Bestimmung, dass der hierfür erzielte Kaufpreis den hinterbliebenen Waisen der Opfer des Ringtheater-Brandes zu widmen ist.“⁶⁰ Der Künstler reflektiert damit die Zuneigung, die ihm und seiner Kunst hier entgegengebracht wird. Gorzkowski betont in seinen Erinnerungen, wie gerührt Matejko über den Respekt gewesen ist,⁶¹ der ihn in Wien überwältigt und den er manchmal in Galizien vermisst.

58 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 354.

59 Neue Freie Presse 10488 (02. 11. 1893), S. 1.

60 Allgemeine Kunst-Chronik 6 (1888), Nr. 13, S. 21.

61 Gorzkowski, Jan Matejko (wie Anm. 9), S. 353.

Obwohl eine eindeutige Ehrerbietung für das künstlerische Schaffen des polnischen Historienmalers bis zu seinem Tode sowohl beim österreichischen Kaiser wie auch in der Wiener Kunstgesellschaft belegt werden kann, muss festgehalten werden, dass Jan Matejko heutzutage in der öffentlichen Wahrnehmung der österreichischen Hauptstadt keine Bedeutung mehr hat. Er bleibt damit ein polnischer Erinnerungsort,⁶² der außerhalb Polens in Vergessenheit geraten ist.

Anhang: Ausstellungen in Wien⁶³

Jahr	Ausstellung	Werke
1867	Kunstverein	<i>Alchemist Sędziwój</i> [1867] (Mai) ⁶⁴ , <i>Ladislaus der Weiße in Dijon</i> [1867] (September) ⁶⁵ , <i>Stańczyk</i> [1862] (Oktober) ⁶⁶
1868	Kunstverein ⁶⁷	<i>Rejtan – Der Untergang Polens</i> [1866]
1869	Künstlerhaus [Ausstellung des Monumentalgemäldes] ⁶⁸	<i>Lubliner Union</i> [1869]
1870	Künstlerhaus	<i>König Sigismund August und Barbara Radziwill</i> [1867] (Januar) ⁶⁹ <i>Porträt der drei Kinder des Künstlers</i> [1870]
1871	Künstlerhaus ⁷⁰ [III. Internationale Kunstaustellung]	<i>Porträt</i> [leidend]?
1872	Kunstverein	<i>Stefan Batory</i> [1872]

62 Mann, *Polonia* (wie Anm. 43), S. 206.

63 Angaben: Sroczyńska (Hg.), *Matejko* (wie Anm. 5). Ergänzung gekennzeichnet.

64 Richard Delphin, *Österreichischer Kunstverein*, in: *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* 132 (1867), S. 2.

65 Richard Delphin, in: *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* 236 (1867), S. 2.

66 Richard Delphin, in: *Zwischen-Akt. Organ für Theater, Kunst und Musik* 277 (1867), S. 3.

67 Delphin, *Matejko's Reichstag* (wie Anm. 12), S. 3.

68 <http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>.

69 *Blätter für Theater, Musik und Kunst* 5 (1870), S. 1.

70 *Blätter für Theater, Musik und Kunst* 43 (1871), S. 1.

(Fortsetzung)

1873	Kunst Hof [Weltausstellung]	<i>Predigt des Skarga</i> [1864], <i>Porträt des Fräulein Zakaszewska</i> [1868], <i>Lubliner Union</i> [1869], <i>Porträt der drei Kinder des Künstlers</i> [1870], <i>Porträt von Leonard Serafiński</i> [1870], <i>Porträt von Antoni Serafiński</i> [1870], <i>Porträt von Maria Pusłowska</i> [1871], <i>Porträt von Zofia Cielecka</i> [1871], <i>Stefan Batory</i> [1872], <i>Kopernikus</i> [1873], <i>Porträt der Ehefrau des Künstlers im Hochzeitskleid</i> ⁷¹ [1865/1879] ⁷²
1875	Kunstverein	<i>Aufhängung der Sigismund-Glocke</i> [1874], <i>Iwan der Schreckliche</i> [1875], <i>Ermordung Primislaus II.</i> [1875]
1877	Künstlerhaus [VIII. große Jahres-Ausstellung in Wien] ⁷³	<i>Porträt von Waclaw Wiczek</i> [1876]
1878	Künstlerhaus [Exposition universelle de Paris 1878] ⁷⁴	<i>Lubliner Union</i> [1869], <i>Aufhängung der Sigismund-Glocke</i> [1874], <i>Porträt Waclaw Wiczek</i> [1876] [?]
1878–79	Künstlerhaus [Jan Matejko's historisches Gemälde: Die Schlacht bei Grunwald] ⁷⁵	<i>Schlacht bei Grunwald</i> [1878]
1880	Kunstverein	<i>Zusammenkunft König Sigismund I. von Polen mit Kaiser Maximilian vor Wien</i> [1879]
1880	Künstlerhaus ⁷⁶	<i>Öffentliche Vereinbarung Bolesław III. Schiefmunds mit Zbigniew</i> [1880]
1881–1882	Künstlerhaus ⁷⁷	<i>Skizze zu Jan Sobieski bei Wien</i> [1881?]

71 Giller, Polska (wie Anm. 19), S. 102.

72 Das Porträt im Hochzeitskleid von 1865 wird von Teodora Matejko zerstört. Der Künstler fertigt daraufhin eine Replik an (Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 164).

73 <http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>.74 <http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>.75 <http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>.

76 Österreichisch-ungarische Kunst-Chronik 4/1 (1880), S. 4.

77 Allgemeine Kunst-Chronik 6/4 (1882), S. 9.

(Fortsetzung)

1882	Auktion Gartenbau-Gesellschaft ⁷⁸	<i>Jan Sobieski bei Wien</i> [Die Schlacht am Kahlenberge, sig. Jan Matejko 1881. Holz. H. 59 cm, B. 104 cm] ⁷⁹
1882–83	Gartenbau-Gesellschaft	Huldigung der Preußen [1882]
1883	Gartenbau-Gesellschaft	Jan Sobieski bei Wien [1883] ⁸⁰
1883	Historische Ausstellung	Predigt des Skarga [1864], Wernyhora [1883–1884] ⁸¹
1887	Kunstverein	Wernyhora [1883–1884], Jungfrau von Orléans [1886]
1888	Künstlerhaus [Internationale Jubiläums-Kunst-Ausstellung im Künstlerhause] ⁸²	Porträt der Tochter des Künstlers, Helena, mit Sperber [1882–1883] Das Lied [1886] ⁸³
1888–89	Künstlerhaus	Kościuszko bei Raławice [1885] ⁸⁴
1890	Künstlerhaus	Bilderzyklus von 12 Arbeiten: Geschichte zur Zivilisation Polens [1888–1889]
1892	Künstlerhaus ⁸⁵	Bilderzyklus von 12 Arbeiten: Geschichte zur Zivilisation Polens [1888–1889]
1896	Künstlerhaus	Stańczyk [1862]
1898	Künstlerhaus [Jubiläumsausstellung]	Stańczyk [1862], Rejtan – Der Untergang Polens [1866], Huldigung der Preußen [1882], Selbstbildnis II [1892]

78 Ebd., Nr. 13 (1. April 1882), S. 5.

79 Ebd.

80 Patrice Dabrowski, *Commemorations and the Shaping of Modern Poland*, Bloomington 2004, S. 59.

81 Das Gemälde wurde beschädigt und musste restauriert werden, danach signierte es der Künstler mit: „JM rp 1884“ (Sroczyńska (Hg.), Matejko (wie Anm. 5), S. 199f.).

82 <http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>.

83 Allgemeine Kunst-Chronik 12 (1888), Nr. 11, S. 6.

84 Allgemeine Kunst-Chronik 12/47 (1888), S. 1.

85 Allgemeine Kunst-Chronik 16/26 (1892), S. 2.

(Fortsetzung)

1915	Kunstverein [Polnische Kunstausstellung. Zugunsten der polnischen Legionäre] ⁸⁶	Porträt des Malers Józef Stockis [ca. 1860], Das Jahr 1863 – Polonia [1864], Schlacht bei Warna [1879], Königin der polnischen Krone [1887–1888], Die Vermählung Kasimir IV. Jagiełło mit Elisabeth von Habsburg [1890], Selbstbildnis I [1892]
------	---	---

86 URL: <<http://www.wladimir-aichelburg.at/kuenstlerhaus/ausstellungen/verzeichnis/>> (zuletzt abgerufen am 26.01.2018).

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Herausfordernde Musiker/-innenorganisation. Der *Oesterreichisch-Ungarische Musiker-Verband* im imperialen Kontext

Auf der Suche nach Hinweisen auf internationale Engagements österreichischer Musiker und Musikerinnen unmittelbar nach der Auflösung der Habsburgermonarchie stieß ich in der *Oesterreichischen Musiker-Zeitung* von 1920 zufällig auf eine mehrteilige autobiographische Lebensbeschreibung von Franz Frank.¹ Frank war Musiker, aber er war auch langjähriger Präsident des *Oesterreichisch-Ungarischen*, und später des *Oesterreichischen Musikerverbandes* (die Wandlung der Namensgebung wird später noch eine Rolle spielen). Neben einer Beschreibung seiner eigenen Lebens- und Arbeitsstationen als Musiker, die bis ins Jahr 1870 zurückreichten, lieferte Frank vor allem pointierte Schilderungen des österreichisch-ungarischen Musikbetriebs, an der eine von sozialpolitischer Agitation geprägte Verbandstätigkeit sichtbar wird. Die Geschichte dieses Musikerverbandes ist bis heute nicht einmal ansatzweise geschrieben,² doch schienen mir alleine schon die Eckpunkte in Franks Erinnerungen für eine nähere Beschäftigung mit dem Verband überaus attraktiv und interessant, sodass ich mich ausführlich mit seiner Geschichte zu beschäftigen begann.³ Meine

1 *Oesterreichische Musiker-Zeitung* [in weiterer Folge *OeMZ*] XXVIII/3 (06.03.1920), S. 21–22; XXVIII/4 (03.04.1920), S. 30–33; XXVIII/5 (08.05.1920), S. 44; XXVIII/6 (05.06.1920), S. 53–54; XXVIII/7 (10.07.1920), S. 64–65.

2 Historische Darstellungen von verbands- und gewerkschaftsartigen Zusammenschlüssen von Musikern und Musikerinnen sind überhaupt rar. Eine verhältnismäßig ambitionierte Forschung existiert immerhin für Großbritannien und die USA. Jungens Datums ist etwa eine umfassende Geschichte der britischen *Musicians' Unions*, die aus einem mehrjährigen Forschungsprojekt zum Thema erwuchs: John Williamson/Martin Cloonan, *Players' Work Time. A history of the British Musicians' Union, 1893–2013*, Manchester 2016. Dort findet sich auch ein Überblick über die (englischsprachige) Forschungsliteratur (S. 8). Für die Entwicklung von Musikerverbänden in den USA vgl. außerdem John Spitzer, *American Orchestras and their Unions in the Nineteenth Century*, in: John Spitzer (ed.), *American Orchestras in the Nineteenth Century*, Chicago 2012, S. 78–102. Für Deutschland kann verwiesen werden auf Martin Rempe, *Kunst, Spiel, Arbeit. Musikerleben in Deutschland, 1850 bis 1960* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 234), Göttingen 2019.

3 Historiographisch betrachtet erfüllt Franz Frank für mein Forschungsprojekt eine wichtige heuristische Funktion, ähnlich jener, wie sie etwa Ulrike von Hirschhausen für imperiale

Forschungsarbeit dazu ist zurzeit noch im Gange. Im Rahmen meines Habilitationsprojekts bin ich dabei, die Entwicklung und Konsolidierung der Musiker/-innenbewegung in der späten Habsburgermonarchie zu einer umfangreichen und breit kontextualisierten Darstellung zu bringen.⁴ Diese Thematik unter dem Gesichtspunkt ‚imperialer Herausforderungen‘ zu behandeln, wie es der vorliegende Band einfordert, vermochte meinem Forschungsprojekt dabei wichtige Impulse zu liefern.⁵ Und zwar umso mehr, als sich das Leitmotiv der ‚imperialen Herausforderungen‘ für eine Analyse der Musiker/-innenorganisation gleich in zwei Richtungen spielen lässt: Zum einen waren es die imperialen Strukturen, die sich auf die Konstituierung des *Musikerverbandes* herausfordernd auswirkten, andererseits aber forderte der Verband durch seine agitatorische Praxis seinerseits Strukturen und Institutionen des Imperiums nachhaltig und dauerhaft heraus.

Prozessieren für einen Verband: Herausforderungen der 1870er-Jahre

Ein früher Versuch, österreichische Musiker verbandsmäßig zu organisieren (die maskuline Form ist vorerst angebracht, doch das wird sich bald ändern), lässt sich auf eine Initiative von Josef Scheu zurückführen.⁶ Scheu initiierte die Gründung des *Wiener Musikerbunds*, dessen konstituierende Versammlung auf März 1872 datiert, zu welcher der Zutritt ausdrücklich „jedem Musiker“ offen stand.⁷ Ziel des *Musikerbundes* war „die Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen der Musiker Wiens“,⁸ wobei „Contractfragen“ und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei musikalischen Engagements im Vordergrund standen.⁹ Die Wiener Musiker waren von dieser Aufforderung zum Arbeitskampf offensichtlich angetan: schon wenige Monate nach seiner Grün-

Akteure und Akteurinnen beschreibt, vgl. dies., Diskussionsforum. A New Imperial History? Programm, Potenzial, Perspektiven, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), S. 718–757, hier S. 734–737.

4 Der Titel meines noch bis Frühjahr 2020 laufenden Forschungsprojekts lautet: „Formen der Institutionalisierung musikalischer Arbeit in der späten Habsburgermonarchie. Musiker/-innen-Verbände als vergessene Akteure im Konkurrenz- und Kooperationsgeflecht des österreichisch-ungarischen Musikbetriebs (1870–1914) und ihre Bedeutung für eine aktuelle Musikhistoriographie“.

5 An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei den Herausgebern für ihre Arbeit am Sammelband sowie für die Organisation der diesem vorausgegangenen Konferenz.

6 Vgl. Herbert Steiner, *Die Gebrüder Scheu. Eine Biographie*, Wien 1968, S. 8.

7 *Fremden-Blatt* XXVI/83 (24.03.1872), S. 5.

8 *Musikalisches Wochenblatt* III/15 (05.04.1872), S. 238.

9 *Blätter für Musik, Theater und Kunst* XVIII/35 (30.04.1872), S. 140.

dung zählte der *Musikerbund* um die 500 Mitglieder.¹⁰ Noch im selben Jahr folgte die Gründung einer „Musiker-Kranken-Unterstützungskasse“.¹¹ Finanziert wurde sie nicht nur durch die Einnahmen eines eigens dafür veranstalteten „Monstre-Concerts“, sondern durch großzügige Spenden des Großbürgertums, sowie einiger Mitglieder der Kaiserfamilie.¹² Dies hielt den Gründer des *Musikerbundes* aber keineswegs davon ab, eine der wichtigsten kulturellen Repräsentationsinstitutionen der Monarchie massiv zu kritisieren. In einer Monatsversammlung vom Dezember 1872 griffen Scheu und seine Verbündeten, unter „lebhaft[e] und anhaltende[m] Beifall“, einerseits die Leitung des Hofburgtheaters (wo dieser seit 1865 eine Stelle als Hornist innehatte)¹³, andererseits aber auch die Generalintendanz an, wobei der Protest der schlechten Bezahlung der Mitglieder des Burgtheater-Orchesters galt.

Interessant ist hier vor allem die Kritik an der Generalintendanz – als einer hohen Position in der Hofverwaltung, die 1867 geschaffen wurde und ein Bindeglied zwischen dem Obersthofmeisteramt und der Theaterdirektion darstellte.¹⁴ Ihr warf Scheu unwürdiges Verhalten gegenüber den Orchestermitgliedern eines „vom Staate subventionirten Hoftheaters“ vor. Eine behördliche Intervention gegen die Versammlung ließ nicht lange auf sich warten: Ein dort anwesender Regierungsvertreter habe den Vorsitzenden des Musikerbundes daran gehindert,¹⁵ eine Resolution gegen diese Missstände zur Abstimmung zu bringen – die Berichterstattung in der *Deutschen Zeitung* trug den klingenden Titel *Der ‚Wiener Musikerbund‘ und die unmusikalische Polizei*.¹⁶ Kurze Zeit später doppelte die *Neue Freie Presse* nach, indem sie die Resolution trotz des

10 Fremden-Blatt XXVI/235 (27.08.1872), S. 6.

11 Wiener Zeitung 276 (01.12.1872), S. 2059.

12 Fremden-Blatt XXVI/331 (01.12.1872), S. 5.

13 Steiner, Die Gebrüder Scheu (wie Anm. 4), S. 5.

14 Aufgabe der Generalintendanz war die Oberleitung in artistischer, ökonomischer und administrativer Hinsicht, was die Kompetenzen des Theaterdirektors, der ihr zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet war, beträchtlich einschränkten. Vgl. Elisabeth Großegger, Kulturpolitik und Theater in der Reichshauptstadt Wien. Die frühe und die verspätete kulturpolitische Mission des k. k. Hofburg- und Nationaltheaters, in: Philipp Ther (Hg.), Kulturpolitik und Theater. Die kontinentalen Imperien in Europa im Vergleich, Wien 2012, S. 55–74, hier S. 69. Für einen Überblick über die Positionen der Hofverwaltung für den Theaterbereich Österreich-Ungarns vgl. auch Fritz Trümpi, Die Oberste Hoftheaterleitung in der Monarchie: Personen und Funktionen, in: Eine politische Geschichte der Oper in Wien 1869 bis 1955. Texte und Materialien mit Ergebnissen des vom FWF – Der Wissenschaftsfonds geförderten Projekts P 25107-G21, Wien 2016 (unveröffentlicht), S. 462–467.

15 Gem. § 18 des Vereinsrechts von 1867 stand es der Behörde „frei, zu jeder Vereinsversammlung einen Abgeordneten zu entsenden“. Wieweit dieses in den 1870er-Jahren allgemein praktiziert wurde oder aber bloß bei unter Verdacht stehenden Vereinen, ist noch zu prüfen; sollte letzteres der Fall sein, wäre dies ein weiteres Indiz für die behördliche Wahrnehmung des Musikerbundes als politisch herausfordernde Vereinigung.

16 Deutsche Zeitung 352 (22.12.1872), S. 6.

Verbots veröffentlichte und auf die Schärfe von Scheus Worten „gegen die Vorstände des ersten Kunst-Institutes“ hinwies und dabei feststellte, der Verein scheine es in dieser „Affaire“ „auf das ‚Biegen oder Brechen‘“ ankommen zu lassen.¹⁷ Diese Einschätzung war nicht übertrieben. Kurze Zeit später verfügte die niederösterreichische Statthalterei die Auflösung des Vereins *Wiener Musikerbund*, offiziell „wegen Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises und Beschränkung der persönlichen Freiheit seiner Mitglieder (Uebertretung des Koalitionsgesetzes)“¹⁸, inoffiziell hingegen, so zumindest die Darstellung Herbert Steiners in seiner Biographie der Gebrüder Scheu, aus Furcht vor einem Musikerstreik im Weltausstellungsjahr 1873.¹⁹ Den Vorstoß zu einer neuen Vereinsgründung noch während des Rekurses des *Musikerbundes* beim k. k. Ministerium des Innern gegen den Auflösungsbescheid fasste die Statthalterei zwar als „Reaktivierung des aufgelösten Vereines“ auf und untersagte sie deshalb kurzerhand.²⁰ Die Musikerorganisation vermochte den Druck auf die Behörden durch solche Initiativen aber aufrechtzuerhalten, auch während der Gerichtsprozesse des *Musikerbundes*.²¹ Und einer anhaltenden medialen Berichterstattung konnte sich dieser ebenfalls gewiss sein – sie zeigte sich mit den Anliegen der Musikerorganisation größtenteils solidarisch.²²

Die Behörden begründeten die Auflösung des Vereins offiziell in zwei Punkten. Zum oben bereits zitierten kam hinzu, dass „die in der Monatsversammlung vom 20. December d. J. beantragte [...] Resolution über das Vorgehen der Hoftheater-Intendanz gegenüber den Musikern als Anmaßung einer Autorität über den Wirkungskreis dieser Hofbehörde“ zu betrachten sei.²³ In der Replik des Vereinsanwalts kam eine diametral entgegengesetzte Rechtsauffassung zur Geltung, indem dieser betonte, die Hoftheater-Intendanz sei „lediglich eine Hofbehörde“, jedoch keine „Staatsbehörde“, weshalb der Vorwurf der Anmaßung nichtig sei.²⁴ Dieser modernen Rechtsauffassung stand ein Rechtsvertreter der Behörde gegenüber, der dafür plädierte, für eine Beurteilung dieses

17 Neue Freie Presse 3005 (04.01.1873), S. 7. Scheu sandte als Obmann des „Wiener Musikerbundes“ daraufhin ein Korrigendum an die Redaktion, in dem er klarstellte, dass eine Resolution eben gerade nicht verabschiedet worden sei, vgl. Neue Freie Presse 3008 (08.01.1873), S. 5.

18 Vgl. Fremden-Blatt XXVII/122 (04.05.1873), S. 5. Das Vereinsvermögen in der Höhe von 3000 Gulden wurde dabei beschlagnahmt.

19 Steiner, Die Gebrüder Scheu (wie Anm. 4), S. 8.

20 Neue Freie Presse 3129 (10.05.1873), S. 7; Fremden-Blatt XXVII/177 (29.06.1873), S. 5.

21 Das Innenministerium lehnte den Rekurs ab, was den Musikerbund veranlasste, an das Reichsgericht weiterzuziehen.

22 So titelte etwa das Illustrierte Wiener Extrablatt II/223 (14.08.1873), S. 3: „Ein musikalischer Verein, der nicht ‚nachgibt‘“.

23 Deutsche Zeitung 654 (25.10.1873), S. 6.

24 Deutsche Zeitung 654 (25.10.1873), S. 6.

Falles statt des Vereinsgesetzes von 1867 jenes von 1852 anzuwenden.²⁵ Alleine schon die Diskrepanz dieser beiden Positionen repräsentiert ein sich gegenseitig herausforderndes Verhältnis zwischen einer hartnäckigen Musikerorganisation auf der einen und einer kontrollfixierten Behörde auf der anderen Seite.

Es ist davon auszugehen, dass die Behörden den *Musikerbund* alleine schon aufgrund von dessen Leitung als politische Gruppierung wahrnahmen: Josef Scheu, ein Bruder des radikalen Sozialisten Andreas Scheu, welcher 1874 nach England und später über Weimar in die Schweiz fliehen sollte, stellte ein politisch hochaktives Bindeglied zwischen Arbeiter/-innenbewegung und Musikbetrieb dar. So war Scheu nicht nur Initiator und erster Obmann des Musikerbundes, sondern später auch Mitbegründer des ersten österreichischen Arbeitergesangsvereins (*Arbeiter-Sängerbund, Wien* 1878), der *Freien Typographia* (1890) und des *Verbandes der Arbeiter-Gesangsvereine Niederösterreichs* (1891).²⁶ Die Musikerzeitung selbst bezugte 1875 (nicht ohne ironischen Unterton), der *Wiener Musikerbund* werde von den Behörden als politische Vereinigung wahrgenommen.²⁷ Es sei nämlich so, dass man „in gewissen Kreisen den Verein

25 Tatsächlich lassen die vereinsrechtlichen Bestimmungen von 1867 eine solche Lesart zu, denn Vereine mussten nicht grundsätzlich nach dem neuen Vereinsrecht behandelt werden: „Bezüglich der Vereine, auf welche dieses Gesetz Anwendung findet, treten das Vereinsgesetz vom 26. November 1852, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 253, und alle anderen, mit dem gegenwärtigen Gesetze im Widerspruche stehenden Gesetze und Verordnungen außer Wirksamkeit.“ Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich. Jahrgang 1867, LVIII. Stück, 134, Gesetz vom 15. November 1857 über das Vereinsrecht, § 38 [S. 381] Es existierte somit durchaus ein gewisser Spielraum, indem geltend gemacht werden konnte, dass ein Verein eben nicht zu jenen gehöre, auf welche dieses Gesetz Anwendung finden solle.

26 Steiner, Die Gebrüder Scheu (wie Anm. 4), S. 10f. Scheu zahlte für seine politischen Aktivitäten einen hohen Preis: Ende 1881 wurde er als Folge einer „politischen Maßregelung“ im Orchester des Burgtheaters zwangspensioniert, wie u. a. aus einem Brief Scheus an einen (nicht näher bezeichneten) Freund vom 08.07.1882 hervorgeht, VGA – Archiv des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Teilnachlass Josef Scheu, Sch 14, Lade 23, Mappe 49. Die ‚sozialistische‘ Ausrichtung des *Musikerbundes* und später des *Musikerverbandes* war intern allerdings nicht unumstritten. Mit steigender Zahl organisierter Musiker/-innen wurden auch die Anstellungs- und Arbeitszusammenhänge der einzelnen Vereinsmitglieder vielfältiger, und damit ging auch eine (partei-)politische Diversität unter den Musiker/-innen einher. Dies sollte sich insbesondere im Vorfeld der Wahlen von 1897 zeigen: Als ein Reichsratskandidat, der zugleich Redakteur der Arbeiterzeitung war, im März 1897 beim Musikerbund anfragte, welche Position die Musiker bei den Reichsratswahlen einnehmen würden, antwortete ihm der Vereinsobmann, dass es seiner Meinung nach „in Musikerkreisen Anhänger verschiedener Parteirichtungen“ gebe (OeMZ V/6 [16.03.1897], S. 37). Und der langjährige (wenn auch indirekte) Nachfolger Scheus als Musikerverbandspräsident, Franz Frank, wandte sich sogar dezidiert von einer sozialistischen Ausrichtung ab, indem er rückblickend klarstellte, er habe seinerzeit (um 1908) gegen den „Anschluß des Verbandes an die Gewerkschaft Stellung genommen“, weil er „von dem Standpunkte“ ausgegangen sei, dass „unsere Verdienfelder nicht in den Arbeiterkreisen liegen, sondern in den anderen Gesellschaftsschichten zu suchen seien“ (OeMZ XXVIII/4 (03.04.1920), S. 33).

27 Alternierend auch unter der Bezeichnung *Wiener Musikerverein*.

im Verdachte“ habe, er betreibe „heimlich staatsgefährliche Politik“.²⁸ Es wird sich lohnen, die Geschichte des *Musikerbundes* (und des späteren *Musikerverbandes*) mit den politischen Koordinaten der Arbeiter/-innenbewegung Österreich-Ungarns abzugleichen – zumal in den polizeistaatlichen Eingriffen bereits eine verbindende Gemeinsamkeit besteht.²⁹

Im erwähnten Gerichtsprozess wird aber noch eine ganz andere thematische Ebene sichtbar, die für den hier diskutierten Zusammenhang der ‚imperialen Herausforderungen‘ von zentraler Bedeutung ist:³⁰ Die „dem Vereine zur Last gelegten Versuche zur Bildung von Localvereinen in den Provinzen und eines allgemeinen Musiker-Verbandes“.³¹ Dagegen protestierte der Anwalt des *Musikerbundes* besonders vehement und betonte, nach dem Vereinsgesetz von 1867 sei dies ausdrücklich erlaubt.³² Offenbar richtete der *Musikerbund*, so geht aus den Ausführungen des Anwalts hervor, „an die Provinz-Musiker“ einen Aufruf zur Gründung von Lokalvereinen. Und rückblickend erklärte die 1875 gegründete *Österreichische Musiker-Zeitung*, im Juli 1872 seien „nach allen Richtungen Cirkulare“ versandt worden, in welchen „die Nützlichkeit und Nothwendigkeit derartiger Vereine klargelegt und aufgefordert wurde, mit der Gründung der-

28 OeMZ 7 (01.08.1875), S. 3.

29 Zu polizeistaatlichen Eingriffen gegenüber der Arbeiter/-innenbewegung vgl. etwa Hans Mommsen, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Ostmitteleuropa, in: ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 34), Göttingen 1979, S. 81–101, hier S. 84.

30 Die Darstellung dieses Prozesses ist mir bisher nur auf der Grundlage von Presseberichten möglich. Recherchen in den einschlägigen Beständen des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, des Allgemeinen Verwaltungsarchivs (beide im Österreichischen Staatsarchiv), des Wiener Stadt- und Landesarchivs, des Niederösterreichischen Landesarchivs, aber auch des Archivs des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung waren bis jetzt leider ergebnislos; eine Anfrage beim Archiv der Landespolizeidirektion Wien ist derzeit noch offen. Dasselbe gilt für Nachlässe: So verfügt die Wienbibliothek etwa über einen Teilnachlass von Josef Scheu (und auch von dessen Sohn Robert Scheu), aber Hinweise auf den Musikerbund waren auch dort keine zu finden. Nachlässe von anderen Protagonisten des Musikerbundes oder seiner Nachfolgeorganisation (den *Oesterreichisch-Ungarischen Musiker-Verband* miteingeschlossen) habe ich bis jetzt nicht finden können.

31 Deutsche Zeitung 654 (25.10.1873), S. 6.

32 Im erwähnten Bericht in der *Deutschen Zeitung* (25.10.1873, S. 6) wird erwähnt, nach § 4 des Vereinsgesetzes von 1867 sei dies offiziell erlaubt; dabei dürfte es sich um einen Irrtum gehandelt haben, da dieser Paragraph keine Bestimmungen über die Bildung von Zweigvereinen enthält, hingegen § 10 bis 12 umso ausführlichere, wobei auch die darin enthaltene Regelung, wonach für Vereine, „deren Wirksamkeit sich durch Zweigvereine auf mehrere Länder erstreckt, sowie bezüglich der Verbände von Vereinen, welche mehreren Ländern angehören“, das Ministerium des Innern (statt wie üblich die jeweilige Landesstelle) für „vorgesehene Amtshandlungen“ zuständig erklärt wird. Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich. Jahrgang 1867, LVIII. Stück, 134, Gesetz vom 15. November 1857 über das Vereinsrecht, § 4 [S. 377 f.] sowie §§ 10–12 [S. 378]. Dem System der Zweigvereine wurde somit überhaupt eine hohe Aufmerksamkeit zuteil.

selben nicht zu zögern.“³³ Das bis 1870 – und damit über das Vereinsrecht von 1867 hinaus – in Kraft gewesene „Koalitionsverbot“ von Organisationen für Arbeiter/-innen, das überregionale Absprachen zur Durchsetzung etwa von Lohnforderungen unter Strafe stellte,³⁴ wirkte offenbar auch nach deren Abschaffung in der Rechtsprechung teilweise nach. Alleine schon die Spannung in der Rechtsauslegung dieser Frage zeigt deren herausforderndes Potential auf. Der *Musikerbund* jedoch begriff die Bildung von Zweigvereinen als Überlebensfrage für die Musikerorganisation. Noch bevor der Auflösungsbescheid publik gemacht wurde, meldete die Presse bereits den Versuch einer Neugründung des Vereins, und diesmal stand ausdrücklich die Absicht im Vordergrund, die „Thätigkeit über die ganze westliche Reichshälfte“ auszudehnen.³⁵ Als Name war *Österreichischer Musikerverein* vorgesehen, dessen Statuten zwar bald genehmigt wurden, allerdings unter dem Namen *Wiener Musikerverein*.³⁶ An dieser Re-Regionalisierung zwischen angestrebter und sanktionierter Namensgebung des Vereins lässt sich die offenbar weiterhin bestehende behördliche Skepsis gegen eine überregionale, gesamtösterreichische Musikerorganisation ablesen.³⁷

Wie stark der neue *Musikerverein* (der sich bald wieder in *Musikerbund* umbenennen sollte und sich damit zu einer Marke formte, was sich auch in Annoncen späterer Jahre durch das Attribut „Gegründet 1872“ ausdrückte)³⁸ jedoch auf eine überregionale Ausbreitung der Musikerorganisation hinarbeitete, wird auch daran ablesbar, dass das ab 1875 erschienene Vereinsorgan, die *Oesterreichische Musiker-Zeitung*, großes Gewicht auf Berichte legte, in denen die regionale Begrenzung des Vereins kritisch zur Sprache kam. Die Erzählung seines Ausdehnungsdrangs instrumentalisierte der Verein aber auch erinnerungspolitisch: Als Grund für die Auflösung des Wiener Musikerbundes nannte die Redaktion des Vereinsorgans zwei Jahre später, im Juli 1875, lediglich „die Versendung des Aufrufes an die Collegen in den Provinzen und die beabsichtigte Gründung eines Musikerverbandes als Statutenüberschreitung“, während etwa die „Anmaßungen“ gegenüber der Hofadministration – in den Gerichtsverhandlungen noch ein zentraler Punkt des Auflösungsbescheids – nicht mehr erwähnt wurden.³⁹ Im selben Artikel vom Juli 1875 erklärte die Redaktion der

33 OeMZ 5 (01.07.1875), S. 1.

34 Vgl. Ferdinand Karhofer, Österreich. Zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft, in: Werner Reutterer (Hg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen 2001, S. 335–354, hier S. 336.

35 Morgen-Post 23/301 (01.11.1873), S. 3.

36 Neues Fremden-Blatt 10/3 (03.01.1874), S. 4.

37 Details zum Namensgebungsprozess sind leider nicht überliefert, da für die 1870er-Jahre bis anhin keine Vereinsakten aufgefunden wurden.

38 Vgl. etwa die OeMZ IX/39 (20.09.1901), S. 160.

39 OeMZ 5 (01.07.1875), S. 1.

Musikerzeitung außerdem, man habe sich, nach den Erfahrungen mit der Auflösung des Musikerbundes, bei der Neugründung statutarisch das Recht gesichert, Zweigvereine „in den Provinzen“ zu gründen: „§ 1. [...] Dem Vereinsausschusse ist es vorbehalten, nach Erforderniß im ganzen Gebiete der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder Zweigvereine gleichen Zweckes und ähnlicher Organisation zu errichten.“⁴⁰ Diesen Paragraphen nutzte die Musikerzeitung 1875, um „zum zweiten Male an unsere Collegen in den Provinzen die Aufforderung zu richten, zu Vereinen zusammen zu treten und sich als Zweigvereine des Wiener Musikerverbandes zu konstituieren.“⁴¹

Bis zu dieser Konstituierung sollten allerdings 20 Jahre vergehen – trotz der erwähnten Aufrufe erwies sich die Errichtung von lokalen Musikervereinen als schwieriges Unterfangen. Die Verbandsgründung erfolgte 1895 und wurde gerade einmal von sechs Vereinen getragen. Während sich der Kreis der Zweigvereine in den ersten Jahren eher zögerlich erweiterte, wuchs der *Oesterreichisch-Ungarische Musiker-Verband* bis 1914 dann aber auf 36 Vereine mit insgesamt rund 2800 Mitgliedern an, wobei die dominante Stellung Wiens bestehen blieb: dem Wiener Verbandsverein gehörten 1914 mehr als 1100 Mitglieder an.⁴²

Der österreichisch-ungarische Dualismus – Hemmschuh und Impulsgeber zugleich

Erleichterte das Vereinsrecht der Dezemberverfassung von 1867 die Bildung von Zweigvereinen, so bedeutete die zeitgleich erfolgte Aufspaltung der Monarchie in zwei Reichshälften für die monarchieweite Organisation der Musiker/-innen ein fundamentales Hindernis. Die Problematik lässt sich treffend mit einer Bemerkung aus der *Musikerzeitung* umschreiben: „Die Länder der ungarischen Krone aber sind der cisleithanischen Reichshälfte gegenüber Ausland.“⁴³ Sie galt der 1875 geäußerten Absicht eines Stadtkapellmeisters aus dem siebenbürgischen Brassó/Braşov/Kronstadt, dort einen Zweigverein zu gründen, was vom *Wiener Musikerbund* von vornherein abgelehnt werden musste. Im weiteren Verlauf setzte sich der *Musikerbund* dennoch verstärkt für die Bildung von Lokalvereinen in der ungarischen Reichshälfte ein, vor allem seit der 1895 erfolgten Gründung des *Oesterreichisch-Ungarischen Musiker-Verbandes*. Die Namens-

40 Zit. in: OeMZ 5 (01.07.1875), S. 1. Noch 20 Jahre später erklärte es der *Musikerverband* zu seinem Ziel, „so viel Zweigvereine als nur möglich zu gründen“. OeMZ IV/9 (01.05.1896), S. 49.

41 OeMZ 5 (01.07.1875), S. 1f.

42 OeMZ XXVI/8 (1.6.1918), S. VI., S. VI [Protokoll der XI. ordentliche[n] Delegiertenversammlung vom 27. und 28. März 1918].

43 OeMZ 7 (01.08.1875), S. 5.

gebung des Verbandes war programmatisch zu verstehen und sollte Gesamtstaatlichkeit anzeigen: Die Behörden hätten den Titel des Verbands „widerspruchlos“ hingenommen, wodurch man sich „der Meinung hingegeben“ habe, dass man so „einer Entfaltung unseres Verbandes [...] auch in Ungarn keinerlei Schwierigkeiten bereiten“ würde.⁴⁴ Das österreichische Innenministerium hielt im Bescheid an die Statthalterei Wien zwar fest, die Bildung des *Musikerverbandes* nicht zu untersagen, ergänzte aber, dass „die Entfaltung einer Thätigkeit in Ungarn die vorherige Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen zur Voraussetzung“ habe; was darunter genau zu verstehen sei, wurde allerdings nicht näher erläutert.⁴⁵

Als sich 1897 in Pozsony/Prešporok/Prefßburg (heute Bratislava) ein Musikerverein formierte und sich dem *Musikerverband* anschließen wollte,⁴⁶ bemühte sich dessen Leitung beim ungarischen Innenminister darum, den Verein in den Verband aufnehmen zu dürfen.⁴⁷ Doch das Vorhaben wurde von ungarischen Fachmedien sogleich torpediert, noch lange vor der Entscheidung des ungarischen Innenministers: Österreich, so der Hauptvorwurf (wie ihn die *Musikerzeitung* wiedergab), gebiete „heute schon mit erdrückender Macht in musikalischen Angelegenheiten“ über Ungarn, nicht nur, indem es das Land „mit einer großen Anzahl ausübender Musiker überfluthet, sondern uns auch mit Instrumenten und in sonstigen musikalischen Angelegenheiten überholt“ habe; durch die Eingliederung des „Prefßburger Musikervereins“ in den *Musikerverband* aber drohe nichts weniger als „die Vormundschaft“ Österreichs über Ungarn im Musikbereich.⁴⁸ Die Organisation von Musiker/-innen, so zeigt sich an diesem Artikel exemplarisch, forderte die Monarchie nicht nur als soziale Bewegung heraus, sondern schrieb sich auch in grundlegende staatspolitische Konflikte wie jene zwischen Österreich und Ungarn ein. In Ungarn wurde der *Musikerverband* nun nicht mehr einfach als Interessensverband von Musiker/-innen rezipiert, sondern als spezifisch österreichischer Interessensverband. Die Kulisse dazu lieferten allgemeine musikpolitische Erörterungen, die stellvertretend für die ungarische Befürchtung einer österreichischen Dominanz innerhalb des Gesamtstaates lesbar sind. Die ungarische Musikzeitung *Zenelap* nutzte diesen Anlass allerdings auch dazu, den Druck auf die Gründung eines eigenen ungarischen Musikerverbandes zu erhöhen. Dafür sprach sich auch das Präsidium des bereits bestehenden *Musikerverbands* aus, wenn auch unter der

44 OeMZ VI/8 (16.04.1898), S. 43.

45 Wiener Stadt- und Landesarchiv, M. Abt. 119, A32 – Gelöschte Vereine: 2624/1920 [Österreichisch-(ungarisch)er Musikerverband], Schreiben vom 18.08.1895.

46 OeMZ VI/1 (01.01.1898), S. 2.

47 OeMZ V/17 (01.09.1897), S. 99.

48 Magyar zenészek szövetkezete, in: *Zenelap*, 15.01.1898, zit. in: OeMZ V/3 (01.02.1898), S. 13.

Bedingung, dass sich die ungarische Musikerorganisation kooperationswillig zu zeigen habe.⁴⁹

Das ungarische Innenministerium ließ sich mit der Entscheidung fast ein Jahr Zeit, bevor es beschloss, die Eingliederung des *Prefßburger Musikervereins* in den *Österreichisch-Ungarischen Musiker-Verband* nicht zuzulassen. Für die Musikerzeitung war dies jedoch ein grundlegender Beschluss und entsprechend unmissverständlich identifizierte ihn die Redaktion mit der herausfordernden Konstellation der Doppelmonarchie: „Wir stehen also auch in Bezug auf die Musikangelegenheiten in dem sonderbarsten Verhältnisse zu Ungarn.“⁵⁰ An der Wertigkeit der beiden Reichshälften ließ sie dabei keinen Zweifel und ritt ressentimentbehaftete Attacken gegen den ungarischen Musikbetrieb. Ungarn produziere so wenig Musiker, „Zigeuner und einige Geiger ausgenommen“, dass ohne in Ungarn lebende österreichische oder deutsche Musiker „sämmliche Theater, voran die königliche Oper in Budapest, wegen Mangel an Musikern geschlossen werden müßten“, weshalb es eine „arge Vergewaltigung“ darstelle, den in Ungarn lebenden Musikern zu verbieten, „sich ihren Collegen anzuschließen und dadurch ihre Interessen zu schützen.“ Die Musikerzeitung gab dabei ihrer Hoffnung Ausdruck, die ungarische Regierung komme noch zur Erkenntnis, dass durch den „Anschluß ungarischer Musiker an den [Oesterreichisch-Ungarischen Musiker-]Verband der ungarische Staat durchaus nicht gefährdet“ werde.⁵¹ Diese konfrontative Haltung des *Musikerverbandes* bewirkte allerdings kein Einlenken des ungarischen Innenministers, im Gegenteil: Er untersagte die Eingliederung des *Prefßburger Musikervereins*, mit der offiziellen Begründung, dass dieser dadurch viel schwieriger zu kontrollieren sein würde⁵² – doch eine Zustimmung zur Eingliederung wäre auch der allgemein praktizierten Magyarisierungspolitik für das um 1900 noch deutschsprachig dominierte Prefßburg diametral zuwidergelaufen.⁵³ Gegen die Entscheidung des ungarischen Innenministers schrieb die *Musikerzeitung* unter anderem in Form eines Leitartikels an. Dabei erklärte sie, dass nur schon die Entscheidung selbst „ein sonderbares Licht auf die österreichisch-ungarische Zweiheit“ werfe. Der Artikel

49 „Das Präsidium des Oesterreichisch-Ungarischen Musikerverbandes würde die Gründung eines Ungarischen Musikerverbandes, mit dem Sitze in Budapest, freudigst begrüßen, vorausgesetzt, daß dieser Verband zur Förderung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen mit dem österreichischen Verbande in enge Fühlung tritt“, so die Erklärung des Delegierten des Wiener Verbandspräsidiums gegenüber der Gründungsversammlung des *Prefßburger Musikervereins*, OeMZ V/3 (01.02.1898), S. 14.

50 OeMZ VII/1 (01.01.1899), S. 1.

51 OeMZ VII/1 (01.01.1899), S. 1f. Für die Reaktion der Zeitschrift *Zenelap* darauf, bzw. den Kommentar der *Musikerzeitung* vgl. OeMZ VI/7 (01.04.1898), S. 38f.

52 OeMZ VI/8 (16.04.1898), S. 43.

53 Vgl. dazu Moritz Csáky, *Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa*, Wien 2010, S. 306–307.

prangerte jedoch auch die staatliche „Zweiheit“ als solche an und zog über die in der ungarischen Reichshälfte (im Artikel als „magyarischen Globus“ persifliert) herrschende Rechtsprechung her. So sei es den „Preßburger Collegen“ nicht einmal möglich, gegen die Entscheidung „zu recurriren“, da es in Ungarn kein Vereinsgesetz gebe und die Beamten „in Bezug auf Vereinsdinge lediglich nach avitischen Grundsätzen vorgehen.“⁵⁴ Zugleich drängte die *Musikerzeitung* auf eine ungarische Musikerorganisation nach österreichischem Muster: Sie forderte die Gründung möglichst vieler Musikervereine in ungarischen Städten, die sich dann zu einem Landesverband zusammenschließen hätten. So nachvollziehbar dieses Anliegen war, enthüllte es zugleich den Anspruch des Verbandes, Ungarn müsse man letztlich von Wien und Österreich aus richtige Organisationsformen beibringen. Insofern ist der oben zitierte Vorwurf der Musikzeitung *Zenelap*, Ungarns Musikleben werde von Österreich dominiert, durchaus nicht aus der Luft gegriffen, auch wenn die *Oesterreichisch-Ungarische Musikerzeitung* abschließend betonte, dass „[u]nser Elend [...] an keinem mit welchen Farben immer angestrichenen Grenzpfahl Halt [macht] – das mögen sich unsere Collegen merken.“⁵⁵

So herausfordernd der imperiale „Dualismus“ für die Musikerorganisation war, so dynamisierend wirkte er auch: Noch im selben Jahr, 1898, erwogen ungarische Musikpublizisten im Verbund mit Musikern die Gründung eines eigenen ungarischen Musikerverbandes,⁵⁶ die im April 1902 schließlich vollzogen wurde.⁵⁷

Die Organisation von Musikern und Musikerinnen verlief von nun an partikularer, entlang nationaler Grenzlinien. Eine Geste, die diese Entwicklung besonders deutlich macht, ist das Durchstreichen des „Ungarischen“ im Verbands- und Zeitungsnamen des in Wien angesiedelten Verbands: 1911 wurde – auf anhaltenden Druck aus Ungarn hin⁵⁸ – beschlossen, sich fortan nur noch *Oesterreichischer Musikerverband* und das Verbandsorgan *Oesterreichische Musiker-Zeitung* zu nennen.⁵⁹ Hinsichtlich der Tätigkeit als Berufsorganisation als

54 OeMZ VI/8 (16. 04. 1898), S. 43.

55 OeMZ VI/8 (16. 04. 1898), S. 44.

56 OeMZ VI/3 (1. 2. 1898), S. 13f.

57 OeMZ X/18 (2. 5. 1902), S. 74.

58 Der *Ungarische Musikerverband* forderte wiederholt die Streichung des „Ungarischen“ aus dem Namen des OeUMV, vgl. etwa OeMZ XVII/30 (24. 7. 1909), S. 219f.

59 Vgl. Franz Frank, Selbst- und Miterlebtes während 50 Jahren, in: OeMZ XXVIII/6 (05. 06. 1920), S. 53. Frank nennt als Grund für die Umbenennung den von Ungarn verordneten Austritt der Zweigvereine Preßburg und Hermannstadt aus dem Verband. Allerdings treten in seiner Darstellung Widersprüche auf. So macht er an anderer Stelle geltend, dass man zwei „aus deutschen Mitgliedern bestehenden Vereinen“ (damit dürften die beiden genannten gemeint gewesen sein) nicht das Recht habe lassen wollen, dem *Musikerverband* anzugehören. Das Bild wird noch komplexer, wenn man sich eine Übersicht über alle Zweigvereine anschaut, die 1918 in der OeMZ publiziert wurde und den Mitgliederstand von 1914 und 1918

solcher aber kooperierten der österreichische und der ungarische Musikerverband seit längerem weitgehend friktionslos, nachdem sie sich 1905 auf ein „Uebereinkommen“ zum „Schutze der gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen“ geeinigt hatten.⁶⁰

Herausfordernde soziale und sprachliche Diversität

Doch wie integrativ wirkte der *Oesterreichisch(-Ungarisch)e Musikerverband* nach innen? Formal betrachtet wurde niemand von der Beitrittsmöglichkeit zu einem Verbandsverein ausgeschlossen⁶¹ – auch Musikerinnen nicht. Schon in den ersten Verbandsstatuten von 1895 wurde in § 3 festgelegt, im Verband würden sich Musikervereine der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammenschließen, „deren Mitglieder nicht nur Musiker, sondern auch Musikerinnen sein können.“⁶² Auf den ersten Blick kann dem Verband also eine integrative Wirkung zugesprochen werden: Er ermöglichte Musikerinnen theoretisch die arbeitspraktische Gleichstellung mit Musikern. Theoretisch jedoch deshalb, weil musizierende Frauen in den Vereins- und Verbandsorganen gar nicht vertreten und in der Berichterstattung der Musikerzeitung – weiterhin – massiv unterrepräsentiert waren. Außerdem verstärkte sich durch die zunehmende Institutionalisierung der Musiker/-innenbewegung die ohnehin schon massive Marginalisierung von Musikerinnen auch hinsichtlich der Mitgliederzahlen: waren 1896 von den 648 Mitgliedern elf weiblich,⁶³ zählte der Verband 1906 18 Musikerinnen – bei einem Bestand von 2857 Mitgliedern.⁶⁴ Insofern stellte der Verband in praktischer Hinsicht trotz anderslautender statutarischer Formulierung, die eine Art Gleichberechtigung suggerierte, für den Großteil der im Territorium der Monarchie tätigen Musikerinnen eine beträchtliche arbeitsorganisatorische Herausforderung dar, da sich musikalische Arbeit durch den Verband als eine männlicher Prägung institutionalisierte.

einander gegenüberstellte: dort ist Hermannstadt sowohl für 1914 als auch 1918 als Zweigverein aufgeführt, vgl. OeMZ XXVI/8 (1.6.1918), S. IV [Protokoll der XI. ordentliche[n] Delegiertenversammlung vom 27. und 28. März 1918]. Hier gilt es noch zu rekonstruieren, wann (und ob überhaupt) diese Zweigvereine in den Verband ein- bzw. ausgetreten sind.

60 OeMZ XIII/31 (4.8.1905), S. 191.

61 Dies war die Voraussetzung, um auch Verbandsmitglied zu sein – eine direkte, individuelle Verbandsmitgliedschaft war nicht möglich, was immer wieder zu internen Auseinandersetzungen führte.

62 Wiener Stadt- und Landesarchiv, M. Abt. 119, A32 – Gelöschte Vereine: 2624/1920 [Österreichisch-(ungarisch)er Musikerverband], Statut des Oesterr.-ungar. Musiker-Verbandes [1895].

63 OeMZ V/3 (1.2.1897), S. 17.

64 OeMZ XV/9 (1.3.1907), S. 75.

Zugleich war die Verbandstätigkeit aber in vielerlei Hinsicht auch von egalisierender Wirkung. Dies ist vor allem daran ablesbar, dass sich im Verband Musiker/-innen völlig unterschiedlicher sozialer Herkunft und aus unterschiedlichen Musizierzusammenhängen vereinten. Entgegen der Lesart von Georg Schinko, der im Verband ausschließlich einen Promotor zur Förderung ganz bestimmter Formen hauptberuflichen Musizierens erkennt,⁶⁵ präsentiert sich bei genauerem Hinschauen ein anderes Bild. Jenseits des *Wiener Musikerbundes* lässt sich nämlich beobachten, dass keineswegs nur Personen, die im urbanen Kontext als Berufsmusiker galten, Vereins- und damit Verbandsmitglieder waren, sondern dass die musikalische Tätigkeit der im Verband versammelten Musiker/-innen überaus vielfältig war – als eine direkte Folge des Verbandsvereinssystems. Wie ließe sich sonst erklären, dass ein Verbandsmitglied 1897 unter lautem Protest seine Mitgliedschaft im *Brünner Musikerbund* aufkündigte, weil in seinem Zweigverein „keine Berufsmusiker, sondern nur Hausmeister unterstützt“ würden,⁶⁶ und dass umgekehrt der Korrespondent der *Musikerzeitung* aus Teplice/Teplitz im Sommer 1899 ein Plädoyer für die Einbindung von „Nichtberufsmusikern“ in Zweigvereine und den Verband abgab und dabei betonte, dass sich auch andernorts schon viele musizierende Arbeiter in Vereinen zusammengeschlossen hätten?⁶⁷ Der *Oesterreichisch-Ungarische Musiker-Verband* war in weitaus höherem Maße von sozialer Diversität gekennzeichnet als dies auf den ersten Blick sichtbar ist. Diese Diversität ist als eine direkte Folge des Verbandsvereinssystems zu betrachten, durch das sich unterschiedliche soziale Gruppen zu einer Institution vereinten und diese dadurch zur Begegnungszone von Vertreter/-innen unterschiedlicher musikalischer Genres wurde.

Eine weitere Folge des Verbandsvereinssystems war die Vereinigung von Musikern und Musikerinnen aus verschiedenen Sprachregionen, was den Verband bald vor beträchtliche Herausforderungen stellte, wie sich insbesondere am Umgang mit der Verbandszeitung aufzeigen lässt. Die Ende 1895 vollzogene Verbandsgründung fiel in die Hochphase des Sprachenkonflikts, wie er in erster Linie zwischen „Deutschen“ und „Tschechen“ ausgetragen wurde.⁶⁸ Dies hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Sprachpraxis des verbandseigenen Presseorgans, der *Österreichisch-Ungarischen Musikerzeitung*. Das Selbstverständnis der *Musikerzeitung* als Vereinsorgan war zwar seit deren Gründung

65 Vgl. Georg Schinko, *Differenzierungen von Musizieren und Singen (Österreich 1918–1938)*, Wien 2015, S. 23f.

66 OeMZ V/3 (01.02.1897), S. 18.

67 OeMZ VII/14 (16.07.1899), S. 100–102.

68 Für einen Überblick vgl. etwa Adéla Hall, *Deutsch und Tschechisch im sprachpolitischen Konflikt. Eine vergleichende diskursanalytische Untersuchung zu den Sprachenverordnungen Badenis von 1897, Frankfurt am Main 2008*, S. 28–40.

1875 von der Funktion als Kommunikationsmittel zwischen Wien und den anderen, als „Provinzen“ bezeichneten Regionen der Monarchie geleitet. Dies drückte sich etwa darin aus, dass die Redaktion des Organs befürchtete, dass „unser Organ mehr eine Wiener Musikerzeitung als eine österreichische“ bleibe, wenn sich Kollegen in der „Provinz“ nicht häufiger zu Wort meldeten.⁶⁹ Dies galt 20 Jahre später unverändert. Noch 1894 hob die Redaktion die Funktion der Zeitung als interregionales Kommunikationsmedium hervor, indem sie betonte, dass „[w]ir durch unser Organ eine lebendige Verbindung und ein einfaches Verständigungsmittel mit den Collegen in der Provinz haben“.⁷⁰ „Verständigung“, das meinte vor allem (arbeitsrechtliche) Agitation. Die Zeitung sei „ein Kampforgang und eine Musikerzeitung, aber keine Musikzeitung“, so der verantwortliche Redakteur 1895.⁷¹ Doch mit dem Ausbau zum Verband stiegen auch die Ansprüche an dessen Presseorgan seitens der einzelnen Verbandsvereine, zumal für alle Vereinsmitglieder eine Abonnementspflicht bestand.⁷² Und genau diese sollte bald den Anlass für folgenschwere Debatten liefern: Die Geschichte von *Musikerbund* und *Musikerverband*, so wird daran ersichtlich, ist nicht zu trennen von der Geschichte der *Musikerzeitung*, als dem Medium der Organisation, das zusehends umstrittener wurde, je sprachlich diverser deren Mitgliederstruktur wurde.

Bereits anlässlich der „Constituierung“ des *Oesterreichisch-Ungarischen Musiker-Verbandes* im November 1895 nahm die Frage der Sprache innerhalb der Organisation, vor allem aber die Sprache des Verbandsorgans einen breiten Raum ein. Dabei zeigte der Verbandspräsident, Johann Mörth, durchaus ein Bewusstsein für sprachliche Sensibilität. Die Angelegenheit sei „durch die verschiedenen Sprachen in Oesterreich eine sehr schwer zu lösende“, da aber „alle Sprachen das gleiche Recht besitzen“, könne die Zeitung auf Dauer „nicht deutsch allein“ erscheinen.⁷³ Mörth äußerte diese Einsicht vor dem Hintergrund des Umstands, dass unmittelbar nach der Gründung des Verbandes Ende 1895 dessen Leitung gezielt um „czechische Collegen“ warb. Zu diesem Zweck ließ sie

69 OeMZ 5 (01.07.1875), S. 4. Hervorhebung im Original.

70 OeMZ II/1 (01.01.1894), S. 1.

71 OeMZ III/24 (16.12.1895), S. 123.

72 Der Kreis der Leser/-innen beschränkte sich dabei nicht nur auf Vereinsmitglieder; schon Ende 1875 warb die Redaktion um Annoncen in der *Musikerzeitung* mit dem Argument, dass diese „außer in Wien bereits in mehr als 60 Städten und Orten Oesterreich-Ungarns, sowie in Deutschland, Rußland, Schweden, England und Italien“ Abonnenten zähle, OeMZ 12 (16.10.1875), S. 8. Die Anliegen der Musikervereine bzw. des *Musikerverbandes* erschlossen sich durch die *Musikerzeitung* somit potentiell einem ungleich größeren Personenkreis, als dies durch ein bloß Vereins- und Verbandsmitgliedern zugängliches Medium der Fall gewesen wäre. Auf weitere medienhistorische Aspekte des Vereins- bzw. Verbandsorgans gehe ich hier – so wichtig diese wären – nicht näher ein.

73 OeMZ III/24 (16.12.1895), S. 122.

Aufrufe aufsetzen, die „der Uebersetzung und Agitation wegen“ in Kooperation mit Zweigvereinen in Böhmen, Mähren und Schlesien verbreitet werden sollten.⁷⁴ Bezeichnenderweise standen dabei von vornherein nur tschechische, nicht aber Musiker/-innen anderer Sprachgruppen im Fokus – ein Umstand, der plausibel wird, wenn man sich die organisatorischen Referenzen bei Vereins- und Verbandsgründung genauer betrachtet. In der *Musikerzeitung* stößt man immer wieder auf Hinweise, dass der Verband bei seiner Konstituierung stark dem Muster der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur in der Habsburgermonarchie folgte (auf die historisch ausgeprägte Nähe zur Arbeiter/-innenbewegung in der Frühphase des *Musikerbundes* wurde oben bereits hingewiesen). Diese kennzeichnete, dass sie sich (zunächst) auf wenige Gebiete beschränkte. Mit Helmut Konrad lassen sich, ausgehend von der Feststellung großer regionaler Unterschiede des Industrialisierungsprozesses in Österreich-Ungarn, als gewerkschaftliche Zentralgebiete die „geschlossenen Industriegegenden“ ausmachen. Zu diesen gehörten insbesondere Mähren und Böhmen. Eine Folge davon waren nach Konrad deutlich erkennbare ethnische Trennlinien der Arbeiterklasse: Industriearbeit im engeren Sinn sei tschechischen und deutschsprachigen Arbeitern vorbehalten gewesen; dadurch sei das Verhältnis dieser beiden Gruppen zueinander auch für die organisierten Teile der Arbeiterbewegung zum Gradmesser für die Bewältigung nationaler Probleme geworden.⁷⁵ Die Verhältnisse im *Musikerverband* sind von einer verblüffenden Ähnlichkeit, was schon durch einen Blick auf die in der konstituierenden Versammlung des Verbandes 1895 vertretenen Regionen deutlich wird. Sie repräsentierten ebene jene Gebiete, die zu den „geschlossenen Industriegegenden“ Cisleithaniens gehörten, wobei böhmische Vertretungen zunächst fehlten: neben dem *Wiener Musikerbund* (mit fünf Delegierten) waren dies der *Musikerverein in Bielitz-Biala* (ein Delegierter), der *Brünner Musikerbund* (ein Delegierter), der *Grazer Musikerbund* (ein Delegierter), der *Musikerverein in Linz* (ein Delegierter), der *Musikerverein für das Kronland Salzburg* (ein Delegierter) sowie der *Musikerverein für Witkowitz, Ostrau und Umgebung* (ein Delegierter).⁷⁶

Durch den Zusammenschluss mit Musikervereinen aus mährischen und schlesischen Gebieten wurde die Mitgliederstruktur in sprachlicher Hinsicht diverser, wodurch das ausschließlich deutschsprachig erscheinende Verbandsorgan immer stärker unter Druck geriet, zumal Tschechisch in den letzten Dekaden der Monarchie hinsichtlich seiner sozialen und politischen Konnotation

74 OeMZ IV/1 (01.01.1896), S. 3.

75 Helmut Konrad, Arbeiterbewegung und bürgerliche Öffentlichkeit. Kultur und nationale Frage in der Habsburgermonarchie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20/4 (1994), S. 506–518, hier S. 508f. Konrad zählt außerdem Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark dazu.

76 OeMZ III/23 (01.12.1895), S. 115.

ohnehin an Status dazu gewann,⁷⁷ was die Beherrschung der deutschen Sprache in den böhmischen Ländern tendenziell weniger selbstverständlich machte. So forderten etwa Mitglieder eines der sich am nachdrücklichsten für Zweisprachigkeit einsetzenden Zweigvereine, des *Musikervereins für Witkowitz, Ostrau und Umgebung*, auf einer Vereinsversammlung, man solle den Beitritt zum Verband hinauszögern, „insolange die ‚Musiker-Zeitung‘ nicht auch in der böhmischen Sprache ausgegeben“ werde, da „viele Mitglieder der Sprache, in welcher die Zeitung ausgegeben wird, nicht mächtig sind und daher diese Zeitung nicht lesen“ könnten.⁷⁸ Der Vereinsobmann versuchte trotz Abonnementpflicht (was nicht-deutschsprachigen Mitgliedern nachvollziehbar unattraktiv erscheinen musste) zu beschwichtigen: Die Delegiertenversammlung in Wien habe das Problem eingehend beraten, man sei aber zum Schluss gekommen, dass dem Verband zuerst eine ausreichende Anzahl von tschechischsprachigen Mitgliedern angehören müsste, bevor die Herausgabe der Zeitung „auch in der anderen Landessprache“ möglich werde.⁷⁹ Doch viele „Collegen slavischer Nationalität“ ließen sich von diesem Versprechen nicht beeindrucken: Sie hätten sich keinen Zwang auferlegen lassen wollen und „zeigen ihren Austritt aus dem Vereine an“, so die Musikerzeitung.⁸⁰

Die von Benedict Anderson hervorgehobene Eigenschaft von Zeitungen als „Repräsentationsmöglichkeit für das Bewusstsein von Nation“⁸¹ zeigt sich hier umso deutlicher, als es gerade die (sprachlich) Nicht-Repräsentierten waren, die ein besonders ausgeprägtes Bewusstsein von Nation erkennen ließen – bei ihnen selbst, aber auch bei der deutschsprachigen Mehrheit: ihre Opposition gegen das Verbandsorgan kann man auch als Protest gegen die Hegemonie der deutschen Sprache (und damit der deutschen Nation) innerhalb des cisleithanischen Teils der Monarchie auffassen. Trotz dieses emsigen Widerstands seitens tschechischsprachiger Mitglieder bewies das Verbandspräsidium in Wien eine gewisse Sensibilität für Vereine in mehrsprachigen Gebieten. So entsandte es etwa einen Verbandsfunktionär zu den verschiedenen Lokalvereinen in Mähren und Schlesien, der berichtete, dass man „auf die vielen Schwierigkeiten, die in den örtlichen und sprachlichen Verhältnissen liegen, bei [der] Bildung von Verbandsvereinen Rücksicht nehmen müsse.“⁸² Doch letztlich blieb es bei Lippen-

77 Gerald Stourzh, *The Ethnicizing of Politics and „National Indifference“ in Late Imperial Austria*, in: ders. (Hg.), *Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010*, Wien 2011, S. 283–323, hier S. 286–288.

78 OeMZ IV/1 (01.01.1896), S. 5.

79 OeMZ IV/1 (01.01.1896), S. 5.

80 OeMZ IV/1 (01.01.1896), S. 5.

81 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main 2005, S. 32.

82 OeMZ IV/12 (16.06.1896), S. 64.

bekanntnissen. Eine sprachliche Öffnung des Verbandes und seines Organs scheiterte schon an ganz praktischen Problemen, wie die Verbandsleitung auch offen zugab: „Das Haupthinderniß besteht in dem Mangel einer der czechischen Sprache in Wort und Schrift mächtigen Person, welche zur Führung der Correspondenzen unumgänglich nothwendig ist.“⁸³ Diese Bemerkung wirft Fragen auf. Jene etwa, inwiefern die Übersetzung von Korrespondenz auch einen Kontroll- und damit Machtverlust für die Wiener Verbandsleitung bedeutet hätte. Und ob darin ein Grund dafür zu erkennen ist, dass die Verbandsleitung einer stärkeren Einbindung nicht-deutschsprachiger Musiker/-innengruppen skeptisch gegenüberstand, um die Wiener Vormachtstellung in der Verbandskonstruktion nicht zu gefährden.⁸⁴

Fest steht jedenfalls, dass der *Musikerverband* durch seine Unbeweglichkeit in der Sprachenfrage – und darin besteht wiederum eine große Ähnlichkeit zur überregionalen Arbeiter/-innenbewegung⁸⁵ – bald in ein Dilemma schlitterte. Tschechischsprachige Musiker/-innen waren für den Verband längerfristig nur zu gewinnen, wenn dieser und sein Organ sprachlich diversifiziert wurden. Eine sprachliche Diversifikation hingegen hielt die Verbandsleitung gemäß offizieller Darstellung erst dann für angezeigt, wenn den Zweigvereinen und damit dem Verband eine ausreichend hohe Zahl nicht deutschsprechender Musiker/-innen angehören sollte. Diese ergebnisoffene Position der Verbandsleitung führte zu einem jahrelang schwelenden Konflikt zwischen Vertretern von ein-, zwei- oder auch mehrsprachigen Lösungen für das Organ und die Gremien des Verbandes. Und je stärker der Verband anwuchs, desto vielstimmiger wurden Lösungsansätze dieser Frage diskutiert. Die Verbandsleitung konnte sich nicht dazu durchringen, vom Primat der Einsprachigkeit der *Musikerzeitung* abzurücken. Als Grundposition in dieser Frage kann eine Feststellung der Zeitungsredaktion vom Dezember 1900 als repräsentativ gelten. Diese reagierte darin auf die Bemerkung eines Verbandsmitglieds, im Falle der Einführung von Zweisprachig-

83 OeMZ IV/19 (01.10.1896), S. 95.

84 Vgl. nur schon das oben erwähnte Stimmenverhältnis bei der konstituierenden Versammlung: Wien hatte nicht nur mit Abstand die meisten Mitglieder, sondern in der Folge auch viel mehr Delegierte als die anderen Zweigvereine. Ein Weiterdenken der Problematik in diese Richtung dürfte, gerade auch mit Blick auf das inzwischen gut erforschte Verhältnis von Translation und Macht, aufschlussreich sein. Ein profunder Forschungsüberblick bei Maria Tymoczko/Edwin Gentzler, Introduction, in: dies., Translation and Power, Amherst 2002, S. XI–XXVIII. Für die Übersetzungspraxis in der späten Habsburgermonarchie vgl. Michaela Wolf, Die vielsprachige Seele Kakaniens. Übersetzen und Dolmetschen in der Habsburgermonarchie 1848 bis 1918, Wien 2012.

85 Hans Mommsen zeigte auf, dass innerhalb der überregionalen Arbeiterbewegung die Bedeutung der Zweisprachigkeit (bei Mommsen „Doppelsprachigkeit“) etwa der Parteipresse ebenso wenig erkannt wurde wie das Potential einer paritätischen Besetzung der Führungsgremien, um nationale Gegensätze zu verhindern. Vgl. Mommsen, Nationalitätenfrage (wie Anm. 29), S. 88.

keit Austritte deutscher Musiker problemlos mit Neueintritten tschechischer Musiker kompensieren zu können: Es falle ihr, so die Redaktion, nicht ein, „auch nur einen einzigen deutschen Musiker muthwilliger Weise aus unserem Verbands treiben zu wollen [...]. Jedenfalls sind uns die deutschen Kollegen, die wir haben, lieber als die czechischen Kollegen, die uns versprochen werden.“⁸⁶ Man kann dies durchaus als Zugeständnis an sich allmählich mehrende deutschnationale Stimmen in Zweigverbänden lesen, wie sie sich etwa in den Positionen des *Deutschen Ortsvereins des österreichisch-ungarischen Musikerverbandes für Cilli* äußerten: In dessen Jahreshauptversammlung sprachen sich die Vereinsmitglieder 1901 lautstark gegen eine „doppelsprachige Herausgabe des Vereinsorganes“ aus.⁸⁷

Tendenzen zunehmender Nationalisierung deutsch(-sprachig)er Prägung sind auf der einen Seite jedenfalls offenkundig, andererseits nahmen aber auch Interventionen dagegen zu: Die *Musikerzeitung* etwa betonte immer wieder, man wolle „auch unsere nichtdeutschen Kollegen an unserer Seite“ haben,⁸⁸ und für die Position aus Celje/Cilli hatten andere Zweigvereine, und zwar auch solche in deutschsprachigen Regionen, kein Verständnis.⁸⁹ Nichtsdestotrotz setzte sich die (deutsche) Nationalisierung des *Musikerverbandes* allmählich durch, gewissermaßen als Folge einer „Homogenisierung ‚von unten‘“⁹⁰, nachdem sich auch die tschechischsprachigen Musiker/-innen für eine ‚nationale‘ Lösung ausgesprochen hatten. 1908 erfolgte, nach jahrelangen Debatten um eine stärkere Berücksichtigung der tschechischen Sprache innerhalb des Verbandes, die Gründung eines eigenen tschechischen Musikerverbandes (*Svazu hudebníků československých* [svw. *Böhmisch-Slawischer Musikerbund*]), dessen Umbenennung 1909 unmissverständlich einen „gesamtslawischen“ Anspruch anzeigte – *Slovanskou hudební Unii* [svw. *Slawische Musikerunion*], die ihre Reichweite in der Folge bis nach Kroatien auszubauen vermochte.⁹¹

Der Versuch, die „slawischen Musiker zu organisieren und zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen“, habe keinen Erfolg gehabt, resümierte auch der eingangs bereits zu Wort gekommene Franz Frank.⁹² Frank formulierte dies ohne

86 OeMZ VIII/37 (21. 12. 1900), S. 234.

87 OeMZ IX/9 (22. 02. 1901), S. 33.

88 OeMZ VIII/37 (21. 12. 1900), S. 233.

89 So etwa der Verbandsverein Baden, der einstimmig beschloss, sich dem Protest aus Cilli gegen die Zweisprachigkeit der *Musikerzeitung* nicht anzuschließen, OeMZ IX/12 (15. 03. 1901), S. 46.

90 Vgl. Johannes Feichtinger, Habsburg (post)-colonial. Anmerkungen zur Inneren Kolonisierung in Zentraleuropa, in: ders./Ursula Prutsch/Moritz Csáky (Hg.), *Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*, Innsbruck 2003, S. 13–31, hier S. 19.

91 Vgl. Josef Kotek, *Dějiny české populární hudby a zpěvu 19. a 20. století 1 (do roku 1918)*, Prag 1994, S. 213.

92 OeMZ XXVIII/4 (03. 04. 1920), S. 32.

ein erkennbares Wort des Bedauerns. Und dass viele dieser „slawischen Musiker“ dem Verband zumindest in dessen früheren Phase sehr wohl angehört hatten, ließ Frank ebenso unerwähnt wie die lebhaften und von ausgesprochener Vielstimmigkeit geprägten Debatten über eine Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit in der *Musikerzeitung* und in den Verbandsgremien. Insofern manifestierte sich in seinem Lebensrückblick von 1920 vielleicht auch Genugtuung darüber, in Österreich inzwischen erreicht zu haben, wonach sich der Autor des bereits ausführlich zitierten Leitartikels der *Musikerzeitung* vom Dezember 1900 noch so gesehnt hatte: „Hätten wir es mit einer Nation, einer Sprache zu thun, so ginge freilich alles leicht und glatt.“⁹³

93 OeMZ VIII/37 (21. 12. 1900), S. 233.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Teil IV: Städte als Laboratorium imperialen Lebens

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Imperiale Herausforderung in Habsburgs Emerging Cities: Lemberg und Budapest zwischen Nationalisierung, Stadtentwicklung und Wissenstransfer

In der 1896 erschienenen Chronik zum 25jährigen Bestehen der städtischen Autonomie der galizischen Hauptstadt L'viv/Lemberg/Lwów legte Stadtpräsident Edmund Mochnacki dar, dass es die „Autonomie Lembergs den Bürgern ermöglicht habe, sein Schicksal selbst zu lenken und seine Entwicklung zu garantieren.“¹ Weiter betonte er, dass in der hundertjährigen Unfreiheit der Habsburg-Herrschaft vor 1870 Lemberg weit ins Hintertreffen zu anderen Landeshauptstädten geraten sei, weil Lemberg von fremden Machthabern mit fremden Vorstellungen regiert worden sei. Seine Worte implizierten nicht nur, dass der Lemberger Stadtrat diesen Rückstand in seiner autonomen Tätigkeit aufgeholt habe, sondern auch, dass dies alleinig die Leistung des polnischen Stadtrates gewesen sei.

Dieselbe Haltung, das „eigene Schicksal selbst zu lenken“, wurde mit dem Gesetz Nr. XXXVI/1872 *Über die Verleihung des Hauptstadtstatus für Buda-Pest* zur Realität, als mit der Vereinigung von Pest, Buda und Óbuda die neue Hauptstadt des Landes, Budapest gegründet wurde. Dieses wird in der Antrittsrede des ersten Bürgermeisters Budapests Károly Ráth deutlich:

„Ziel dieses Gesetzes ist die Schaffung eines geistig wie materiell mächtigen Zentrums: Budapests als große, doch zugleich ungarische, nationale Hauptstadt, einer Hauptstadt, die nicht nur die nationale Kultur, sondern auch die Staatlichkeit des Landes eindeutig symbolisiert“.

Weiter führte dieser ambitionierte Bürgermeister aus:

„dieses Gesetz zielt darauf ab, die Hauptstadt in diese Richtung zu entwickeln, damit sie eine gut organisierte, gut geführte, stets wachsame und tatkräftige Verwaltung bekomme – denn nur eine derartige Verwaltung kann den berechtigten Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden.“²

1 Edmund Mochnacki, Wstęp [Vorwort], in: Miasto Lwów w okresie samorządu 1870–1895, Lemberg 1896, n. pag.

2 Rede Károly Ráths am 30. Oktober 1873. Budapest. Protokolle közgyűlés der Hauptstadt von Budapest 1973–1949, Hungaricana, URL: < https://library.hungaricana.hu/hu/view/BPSZKJ_

Die Äußerungen beider Bürgermeister verweisen darauf, dass es gerade die städtische Autonomie gewesen war, die in erheblicher Weise auf der einen Seite das „Vorrücken des Staates in die Fläche“³ ermöglichte. Auf der anderen Seite war sie es gerade, welche den in den Städten jeweils politisch dominierenden nationalen Bewegungen Gestaltungsfreiheit im öffentlichen Raum brachte und damit weiteres Potential für ihre Erstarkung lieferte. Die einführend zitierten Bemerkungen verweisen auf die Herausforderungen und die Chancen, die sich für die jeweiligen kommunalen sozialen und politischen Eliten ergaben. So bot die Reichsgemeindegesetzgebung von 1862 eine herausragende Rahmung für die Stadtentwicklung in Cisleithanien. Zugleich war dieser Rahmen als ein Mittel gedacht, durch das die Staatlichkeit, d. h. staatliche Strukturen, in die ‚Provinz‘ vordringen und gefestigt werden konnten.

Die Entwicklungen in beiden Reichsteilen führten zu einer Politisierung der Gemeindeangelegenheiten und damit zur Entwicklung dieser autonomen Städte zu Hochburgen der Nationalbewegungen. Der Grund hierfür war, dass die entstehenden Handlungsspielräume sich mit den liberalen Ambitionen der städtischen Mittel- und Oberschichten trafen, die seit 1848 eine Selbstverwaltung der Gemeindeangelegenheiten forderten.⁴ Was als reichsrechtliche Rahmung zur Schaffung von Kohärenz gedacht war, führte letztlich, so die These dieses Beitrags, zu Separationstendenzen und trug zum Auseinanderdriften der Gesamtmonarchie bei. Durch die Reichsgemeindegesetzgebung war es nämlich möglich geworden, eigene Lösungswege für die Herausforderungen, die sich durch die Nationalisierungsprozesse in den multiethnischen Kronländern ergaben, und für die Herausforderungen der Modernisierung zu finden, ohne aber die erwartete Loyalität zum Reich und zur Dynastie in Frage zu stellen. Die mit diesen Prozessen verbundenen Herausforderungen für die Habsburgermonarchie lagen gerade daher in den autonomen Städten in diesem dynamischen Spannungsfeld zwischen zentralstaatlich-administrativer Durchdringung und wachsender nationalpolitischer Hegemonieansprüche der jeweils dominanten Nationalität verortet.

Exemplarisch soll dieses Spannungsfeld in diesem Beitrag in vergleichender Perspektive diskutiert werden, indem zwei höchst unterschiedliche Städte – Budapest und Lemberg – fokussiert werden. Hierbei ist auf Grund der grund-

1873/?pg=0&layout=s&query=R%C3%A1th%20K%C3%A1rly%20> (zuletzt abgerufen am 20.03.2017), S. 12–13.

3 Jörg Ganzenmüller/Tatjana Tönsmeier (Hg.), Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts, Köln 2016.

4 Julius Hatschek, Geschichte der österreichischen Gemeindegesetzgebung und die Entstehung des Reichsgemeindegengesetzes von 1862, in: Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, Bd. 6: Österreich, Leipzig 1907, S. 51–88; Paula Friedjung, Die Geschichte der Gemeindegesetzgebung von 1849–1859, phil. Diss. (masch.-schriftl.), o. O. [Wien] o. J. [1926].

legenden administrativen Strukturen und Funktionalitäten gerade des Reichsgemeinderechtes von analogen Herausforderungen in anderen Städten der Monarchie auszugehen. Deutlich wird diese Vermutung beispielsweise in den Prager Stadtentwicklungsplanungen hinsichtlich der Assanierung des Ghettos⁵, aber auch in der Tatsache, dass etwa der verdiente Laibacher Bürgermeister Ivan Hribar im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die politische Geduld der Zentralregierung derart ausgereizt hatte, dass er nach seiner Wiederwahl 1910 nicht mehr durch den Kaiser im Amt bestätigt wurde.⁶

Der Beitrag greift dabei einerseits auf den von Eszter Gantner und Heidi Hein-Kircher entwickelten Analyseansatz der *emerging cities* und andererseits auf die Befunde von Eszter Gantners voraussichtlich Mitte 2017 abgeschlossener Studie zu Wissensformaten in Budapest im ‚langen‘ 19. Jahrhundert und auf Heidi Hein-Kirchers Studie zu kommunalpolitischen Praktiken, Strategien und Visionen in Lemberg seit den 1860er Jahren zurück.⁷ Im Folgenden wird daher zunächst knapp das Konzept der *emerging cities* diskutiert und die Rahmung des Reichsgemeindegesetzes umrissen, um anschließend zunächst am Beispiel Lembergs zu zeigen, wie sich die lokalen Dynamiken auf Grund der den Städten überlassenen Aufgabenfeldern entwickeln konnten. Am Beispiel Budapests wird anschließend ein besonders wichtiger Faktor dieser Dynamiken exemplarisch vertieft, nämlich der Einfluss von Wissenstransfer auf die Herausbildung lokaler Institutionen. Diese wurden zu Bestandteilen des modernen urbanen und nationalen Lebens, und untermauerten damit die jeweiligen nationalen Separationsbestrebungen.

Reichsrechtliche Grundlagen für Habsburgs Emerging Cities

Gerade aus der Wiener Perspektive wurden die übrigen Städte des Reiches häufig als ‚rückständig‘ und ‚peripher‘ wahrgenommen. Diese Haltung wirkte auf diejenige der Akteure vor Ort zurück, die wiederum bemüht waren, als Zeichen der jeweiligen nationalen Leistungsfähigkeit diese Rückständigkeit aufzuholen.

5 Cathleen M. Giustino, *Tearing Down Prague's Jewish Town. Ghetto Clearance and the Legacy of Middle-Class Ethnic Politics around 1900*, Boulder 2003.

6 Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Ministerium des Inneren, Präsidiale 11/1, 8474, Bl. 10.

7 Eszter Gantner/Heidi Hein-Kircher, *Emerging Cities – Knowledge and Urbanisation in Europe's Borderlands 1880–1945 – Introduction*, in: *Journal of Urban History*, Special Issue (July 2017). Eszter Gantners Projekttitel: *Industriepalast, Urania und Logos. Wissensformate und Urbanisierung in Budapest 1873–1914*. Heidi Hein-Kircher, *Lemberg sichern. Kommunalpolitische Praktiken, Strategien und Visionen in einer multiethnischen Stadt der Habsburgermonarchie (masch.-schriftl.)*, Marburg 2017; diese Studie ist grundlegend für die Überlegungen zu Lemberg.

Daher gewannen die Städte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als *emerging cities* (wieder) an Bedeutung und wurden durch ambitionierte (kommunalpolitische) Akteure geprägt, die ‚ihre‘ Stadt trotz einer nicht erfolgten Industrialisierung als regionale und nationale Metropolen zu positionieren versuchten. Diese Entwicklung erklärt sich durch ein intensives Wechselspiel von Wissenstransfer, von politischer, sozio-ökonomischer und kultureller Modernisierung sowie der aus den nationalen Bewegungen entstehenden Dynamiken.⁸ Wichtige Mittel hierfür war Wissen in einem breiten Sinne, das als Anwendungswissen und die Adaption von *best practices* durch die politischen Entscheider und die Ausführenden nutzbar gemacht wurde. Über die Orientierung an solchen als vorbildlich empfundenen Lösungen für spezielle urbane Probleme entstanden spezifische Strategien, wie und auf welche Art und Weise eine Stadt zur nationalen Hauptstadt oder zu einem regionalen Zentrum aufgebaut werden konnte. Dementsprechend ergibt sich – eine sicherlich noch erweiterbare – Matrix für die *emerging cities*, zu deren Koordinaten Multiethnizität und die daraus resultierende ethno-konfessionelle und soziale Inhomogenität der Bevölkerung sowie die Nationalisierungsprozesse als Ressourcen für die Stadtentwicklung ebenso gehören wie die Entwicklung klarer Zielvorstellungen und Strategien für die Stadtentwicklung durch die lokalen Akteure und deren bewusste Positionierung an der Schnittstelle von nationalen (lokalen) und europäischen Trends, wodurch die erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Urbanisierung als Chance eines an den jeweiligen Bedingungen optimierten Modernisierungsprozesses verstanden wurde.⁹

Voraussetzung hierfür waren die reichsrechtlichen Bedingungen, die das als Rahmengesetz 1862 in Kraft getretene *Reichsgemeindegesetz* (RGG) schuf.¹⁰ Das RGG beförderte diese Entwicklung insbesondere als „fundamentale Zäsur der Gemeindeentwicklung“¹¹ in Cisleithanien. Nicht zufällig fand daher seine Verabschiedung im Rahmen der einsetzenden Reichsreformen nach der neoabsolutistischen Ära statt und bezog sich auf das *Provisorische Gemeindegesetz* von

8 Bianka Pietrow-Ennker, Einführung in die Thematik, in: dies./Carsten Goehrke (Hg.), *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, S. 8–13; Hans van der Loo/Willem van Reijen, *Modernisierung. Projekt und Paradox*, München 1992, S. 11 ff., 28–34.

9 Gantner/Hein-Kircher, *Emerging Cities* (wie Anm. 7).

10 *Reichs-Gesetz-Blatt*. 18/1862, ausführlicher Kommentar: Anton Pace (Hg.), Ernst Mayerhofer's Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der diesen Ländern gemeinsamen Gesetze und Verordnungen, Bd. 2, Wien ⁵1896, S. 434–437.

11 Martin P. Schennach, *Das Provisorische Gemeindegesetz 1849 und das Reichsgemeindegesetz 1862 als Zäsur?*, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 120 (2012), S. 369–390, hier S. 382.

1849.¹² Obwohl sich die Gemeindegesetzgebung letztlich mit den liberalen Forderungen des Bürgertums traf, wurde sie staatsseitig ‚von oben‘ installiert, um eine Grundlage für eine Verwaltungsreform zu schaffen, durch die eine ‚Verstaatlichung‘ der untersten Ebene der Verwaltung und damit eine zweigleisigen Verwaltung eingeführt werden sollte. Die mehrschichtige Zielsetzung sowie die damit verbundenen politischen Erwartungen äußerte etwa Staatsminister Anton Ritter von Schmerling, da

„die Bürger sich daran gewöhnen [müssen], zuerst ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen, sich mit ihnen zu beschäftigen, ihnen ihre volle Thätigkeit zu weihen, nur dadurch erlangen sie jene Befähigung, welche sie geeignet macht, an größeren und wichtigeren Arbeiten des Staates Theil zu nehmen.“¹³

Der galizische Abgeordnete Dr. Józef Dietl sah somit einen „innige[n] Zusammenhang zwischen der Reorganisation des Staates und der Gemeinde“, sodass

„außer dem wohlthätigen Einflusse, den eine freie Gemeindeverfassung auf die politische Bildung und Reife, auf das Rechtsgefühl und die moralische Würde des Staatsbürgers übt, außer dem Principe, das Selbständigkeit und Gleichberechtigung jeder Nationalität in ihrer selbstconstituirten Gemeinde darbietet.“¹⁴

Deutlich wird, dass sich das Reich der defizitären, teilweise höchst drängenden und schwer von der Zentrale aus zu regelnden Aufgaben vor Ort entledigen wollte, die sich aus der Urbanisierung, aber auch aus den politisch-gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Modernisierungsprozessen ergaben.¹⁵ Die übertragenen Probleme nutzten den lokalen Eliten für ihre eigenen nationalpolitischen Interessen.¹⁶

Letztlich änderten die Dezembergesetze 1867 die Stellung der Gemeinden in Cisleithanien nur wenig an dieser Dezentralisation.¹⁷ Diese Aufgabenübertragung wurde nur in Städten mit Sonderstatuten wie den Kronlandhauptstädten

12 Vgl. Christian Vasold, *Das Reichsgemeindegesetz 1862 – Entstehung, Bedeutung und Inhalte*, Dipl.-Arb. (masch.-schriftl.), Graz 2011, URL: <<http://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/content/titleinfo/215440>> (zuletzt abgerufen am 07.07.2019), S. 80–88; Josef Redlich, *Geschichte der österreichischen Gemeindegesetzgebung und die Entstehung des Reichsgemeindegesetzes von 1862*, in: *Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte* (wie Anm. 4), S. 53–88.

13 Staatsminister Ritter von Schmerling (14. Sitzung, 1. Lesung), in: *Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrates*, 1. Session, Bd. 11, 50. Sitzung, Wien 1862, S. 284.

14 Staatsminister Ritter von Schmerling (14. Sitzung, 1. Lesung) (wie Anm. 13), S. 1162f.

15 Oskar Gluth, *Gemeinden. Staatsrechtliche Stellung u. Organisation*, in: Ernst Mischler/Josef Ulrich (Hg.), *Österreichische Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechts*, Bd. 2, Wien 1906, S. 312–325, hier S. 313.

16 Karl Brockhausen, *Städte: Statutargemeinden*, in: *Österreichisches Staatswörterbuch*, Bd. 4, Wien ²1909, S. 450–461, hier S. 452.

17 Sonja Pallauf, *Salzburgs Landgemeinden auf dem Weg in die Eigenständigkeit 1848–1867*, phil. Diss. (masch.-schriftl.), Salzburg 1999, S. 75.

und anderen als bedeutend angesehen Städten wie Kurorten realisiert.¹⁸ Diese erhielten eine landesunmittelbare Sonderstellung auf Grund von politischen Überlegungen, wodurch sie aber der Wiener Aufsicht durch die direkte Ernennung des Bürgermeisters durch den Kaiser unterstellt wurden.¹⁹ Die Aufgabenübertragung des ‚eigenen Wirkungskreises‘ umfasste die Gemeindeangelegenheiten in den Bereichen städtische Infrastrukturen, öffentliche Gesundheit, Wohlfahrt, Bildung und Kultur.²⁰ Jedoch führte diese bis zur Jahrhundertwende wegen der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, der daraus resultierenden budgetären Schieflage der Gemeinden und der Entstehung von Massenparteien, wegen immer beibehaltener Zentralisierungsbestrebungen, der Unterfinanzierung der Gemeinden und der konservativ-statischen Tendenzen der politischen Eliten der Städte zu einer tiefen Krise²¹, weil die Städte ihre Aufgaben selbst finanzieren mussten. Hieraus entsprangen die Ansprüche der kommunalpolitischen Eliten, diese Aufgaben nach ihren eigenen nationalpolitischen Vorstellungen zu gestalten. Weil das RGG die Selbstverwaltung als Mittel zur administrativen Aufgabenbewältigung nach dem Prinzip des *divide et impera* einsetzte, konnte sich die Kommunalpolitik zu einem zentralen Instrument des Nationalitätenkampfes entwickeln.

Im transleithanischen Reichsteil trat das Reichsgemeindegesetz aber nicht in Kraft, teils dank ungarischer nationalpolitischer Interessen, die 1867 zum Ausgleich führten. Wegen der Restaurationspolitik in Ungarn wurde dessen Entwicklung zu einem zeitgemäßen modernen konstitutionellen Staat mit einer bürgerlich-industriellen Gesellschaftsstruktur westeuropäischen Zuschnitts bis zum Ausgleich von 1867 unterbrochen.²² Es wurde eine temporäre Verwaltung eingeführt und das traditionelle Komitat-System aufgehoben. Ab September 1850 wurde Ungarn in fünf Verwaltungsbezirke mit den Zentren Pest-Buda, Preßburg, Kaschau, Sopron und Nagyvárad gegliedert und den Städten wurden

18 Art. XXII–XXIV RGG. Dagegen erhielten gerade aufstrebende Industriezentren wie Mährisch Ossig, Pilsen (Plzeň) oder Aussig (Ústí nad Labem) kein Statut.

19 Redlich, *Geschichte der österreichischen Gemeindegesetzgebung* (wie Anm. 12), S. 42.

20 Das Gemeindegesetz vom 5. März 1862 samt den Gemeindeordnungen für alle Kronländer in allen Nachtragsgesetzen sowie den einschlägigen Verordnungen, den Erkenntnissen des Reichsgerichts und des Verwaltungsgerichtes, Wien ⁹1895.

21 Werner Ogris, *Die Entwicklung des österreichischen Gemeinderechts im 19. Jahrhundert*, in: Wilhelm Rausch (Hg.), *Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert*, Linz 1983, S. 83–101, hier S. 96 f. (ohne Berücksichtigung der ethnischen Differenzierung); vgl. auch Jiří Klabouch, *Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich 1848–1918*, München 1968, insb. S. 144–155; ders., *Die Lokalverwaltung in Cisleithanien*, in: Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 2: *Die regionalen Repräsentativkörperschaften*, Wien 2000, S. 270–305.

22 Vgl. dazu: László Csorba, *Az önkényuralom kora (1849–1867)* [Der Neoabsolutismus 1849–1867], in: András Gergely (Hg.), *Magyarország története a 19. században* [Ungarns Geschichte in dem 19. Jahrhundert], Budapest 2003, S. 279–325.

Bürgermeister zugewiesen. Erst das Oktoberdiplom stellte einen kurzen Bruch in der neoabsolutistischen Regierung Ungarns dar, welches 1860 die Rückkehr Ungarns zum staatsrechtlichen System von 1848 ermöglichte. Weil die ungarische liberale politische Elite dieses kategorisch ablehnte,²³ kehrte man mit dem Schmerling-Provisorium zwischen 1861 und 1865 zur zentralisierten Kontrolle des Landes zurück.

Zwar wird diese Epoche in der ungarischen Geschichtsschreibung zumeist als ein Zeitalter der Stagnation dargestellt, obwohl manche repressiven Maßnahmen der Habsburger-Herrschaft die von der Revolution ausgehenden Modernisierungsimpulse verstärkten. Die in den 1850er-Jahren einsetzende wirtschaftliche Modernisierung des Landes, die in erster Linie durch Gesetze und Verordnungen des kaiserlichen Hofes gefördert wurde, unterstützte *top to down* und im imperialen Rahmen die langsam einsetzende kapitalistische Entwicklung des Landes.²⁴

Nach dem Ausgleich 1867 wurden die Städte durch drei Gesetze in die Struktur des Dualismus eingefügt: das Gesetz Nr. XLII/1870 über die Munizipien, Nr. XVIII/1871 über die Gemeinden und das sog. *Hauptstadgesetz* von 1873. Die drei Gesetze richteten damit ein dreistufiges System der Städte ein: Budapest und Fiume galten als sogenannte freie königliche Städte, während alle anderen Gemeinden entweder Munizipien oder sogenannte Städte mit eigenem Rat waren. Letztere standen unter der Zuständigkeit der Komitate. Dagegen waren Munizipien diejenigen, meist größeren Städte, die mit den Komitaten in Bezug auf die legislative Macht gleichgestellt waren, aber verwaltungstechnisch eine selbständige Entität bildeten. Daher stand, wie auch bei den Komitaten, an ihrer Spitze ein von der Regierung ernannter Obergespan, der die Verwaltung leitete und kontrollierte. Als wichtigstes Entscheidungsgremium fungierte das sogenannte Legislative Komitee, das sich aus den sogenannten Virilisten und den gewählten Mitgliedern zusammensetzte. Das leitende Amt des Komitees bekleidete der Bürgermeister.

Trotz dieser komplizierten Regelung lässt sich feststellen, dass die Städte ähnlich der cisleithanischen Statutarstädte zu Orten und ‚Nutznießern‘ der Modernisierung wurden, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Von den entstandenen Möglichkeiten, wie der Entwicklung der Eisenbahn, profitierte nicht nur die neue Hauptstadt, sondern auch die kleineren, regionalen Zentren wie Szeged, Kassa, Miskolc, Győr oder Debrecen. Sie konkurrierten sowohl mit Budapest als auch miteinander um die politischen und wirtschaftlichen Res-

23 Sie argumentierten damit, dass der Reichsrat die Souveränität des Landes verletzte. László, *Az önkényuralom kora (1849–1867)* (wie Anm. 21), S. 279–325.

24 Gábor Gyáni/György Kövér, *Értelmezési keretek [Kontext]*, in: dies., *Magyarország társadalomtörténete [Die Sozialgeschichte Ungarns]*. Budapest 2006, S.11–37, hier S. 26.

sourcen. Durch ihre Stellung schritt die Urbanisierung des Landes voran. Einerseits fand in den ersten Jahrzehnten des Dualismus, aufgrund der durch die Habsburger eingeleiteten wirtschaftlichen Modernisierung des Landes, eine noch nie dagewesene Industrialisierung in den Städten statt, andererseits strömte, damit eng verbunden, die Bevölkerung der Dörfer in die Städte. Diese Entwicklung stellte in den Bereichen Stadtbau, Infrastruktur, Verkehr und Versorgung enorme Herausforderungen an die rasant wachsenden Städte.²⁵

Obwohl die rechtlichen Grundlagen in beiden Reichsteilen unterschiedlich waren, eröffneten sie jeweils für die Stadtentwicklung den lokalen Akteuren einen weiten Handlungsspielraum, den sie ihre Chance nutzten, eigene nationalpolitische Interessen zu verfolgen und so zumindest die größeren Städte zu Keimzellen der Nationalbewegung auszubauen.

Lemberg sichern: Praktiken und Strategien zur Festigung polnischen Dominanz

Anders als in Städten wie Prag, die bereits im Zuge des *Provisorischen Gemeindegesetzes* vom März 1849 ein Statut, das heißt ein spezifisches Gesetz für die jeweilige Stadt erhalten hatten, eröffnete erst das Aufbrechen des neoabsolutistischen Regimes seit Ende der 1850er-Jahre und vor allem die Rahmengesetzgebung durch das Reichsgemeindegesetz von 1862 eine Chance, nun endlich die bereits in der Revolution artikulierte Forderung nach städtischer Autonomie wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Die durch die Reformära möglich gewordenen Freiheiten und das damit einhergehende abebbende Interesse der Wiener Zentrale an kommunalen Fragen, führte zu einer handstreichartigen ‚Polonisierung‘ der Lemberger Stadtverwaltung an der Jahreswende 1861/62.²⁶ Jedoch verstrichen noch acht Jahre, bis der Lemberger Statutenentwurf nach einigen Änderungen und heftigen Debatten im Stadtrat und Landtag im Oktober 1870 die kaiserliche Sanktion erhielt. Wichtig ist in diesem Rahmen festzuhalten, dass es den lokalen Akteuren dabei gelungen war, besondere Regelungen in Bezug auf das Wahlrecht entgegen der reichsrechtlich vorgesehenen politischen Gleichberechtigung der Juden durchzusetzen: sie führten eine Limitierung von 20 jüdischen Ratsherren bei 100 vorgesehenen Ratsmandaten und die Einführung

25 Tamás Dobszay, Zoltán Fónagy, *Magyarország társadalma a 19. század második felében [Ungarns Gesellschaft in dem 19. Jahrhundert]*, in: Gergely (Hg.), *Magyarország története a 19. században* (wie Anm. 22), S. 57–124, hier S. 114.

26 Hein-Kircher, *Lemberg sichern* (wie Anm. 7), S. 61–74; vgl. dies., *Die Entwicklung der Lemberger Selbstverwaltung im Rahmen der habsburgischen Gemeindeordnung von der Revolution 1848 bis zur Verabschiedung des Statuts 1870*, in: Markus Krzoska/Isabell Röska-Rydel (Hg.), *Stadtgeschichte in Polen*, München 2006, S. 83–106.

nur einer Wahlkurie zur Einschränkung eines zu starken Einflusses jüdischer Oberschichten ein.²⁷ Dass die Stadt trotz dieser prinzipiell gesetzeswidrigen Regelungen die kaiserliche Sanktion des Statuts erhielt, lässt sich mit einer gewissen Zermürbung, aber auch mit der Einsicht erklären, dass es für die Reichsregierung bedeutsamer war, eine nun handlungsfähige und zugleich über die besonderen Regelungen letztlich dem Kaiser verantwortliche Selbstverwaltung der Kronlandhauptstadt Galiziens zu ermöglichen.

Die Regelungen des strikten Zensuswahlrechtes führten auf lange Sicht zugleich zu einem fast vollständigen Ausschluss von Ruthenen aus der städtischen Selbstverwaltung, obwohl sie seit Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts Mitspracherechte auf lokaler Ebene und eine Wahlordnungsreform forderten.²⁸ Es gelang sie die polnischen Dominanzbestrebungen in der Stadtverwaltung und dem Stadtrat rechtlich abzusichern. Aus der Gesetzeslage heraus hatten die Lemberger kommunalen Akteure fast freie Hand erhalten, die Stadt nach ihren national-polnischen Vorstellungen zu entwickeln. Der von ihnen stets unterstellte und postulierte „polnische Charakter“ Lembergs musste faktisch erst implementiert und dann gesichert, das heißt im Wesentlichen vor ruthenischen Ansprüchen verteidigt werden. Hierzu gehörten nicht nur die Verhinderung der von den Ruthenen eingeforderten Wahlordnungsreform und die stringente ‚Polonisierung‘ der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik, sondern auch die angestrebte, möglichst umfassende ‚Polonisierung‘ der städtischen Kultur- und Bildungspolitik.

Die kommunalpolitischen Diskurse und Praktiken bezogen sich nicht auf die faktische ethno-konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung,²⁹ sondern darauf, wie die Stadt sich selbst darstellte. Hierbei spielten gerade kommunalen Kultur- und Bildungsinstitutionen eine wesentliche Rolle. Das Credo der Ratspolitik, dass der ‚polnische Geist‘ und damit das Polnische als Unterrichtssprache wichtiger seien als die Inhalte, verweist auf die kommunalpolitischen

27 Heidi Hein-Kircher, Jewish Participation in the Lemberg Local Self-Government: The Provisions of the Lemberg Statute of 1870, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts/Simon-Dubnow-Institute Yearbook 10 (2011), S. 237–254; dies., Polityczna integracja w mieście wieloetnicznym. Podstawy prawne i ich wpływ na sytuację Żydów we Lwowie po roku 1870 [Die politische Integration in einer multiethnischen Stadt. Rechtliche Grundlagen und ihr Einfluss auf die Lage der Juden in Lemberg nach 1870], in: Res gestae. Czasopismo Historyczne (2016), S. 29–42, URL: <<http://resgestae.up.krakow.pl/issue/view/233>> (zuletzt abgerufen am 09.01.2017).

28 Hein-Kircher, Lemberg sichern (wie Anm. 7), S. 151–164.

29 1910 betrug der Anteil an röm.-katholischer (polnischer) Bevölkerung rund 51 %, an griechisch-katholischer (ruthenischer) Bevölkerung 19 % und an jüdischer Bevölkerung knapp 28 %. Vgl. Rudolf M. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung, Marburg, 1994, S. 100–101, 109.

Intentionen, über die Sprachausbildung die Bevölkerung zu nationalisieren.³⁰ Allen diesen Einrichtungen schrieb der Stadtrat eine polnische *mission civilisatrice* und ‚historische Mission‘ Lembergs gegenüber den übrigen Nationalitäten zu.³¹ Freiwillige, aber in einem nationalpolitischen Sinne dringend notwendige Aufgaben waren daher für den Stadtrat etwa der Bau des 1901 eröffneten Städtischen Theaters, das auch – wie die Städtische Galerie als Ausweis der städtischen Modernität und das Historische Museum – die historische Mission Lembergs hervorheben sollte. Durch die Gebäude der Kultur- und Bildungsinstitutionen wurden im lokalen Raum die polnischen Ansprüche markiert, etwa durch das den Hetmamsdamm (*Wąły hetmańskie*) dominierenden Stadttheater, aber auch wegen ihrer Vielzahl und relativen Größe den gesamten städtischen Raum markierenden neuen Schulgebäude samt ihrer Benennung. Nicht zuletzt wurde die ‚Polonisierung‘ des städtischen öffentlichen Raumes durch eine nationalpolnische Ausrichtung der Denkmäler,³² politischen Symbole und städtischen Feierlichkeiten angestrebt, die jedoch unter dem ‚Dach‘ einer nicht angezweifelten habsburgischen Loyalitätspolitik stattfand.

In der Bildungs- und Kulturpolitik verdrängte der Stadtrat weitestgehend die nichtpolnische Bevölkerung. Ruthenische Ansprüche auf muttersprachliche Schulbildung wurden möglichst ignoriert, während die jüdische Bevölkerung durch polnische Schulbildung, durch die gerade die traditionellen Cheder, aber auch die von der jüdischen Gemeinde getragenen anderen Schulen ihre Grundlage verlieren sollten. Es handelte sich letztlich um eine auf beide Ethnien gerichtete Akkulturations-, wenn nicht gar Assimilationspolitik, während die multiethnischen Traditionen Lembergs von der Kommunalpolitik marginalisiert wurden. Hierbei gelang es den polnischen politischen Eliten, ihre Dominanz teilweise wider der grundlegenden Vorschriften zur Berücksichtigung der übrigen Landessprachen durchzusetzen. Dabei galt es den ‚polnischen Charakter‘ der Stadt zu sichern.³³

Aus dem Selbstverständnis der polnischen (kulturellen) Ersatzhauptstadt heraus sah sich der Stadtrat – wie eingangs bereits angedeutet – verpflichtet, „als Herd des geistigen Lebens des ganzen Teiles Polens“ zu wirken, weil dieser

30 Dies wird in zahlreichen Ratsdebatten deutlich, vgl. etwa *Gazeta Lwowska* 257 (11. 11. 1905), S. 4.

31 Etwa Tadeusz Rutowski, *W sprawie Galeryi miejskiej* [In der Angelegenheit der Städtischen Galerie], Lemberg 1908, S. 15.

32 Anna Veronika Wendland, *Macht, Medien und öffentlicher Raum in galizischen National- und Gesellschaftshäusern: Der Lemberger ruthenisch-ukrainische Narodnyj dim in seinem Kontext*, in: Rudolf Jaworski/Peter Hasliner/Heidi Hein-Kircher (Hg.), *Heimstätten der Nation. Ostmitteleuropäische Vereins- und Gesellschaftshäuser im transnationalen Vergleich*, Marburg 2014, S. 51–70, hier S. 54.

33 Hein-Kircher, *Lemberg sichern* (wie Anm. 7), S. 238–57.

„immer in der stetigen Gefahr seines nationalen Charakters ist.“³⁴ Der stets postulierte ‚polnische Charakter‘ Lembergs wurde daher durch die Geschichtspolitik und damit verbunden durch die Markierung des öffentlichen Raumes wie Benennungen von Straßen und Plätzen, die Denkmal- und nicht zuletzt die Erinnerungspolitik begründet, sodass der Eindruck einer fast vollständig monoethnischen Stadt erweckt wurde, zumal hierbei kaum galizisch-regionale, sondern allgemein gesamt-polnische Bezüge hergestellt wurden.³⁵ Die kommunale Geschichtspolitik und Selbstdarstellung umfasste das vom Stadtrat vertretene Narrativ der Leistungsschau und Selbstdarstellung von Lemberg als moderne polnische Stadt und ‚Bollwerk‘.

Visionärer Ausdruck der (Ersatz-)Hauptstadtrolle war nicht zuletzt das Schlagwort vom ‚schönen‘ (*piękny*) Lemberg, dessen grundlegendes Konzept der 1892 anlässlich der bevorstehenden Allgemeinen Landesausstellung gegründete Verschönerungsverein (*Towarzystwo rozwoju i upiększenia miasta Lwowa*) von anderen europäischen Städten abschaut und, wie diese, ‚Verschönerung‘ im Sinne einer intensiven vielschichtigen Stadtentwicklung verstand.³⁶ Gerade diese wurde im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts immer virulenter, auch weil sich auf Grund der Migration von vor allem armer Landbevölkerung in die Stadt die soziale Frage verstärkte. Auf einer anderen Ebene hatten moderne wissenschaftliche Erkenntnisse insbesondere über die öffentliche Gesundheit verdeutlicht, dass die Wohnverhältnisse, die städtischen Infrastrukturen der Wasserver- und -entsorgung dringend modernisiert werden mussten, um nicht die Gesamtbevölkerung durch Epidemien zu gefährden. Jedoch zweifelte der Stadtrat niemals an, dass es sich um ein polnisches und modernes ‚schönes Lemberg‘ handelte. Kurzfristiges Ziel war daher, die Stadt bis zur Allgemeinen Landesausstellung 1894 zu entwickeln; langfristig war diese Verschönerungsgesellschaft bestrebt, „bei den Stadtvätern den Geist des Fortschritts zu wecken [...] und dass mit der Zeit eine gesunde und schöne Stadt entsteht: das schöne Lemberg.“³⁷

Ein zentraler Aspekt der Vision war also die Modernität der Stadt, die der Stadtrat einerseits durch die Infrastrukturen zu demonstrieren versuchte, insbesondere in Bezug auf die Etablierung der 1894 eröffneten elektrischen Straßenbahn und seine Einflussnahme bei der Errichtung eines modernen, repräsentativen Bahnhofsgebäudes (1904). Die städtebauliche Regulierung gehörte

34 Aleksander Czołowski, *Muzea gminy miasta Lwowa* [Die Gemeindemuseen der Stadt Lemberg], Lemberg 1929, S. 14.

35 Deutlich wurde dies etwa in der Rede des Stadtpräsidenten Godzimir Małachowski anlässlich der Eröffnung des neuen Bahnhofsgebäudes: *Gazeta Lwowska* 71 (27.03.1904), S. 4f.

36 Statut *Towarzystwa rozwoju i upiększenia miasta Lwowa* [Statut der Gesellschaft für Entwicklung und Verschönerung der Stadt Lemberg], Lemberg 1892.

37 Statut *Towarzystwa rozwoju i upiększenia miasta Lwowa* (wie Anm. 36).

auch zu diesem Aspekt, die er vor allem entlang des Hetmansdammes und umliegender Straßenzüge dieser ‚neuen Mitte‘ realisieren konnte. Darüber hinaus waren die Regulierung – und damit verbunden – die Assanierung weiterer Stadtteile ein stets geäußertes kommunalpolitisches Postulat in Bezug auf die Stadtplanung, die vor allem aus finanziellen Gründen nur zu einem gewissen Grade erreicht wurden. Grundsätzlich umfasste die Vision des „schönen Lembergs“ auch die Verbesserung der sozialen Lage und der teilweise unhaltbaren Lebensbedingungen. Hinsichtlich aller Maßnahmen der wachsenden städtischen Leistungsverwaltung orientierte sich der Stadtrat an Lösungen anderer Städte und schickte hierzu mit Fachleuten und spezialisierten Ratsherrn beschickte Delegationen zwar auch nach Wien, vor allem aber in die Städte des Deutschen Reiches, deren städtische Infrastrukturen um die Jahrhundertwende europaweit als vorbildlich betrachtet wurden. Wichtige Ziele waren daher immer wieder Dresden, Leipzig und Berlin. Die einschlägigen Ausstellungen wie die Dresdner Städteausstellung 1903 wurden besucht.³⁸ Es ging hierbei immer darum herauszufinden, welches die beste Lösung für das jeweilige Problem war, wobei die Maßnahmen eben nicht einfach kopiert, sondern an die Lemberger Verhältnisse adaptiert wurden. Das „schöne Lemberg“ wurde schließlich zu einem Leistungsziel und Modernisierungsversprechen des Stadtrates und zugleich zu einer Aneignungs- und Legitimationsstrategie durch die kommunalpolitischen polnischen Eliten, indem sie immer wieder klarmachten, dass die Stadtentwicklung nur wegen der kommunalen Autonomie und damit wegen der Leistungen des (polnischen) Stadtrates, erreicht werden konnte und weiterhin werden könne. Dieses Modernisierungs- und Stadtentwicklungsprogramm entwarf somit eine grundlegende Vision einer modernen, aber dennoch national-traditionsbewussten Stadt. Wesentliches Ziel war es daher, Lemberg zu einer „großstädtischen Bedeutung“ zu führen, und als „natürliche Metropole“ von industrieller, kommerzieller, wissenschaftlicher und (polnisch-)nationaler Bedeutung auszubauen.³⁹ Insgesamt ging es den Akteuren nicht darum, Lemberg als habsburgische, sondern als polnische Metropole zu entwickeln und zu präsentieren.

38 Hierzu wurde beispielsweise eine Delegation mit dem städtischen Physikus, dem Bauamtsleiter, dem städtischen Schulinspektor und Ratsherrn zusammengestellt und 3000 Kronen bereitgestellt, vgl. *Gazeta Lwowska* 197 (29.08.1903), S. 4f.; vgl. etwa auch hinsichtlich des städtischen Volksschulwesens: Kazimierz Bruchnalski, *Szkolnictwo Ludowe na Wystawie Niemieckich Miast w Dreźnie w r. 1903* [Das Volksschulwesen auf der Deutschen Städteausstellung in Dresden 1903], in: *Derżavnyj Archiv L'vivs'koj Oblasti*, f. 3, op. 1, spr. 4898, Bl. 1–16.

39 Zitate: *Zakład Narodowy imienia Ossolińskich, Papiery Rutowskiego*, 13405/III, Bl. 72; vgl. *Sprawozdanie wydziału Towarzystwa dla Upiększenia miasta Lwowa i Okolicy za rok 1911* [Bericht der Gesellschaft für die Verschönerung der Stadt Lemberg und Umgebung für das Jahr 1911], Lemberg 1912, S. 14.

Budapests Strategie des Aufstiegs: Wissenstransfer zwischen national und international

Zwischen 1873 und 1914 verwandelte sich die aus drei Städten zusammengeführte Stadt Budapest in eine Industrie-, Medien-, Wissenschafts- und Kulturmetropole und in ein national-politisches Machtzentrum. Wie kein anderer Ort in der Region verkörperte Budapest die besondere Ambivalenz und Geschwindigkeit der Modernisierungsprozesse des Landes Ungarn. Die Stadt modernisierte und industrialisierte sich entsprechend der Vision der ungarischen liberalen Adelselite und der ungarischen Regierung. Den ungarischen politischen Akteuren schwebte nicht nur eine Wien ebenbürtige Stadt, sondern gleichzeitig der Aufstieg der ungarischen Hauptstadt zu einem regionalen wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum vor. (Anwendungs-)Wissen und dessen Transfer aus anderen Metropolen, insbesondere in Form von *best practices* auf dem Gebiet der Stadtmodernisierung, spielten in dieser Strategie des Aufstiegs eine zentrale Rolle: Die bewusste Entscheidung der Stadtverwaltung beziehungsweise anderer städtischer Akteure für bestimmte *best practices* zeigte sich in zahlreichen Bereichen der Stadtentwicklung und -planung, angefangen vom Ausbau der Straßenbeleuchtung bis hin zur Kanalisation. Dies wird beispielsweise bei der Konstruktion und den Funktionalitäten des Budapester Industriepalastes deutlich, der für die erste große Landesausstellung (Gewerbeausstellung) 1885 errichtet wurde.

Diese nationale ‚Leistungsschau‘ von 1885 wollte einerseits die nationale Identität und den Charakter der Hauptstadt stärken, aber auch dem heimischen städtischen Publikum sowie dem Ausland die Fähigkeiten, die Entwicklung, das Wissen und das Potenzial der ungarischen Ingenieure und Industrie zeigen. Damit reihte sie sich in die europäische Entwicklung der Gewerbeausstellungen ein.⁴⁰ Eingebettet in den städtischen Raum, schufen sie einen spezifischen, ausschließlich zu diesem Zweck gebauten und für die Städte des 19. Jahrhunderts charakteristischen Begegnungsort, an dem die Verbindung von Wissen und Technik in Form von Ingenieurswissen für jeden Besucher sichtbar, zugänglich und erfahrbar wurde. Dadurch entstand, ganz nach dem Willen und Programm der Initiatoren, ein besonderes urbanes Wissensformat, das sich sowohl architektonisch als auch als Medium der Wissensvermittlung im städtischen Raum etablierte. Darüber hinaus hatten Gewerbeausstellungen insbesondere in den *emerging cities* Ostmitteleuropas eine komplexe Funktion, indem sie die vielschichtigen Interessen der Nationsbildung innerhalb eines Imperiums, der Stadtentwicklung und zugleich des Wissenstransfers mit Blick auf die Indu-

40 Kenneth E. Carpenter, *European Industrial Exhibitions before 1851 and their publications*, in: *Technology and Culture* 13/3 (1972), S. 465–486, hier S. 466.

strieentwicklung erfüllen.⁴¹ Dementsprechend wiesen die Gewerbeausstellungen in den *emerging cities* eine gewisse ‚Multifunktionalität‘ auf: Erstens spielten sie eine bedeutende Rolle für die sich formierende nationale Identität; zweitens dienten sie wirtschaftlichen Zwecken, drittens transferierten sie Wissen sowohl an die ‚heimische Wissenschaft und Technik‘ als auch an das Publikum, insbesondere durch die Einladung von ausländischen Ausstellern. Darüber hinaus erfüllten sie repräsentative Funktionen und zugleich Werbeaufgaben als technische Leistungsschauen der nationalen Industrie und wurden als ein wertvolles Mittel der Strategie für den Aufstieg der Städte und der Region – von Zagreb bis Lemberg – wahrgenommen.⁴² All dies hatte letztendlich den Zweck, die jeweilige Stadt beziehungsweise Nation auf der Karte des ‚zivilisierten‘ und ‚fortschrittlichen‘ Europas zu verorten.⁴³ Von der Vielfalt der Aufgaben, die den großen, auf Landesebene organisierten Gewerbeausstellungen zukamen, trat die eine oder die andere stärker in den Vordergrund, abhängig von den jeweiligen politischen Konstellationen und Interessen: Während in den 1820er und 1830er-Jahren viele ‚nationale‘ Gewerbeausstellungen, wie in Prag 1828, in Berlin 1844 oder in Pest 1842, noch im Dienste der nationalen Bewegungen standen, präsentierte die Gewerbeausstellung von 1885 in Budapest das schon Erreichte, das Geleistete und beanspruchte damit einen Platz unter den etablierten Kulturnationen.

„The main building is, of course, the ‚Hall of Industries‘ [...] It is from the design of Herr Christian Ulrich, architect and engineer [...] The style is Italian Renaissance, which, owing to the hall being free on all sides, has been treated boldly. [...] The general effect, from an external point of view, is good, and the internal arrangement is most felicitous.“⁴⁴

Die detaillierte Beschreibung und das Bild des Industriepalastes in einer der wichtigsten Fachzeitschriften der Welt war eine klare Anerkennung der Bauleistung des ungarischen Bauingenieurs Christian Ulrich. Diese Anerkennung galt aber auch der Stadtverwaltung, deren Leitung mit Unterstützung der Regierung dieses Projekt ermöglicht und finanziert hatte. Mit der Eröffnung der Landesausstellung und der Errichtung dieser imposanten Gebäude hatten die Budapester Akteure signalisiert, dass die Stadt sowohl infrastrukturell als auch technisch fähig sei, eine so große und komplexe Unternehmung wie eine teils internationale Gewerbeausstellung zu organisieren und zu verwirklichen. Der neue Industriepalast wurde damit zum ‚materialisierten‘ Markenzeichen einer

41 Gantner, Industriepalast (wie Anm. 7).

42 Alexander C. T. Geppert, Exponierte Identitäten. Imperiale Ausstellungen, ihre Besucher und das Problem der Wahrnehmung, 1870–1930, in: Ulrike v. Hirschhausen/Jörn Leonhard, Nationalismen in Europa, Göttingen 2001, S. 182.

43 Kossuth Lajos, Az első magyar iparműkiállítás 1842-ben [Die erste ungarische Gewerbeausstellung 1842], in: Természettudományi Közlöny 26 (1894), S. 220–229, hier S. 221.

44 N. N., The Budapest National Exhibition, in: The Engineer (11.09.1885), S.196 und S. 198.

ambitionierten Stadtverwaltung und einer nationalen Wirtschafts- und politischen Elite und trug, als gebaute Manifestation des Fortschritts und der technischen Perfektion, zur Wahrnehmung der Stadt als Metropole bei, sowohl im In- als auch im Ausland, was sich in einem Artikel der *Neuen Freien Presse* über die Berichterstattung in der *Times* kurz nach der Ausstellungseröffnung zeigte:

„Der ganze politische, sociale, industrielle und ökonomische Umschwung, der sich in Ungarn seit 18 Jahren vollzogen hat, ist vollständig versinnbildlicht in der Umgestaltung von Pest-Ofen, welches früher aus zwei ärmlichen Städten bestand und nun eine großartige Musterstadt mit aller Schönheit und dem vollen Treiben einer Großstadt bildet.“⁴⁵

In dieser „großartigen Musterstadt“ Budapest bedeutete der Industriepalast – ein höchst moderner „Glasbau“⁴⁶ – nicht nur in seiner Materialität ein neues Kapitel in der Budapester Architektur, sondern vermittelte den Besuchern durch die imposante Glaskuppel, durch die riesigen, von Licht überfluteten Hallen das Gefühl von „Glanz und Metropolen-Flair“, wie der Reporter des populären ungarischen Magazins *Vasárnapi Újság* dies in seiner regelmäßigen Kolumne *Képek az országos kiállításból* (Bilder aus der Landesausstellung) plastisch beschrieb.⁴⁷ Der Industriepalast, wie alle anderen ähnlichen Glas-Eisen-Konstruktionen, die in den Großstädten Europas und ab den 1870er-Jahren in den amerikanischen Metropolen zu sehen waren,⁴⁸ ging auf die Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelte neuartige Technologie für die bauliche Verwendung von Gusseisen zurück.

Der Budapester Industriepalast 1885 hatte dem Publikum nicht nur das beschriebene neue Raumerlebnis vermittelt und damit das Flair einer Metropole, vielmehr wurde das Gebäude zum Symbol der aufstrebenden, modernen Stadt und damit einer Nation, welche sich dem Programm des Fortschritts und der Modernisierung verschrieb. Dies zeigte sich auch darin, dass in den Berichten über die feierliche Eröffnung der Ausstellung dem Gebäude fast genauso viel Achtung und Aufmerksamkeit geschenkt wurde wie den hochrangigen Besuchern und den Feierlichkeiten selbst. Die am 2. Mai 1885 auf einer 270.000 Quadratmeter großen Fläche und mit 600 Ausstellern eröffnete Landesausstel-

45 N. N., Pest und Wien, in: *Neue Freie Presse* 4731 (07.05.1885), S. 6.

46 Paul Scheerbart, *Glasarchitektur*, Berlin 1914, URL: <<https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/scheerbart1914>> (zuletzt abgerufen am 07.07.2019).

47 K. Imre Lajos, *Képek az országos kiállításból* [Bilder aus der Landesausstellung], in: *Vasárnapi Újság* 33/30 (1885), S. 5–7.

48 Burkhardt Bergius, *Glaspaläste der Künstlichen Nützlichkeit. Ausstellungsarchitektur des 19. Jahrhunderts*, in: Tilmann Buddensieg/Henning Rogge (Hg.), *Die Nützlichen Künste*, Berlin 1981. S. 163–173.

lung – die erste ihres Formats – war sehr gut besucht.⁴⁹ Die größten Sensationen lieferte die elektrotechnische Industrie: Der mit elektrischen Lampen ausgeleuchtete Stefánia-Ring und die technologischen Neuigkeiten der Ganz-Werke standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Diese Schau von neuen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen wurde auch von den Zeitgenossen als ein Raum für ‚Wissensaufnahme‘ betrachtet, was etwa der jährliche Kalender der Regierungspartei aus dem Jahre 1885 anmerkte: „Eines der Hauptziele dieser Ausstellung ist, dass das Handwerk des Landes die Erzeugnisse der fortgeschrittensten Standorte seiner Zunft kennenlerne und dadurch industrielles Fachwissen und Geschmack landesweit verbreitet werde.“⁵⁰ Das Zitat erwähnt damit eine weitere Funktion der Ausstellung und macht gleichzeitig klar, inwieweit sich die Budapester Landesausstellung von den anderen europäischen oder sogar amerikanischen Gewerbeausstellungen unterschied. Während die ersten großen Gewerbeausstellungen in Paris und London oder in Berlin vor allem den Wettbewerb zwischen den Ausstellern fördern und gleichzeitig die nationalen oder eben imperialen Leistungen präsentieren wollten, trat in den Gewerbeausstellungen der *emerging cities* auch der Wunsch des ‚Lernens‘, des Transfers von (Fach-)Wissen in den Vordergrund. Nicht nur das Handwerk sollte von der Industrie neue Techniken lernen, sondern ebenso die heimischen Aussteller von den ausländischen. Aus diesem Grund entschied sich das Ausstellungskomitee während der Vorbereitung der Landesausstellung dafür, die als national konzipierte Ausstellung für interessierte ausländische Aussteller zu öffnen. Damit verwirklichte die Landesausstellung eine komplexe Vermittlungsfunktion: *Best practices* und Fachwissen wurden für das Publikum zugänglich gemacht und der Austausch zwischen den Ausstellern ermöglicht. Der Industriepalast selbst realisierte diese verschiedenen Ebenen des Transfers in einer noch kompakteren, ‚materiellen‘ Form, nämlich mit seiner neuartigen, aber den Möglichkeiten der Stadt angepassten Architektur und durch die Zusammenarbeit der internationalen Akteure in den Phasen der Planung und später der Realisierung des Gebäudes.

Damit lässt sich sowohl im Falle des Industriepalasts als auch der Landesausstellung feststellen, dass es sich hier nicht nur um die unreflektierte Übernahme von in anderen europäischen Städten bewährten Modellen handelte, sondern um die bewusste Anpassung und Optimierung des jeweiligen Modells, durch die die nationale Leistungsfähigkeit und Modernität gleichermaßen demonstriert werden sollten. Dahinter verbarg sich eine bewusste nationale Stra-

49 Vámos Éva Katalin, *Iparkiallítások Magyarországon a XIX. század második felében* [Gewerbeausstellungen in Ungarn in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts], in: *Technikatörténeti Szemle* 1–2 (1963), S. 193–206, hier S. 198–199.

50 Szabadelvű Párti Naptár az 1885. évre [Kalender der Liberalen Partei für das Jahr 1885], Budapest 1885, S. 125.

ategie, deren Ziel es war, mithilfe der Ausstellung und des Industriepalasts nicht nur die Ergebnisse und damit die kreative Energie und Entwicklung der heimischen Industrie und Ingenieurwissenschaften darzustellen, sondern gleichzeitig die Fähigkeit und den Willen der Hauptstadt zu demonstrieren, zu einer Metropole zu werden.

Fazit

Die exemplarisch skizzierten Stadtentwicklungen Lembergs und Budapests zeigen zusammenfassend, dass die rechtlichen Rahmungen wichtige Ausgangspunkte für die Stadtentwicklungsprozesse waren. Obgleich die Auslagerung staatlicher Aufgaben in die Kompetenzen der Städte zu einer weiteren Durchstaatlichung im Sinne einer intensivierten administrativen Durchdringung führte und das Reich hiermit versuchte, den Herausforderungen zu begegnen, die sich aus den politisch-administrativen, gesellschaftlichen und sozialen Modernisierungsprozessen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergaben, gaben die rechtlichen Grundlagen den lokalen, meist liberalen Akteuren quasi freie Hand. Der administrative Aufbau auf kommunaler Ebene als Ausdruck dieser Entwicklung gab hierbei die Themen vor, die in Eigenregie ohne größere staatliche Eingriffe bearbeitet werden konnten. Hierdurch konnten sie Strategien für den Aufstieg ‚ihrer‘ Städte ausarbeiten. Ohne diesen Handlungsspielraum wären die Städte nicht in dieser Form zu Schnittstellen der Nationalisierungs- und Modernisierungsprozesse geworden.

Die Strategien der lokalen Akteure zur jeweiligen Stadtentwicklung fußten vor allem darauf, über Wissenstransfer und die Orientierung an *best practices* die jeweilige städtische Entwicklung zu dynamisieren. Die bislang unterstellte Rückständigkeit der ‚peripheren‘ Städte war also eine Handlungsressource für die Entwicklung von Praktiken und Strategien des Aufstiegs geworden. Hierbei wurden nicht einfach Lösungen nachgeahmt, sondern Entscheidungen für oder gegen eine Übernahme bewusst gefällt, wodurch diese Lösungen adaptiert und produktiv den eigenen Bedingungen und Interessen entsprechend weiterentwickelt wurden, wie die hier skizzierten Dynamiken in Lemberg und Budapest zeigen. Beiden Städten gelang es hierdurch, sich nicht nur zu modernisieren, sondern auch ihre regionalen Machtansprüche zu etablieren. Deutlich wird an diesen Beispielen, dass Urbanisierung und Stadtentwicklung sowie der dafür notwendige Wissenstransfer nicht ohne ‚nationale‘ Interpretationen der lokalen Entscheidungsträger stattfinden konnten. Somit waren die imperialen Herausforderungen vielschichtig, eröffneten aber unterschiedliche Chancen für lokale Eigendynamiken, um nochmals mit dem Lemberger Bürgermeister Edmund Mochnacki zu sprechen, das „eigene Schicksal selbst zu lenken“.

Obwohl die rechtlichen Rahmungen dazu gedacht waren, eine gewisse Einheitlichkeit der Entwicklung in den einzelnen Reichsteilen zu ermöglichen, führten sie zu einer letztlich paradoxen, aber sehr dynamischen Situation: Sie verstärkten die nationalen Separationstendenzen und gerade in den multiethnischen Kontexten die Dominanzansprüche meist einer Nationalität, die wiederum zu nationaler Homogenisierung neigte. Dies wiederum verstärkte die Nationalitätenkonflikte, die teilweise in Gewalt eskalierten. Die Durchstaatlichungsabsichten wurden somit zu Mitteln für die Verwirklichung eigener nationaler und lokaler Interessen. Dieser Befund stellt daher deutlich das traditionelle Verständnis der Habsburgermonarchie als „Völkerkerker“ infrage⁵¹ – die hier erwähnten rechtlichen Rahmungen boten über die bislang in der Forschung fast ausschließlich beachteten Sprach- und Schulfrage hinausgehend eine völlig andere Grundlage für diese Prozesse und eröffneten erhebliche Handlungsfreiräume für die lokalen, nationalbewussten Akteure.

51 Erstmals als umfassender konträrer Blick auf dieses Bild: Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016.

Imperial Challenges in Austro-Hungarian Multicultural Cities¹

The terms of ‘multiculturalism’ or ‘pluriculturalism’ were not used by the contemporaries of the Habsburg Monarchy. The concept of the Empire was framed by its territorial definition and by the ruling dynasty. Its inhabitants were to become citizens only after the enactment of the Constitutional laws of December 1867. The territories of the Empire were either hereditary possessions of the Crown (*Kronländer*) with their historical rights or provinces ruled by Vienna or Budapest. The diversity of tongues and confessions was considered under the terms of ‘peoples’ (*Völker*) or ‘ethnic group’ (*Völkstamm*); the whole was conceived as a ‘multinational state’ (*Vielvölkerstaat*). In his recent book about the Habsburg Empire Pieter Judson discusses the use of the term ‘nationality’ by historians and suggests that we should keep on speaking of ‘groups’. Indeed the ‘nationality’ was not a category but a commodity of language and of course an element of the political discourse at the same time. It was thus a construction and was not relevant for the daily practice. In this respect he is right in pointing to the fact that conflicts broke between nationalists and not between ‘nationalities’ thus not involving an entire people.² The mobility of some groups was very characteristic: military, bureaucrats, merchants, students, and thus enabled transfers and exchanges. Before 1867, self-identification was defined by religion and territorial belonging, what is generally called the ‘patriotism of the land’ (*Landespatriotismus*) that is the attachment to ‘small homelands’. The culture that characterized the Empire was thus fragmented, moving and fluid between groups and territories.³ People had multiple identities that were superseded by dynastic loyalty composed of shared symbols and historical references. The

1 This contribution is part of a book project on twelve multicultural cities (Arad, Brünn/Brno, Czernowitz/Černivci, Fiume/Rijeka, Lemberg/L’viv, Nagyvárad/Oradea, Pressburg/Bratislava, Sarajevo, Szabadka/Subotica, Temesvár/Timișoara, Trieste, Zagreb) of the Habsburg Empire that will be published by Central European University Press.

2 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016, p. 270.

3 For a recent analysis of this question, see Johannes Feichtinger/Gary B. Cohen (ed.), *Understanding Multiculturalism. The Habsburg Central European Experience*, New York 2014.

Emperor and king addressed them as ‘My peoples’, ignoring the category of ‘citizens’ that would have been a recognition of the political nature of society.

The central authorities emphasized the diversity as a positive particularity of the monarchy. The endeavor of Crown Prince Rudolf to publish the series called *Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild* was clearly the expression of the wish to show unity through diversity.⁴ Journalists, academics and scientists were commissioned to write about the peculiarities, beauties and productions of the Empire and its populations. The concept lying behind this enterprise was obvious: Austria-Hungary exists thanks to the dynasty, the peoples and the institutions (army, bureaucracy, churches). The collection was supposed to illustrate these abstractions and to enhance the qualities of each territory. Most volumes appeared actually after Rudolph’s death in 1889; the last one came out in 1902. One or several volumes were dedicated to each land according to its size and historical signification for the monarchy. Following the *Zeitgeist*, the ethnographical approach played a great part and this had also the advantage of insisting of the ethnic plurality of the Empire by showing each nationality on equal terms. The backward provinces were considered with a paternalist tone and colonialism is certainly not absent from the volumes dealing with Bucovina and Bosnia-Herzegovina.⁵ But on insisting on diversity the volumes also contributed to reify the differences and justify national identification. The Austrian initiative led to the publication by the Hungarian government of a similar collection at the occasion of the Millenary celebration of 1896.⁶ The direction of the work was provided by the Hungarian academy of sciences. The celebration of Francis Joseph’s jubilee in 1898 gave the opportunity to launch a new publication aimed at putting forward the unity of the monarchy. It was sold through subscription and advertised in the press as “literary memorial to our Emperor” (*literarisches Kaiser-Denkmal*). Titled *Unsere Monarchie*,⁷ the series edited by Julius Laurenčić was more popular and less scientific than the *Kronprinzenwerk*; it was translated into Czech (*Naše monarchie*), Polish (*Nasza monarchia*) and Italian (*La nostra monarchia*). Since the Hungarians were at the same time publishing their own collection regarding only Transleithania, this one focused only on Cisleithania. On the eve of World War One, another popular edition was launched in the same spirit by Sigmund Schneider where the term

4 See Christiane Zintzen, *Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild: aus dem Kronprinzenwerk Erzherzog Rudolf*, Wien 1999.

5 *Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Die Bukowina*, Bd. 8, Wien 1899; *Bosnien und Herzegovina*, Bd. 22, Wien 1901.

6 *Magyarország vármegye és városai [Counties and Cities of Hungary]*, Budapest, 1896–1902.

7 Julius Laurenčić (ed.), *Unsere Monarchie. Die österreichischen Kronländer zur Zeit des 50 Jährigen Regierungsjubiläums Sr. k. u. Apost. Maj. Franz Joseph I.*, Wien 1897–1898.

Vaterland explicitly referred to Austria as a dynastic entity supposed to infuse patriotism to everyone.⁸

Considering that most territories were crown lands with historical rights and representation (diets) the Empire could indeed foster national definition together with dynastic loyalty; furthermore it recognized other peoples making of the concept of nationhood an element of identification that was not incompatible with Austrian patriotism. Moreover the new form of constitutional imperial rule found its justification in the ability to promote the development of the constituent nations.⁹ A dialogue was thus established that gave each of the protagonists their coherence.

The cities were the places where these activities came to being: schools, associations, libraries, theatre and press became increasingly multicultural which means that the offer was no more centered on the language of the majority and/or dominant group. The identification with the territory was increasingly challenged by the identification to a nationality that went beyond it. Here the difference between Austria and Hungary is of a particular relevance: Austria was conceived as a dynastical state made of territories 'belonging' to it; Hungary on the contrary was from its medieval origins on a centralized state that did not recognize provincial autonomy except for the Kingdom of Croatia-Slavonia with which it was united since 1102 and for Transylvania that was considered part of the Hungarian kingdom but composed of three nations represented at the diet (Hungarians, *Székely*, Saxons). This explains partly why the Hungarians had less difficulty defining and imposing the Hungarian identity to the whole country, than the Austrians whose identity was subsumed in the dynastic loyalty.¹⁰ Many cities acquired a national symbolic signification for one of its components and this led naturally to competition and conflict in the public space. But polyethnic cities were more or less spared this identification as shows the example of Czernowitz.¹¹

Multiculturalism in the Habsburg cities is also very much linked to discourses of identity. We will try to determine if the citizens, perceiving indeed their city as multicultural, identified themselves with one or more cultures. Perceptions and reception are the most difficult elements to be defined by historians because we lack enough sources to determine how the people perceived the messages send by

8 Sigmund Schneider (ed.), *Mein Österreich, mein Heimatland. Illustrierte Volks- und Vaterlandskunde des Österreichischen Kaiserstaates*, Wien 1914.

9 Judson, *The Habsburg Empire* (see note 2), p. 270.

10 On the meaning of the allegories of 'Austria', see Selma Krasa-Florian, *Die Allegorie der Austria. Die Entstehung des Gesamtstaatsgedankens in der österreichisch-ungarischen Monarchie und die bildende Kunst*, Wien 2007.

11 Harald Heppner, *Hauptstadt im südöstlichen Europa. Eine Zusammenfassung in: id. (ed.), Hauptstädte zwischen Save, Bosphorus und Dnjepr*, Wien 1998, p. 217.

national groups on one side, and by the central authorities and the dynasty on the other side. It is not easy to prove if they reacted according to these perceptions. Attendance at celebrations, demonstrations, signing of petitions, letters to the press and electoral participation are indications of how people interpreted the messages.

Memory is a key component in discourses of identity that were constructed after the demise of the Habsburg monarchy. Already before 1918 there was a competition between memories of national pasts and Habsburg memories. But the latter were also constructed. The memorials erected in the cities bear witness to this competition and reveal the coexistence of dynastic loyalty along with national pride. Hence it seems that both perspectives did not necessarily exclude each other. National discourse was adopted neither spontaneously nor quickly, people could not immediately adhere to imagined and distant historical moments; the essentialism of nation as diffused by the nationalist leaders at the end of the 19th century must not mislead our analysis of the perceptions of the contemporaries. More than 'imagined', the community that was to become a nation was constructed using historical memories and symbols of a mythic past. This past was shown as static but leading to a glorious future, whereas the society of the last decades of the 19th century was extremely mobile and dynamic. Multiple identities could coexist without generating conflict, and they cannot be ascribed to national categories only. In this respect the multicultural city is a paradigm of this evolution and an analytical tool as well. It offers a concentration of actors and institutions that are the vectors of discourses and the animators of society. Each town becomes thus a laboratory for historical inquiry.

The loyal city: Memorializing the Habsburg

As demonstrated by the Poles in Lemberg, the dimension of Habsburg loyalty was crucial in the definition of city patriotism. This is not surprising in the context of Galicia where the Poles enjoyed not only a better situation compared to their compatriots in Germany and Russia but also hegemony over the Ruthenians. In the absence of alternative to the reconstitution of the Polish kingdom their faithfulness to the Habsburg Empire was not questionable. No Polish irredentism could thus exist and the only contestation possible was against measures considered too favorable to the Ruthenians. The latter were accordingly seen by Vienna as *gens fidelissima* notwithstanding the attraction of Russia for some of them. On the whole they had very good reasons to expect everything from the intervention of the emperor and that is why his visits or the ones paid by members of his family were occasions to demonstrate loyalty. Here again the irredentist temptation was not a serious alternative. The same could be said for

Slovenes and Slovaks but the first had to struggle against Italian nationalism and the second against Hungarian domination. Therefore the visits of the sovereign in the cities were often interpreted by the minorities as a support for their claims and they saw here the opportunity to make them loud. Indeed Francis Joseph gave audiences to everyone: religious leaders, associations, interest groups, but not explicitly to linguistic minorities since this would have been contrary to the state policy; he attended services in churches, temples and synagogues. The audiences were the occasion for the minorities not only to show their faithfulness but in doing that also to appeal to the intervention of the sovereign against the dominant group. There was something like a competition over loyalty, each group being eager to present its credentials. The emperor was seen as a warrant of religious tolerance, a characteristic inherited from Joseph II. So, as Peter Urbanitsch remarks, religion was instrumentalized both by the dynasty – for example Francis Joseph leading the Corpus Christi procession bare-headed – and by some national movements claiming religion as a basis of their identity.¹²

Francis Joseph travelled extensively in both parts of the empire so that many citizens have had the opportunity to see the sovereign at least once. Each year in September the maneuvers took place in another place of the territory thus giving the possibility to visit the neighboring cities. When the choice of the place was announced there was considerable excitement over which city was going to host the emperor or the king. As soon as the route was known, the chosen city mobilized in order to welcome the sovereign in the best way possible. Apart from these yearly visits Francis Joseph also travelled when there was a particular event or commemoration.¹³ The inauguration of an important building or memorial was one criterion and so was also the commemoration of historical dates like the 500th anniversary of Trieste's belonging to the Habsburg monarchy. As seen for Lemberg the combination of commemoration with exhibition made the coming of the emperor nearly an obligation. Hence there seem to have been no 'distance dependency' in the agenda of the visits: the emperor was concerned not to advantage any of his lands (apart from residence cities like Vienna and Budapest) and as king of Hungary he did not neglect Transleithania either. Yet he never visited Szabadka although he travelled relatively often to Southern Hungary but the town had no relevance in terms of strategy so that maneuvers did not take place nearby; it did not organize any meaningful event that would have necessitated royal attendance. In general Francis Joseph tended to travel less in his old

12 Peter Urbanitsch, *Pluralist Myth and Nationalist Realities: The Dynastic Myth of the Habsburg Monarchy – a Futile Exercise in the Creation of Identity?*, in: *Austrian History Yearbook* 35 (2004), p. 108.

13 Urbanitsch, *Pluralist Myth and Nationalist Realities* (see note 12), p. 122.

age and concentrated his visits to absolute necessary objectives like Sarajevo in 1910 or to places nearer to Vienna.

To palliate the aging sovereign, an alternative were visits of archdukes who were either residing in the cities or travelling to them when there was an occasion requiring the presence of the dynasty. In this respect there was a noticeable difference between Austria and Hungary: there resided the Palatine family and Archduke Joseph had the advantage of representing at the same time his grandfather whose memory was cherished by the Hungarians and the royal family. This was considered a sufficient reason for the other archdukes not to travel to Hungary where they would not necessarily be welcome. The respect due to the king did not extend to the whole family. Exceptions were his son Rudolf as long as he lived, his mother Elisabeth 'Sissi,' and Archduke Friedrich who lived permanently in Pozsony (Pressburg, Bratislava). The latter was a significant personality of the town until his death in 1902 and so was his wife, Isabella, who played a considerable role in the city's life by sponsoring many associations – indeed most Catholic ones – and attending public events. These 'local' Habsburg could thus replace the sovereign and be also elements of city patriotism: their palace and social life would make the citizens proud and feeling privileged in front of other cities having 'only' aristocrats or civil elite.

In this respect Pozsony was certainly a particular place: it was very near to Vienna and historically linked to Austria as well as to Hungary for having been coronation site from the 16th to the beginning of the 19th century. The coronation hill still existed on the Danube bank but it was neglected and threatened by the progress of the urban planning: at the beginning of the 1890s there were initiatives to perpetuate the site as a place of memory.¹⁴ A project was finally made to create a square and to erect a statue of Maria Theresia. Commemorating the 'king' was an adequate way to associate Habsburg loyalty with Hungarian collective memory. Maria Theresia was perceived as an incarnation of the *Gesamtmonarchie* and thus combined both Austrian and dynastic patriotism.¹⁵ Sculptor János Fadrusz (1858–1903) was commissioned to create a monument that would celebrate Maria Theresia as well as Hungarian faithfulness towards her.¹⁶ It was thus supposed to deliver the message that Hungary was still belonging to the empire. The city's pride was based on that historical memory and the importance of the monument needed not to be demonstrated. The inauguration was planned for 16 May 1897 in the presence of the king. Actually the

14 Von unserem Krönungshügel, in: Pressburger Zeitung 316 (17. 11. 1891, Morgenausgabe), S. 2.

15 Krasa-Florian, Die Allegorie der Austria (see note 10), p. 154.

16 It was to be Fadrusz's first significant work. He was then famous for his statue of King Mátyás that was inaugurated on Kolozsvár's (Cluj) main square in 1902, thus shifting from Austro-Hungarian to Hungarian patriotism.

statue was already finished during the winter but bad weather made its unveiling impossible under good conditions. The festivities took an exceptional dimension and arose great agitation in the town where a year before the Millennium celebrations had already attracted many visitors. The affluence of guests was so considerable that the municipality had to ask the inhabitants to provide lodging for them.¹⁷ The visit of Francis Joseph lasted for the whole day and ended with a gala performance at the theatre for which Archduchess Isabella and Count Géza Zichy were the patrons: the systematic alliance of Austrian and Hungarian personalities during the ceremonies was of course remarkable. The theatre performance was an evocation of Maria Theresa's coronation in Pozsony as well as her later visit to the Diet to ask for the support of the representatives: the text was written by Count Zichy and recitation was to be performed among others by the star actress of the Hungarian national theatre, Mari Jászai.¹⁸ The inauguration was to be a great moment associating local pride with dynastic loyalty. The *Pressburger Zeitung* devoted a twenty-page special issue to the event. Upon his arrival Francis Joseph was welcomed at Archduke Friedrich's palace and attended open-air mass on the spot of the celebration; the Hungarian anthem was played (there is no mention of the imperial anthem); mayor Gustav Dröxler delivered a speech inviting the king to unveil the monument.¹⁹

The special edition issued on the next day relates the impressions of the king. As usual Francis Joseph refrained from any critic but in this case he could not hide his preference for the modeling of the horse! The king was ecstatic about the atmosphere of the city: "I always come with pleasure in this town that is so dear to my heart." He was accompanied by the heir to the throne Francis Ferdinand and his brother Otto as well as by other members of the royal family: the considerable presence of the dynasty was exceptional and resented as such by the town.²⁰ From the Hungarian side the local landed aristocracy was represented by Prince Miklós Pálffy and Count Zichy. Francis Joseph complimented the sculptor on his ability to model the horse and was also eulogistic on the Hungarian magnate standing on the side of Maria Theresa, but he did not utter a single word about his ancestor.²¹ From there the king proceeded to the Franciscan Church to commemorate the 600th anniversary of its foundation. In the afternoon he gave audiences among which to the municipal council and the religious communities before attending the gala evening at the theatre and going back to Vienna. On the

17 *Pressburger Zeitung* 124 (05.05.1897), S. 2.

18 *Pressburger Zeitung* 130 (11.05.1897), S. 2.

19 *Pressburger Zeitung* 135 (16.05.1897, Sonntagmorgen, Sonderausgabe), S. 6.

20 *Der Enthüllungstag*, in: *Pressburger Zeitung* 136 (17.05.1897, Abendausgabe), S. 2.

21 The monument was destroyed as a symbol of Habsburg rule by the Czechoslovak army as soon as it took possession of the town. Moritz Csáky, *Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa*, Wien 2010, p. 308.

way to the station he had the opportunity to see ‘Pozsony by night’ for the city was illuminated in his honor. During the week following the inauguration the press continued to report on various aspects thus maintaining the interest of the public and celebrating local pride. However it was certainly easier to commemorate a personality about whom there was a consensus in Hungary than to celebrate the present ruler. Indeed only one relevant statue of Francis Joseph was erected on the Hungarian territory (a bust of him was put up in the arcades surrounding Szeged cathedral): he was one of the Habsburg rulers figuring on the colonnade of the Millennium monument in Budapest. There were not so many in Austria either because of the difficulty to portray someone who was still alive.²² His wife, Elisabeth, who had shown sympathy for the Magyars before 1867 was more willingly commemorated after she was assassinated in 1898: statues of her are still standing in Budapest, Esztergom and Makó.²³

The same could be said for Trieste where apart from the monument dedicated to Maximilian, no other Habsburg ruler was honored there except Elisabeth. The creation of the memorial was not consensual either for already at the news of the assassination there had been some troubles in the city. The information that the murderer was an Italian caused spontaneous demonstrations of hostility against irredentism. The press insisted on the fact that Luigi Luccheni was an anarchist born in Paris and living in Switzerland but the Italian newspapers were uncomfortable about the possible identification in the public opinion. *Il Piccolo* tried to put the blame on the Slovenes by mentioning that another anti-Italian demonstration had taken place in Laibach. In Trieste a crowd of some 200–300 persons shouted “abasso” (down) and marched in the streets. The paper was outraged at the apparent passivity of the police.²⁴ In the end some thirty people were indeed arrested but the troubles went on for a few days. *Il Piccolo* noted with some perfidy that the arrested persons bore German and Slavic names.²⁵

The project of erecting a monument to Empress Elisabeth was first mentioned in 1900: it emanated from an initiative of workers shocked by the fact that the murderer was presented as a worker. They wanted to unite in their project the populations of the littoral but as was expected, they could not find enough financial support. In 1902 a committee was constituted with prominent names susceptible to attract donations.²⁶ One of the leaders was Mario Morpurgo, member of one of the wealthiest Jewish families of Trieste. Finally a considerable

22 Urbanitsch, *Pluralist Myth and Nationalist Realities* (see note 12), p. 121.

23 In other places as well she was spared the *damnatio memoriae* that befell her husband: she had played no part in the ruling system and was somehow ‘sanctified’ by her tragic death.

24 *Il Piccolo*, 6091 (12.09.1898) S. 1.

25 *Il Piccolo*, 6092 (13.09.1898) S. 1.

26 *Festschrift aus Anlass der Enthüllung des Kaiserin Elisabeth Denkmals in Triest. Separat-Ausgabe des Triester Tagblatt, Triest 1912*, p. 36.

amount of money was raised and the committee started with the call for projects in 1906. The competition was successful; 58 applications were received and displayed in the main hall of the stock exchange (*Borsa*) in 1908.²⁷ The date marked the 10th anniversary of the assassination as well as the celebration of the emperor's jubilee. There is very little mention about that in the Italian press that seems to have shown less interest for the monument. Yet the location chosen was significant: the square in front of the southern railway station. The Viennese sculptor Franz Seifert was commissioned to build the monument representing Elisabeth standing in front of an armchair and flanked with art-nouveau reliefs of female allegories and people paying homage to her. Seifert was already known for having designed funerary monuments and memorials such as the one dedicated to Strauss and Lanner in the park of the Viennese town hall (*Rathauspark*).²⁸ The inauguration was first planned for 1911 and finally took place on 15 December 1912:²⁹ it was not a major event, barely mentioned in the local press, the emperor was represented by his son-in-law Archduke Francis Salvator, a mass was served by the Trieste bishop and the chorals – among them the Elisabeth-anthem – were performed by the *Triester Männergesang-Verein* thus giving the ceremony an entirely Habsburg character.

The dynastic commemorations were another moment of identification meant to unite all citizens regardless of language or faith. Two major celebrations were organized all over the empire for Francis Joseph jubilees in 1898 and 1908. The former was overshadowed in Hungary by the success of the Millennium festivities of 1896 and there was less enthusiasm and money to glorify the sovereign; but it also was burdened by Elisabeth's death in September: most of the festivities that were to take place at year's end had to be cancelled. In Hungary 1898 proved to be problematic because of the planned commemoration of the fiftieth anniversary of the 1848 Revolution. Following the Compromise and the subsequent coronation of Francis Joseph, the Hungarians had developed their own dynastic agenda: they celebrated in 1892 the 25 years of this event and planned to organize the 50th jubilee in 1917. They therefore engaged in what Péter Hanák called – paraphrasing Robert Musil's *Man without Qualities* – a “parallel action” to commemorate the Revolution but the debate was fierce at the Parliament over which date to choose: March 15 was already unofficially celebrated but sensible whereas April 11 (the day on which king Ferdinand ratified the existence of an independent government) was seen by the government of Baron Dezső Bánffy as

27 Die Entwürfe für das Kaiserin-Elisabeth Denkmal in Triest, in: *Triester Zeitung* 57 (09.03.1908), S. 2.

28 Festschrift aus Anlass der Enthüllung des Kaiserin Elisabeth Denkmals in Triest (see note 26), p. 38.

29 Il monumento all'Imperatrice Elisabetta per Trieste, in: *La Monarchia* 25 (01.11.1910) S. 1.

respecting dynastic loyalty. After much quarrelling, April 11 was maintained but many cities and schools organized their own festivities on March 15.³⁰

Following this, the 1908 jubilee was deemed to be particularly significant: politically it was marked by the annexation of Bosnia and Herzegovina seen as a 'present' made to the emperor. On the level of public commemoration all cities emulated in preparing programs to honor the sovereign. Actually the main part of the celebrations was held in Cisleithania; Hungarian cities did commemorate but the government did want the jubilee to be a particular event. In the press the dates related to the king (his birthday on August 18th, name day on October 4th, and date of access to the throne on December 2nd) never occupied the front page; the celebrations held in Vienna were merely mentioned in the news; the local festivities were of course reported but they concerned mostly the civil and military authorities without conferring a significant role to the citizens. Since many of the minorities of the Hungarian kingdom were contesting the national agenda imposed by the government they made regular appeals to the king to intervene: thus there was no zeal to celebrate the dynasty. Francis Joseph was respected but not completely forgiven for his role in the suppression of the 1848 Revolution. The subordination of Hungary to Austria was therefore not willingly recalled. Hungarians preferred to insist on their own achievements inside of the monarchy. Only in towns where the German minority was still meaningful did the attachment for the dynasty play an important role: on the first place in Pozsony, but also in Temesvár. The Hungarian authorities had to cope with this and complied by doing their duty but they organized at the same time enough events exalting Hungarian historical memory. The municipalities composed of Germans and Hungarians functioned along this balanced policy.

In other cities the minority was often more faithful or at least eager to demonstrate its loyalty: it was the case with Slovenes in Trieste and Ruthenians in Lemberg. Francis Joseph's visit to Lemberg in 1880 coincided with two 'parallel' celebrations, if we accept Hanák's terms: Ruthenians commemorated the centenary of Joseph II's accession to the throne and the subsequent abolition of serfdom; Poles had their own agenda with the commemoration of the 1830 Revolution. The latter wanted to combine "loyalism and promotion of Polish national interests."³¹ However neither Poles nor Ruthenians managed to speak in

30 Péter Hanák, 1898. A nemzeti és az állampatrióta értékrend frontális ütközése a Monarchiában [1898. Brutal confrontation of national and state patriotism values in the monarchy], in: id., *Akertés a műhely* Budapest 1999, p. 91. Published in German: *Die Parallektion von 1898. Fünfzig Jahre ungarische Revolution und fünfzigjähriges Regierungsjubiläum Franz Josephs*, in: *Österreichische Osthefte* 1985, p. 366–380.

31 Daniel Unowsky, *Celebrating two Emperors and a Revolution. The Public Contest to Represent the Polish and Ruthenian Nations in 1880*, in: Laurence Cole/Daniel L. Unowsky

one voice: the Poles did not succeed in making the celebration (it was a regular event taking place every year) something particularly impressive; the Ruthenians were divided: Russophiles wanted to use the occasion to petition the sovereign whereas Ukrainophiles persisted in seeing Francis Joseph as Joseph II's heir; in the end they preferred to show the picture of unity.³²

In Brünn on the contrary Germans were of course considered by the Czechs as objective allies of Vienna and there was a reluctance to participate in ceremonies that were seen as instrumented by the majority. However there were practically no examples of demonstration of hostility or refusal to attend dynastic ceremonies. The authorities were cautious to avoid any movement of contestation: on both sides of the monarchy town halls and public buildings were decked with flags, streets were illuminated, services were held by all religious leaders, the military music marched and entertained the public. Everybody was concerned and celebrated together. Cases of separate festivities did not occur in the cities we are concerned with but nevertheless this could happen: in December 1908 in Laibach the unveiling of a statue of Francis Joseph was the occasion of a considerable celebration of city patriotism but it was interpreted by the Germans as a demonstration of Slovene nationalism (the town had by then become largely Slovene) and therefore they organized their own commemoration at the city theatre.³³ It was not less patriotic and loyal than the Slovene celebration, but it was undoubtedly distinct thus meaning that the transnational aspect of dynastic loyalty was somehow lost.

Just as in Laibach the jubilees were the occasion to build new infrastructures and also to create foundations mainly for schools and charity. In this respect each group put its initiative under the aegis of Francis Joseph: this was not only symbolic because the sovereign had to give permission to use his name for these various initiatives. The foundations multiplied in 1898 as well as in 1908 providing scholarships and assistance to needy pupils and students. The phenomenon was particularly remarkable in Brünn where Germans and Czechs competed in founding new charity institutions 'marketed' with the jubilee. The same could be said to some extent for Lemberg where the Ruthenians also claimed their attachment to the emperor by naming many of their foundations by his name as soon as 1888 for the 40-years jubilee. In Trieste the celebrations of the jubilees reflected the political situation: the Italians were divided between lib-

(ed.), *The Limits of Loyalty. Imperial symbolism, popular allegiances, and state patriotism in the late Habsburg Monarchy*, New York 2007, p. 116.

32 Unowsky, *Celebrating two Emperors and a Revolution* (see note 31), p. 124.

33 Egon Pelikan, *Laibach/Ljubljana: nationale und politische Selbstdarstellung im öffentlichen Raum um die Jahrhundertwende*, in: Heidemarie Uhl/Christian Gerbel/Reinhard Kannonier/Helmut Konrad/Axel Körner (ed.), *Urbane Eliten und kultureller Wandel*, Bologna 1996, p. 183–184.

erals sincerely faithful and eager to demonstrate city patriotism, and irredentist who ignored the festivities; the Slovenes on the contrary were unanimous in their adhesion to the commemorations. Most press organs reported on the local festivities as well as on the Viennese celebrations: the emperor's portrait adorned the front page on his birthday as well as on 2 December, the date of his access to the throne in 1848. Special issues were published recalling the major events of his reign as well as his personal tragedies (the violent deaths of his brother Maximilian, his son Rudolph, and his wife Elisabeth). The leitmotiv was his fatherly figure enhanced by his old age (78 in 1908); he was thus depicted as the 'father' of the peoples regardless of language and confession. Beyond city patriotism Francis Joseph was the main element of transnational identification.

Two cases of 'constructed' Habsburg cities: Czernowitz and Sarajevo. A colonial project?

In order to affirm the domination of the Habsburg Empire over Bucovina, Czernowitz was transformed in a showcase where the achievements of the monarchy were displayed. Facing Russia and Romania eastwards, Czernowitz and Bucovina were assigned the mission of representing the west towards eastern 'barbaric' lands. Although the press never ceased to lament about the 'backwardness' of the province, in fact Czernowitz was given institutions and infrastructures that were disproportionate with respect to its real signification. They were undeniably more 'modern' than their counterparts in the neighboring countries (where some of them did simply not exist) and served precisely the purpose of displaying *Kultur* and development.³⁴ The 'colonial' attitude of the monarchy toward Bucovina can be debated but there was a real intention of developing the province. But Czernowitz was also seen as a Potemkin village in comparison to the sad realities of the countryside where underdevelopment was obvious. The absence of industry reflected the lack of dynamism of the province. As a means to hide these problems, the monarchy insisted on showing its benevolent presence in town. The road to progress was particularly obvious after the foundation of the university in 1875. Before that Francis Joseph had already visited the town on two occasions. Initiatives had started in 1873 for the coming commemoration of Bucovina's integration into the Habsburg lands. Not only was the opening of the university to be the major event planned for 1875 but also

34 Michael John, 'Schmelztiegel' – 'Mosaik' – regionales Zentrum 1880–1914: Stadttypus im Vergleich. Migration, Integration und Ethnizität, in: Brno Vídni, Víděn Brnu. Zemskémetropole a centrumříše v 19. Století [Brünn – Wien, Wien – Brünn. Landesmetropolen und Zentrum des Reiches im 19. Jahrhundert], Brno 2008, p. 221–241, here p. 230.

the erection of a monument dedicated to Austria (*Austria-Denkmal*). This monument was to become the only example of allegorical representation of Austria in this context. Its message could not have been clearer: it was a tribute to the genius of Austria that had come to rule over Bucovina. The sculptor was a professor at the local school for applied arts (*Gewerbeschule*), Karl Pekary.³⁵ The Diet organized the unveiling of the statue on 12 May 1875; the prominent guest from Vienna was minister for Cults and Instruction Karl von Stremayr representing the Austrian government as well as the emperor. The monument was placed on the Criminalplatz (named so because of the tribunal that was located there) that was now baptized Austria-Platz.³⁶ The celebration began in the morning by a religious service in all churches and synagogues followed by a march (*Huldigungsfestzug*) towards the square where the monument was standing. After the unveiling of the statue all participants gathered in the hall of the university for the festive opening.³⁷

In the following years Czernowitz was visited not only by the emperor but also by his son Rudolph, heir to the throne, in July 1887,³⁸ as well as by other Archdukes thus showing interest and concern of the dynasty who did not want to appear neglecting the remote province. At the occasion of Francis Joseph third visit in September 1880 the city built a triumphal arch (*Triumphpforte*) surmounted by the emperor's motto *Viribus unitis*. But the town was still lacking significant memorials: an article of the *Czernowitzer Presse* in January 1897 regrets that the city has no other prestigious monument than the *Austria-Denkmal*. The author suggests that the municipal council should take the initiative of building a statue of late Rudolph to commemorate the 10th anniversary

35 Raimund Friedrich Kaindl, *Geschichte von Czernowitz von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*. Festschrift zum 60 jähr. Regierungsjubiläum [...] Kaiser Franz Joseph I., Czernowitz 1908, p. 76.

36 See the Urban Image Database (UID) of Lviv Centre for Urban History of East Central Europe, URL: <<http://www.lvivcenter.org/en/uid/picture/?pictureid=3834>> (last access September 14, 2015).

37 Die Franz-Josephs Universität in Czernowitz im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestandes, Czernowitz 1900, p. XXXVII. In 1918 the Romanian authorities removed the statue and for nearly one hundred years it was lost. But in 2003, during canalization works below the former Industrial Museum, the beheaded 'Austria' was discovered. The monument became a symbol for friendship between Ukraine, Austria and Western Europe. Ten copies of the statue were manufactured and given to international artists for creative adaptation. During the year 2006 these 'Austria' replicas travelled through Europe and finally found their way back to Czernowitz, taking residence in the Yuriy Fedkovych Chernivtsi National University. URL: <<https://ehpepesto.wordpress.com/2011/03/03/the-austria-of-czernowitz-then-and-now/>> (last access April 16, 2017).

38 Carl A. Romstorfer, *Entwicklungsgeschichte der k.k. Staats-Gewerbeschule in Czernowitz. 1873–1898, Czernowitz 1898*, p. 101.

of his death (1889). This would not only decorate the town but also give a proof of “unwavering patriotism.”³⁹

Finally it was his mother Elisabeth who was to benefit from the erection of a memorial. During the discussion in 1905 at the municipal council Counselor Onciul showed a model realized by Julius Zlamal, professor at the Orthodox *Oberrealschule*, and said that it was now time to decide where to erect the statue. Obviously it would have to stand on the eponym new square but this should be done before the square be asphalted. At the same time German counselors projected to build a Schiller statue and there was obviously a competition between two messages: Schiller represented German culture and Elisabeth Habsburg dynastic ideology. The project was indeed slow to come to concretization: the discussion about the location lasted for years. In the meantime the imposing statue (eight meters high) was finished. The affair was in the hands of the association for the embellishing of the town (*Verschönerungsverein*) who proposed now to put the statue in the Franz Josef-garden. There was a fierce debate in the press in January 1908 between the members of the association, the members of the committee in charge of the monument, and the town counselors. The case was complicated by the existence of a statue of Francis Joseph that had been created for the celebration of his jubilee in 1898 so that a proper location had to be found for it too. The city architect Friedrich Haberlandt expressed his opinion in the *Czernowitzer Allgemeine Zeitung* saying that there was no need to relegate Elisabeth in the garden in order to put Francis Joseph on Elisabeth square because it was easy to find another appropriate location for the emperor. The empress should stay on the planned location for the square is the most beautiful of the town.⁴⁰ Professor Matthias Friedwagner who belonged to the *Verschönerungsverein* justified in an article published on the next day why the committee proposed the garden: this would suit more the personality of the deceased empress. In the end the costs for the two monuments were constantly growing with no result in sight. The statue of the emperor finally stayed in the *Volks-garten*.⁴¹

On 9 October 1911 the members of the committee for the erection of the monument to Elisabeth were given an audience by the emperor: the inauguration was planned for the following week and they asked who was going to represent

39 Ein Denkmal, in: Czernowitzer Presse 152/153 (15.01.1897), S. 1.

40 Czernowitzer Allgemeine Zeitung 12001 (02.01.1908), S. 1.

41 This monument was logically destroyed after 1918. Recently, thanks to funding raised by a politician, Arsenyi Jatsenyuk, a new statue of Francis Joseph was erected in the park next to former Herz-Jesu-Kirche. The work by sculptor Vladimir Tsisarik was unveiled on 03.10.2009.

the monarch at the ceremony.⁴² Francis Joseph was satisfied – as usual but here the subject was his own wife – by the statue and said to sculptor Zlamal: “Already the photography of the memorial pleased me very much; now I see the model and I have to say that I like the realization as well as the figures that give a very powerful effect.” The personality chosen to inaugurate the monument was Archduke Leopold Salvator.⁴³ The inauguration took place on 15 October; there was also a delegation sent by King Carol of Romania. The report of the *Czernowitzer Tagblatt* shows pictures of the unveiling: Elisabeth is sitting on a sort of throne emerging from a rock, her head slightly bent and her hands lay in her lap.⁴⁴ The ceremony was again a moment of city patriotism combined with dynastic loyalty for every group participated to honor the empress who was regarded of course as a non-political figure transcending all differences. These events were unifying the peoples and they were thus privileged in a city like Czernowitz.

A last example of identification with the monarchy was the erection of another monument that took place a few years before. A memorial was planned to celebrate the Austrian army by commemorating the 200th anniversary of the creation of the Infantry regiment No. 41 *Archduke Eugene* stationed in Czernowitz since 1882. The so-called Soldier’s memorial (*Kriegerdenkmal*) was erected at the junction of Siebenbürgerstrasse and Rathausstrasse. The laying of the first stone was performed by the archduke in person on 26 April 1901 and the inauguration took place on December 2nd to mark the date of Francis Joseph’s access to the throne.⁴⁵ It represented an obelisk surmounted by an eagle; the basis bore an inscription in German, Romanian and Ruthenian: “The grateful Bukovina to the members of the infantry regiment Archduke Eugene Nr. 41 who fell on the fields of honor.”⁴⁶

Another crucial element of the patriotism of the land linked to Habsburg rule over Bucovina was undoubtedly the existence of the university. The festivities commemorating the 25th anniversary of its creation in 1900 were the occasion to affirm the ‘civilizing’ mission of Austria in the province and to justify the choice of German as the language of the university. It was furthermore an argument in

42 Audienz des Kaiserin Elisabeth-Denkmalkomitees beim Kaiser, *Czernowitzer Tagblatt* 2590 (13. 10. 1911), S. 3–4.

43 Archduke Leopold Salvator (1863–1931) was a member of the Toscana branch of the Habsburg family. He was *General-Artillerieinspektor* of the k. u. k. Army.

44 *Czernowitzer Tagblatt* 2593 (17. 10. 1911), S. 1.

45 *Bukowinaer Post* 1355 (23. 09. 1902), S. 9.

46 The monument was taken down in 1949. The pedestal survived and was brought back to its historic location in the 1990s. See URL: <<http://www.lvivcenter.org/en/uid/picture/?pictureid=3807>> (last access September 14, 2015).

the competition with Lemberg where the university was considered to serve only one community. As stated in the commemorative brochure:

“Significant parts of the population of the East make this need [German language] obvious. First of all the German, Ruthenian and Romanian inhabitants of Bucovina would have to go too far away to Vienna or the even less appropriate Lemberg and that is why they demanded a local institution of higher education. In the same situation are the Germans living dispersed but in great number all over Galicia together with the Jewish population who expressed the same necessity for German teaching. Finally the same thought animated the Ruthenian nationality in Galicia who accepts with satisfaction the transmission of science through German language and literature.”⁴⁷

Again the celebration took place on the symbolic date of Francis Joseph access to the throne, December 2nd. It had of course a transnational character moreover due to the fact that the main hall being too small, the ceremony was performed in the new residence of the Orthodox bishop.⁴⁸ Governor Baron Bourguignon as well as the minister for Cults and public Instruction Wilhelm von Hartel were the leading personalities of the celebration together with Bishop Repta. The German, Romanian and Russian consuls attended the festivities. A mass was held at the Catholic as well as at the Orthodox cathedrals. The religious authorities underlined at this occasion the “ecumenical” spirit of the university.⁴⁹

The heritage of Habsburg governance was transmitted after the First World War by a considerable amount of literary works stressing the multiculturalism of Czernowitz; they created the myth of peaceful coexistence between the communities and minimized the conflicts. It was largely a retrospective view even accentuated after the traumatic experiences of the Second World War. Nevertheless the myth was already present in the discourse of the contemporaries. Behind the ‘construction’ of the myth laid an undeniable intention of the authorities to represent Bucovina as a success of Habsburg enlightened rule preserving the balance between the various components.⁵⁰ The concept of civilizing mission was the basis of state ideology in Bucovina and it was deeply rooted in the mentalities of the local elite despite the national struggle.

The same project characterized the Austro-Hungarian administration in Bosnia and Herzegovina but the result is far from being comparable. The colonial

47 Die Franz-Josephs Universität in Czernowitz im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestandes (see note 37), p. XXIV.

48 Rudolf Wagner (ed.), *Alma Mater Francisco Josephina. Die deutschsprachige Nationalitäten-Universität in Czernowitz. Festschrift zum 100. Jahrestag ihrer Eröffnung 1875*, München 1979, p. 78.

49 Ekkehart Lebouton, *Der ökumenische Geist an der Czernowitzer Universität*, in: Wagner (ed.), *Alma Mater Francisco Josephina* (see note 48), p. 136–144.

50 A similar discussion unfolds in Larry Wolff’s latest book, *The Idea of Galicia. History and Fantasy in Habsburg Political Culture*, Stanford 2010.

dimension of the occupation and then annexation of the provinces was obvious but yet not identical to what the colonial powers undertook overseas. First of all the populations of Bosnia and Herzegovina were not really foreign to the monarchy because Serbs and Croats lived elsewhere on the territory and neither their languages nor religions were unknown to the dynasty; even the Muslims, foreign as far as the religion was concerned, spoke Serbo-Croatian and were therefore able to communicate directly with the authorities.⁵¹ Economic priorities were not put forward but there was indeed a will to modernize and develop the provinces by linking them to the rest of the monarchy by rail, starting their industrialization and exploiting their agricultural resources. The military dimension of the occupation remained a key element of the Austro-Hungarian administration and was resented as such by many. All these initiatives were hindered until the annexation of 1908 by the statute of Bosnia and Herzegovina that were still under formal domination of the Sultan. That is also why the emperor could not visit a territory not yet belonging to his lands. The movement toward greater integration and one could say ‘colonization’ of the provinces started really in 1908 and was stopped by the outbreak of the war.

One of the instruments of this discourse was the *Landesmuseum (Zemaljski muzej)* created in order to show the diversity of the provinces and their common cultural heritage linked to archeological and historical past of the entire region. A museographical Society for Bosnia and Herzegovina (*Muzejskog društva Bosnu I Hercegovinu*) was founded as soon as 1884 with the aim of collecting objects for the future museum. It was an individual initiative of local doctor Julije Makanec around whom gathered some civil servants and the mayor joined as well. The elite of the town was enthusiastic about the endeavor and participated actively in the search for material to enrich the museum. In 1886 the association had nearly 400 members.⁵² The chairman of the association was Kosta Hörmann, a doctor and also civil servant of the local government. He served as the museum first director until 1904. The museum was put in 1888 under the control of the local government for it was the only possibility to finance its activities with the perspective of building an appropriate edifice to accommodate the collections. Ćiro Truhelka (1865–1942) who was a local scholar and a trained archeologist quickly became the person in charge of the concretization of the project on the scientific level. He was logically appointed director of the museum in 1905. The aim of the museum was to enhance the archeological resources of the provinces by showing a transnational heritage anterior to the Ottoman invasion; but it

51 On the process of identification in Bosnia-Herzegovina, see Edin Hajdarpašić, *Whose Bosnia? Nationalism and Political Imagination in the Balkans, 1840–1914*, Ithaca 2015.

52 Oliver Bagarić, *Museum und nationale Identitäten: eine Geschichte des Landesmuseums Sarajevo*, in: *Südost-Forschungen* 67 (2008), p. 144–167, here p. 151.

looked also at the Turkish artifacts in order to present a narrative where all confessions would be equally treated. A sign of Kállay's will to demonstrate the role played in this new field of research by both provinces was the organization in 1894 of the congress of archeology and anthropology in Sarajevo:⁵³ it was the occasion to affirm *bošnjaštvo* transnational identity. Yet there was not a proper building for the museum which collections were accumulating and badly housed in the Pension fund building. Since the museum was also supposed to fulfill a pedagogical duty by welcoming the school children, the need for a vast building was obvious and this would also serve the discourse over development of Bosnia and Herzegovina. The commission was given to Karel Pařík at the occasion of the new urban planning in 1906. The building was finished in 1909: it shows an undeniable historicist style similar to many other museums built elsewhere in the empire which Pařík had extensively studied during a field trip that took him also abroad.⁵⁴ A botanical garden was created in the atrium of the museum that is divided into four pavilions (Prehistory, Antiquity, Ethnography, and Natural History). In the end the Muslim presence in the museum was limited to very few elements. The same can be said about the museum's journal, *Glasnik zemaljskog muzeja*, edited by Truhelka that was sent to all the schools of the territory.⁵⁵

Francis Joseph had only one occasion to visit Bosnia and Herzegovina and he did it for the inauguration of the Diet in May 1910. He travelled to both capital cities of Sarajevo and Mostar. He arrived in Sarajevo on May 30th and stayed until June 3rd when he departed for Mostar. The announcement of the visit caused an incredible agitation in town: Mayor Essad Kulović asked the inhabitants to decorate their houses and deck them with flags. The *Sarajevoer Tagblatt* devoted a special issue entitled *Kaisernummer* on 31 May to report on the first steps of the visit. The emperor was welcomed by the mayor to whom he answered in his usual polite and neutral tone expressing his satisfaction:

“With joyful heart do I come here to visit for the first time My provincial capital and to spend a few days among the inhabitants of this dynamic city as well as with the citizens of this beautiful country. Decades of civilization work (*Kulturarbeit*) have created solid links between the most recent inhabitants of the Austro-Hungarian monarchy and its other parts; the feelings that are expressed to Me are a valuable sign that the loyalty towards the ruling house has deep roots.”

53 Srećko M. Džaja, *Politički okviri kulturne i znanstvene djelatnosti u Bosni i Hercegovini u austro-ugarskom razdoblju (1878–1918)* [The political framework of cultural and scientific activities in Bosnia and Herzegovina at the time of Austria-Hungary], in: Čiro Truhelka, *Zbornik*, Zagreb 1994, p. 13–14.

54 Jiří Kuděla/Branka Dimitrijević/Ivo Vacík (ed.), *Arhitekt Karel Pařík 1857–1942. Čeh koji je gradio evropsko Sarajevo* [A Czech who built European Sarajevo], Sarajevo 2007, p. 122–123.

55 Bagarić, *Museum und nationale Identitäten* (see note 52), p. 155.

The sovereign gave audience to all communities; he visited the Ashkenazi synagogue and the *Gazi Hrusev Bey* mosque; he received all associations and constitutive bodies. The consuls from Italy (Count Giacchi whom Francis Joseph addressed in Italian), Great Britain, Germany, France and Russia attended the ceremony. Before leaving, the emperor went to the Ilidža thermal baths resort.⁵⁶ The press was of course silent about the protests and polemics that the visit caused among Serbs outraged at the 1908 annexation. The visit was even considered risky for the emperor could have been victim of an assassination attempt. Even the Croats tried to use the occasion to make their claims against Hungary heard.

All these reasons may explain why the initiative launched in 1908 to erect a statue of the emperor never concretized. The idea was proposed by local architect Ignaz Langer who found immediately support; a committee was constituted on 22 October at the house of associations (*Vereinshaus*).⁵⁷ On the next day the municipality joined the project: Vice-mayor Nikola Mandić wrote an editorial on that topic in the *Sarajevoer Tagblatt* and it was later announced that mayor Kulović would be the chairman of the committee.⁵⁸ So everything seemed to proceed under the best auspices. But in 1909 nothing had happened: the *Sarajevoer Tagblatt* was regularly appealing to make donations to the committee. In September a fund-raising concert was organized in Ilidža in order to accelerate the process but after that there was no other mention of the monument. In the meantime the state ideology promoted by former Finance minister Kállay had proven a failure: the constructed local identity based on the adhesion of the Muslims did not rally all of them and alienated Croats as well as Serbs who neither wanted to be assimilated to them nor to be deprived of their already elaborated national discourse. The Habsburg architecture of Sarajevo combining modernity with 'oriental' patterns remains as a mute witness of this project. But no specific Habsburg memorial was built in the town before the 1914 assassination. On the following days an initiative was taken to commemorate the deaths of Francis Ferdinand and Sophie. The idea came from Major Hugo Piffel who was a teacher at the boys' military boarding school (*Militärknabenspensionat*). His appeal to build an expiatory monument (*Sühnedenkmal*) was published in the press and the first funds were immediately collected.⁵⁹ There was no debate about the location: the memorial was to be erected on the corner of the Latin bridge (*Latinski most*) in front of the sidewalk where Gavrilo Princip had stood and fired at the car. Eugen Bori was commissioned to build the monument that

56 *Sarajevoer Tagblatt*, Kaisernummer (31.05.1910), S. 1.

57 *Sarajevoer Tagblatt* 123 (23.10.1908), S. 2.

58 Das Kaiser Franz Josef-Denkmal, in: *Sarajevoer Tagblatt* 124 (24.10.1908), S. 1.

59 *Bosnische Post* 147 (02.07.1914), S. 1.

was inaugurated in 1917 on the third anniversary of the assassination. The memorial was composed of two columns 12 meters high united by a plaque where the portraits of both victims were engraved; a niche provided space for candles and flowers. The passers-by were invited to stop for a prayer.⁶⁰ So the last element of Habsburg collective memory was built as the monarchy was already at war. Francis Joseph had died in 1916; the model of multinational empire was contested in many of its territories. The last attempt at creating dynastic loyalty in multicultural Sarajevo had been ruined by the shots of 28 June 1914.

Conclusion

In many cities inhabitants were no more willing to share the urban space with fellow citizens they considered 'others' in terms of language, culture, and religion. Sometimes even the dynastic events caused problems because they were interpreted by local protagonists in a national way thus alienating one part of the populace. Provinces were being redefined following national lines such as in Moravia and Bucovina: this had consequences in the cities where people now tended to separate. Most celebrations that were still transnational were religious ceremonies to some extent, and dynastic festivities. The city turned into a contested space where people who felt excluded pretended to be visible while the leading group built a narrative of besieged fortress. In front of that the discourse conveyed by the state was that both models were possible: dynastic patriotism was not incompatible with national affirmation; indeed this is what city patriotism was about. Identification with both levels was the rule and not the exception for regardless of the group they belonged too, people professed their loyalty to the monarchy. The spontaneous demonstrations erupting in many towns at the news of the Sarajevo assassination were a proof of this attachment and this was to remain so until the end of the coming war.

60 Holm Sundhaussen, *Sarajevo. Geschichte einer Stadt*, Wien 2013, p. 246. The monument was destroyed at the end of the war and the plaque put in the deposit of the local art gallery. There are projects nowadays to rebuild the memorial.

Verzahnung kirchen- und nationalpolitischer Frontlinien in Fiume/Rijeka: ‚Liberale‘ Ungarn und Italiener zur Zeit des ungarischen ‚Kulturkampfes‘ (1894/1895)

Beide Reichshälften der Habsburgermonarchie waren – zumindest in der Selbstinszenierung der Politiker –¹ von den sogenannten ‚Nationalitätenkonflikten‘ geprägt. Während aber diese in Österreich meistens lokale Kämpfe um die lokale Deutungshoheit – wie etwa zwischen ‚Slowenen‘ und ‚Italienern‘ in Triest oder zwischen ‚Tschechen‘ und ‚Deutschen‘ in Prag und so weiter – darstellten,² richtete sich der ‚Nationalitätenkonflikt‘ in Ungarn eindeutig gegen die magyarische Staatsidee und gegen das imperiale Zentrum Budapest. Nur eine einzige Nationalität verband sich in ihrem eigenen Interesse mit dem ungarischen Zentrum: die Italiener in der adriatischen Hafenstadt Fiume/Rijeka. Die winzige Minderheit galt als sehr ungarntreu.

Die merkwürdige Allianz zwischen der magyarischen Elite und den italienischsprachigen Fiumanern erklärt sich nicht nur aus der geographisch, wie politisch speziellen Lage der Hafenstadt, sondern – wie Theodor Veiter betont – auch aus der „frappante[n] Ideenübereinstimmung“ zwischen beiden liberal und rebellisch geltenden Völkern.³ Sowohl die Magyaren als auch die Italiener – oder zumindest ihre Eliten – verfolgten liberale, säkulare Ziele, etwa im Gegensatz zu den Slowenen oder Kroaten, die sich als ‚katholische Völker‘ verstanden und deshalb viel selbstverständlicher innerhalb eines katholischen Reiches wie Österreich politisch verorten konnten.

Im folgenden Artikel untersuche ich die Hauptlinien der städtischen Diskurse in Fiume/Rijeka zur Zeit des sogenannten ‚ungarischen Kulturkampfes‘ (1893/95), das heißt der Debatten um die Einführung der Zivilehe. Die positiven Reaktionen der italienischsprachigen Elite von Fiume/Rijeka zeigten nicht nur ihre Staatstreue zu Ungarn, sondern auch ein gemeinsam geteiltes liberales Ver-

1 Pieter M. Judson, *L'Autriche-Hongrie était-elle un empire?*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 63 (2008), S. 563–596, hier S. 586.

2 Pieter M. Judson, *Beyond Nations. Rethinking the history of Habsburg Central Europe*, in: *Berlin Journal* 21 (Fall 2011), S. 29–33, hier S. 32.

3 Theodor Veiter, *Die Italiener in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie*, München 1965, S. 9.

ständnis, das aber für die kroatischsprachige Bevölkerung einen Versuch von ‚Magyarisierung‘ und Säkularisierung – sprich: eine nationalpolitische Gefahr für das katholische ‚Kroatentum‘ – bedeutete. Anhand dieser Debatten lässt sich insofern erforschen, warum sich die italienische Nationalität in Ungarn eines gewissen Sonderstatus erfreuen durfte beziehungsweise wie und warum genuin kirchenpolitische Themen nationalpolitisch aufgewertet und umkontextualisiert werden konnten.

Fiume/Rijeka: Ungarische Hafenstadt mit einer italienischsprachigen Elite

Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 (*osztrák-magyar kiegyezés*) erhielt die magyarische Elite in der einen Reichshälfte die Möglichkeit und die Chance, einen ungarischen Nationalstaat zu bauen.⁴ Während Wien dem supranationalen Imperiumsgedanken treu blieb und keinem Volk eine verfassungsrechtlich verankerte Hegemonie gewährte, war die ungarische Nation als die einzige politische Nation der ungarischen Reichshälfte konzipiert: Die Nationalitäten hatten zwar weitgehende Rechte im Sprachgebrauch oder im Schulwesen, aber sie wurden politisch als Teile der einen und unteilbaren ungarischen Nation wahrgenommen. Nachdem dieses ungarische Nationskonzept, das mit dem französischen viele Ähnlichkeiten aufwies, auf der symbolischen und geschichtspolitischen Ebene, etwa um das 1896 gefeierte, tausendjährige Jubiläum der angeblichen ‚Landnahme‘ durch die magyarischen Stämme, immer mehr ethnisch (d. h. magyarisch) formuliert worden war,⁵ zeigten sich die gravierenden Unterschiede zwischen der Öffentlichkeit Österreichs und Ungarns. Das politische Leben wurde in Ungarn bis zum Ende der Habsburgermonarchie von einer meistens kalvinistisch-reformierten, magyarischstämmigen Schicht, der Gentry, dominiert und blockiert. Die Nationalitäten der ungarischen Reichshälfte waren also – im Gegensatz zu den Nationalitäten der österreichischen Reichshälfte – in der politischen Öffentlichkeit weit unter ihrem prozentuellen Anteil an der Bevölkerung vertreten.

Die mehrheitlich italienisch bewohnte Stadt Fiume/Rijeka genoss aber eine spezielle Behandlung in der ungarischen Reichshälfte. Die ‚Magyarisierung‘ der Stadt – zumindest in der untersuchten Periode – wurde (noch) nicht angestrebt,

4 Judson, *L’Autriche-Hongrie était-elle un empire?* (wie Anm. 2), S. 580.

5 Die Ethnisierung erfolgte jedenfalls auf der lokalen Ebene unterschiedlich, je nachdem, ob die lokale Mehrheitsnationalität die ungarische Staatsidee akzeptieren, dulden konnte oder vollkommen ablehnte, dazu siehe u. a. Bálint Varga, *The Monumental Nation. Magyar Nationalism and Symbolic Politics in Fin-de-siècle Hungary*, New York 2016.

vielmehr galt die Stadt als ‚Perle der Heiligen Krone‘, welche den wirtschaftlichen Zielen Ungarns zu dienen habe. Dass die Stadt italienischsprachig geprägt war, schien die Budapester Regierungen nicht sonderlich zu stören. Die italienischsprachige Mehrheit der Stadt akzeptierte ebenso diese Lage, sie erblickte in der ungarischen Zugehörigkeit den Garanten des wirtschaftlichen Aufschwungs und den Schutz vor kroatischem Nationalismus.

Die historisch begründete spezielle Lage der Hafenstadt und ihrer italienischsprachigen Bevölkerung drückte sich in der Bezeichnung *corpus separatum* aus. Was war damit ursprünglich gemeint? Maria Theresia inkorporierte die Stadt mit dem kaiserlichen Patent von 23. April 1779 als „separatum sacrae Regni Coronae Hungariae adnexum corpus“ in das Königreich Ungarn; erst im Jahre 1807 wurde diese Zugehörigkeit auch gesetzlich verankert.⁶ Bis zum ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 (*magyar-horvát kiegyezés, hrvatsko-ugarska nagodba*)⁷ wechselte sich die staatsrechtliche Lage – auch infolge der napoleonischen Kriege, der darauf folgenden, restaurativen Neuordnung Europas oder der Unterdrückung des ungarischen Freiheitskampfes nach 1849 – öfters. Der Ausgleich von 1868 konnte dafür nur eine provisorische Lösung finden,⁸ welche jedoch Budapest die unmittelbare Herrschaft über die Stadt und der italienischsprachigen Elite die lokale Deutungshoheit bis 1918 gewährte.

Es war immerhin umstritten, was unter *corpus separatum* eigentlich zu verstehen sei.⁹ Auch wenn die kroatische Interpretation, nach der diese Bezeichnung gerade die mittelbare (also in diesem Sinne ‚separate‘) Zugehörigkeit der Stadt zu Ungarn ausdrücke,¹⁰ abgelehnt wurde, verstanden Budapest und Teile

6 Ester Capuzzo, L'autonomia della città di Fiume [Die Autonomie der Stadt von Fiume/Rijeka], in: dies., Dall'Austria all'Italia. Aspetti istituzionali e problemi normativi nella storia di una frontiera [Vom Österreich zum Italien. Institutionelle Aspekte und normative Probleme in der Geschichte einer Grenze], Rom 1996, S. 7–32, hier S. 13 ff.

7 Dieser Ausgleich ist nicht mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (*osztrák-magyar kiegyezés*) von 1867 zu verwechseln, der überhaupt die Österreichisch-Ungarische Monarchie schuf.

8 Heka László, A magyar-horvát államközösség alkotmány- és jogtörténete [Die Verfassungs- und Rechtsgeschichte der ungarisch-kroatischen Staatsgemeinschaft], Szeged 2004, S. 166.

9 Über die staatsrechtliche Lage der Stadt und ihre Interpretationsmöglichkeiten siehe András Dorottya, Fiume államjogi helyzetének rendezése és jelentősége a XIX. század második felében a jogforrások tükrében [Die Regelung und Bedeutung der staatsrechtlichen Lage von Fiume/Rijeka im zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts im Lichte der Rechtsquellen], in: *Jogtörténeti Szemle* 7 (2005), S. 17–22.

10 Während Kroatien-Slawonien innerhalb von Ungarn (besser gesagt: innerhalb der ‚Ländern der Ungarischen Heiligen Krone‘) weitgehende Autonomie zugesichert wurde – weshalb die Kroaten den Status einer eigenen politischen Nation hatten –, blieb Fiume/Rijeka unmittelbarer Teil von Ungarn. Nach der kroatischen Historiographie hätte aber Budapest die Regelung bezüglich der staatsrechtlichen Zugehörigkeit von Fiume/Rijeka im Text des ungarisch-kroatischen Ausgleichs gefälscht. Die ungarischen Regierungskreise hätten mit Tricks erreichen können, dass König Franz Joseph I. letztendlich nicht den vom kroatischen

der lokalen italienischsprachigen Elite den Status von Fiume/Rijeka unterschiedlich. Die herrschende ungarische Meinung interpretierte den Begriff als bloß geographische Bezeichnung – weil Fiume/Rijeka geographisch vom ungarischen ‚Mutterland‘ tatsächlich separiert war –, welche aber keine staatsrechtlichen Vorrechte etabliert hätte.¹¹ Einige italienischen Kreise vor Ort hätten aber ihre Stadt gerne als dritte Nation/drittes Element – neben Ungarn und Kroatien – unter den ‚Ländern der Heiligen Ungarischen Krone‘ gesehen.¹² Die Auffassung, dass Ungarn, Kroatien und Fiume/Rijeka die „Länder der Stephanskronen“ seien,¹³ wurde von der ungarischen Seite heftig zurückgewiesen.

Parlament (*Sabor*), sondern vom ungarischen (*Országgyűlés*) verabschiedeten Text sanktionierte. Der so in Kraft getretene Text hätte aber bezüglich der staatsrechtlichen Lage von Fiume/Rijeka wesentlich vom ursprünglichen Text abgewichen, welchen die ungarischen und kroatischen Partner zuvor ausgehandelt hätten. Um diese juristische ‚Fälschung‘ zu vertuschen, wäre auf den kroatischen (und demnach gültigen) Text die sanktionierte (d. h. in Kraft getretene) Version des Paragraphen 66 (über Fiume/Rijeka) einfach aufgeklebt worden. Die ungarische Interpretation der staatsrechtlichen Lage von Fiume/Rijeka wäre somit dem ursprünglichen Text des ungarisch-kroatischen Ausgleichs wortwörtlich aufgedrückt worden. (Über diese kroatische Interpretation des Textes siehe u. a. Maja Polić, „Riječka krpica“ 1868. godine i uvjeti za njezino naljepljivanje na Hrvatsko-ugarsku nagodbu [Das „Fiumaner Blättchen“ vom Jahre 1868 und die Bedingungen für ihr Aufkleben auf den kroatisch-ungarischen Ausgleich], in: *Rijeka* 15 (2010), S. 57–92, hier S. 77 ff.) William Klinger meint aber, dass nur die (nicht rechtsbindende) kroatische Übersetzung überklebt worden wäre, aber dem kroatischen *Sabor* wäre der vom König Franz Joseph I. sanktionierte Text vorgelegt worden, in dem Fiume/Rijeka vornherein als unmittelbarer Teil von Ungarn festgelegt worden war; siehe William Klinger, *Negotiating the Nation: Fiume. From Autonomism to State Making (1848–1924)*, Florenz 2007 [unveröffentlichte Doktorarbeit], S. 121.

- 11 Als beispielhafte Äußerung dazu siehe aus dem Jahre 1881 die Sätze des ungarischen Publizisten Frigyes Pesty: „Was ist das *separatum corpus*? Sicherlich nichts anderes, als dass Fiume und sein Gebiet auf keinen Fall mit einem angrenzenden kroatischen Komitat vereinigt werden soll, nachdem es während des wechselhaften Schicksals der Jahrzehnte von der unmittelbaren Zugehörigkeit zu Ungarn losgelöst wurde. Dass dieser Begriff außer des kommunalen Rechtes und der kommunalen Selbstständigkeit staatsrechtliche Unabhängigkeit gewährt hätte, kann niemand ernsthaft behaupten. Fiume [Rijeka] ist auch derzeit noch zu klein, als dass sie die eigene oberste Gerichtsbarkeit, gegen die keine Berufung mehr möglich ist, die eigene Legislative in sich zu vereinen, ihre internationale Angelegenheiten direkt zu bewältigen, fähig wäre. [Die Stadt] ist *separatum corpus*, weil sie von den anderen Teilen Ungarns räumlich fernsteht... [...] Maria Theresia dachte an keine eigenen Verfassungsrechte in Bezug auf Fiume; aber anscheinend die Fiumaner auch nicht, ihr Streben, unmittelbare Beziehung mit Ungarn gefordert zu haben, steht als Beispiel dafür.“ Pesty Frigyes, *Fiume közzégi helyzete* [Die staatsrechtliche Lage von Fiume], in: *Századok* 16 (1882), S. 662–671, hier S. 670. [Übersetzt aus dem Ungarischen von mir – P. T.].
- 12 Salvatore Samani, *I rapporti politico-costituzionali di Fiume con l’Ungheria* [Die politisch-verfassungsrechtlichen Beziehungen von Fiume mit Ungarn], in: *Fiume. Rivista di studi fiumani* (nuova serie) 3 (1983), S. 1–15, hier S. 7.
- 13 Der autonomistische Politiker und Abgeordnete im Budapester Parlament, Riccardo Zanella formulierte etwa diesen Gedanken; er interpretierte nämlich – als bekennender Anti-Irredentist – die Fiumaner Italiener als eine eigene „Fiumaner Nation“ nebst der ungarischen und der kroatischen, und er meinte, dass diese drei Entitäten (Ungarn, Kroatien, Fiume/

Fiume/Rijeka galt für Budapest de jure als eine nur wegen ihrer geographischen Lage besondere Gemeinde im Königreich. Gouverneur Sándor Nákó von Nagyszentmiklós meinte aber 1907 im Gespräch mit der Hauptstadtzeitung *Budapesti Hírlap*,¹⁴ dass sowohl die ungarische Öffentlichkeit in Budapest als auch die italienischsprachige Elite in Fiume/Rijeka die Bedeutung und die Situation der Hafengstadt missverstanden hätten:

„Es ist eine falsche Ansicht, denn Fiume [Rijeka] ist nicht so eine Stadt [in Ungarn], wie Kaschau [Košice/Kassa], Preßburg [Prešporok/Pozsony] oder Temeschburg [Timișoara/Temesvár]... [...] Aber auch Fiume irrt sich, wenn es glaubt und verkündet, neben Ungarn und Kroatien das dritte Element im Rahmen der ungarischen Staatsmacht zu sein;...“¹⁵

Das „Gefühl der Besonderheit“, das die Einstellung der Stadtbewohner charakterisierte,¹⁶ wies zwar starke lokale Züge auf – daher war etwa der italienische Nationalismus/Irredentismus kaum vorhanden –¹⁷, aber der kulturell-sprachlich verstandene ‚italienische Charakter‘ wurde sowohl seitens der lokalen, italienischsprachigen Elite als auch der ungarischen Regierung und ihrem Repräsentanten vor Ort, dem jeweiligen Gouverneur affirmativ betont.¹⁸

Rijeka) die „Länder der Stephanskrone“ ausmachen würden; siehe darüber William Klinger, *Un capitolo della Questione d'Oriente: il Corpus separatum di Fiume (1773–1923)* [Ein Kapitel der Ostenfrage: das Corpus separatum von Fiume], in: *Quaderni Vergeriani* 9 (2013), S. 123–163, hier S. 161. Über Riccardo Zanella, den Anführer der Autonomistischen Partei und den späteren Präsidenten des „Freien Staates von Fiume/Rijeka“ siehe Amletto Ballarini, *L'antidannunzio a Fiume*. Riccardo Zanella [L'Anti-D'annunzio in Fiume/Rijeka. Riccardo Zanella], Trieste 1995.

- 14 Der Stadt und ihrem Kreis (samt den Untergemeinden) stand ein eigener, von der ungarischen Regierung ernannter Gouverneur (*kormányzó*) vor, der offiziell den irreführenden Titel „Gouverneur für die Stadt Fiume und die ungarisch-kroatische Seeküste“ trug, als ob er auch die ganze kroatische Seeküste verwaltet hätte. Seine Zuständigkeiten für die kroatische Seeküste betrafen eigentlich nur die Häfen und das Schiffwesen. Fiume/Rijeka selber hatte einen Bürgermeister (*podestà*), der aufgrund eines restriktiven Wahlrechts gewählt wurde. Bis 1896 hatte die Liberale Partei – eine ungarisch-patriotische Partei der italienischsprachigen Bevölkerung – den Posten inne, danach stellten die Autonomisten die Bürgermeister.
- 15 *Budapesti Hírlap* (16. 01. 1907), S. 9. [Übersetzt von mir aus dem Ungarischen – P. T.].
- 16 Ljubinka Karpowicz, *Riječki Corpus separatum: 1868–1924* [Fiumaner Corpus separatum: 1868–1924], Ljubljana 1986 [unveröffentlichte Doktorarbeit], S. 14.
- 17 Catherine Horel, *Trieste et Fiume, deux aspects de l'irredentisme italien 1867–1914*, in: Vojislav G. Pavlović (Hg.), *Italy's Balkan Strategies: 19th and 20th Century*, Belgrad 2014, S. 121–136, hier S. 129.
- 18 Der gerade erwähnte Gouverneur Nákó stellte etwa in seiner italienischsprachigen Amtsantrittsrede am 26. Juni 1906 in Fiume/Rijeka Folgendes fest: „ich bin in diese schöne Meeresstadt gekommen – wo die jahrhundertelange Vereinigung *der uralten, vorwiegend lateinischen Kultur und Moral* mit der ungarischen Kraft und Begabung stattfindet“; zitiert in: *Budapesti Hírlap* (27. 06. 1906), S. 7. [Hervorhebung und übersetzt aus dem Ungarischen von mir – P. T.].

1891					
Muttersprache ¹⁹			Religion ²⁰		
Ungarisch	3.60 %	1.062	römisch-kath.	96.57 %	28.482
Deutsch	5.07 %	1.495	lutherisch	0.76 %	224
Kroatisch	36.52 %	10.770	kalvinistisch	0.39 %	115
Sonstiges ²¹	55.58 %	13.318	israelitisch	1.66 %	490
1900					
Muttersprache ²²			Religion ²³		
Ungarisch	7.30 %	2.842	römisch-kath.	92.68 %	36.104
Deutsch	4.99 %	1.945	lutherisch	0.67 %	261
Kroatisch	19.02 %	7.407	kalvinistisch	1.09 %	423
Sonstiges	68.18 %	26.561	israelitisch	3.01 %	1.172
1910 ²⁴					
Muttersprache			Religion		
Ungarisch	13.04 %	6.493	römisch-kath.	90.61 %	45.130
Deutsch	4.29 %	2.135	lutherisch	0.62 %	311
Kroatisch	25.96 %	12.929	kalvinistisch	2.25 %	1.123
Sonstiges	54.83 %	27.307	israelitisch	3.41 %	1.969

Tab. 1: Muttersprache und religiöse Zugehörigkeit in der ungarischen Stadt Fiume/Rijeka und ihrer Umgebung, 1891–1910.

19 Daten aus: Országos Királyi Magyar Statisztikai Hivatal (Hg.), A Magyar Korona Országában az 1891. év elején végrehajtott népszámlálás eredményei. I. rész: Általános népleírás [Die Ergebnisse der am Anfang des Jahres 1891 in den Ländern der Ungarischen Krone durchgeführten Volkszählung. Teil I: Allgemeine Volksbeschreibung], Budapest 1893, S. 122, 128f., 132f.

20 Daten aus: A Magyar Korona Országában az 1891. év elején végrehajtott népszámlálás eredményei (wie Anm. 19), S. 110.

21 Die ungarische Statistik erfasste die Italiener/die italienische Sprache nicht separat, weil sie – außer Fiume/Rijeka – in Ungarn vollkommen irrelevant war(en); sie wurde(n) also unter den „Sonstigen“ verstanden, was aber im Falle von Fiume/Rijeka – angesichts der Tatsache, dass alle anderen Nationalitäten/Nationalitätssprachen von Ungarn separat aufgelistet wurden – praktisch fast nur die Italiener abdeckte.

22 Daten aus: Magyar Kir. Központi Statisztikai Hivatal (Hg.), A Magyar Korona Országainak 1900. évi népszámlálása. Első rész: A népesség általános leírása községenként [Die Volkszählung der Länder der Ungarischen Krone im Jahre 1900. Erster Teil: Die allgemeine Beschreibung der Bevölkerung nach den Gemeinden], Budapest 1902, S. 456f.

23 Daten aus: A Magyar Korona Országainak 1900. évi népszámlálása (wie Anm. 22), S. 457.

24 Daten aus: Magyar Királyi Központi Statisztikai Hivatal (Hg.), A Magyar Szent Korona Országainak 1910. évi népszámlálása. Első rész: A népesség főbb adatai községek és népesebb puszták, telepek szerint [Die Volkszählung der Länder der Ungarischen Heiligen Krone im Jahre 1910. Erster Teil: Die Hauptdaten der Bevölkerung in den Gemeinden, bevölkerungsreicheren Pusztan, Siedlungen], Budapest 1912, S. 459.

Während die Ungarn erst ab den 1880er Jahren in die Stadt zogen, betrachteten die ‚Italiener‘ und die ‚Kroaten‘ die Stadt als ‚ihren nationalen Besitz‘, auch wenn die ‚Nationalitätenkonflikte‘ nicht (nur) um die lokale Hegemonie, sondern vielmehr um die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Stadt innerhalb des komplizierten ungarisch-kroatischen Staatssystems ausgefochten wurden. Die italienischsprachige Elite positionierte sich dabei als Gegenpol zu Kroatien, dessen nationalistische Politiker die Einverleibung der Stadt anstrebten.²⁵ Die italienische Elite erfreute sich dabei der Unterstützung der ungarischen Regierung, die Fiume/Rijeka als ‚ihre Stadt‘ mit den Italienern gemeinsam bewahren und ausbauen wollte.²⁶

Für die Analyse der lokalen Verhältnisse zwischen den Italienern und den Kroaten, sowie des Verhältnisses von Budapest gegenüber ‚seiner‘ Hafenstadt bietet sich eine post-koloniale Lesart gut an. Johannes Feichtinger spricht hinsichtlich der ganzen Habsburgermonarchie von „quasi-kolonialen Machtverhältnisse(n)“,²⁷ die sich einerseits in der Politik des Zentrums (Wien und Budapest), andererseits in den lokalen Machtkämpfen um die lokale Deutungshoheit zwischen hierarchisch zueinander gestellten Völkern (wie etwa zwischen den als Kulturnation geltenden Italienern und den ‚zu zivilisierenden‘ Südslawen) ausdrückten. Fiume/Rijeka, als Prestigeprojekt und ‚Schaufenster‘ der ungarischen Staatlichkeit, wurde in der Tat fast wie eine ungarische Kolonie betrachtet und verwaltet, in der die sozialen Unterschiede ethnisch-national markiert wurden: Eine ungarischsprachige Elite saß in den staatlichen Positionen und eine italienischsprachige Elite hatte die führenden städtischen Positionen inne. Die kroatischsprachige Bevölkerung befand sich hingegen in einem asymmetrischen Machtverhältnis zu den Ungarn und den Italienern. Die Situation der Kroaten in Fiume/Rijeka war insofern besonders, weil sie sich – auch wenn dieses Land innerhalb von Ungarn existierte – auf ein eigenes Mutterland, Kroatien-Slawonien beziehen und die Stadt für dieses Land beanspruchen konnten. Nach dem Hroch’schen Modell stellten die Kroaten in Fiume/Rijeka –²⁸ die eine eigene

25 Gérard Vittori, Fiume, de l’obtention de l’autonomie à l’annexion, in: Cahiers de la Méditerranée (86) 2013, S. 2–12, hier S. 3.

26 Gianluca Volpi, Fiumani, ungheresi, italiani. La formazione dell’identità nazionale a Fiume nell’epoca dualista (1867–1914) [Fiumener, Ungarn, Italiener. Die Herausbildung der nationalen Identität in Fiume im dualistischen Zeitalter (1867–1914)], in: Marina Cattaruzza (Hg.), Nazionalismi di frontiera. Identità contrapposte sull’Adriatico nord-orientale 1850–1950 [Grenznationalismen. Entgegengesetzte Identitäten im nordöstlichen Adriaraum 1850–1950], Bologna 2003, S. 47–72, hier S. 51 ff.

27 Johannes Feichtinger, Habsburg (post-) colonial. Anmerkungen zur inneren Kolonisierung in Zentraleuropa, in: Johannes Feichtinger/Ursula Prutsch/Moritz Csáky (Hg.), Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis, Innsbruck 2003, S. 13.

28 Zum Unterschied zwischen den zwei Modellen des Nationalisierungsprozesses (Staatsnation, Nationalbewegung) siehe Miroslav Hroch, Das Europa der Nationen, Göttingen 2005, S. 43 und S. 236 ff.

Staatsnation in Kroatien-Slawonien bildeten – eine Nationalbewegung dar, die ihre Rechte vor Ort jedenfalls durch Konflikte mit der herrschenden (italienischen und magyrischen) Elite der ungarischen Staatsnation erkämpfen wollte/musste. Es ist aber dabei wichtig zu betonen, dass diese Kämpfe weniger von den nationalen, sprachlichen, als vielmehr von den sozialen Unterschieden, sowie dem dadurch bedingten unterschiedlichen Zugang zur Macht verursacht wurden.

Kulturkampf in Fiume/Rijeka: ‚Italienischer‘ Liberalismus und ‚kroatischer‘ Katholizismus?

Während Konflikte zwischen klerikalen und antiklerikalen Akteuren – auch jenseits der national markierten Frontlinie – in der österreichischen Hälfte der Küstenregion aktiv und massenwirksam ausgetragen wurden, stellten sie in der ungarischen Hälfte (auch in den städtischen Milieus von Fiume/Rijeka) nur Diskurse dar, die sich dementsprechend vor allem in Zeitungsartikeln und politischen Äußerungen manifestierten. Einen Höhepunkt solcher Debatten wurde in der Phase des sogenannten ‚ungarischen Kulturkampfes‘ erreicht, als um die Frage gerungen wurde, ob und wie die Zivilehe in der ganzen ungarischen Reichshälfte eingeführt werden solle.

Die italienischsprachige Elite der Hafenstadt zeigte – im Gegensatz zur lokalen Kirche – eindeutige Sympathie für die ungarischen Regierungspläne, der kirchlichen Jurisdiktion die Eheschließung zu entziehen. Fiume/Rijeka konnte mit seiner Sympathiebekundung auch seine Verbundenheit mit Ungarn ausdrücken, während die Öffentlichkeit in Kroatien – besonders die katholische Kirche und die national-klerikale Opposition – in der möglichen Einführung der Zivilehe einen Angriff gegen die kroatische und katholische Identität erblickte. So wies der ‚Kulturkampf‘ um die Zivilehe in der Region auch nationalpolitische Züge auf, weil die Frage gleichzeitig im Kontext der ungarisch-kroatischen, sowie italienisch-kroatischen ‚Nationalitätenkonflikte‘ auftauchte.

‚Ungarischer Kulturkampf‘ um die Zivilehe

Warum erschien überhaupt die Problematik der Zivilehe? Die religiöse Vielfalt stellte in beiden Reichshälften eine ehe- und familienrechtliche Herausforderung dar, weil die bisherige rechtliche Lage interkonfessionelle Ehen nicht unterstützte. Österreich konnte sich jedoch zumindest auf eine katholische Identität – die sich auch in der demographischen Überlegenheit der römisch-katholischen Religion manifestierte – berufen. In Österreich gehörte daher das Eherecht – mit

einigen Ausnahmen für die interkonfessionellen Eheschließungen – bis zum Ende der Donaumonarchie in die kirchliche Zuständigkeit, wenn auch diese Lage vom staatlichen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) geregelt war. In Kroatien blieb diese rechtliche Situation sogar bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen.²⁹ Aber Ungarn war nicht nur ein multiethnisches, sondern auch ein multireligiöses Land, wo mehrere Religionsgemeinschaften, Konfessionen zusammenlebten: Die Zahl der Katholiken lag in Ungarn 1880, also bevor die kirchenpolitische Gesetzgebung eingeleitet wurde, sogar mit dem überwiegend römisch-katholischen Kroatien-Slawonien nur bei 50,18 Prozent.³⁰ In Ungarn stellten die sogenannte ‚Mischehen‘ infolge der religiös-konfessionellen Zersplitterung des Landes ein immer akuterer Problem dar. Die liberalen (sogenannten ‚freisinnigen‘) Budapester Regierungen, die eher von reformiert-kalvinistischen Politikern bestimmt waren, wollten diese Frage ab den 1880er-Jahren im Sinne einer liberalen Kirchenreform lösen.³¹ Zuerst beschränkten sie sich aber nur auf die Normierung der Frage, in welche Kirche die Kinder aus Mischehen aufgenommen werden sollten.

Die Debatten um eine allgemeine Zivilehe wurden erst in den 1890er-Jahren wieder aufgenommen, weil sich die katholischen Priester weigerten, das früher beschlossene Gesetz bezüglich der Mischehen anzuwenden. Mit der Praxis des ‚Wegtaufens‘ beanspruchten die katholischen Priester auch diejenigen Kinder, die auch einen nicht-katholischen Elternteil hatten.³² Der freisinnige Kultusminister Albin von Csáky entschloss sich daher, einen Gesetzesentwurf über die Zivilehe auszuarbeiten, um der kirchlichen (besonders seitens der katholischen Kirche verlangten) Autorität über die Ehe ein Ende zu setzen.

29 Ljiljana Dobrovšak, Ženidbeno (bračno) pravo u 19. stoljeću u Hrvatskoj [Ehe- (Familien-) Recht im 19. Jahrhundert in Kroatien], in: *Croatica Christiana Periodica*, 29 (2005), S. 77–104, hier S. 79f. Erst 1906 wurde in Kroatien überhaupt mit einem Gesetz ermöglicht, dass die Heiratenden frei auswählen durften, in welcher Kirche (und dementsprechend: nach welchem kirchlichen Recht) sie ihre Ehe schließen wollten; darüber siehe u. a. Mira Alinčić, Građanski brak sklopljen prema državnim propisima i vjerskom obredu [Zivilehe geschlossen nach staatlichen Vorschriften und religiösen Zeremonien], in: *Zbornik Pravog Fakulteta u Zagrebu*, 47 (1997), S. 647–676, hier S. 661f.

30 Daten aus: Országos Királyi Magyar Statisztikai Hivatal (Hg.), *A Magyar Korona Országában az 1891. év elején végrehajtott népszámlálás eredményei, I. rész: Általános népleírás* [Die Ergebnisse der am Anfang des Jahres 1891 in den Ländern der Ungarischen Krone durchgeführten Volkszählung, Teil I: Allgemeine Volksbeschreibung], Budapest 1893, S. 103.

31 Moritz Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn. Die kirchenpolitischen Gesetzgebungen der Jahre 1894/95*, Graz 1967, S. 29ff.

32 Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn* (wie Anm. 25), S. 33ff., 42ff.

Die Idee führte in Ungarn zu politischen Auseinandersetzungen, die als ‚ungarischer Kulturkampf‘ bekannt sind.³³ Die hohe katholische Kirchenhierarchie positionierte sich dabei wenig politisch: Die ungarischen Bischöfe waren zu staatsloyal, als dass sie eine staatliche Initiative scharf verurteilen hätten wollen/können. Für diese lasche Haltung rügte der Heilige Stuhl sie. Papst Leo XIII. rief – mit der Enzyklika *Constanti Hungarorum* (1893) – die ungarische Kirche zum Widerstand auf.³⁴ Die katholische Öffentlichkeit formierte sich daraufhin als politische Akteurin, etwa mit der Gründung der supranational konzipierten, gesamtungarischen *Katholischen Volkspartei*. Der niedere Klerus mobilisierte die Bevölkerung gegen die staatliche, wie auch die kirchliche Hierarchie.

Moritz Csáky stellt in seiner Monographie über das Thema jedoch infrage, ob sich diese Periode in der Tat als ein gesamtgesellschaftlicher, breiter ‚Kulturkampf‘, wie dies im Deutschen Reich oder in Frankreich anzutreffen war, zu betrachten sei. Die Gesetze entstanden nämlich eher aus administrativ-pragmatischen Gründen, die Regierungspolitik richtete sich sonst keinesfalls gegen die gesellschaftliche und staatsrechtliche/staatliche Position der sowieso staatsloyalen katholischen Kirche.³⁵ Csáky spricht deswegen statt ‚Kulturkampf‘ von ‚kirchenpolitischen Reformen‘, mit denen letztendlich eine vollkommene Staat-Kirche-Trennung nur im familien- und eherechtlichen Bereich vollzogen wurde.³⁶

Säkularisierung als ‚Magyarisierung‘?

Die kroatisch-slawonischen politischen Kreise verfolgten immerhin mit großem Interesse die diesbezüglichen Debatten in Budapest, und sie hegten dabei eindeutige Sympathie für die klerikalen und antisemitischen Meinungen.³⁷ Die nationalistischen Kreise Kroatiens nahmen die Möglichkeit einer Zivilehe als eine gleichzeitig anti-kroatische und anti-katholische Bedrohung wahr.³⁸ Ei-

33 Robert Nemes, *The Uncivil Origins of Civil Marriage: Hungary*, in: Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hg.), *Culture Wars. Secular-Catholic Conflict in Nineteenth Century Europe*, Cambridge 2003, S. 313–335, hier S. 313.

34 Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn* (wie Anm. 25), S. 96.

35 Moritz Csáky, *Die katholische Kirche und der liberale Staat in Ungarn im 19. Jahrhundert*, in: *Ungarn-Jahrbuch 1973*, S. 117–131, hier S. 129.

36 Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn* (wie Anm. 25), S. 105ff.

37 Marija Vulesica, *Die Formierung des politischen Antisemitismus in den Kronländern Kroatien und Slawonien 1879–1906*, Berlin 2012, S. 148ff.

38 Mario Strecha, *O procesu politizacije katolicizma u Banskoj Hrvatskoj potkraj 19. stoljeća* [Über den Prozess der Politisierung des Katholizismus im Banus-Kroatien Ende des 19. Jahrhunderts], in: *Bosna Franciscana* (2007), S. 91–125, hier S. 100ff.

nerseits weil ein solches ungarisches Gesetz als Einmischung in die kroatische Innenpolitik, also als ‚Magyarisierung‘ aufgefasst wurde.³⁹ Andererseits weil der Katholizismus so stark zum Selbstverständnis des kroatischen Nationalismus gehörte,⁴⁰ dass ein antiklerikales Gesetz, das sogar aus dem ‚jüdischen Budapest‘ kam, als zweifacher Angriff gegen die nationale ‚Identität‘ interpretiert werden konnte. Das Wiener Witzblatt *Die Bombe* meinte bereits 1883, als das Thema zum ersten Mal angeschnitten wurde, sarkastisch, dass der damalige freisinnige Ministerpräsident Ungarns, István Tisza – bevor er die Zivilehe zwischen Christen und Juden einführen würde – eigentlich die „Civilehe, die Ungarn mit Kroatien eingegangen ist“, behandeln solle.⁴¹

Die Säkularisierung galt in Kroatien-Slawonien schlechthin als ‚Magyarisierung‘, weil die dadurch vermeintlich eintretende Schwächung der katholischen Kirche auch eine Schwächung des kroatischen Nationalismus – nach der Auffassung der national-klerikalen Kreise – bedeutet hätte.⁴² Die Mischehen wurden an sich als Räume multipler Selbstverortungen gesehen, in denen sich unterschiedliche Identifizierungen oder sogar nationale, wie religiöse Indifferenz er- und gelebt werden konnten.⁴³ In der klerikalen Öffentlichkeit Kroatiens wurde daher die Zivilehe als antikroatische Idee ‚jüdischer‘ und ‚freimaurerischer‘ Elemente der freisinnigen Budapester Regierung angeprangert.⁴⁴ In dieser Hinsicht verschränkten sich die anti-ungarischen Meinungen zu einem antiliberalen Hass.⁴⁵ Konkret entlud sich dieser Hass in antisemitischen Angriffen, weil der ‚Jude‘ stellvertretend für die ‚Schwächung‘ der katholischen kroatischen Identität (sprich: für die ‚Magyarisierung‘ und die ‚Säkularisierung‘) stand.⁴⁶

39 Kroatische nationalliberale Politiker, wie etwa der Fiumaner Rechtsanwalt Erazmo Barčić, hätten die Idee der Zivilehe eigentlich unterstützt, es sei denn sie wäre nicht von einem ungarischen Gesetz eingeführt; siehe darüber Sokcsevits Dénes [Dinko Šokčević], *Magyar múlt horvát szemmel* [Ungarische Vergangenheit mit kroatischen Augen], Budapest 2004, S. 113.

40 Die Auffassung, dass der Katholizismus Kroatiens Identität ausmache, wird auch in der heutigen kroatischen Historiographie noch vertreten, vgl. Ivo Banac, *Hrvati i Crkva. Kratka povijest hrvatskog katoličanstva u modernosti* [Kroaten und die Kirche. Kurze Geschichte des kroatischen Katholizismus in der Modernität], Zagreb 2013, S. 10.

41 *Die Bombe* (28. 10. 1883), S. 2.

42 Mario Strecha, „Sve za vjeru i domovinu“. Idejna strujanja u katolicizmu u banskoj Hrvatskoj potkraj XIX. stoljeća [„Alles für den Glauben und die Heimat“. Ideologische Strömungen im Katholizismus im Banus-Kroatien Ende des 19. Jahrhunderts], in: *Croatica Christiana Periodica*, 20 (1996), S. 70–132, hier S. 90.

43 Andrea Komlosy, *Imperial Cohesion, Nation-Building, and Regional Integration in the Habsburg Monarchy*, in: Stefan Berger/Alexei Miller (Hg.), *Nationalizing Empires*, Budapest 2015, S. 369–427, hier S. 390.

44 Sokcsevits, *Magyar múlt horvát szemmel* (wie Anm. 33), S. 112.

45 Vulesica, *Die Formierung des politischen Antisemitismus* (wie Anm. 31), S. 186, 316.

46 Martina Bitunjac, *Kroatischer Antisemitismus von 1883 bis 1941*, Berlin 2006 [unveröffentlichte Magisterarbeit], S. 25ff.

Antisemitische und antiungarische Gewaltakte erfolgten aber nur in den inneren Teilen Kroatiens-Slawoniens,⁴⁷ in Fiume/Rijeka gab es sie nicht. Das anti-ungarische und antisemitische Ressentiment als politisches Programm erschien in Kroatien erstmals während des Wahlkampfes von 1897, als sich die nationalistische Opposition als klerikale Kraft gegen eine mögliche Einführung der Zivilehe positionierte.⁴⁸

Nationale Markierung kirchenpolitischer Positionen

In den Debatten um die Zivilehe zeigten sich jedoch nicht nur die Aversionen Kroatiens gegenüber Ungarn (und besonders seiner liberalen Politik), sondern auch die liberalen Sympathien in Fiume/Rijeka. Die liberale Tageszeitung der Hafenstadt, *La Bilancia* wies etwa darauf hin, dass sich in Ungarn (im Falle der ungarischen Nation, sowie der italienischen Nationalität) nicht Nationalismus und Liberalismus – wie es in den anderen Teilen der Donaumonarchie laut der Zeitung der Fall gewesen wäre –, sondern Liberalismus und Klerikalismus – wie es in ganz Europa „üblich“ sein sollte – gegenübergestanden hätten. In Ungarn formierte sich nämlich der staatliche Nationalismus liberal und säkular, dem sich die liberal gesinnte Fiumaner Elite verbunden fühlte:

„Den Nationalismus sehen wir in allen anderen Ländern des Reiches im offenen – mehr oder weniger gravierenden – Konflikt mit dem Liberalismus. In Ungarn haben wir hingegen das großartigste Beispiel, dass der vorangeschrittene Nationalismus eng mit den Zielen des Liberalismus ist und verbunden mit dem Liberalismus für den Sieg der neuen Idee, für den Sieg des liberalen Prinzips gegen rücksichtslose Einmischung derer kämpft, die sich sogar des Staates überlegen fühlen.“⁴⁹

Dass Liberalismus und Nationalismus nur in Ungarn einander gestärkt hätten, stimmte jedoch nicht. Der Liberalismus war etwa in der österreichischen Hälfte der Küstenregion ebenso nationalistisch (meistens italienisch-nationalistisch) und antiklerikal eingestellt. Der italienischsprachige Liberalnationalismus konnte sich aber in Triest oder Istrien nicht mit der österreichischen Staatlich-

47 Über die damaligen, unterschiedlich (politisch, sozial usw.) motivierten bäuerlichen Rebellionen siehe Stefano Petrungaro, *Pietre e fucili. La protesta sociale nelle campagne croate di fine Ottocento* [Steine und Gewehre. Der soziale Protest auf dem kroatischen Lande Ende des 19. Jahrhunderts], Rom 2009.

48 Über die national-klerikale Thematisierung im kroatisch-slawonischen Wahlkampf von 1897 siehe u. a. Mirjana Gross, *Povijest pravaške ideologije* [Geschichte der staatsrechtlerischen Ideologie], Zagreb 1973, S. 315; Stjepan Matković, *Afirmacija Khuenove autokracije. Izbori za Hrvatski sabor 1897* [Affirmation der Khuen'schen Autokratie. Wahlen zum kroatischen Parlament 1897], in: *Časopis za suvremenu povijest*, 29 (1997), S. 469–489, hier S. 478; Vulesica, *Die Formierung des politischen Antisemitismus* (wie Anm. 31), S. 48.

49 *La Bilancia* (12.03.1894), S. 5. [Übersetzt aus dem Italienischen von mir – P. T.].

keit, die sich supranational und katholisch verstand, verbinden, wie es in Fiume/Rijeka zwischen der italienischsprachigen, liberalen Elite und dem ungarischen Staat möglich war. Wodurch sich der Liberalismus in Ungarn und Fiume/Rijeka im Gegensatz zu den anderen Teilen der Donaumonarchie auszeichnete, war insofern nicht seine nationale Prägung. Der Stellenwert des nationalen Liberalismus war allerdings in der Tat in Ungarn und Fiume/Rijeka anders als in der österreichischen Hälfte.

Magyar Tengerpart, die ungarischsprachige Zeitung der Hafenstadt, begrüßte, als Sprachrohr der ungarischen Interessen, dass die Hafenstadt wegen des italienischen Charakters liberal und progressiv sei:

„*Schon infolge seiner Sprache* entwickelt sich das Bürgertum von Fiume [Rijeka] am Beispiel der fortgeschrittenen Zivilisation des Westens, daher war es vorauszusehen, dass die Bevölkerung der ungarischen Hafenstadt die erste sein wird, die sich mit vollem Herzen, Gefühlen unter der Fahne des Fortschrittes, der Aufklärung und der Freisinnigkeit versammeln wird...“⁵⁰

Die positive Einstellung der ungarischen Elite wurde in Fiume/Rijeka auch von den Italienern bestätigt. Die Tageszeitung *La Bilancia* schrieb hinsichtlich der Kirchenreform etwa vom „nationalen Erwachen“,⁵¹ womit das Blatt nicht nur seine konkrete Unterstützung für die kirchenpolitischen Pläne der Budapester Regierung, sondern auch seine Akzeptanz, die italienische Nationalität der Hafenstadt als Teil der ungarischen Nation zu verorten, ausdrückte. Die anfangs angedeutete ‚Ideenübereinstimmung‘ zwischen ungarischem und italienischem Nationalismus, sowie Liberalismus manifestierte sich auch in den Sympathiebekundungen, die die italienischsprachige, liberale Elite der Hafenstadt während der Debatten um die Zivilehe nach Budapest schickte.⁵² Während die kroatische Öffentlichkeit die Zivilehe vehement bestritt, begrüßten die italienischsprachigen Blätter in Fiume/Rijeka die liberale Kirchenpolitik der Regierung von

50 *Magyar Tengerpart* (04.03.1894), S. 3. [Übersetzt aus dem Ungarischen und Hervorhebung von mir – P. T.].

51 *La Bilancia* (30.01.1894), S. 2. [Übersetzt aus dem Italienischen von mir – P. T.].

52 „Der Fiumaner Abgeordnetenrat sieht in der Kirchenpolitik der Regierung den Garanten der Freiheit und des Fortschrittes, sowie des Friedens, der Eintracht und der gegenseitigen Achtung der Religionsgemeinschaften, [der Stadtrat] unterstützt diese Politik und hofft, dass sie zur Ehre der Nation und zum Wohlstand ihrer Völker zu verwirklichen sein wird.“ Vgl. Übermittlung des Unterstützungsmemorandums des Stadtmagistrates durch den ungarischen Gouverneur Lajos (Ludovico) von Batthyány an den ungarischen Ministerpräsidenten (20. März 1893), in: Državni Arhiv u Rijeci (Staatsarchiv in Fiume/Rijeka, weiter: DAR), Kraljevskij Gubernij za Rijeku i Ugarsko-Hrvatsko Primorje (Königlicher Gouverneur für Fiume/Rijeka und die Ungarisch-Kroatische Seeküste, weiter: Gubernij), Opći Spisi (Allgemeine Schriften, weiter: Op.Sp.), kutija (kut.) 121, 1893/388 [Ins Ungarische übersetzt vom Gouverneursamt; übersetzt aus dem Ungarischen von mir – P. T.].

Sándor Wekerle. *La Bilancia* erblickte darin einen „hellen Beweis des Liberalismus und Liebe zum Fortschritt“.⁵³

Die Stadt war jedoch zu dieser Zeit von Tivadar (Teodoro) von Batthyány im ungarischen Parlament vertreten, der in der Debatte um die Zivilehe überraschenderweise konservativ-klerikale Positionen bezog. Er liebäugelte sogar mit dem Gedanken, sich der neuen *Katholischen Volkspartei* anzuschließen, was in der Fiumaner Öffentlichkeit einen wahren Skandal auslöste.⁵⁴ Es gründete sich sogar eine Bürgerkommission für den Widerruf von Batthyány aus dem Budapester Parlament.⁵⁵ Die *Magyar Tengerpart* meinte, dass der Parlamentsabgeordnete die liberalen und nationalen Gefühle der Stadtbürger verletzt hätte:

„[Tivadar von Batthyány] kennt Fiume [Rijeka] nicht, wenn er meint, dass das Bürgertum dieser Stadt [...] auf die Ideale der Gewissensfreiheit und der fortschrittlichen Kultur zu verzichten willens wäre. *Hier an der Seeküste spielen sich die großen Ereignisse der zivilisierten, westlichen Staaten viel näher an uns ab*, als dass die Errungenschaften der fortschrittlichen Zivilisation für uns leere Floskel oder Spielzeuge wären. [...] Die Bevölkerung von Fiume [Rijeka] besteht fast ausnahmslos aus katholischen Elementen. Die Religiosität wird aber hier nie als Hindernis für die erhobenen Idealen der voranschreitenden Kultur dienen.“⁵⁶

Die ungarische Zeitung sprach in ihrem Artikel die geographische und sprachliche (mentale) Nähe der Hafenstadt an das antikerikale Italien als eine positive Tatsache an. Während Wien den italienischen Staat als irredentistische Gefahr wahrnahm, der etwa in antikerikale Richtung die italienischsprachige Bevölkerung der österreichischen Küstenregion beeinflussen könne, empfand die ungarische Elite in Fiume/Rijeka eben diese Nähe und mögliche antiklerikale, liberale Einflussnahme als positive Bereicherung.

Die Nachrichten über die Parlamentsdebatten in Budapest und verschiedene, meistens ländliche klerikale Demonstrationen prägten freilich auch die öffentlichen Debatten in Fiume/Rijeka. Aber weder die liberale noch die klerikale Seite mobilisierten ihr Klientel, die Straße blieb vom ‚Kulturkampf‘ weitgehend verschont. Öffentliche, geschweige denn gewalttätige Konflikte, wie sie während des österreichischen ‚Kulturkampfes‘ in den 1870er-Jahren auch in der österreichischen Küstenregion, etwa in Triest, zu beobachten waren,⁵⁷ fanden nicht statt.

53 *La Bilancia* (16.02.1894), S. 4. [Übersetzt aus dem Italienischen von mir – P. T.].

54 Protest gegen den Fiumaner Parlamentsabgeordneten siehe u. a. in: *La Bilancia* (25.01.1894), S. 3.

55 *Magyar Tengerpart* (28.01.1894), S. 6.

56 *Magyar Tengerpart* (21.01.1894), S. 5. [Übersetzt aus dem Ungarischen und Hervorhebung von mir – P. T.].

57 Zum Kulturkampf bezüglich des Konkordates und der Schulreform im österreichischen Triest siehe u. a. Giampaolo Valdevit, *Chiesa e lotte nazionali. Il caso di Trieste (1850–1919)* [Kirche und nationale Kämpfe. Der Fall Triest], Udine 1979, S. 77ff.

Eine städtische Delegation der Hafenstadt nahm jedenfalls an der großen, liberalen Demonstration am 4. März 1894 in Budapest teil,⁵⁸ wo fast 100.000 Menschen für die liberale Kirchenreform, als Unterstützung für die Regierung, aufmarschierten.⁵⁹ Die Fiumaner Delegation wurde in Budapest von den Rednern mehrmals als „ungarische Italiener“⁶⁰ begrüßt und applaudiert.

Nachdem im Jänner 1894 bereits eine klerikale, antilibérale Großveranstaltung in Budapest stattgefunden hatte, zeigte sich auch der lokale, übrigens mehrsprachige Klerus in der Hafenstadt mit der gesamtungarischen, nationsübergreifenden, klerikalen Mobilisierung solidarisch. Mehrere Priester in Fiume/Rijeka lancierten eine Unterschriftenaktion in der Stadt gegen eine mögliche Einführung der Zivilehe. Sie wollten erreichen, dass die Hafenstadt dem Geltungsbereich des Gesetzes, ähnlich wie im Falle von Kroatien versprochen wurde, entzogen werde. Die *Magyar Tengerpart* bemerkte aber herabschätzend, dass sich die katholische Aktion in der Stadt nur „unter den niederen Volksschichten“ der Unterstützung erfreue: Es seien nämlich unter den Unterschriften ausschließlich „umständliche Schriftzüge von istrianischen und krainischen Dienboten und Dienbotinnen“ zu erkennen gewesen.⁶¹ Die liberale Zeitung unterstellte den südslawischen Unterschreibenden, fast Analphabeten zu sein. Sowohl die Betonung der angeblichen Nationalität der Unterschreibenden als auch der Hinweis auf ihr vermeintlich niedriges Bildungsniveau dienten dem Ziel, die klerikalen Aktionen ethnisch und gesellschaftlich zu stigmatisieren. Die südslawische Bevölkerung galt in den liberalen Diskursen der ganzen Küstenregion, also auch in den österreichischen Küstenstädten, als ‚unzivilisiert‘ und rückständig. Und weil diese Bevölkerung ihre Identität sehr stark im katholischen Glauben erlebte, wurde auch die katholische Kirche auf der *mental map* der Küstenregion südslawisch, ländlich, rückständig markiert.

Die antikerikalen, meist italienisch- oder ungarischsprachigen Diskurse bedienten sich also antislawischer Vorurteile, um die südslawische Bevölkerung und die katholische Kirche als gemeinsamen Feind darstellen zu können. Eine solche Verzahnung national- und kirchenpolitischer Gegensätze diente freilich auch den kroatisch-nationalistischen Kreisen, die die katholische Kirche ebenso als südslawischen Raum betrachteten und beanspruchten.

In einer solchen Situation wurden Identifizierungen, Positionierungen, welche sich nicht in den diskursiv erzeugten Gegensatz zwischen ‚liberalen, städ-

58 Klestenitz Tibor, *Két nagygyűlés Budapesten* [Zwei Großversammlungen in Budapest], in: *Médiakutató* 1 (2013), S. 53–64, hier S. 60. Über die Erlebnisse der Fiumaner Delegation siehe u. a. den Bericht in: *La Bilancia*, S. 6. (05.03.1894).

59 Über die liberale Demonstration siehe Klestenitz, *Két nagygyűlés Budapesten* (wie Anm. 52), S. 58ff.

60 Zitiert nach Klestenitz, *Két nagygyűlés Budapesten* (wie Anm. 52), S. 60.

61 *Magyar Tengerpart* (12.02.1894), S. 3. [Übersetzt aus dem Ungarischen von mir – P. T.].

tischen Italienern‘ und ‚klerikalen, ländlichen Kroaten‘ einreihen, ausgeblendet. Daher ist es aber interessant gerade die unmittelbare Nachgeschichte des Kulturkampfes in Fiume/Rijeka weiterzuerfolgen. Dass der Stadtpfarrer gegen das Gesetz protestierte, war freilich nicht überraschend. Aber dass er dem vorgestellten Bild, wie ein Priester in der Küstenregion zu sein habe (nämlich ländlich, südslawisch, antiitalienisch, antiungarisch), nicht entsprach, stellt schon das nationsfixierte Narrativ des Kulturkampfes infrage.

Worum geht es also? Das Gesetz über die Zivilehe wurde 1894 – nachdem die zweite Kammer, das sogenannte ‚Magnatenhaus‘ es zuerst abgelehnt hatte – letztendlich in beiden Kammern des ungarischen Parlamentes verabschiedet und –⁶² anders als in Kroatien-Slawonien – auch in Fiume/Rijeka eingeführt.⁶³ Während also die umliegenden österreichischen und kroatischen Gebiete keine Zivilehe – und in diesem Sinne keine Möglichkeit der Scheidung für katholisch geschlossene Ehen – hatten, war in Fiume/Rijeka ab 1894 erlaubt, zivil zu heiraten und die Heirat dann staatlich auflösen zu lassen. Die erste Zivilehe in der Hafenstadt erfolgte Mitte September 1895: Ein Vater meldete seine Tochter, Irma Ferlati zur Zivilehe mit dem Seemann Michael Sveklja an.⁶⁴ Der damalige Stadtpfarrer zeigte sich hartnäckig gegenüber dem Wunsch. Don Gaetano Bedini war unter den ersten Priestern in ganz Ungarn, der sich weigerte, den Heiraten die nötigen Dokumente aus dem Matrikelbuch auszustellen.⁶⁵ Der Stadtmagistrat musste den sonst italienischsprachigen Pfarrer zum Gehorsam gegenüber dem staatlichen Gesetz ermahnen. Nicht ein kroatischsprachiger Priester aus dem Lande, sondern ein italienischsprachiger aus der Hafenstadt leistete also Widerstand.

Als Don Bedini 1891 zum Stadtpfarrer in Fiume/Rijeka ernannt wurde, erfreute er sich noch der vollen Unterstützung des liberalen Stadtmagistrates. Er war nämlich strikt gegen die altslawische Liturgiesprache, die eine Forderung kroatischsprachiger Kreise innerhalb der katholischen Kirche darstellte. Don Bedini beschrieb etwa die Zustände in der Kirche – vor allem bezüglich des Sprachengebrauchs im Gottesdienste – „viel schlimmer, als ich es mir je vor-

62 Die kirchenpolitischen Reformen, um die der ‚ungarische Kulturkampf‘ ausbrach, umfassten die folgenden Gesetze: Gesetzesartikel (*törvényzikk*) 31/1894 über die Zivilehe, Gesetzesartikel 32/1894 über die freie Wahl der Konfessionszugehörigkeit der Kinder aus Mischehen, Gesetzesartikel 33/1894 über die staatliche Matrikeführung, Gesetzesartikel 42/1895 über die Gleichberechtigung der jüdischen Religion, sowie Gesetzesartikel 43/1895 über die freie Konfessions- und Religionswahl aller Staatsbürger; vgl. Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn* [wie Anm. 25], S. 106f.

63 Über die Entstehung und Verabschiedung des Gesetzes siehe Csáky, *Der Kulturkampf in Ungarn* (wie Anm. 25), S. 98ff.

64 *Agramer Zeitung* (16.09.1895), S. 5.

65 *Agramer Zeitung* (26.09.1895), S. 2.

gestellt hatte“.⁶⁶ Damit meinte er die Praxis altslawischer und volkssprachlicher Liturgie. Er versuchte danach, diese kirchenrechtlich umstrittene, aber in der Tat bestandene Praxis zurückzudrängen, womit er die kroatischsprachige Bevölkerung, welche die Mehrheit der Kirchgänger ausmachte, gegen sich aufbrachte.⁶⁷ Don Bedini wurde etwa als gekaufter Agent der ‚Italiener‘ und der ungarischen Politik – wie es etwa in einer Karikatur in der Agramer Satirenzeitschrift *Trn* zu sehen war –⁶⁸ dargestellt. Diese Darstellung folgte damit dem nationalistischen Narrativ, welches alle Italiener dem liberalen, pro-ungarischen Lager, auch wenn sie sogar katholische Priester waren, zurechnete.

Dass dieser italienischsprachige Priester später als erster seine Stimme gegen die Zivilehe erhob, zeigt jedoch, wie sich der ‚Kulturkampf‘ in der Realität – trotz der nationalisierten, diesbezüglichen Diskurse – vordergründig nicht national bestimmt war. Die Frontlinien zwischen antiklerikalen und klerikalen Akteuren verliefen nicht eindeutig entlang den national-sprachlichen Unterschieden.

Wieso überlappten sich aber diese Frontlinien in den dominierenden Diskursen? Besonders die italienischsprachige Elite der Hafenstadt konnte ihre Machtstellung über den ganzen italienischsprachigen ‚Raum‘ anhand der Nationalisierung jeglicher politischen Debatte aufrechterhalten. Die Nationalisierung antiklerikaler Positionierung, als ob ‚alle Italiener‘ liberal und ‚alle Südslawen‘ klerikal gewesen wären, ermöglichte die Ausblendung anderer Selbstverortungen. Der italienischsprachige Katholizismus der Hafenstadt, der eigentlich ein nicht zu unterschätzender Faktor war, konnte somit, ähnlich zum italienischsprachigen Katholizismus im österreichischen Triest,⁶⁹ aus der Öffentlichkeit und der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden. Ein Rekurs auf die angebliche nationale Einheit, die nur die italienischsprachige, liberale Elite vertreten würde, ermöglichte die Schließung der politischen Öffentlichkeit, weil alle anderen politischen Aspekte (Klerikalismus, Sozialismus usw.) als nationalfremd, national indifferent dargestellt werden konnten.

66 Brief von Don Bedini an den Stadtmagistrat (10. 12. 1891), in: DAR, Gubernij, Pr.Sp. kut. 27, 1891/243 [Übersetzt aus dem Italienischen von mir – P. T.].

67 Antonio Benvin, *Il glagolitico nella liturgia nella regione di Fiume* [Das Glagolitische in der Liturgie in der Region von Fiume/Rijeka], in: *Giornata di studio sugli aspetti di vita cattolica nella storia di Fiume*. Roma, 26 gennaio 1985 [Tagung über die Aspekte des katholischen Lebens in der Geschichte von Fiume/Rijeka. Rom, 26. Jänner 1985], Rom 1988, S. 37–51, hier S. 49.

68 *Trn* (15. 12. 1891), S. 1.

69 Zu den Loyalitäts- und Identifizierungsfragen des italienischsprachigen Katholizismus im österreichischen Triest siehe Péter Techet, *Imperiale Loyalität unter den italienischsprachigen Katholiken in Triest der späten Habsburgermonarchie*, in: Jana Osterkamp (Hg.), *Kooperatives Imperium. Politische Zusammenarbeit in der späten Habsburgermonarchie*, Göttingen 2018, S. 297–314.

Die Nationalisierung der kirchenpolitischen Debatten schwächte die eigenständige kirchliche Position, weil die katholische Kirche nicht als eigene Akteurin, sondern bloß im Kontext nationaler Markierungen wahrgenommen wurde. Diese diskursive Strategie verhärtete jedenfalls die eigentlich kirchenpolitischen Frontlinien, weil ihnen auch nationale Gegensätze zugeschrieben wurden. Die politische und soziale Vielfalt wurde dabei innerhalb des narrativ beanspruchten ‚Raumes‘ der ‚Nation‘ ausgeblendet, was freilich der bestehenden Machtstruktur und ihren Akteuren nutzte. Auch in Fiume/Rijeka zeigte sich also während des ‚Kulturkampfes‘, wie kirchenpolitische Positionen national markiert werden konnten, damit eine liberale Deutungshoheit in der Stadt, besonders über die italienischsprachige Bevölkerung, aufrechterhalten blieb.

Vom abwesenden Imperium in einer peripheren Metropole. Hegemoniale Diskurse in Graz um 1900

Bisher standen in der Forschung die multikulturellen Zentren Wien und Budapest – zum Teil auch Lemberg, Prag und Sarajewo – im Blickfeld. Moritz Csáky hat die Städte der Moderne in Österreich-Ungarn in ihrer Heterogenität als „Laboratorien“ des kulturellen Austausches definiert. Damit hatten sie einerseits eine bis heute oft reflektierte integrative Funktion, es sind jedoch auch Prozesse der Exklusion sichtbar. Gleichzeitig übten die hegemonialen kulturellen Gruppen – in Cisleithanien die Deutschsprachigen – einen Druck zur „inneren Kolonisierung“ zur Herrschaftssicherung aus.¹ Anhand des Beispiels Graz soll die Perspektive auf Vorstellungen des Imperiums in einer national und religiös homogenen ‚Metropole‘ der Peripherie erweitert werden. Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Frage, wie sich die ‚imperiale Herrschaft der Differenz‘ innerhalb der kommunalen Elite einer Mittelstadt der Habsburgermonarchie diskursiv ausgestaltete.

Graz hatte im 19. Jahrhundert einen wahren demographischen und wirtschaftlichen Boom erlebt: Die Bevölkerung verfünffachte sich von 31.844 Einwohnern 1810 auf 151.886 im Jahr 1910. Als Grundlage dafür können die Industrialisierung – mit Erfolgsprodukten der Firmen Puch, der Brauerei Reininghaus oder der Maschinenfabrik Andritz –, der Anschluss an die Südbahn (1844) sowie die (zögerlich) zugestandenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalisierungen ab 1848 angeführt werden. Die Zuzügler in das Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum des Kronlandes Steiermark rekrutierten sich insbesondere aus dem direkten Umland von Graz wie auch zum Teil aus der Untersteiermark; nur in geringen Anteilen aus dem Rest der Monarchie.² Zu den ökonomischen Profiteuren dieses Booms zählte insbesondere die bürgerliche

1 Moritz Csáky, *Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa*, Wien 2010, S. 345–364.

2 William H. Hubbart, *Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914*, Wien 1984, S. 20.

Mittel- und Oberschicht, die mit einem offensiv zur Schau getragenen Selbstbewusstsein aus dem 19. ins 20. Jahrhundert ging.³

Als Methode zur Annäherung an die vorliegende Fragestellung werden intentionale Texte einer hermeneutischen Kritik unterzogen. Empirisch orientiere ich mich an den bürgerlichen, maskulinen Diskursen der Elite, auch wenn diese weniger die gesellschaftliche Realität als vielmehr das hegemoniale Selbstbild zum Ausdruck bringen. Als Quellen dienen Gemeinderatsprotokolle beziehungsweise Amtsblätter, ausgewählte Zeitschriften und Tageszeitungen. Generanzählungen zum Hegemonialnarrativ, die vorwiegend auf individueller/persönlicher Ebene (Tagebücher, Privatkorrespondenzen), in sozialdemokratischen, sozialistischen, (den in Graz verhältnismäßig starken) anarchistischen Organisationen oder in minoritären Bevölkerungsgruppen – insbesondere der jüdischen Gemeinde oder den slowenischsprachigen Bevölkerungsgruppen (insb. aus der Untersteiermark kommende Arbeiter und Studierende) gepflegt wurden –, können an dieser Stelle aufgrund des beschränkten Umfangs nur angedeutet werden.

Als Kristallisationsbeispiel werden die bisher in der Historiographie noch kaum behandelten Debatten im Grazer Gemeinderat 1918 herangezogen⁴. Dies ist umso verwunderlicher, da der Gemeinderat seit der neuen (provisorischen)⁵ Gemeindeordnung für Graz von 1850 zumindest formal die wichtigste Körperschaft der Stadt (§ 85) darstellte.⁶ Wie im Folgenden noch näher erläutert wird, entwickelte sich der Gemeinderat seit 1850 als Bühne und Werkstatt eingeschränkter demokratischer Teilhabe. Aufgrund des regelmäßigen Austausches von Gemeinderäten, der verhältnismäßig geringen Professionalität der politischen Akteure und des direkten Kontaktes mit den Vertretenen zeigen sie oft ein verhältnismäßig ungeschminktes Stimmungsbild.

3 Hubbart, *Auf dem Weg zur Großstadt* (wie Anm. 2), S. 10–18, 82–86.

4 Zum Gemeinderat siehe folgenden Arbeiten: Edith Marko-Stöckl, *Die Entwicklung des Gemeinde-, Bezirksvertretungs- und Landtagswahlrechts in der Steiermark von 1861–1914*, Graz 1985; Armin Sippel, *Der Grazer Gemeinderat und seine Bürgermeister von 1850 bis 1919. Von den Anfängen der Gemeindegeldverwaltung zu den ersten freien Wahlen. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunalpolitik*, Graz 2010.

5 Aber als solche bis 1869 in Kraft, und von der neuen Gemeindeordnung in dem hier zitierten Punkt nicht abweichend.

6 Gerhard Marauschek, *Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003*, in: Walter Brunner (Hg.), *Geschichte der Stadt Graz. Lebensraum – Stadt – Verwaltung*, Bd. 1, Graz 2003, S. 197–199.

‚Oratores‘ und ‚Herosen‘: die ‚deutschen‘ Diskursgestalter

Das bis 1918 aufrechte Zensuswahlrecht auf kommunaler Ebene bewirkte, dass lediglich ein stark eingeschränkter Anteil der Bevölkerung aktiv oder passiv an den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen teilnehmen konnte. Die Liberalisierungen des Wahlrechtes auf staatlicher Ebene (1907: Allgemeines Männerwahlrecht) konnten in Graz bis zum Ende der Habsburgermonarchie nicht auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden.

Doch auch innerhalb der Führungselite können wir von einer binnenhegemonialen Ordnung ausgehen: Bürgerliche Frauen waren zwar über spezifische Vereine sowie Medienformen eingebunden – in Graz wurde 1893 die erste Frauenortsgruppe des deutschnationalen Vereins Südmark gegründet,⁷ und schon vor 1848 gab es einen bürgerlich-katholischen *Frauen-Verein* – eine aktive Teilnahme blieb ihnen aber bis 1919 verwehrt. Frauen aus der Arbeiterschaft waren innerhalb der Arbeiterbewegung marginalisiert, verfügten aber über eine wachsende Organisationsstruktur, die Teilpartizipation zumindest ermöglichte. Da Männer auch die wichtigsten Formen der Herstellung von Öffentlichkeit – Gemeinderat und Magistratsverwaltung, Vereine, Zeitungen et cetera – kontrollierten, homogenisierten sie die schriftliche Überlieferung in ihrem Sinne, was heute eine geschlechterdifferenzierende Historiographie ungemein erschwert.⁸

Die maskuline Hegemonialelite war zwar in wirtschaftlichem und sozialem Sinne heterogen, in ihrer sprachlichen und kulturellen Zuordnung jedoch homogen: Deutsch! Lediglich im religiösen Selbstverständnis gab es eine gewisse Vielfalt: Juden, Protestanten, freiheitlich orientierte Atheisten, Gottgläubige, Metaphysiker et cetera, und, im Vergleich zum Rest der Steiermark in deutlich geringerer Größe, natürlich Katholiken. Die jüdische Gemeinde von Graz war zwar im Wachsen, hatte aber kaum politischen oder wirtschaftlichen Einfluss. Auch die berufliche Differenzierung des Gemeinderates war nicht ausgeprägt: Adelige, hohe Verwaltungsbeamte, Universitätsprofessoren, Industrielle und Gewerbetreibende, Ärzte, Architekten und Rechtsanwälte dominierten; in ideologisch ähnlichen Parteien waren Kleingewerbetreibende, Handwerker sowie mittlere und niedere Verwaltungsbeamte organisiert. Arbeiter hatten zwar ihre Abgeordneten, deren Anzahl entsprach aber bei weitem nicht ihrer quantitativen Bevölkerungsstärke. Hinzu kam, dass rund die Hälfte der im Unter-

7 Heidrun Zettelbauer, „Die Liebe sei Euer Heldentum“. Geschlecht und Nation in völkischen Vereinen der Habsburgermonarchie, Frankfurt am Main 2005, S. 97.

8 Karin M. Schmidlechner/Anita Ziegerhofer/Michaela Sohn-Kronthaler/Ute Sonnleitner/Elisabeth Holzer, Geschichte der Frauen in der Steiermark. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Graz 2017, S. 8f. Umso wichtiger sind die in den letzten Jahrzehnten unter anderem von den Autorinnen der zitierten Publikation veröffentlichten Arbeiten.

suchungszeitraum zwischen 1848 und 1918 in der Stadt Anwesenden nicht das ‚Heimatrecht‘ besaß, und damit ebenso aus der kommunalen Mitwirkung ausgeschlossen war. Dementsprechend bildete bis 1918 der deutsch-freiheitliche Bürgerklub sowie in zweiter Linie der Gemeindeverband der deutschen Festbesoldeten die große Mehrheit; lediglich die III. Wahlkurie konnten die Sozialdemokraten kontinuierlich für sich erobern; die in Wien ausgesprochen erfolgreichen Christlichsozialen blieben in Graz eine Randerscheinung.⁹

Die Bürgermeister der Stadt spiegeln diese Mehrheitsverhältnisse wieder. Eigentlich sollten sie Kraft ihres Amtes, als Vertreter des höchsten Organs der Stadt und als parteiübergreifende Konsenspersonen, dementsprechend ausgleichend agieren und moderieren. Dominierte bis in die erste Hälfte der 1880er noch nationalliberale Rhetorik im Sinne der Revolution von 1848, so ist der Übergang von Bürgermeister Dr. Wilhelm Kienzl auf Dr. Ferdinand Portugal 1885 eine Zäsur. Schärfer als zuvor als Landtags- beziehungsweise Reichsratsabgeordneter positionierte sich Portugal deutschnational und antiklerikal. Und sogar der eigentlich als korrekter Bürokrat seit April 1897 ins Amt gewählte Bürgermeister Dr. Franz Graf radikalisierte unter dem Eindruck der Ereignisse seiner ersten 20 Amtsmonate – dazu später genauer – seine Sprache und Politik derart, dass er sich eher an den Leitartikeln des radikal-deutschnationalen *Grazer Tagblattes* orientierte als am Prinzip des gesellschaftlichen Ausgleiches¹⁰. Der Paläontologe, Anglist – als der er weltweite Anerkennung in der wissenschaftlichen Szene genoss – und Mitbegründer der Deutschen Volkspartei, Dr. Robert von Fleischhacker, amtierte als Nachfolger von Graf bis zur Auflösung des Gemeinderates im Frühsommer 1914. Ihm folgte als Bürgermeister der ebenso deutschnationale Apotheker Magister Adolf Fizia Ende 1917 (bis 1919).¹¹

Aus den angeführten Gründen können wir, trotz der um 1900 bereits auf rund 133.000 Einwohner angewachsenen Stadt,¹² von einer relativ homogenen Gruppe

-
- 9 Nach der Stärke der Vorkriegsergebnisse wurde auch der durch Scheinwahlen zusammengestellte Gemeinderat von 1917/18 etabliert: Aufgeteilt auf die Kurien: 3. Wahlkurie: 15 Sozialdemokraten, ein Festbesoldeter; 2. Wahlkurie: elf Festbesoldete, vier deutsches Bürgertum und ein Christlichsozialer; 1. Wahlkurie: dreizehn deutsches Bürgertum, zwei Christlichsoziale und ein Festbesoldeter. Siehe dazu: Steiermärkisches Landesarchiv, Statthaltereipräsidium, Zahl A5b-207/1912, Vertreter des Gemeindevirtschaftsrates an die hohe k. k. steiermärkische Statthalterei, 06.08.1917, S. 214f.
- 10 Sutter hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass für die Eskalation der Situation in Graz auch der Umstand zu berücksichtigen ist, dass die drei zentralen Entscheidungsträger des Jahres 1897 in Graz – Bürgermeister, Korpskommandant und Statthalter – jung in ihrem Amt waren und eine ausgesprochen schlechte Kommunikationsbasis hatten, siehe im Detail: Berthold Sutter, *Die Badenischen Sprachen-Verordnungen von 1897*, Bd. 2, Graz 1965, S. 18–21.
- 11 Für einen Überblick zu den Grazer Bürgermeistern siehe: Sippel, *Der Grazer Gemeinderat und seine Bürgermeister von 1850 bis 1919* (wie Anm. 4), S. 86–126.
- 12 Laut Volkszählung „Anwesende“, ohne Militär: Peter Wiesflecker, *Bevölkerungsentwicklung*, in: Brunner (Hg.), *Geschichte der Stadt Graz* (wie Anm. 6), S. 325.

ausgehen, die den Diskurs gestaltete. Es waren wenige Hundert Männer, die die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse prägten, die sich alle kannten, die noch dazu auf einem verhältnismäßig engen Raum – insbesondere den links der Mur gelegenen Bezirken Innere Stadt, Geidorf, Leonhard und Jakomini – ihre Büros, bevorzugten Lokale und Wohnungen hatten.

Diese Gruppe hatte nicht nur ihre politischen, sondern auch kulturellen Vertreter: Eine der zentralen Figuren dieses Kreises war der Literat und Journalist Peter Rosegger. Obwohl er sich selbst nicht als politische Person verstand und zu aktiven Politikern kaum engere Kontakte pflegte, brachte er die dominierenden identitäts- und kulturpolitischen Debatten der nationalbürgerlichen Gesellschaftselite zum Ausdruck.¹³ Ort der Rede und des Netzwerkes dieses Oratorikollektivs war die Weinstube *Im Krug zum Grünen Kranze*,¹⁴ in dem sich ab 1881 Grazer Künstler, Journalisten, Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Architekten und Schauspieler zum Stammtisch trafen. Rosegger spiegelt als ‚Zugezogener‘ aus der Obersteiermark auch die zögerliche Integration der ‚Neuen‘ Grazer wider, denn erst als europaweit erfolgreicher Schriftsteller erhielt er auch in der Stadt Anerkennung. Im Laufe seiner Biographie wandelte sich Rosegger vom liberalen Journalisten zum konservativen Vordenker für die Politisierung der immer deutschnationaler und völkischer werdenden Heimatbewegung. Die besondere Funktion von Rosegger für das Selbstverständnis der Stadt wurde schon zu Lebzeiten des Schriftsteller zum Ausdruck gebracht: Ihm wurde 1913 die Ehrenbürgerschaft verliehen, und ein Abschnitt des Murkais nach ihm benannt.¹⁵ Auch nach seinem Tod wurde er weiter geehrt, bis in die 1950er-Jahre gab es in zehn Bezeichnungen des Grazer Straßennetzes Bezüge zu Rosegger (2016 waren es noch fünf).¹⁶

Über die lokalen Vertreter hinaus gehörten zum heroischen Kanon hinaus dementsprechend die ‚Säulenheiligen‘ des deutschen Kultur- und Herrschaftsraumes; eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht durch den 1893 fertig gestellten Neubau des Grazer Rathauses, der sich architektonisch an der ‚deutschen Re-

13 Alfred Ableitinger, Politik in der Rosegger-Zeit – Rosegger und die Politik, in: Gerald Schöpfer (Hg.), Peter Rosegger. Leben und Wirken, Graz 2013, S. 73–86.

14 Auch der Name des Wirtshauses ist programmatisch und nimmt auf ein deutsches Volkslied der Romantik, basierend auf einem Gedicht von Wilhelm Müller aus dem Jahr 1821, Bezug. Bis heute gehört es zum Kanon vieler deutschnationaler Korporationen.

15 1993 wurde Rosegger in einer Landesausstellung in Krieglach geehrt, siehe: Karl A. Kubinzy/Astrid M. Wentner, Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung, Graz 2009, S. 375f.

16 Am Tag nach seinem Ableben hielt Bürgermeister Fizia eine Trauerrede im Gemeinderat, in der er die Leistungen Roseggers für die Stadt, das „steirische Alpenvolk“ und sein Wirken als „deutscher Mann“ hervorhob. Stenographischer Bericht über die ordentliche Sitzung des Gemeinderats der Landeshauptstadt Graz am 27. Juni 1918, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 19/XXI (10.07.1918), S. 434.

naissance‘ orientierte und die ‚Heroen‘ in einem umfangreichen Figurenensemble an der Fassade festschrieb.¹⁷ Vertreter der deutschen Klassik und Romantik dominieren auch bei der Benennung von Straßen.¹⁸ Ganz in diesem Sinne positionierte sich Graz als Wagner-Verehrungsstätte. Die Neueröffnung der Grazer Oper 1899 als neues Stadttheater wurde mit Friedrich Schillers Schauspiel *Wilhelm Tell* und am darauffolgenden Tag mit Richard Wagners Oper *Lohengrin* begangen.¹⁹ Die Schlußstein-Urkunde, zugleich auch Rede von Bürgermeister Graf zur Eröffnung, brachte dieses deutschnationale Sendungsbewusstsein klar zum Ausdruck:

„Möge der nunmehr vollendete Bau, den deutscher Bürgersinn geschaffen, die frohe Erwartung erfüllen, mit denen sein Entstehen begrüßt wurde!
Möge in diesen Hallen allzeit deutsch Kunst gepflegt werden und von dieser Stätte der Ruhm unseres herrlichen Volkes weithin verkündet werden!
Mögen endlich auch jene, die nach uns kommen und an dieser Stätte walten werden, das Erbe heilig bewahren und Zeugnis ablegen, daß sie gleich den Vätern allzeit eintreten wollen für die Ehre der deutschen Kunst und damit des deutschen Volkes!“²⁰

‚Missio‘ und ‚narratio‘: die ‚deutsche Stadt‘

Wie an den ‚Sprechern‘ und ‚Helden‘ bereits sichtbar wurde, positionierte sich die bürgerliche Elite von Graz in den letzten beiden Dekaden des 19. Jahrhunderts als besonders ‚deutsch‘. In diesem Verständnis hatte Wien seinen ‚deutschen‘ Charakter bereits verloren, Graz als die zweitgrößte Stadt im deutschen Kernraum müsse nun diese Rolle übernehmen. Diese Führungsaufgabe nahm die Grazer Elite auch innerhalb des Kronlandes Steiermark für sich in Anspruch.²¹

17 Die Kunstdenkmäler der Stadt Graz. Die Profanbauten des I. Bezirkes Altstadt, in: Bundesdenkmalamt (Hg.), Österreichische Kunsttopographie, Bd. LIII, Wien 1997, S. 166–170.

18 Johann Wolfgang von Goethe (1860), Theodor Körner (1899), Friedrich Schiller (1852, 1874), Franz Grillparzer (1889), Robert Hamerling (1889), die Brüder Grimm (1899), Richard Wagner (1899), Karl Maria von Weber (1899) oder eben Peter Rosegger (nach 1913 auch noch 1919, 1948, 1955); Olga Flor/Hildegard Kernmayer, Im *Krug zum Grünen Kranze*. Peter Rosegger in Graz, Ausstellung im GrazMuseum 31. Juli–4. November 2013, unpublizierte Ausstellungsdokumentation, [Graz 2013]; Kubinzky/Wentner, Grazer Straßennamen (wie Anm. 15).

19 Die heutige Oper war damals das Städtische Schauspiel- und Opernhaus; das ‚landschaftliche‘ Theater am Franzensplatz (heute: Schauspielhaus); die strikte Trennung zwischen dramatischem (Schauspielhaus) und musikalischem Theater (Oper) erfolgte erst danach. Johannes Frankfurter, *Welch ein Augenblick! 100 Jahre Oper Graz*, Graz 1999, S. 17–40, hier S. 18–26.

20 Zitiert nach: Frankfurter, *100 Jahre Oper Graz* (wie Anm. 19), S. 24–26.

21 Hubbard, *Auf dem Weg zur Großstadt* (wie Anm. 2), S. 169f.

Parallel dazu vollzogen in den letzten beiden Dekaden des 19. Jahrhunderts die diskursiven Konstruktionen nationaler Identität in Europa einen Wandel: (Staatlich-)Nationale Zugehörigkeit, die sich in der Folge der Aufklärung und der Französischen Revolution als Willensgemeinschaft definierte, entwickelte sich zunehmend zur (ethnisch-)nationalen ‚Blutsgemeinschaft‘. Zur Nation konnte man sich unter diesen Vorzeichen nun nicht mehr deklarieren, nicht integrieren oder assimilieren, und schon gar nicht mehr zwischen Zugehörigkeiten wechseln. Verknüpft wurde diese Konzeption auch mit dem Raum, der als formend für die Gemeinschaft definiert sowie als Grundlage für den Erfolg angesehen, und auf den dementsprechend Anspruch erhoben wurde („Grenzpolitik“ und „Geopolitik“).²²

Diese Verschärfung des nationalen Diskurses schlug sich auch lokal in Graz nieder: Unter Bürgermeister Portugal beschloss der Gemeinderat beispielsweise im Mai 1885 nicht mehr offiziell an der Fronleichnamsprozession teilzunehmen – eine symbolisch eindeutige Distanzierung der deutschnational dominierten Gemeindevertretung vom übernationalen Katholizismus. Im Rechenschaftsbericht über die Tätigkeiten des Jahres 1886 wurde erstmals die nationale Positionierung der Stadt klar hervorgehoben: „Seit jeher ist die Stadt Graz nicht nur in Oesterreich, sondern auch außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes bekannt als deutsche Stadt, deren Bewohner in richtiger Auffassung der Aufgabe unseres Gemeinwesens, als des äußersten Vorwerkes deutscher Gesittung und deutschen Strebens im Südosten des Reiches bei der Wahl ihrer Vertreter wesentlich, auf deren politische Gesinnung Rücksicht zu nehmen gewohnt sind.“²³ Darauf folgt eine ausführliche Darstellung, welche Maßnahmen und Resolutionen der Gemeinderat „zum Beweis seiner deutschen und fortschrittlichen Gesinnung“ einnahm: eine Resolution zur Bevorzugung „der Deutschen“ bei Stellenbesetzungen und Auftragsvergaben, eine Protestresolution gegen die das Tschechische begünstigende Sprachregelung im Gerichts- und Grundbuchswesen in Böhmen und Mähren durch k. k. Justizminister Alois von Pražák, die gezielte Förderung von deutschnationalen Vereinen sowie eine Unterstützung des Baus des Radetzky-Denkmal am heutigen Heldenplatz in Wien.²⁴

Dementsprechend zählte die Stadt seit den 1880er Jahren zu den Förderern deutschnationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, und war etwa auch Gründungsmitgliedern des 1880 noch als überparteiliche Organisation, insbesondere für Gemeinden mit deutscher Minderheitsbevölkerung ins Leben gerufenen *Deutschen Schulvereins*. 1889 bildete Graz auch den Gründungsort und

22 Günter Hartung, *Völkische Ideologie*, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hg.), *Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918*, München 1999, S. 22–43.

23 Rechenschafts-Bericht über die Thätigkeit der Gemeinde-Vertretung der Landeshauptstadt Graz im Jahre 1886, Graz [1887], S. 3.

24 Ebd., 3f.

Sitz des deutschen Schutz- und Kulturvereins *Südmark*. Beide Vereine erhielten fortlaufend auf Beschluss des Gemeinderates finanzielle und ideelle Unterstützungen durch die Stadt Graz.²⁵

Einer der Kulminationspunkte der Radikalisierung des deutschnationalen Diskurses in der Habsburgermonarchie war die ‚Badeni-Krise‘. K. k. Ministerpräsident Kasimir Felix Badeni erließ am 5. April 1897 eine Sprachenverordnung, die die zweisprachige Amtsführung der Verwaltung aller Gebiete in Böhmen und Mähren ab 1901 vorsah.²⁶ Die Deutschen der Monarchie reagierten mit Demonstrationen, Ausschreitungen und Krawallen. Ende November musste Badeni dem Druck nachgeben und demissionierte. Die ‚Badeni-Krise‘ stellte die Initialzündung für den Erfolg der ‚Los-von-Rom‘-Bewegung und der Alldeutschen von Georg von Schönerer dar – auch in Graz wuchs deren Anhängerschaft. Immer wieder versicherte 1897/98 Bürgermeister Graf, der sein Amt über alle Turbulenzen hinweg bis 1912 ausübte, auf der Seite der besonders radikalen Grazer Studentenschaft zu stehen.²⁷ Graf glänzte auch in den folgenden Jahren durch klare Symbolpolitik, die die nationale Position der Stadt zum Ausdruck bringen sollte: So wehten vom Rathaus beim Regierungsjubiläum von Kaiser Franz Josef 1898 schwarz-rot-goldene Fahnen, 1899 wurde der Auersperplatz in Bismarckplatz umbenannt, und beim 78. Geburtstag des Monarchen 1908 blieb das Rathaus überhaupt unbeflaggt.²⁸

Der katholisch-liberale Antagonismus unter den bürgerlichen Eliten von Graz eskalierte immer wieder: im Oktober 1907 bei der (dritten) Promotion des unterdessen zur Symbolfigur der katholischen Studentenverbindungen aufsteigenden Doktor Johannes Ude; am 16. Mai 1908 bei der Promotion von Studenten der katholischen Verbindung *Carolina*, denen das Tragen ihrer Couleur (wie schon öfter) verweigert wurde, kam es zu einem Sturm der Universität durch katholische Studenten, unterstützt von Funktionären und Politikern aus der Steirischen Provinz (deshalb auch: ‚Bauernsturm‘). Nochmals verschärfte sich die Situation Ende Juni im Rahmen des Stiftungsfestes der *Carolina*. Die Proteste weiteten sich auf die Stadt aus, und sogar Bürgermeister Graf wurde dabei am Hauptplatz angepöbelt. In den jeweils den Ereignissen folgenden Gemeinderatssitzungen wurden Petitionen verabschiedet, die sich entschieden

25 Hubbart, Auf dem Weg zur Großstadt (wie Anm. 2), S. 169f.; Meinhard Brunner, Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, in: Brunner (Hg.), Geschichte der Stadt Graz (wie Anm. 6), S. 231f.

26 Siehe zu den Sprachenverordnungen Badenis: Berthold Sutter, Die Badenischen Sprachen-Verordnungen von 1897, 2 Bde., Graz 1960–1965.

27 Vgl. etwa: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Graz, am Donnerstag den 25. November, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 7/XI (10. 12. 1897), S. 177f.

28 Martin Moll, Kein Burgfrieden. Der deutsch-slowenische Nationalitätenkonflikt in der Steiermark 1900–1918, Innsbruck 2007, S. 81–87.

gegen „die immer mehr zutage tretenden Gelüste der Klerikalen, die Universitäten und das gesamte Schulwesen ihrem Geiste zu unterjochen“, richteten.²⁹ Der Konflikt zwischen den sich (nicht ganz so, aber doch auch) deutsch verstehenden katholischen auf der einen Seite und den deutschnational-liberalen Studenten und Universitätsangehörigen auf der anderen Seite stellt die wesentliche Konfliktlinie des bürgerlichen Milieus von Graz dar.

An der Bruchlinie dieses Konfliktes stand auch Rosegger. Er war Zeit seines Lebens praktizierender Katholik, pflegte aber auch gute Kontakte zu Protestanten und gehörte zu den Initiatoren zum Bau der evangelischen Kirche Mürrzuschlags 1905. Zwar positioniert er sich schon in den 1860er-Jahren als deutsch, aber vorwiegend noch als österreichisch und insbesondere antipreußisch. Rund um die Jahrhundertwende prägte sich diese Einstellung stärker nationalhegemonial aus. Entgegen der nationalbürgerlichen Elite von Graz blieb Rosegger aber auf Distanz zur ‚Los-von-Rom‘-Bewegung und beharrte darauf, politische Fragen nicht mit religiösen zu vermengen; hier war er noch von seiner Sozialisation katholisch geprägt, wenn auch angereichert mit animistischen und spirituellen Elementen.³⁰ Auch kritisierte er den in Graz virulenten urbanen ‚Krawall‘-Antisemitismus – er selbst zog einen weniger scharfen, aber trotzdem antisemitischen Ton vor –, oder die Übertritte zum Protestantismus. Gegenüber den Tschechen und den Steirischen ‚Welschen‘ – wie die slowenische Bevölkerung der Untersteiermark abfällig titulierte wurde – trug er eine deutliche Überheblichkeit zur Schau: Das „Wesen“ der Steirischen Slowenen charakterisierte er als „frivol, egoistisch und spitzfindig“, während jenes der Deutschen (der Steiermark bzw. der Habsburgermonarchie generell) er von Tugenden wie „Gerechtigkeit, Häuslichkeit, Einfachheit, Schlichtheit, Echtheit“ geprägt umschrieb. Rosegger war von einer „Weltmission vom Deutschtum als dem besseren Menschentum“ überzeugt.³¹ Er blieb in seinem Deutschnationalismus ambivalent und engagierte sich zwar „zur Stärkung der gemeinsamen Volkssubstanz“ im Deutschen Schulverein, kritisierte aber gleichzeitig den sich ra-

29 Auszug aus dem einstimmig angenommenen Antrag vom 25.05.1908: Stenographischer Bericht über die ordentliche, öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Montag den 25. Mai 1908, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 15/XII (31.05.1918), S. 330f. Siehe auch die Gemeinderatsdebatte nach den Ereignissen im Juni: Stenographischer Bericht über die ordentliche, öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Montag den 25. Juni 1908 (I), in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 18/XII (30.06.1918), S. 385–390.

30 Werner Hahl, Ritualisierung der sinnlichen Erfahrung. Versuch, Versuchung und Scheitern einer Religionsstiftung in Peter Roseggers ‚Der Gottsucher‘, in: Wendelin Schmidt-Dengler/Karl Wagner (Hg.), Peter Rosegger im Kontext, Wien/Köln/Weimar 1999, S. 57–84.

31 Wolfgang Hölzl, Völkisch-nationale Rosegger-Rezeption in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Schmidt-Dengler/Wagner (Hg.), Peter Rosegger im Kontext (wie Anm. 28), S. 205–208.

dikalysierenden Deutschnationalismus („Den Anforderungen der heutigen Richtung, nur deutsch und nichts als deutsch zu sein, werde ich nie ganz entsprechen können.“³²). Ganz Schriftsteller mit erzieherischem Sendungsbewusstsein, sah er den Schlüssel zu einer Besserung der Situation der von ihm als „bedroht“ wahrgenommenen „Deutschen“ in der Volksbildung.³³

Vielleicht auch um diesen seit der Reformation schwelenden konfessionellen Konflikt zu überdecken, institutionalisierte die Stadt Graz ihren selbstgewählten Auftrag 1910 in einem eigenen Gemeinderatsausschuss „zur Wahrung des deutschen Wesens der Stadt Graz“. Als ‚Einpeitscher‘ fungierte das *Grazer Tagblatt* das immer wieder über die Situation in Graz und den untersteirischen Städten berichtet und noch am 20. März in einem großen Leitartikel vor der „Slawengefahr“ warnte.³⁴ Gemeinderat Franz Pichler (Bürgerklub) brachte in der Sitzung vom 23. März den Antrag zur Schaffung des Ausschusses ein. In der Begründung führte er an, dass man auch in anderen Städten schon beobachtet habe, dass „Angehörige nichtdeutschen Stammes“ als „Gäste“ die Städte erobern und „wenn sie die Macht dazu fühlten, in Verkennung der ihnen gewährten Gastlichkeit heftige Angriffe auf das deutsche Wesen der betreffenden Stadt richteten“. Der Ausschuss sollte deshalb sein Augenmerk auf die „bedrohliche Durchsetzung des Gewerbestandes mit slawischen Elementen“ richten; darüber hinaus sollten „planmäßig“ „deutsche Lehrlinge“ dem Handwerksstand zugeführt und im Schulwesen auf die „geschichtliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Handwerks“ hingewiesen werden.³⁵

Statistisch war diese ‚Slowenen-Panik‘ nicht begründet: Eine Auswertung der Herkunft (nach Geburtsort!) der Zivilbevölkerung zwischen 1857 und 1910 weist lediglich einen Anteil von vier bis neun Prozent von Personen aus der Untersteiermark auf. Lediglich bei einem isolierten Blick auf die Herkunft der Arbeiterschaft ist ein wachsender Anteil von aus untersteirischen Landgemeinden mit slowenischsprachiger Bevölkerungsmehrheit Stammenden erkennbar. In Summe war der Assimilationsdruck in Graz aber hoch, denn der Anteil der in den Volkszählungen in Graz als Umgangssprache erhobenen Slowenischsprachigen erreichte nur einige wenige Prozent.³⁶ Es sei an dieser Stelle die Hypothese vorgeschlagen, dass sich die bürgerliche Elite durch einzelne

32 Ableitinger, Politik in der Rosegger-Zeit – Rosegger und die Politik (wie Anm. 13), S. 83.

33 Ableitinger, Politik in der Rosegger-Zeit – Rosegger und die Politik (wie Anm. 13), S. 78–86.

34 Die Slaven in Graz, in: *Grazer Tagblatt* 78/29 (20.03.1910), S. 1f.

35 Stenographischer Bericht über die ordentliche, öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, am Mittwoch den 23. März 1910, in: *Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz* 9/XIV (31.03.1918), S. 212f.

36 1857: 6 %, 1880: 8 %, 1900: 12 %: vgl. Hubbart, Auf dem Weg zur Großstadt (wie Anm. 2), S. 18–25. Neue Forschungen von Elke Murlasits weisen darauf hin, dass bei der zeitgenössischen Auswertung der Umgangssprache bei einer beträchtlichen Anzahl Nachkorrekturen auf Deutsch anstatt Slowenisch vorgenommen wurden.

Gewerbeübernahmen beziehungsweise Immobilienkäufen in ihrem ‚Kerngebiet‘ Graz durch neue Player aus den slowenischsprachigen Bürgern der untersteirischen Städte bedroht sahen. Die enge Verflechtung der deutschen Bürgerschaft der steirischen Städte dürfte eine hohe Sensibilität und dementsprechende Abwehrreaktion zur Folge gehabt haben.³⁷

‚Argumentatio‘: Debatten im Grazer Gemeinderat 1918

Der Blick auf Gemeinderatsdebatten bringt ein völlig anderes Meinungsbild zutage, als es bisher in der Forschung berücksichtigt worden ist. Die Geschichtswissenschaft starrte vorwiegend auf Äußerungen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elite der Hegemonialzentren, die seit den späten 1890er-Jahren zunehmend von Pessimismus geprägt war. In diesen zweifellos heterogenen Zirkeln hatte sich eine fast gleichförmig wiedergegebene endzeitliche Stimmung etabliert, die die Überlebenschancen für das Reich fast ausschließlich in hartem innen- wie außenpolitischen (militärischen) Vorgehen sah, oder den nahenden Zusammenbruch prophezeite.³⁸

Die Debattenbeiträge der Gemeinderäte können gewissermaßen als – natürlich auch gefilterter – Seismograph wahrgenommen werden. Der Gemeinderat stellte in den ersten Jahren des Ersten Weltkrieges hingegen keine Bühne dar: Noch vor Kriegsausbruch war Bürgermeister Fleischhacker aufgrund heftiger Kritik seines ‚eigenen‘ Bürgerclubs zurückgetreten, Neuwahlen sollten stattfinden. Die Statthalterei ordnete die Auflösung des Gemeinderates und die Übergabe der Amtsgeschäfte an k. k. Hofrat Anton Underrain von Meysing als Regierungskommissär mit 24. Juni an. In einer am selben Tag noch stattfindenden Sitzung des Gemeinderates informiert erster Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Heinrich Bercht die noch anwesenden Gemeinderäte. Offiziell protestierten die sozialdemokratischen und jene des deutsch-freiheitlichen Wirtschaftsklubs gegen die Auflösung, erachteten aber einen Einspruch beim k. k. Innenministerium als nicht zielführend.³⁹ Zwar ordnete die Statthalterei am 23. Juli die Neuwahl des Gemeinderates für Oktober an, aufgrund der am 28. Juli erfolgten

37 Eine seriöse, wissenschaftliche Untersuchung der Besitzverhältnisse von Grazer Gewerbebetrieben und Immobilien im Untersuchungszeitraum ist bis heute ausständig.

38 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A new History*, Cambridge 2016, S. 382–384.

39 Steiermärkisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Zahl A5b-207/1912, Protokoll über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Mittwoch, den 24. Juni 1914, S. 142f.

Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien erachtete sie die Durchführung aber nicht mehr als opportun und „sistierte“ die Wahl.⁴⁰

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges verschärfte sich die Situation auf einer anderen Ebene in Graz und der Steiermark: Eine nahezu hysterische ‚Serbophilie‘, der man pauschal in der deutschnationalen Presse die slowenischsprachige Bevölkerung des Kronlandes bezichtigte, erfasste weite Teile der Öffentlichkeit. Eine Welle von Verhaftungen war die Folge von Denunziationen. Schwerpunkt der Verfahren waren die untersteirischen Städte Marburg/Maribor, Pettau/Ptuj, Luttenberg/Ljutomer und Cilli/Celje; doch auch Graz war mit 100 Verfahren Schauplatz einer über dem statistischen Durchschnitt der Steiermark gelegenen Slowenen-Verfolgung.⁴¹ Zwar ebte diese Hysterie im Herbst 1914 wieder ab, der Schaden war aber angerichtet: Die slowenischsprachige Bevölkerung war vor den Kopf gestoßen, die katholische Kirche als Brückenbauer zwischen den sprachnationalen Gruppen desavouiert und gespalten, die südslawischen Politiker im Exil, die auf eine Einigung in einem unabhängigen Staat drängten, hatten massiv an propagandistischem Rückenwind gewonnen.⁴²

Diese Diskussionen spielten sich vorwiegend in der überhitzten deutschnationalen Presse ab, der Gemeinderat als Ort der gesellschaftlich-bürgerlichen Debatte konnte sich bei diesem Thema nicht profilieren. Nachdem sich im Winter 1914/15 herausstellte, dass aus einem raschen Krieg nichts werden würde, nahm die Statthalterei – als Organ des Gesamtstaates – mit dem k. k. Ministerium des Inneren Kontakt auf, um abzuklären, wie weiter vorzugehen sei. Das Ministerium lehnte das Ansinnen ab, die Wahl nun durchzuführen – mit Hinweis auf die große Anzahl von abwesenden Grazern als Soldaten.⁴³ Das Thema war damit für die kommende Zeit vom Tisch. Doch die sich laufend verschlechternde generelle Versorgungslage, die oft nur durch energisches und kreatives Vorgehen der Gemeindeverwaltungen gebessert werden konnte, war auch die Triebfeder für die nun ohne Organ agierenden Parteivertreter, um weiter auf das Nachholen der Wahlen zu pochen.⁴⁴

40 Für den Entwurf von 1914 und eine ausführliche Entstehungsgeschichte, siehe: Stadtarchiv Graz, Präsidialakte, Kt. 203, I1/918/1914, Mandatsrücklegung des Bürgermeisters Dr. Fleischhacker und des deutsch. Bürgerklubs, Auflösung des Gemeinderats; der zitierte Akt behandelt bis Mitte 1915 fast ausschließlich Fragen der Kanzleiordnung (Ausnahme: Besoldung des Regierungskommissärs), das Nachholen der Neuwahl wird an keiner Stelle erwähnt.

41 In Graz fand ein Verfahren je 1502 Einwohner/-innen statt; im Durchschnitt des Kronlandes war es ein Verfahren auf 1519 Einwohner/-innen.

42 Moll, *Kein Burgfrieden* (wie Anm. 26), S. 427f., 533–540.

43 Steiermärkisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Zahl A5b-207/1912, Abschrift des Schreibens des k. k. Ministeriums des Inneren an die k. k. Statthalterei, 31. 12. 1914, S. 203f.

44 Dies ist auch bei einer nachträglichen Analyse aufrechtzuerhalten, wie Roger Chickering anhand von Freiburg im Ersten Weltkrieg eindrucksvoll gezeigt hat; ein kreatives Manage-

Die vorsichtigen Liberalisierungen Kaiser Karls ab 1917 und den Sommerurlaub des Regierungskommissärs – und das damit entstandene Machtvakuum – nahmen die Parteivertreter des 1916 als Beratungsorgan geschaffenen Gemeindegewirtschaftsrates zum Anlass, um in einem mit 6. August 1917 datierten Protestschreiben an die Statthalterei einen neuerlichen Anlauf zur Abhaltung von Neuwahlen für den Gemeinderat zu fordern. Sie beklagten in ihrem Schreiben, dass der derzeitige Zustand „ungesetzlich und unhaltbar“ sei, da die Gemeindeordnung das Ausschreiben von Wahlen binnen sechs Wochen vorsähe. Sie beklagten auch, dass am katastrophalen Zustand der Lebensmittelversorgung von Graz die Arbeit des von der Statthalterei nicht unabhängig agierenden Unterrains schuld sei und es umso dringender bald einen handlungsfähigen Gemeinderat und Bürgermeister brauche. Die Gemeindevertreter des Gemeindegewirtschaftsrates hielten nun den Druck aufrecht. In einem neuerlichen Schreiben vom 6. August berichteten sie davon, dass die Vertreter der vier Parteien einen Kompromiss über die Durchführung der Wahl, die Zusammensetzung des Gemeindepräsidiums und Gemeinderates wie auch ein wirtschafts- und sozialpolitisches Arbeitsprogramm ausverhandelt haben, welches garantiere,

„daß die ausgeschriebenen Gemeinderatswahlen friedlich und in einfacher Weise verlaufen werden und daß der neu zu wählende Gemeinderat ruhig und streng sachlich arbeiten wird. Es ist damit auch das letzte – übrigens nicht zu Recht bestehende – Hindernis für die rascheste Ausschreibung der Wahlen weggefallen und die staatsgetreue, gutgesinnte Grazer Bevölkerung könnte es nimmer verstehen, daß ihr seitens der hohen k. k. steirm. Statthalterei ein Recht noch länger vorenthalten wird, das andere Parteien Österreichs ungestört genießen und so die Militärverwaltung selbst der Bevölkerung in besetztem russischen Feindeslande eingeräumt hat.“⁴⁵

Dieser Kompromiss – später von Statthalter Clary als sein Werk dargestellt –⁴⁶ ermöglichte nun tatsächlich die Durchführung der Wahlen, was die Statthalterei am 18. August in einem Erlass auch kundtat. Das Innenministerium – im Dezember 1914 noch vehement gegen eine Austragung der Wahlen und im Juli 1917

ment durch eine engagierte Gemeindevertretung konnte mehr erreichen als ein schlichtes bürokratisches Vorgehen. Dies brachte die Lokalverwaltung in regelmäßige Konflikte mit den ihr übergeordneten Verwaltungsstellen, was naturgemäß von einem Beamten ebendieser Stellen nicht zu erwarten war, siehe: Roger Chickering, *The Great War and Urban Life in Germany*, Cambridge 2007, S. 210–216.

45 Steiermärkisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Zahl A5b-207/1912, Vertreter des Gemeindegewirtschaftsrates an die hohe k. k. steiermärkische Statthalterei, 06.08.1917, S. 214f.

46 Wie er bei seiner Rede zur Angelobung des Bürgermeisters selbst öffentlich betonte: Feierliche Beeidigung des Bürgermeisters Mag. Pharm. Adolf Fizia, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 36/XXI (31. 12. 1917), S. 248f.

noch Bedenken äußernd – mischte sich nun nicht mehr in die Angelegenheit ein und forderte lediglich, auf dem Laufenden gehalten zu werden.⁴⁷

Die Wahl wurden vom k. k. Statthalter per Erlass bestimmt und am 15. Oktober 1917 vom Stadtrat kundgemacht; als Durchführungszeitraum war 6. bis 23. November vorgesehen. Wahlwerbung durfte keine gemacht werden, auch Wählerversammlungen waren aufgrund des seit Kriegsbeginn herrschenden Ausnahmezustanden nicht möglich.⁴⁸ Dementsprechend niedrig war die Wahlbeteiligung: 1428 Wähler von 7131 Wahlberechtigten der III. Kurie, 737 Wähler von 4701 Wahlberechtigten der II. Kurie und 751 Wähler von 3473 Wahlberechtigten der I. Kurie nahmen von ihrem Recht Gebrauch.⁴⁹

Die konstituierende Sitzung fand am 5. Dezember 1917 statt. Lief die erste Sitzung laut Protokoll noch sehr ruhig und technisch ab, begann in der zweiten Sitzung am 12. Dezember der Altersvorsitzende, Edgar Hauser, mit einer Anklage, wie katastrophal sich die Versorgungslage und insbesondere die Infrastruktur – die Stadt war zu diesem Zeitpunkt seit einer Woche ohne Gaslicht, an Petroleum mangelte es auch – „von allen obersten Behörden“ sträflich vernachlässigt werde. Er forderte,

„dass wir heute aus unserer Vertretung Männer wählen werden, die so aufrecht, mannhaft und deutsch mit den obersten Behörden sprechen werden und die fordern werden, daß diesem verletzenden und aufreizenden Zustande, einer so rücksichtslosen und stiefmütterlichen Behandlung des Landes Steiermark, ein Ende bereitet wird [...]“.⁵⁰

Die Wahl selbst verlief ruhig, zum Bürgermeister wurde der deutschnationale Apotheker Adolf Fizia aus der I. Kurie gewählt; zum ersten Stellvertretern (und Finanzreferenten) wurde Dr. Eduard Gargitter (II. Kurie), zum zweiten Stellvertreter Alois Aufobsky (III. Kurie) und zum – in der gleichen Sitzung erst geschaffenen – dritten Stellvertreter wurde Architekt Franz Staerk (I. Kurie) gewählt. Alle Wahlgänge waren einstimmig (jeweils immer mit einer Stimm-

47 Steiermärkisches Landesarchiv, Statthaltereipräsidium, Zahl A5b-207/1912, k. k. Minister des Inneren an k. k. Statthalter, 26.09.1917.

48 Die drei Kurien wählten an jeweils anderen Tagen, mit der Hauptwahl jeweils an einem Dienstag und einer ev. Stichwahl („engere Wahl“) am darauffolgenden Freitag: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 29/30/XXI, 31.10.1917, S. 211 f.

49 Neuwahl des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 32/33/XXI (30.11.1917), S. 225.

50 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Mittwoch den 12. Dezember 1917, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 35/XXI (20.12.1917), S. 239 f.

enthaltung), was auf das Einhalten der im Sommer getroffenen Absprache hinweist.⁵¹

Nachdem Fizia polizeilich überprüft und für bedenkenlos eingestuft wurde,⁵² war er vom Kaiser am 23. Dezember bestätigt worden. Am 30. Dezember fand die feierliche Vereidigung durch Statthalter Graf Manfred Clary von Aldringen statt (die sozialdemokratischen Gemeinderäte nahmen geschlossen nicht teil). Fizia brachte in seiner Rede die Befürchtung zum Ausdruck, dass zwar die größte Herausforderung die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung sei, dass das „System der zielbewußten Desorganisation, nach welchem unser Ernährungswesen die ganzen Jahre hindurch geführt worden zu sein scheint“, aber bereits „zu große Schäden angerichtet [hat], als daß sie durch eine verhältnismäßig so kleine und einflußlose Körperschaft, wie sie ein Gemeinderat gegenüber anderen Faktoren darstellt, gebessert werden könnten.“⁵³ Darüber hinaus definierte Fizia als wichtigste Aufgaben die Wiedereinführung eines geordneten Schulbetriebes, Maßnahmen zur Jugendfürsorge, einen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur im Umland, die Verstaatlichung der Polizei („unter voller Wahrung der nationalen Interessen“).⁵⁴ Fizia sprach auch bereits an, dass Maßnahmen für einen Übergang zur Friedenswirtschaft vorzubereiten seien, dass der Stadthaushalt sparsam gestaltet werden müsse. Am Ende seiner Rede, vor den üblichen Hochrufen auf den Kaiser – die in Kriegszeiten auch in Graz nicht fehlen durften –, mahnte Fizia aber noch: „Unsere nationale Pflicht werden wir allen unseren Arbeiten jederzeit voranzustellen haben, auf daß die Stadt Graz wirklich werde, was sie zu sein anstrebt, die deutscheste Stadt dieses Reiches.“⁵⁵

Der überwiegende Anteil von Berichten des Bürgermeisters, Anträgen und Anfragen der Gemeinderäte sowie Tagesordnungspunkte der Gemeinderatssit-

51 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Mittwoch den 12. Dezember 1917, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 35/XXI (20. 12. 1917), S. 240.

52 Diese betonte seine eher „nationale“ als „politische“ Tätigkeit beim Verein Südmark („[...] und hat in politischer Hinsicht niemals zu unangenehmen Wahrnehmungen Veranlassung gegeben.“): Steiermärkisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Zahl A5b-207/1912, K. k. Polizeidirektion in Graz an die k. k. Statthalterei, 14. 12. 1917, 265 r–v.

53 Feierliche Beerdigung des Bürgermeister Mag. Pharm. Adolf Fizia, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz (wie Anm. 44), S. 248 f.

54 Mit 1867/69 übernahm der Magistrat die Sicherheitsaufgaben im Stadtgebiet (mit Ausnahme der staatspolizeilichen Angelegenheiten, diese waren bei der Statthalterei angesiedelt). Da die Stadt aufgrund des massiven Anwachsens und der hohen finanziellen Belastungen dieser Aufgabe sich nicht mehr gewachsen fühlte, begannen 1909 Verhandlungen über die neuerliche Verstaatlichung der Sicherheitsagenden, die bis 1914 nicht zum Abschluss kamen: Elisabeth Schöggel-Ernst, Recht und Gericht, in: Brunner (Hg.), Geschichte der Stadt Graz (wie Anm. 6), S. 441–444.

55 Feierliche Beerdigung des Bürgermeister Mag. Pharm. Adolf Fizia, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz (wie Anm. 44), S. 249.

zungen in den folgenden Monaten betraf Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung und -verteilung. Weitere häufige Themen waren die Versorgung der Stadt mit Strom und Gas, Armen- und Jugendfürsorge, Altstoffsammlung und -verwertung, Wohnungs-, Verkehrs- (insbesondere Straßen- und Eisenbahn) und Hygieneangelegenheiten (öffentliche Bäder, Seuchenbekämpfung und -prävention etc.).

Bemerkenswert ist etwa ein Aufruf, der vom Stadtrat am 19. Juli an die Hausbesitzer von Graz erging. Offensichtlich fanden immer mehr Hausverkäufe aufgrund der Notlage statt. Die Stadtführung vermeinte vor allem „das slawische Element unter den Käufern“ besonders stark wahrzunehmen. Auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses forderte der Stadtrat deshalb „die geehrte Hausbesitzerschaft“ auf, „ihre Liegenschaften den deutschen Volksgenossen zu erhalten. Gegenteilige Handlungsweise kommt einer Preisgabe des Deutschtums, ja einem Verrat am eigenen Volke gleich.“ Die Kundmachung endete mit dem Aufruf: „Nichtdeutsche Hände weg von unserem angestammten, heiligen, deutschen Grund und Boden!“⁵⁶

Die diesem Aufruf vorangegangene Gemeinderatsdebatte vom 11. Juli lief, soviel sei vorweggenommen, völlig aus dem Ruder: Der Berichterstatter des „deutschvölkischen Ausschusses“, Bürgermeister-Stellvertreter Staerk hatte sich die zwischen 1916 und Frühjahr 1918 stattgefundenen 110 Hausverkäufe in Graz genauer angesehen. Anhand des Familiennamens und des Wohnorts des Käufers schloss Staerk auf die Nationalität. Er kritisierte, dass sich hiesige Hausbesitzer schlicht wegen finanzieller Profite zu einem Hausverkauf entschieden. Zwischen den sozialdemokratischen Gemeinderäten – denen Deutschfeindlichkeit vorgeworfen wurde – und jenen der anderen Fraktionen entspann sich eine heftige Auseinandersetzung, die sich am Ende sogar gegen die industriellen Vertreter richtete. Letzteren warfen insbesondere die sozialdemokratischen Abgeordneten vor, doch selbst massiv den Zuzug von slowenischen, kroatischen, ungarischen und italienischen Arbeitern zu fördern, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschloss der Gemeinderat, den Stadtrat zum bereits erwähnten Aufruf aufzufordern.⁵⁷ Allein in der am nächsten Tag ersten Fortsetzung der Sitzung, dem 12. Juli, hatten sieben von acht Tagesordnungspunkten die Förderung von deutschnationalen Initiativen zum Inhalt. Darunter die Gründung einer „deutschen Bodenbank“, Unterstützungsbeiträge für deutschvölkische Vereine (darunter: „Deutscher Volksrat für Mittelsteiermark“, „Südmark“, „deutscher Volksrat für Triest und das Küstenland“) oder

56 Aufruf! An die geehrten Hausbesitzer von Graz, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 20/XXI (20.07.1918), S. 472.

57 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 11. Juli 1918, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 22/XXI (10.08.1918), S. 500–507.

das Ansuchen um Stellungnahme des Vereines „Schönerer“ betreffend der Salzburger Hochschul-Vereinbarung: Alle sieben wurden angenommen.⁵⁸

Die Gemeinderatsdebatten des Jahres 1918 lassen trotz der zunehmenden Bedrohung der sozialen Integrität durch die Belastungen des Krieges – insbesondere Hunger und Mangel sowie soziale Verwahrlosung – keinen Wandel des Selbstverständnisses der Führungselite von Graz – hin zu einer monarchischen Gesamtstaatsverantwortung – erkennen. Was jedoch bis in die letzten Tage der Monarchie anhielt, war der hegemoniale Blick des deutschen, bürgerlichen Milieus: Als am 10. Oktober 1918 im Grazer Gemeinderat über eine Resolution zum „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ beraten wurde, in dem der Anspruch auf das deutsche Siedlungsgebiet in der Steiermark zum Ausdruck kommen sollte, brachte der antragstellende Gemeinderat dies mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Mit selbstaufopfernder Beharrlichkeit hat das deutsche Volk in Österreich die Bestimmung in sich gefühlt, den anderen Völkern des Reiches Kulturbringer und Führer im besten Sinne zu sein, stets die Angelegenheit des Staates über seine eigenen stellend.“ Die Sozialdemokraten stimmten dem Antrag zu.⁵⁹

Von einem übernationalen, monarchischen Konsens konnte bei den führenden Vertretern des Grazer Gemeinderates im letzten Kriegsjahr keine Rede mehr sein; die Gemeinderäte geißelten ohne erkennbare Einschränkungen die (süd-)slawische Bevölkerungsgruppen des Kronlandes beziehungsweise der Monarchie und befanden sich damit ganz im Duktus des auch im Reichsrat vorherrschenden Tons, mit einem großen Unterschied: im Grazer Gemeinderat fehlte das Gegenüber! Eine autochthone slowenische Minderheit war in Graz nicht vertreten, und die zugezogenen Bürger aus den südlichen Kronländern der Monarchie beziehungsweise Ungarn hatten aufgrund des geltenden Gemeindevahlrechtes nicht die Möglichkeit in die Gemeindevertretung zu kommen.

Der alltägliche Kampf um die Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Leuchtmitteln dominierte die Alltagsarbeit des Gemeinderates während des Ersten Weltkrieges (und in den ersten Monaten danach). Trotz allem blieb Raum für kulturpolitische Forderungen wie die Unterstützung deutschnationaler Organisationen der Zivilgesellschaft. Ab Sommer 1918 betrieb die Mehrheit des Gemeinderates, zum Teil durch die sozialdemokratische Fraktion gestützt oder ignoriert, jedoch nicht klar bekämpft, eine konsequent deutschnationale, völkische Politik, soweit es die engen Grenzen des kommunalen Wirkungsbereiches

58 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 12. Juli 1918, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 22/XXI (10. 08. 1918), S. 507–528.

59 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 10. Oktober 1918, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz 29/XXII (20. 10. 1918), S. 658f.

erlaubten. Doch wie schon vor Kriegsausbruch augenfällig erscheinen die Debattebeiträge eher reaktiv als proaktiv, wie etwa die vermeintlichen südslawischen ‚Hausaufkäufe‘ zeigen. Loyalitätsbekundungen zum Kaiserhaus, zur Monarchie oder zur Aufrechterhaltung der Kampfmoral bis zum Sieg fehlen vollständig. Entweder hatten die Gemeinderäte Krieg und Monarchie bereits für verloren erklärt, oder sie erwarteten sich durch solche Bekundungen keinerlei Zuspruch der von ihnen vertretenen Bürgerschaft von Graz.

Conclusio

Schlusspunkt der vorliegenden Betrachtungen ist der November 1918. ‚Kriegsbürgermeister‘ Fizia übergab sein Amt am 14. Juni 1919 dem an diesem Tag angelobten neuen Bürgermeister Vinzenz Muchitsch.⁶⁰ Zwar war Graz damit seit 1919 sozialdemokratisch regiert, doch die Ausgestaltung der Stadtjubiläumsfeierlichkeiten 1928, der von Graz ausgehende Pfrimer-Putsch 1931 und die turbulenten Wochen vor dem ‚Anschluss‘ 1938 weisen auf Kontinuitätslinien der deutschnationalen Diskurse bis weit ins 20. Jahrhundert hin.

Der isolierte Blick auf Hegemoniediskurse in den deutschnationalen bürgerlichen Milieus der Hauptstadt des Kronlandes Steiermark zwischen 1880 und 1918 legt den Schluss nahe, dass wir es auch im homogenen Graz mit einem langfristigen ‚kollektiven Entfremdungsprozess‘ der gesellschaftlichen Gruppen zu tun haben. Die kommunale Führungselite von Graz – ganz im Gegensatz zur bürokratischen oder militärischen der Monarchie – folgte im untersuchten Zeitraum nie einem monarchischen Konsens. Vielmehr fühlte sie sich national übergeordnet und brachte dies in einem kolonialen Sendungsbewusstsein zum Ausdruck. Ein imperialer Ausgleich zur Stärkung des übernationalen Zusammenhaltes fehlte.

Doch woher kommt diese nationale Konfliktbereitschaft in einer sprachlich und religiös so homogenen Stadt wie Graz? Und warum setzte der Prozess der nationalen Radikalisierung schon in den 1880er-Jahren so vehement ein – gerade in gesellschaftlichen Gruppen, die vom vorangegangenen ‚Boom‘ profitierten? Einer der Gründe ist gerade in ebendiesem wirtschaftlichen und demographischen ‚Erfolg‘ zu sehen: Insbesondere ab etwa 1850 verstärkte sich der Zuzug und hielt mit kurzer Unterbrechung bis zum Ende des Jahrhunderts an. Hinzu kamen Herausforderungen auf der Makroebene, wie die Zweite Globalisierung, die Verunsicherung durch technische Beschleunigung, die Veränderungen des deutschnationalen Diskurses nach 1866 oder die Effekte des demographischen

60 Steiermärkisches Landesarchiv, Statthalterei Präsidium, Zahl A5b-207/1912, Bürgermeister der Stadt Graz an das Präsidium der steierm. Landesregierung, 14.06.1919, S. 303.

Überganges.⁶¹ Dies alles bedeutete für die Angehörigen der alteingesessenen, bürgerlichen Elite des ‚linken Murufers‘ von Graz einen ungewohnten Anpassungs- und Veränderungsdruck. Sie sahen ‚ihre‘ Errungenschaften – wie etwa die Positionierung der Stadt als ‚freiheitliche‘ und ‚deutsche‘ – bedroht und verstärkten ihre Abwehrhaltung.

Wie Pieter Judson herausgearbeitet hat, eskalierte diese Situation durch die Not- und Mangelbedingungen an der ‚Heimatfront‘ während des Ersten Weltkrieges: Die reaktiven hegemonialen Gesellschaftsgruppen pochten noch vehementer auf ihren Führungsanspruch, die nichthegegonialen sagten sich von diesen ab, da weder Versorgung (Lebensmittel) noch Sicherheit (Siege an der Front, wachsende Kriminalität) garantiert werden konnten. Im Kern handelte es sich aber weniger um einen nationalen als vielmehr um einen sozialen Verteilungskonflikt.⁶²

Es sei daher am Beispiel von Graz die These vorgeschlagen, dass das städtische Bürgertum – obwohl auf kommunaler Ebene die politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie ausübend – aufgrund der immer nur in kleinen Konzessionen rückgängig gemachten Restauration des Neoabsolutismus zwischen 1849 und 1867 (Ausgleich und Dezemberverfassung) in einem permanenten Unzufriedenheitsstatus mit der monarchischen Führungselite verharrte. In Reaktion auf die Erosionsprozesse von 1917/18 wollte die bürgerliche Elite kein Gegengewicht mehr einnehmen, trieb diese sogar voran, indem sie ein Bündnis mit den Sozialdemokraten einging: quasi als späte ‚Rache‘ für die ‚gestohlene‘ Revolution von 1848.

An den Schnittflächen dieser Bruchlinie standen jüngst zugewanderte, deutschsprachige Aufsteiger, wie Peter Rosegger. Er konnte an der Medienrevolution des 19. Jahrhunderts partizipieren und spiegelte in seinen heterogenen – zum Teil auch widersprüchlichen – Gesellschaftsbeschreibungen den zeitgenössischen Diskurs wider. Wenn auch als ‚Held‘ der bürgerlichen Eliten und zudem der aus der Mittelsteiermark zugewanderten Arbeiterschaft verehrt, blieb er doch auf kritischer Distanz und versuchte durch die ‚Anrufung‘ der ‚Heimat‘ einen Bezug zu den ländlichen Lebenswelten herzustellen, die ihn weniger zu beugen schienen.

Ganz unter dem Eindruck von Viktor Adlers Strategie wirkte die Sozialdemokratie auch in Graz im Sinne eines geordneten Systemüberganges deeskalierend. Für eine kurze Phase gingen ihre Funktionäre mit dem deutschnationalen Bürgertum eine Koalition ein, die nun endlich die Chance auf die Errin-

61 Philipp Blom, *The Vertigo Years. Change and Culture in the West, 1900–1914*, London 2009.

62 Judson, *The Habsburg Empire* (wie Anm. 36), S. 420f.

gung von Freiheit und Demokratie kommen sah.⁶³ Seinen kumulativen Ausdruck bekam dieses Bündnis im Mikrokosmos Graz in der im Gemeinderat einstimmig getragenen Umbenennung des Franzensplatzes in Freiheitsplatz. Begleitet von Heil- und Bravorufen argumentiert Gemeinderat Hans Schüller von den „deutschen Festbesoldeten“ mit mehrfachen Bezügen zu 1848 in fast marxistischer Rhetorik: „Vorbei ist es mit dem Gottesgnadentum, vorbei mit der Macht des Adels, gebrochen ist die Kraft des Militarismus und des Kapitalismus, beseitigt ist die Bureaukratie [sic] und das Volk hat die Herrschaft angetreten.“⁶⁴

63 Zur stabilisierenden Funktion der Sozialdemokratie im Rahmen der ‚Revolution‘ siehe etwa: Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, S. 263–270; Wolfgang Maderthaner, *Die eigenartige Größe der Beschränkung. Österreichs Revolution im mitteleuropäischen Spannungsfeld*, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.), ... *der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik*, Bd. 1, Wien 2008, S. 187–206.

64 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 14. November 1918, in: *Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz 33/XXII* (30. 11. 1918), S. 719f.

Regional Elites, Nationalist Politics, Local Accommodations. Center-Periphery Struggles in Late Dualist Hungary

The history of empires is currently enjoying a revival and has now become the subject of intensive scholarly interest. A significant example of the growing literature on “New Imperial History,”¹ is Pieter M. Judson’s work on the Habsburg Empire. This book also typifies the new wave of historiography on the history of the Habsburg realm, a trend that has also led to a thorough re-consideration of Eastern Europe’s not too distant past.² The literature on the dualist state however, tends to replicate its peculiar structure, and the works barely attempt to connect the history of its two halves. There is good reason and justification for this approach; Hungary and the ‘provinces represented in the *Reichsrat*’ (Cisleithania; or, in short, Austria) had profoundly different structural characteristics from the perspective of their state structures. The Austrian half was a conglomerate of provinces with various administrative traditions: these were partial legislations that retained (or, relative to the neo-absolutist times, regained) a certain degree of autonomy even after 1867. Hungary, on the other hand, was supposed to be a unitary state with a unified administration and legal system. Furthermore, while there was no national movement in the Austrian half that would have encompassed all of the provinces to make it a starting point of overall nationalizing attempts, Hungary was imagined as a nation state by its elites with all of its nationalizing consequences.³ But questions that have rarely been raised thus far now seem pertinent and necessary in order to address the mechanics of integrating two states within a common imperial framework.

1 Ulrike von Hirschhausen, *New Imperial History? Programm, Potenzial, Perspektiven*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2016), p. 718–757.

2 Pieter M. Judson, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge 2016; Gary B. Cohen, *Nationalist Politics and the Dynamics of State and Civil Society in the Habsburg Monarchy, 1867–1914*, in: *Central European History* 40 (2007), p. 241–278, see also the numerous works on national indifference.

3 Wesley Hiers/Andreas Wimmer, *Is nationalism the cause or the consequence of the end of empire?*, in: John A. Hall/Sinisa Malešević (ed.), *Nationalism and War*, Cambridge 2013, p. 212–254.

Further questions arise to consider how the co-existence of disparate state models affected both components, and, finally, one should ask whether this distinction is meaningful at all.

While an ‘imperialist’ approach should necessarily reckon with the dual character of the Monarchy, it still faces another challenge: if Hungary was in fact a nationalizing (or even just a would-be nation) state, how then might one extend the scope of the analysis of the empire to its history? Thus, it is hardly surprising that historical works tend to limit their focus to one half or the other, or even take a narrower approach. An imperial history could hardly rely on a comparison of the two halves, as it would immediately question the imperial framework. Not even Judson’s book could encompass the entirety of the Monarchy. His top-down approach – the analyses of how the notion, idea, and practices of the empire saturated regional and local communities from above, and how societies were transformed by it – falls understandably short of an integrated history.⁴ Achieving such an integrated history is a burdensome task when faced with the challenges of conflicting structures and viewpoints; these challenges include the filtering of the imperial through the ideas of Hungarian and royal within Hungary, the insistence of the dominant rhetoric on the separate Hungarian national statehood, as well as the presentation of politics as unitary rather than fragmented in space and along societal divisions.

One notable exception to this trend is Benno Gammerl’s book on citizenship legislation,⁵ which attempts to compare the Habsburg Monarchy with the British Empire. Throughout this effort Gammerl could use Hungary as an object of comparison, with Canada as its counterpart, thus successfully locating it within the imperial framework. In this case, however, Gammerl glosses over the peculiarities of the dualist structure. Furthermore, Gammerl analyzes the evolution of citizenship legislation, a subject that circumvents the problems other works faced insofar as it tackles a legal institution that was unitary within at least one component element of the empire and not uneven as the more complex social structures or politics.

In this paper, I propose an alternative approach to Hungary’s perception as a nation-state, also as a means of bringing together the analyses of the two halves of the Empire. I will argue that Hungary alone was more of an imperial structure than it is customarily acknowledged to have been. Especially the handling of center-periphery relations was analogous with the practice of empires, and taken together with some crucial characteristics of the Hungarian state – most significantly with its multi-ethnic nature – these features enable us to speak here of

4 Judson, *The Habsburg Empire* (see note 2), p. 1–15, 333–384.

5 Benno Gammerl, *Untertanen, Staatsbürger und andere. Der Umgang mit ethnischer Heterogenität im Britischen Weltreich und im Habsburgerreich 1867–1918*, Göttingen 2010.

an empire. Such an interpretation would be all the more legitimate since New Imperial History regards even the more homogeneous successor states as mini- or quasi-empires.⁶

The existence of such an ‘informal’ or ‘hidden’ imperialism was on the one hand the result of a historical legacy. But it was also the result of the challenges Austria-Hungary in general, and its Hungarian component state in particular, faced around the turn of the 20th century. They emerged in the context of modernization, national mobilization, mass politics, and the reconfiguration of the relationship between state and citizen.⁷ Not surprisingly, one of these elements was nationalist politics (including Hungarian nationalism as well), the rise of which affected the balance of the empire too. The next matter was the issue of modernization in a state of uneven development.⁸ In certain regions of Hungary in the decade before World War I (for example in Transylvania) a premodern economy co-existed with the chance to ride the wave of the second industrial revolution through exploitation of natural resources such as natural gas. Both backwardness and the chance of a leap forward resulted in development plans that were accompanied by ideas of social reform and transformation, but they were hard to realize without the central government’s intervention.⁹

Competition with the new nation states that often seemed to be more efficient than the traditional, continental, and dynastic empires was another important factor. The resulting mutual adaptation process between empires and nation states generated social, economic, and political tensions and both the center and the peripheral locals had to find ways to manage them. Thus, the efficiency of the state in managing its peripheries became crucial, and presented a third challenge.

Here I will use the examples of center-periphery relations to show the significance of imperial practices and their interrelatedness with the new challenges. The three models I intend to present are (1) self-colonizing based on feudal traditions, a method that reconciled centralization with practical regional autonomy, while making ethnic boundaries insignificant within local society; (2) a regionalist movement that has grown out of a desire for modernization and

6 Hirschhausen, *New Imperial History?* (see note 1), p. 753.

7 Cohen, *Nationalist Politics* (see note 2).

8 Andrew C. Janos, *The Politics of Backwardness in Hungary 1825–1945*, Princeton 1982.

9 Balaton Petra, *A székely akció előzménye és története*, in: Molnár Vilmos/Lövétei Lázár László/Botár Emőke (ed.), *Székelyföld Évkönyv 2010*, Csíkszereda 2010, p. 181–207; Bárdi, *Az erdélyi magyar (és regionális) érdekek megjelenítése az 1910-es években. Az Erdélyi Szövetség programváltozatai*, in: *Magyar Kisebbség* 8/3–4 (2003), p. 93–105; Zsolt K. Lengyel, *Nieder-gang, Wiederherstellung, Neugestaltung, Zusammenbruch: Ungarische Reform- und Zukunftsentwürfe für Siebenbürgen am Vorabend und während des ersten Weltkrieges*, in: Harald Heppner (Hg.), *Umbruch mit Schlachtenlärm. Siebenbürgen und der Erste Weltkrieg*, Köln 2016, p. 53–112.

the intention to face the challenge of strengthening minority national movements; and (3) the reorganization of the titular nation at the local level as an ethnic minority. While some of the aspects of these models were common or at least similar, they were still distinct varieties, and offered different solutions for the same question: how to promote and represent local and regional interests in an increasingly unitarianist and nationalizing multi-ethnic state against the backdrop of uneven development and national mobilization?

The Hungarian 'Empire' and its peripheries around 1900

The definition of an empire – as a specific, distinguishable form of statehood – is just as contested as most concepts that attempt to generalize phenomena on the basis of often diverse, and sometimes disparate cases. For a long time, empire either constituted a colonial empire ruled from a metropolitan center, or a dynastic conglomerate of states, provinces, kingdoms and cities accumulated by a lineage of rulers on the basis of a wide variety of entitlements to the respective units. Therefore, colonial empires of modern European states were easy to juxtapose with the ailing dynastic, continental ones. Recent sociological works and historiography, however, emphasizes that despite all of their differences, both types of empires represented a common, distinct form of statehood, one that was based on differentiated rule from a metropolitan center over diverse territories, all of which constituted a periphery in its relation to this center, whatever its position vis-a-vis the other component units was.¹⁰

Differentiated rule was based not solely upon the legal statutes of the parts of the empires, but also on the active cooperation of local and regional elites. Essential for the establishment of imperial order, their knowledge of local culture, habits, customs, and laws was indispensable for the rulers. Thus, these social groups gained agency to impact the nature, means, and aims of imperial rule (and the agency to impact the center itself) as well as the chance to negotiate their positions within the imperial structures.¹¹ Empires also frequently relied on imperial figures, certain personalities, whose knowledge – technological, political, academic, et cetera and whose mobility enabled them to move across the often vast imperial space and connect parts of the empire, while facilitating the

10 Jane Burbank/Frederick Cooper, *Empire in World History. Power and the Politics of Difference*, Princeton 2010, p. 8, 16–17; Charles Meier, *Empires or Nations? 1918, 1945, 1989*, in: Carl Levy/Mark Roseman, *Three Postwar Eras in Comparison. Western Europe 1918, 1945, 1989*, Ashgate 2002, p. 41–67, esp. p. 46–47.

11 Hirschhausen, *New Imperial History?* (see note 1), p. 730–734.

transfer of imperial knowledge, too. They were frequently also interlocutors between center and periphery, whose role was to balance conflicting interests.¹²

Finally, empires gradually adapted to the models provided by the rival nation states, while the latter also borrowed from the repertoire of empires. This mutual adaptation process led to the nationalization of empires and the imperialization of nation states, a process that manifested itself in reforms such as broadening suffrage, universal conscription in empires, or colonial fantasies of nation states.¹³ In the Habsburg Monarchy it happened against the backdrop of democratization, which meant not just reforms of the electoral law, but also and mainly the spread of civic associational life, as well as a gradual engagement of ever larger segments of society with politics, formally or, often, informally. The result was the growing influence of society on political decisions, although this influence was often exerted through informal means, influencing the bureaucracy at different levels of the administration.¹⁴

Hungary around 1910 fitted most of the criteria of an imperial state. Behind the smokescreen of the ever louder rhetoric of a unitary nation state,¹⁵ it still exhibited many features of a dynastic territorial conglomerate. Not only was dualist Hungary the result of the unification of a series of administrative units previously under the direct authority of Vienna (the Grand Principality of Transylvania; the territory of the border regiments; Croatia, ruled directly by the Viennese government after 1849; the Banat, abolished in 1778, revived as part of the Voivodina between 1850 and 1860), but dualist Hungary was also the product of lasting effects of the disunity of the reconquered country (after 1718) and that of the feudal legal system, which persisted well into the late 19th and early 20th centuries. The most notable among them was the application of the neo-absolutist Austrian Civic Code (issued in 1852) in Transylvania, a practice that was finally abolished only by the communist regime,¹⁶ but the abolishment of privileged groups (in Spiš/Szepes, the Jász-Kun and Hajdú districts) and territorial units (the Saxon *Nationsuniversität*, the Székely Seats) did not happen until the 1876 administrative reform, either. Even after this date, some of these units continued to exist after some reform. The Transylvanian Saxon *Nationsuniversität* was, for example, transformed into a representative body whose members were elected by the inhabitants of the former Königsboden per parlia-

12 Hirschhausen, *New Imperial History?* (see note 1), p. 734–737.

13 Jörn Leonhard/Ulrike von Hirschhausen, *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2009, p. 12–3, 107–109; Hirschhausen, *New Imperial History?* (see note 1), p. 753.

14 Cohen, *Nationalist Politics* (see note 2).

15 András Cieger, *A hatalomra jutott liberalizmus és az állam a dualizmus első felének magyar politikai gondolkodásában*, in: *Századvég* 20 (2001), p. 95–118.

16 Magdolna Mária Vallasek, *Az 1918. évi egyesülést követő jogegyesítési folyamat kérdése Romániában*, *Magyar Kisebbség* 9/2–3 (2004), p. 573–590.

mentary electoral suffrage, and it was responsible to manage the huge property, mainly forests in the Carpathian mountains with only one condition: the revenues had to be disbursed for cultural and educational purposes for the inhabitants of the former Saxon autonomy.¹⁷

On the other hand, the unification did not start with 1867 and it was not solely the result of Hungarian nation-building efforts. Already the enlightened absolutist rulers attempted to curtail feudal rights, unify administration and legislation, and Joseph II established a unitary administrative system for the whole territory of Saint Stephen's Crown. Still, the early dualist administrative reforms were different from the Josephin precursors as they established a unitary state of the Hungarians, and despite all of the setbacks caused by the leftovers from the feudal era, its goal was to develop a unified nation-state. The struggle with 'feudalism,' however, did not abate with the reforms; instead the fight of feudal rules, norms, institutions, customs, and behavior was a permanent theme of politicians who wished to further modernization.¹⁸ Whatever pretensions its leaders had, Hungary was less a unitary France of the East than it was a country in the phase of rapid modernization and reform that affected society very unevenly, leaving broad segments of this society behind and often preserving informal rules and institutions.¹⁹

The realities of Hungary left their imprint on center-periphery relations too. The three cases outlined in this chapter have their roots in three different local contexts that, nevertheless, shared important commonalities. All of them originated from the existence of distinct, privileged groups prior to the abolishment of feudal privileges and the administrative reforms (nobility, Székely estates, Saxon *Nationsuniversität*). The cases were characterized by extreme peripheral situation (including social and physical distance, backwardness, or peculiar social structure), and two of them figured in areas only recently incorporated into Hungary. From this perspective, the three models of emerging differentiated rule reflected different attempts to cope with the transition from the feudal system to the modern, nationalized society, in order to overcome the imperial heritage.

The county Maramureş (Máramaros, Maramuresch), situated in the north-eastern corner of the country, surrounded by high mountains, and hardly accessible from the central plain or from neighboring Transylvania, was a multilingual and multi-religious area (Roman and Greek Catholics, Calvinists, Orthodox believers, and Jews, speaking Hungarian, Romanian, Yiddish and Ruthenian lived in the cities and valleys) dominated by a nobility bound with

17 Carl Göllner, *Die Siebenbürger Sachsen in den Jahren 1848–1918*, Köln 1998.

18 Cieger, *A hatalomra jutott* (see note 15).

19 Janos, *The Politics* (see note 8), p. 84–148.

extremely tight kinship networks. This nobility – again multi-lingual and multi-religious – had a monopoly on the county and local administrations, a strong presence in the judiciary, while the personnel of the education and the local organs of the central government had more diverse origins. While the noble clans established a firm hold on the political representation in the county organs (county congregations, executive committees, city councils, etc.), these institutions were important channels of co-optation into this closed elite. This was especially true for education. Professors of the local law school (a Calvinist, college-level institution), and the high schools were readily invited into the political bodies and were offered leadership positions in the most important civic associations.²⁰

The second example, Târgu Mureş (Marosvásárhely, Neumarkt am Mieresch) was the historical center of the Székelyland, once one of the three feudal estates in Transylvania. It was an administrative and educational center, and as the Székely people became the basis of the Hungarian war of liberation in Transylvania in 1848–49, it gained symbolic importance, too. Around the turn of the century industrial development started due to the city's advantageous location, and it gradually changed the social composition of the local society, adding a new stratum of industrial workers. But the rural hinterland of Târgu Mureş and the whole Székely region further to the East remained hopelessly backward.²¹ With the intensifying Romanian-Hungarian national conflict in the background,²² local politicians and the government initiated a series of so-called 'Actions' aimed at giving impulses to economic and social development. Industrial investment, better agricultural production techniques, and cheap credit were the main tools of this attempt.

At a first glance, the city of Braşov (Brasó, Kronstadt) represented a world apart from Maramureş or the Székelyland. It was a modern, thriving city, with factories, tramlines, paved roads, street lighting, modern administrative buildings, and numerous civic associations. But its society was divided along ethnic lines, a division that originated from its feudal past, when only Saxon citizens had political and property rights. A few decades of civic equality could not erase the resulting social differences and hierarchy, and, with the help of the restrictive electoral census, Saxons easily retained their dominance over local politics and administration, although by 1910 they were numerically the weakest among the

20 András Cieger, *Érdekek és stratégiák: a helyi politikai elit érdekérvényesítési lehetőségei a kárpátaljai régió vármegyében a dualizmus időszakában*, in: *Korall* 13 (2003), p. 87–105, esp. p. 90, 92–94, 100.

21 Judit Pál, *Városfejlődés a Székelyföldön 1750–1914*, Csíkszereda 2003.

22 Keith Hitchins, *A nation affirmed: The Romanian national movement in Transylvania, 1860–1914*, Bucharest 1999.

three nationalities living in Braşov.²³ It was especially painful for the Hungarian politicians, who had to face a dire reality: most Hungarians in the city belonged to the lower social strata, and those who had better social positions were mainly state officials. The dream of millennial Hungary encountered significant difficulties here, where an educated, prosperous, non-Hungarian elite successfully pursued its own national goals, and even the local Romanians were in a better position than the Hungarians.²⁴ However strong the Hungarian nation state was or wished to be, it had to face serious difficulties in these peripheral regions.

Three models of differentiated rule

Maramureş and self-colonization

The three models emerging out of the various contexts of center-periphery relations were the conscious self-colonization carried out by the elite in Maramureş, a full-fledged regionalist attempt in Transylvania that also tried to address the ascendancy of the Romanian national movement, and minority politics and nation-building realized by the local group of the dominant (or titular) Hungarians in Braşov. In this subchapter I will outline the most important features of these models, how they reconfigured local society, how they settled relations with the government (the center), how they were related to the political struggle with national movements and their nationalism, and, finally, how they shaped Greater Romania, emerging from the ruins of dualist Hungary.

Maramureş had a peculiar social landscape that determined politics and administration in the region. The tight kinship bonds connected an otherwise diverse nobility that nurtured a regional identity, too. These bonds transcended ethnic boundaries, which was otherwise not insignificant, but despite the – often bellicose – rhetoric of Maramureş politicians in the county congregation, the nobility offered solidarity to all its members irrespective of ethnicity, spoken language, or religion. Solidarity, in this case, usually meant employment and advancement in the administration or in the judiciary, and participation and cooperation in the associational life of the county. Those who were part of this elite of noble origin also received symbolic recognition in various forms, including laudatory obituaries.²⁵

23 Bálint Varga-Kuna, *The Monumental Nation. Magyar Nationalism and Symbolic Politics in Fin-de-siècle Hungary*, New York/Oxford 2016; Harald Roth, *Kronstadt in Siebenbürgen. Eine kleine Stadtgeschichte*, Köln 2010.

24 Varga-Kuna, *The Monumental Nation* (see note 23).

25 Cieger, *Érdekek és stratégiák* (see note 20), p. 92–94.

Nevertheless, such a close-knit variety of the rule of the nobility was unusual in most part of the country, especially in the thriving urban centers, and it established a social distance with the center. But this social distance was reinforced at the lower end of the social ladder as well. Maramureş was the home of a large, Orthodox Jewish population, who were on the whole rather poor, and a significant part of which was active in agriculture; this was a peculiar social profile for Jews in Hungary. The noble elite of Maramureş used several means for preserving its dominant position; this process involved a certain amount of adaptation to the requirements of modernization. The first of those was self-reproduction through education, most notably through law degrees. Graduating from a law school also meant a degree in *Staatswissenschaft* (Study of the state), a rather symbolic one, but it still represented an exclusive claim by law graduates on positions in the administration. Many of the noble offspring from Maramureş attended the Budapest or Kolozsvár (Cluj, Klausenburg) universities, but the county had its own law school, too. The Calvinist church maintained a high school and a so-called Academy of Law (in fact a law college) in Sighetul Marmăţiei and both institutions were quite popular ones. Not only Calvinist families sent their children there, but Jews and Greek Catholics, too – the latter despite the fact that the language of instruction was Hungarian.²⁶

As the graduates from the law school were mostly family members of the local nobility, and as they sought employment in the county and city administrations, it was not surprising that these institutions conferred significant prestige on their teachers, even if they were from without the region. Gergely György, for example, was born in Satu Mare (Szatmárnémeti, Sathmar), graduated in Budapest, and started to teach in Sighetul Marmăţiei in 1900 as assistant professor after he spent a year as a judge. From 1902 he was full professor, and beginning in 1914 he was the deputy director of the Academy of Law. The prestige of this position is reflected in further positions he held. He was, among others, chair of the education section of the Maramureş County Cultural Association, member of the board of trustees at the local civic boys' school, member of the board of directors at the state teacher training school in Sighetul Marmăţiei, member of the permanent committee of the county congregation, and a member of the city council. He was also lay superintendent of the Maramureş Calvinist Diocese, and very active in professional and cultural associations at national level, too.²⁷

26 Béla Balogh, *A máramarossziget református líceum története*, Debrecen 2013.

27 *A máramarosszigeti ref. lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője az 1916–17-es tanévről, Máramarossziget 1917; A máramarosszigeti ref. lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője az 1916–17-es tanévről, Máramarossziget 1918; Máramarosi Közművelődési Egylet, Máramaros 8. July 1917, p. 1; Városatyák választása, Máramaros, 20. December 1917.*

Gergely was not alone among the seven permanent professors (in 1918) to hold important social and political positions beyond the walls of the school. Szatmár, however, was relatively close to Maramureș, a neighboring county, and this proximity certainly made his co-optation swifter. For example, his two colleagues who came to Sighetul Marmației from Hungary proper were never invited to play similar roles in any local association, while his fellow Szatmárian, János Lányi also got elected to the permanent committee of the county and to the city council.²⁸

A different pattern is, however, discernible among the more numerous secondary education teachers, whose geographic origin was more mixed, too. Of seventeen teachers in 1918 only two were of local origin, and three were from the neighboring counties. Although the most prestigious among them was Péter Juhász, born in Sighetul Marmației in 1873, practically all the others found their way into local professional, cultural, and economic associations, and six out of the eight who held political positions were from without the county.²⁹

But firm control over the local institutions was only one factor behind this peculiar power context, and it would have been insufficient alone to preserve the dominant role of the noble clans. It was the support of the central government that was necessary for the perpetuation of their dominance, and the Maramureș elite, just like their counterparts in other counties of the region that is today Karpatho-Ukraine, used a strategy that resembled colonial relations. It was a conscious strategy, based on detaching – as much as it was possible – local from national politics. At the national level the local elite that was capable to deliver the votes from the region, always aligned itself with the governing party, regardless of whatever its political orientation was. The local elite usually invited one or two prominent politicians, prospective ministers or state secretaries, to represent the Sighetul Marmației constituency, while the other Members of Parliament were selected from the local noble families. The Lord Lieutenant, nominally the representative of the government also always had local roots, and in 1917 the local newspaper explicitly called it a lasting tradition that all previous governments observed.³⁰ Romanians had a firm position within this settlement. They were usually eligible for the role of Members of Parliament aligned with the

28 A máramarosszigeti ref. Lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője az 1916–17-es tanévről, Máramarossziget 1917; A máramarosszigeti ref. Lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője az 1917–1918-as tanévről, Máramarossziget 1918; A máramarosszigeti ref. Lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője 1918–1919-es tanévről, Máramarossziget 1919.

29 A máramarosszigeti ref. Lyceum jogakadémia, főgimnázium és internátus értesítője az 1917–1918-as tanévről.

30 Cieger, *Érdekek és stratégiák* (see note 20), p. 90, 100; *Az új főispán Máramarosszigeten*, in: *Máramaros* (22 July 1917) 58. p. 1.

government party and held high-level positions within the county administration. Romanians were important for the local nobility because of their significant role in the Romanian Greek Catholic church, too. The Mihalis from Apşa (Apsa) sent Members of Parliament to Budapest (Tivadar/Teodor, Péter/Petru) and also gave an archbishop to the church in the person of Victor Mihali.³¹

The ‘deal,’ therefore, brought mutual advantages. In exchange for parliamentary support and public alignment with the government’s politics the local elite retained control over the administration and the allocation and distribution of resources. Within this framework there was no place to express deviation from the national politics, Maramureş county and its congregation supported rhetorically the building of a unitary, modern, Hungarian nation state. But within the county it rather meant the stability of a pre-modern elite that could rely on material and political support from Budapest while pursuing its local goals. Maramureş elites had to perform self-submission to the center, but were left with a free hand within their much smaller realm.³²

But the real strength of this arrangement was revealed after the dissolution of the Monarchy. When the Romanian troops arrived at Maramureş, and after they declared the sovereignty of the King of Romania, the center-periphery relations were shaken. Although, for a while, the local institutions and figures tried not to sever connections with Budapest, it turned out to be an impossible task. State-owned institutions were transferred to the Romanian state that imposed new rules within, while the Calvinist schools lost their state subsidies that effectively kept them above water before 1918. Due to various reasons – most of them rather petty and personal ones – authorities finally closed the Calvinist high school and the Academy of Law and the latter was relocated to Hungary.³³

But behind the facade of quick and sweeping Romanianization, the former arrangements held up surprisingly well. The basis for such an outcome was the continuing hold of the local elite on the administration. This continuation was relatively easy because of the integration of Greek Catholics prior to 1918. Most of the public servants of the county in 1925 were public officials already before 1918, although sometime they changed their names to more Romanian-sound-

31 Ovidiu Emil Iudean, *Between National Solidarity and Local Interests. The Pro-Governmental Political Orientation of the Romanians in Hungary (the End of the 19th Century the Beginning of the 20th Century)*, in: Konstantinos Bratanis/Dimitris Dranidis/Pavlos Koktsidis/Lambros Lazouras/Efthychia Nikolaidou (ed.), *Infusing Research and Knowledge in South East Europe*. 7th annual South East European Doctoral Student Conference, Thessaloniki 2012, p. 873–887.

32 Cieger, *Érdekek és stratégiák* (see note 20), p. 100.

33 Nándor Bárdi, *Otthon és haza. Tanulmányok a romániai magyarság történetéből*, Csíkszereda 2014, p. 91–95; Balogh, *A máramarosszigeti* (see note 26); Arhivele Naționale Secția Județeană Maramureş, *Liceul Reformat din Sighet* (ANSJ MM).

ing ones. Those who occupied the higher, and consequently more political, positions, figured in the local multi-ethnic society before 1918, as well.³⁴

It is, thus, not surprising that while the Academy of Law and the Calvinist High School challenged the authorities over their subsequent restrictive decisions, they received support from the county administration, which tried to play the role of mediator between Bucharest and the Hungarian institutions. Gergely György himself argued that the county administration was willing to help them because most of those who occupied positions after 1918 were graduates of the Academy of Law.³⁵

Even after the closure of the two institutions, Maramureş displayed similar characteristics as before 1918. The prefects (the peers of the Hungarian Lord Lieutenants) were selected during the long tenures of liberal governments (1922–1926, 1927–1928, 1933–1937) from the local Romanian families, quite often from the Mihalis. The press reported not infrequently on “interludes” that put Hungarian cultural practices on public display – by Romanians.³⁶ Maramureş Romanians seemed to be more tolerant towards Hungarians than the nationalizing efforts of the state would have presupposed.³⁷ And finally, when the county was reannexed to Hungary in 1940 its new Lord Lieutenant was a Romanian, Flavius Jurca, who served as a public official before 1918 (he even had a publicized duel), continued his career uninterrupted after the Romanian takeover, and who was generally considered to be one of the members of the Mihali clan.³⁸

Transylvanian regionalism

Given the scope of its activities and goals it is hardly surprising that Transylvanian regionalism represented a very different pattern of center-periphery relations. While the Maramureş noble families were content with preserving their dominance in a small and distant region, and happy to reap some of the fruits of modernization, those, who around 1910 started to organize a new movement that raised the flag of Transylvanian interests, intended to fend off two perceived

34 One example of such amphibious behavior was Dán György/Gheorghe Dan. He held the position of the secretary of the Lord Lieutenant before 1918 and became vice prefect after 1920. Magyarország tiszti cím- és névtára az 1917. évre, Budapest 1917; Calendarul administrativ pe 1925, Cluj 1925, p. 296.

35 AN SJ MM Liceul reformat dosar 854, f. 28–29; dosar 868, f. 68.

36 Máramarosban magyarul mulatnak. A román alispánt azzal vádolják, hogy boros fejjel a magyar himnuszt énekelte, in: Pesti Napló (20. 10. 1935), 240. p. 9.

37 Máramaros megérett szelleme, in: Máramaros 49 (20. 06. 1929), p. 3.

38 Ablonczy Balázs, Teleki Pál nemzetről és társadalomról – visszacsatolások előtt és után, in: Fedinec Csilla (ed.), A nemzet a társadalomban, Budapest 2004, p. 151–172, 164.

threats to Hungarian supremacy in the province: the growing strength of the Romanian national movement, and the very limited success of (Hungarian) modernization so far.³⁹ But the immediate reason to establish a new organization, the so-called Transylvanian Alliance, was the victory of István Tisza's Party of National Work at the elections in 1910.

Tisza, probably the most intensely hated figure in late dualist Hungarian politics, returned victoriously after four years outside parliament, where he confined himself when his liberal party was ousted from government – after more than thirty years in power – in 1905.⁴⁰ His victory in 1910, although rooted in violence and corruption, left the fragmented opposition with only a handful of representatives in the parliament. In Transylvania, it meant that just a fraction of the region's Members of Parliament opposed Tisza, while before 1910 there was not one liberal Member of Parliament from the province. More importantly, Tisza's party seemed to make a breakthrough at the county level, too. In 1910 they captured the symbolic Kolozsvár city congregation that was previously held by the opposition for decades. The opposition, shattered from the series of failures, tried to find alternative means of mobilization and challenging the government, and regionalism seemed to be a potent way to do it.⁴¹

When the regionalists, who had floated their ideas since 1910 in the press, finally decided to establish their organization, the Transylvanian Alliance, it became a rallying point for Tisza's opposition. Most of their parliamentary representatives joined the organization (13 MPs), alongside with six former Members of Parliament of the opposition, and only one of the pro-Tisza Members of Parliaments was invited. But the Alliance, managed by István Apáthy, a professor of biology (genetics) at the University of Kolozsvár, and a close friend of Count Mihály Károlyis, was not just camouflage for politicians who were threatened with becoming irrelevant at the national level. The main reason for the Alliance's existence was its members' conviction that Transylvania faced grave dangers and challenges (in the form of a revived Romanian nationalism that was accompanied by the rapid development of a Romanian middle-class,

39 On the regionalists see Bárdi, *Az erdélyi* (see note 9); Gábor Egy, *Regionalizmus, erdélyiség, szupremácia. Az Erdélyi Szövetség és Erdély jövője, 1913–1918*, in: *Századok*, 147/1 (2013), p. 3–32; Lengyel, *Niedergang* (see note 9); on Romanians see Hitchins, *A Nation affirmed* (see note 22); Ovidiu Emil Iudean/Alexandru Onojescu, *Politics, nationalism, and parliamentarism. The Romanian representatives in the Budapest Parliament (1861–1918)*, in: *Transilvanian Review*, 22/4 (2013), p. 3–16. On modernization see Gábor Egy, *Nemzeti védgát vagy szolid haszonszerzés? Az erdélyi százszok pénzintézeti rendszere és a nemzeti mozgalom kapcsolata a 19. században, 1835–1914, Csíkszereda 2009*; Balaton, *A székely akció.*; A literary portrayal of Transylvania from regionalist perspective is provided by Miklós Bánffy, *The Transylvanian Trilogy: They Were Counted*, New York 2013.

40 Géza Vermes, *Tisza István*, Budapest 2001.

41 Egy, *Regionalizmus* (see note 39), p. 4–7.

often at the expense of the Hungarian gentry, and in the form of lasting backwardness of the Hungarian-inhabited regions, whose targeted development that started around 1900 had not yielded significant results so far), and the central government was not ready to acknowledge or capable to resolve them, due to their lack of knowledge of the region's realities.⁴²

The combination of the prospect of lasting irrelevance in national politics and the real concern over the problems of Transylvania gave way to the idea of reconfiguration of the center-periphery relations, relaxation of the centralization of the Hungarian state, and a specific treatment of Transylvania by the central government. While the alliance never explained how it would have imagined the new, regionalist administration of the province, it gave elaborated programs on how to resolve the impending problems.⁴³

Without going into details, let it suffice to outline how the regionalists wanted to reconfigure center-periphery relations. While they advocated further state-driven development efforts in the Székelyland, their most important demand was larger influence of local politicians on the decisions concerning Transylvania. The problems, they argued, could only be resolved by people who had the necessary knowledge on local conditions, who were aware of the real nature of threats, and who could organize the region's Hungarian society into a unitary one which would work for the common goal of modernization: educating and elevating the peasantry, fostering a new industrial base with the help of the natural gas resources, building new railways, and spreading modern agricultural techniques. Logically, the administration needed a thorough reform, too; this reform was mainly professionalization, just like politics was broadening suffrage. Regionalists demanded unconditional support of the government for their own projects as it was thought to be the only way to save the province from falling into the hands of the Romanians, but, on the other hand, at least until 1917, they did not advocate for the legal discrimination against Romanians.⁴⁴

With this reasoning they cunningly avoided the task of elaborating on the nature of provincial self-governance, not least because the members were divided in this regard. The farthest they went was in 1917 with the idea of the appointment of a government commissary with extensive executive power who would have acted as a governor. Nevertheless, some members of the Alliance publicly advocated a kind of regional autonomy, and the arguments employed in this regard resembled the classic argumentation of most regionalist movements that aimed to distance a territory from a country, and not on the basis of ethnic

42 Bárdi, *Az erdélyi* (see note 9); Egry, *Regionalizmus* (see note 39), p. 8, 13–14; Lengyel, *Niedergang* (see note 9), p. 62–71.

43 For more details see Bárdi, *Az erdélyi* (see note 9).

44 Egry, *Regionalizmus* (see note 39), p. 9–13.; Lengyel, *Niedergang* (see note 9), p. 71–84.

difference. The roles of the center and periphery were reversed as far as the periphery was portrayed as the authentic region in national terms, while the regional elites claimed to act as the spearhead of the nation against the minorities.⁴⁵ As this conflict was posited as the one deciding the fate of the nation, they could invoke unconditional support from the center, without its intervention, due to their far superior knowledge of the enemy. In this sense, it was not simply regionalism, but also a variety of nationalism: theirs was a subsidiaristic nationalism that upheld the unity of the nation, but still demanded the relocation of the decisions from the center to the periphery, and it attributed the most important national roles to the regional elite.⁴⁶

The Transylvanian Alliance was not simply an opposition organization. After Tisza's fall in 1917, its members suddenly gained influence in the central government, with some of them becoming ministers (Gábor Ugron, minister of interior), while others became influential lobbyists within the new governing parties. Henceforth, their ideas started to shape government policies that led to a more discriminatory action against Romanians.⁴⁷ But even before the regionalist came to power, it was already a serious challenge to the central government, especially after the opposition, aligned with regionalism, regained its positions in important county and city congregations, in Cluj and Târgu Mureș. While Tisza was not ready for formal concessions, he still applied methods familiar from imperial practices to strike a balance. He sent a young politician filled with aspirations to serve as an interlocutor.

György Bernády was an atypical figure in county political life.⁴⁸ He was a pharmacist and not a lawyer, and did not belong to the typical gentry environment of the county politics. After serving as a liberal Member of Parliament between 1896 and 1901, he was selected for the role of mayor of Târgu Mureș that he held between 1902 and 1912. The county and the city were among the strongest bastions of the opposition, and in 1913 Bernády seemed to be the suitable person to mediate between central government and local opposition. The city was in a phase of rapid modernization during Bernády's tenure as mayor, and this could not happen without financial help from the government. This decade coincided with the electoral terms of pro- and anti-Tisza govern-

45 Anssi Paasi, The institutionalization of regions: a theoretical framework for understanding the emergence of regions and the constitution of regional identity, in: *Fennia. International Journal of Geography* 1 (1986), p. 105–146; Miroslav Hroch, Reflections on the Role of History in (Re)constructing Regional Identity, in: Steven G. Ellis/Raingard Esser/Jean-François Berdah/Miloš Rezník (ed.), *Frontiers, Regions and Identities in Europe*, Pisa 2009, p. 1–14.

46 More on this see Egry, *Regionalizmus* (see note 39), p. 25–28.

47 For details see Egry, *Regionalizmus* (see note 39).

48 For Bernády's biography see: János Fodor, *Bernády György. Politikai életrajz. Marosvásárhely–Kolozsvár 2017*. This part is based on Fodor's elaborate work.

ments, and Bernády had to establish contacts with both political currents in order to secure the necessary funds. It is therefore not surprising, that after 1913, as the newly appointed Lord Lieutenant of the city, he successfully cooperated with Tisza's opposition in local politics.⁴⁹ While he still deviated from the political mainstream of his city and county, he could bridge the gap between center and periphery and channel funds into an opposition city that, unlike Maramureș, never decided to accept the alternative of self-colonization.

Once again, this arrangement held up – at least in part – after 1918. Although Tisza's person – murdered at October 31, 1918 by a group of soldiers – was never again the main rallying point of political currents, Bernády's experience as middleman and interlocutor between center and periphery served Târgu Mureș well in the coming decades. He spent the revolutionary times in Budapest and returned only in 1919. Meanwhile, in the Hungarian politics, he aligned himself with István Bethlen, erstwhile opponent of Tisza and key leader of the Transylvanian Alliance, and soon-to-become prime minister of Hungary. Upon arrival in Romania, Bernády restarted his political career, and he never feared to deviate from the main line of Hungarian minority politics.⁵⁰

Most importantly, he held significant positions in the boards of a series of companies ranging from mining to forestry, together with prominent members of the National Liberal Party, which was the party that governed Greater Romania with a few interruptions, from 1922 to 1928 and from 1933 to 1937. In 1925 Budapest and Bucharest decided together to designate Bernády, as a sign of his success as interlocutor between the two capitals, to become the new chair of the Hungarian minority party, but the party leadership refused to abide. Bernády soon left the party and he was rewarded by the liberals with the position of mayor of Târgu Mureș, with him effectively playing the same role as he had played before 1918.⁵¹ He was the representative of the center, this time Bucharest, in a politically hostile city, where he, nevertheless, ensured the support from the center to help achieve local goals. His success was demonstrated not only by the celebrations at his 70th birthday and by contemporaneous statistics,⁵² but also by his fond memory in posterity.

49 Fodor, Bernády (see note 48), p. 109–128.

50 Bárdi, Otthon és haza (see note 33), p. 148–162.

51 Bárdi, Otthon és haza (see note 33), p. 148–162; Fodor, Bernády (see note 48), p. 126–129, 144–195.

52 Fodor, Bernády (see note 48), p. 201–206.

Braşov: the majority as minority

The most intriguing of the three models is, however, the last, the one that developed in Braşov around 1910. It was undeniably the outcome of the peculiarities of the city and the Saxon inhabited area. The political and economic system of the dualism favored the Saxons just as much as the Hungarians, and the local Saxon leaders were less concerned about the emergence of a Romanian middle class as were their peers in Sibiu (Nagyszeben, Herrmannstadt). The social and political hierarchy of the city was stale throughout the dualism, with the Saxon financial system resolving most of the problems of the import of capital, and the informal compromise between the government and the Saxon People's Party in 1890 ensured political support from Budapest, too.⁵³ The Saxons were able to finance their own development plans mostly without the support of the government; what they needed was administrative goodwill and tolerance, and they received it in exchange for political support in the parliament. The embodiment of this political compromise in Braşov was a local electoral pact between the Saxon party and the Hungarian elite in 1900, who divided among them the four electoral constituencies of the county and the seats in the county congregation. Three of the parliamentary seats were accorded to Saxon Members of Parliament, and one, the city of Braşov, was accorded to a Hungarian. As the predominant majority of the electorate were Hungarians or Saxons they could comfortably count on to fend off any electoral challenge from Romanian candidates and from rogue Saxons and Hungarians, too.⁵⁴

But the fall of the anti-Tisza coalition government had its reverberations here as well. The local Hungarian politicians previously supported the coalition, and even in the disastrous 1910 elections they could have elected to the parliament József Szterényi, a moderate opposition Member of Parliament and state secretary in the Ministry of Commerce of the coalition government. Still, they had to rely on the resources channeled by the state. The new Lord Lieutenant came from Tisza's party and he announced the establishment of a local chapter of the Party of National Work.⁵⁵

53 Gábor Egry, *Ein anderer Ausgleich, Einiges zur Vorgeschichte des Sachsentages 1890*, *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde* 100 (2006), p. 51–61; Egry, *Nemzeti védgát* (see note 39).

54 Gábor Egry, *Tradíció és alkalmazkodás: az erdélyi századok politikai kultúrája a dualizmus idején*, in: *Múltunk* 48/2 (2003), p. 112–158; Enikő Dác, *Auf der Spur interethnischer Beziehungen in drei siebenbürgischen Zeitungen am Anfang des 20. Jahrhunderts*, in: *Donau-Institut Working Paper Nr. 6* (2013); National Széchényi Library, Apáthy István hagyaték, *Quart. Hung.* 2456 Zakariás János to István Apáthy, 7. January 1918.

55 Béla Szele, *Gondolkozzunk!*, in: *Brassói Lapok* 69 (27.03.1910), p. 1.; *A Végrehajtó Bizottság ülése 1910. március 29-én*, in: *Brassói Lapok* 72 (30.03.1910), p. 3.; *Béke a magyarság körében*, in: *Brassói Lapok* 74 (01.04.1910), p. 3.; Dr. W[eisz] I[gnác], *A brassói magyarság*

The local Hungarian politicians immediately realized that they did not have the necessary resources to uphold a separate party organization and compete with the government sponsored one. Therefore, they decided to start negotiations to find a place for themselves. But in order to strengthen their position, they established a so-called United Hungarian Executive Committee from Braşov that emphasized the necessity of national unity in the city dominated by Saxons and Romanians. It did not last too long that they agreed to the one condition the Lord Lieutenant set: eviction of a fellow member from the Committee, who physically insulted in the parliament prime minister Károly Khuen-Hédervéry in early 1910. After they complied, the Lord Lieutenant, Count Zsigmond Mikcs, readily accepted the role of the patron of the newly founded United Hungarian Civic Party of Braşov.⁵⁶

The agreement was simple: every political party was dissolved and their members joined the new organization that was the sole representative of every Hungarian in the city. The new party promised to abandon so-called party politics and emphasized instead national unity. Therefore, it made an attempt to integrate lower middle class and working class Hungarians, too – a move hardly surprising given the social profile of the Hungarian inhabitants of the city. But the party not only paid lip service to this inclusion, its larger representative bodies were filled with members from these social strata, such as locksmiths, railway employees, postal employees, et cetera.⁵⁷

The idea of national unity was already a strong indication of the nature of the party: it was a minority party, and the program reinforced this impression. The main goal of the organization was not political, but rather organizational: to unite in one organization every Hungarian irrespective of political views and social background, and to organize Hungarian life in the city. Thus, the party was more like a cultural association that organized commemorations of historical events, cultural venues on the occasions of feasts, and was a representative of special economic interests.⁵⁸

ügye, in: Brassói Lapok 75 (02.04.1910), p. 1.; Dr. W[eisz] I[gnác], Prodomo, in: Brassói Lapok 85 (18.04.1910), p. 1.; A brassói magyar választópolgárok gyűlése, in: Brassói Lapok 76 (03.04.1910), p. 3.; Dr. W[eisz] I[gnác], A magyarság pártalakulásának kérdéséhez, in: Brassói Lapok 110 (15.05.1910), p. 1.; A Brassói Magyar Polgári Párt alakuló értekezlete, in: Brassói Lapok (04.06.1910); Zakariás János doktor lemondása, in: Brassói Lapok 199 (02.09.1910), p. 2.; A Brassói Magyar Végrehajtó Bizottság ülése 28. November 1910, in: Brassói Lapok 272 (29.11.1910), p. 4.

56 A Brassói Magyar Végrehajtó Bizottság ülése, in: Brassói Lapok (29.11.1910) 272. p. 4.; A Brassói Egységes Magyar Párt megalakulása, in: Brassói Lapok 275 (02.12.1910), 275. p. 4–5.

57 A Brassói Egységes Magyar Párt megalakulása, in: Brassói Lapok 275 (02.12.1910), p. 4–5.

58 Brassói Egységes Magyar Párt végrehajtó bizottságának első ülése, in: Brassói Lapok (03.12.1910) 276. p. 3.

The party swiftly replaced the former Hungarian parties as the partner of the Saxons in the political pact they had. Szterényi happily joined the party, too, not least because it made him a semi-official government Member of Parliament instead of being in opposition, without demonstratively abandoning his previous party adherence. He declared himself to be a member of the party, and he also welcomed the national unity expressed by the party, that was to be – according to him – a model for Hungarians in all Transylvania, and even in Hungary as a whole.⁵⁹ Szterényi's membership was all the more important, because, after Tisza's fall in 1917, he once again became state secretary and, as such, also an important interlocutor,⁶⁰ much like Bernády had been for Târgu Mureş. However, contrary to the center-periphery arrangements in Maramureş or Târgu Mureş, the one in Braşov could not survive 1918. While the key figures remained in Romania in this case as well, the local Hungarians had nothing to offer to the new, Romanian state which was more eager to compromise with the Saxons. The Hungarian Civic Party of Braşov disappeared without announcing its dissolution, but its leaders resurfaced in the Hungarian minority party as its local leaders,⁶¹ drawing lessons from their earlier experiences with a minority party regarding the proper, unitary organization of a national minority.

Dissociating the nation-state and the bottom-up empire?

The three cases above illustrate that Hungary around 1900 was not entirely the unitary nation-state it pretended to be. The central government informally exerted differentiated rule over the peripheries, and in this process, it co-opted local elites or employed imperial figures as interlocutors. Furthermore, these informal rearrangements of center-periphery relations were more than unique cases, at least in the sense that they illustrate a systemic characteristic of Hungary: the potential for deviating from the formal rules of unitary administration informally. It is notable that two out of these three cases (Maramureş and Braşov) were part of a decades-long informal settlement between regional elites and the central government – between Maramureş nobility and Saxon leaders. Their reconfirmation or reconfiguration around 1900 was not just a mere coincidence, however. They were the results of an imperial context that most contemporaries understood as a crisis and which generated a series of reform projects and attempts, like A. C. Popovici's Grossösterreich plans, the centralization ideas

59 Szterényi József, *Az új alakulat*, in: *Brassói Lapok* (01.01.1911) 274. p. 1.

60 See Balaton Petra, Szterényi József erdélyi pályafutása, in: *Levéltári Közlemények* 82 (2011), p. 146–170.

61 Béla György, *A romániai Országos Magyar Párt története 1922–1938*, Eötvös Loránd University Budapest 2003.

from archduke Franz Ferdinand, or even the Austromarxist national autonomy proposals. It is also telling that since the last years of the 19th century imperial and provincial legislation tried to address the imperial crises, too, with extension of suffrage, or with the provincial compromises.⁶²

Hungary was often not part of these plans because of its unique position and unitary character that the Hungarian elite was not yet ready to abandon, and nor had it seen any meaningful legislation to reduce the growing social tensions. Nevertheless, these political attempts that aimed at reconfiguring center-periphery relations within the country were bound to the crisis. The Maramureş model aimed at preserving a fine balance within a multi-ethnic nobility in order to eliminate national conflict, and it achieved this aim with well-proven, traditional means. The other two attempts, however, at least in part, were reactions to the challenges posed by the national movements and the failures of modernization. Therefore they did not rely on the traditions of a society still shaped by its feudal legacy; rather, they tried to invent new models of center-periphery relations.

But even though, just like in Cisleithania, they have grown out of national conflict, their goals were very different. Regionalists in Transylvania and Hungarian leaders in Braşov did not aim at securing or extending the rights of the nationalities or establishing national autonomy. Their concern was quite different – that of the preservation of Hungarian dominance within Hungary. The peculiarity of these cases lies exactly in this characteristic, as they wanted to relax the unitary nature of the Hungarian nation state in order to preserve its national character. Or, to put it more provocatively: while in Cisleithania reform ideas tended to promote a nationalization of the empire, in Hungary rather dismantling of and dissociation from the nation state was their trend. Given how much the successor states have struggled with similar problems, and how often they employed the same methods (and sometimes even the same people) to resolve these problems, at least temporarily, Hungary's experiment with its center-periphery relations can be understood as a precursor for the post-Habsburg quasi- or mini-empires.⁶³

The three cases offer important lessons for those who wish to grasp Austria-Hungary as an imperial unity, as well. While neither of these cases has revealed top-down transmission of the imperial ideas, they still speak of an imperial character of Hungary – the component state of the Habsburg Empire that is often

62 Heir/Wimmer, *Is nationalism the cause* (see note 3); Judson, *The Habsburg Empire* (see note 2); Börries Kuzmany, *Habsburg Austria: Experiments in Non-Territorial Autonomy*, in: *Ethnopolitics* 15/1 (2016), p. 43–65.

63 Judson, *The Habsburg Empire* (see note 2); Gábor Egry, *Etnicitás, identitás, politika. Magyar kisebbségek nacionalizmus és regionalizmus között Romániában és Csehszlovákiában 1918–1944*, Budapest 2015.

simply taken as a nation state. Thus, tentatively, it seems that a different approach – the opposite perspective – would be more suitable for a comprehensive analysis of the empire as a whole. It is true, that from such a perspective Austria-Hungary looks more structured than an empire is usually assumed to be. It is not just a single (or two) metropolitan centers with their peripheries, but rather a more refined, and more uneven system of relations between centers and regions and between these regions, too. Looking at how certain regions and localities were related to the centers and to other regions could offer a chance to reconstruct the empire from below and to overcome the duality so often reflected in the literature: the co-existence of a complex, imperial Cisleithania and a unitary Hungarian nation state.

Open-Access-Publikation im Sinne der CC-Lizenz BY 4.0

© 2020, V&R unipress GmbH, Cöttingen

ISBN Print: 9783847110606 – ISBN E-Lib: 9783737010603

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Bernhard Bachinger ist seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz. Forschungsschwerpunkte: Erster Weltkrieg, insbesondere Bündnispolitik der Mittelmächte und Balkankriegsschauplätze, Südosteuropäische Geschichte, Geschichte der Ersten Republik. Publikation: *Die Mittelmächte an der Saloniki-Front zwischen Zwang, Zweck und Zwist*, Paderborn 2019.

Dr. Jens Boysen ist seit 2018 assoziierter Wissenschaftler am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der zivil-militärischen Beziehungen von 1750 bis heute, politische Ideengeschichte, Beziehungsgeschichte Preußens/Deutschlands zu Mittel- und Osteuropa, Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Nationen im Kalten Krieg. Publikation: *Kriegserfahrung als nationale Identitätsstifterin? Ethnische Polen und Dänen als preußische Soldaten*, in: Oswald Überegger (Hg.), *Minderheiten-Soldaten. Ethnizität und Identität in den Armeen des Ersten Weltkriegs*, Paderborn 2018, S. 69–83.

Dr. Heiko Brendel ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt der Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Militär-, Kolonial- und Imperialgeschichte, Geschichte im Brett- und Computerspiel. Publikation: „*Lieber als Kacke als an Hunger sterben*“. *Besatzung und Widerstand im k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Montenegro (1916–1918)* (Krieg und Frieden, 5), Frankfurt/New York 2019.

Dr. Borislav Chernev is an independent Scholar. Research Focus: The First World War in the east, empire and nationalism in East-Central Europe, ethnic cleansing. Publication: *Twilight of Empire: The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East-Central Europe, 1917–1918*, Toronto 2017.

Dr. Wolfram Dornik ist seit 2015 Leiter des Stadtarchivs Graz. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Geschichte, Grazer Stadtgeschichte, Erster Weltkrieg, Museologie, Erinnerungskultur und Biographieforschung. Publikation: *Von der „deutschesten Stadt der Monarchie“ zur „Stadt der Volkserhebung“: Politische Strukturen in Graz 1918–1938. Zwischen Brüchen und Kontinuitäten*, in: Friedrich Bouvier/Wolfram Dornik/Otto Hochreiter/Nikolaus Reisinger/Karin M. Schmidlechner (Hg.), *Graz 1918–1938* (Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 48), Graz 2019, S. 19–74.

Dr DSc Gábor Egry is since 2017 director of the Institute of Political History and since 2018 PI of the ERC CoG 2017 Nepostrans project. Research focus: nationalism, everyday ethnicity, history of minorities, local transitions at the end of WWI, politics of identity. Publication: *Negotiating Post-Imperial Transitions: Local Societies and Nationalizing States in East Central Europe*, in: Paul Miller/Claire Morellon (ed.), *Embers of Empire. Continuity and Rupture in the Habsburg Successor States after 1918*, New York 2018.

Dr. Martin Gabriel ist seit 2012 Lehrbeauftragter am Institut für Geschichte der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Forschungsschwerpunkte: Imperialismus, koloniale Gewalt und Rassismus (v. a. Österreich-Ungarn, Großbritannien, Spanien, USA). Publikation: *Bosnien-Herzegowina als Begegnungs- und Konfliktzone zwischen Habsburg und Hoher Pforte 1688–1869*, in: Clemens Ruthner/Tamara Scheer (Hg.), *Österreich-Ungarn und Bosnien-Herzegowina, 1878–1918. Annäherungen an eine Kolonie* (Kultur – Herrschaft – Differenz, 24), Tübingen 2018.

Dr. Eszter Gantner (1971–2019) war von 2016 bis 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Herder Institut für historische Ostmitteleuropaforschung. Forschungsschwerpunkte: Ideengeschichte, Habsburgermonarchie, Stadtgeschichte 18.–21. Jahrhundert, Kulturerbeforschung, Jüdische Geschichte. Publikationen: *The New Type of Internationalist: Béla Balázs*, in: Ferenc Laczó/Joachim von Puttkamer (Hg.), *Catastrophe and Utopia: Jewish Intellectuals in Central and Eastern Europe in the 1930s and 1940s*, Berlin/Boston 2018, S. 91–113; zusammen mit Ayse N. Ereğ: *Disappearing History: Challenges of Imagining Berlin after 1989*, in: Karin Bauer/Jennifer Hosek (Hg.), *Cultural Topographies of the New Berlin*, New York 2017, S. 275–301.

PD Dr. Heidi Hein-Kircher ist seit 2009 Leiterin der Abteilung Wissenschaftsforum am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft. Forschungsschwerpunkte: Stadtgeschichte Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte Lembergs, Erinnerungskul-

turen, politische Mythen. Publikation: *Von Instrumenten der Durchstaatlichung zu Instrumenten des Nationalitätenkonflikts. Zur nationalitätenpolitischen Bedeutung von Städtestatuten am Beispiel des Lemberger Statuts*, in: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs 8/1 (2018), 63–80.

Prof. Dr. Catherine Horel ist seit 2006 Forschungsleiterin am CNRS, SIRICE/ Universität Paris I. Forschungsschwerpunkte: Habsburgermonarchie 19. Jahrhundert, Ungarn, Stadtgeschichte. Publikation: *Multicultural Cities of the Habsburg Empire 1880–1914. Imagined Communities and Conflictual Encounters* [erscheint im Mai 2020].

Prof. Dr. Günther Kronenbitter vertritt seit 2012 den Lehrstuhl Europäische Ethnologie/Volkskunde an der Universität Augsburg. Forschungsschwerpunkte: Politische Ideengeschichte, Militärgeschichte und Geschichte der internationalen Politik Mitteleuropas. Publikation: *Die Akteure der Macht. Politische und militärische Kriegsvorbereitungen*, in: Helmut Rumpelt (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XI/1/1: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. Vom Balkankonflikt zum Weltkrieg*, Wien 2016, S. 79–132.

Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt ist seit 2016 Professor für Holocaust-Studien und Jüdische Studien am Touro College Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der beiden Weltkriege sowie Vor- und Nachgeschichte des Holocaust. Publikation: *Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland* (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 38), Osnabrück 2017.

Univ.-Doz. Mag. Dr. Hannes Leidinger lehrt an den Universitäten Bern, Budapest, Salzburg und Wien. Leiter der Wiener Außenstelle des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung. Forschungsschwerpunkte: Österreich, Zentral- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen, Ideengeschichte, Kommunismus- und Kriegsgefangenen-Forschung, Intelligence Studies, Historische Suizidologie, Wissenschaftsgeschichte und Geschichtstheorie. Publikation: *Der Untergang der Habsburgermonarchie*, Innsbruck 2017.

Prof. Dr. habil. Jan Lewandowski ist seit 2015 emeritiert und Professor an der Wyższa Szkoła Gospodarki Krajowej in Kutno. Forschungsschwerpunkte: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Erster Weltkrieg – Besatzung und Regionalgeschichte (Lublin). Publikation: *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier 1914–1918*, Warschau 1986.

Dr. Katharina Ute Mann ist selbstständig. Forschungsschwerpunkte: Deutsche und polnische Antikenrezeption, kunsthistorische Erinnerungsorte, Farbkonstruktionen antiker Skulpturen. Publikation: *Polychromiestreit oder Paragonproblem?*, in: Beata Bigaj-Zwonek/Barbara Hryszko/Sylvia Góra (Red.), *Sztuka. Wartość. Sacrum*, Krakau 2016, S. 171–186.

Prof. Dr. Miloš Rezník ist seit 2014 Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau unter Beibehaltung der Professur Europäische Regionalgeschichte an der Universität Chemnitz. Forschungsschwerpunkte: Identifikationsprozesse, Regionalität, Nationsbildung, Geschichtskulturen, Elitenwandel in Mitteleuropa, 18.–20. Jahrhundert. Publikationen: *Neuorientierung einer Elite. Aristokratie, Ständewesen und Loyalität in Galizien (1772–1795)*, Frankfurt am Main 2016; zusammen mit Martin Wihoda und Jiří Friedl: *Dějiny Polska* [Geschichte Polens], Prag 2017.

Dr. Clemens Ruthner, M. A. ist Assistant Professor in German and Central European Studies am Trinity College in Dublin. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Literatur im 19. und 20. Jahrhundert, Wiener Jahrhundertwende, habsburgisches Zentraleuropa und Kulturtheorie. Publikation: *Habsburgs ‚Dark Continent‘: Postkoloniale Lektüren von imperialer österreichischer Literatur und Kultur im langen 19. Jahrhundert*, Tübingen 2018.

Dr. iur. Péter Techet, M. A., LL. M., assoziierter Wissenschaftler in der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe *Glaubenskämpfe: Religion und Gewalt im katholischen Europa (1848–1914)* am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (Mainz), Post-Doc-Stipendiat an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur (Mainz) mit einem Projekt über Hans Kelsen. Forschungsschwerpunkte: Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie, Geschichte des Österreichischen Küstenlandes, Rechtsgeschichte der ersten Republik Österreich, Rechtstheorie (Hans Kelsen, Carl Schmitt). Publikationen: Zusammen mit Evelin G. Bouwer, Mariam Hammami, Carolin Katzer und Sara Mehlmer (Hg.), *Gotteslästerung in Europa. Religionsvergehen und Religionskritik seit 1500. Materialien für den Unterricht*, Schwalbach am Taunus 2017; *Imperiale Loyalität unter den italienischsprachigen Katholiken in Triest der späten Habsburgermonarchie*, in: Jana Osterkamp (Hg.), *Kooperatives Imperium. Politische Zusammenarbeit in der späten Habsburgermonarchie*, Göttingen 2018, S. 297–314.

Dr. Fritz Trümpi ist seit 2016 Assistenzprofessor an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien *mdw* (Institut für Musikwissenschaft und Interpretationsforschung). Forschungsschwerpunkte: Musikorganisation in der (späten) Habsburgermonarchie, Musik und Politik (19./20. Jahrhundert), Mu-

sikalische Mikrogeschichte(n), Musik/Arbeit/Ökonomie. Publikation: *The Political Orchestra. The Vienna and Berlin Philharmonics during the Third Reich* [transl. by Kenneth Kronenberg], Chicago 2018.

Schriften aus der Max Weber Stiftung

Herausgegeben von der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland

Die Max Weber Stiftung (MWS) fördert die Forschung mit Schwerpunkten auf den Gebieten der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Mit ihren weltweit tätigen Instituten leistet die MWS einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung und Vernetzung zwischen Deutschland und den Gastländern bzw. -regionen. Die Bände der Reihe „Schriften der Max Weber Stiftung“ dokumentieren die Ergebnisse, die aus den jährlich stattfindenden Stiftungskonferenzen hervorgehen. Das Format dieser Veranstaltung greift Forschungsthemen der Institute auf und diskutiert sie international vergleichend sowie trans- und interdisziplinär. Die Stiftungskonferenz wird jedes Jahr von einem anderen Institut ausgerichtet. Die Max Weber Stiftung wird institutionell gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Bereits erschienen:

Band 1: Mareike König / Oliver Schulz (Hg.)

Antisemitismus im 19. Jahrhundert aus internationaler Perspektive

Nineteenth Century Anti-Semitism in International Perspective

2019. 359 Seiten, gebunden. ISBN 978-3-8471-0977-8. € 65,- D

Vorschau:

Band 3: Nikolaus Katzer / Sandra Dahlke / Denis Sdvizhkov (eds.)

Revolutionary Biographies in the 19th and 20th Century

Imperial – Inter/national – Decolonial

Band 4 wird die Beiträge zur Stiftungskonferenz “Neighborliness in Global Perspective” präsentieren.

Max Weber
Stiftung

Deutsche
Geisteswissenschaftliche
Institute im Ausland

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage



Leseproben und weitere Informationen unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

E-Mail: info-unipress@v-r.de | Tel.: +49 (0)551 / 50 84-306 | Fax: +49 (0)551 / 50 84-333